

Mit der Jugend

**Unser Land braucht
einen neuen Anfang**

Protokoll

30. Bundesparteitag

2.-5. November 1981 · Hamburg



Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle,
Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Druck und Verlag:

Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173,
5300 Bonn 1

Satz: Wang-Fotosatz

**30. Bundesparteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands**

Niederschrift

Hamburg, 2.–5. November 1981

Inhalt	Seite
1. Eröffnung	7
2. Verabschiedung der Tagesordnung	14
3. Wahl des Tagungspräsidiums	14
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	21
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission	21
6. Wahl der Stimmzählkommission	22
7. Grußworte	
Dr. Klaus v. Dohnanyi	22
Walther Leisler Kiep	24
Dr. Edmund Stoiber	52
8. Grundsatzrede des Parteivorsitzenden	28
9. Aussprache zu Tagesordnungspunkt 8	57
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission	152
11. Begründung des Leitantes des Bundesvorstandes durch den Generalsekretär	68
12. Beratung und Verabschiedung des Leitantes des Bundesvorstandes	141
13. Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Bundesparteigerichts der CDU bis zum 6.11.1984	274
14. Anträge zu Satzungsänderungen	275
15. Sonstige Anträge	275
16. Schlußwort des Parteivorsitzenden	292
Anhang	
Senator Dr. Hanna-Renate Laurien Einführungsrede im Forum I	301
Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg Einführungsrede im Forum II	311
Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf Einführungsrede im Forum III	321
Regierender Bürgermeister Dr. Richard von Weizsäcker Einführungsrede im Forum "Mit der Jugend. Für Frieden und Freiheit"	335
Zusätzliche Erläuterung des Generalsekretärs zum Leit- antrag des Bundesvorstandes	343
Beschlußprotokoll	349
Beschlüsse	
Mit der Jugend Unser Land braucht einen neuen Anfang	359
Sonstige Beschlüsse	387

Dienstag, 3. November 1981

1. Plenarsitzung

Beginn: 10.11 Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Freunde! Hiermit eröffne ich den 30. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und begrüße Sie alle sehr herzlich.

(Beifall)

Ich begrüße unsere vielen Gäste aus dem Ausland und aus unserem Land, der Bundesrepublik Deutschland. Ich begrüße die Repräsentanten vieler Organisationen. Ganz besonders herzlich begrüße ich die über 500 jungen Mitbürger, die wir als unsere Gäste zum Gespräch eingeladen haben.

(Beifall)

Ihnen gilt unser besonders herzlicher Gruß und unsere besondere Erwartung.

Ich begrüße sehr herzlich die Delegierten und die Gastdelegierten der CDU Deutschlands, die wieder einmal nach Hamburg gekommen sind, um hier einen Bundesparteitag der CDU abzuhalten.

Meine lieben Freunde, vor Eintritt in die Tagesordnung wollen wir unserer Toten, unserer heimgegangenen Freunde, gedenken.

Ich nenne einige wenige für die vielen, die seit unserem letzten Parteitag im März dieses Jahres in Mannheim von uns gegangen sind.

Ich nenne Professor Dr. Paul Binder, gestorben am 25. März 1981. Paul Binder war Mitglied des Parlamentarischen Rates und der verfassungsgebenden Landesversammlung von Baden-Württemberg. Er war bis 1964 Mitglied des Landtags. Er gehörte zu den Männern der ersten Stunde der Union in Deutschland. Sein Wirken, vor allem zur Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, bleibt unvergessen.

Ich nenne Frau Wilhelmine Lübke, gestorben am 3. Mai 1981, die Gattin unseres Bundespräsidenten Heinrich Lübke. Sie war ihrem Mann in guten und schlechten Tagen eine treue Begleiterin. Sie hat sich bleibende Verdienste um das Müttergenesungswerk und das Kuratorium der Deutschen Altershilfe erworben. Das hohe Ansehen und die große Sympathie, die Wilhelmine Lübke genoß, galten vor allem ihrer ausgeprägten, ihrer klugen Persönlichkeit und ihrem selbstverständlichen Dienst an unserem Vaterland.

Ich nenne Hansjörg Kohlbecher, gestorben am 11. Mai 1981. Hansjörg Kohlbecher diente drei Jahrzehnte der CDU des Saarlandes in vielfacher und beispielhafter Weise. Er war der erste Landesschatzmeister der Union im Saarland. Sein Einsatz für die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik Deutschland bleibt uns allen in dankbarer Erinnerung.

Ich nenne Joseph Ernst Fürst Fugger von Glött, gestorben am 13. Mai 1981. Er war einer der Männer des 20. Juli 1944 und wurde in diesem Zusammenhang zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt. Er war Mitbegründer der CSU und in den ersten Jahren unseres nationalen Parlaments Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Dr. Karl Mohr, gestorben am 16. Juni 1981. Er war von 1950 bis 1956 Chef der Staatskanzlei in Nordrhein–Westfalen unter Karl Arnold. Er hat einen wesentlichen Anteil am staatlichen Aufbau des Bundeslandes Nordrhein–Westfalen.

Ich nenne Albert Sauer, gestorben am 16. Juni 1981. Er war ein unerschrockener Anwalt der Verfolgten in der Zeit der Nationalsozialisten, als es darum ging, kirchliche Institutionen und jüdische Mitbürger zu verteidigen. Er war Mitbegründer der CDU in Südwürttemberg, von 1946 bis 1952 Kultusminister des Landes Württemberg–Hohenzollern und dann durch viele Jahrzehnte hindurch Oberbürgermeister von Ravensburg.

Ich nenne Arthur Gruber, gestorben am 2. Juli 1981, Gründer der CDU im Kreis Böblingen und in der Stadt Sindelfingen. Er war von 1946 bis 1977, 31 Jahre lang, Bürgermeister und Oberbürgermeister in Sindelfingen und durch viele Jahre hindurch Mitglied des Landtages von Baden–Württemberg.

Ich nenne Ernst Wirmer, gestorben am 19. August 1971. Er war der Bruder von Josef Wirmer, der nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 hingerichtet wurde. Er selbst erlebte das Kriegsende in den Zuchthäusern der Nationalsozialisten. Ernst Wirmer war Mitglied des Parlamentarischen Rates. Er war der erste Büroleiter von Konrad Adenauer. Als Angehöriger des Amtes Blank hat sich Ernst Wirmer große Verdienste um den Aufbau der Bundeswehr erworben.

Ich nenne Paul Bausch, gestorben am 1. September 1981. Paul Bausch gehörte zu den evangelischen Christen in Deutschland, die nach dem Ersten Weltkrieg die Frage, welchen politischen Weg evangelische Christen zu gehen hätten, damit beantwortet haben, daß sie den Christlich Sozialen Volksdienst begründeten. Er gehörte als Abgeordneter des Christlich Sozialen Volksdienstes von 1928 bis 1930 dem Württembergischen Landtag, von 1930 bis 1933 dem Deutschen Reichstag an. 1945 war er Mitbegründer der CDU und Mitglied unserer Bundestagsfraktion von 1949 bis 1965. Daß wir, beispielhaft für viele Länder der Welt, in unserem Grundgesetz das Recht auf die Gewissensentscheidung der Kriegsdienstverweigerung besitzen, verdanken wir nicht zuletzt Paul Bausch.

Ich nenne Hermann Glüsing, gestorben am 25. September 1981. Er war Kreispräsident von Dithmarschen und gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU Deutschlands. Er war von 1969 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Franz Amrehn, gestorben am 4. Oktober 1981. Die CDU Deutschlands trauert um Franz Amrehn, den langjährigen Bürgermeister und Landesvorsitzenden der CDU Berlin. Franz Amrehn war immer ein treuer Sohn seiner Heimatstadt Berlin. Der Wiederaufbau Berlins und der Selbstbehauptungswille dieser Stadt gerade in schwierigen Zeiten sind untrennbar mit seinem Wirken verbunden. Als Berliner Bundestagsabgeordneter und als Mitglied des Europäischen Parlaments stand sein Name immer für das freie Berlin als Teil unserer Bundesrepublik Deutschland.

Ich nenne Albert Burger, gestorben am 9. Oktober 1981. Albert Burger gehörte bis zu

seinem Tod der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Er war stellvertretender Vorsitzender der CDU in Südbaden und Vorsitzender der südbadischen Sozialausschüsse. Seine Arbeit galt mit großer Hingabe den Kriegsopfern, den Behinderten und der Familie.

Ich nenne Erwin Braun. Er war von 1948 bis zu seinem Tod am 21. Oktober 1981 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Oberkirch.

Er war Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung Südbaden. Er hat als engagierter Kommunalpolitiker und Landtagsabgeordneter unserer Sache gedient.

Ich nenne Heinz Herbert Karry, ermordet am 11. Mai 1981. Ich möchte hier an ihn erinnern. Wir alle haben dem aufrechten Demokraten und deutschen Patrioten zu danken. Heinz Herbert Karry wurde Opfer eines verbrecherischen Anschlags. Er war ein Mann, der sich nie scheute, Unbequemes zu sagen, wenn er dies für richtig hielt.

Meine Freunde, wir wollen unserer Toten in einem stillen Gebet gedenken. — Ich danke Ihnen. —

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde!

Sie erwarten aus gutem Grund über den Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden hinaus, den ich anschließend nach den Beschlußfassungen über die Tagesordnung und den Regularien abzugeben habe, zu Beginn dieses Parteitags ein Wort zu diesem Parteitag. Liebe Freunde, dies ist ein außergewöhnlicher Parteitag in einer außergewöhnlichen Zeit. Er fällt in eine Epoche tiefgreifenden Wandels und großer Unsicherheiten. Die Probleme bei uns und in der Welt verschärfen sich. Die Unfähigkeit unserer derzeitigen Bundesregierung wird immer deutlicher. Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben unser Land in eine Krise geführt. Sie sind politisch — und auch geistig — erschöpft.

(Beifall)

Die amtierende Bundesregierung ist längst keine Alternative mehr zur Union. Heute verkörpert die CDU/CSU die Hoffnung unserer Mitbürger auf eine bessere Zukunft.

(Beifall)

Der Hamburger Parteitag — dessen bin ich sicher — wird diese Hoffnung bestätigen. Er wird auch die Grundlagen und die Ziele unserer Politik verdeutlichen. Unser Land braucht einen neuen Anfang!

(Beifall)

Wir stehen am Beginn eines Parteitags des Gesprächs und der Toleranz, aber auch eines Parteitags, der zur Vorbereitung der Regierungsübernahme dient. Wir werden unser Land besser regieren, nicht weil wir alles besser wissen, sondern weil wir auf das

Wissen und den Willen der Menschen bauen. Wie die Menschen unseres Landes wollen wir nicht mehr Staat, sondern einen besseren Staat.

(Beifall)

Wir wollen diesen Staat wieder vom Kopf der Bürokraten auf die Füße seiner Bürger stellen.

(Beifall)

Das hat Konsequenzen für unsere Politik, aber auch für unseren politischen Stil. Wir beginnen hier einen Parteitag der offenen und, wenn notwendig, auch kontroversen Diskussion, der, liebe Freunde, uns allen ein hohes Maß an Disziplin abverlangt. Wir wollen hier in Hamburg den Streit der Meinungen offen und fair austragen. Dies wollen und müssen wir, weil wir eine Volkspartei sind und weil wir Volkspartei bleiben wollen.

(Beifall)

Eine Volkspartei kann verschiedene Meinungen und Interessen an sich binden und in einem Handeln zum Wohl des Ganzen vereinen, wenn sie sich zum obersten Gebot macht, nicht Macht und Einfluß von Gruppen, sondern allein und ausschließlich die Kraft der Argumente zu wägen. Volkspartei, meine Damen und Herren, das heißt – und dies erwarten unsere Mitbürger –, daß wir uns nicht nur mit uns selbst, sondern mit der Lage des Landes und mit seinen Fragen beschäftigen. Volkspartei heißt, daß wir die Partei offenhalten, nicht für jede Mode des Zeitgeistes, sondern für die wirklichen Fragen, die wirklichen Argumente, die wirklichen Anregungen.

(Beifall)

Liebe Freunde, das Elend der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik besteht ja vor allem auch darin, daß wir zuviel übereinander und zuwenig miteinander reden, daß wir Verdächtigungen austauschen und nicht Argumente.

(Beifall)

Dies gilt für alle demokratischen Parteien und – wer mitten in der Union lebt – ganz gewiß auch für die Christlich Demokratische Union Deutschlands.

Meine Damen und Herren, ich bitte jeden, der hier spricht, und alle, die hier und in den Foren zuhören, ein Beispiel zu geben und ein Zeichen dafür zu setzen: wie Demokraten hart in der Sache, freimütig im Wort, voller Respekt für die Überzeugung des anderen und mit Leidenschaft für das Wohl unseres Landes und den Frieden in der Welt Meinungen austauschen und miteinander diskutieren;

(Beifall)

– Ich bitte jeden von uns, auch ein persönliches Beispiel zu geben, wie wir die historischen, oft leidgeprägten Erfahrungen der Älteren verbinden mit der Ungeduld und der Sehnsucht der Jüngeren, die nicht zurück, sondern nach vorn blicken. Konkret heißt das, wir werden hinhören auf die Fragen junger Menschen. Aber wir werden auch sagen, was wir für notwendig halten. Jugendliche – und Erwachsene – haben Anspruch auf Verständnis, aber sie haben auch ein Recht auf Widerspruch und auf Autorität.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag hat in der deutschen Öffentlichkeit ungewöhnlich viel Erwartungen, Hoffnungen, aber auch mancherlei Befürchtungen hervorgerufen. Es gab Kleingläubige, denen das Risiko zu hoch schien, zu 781 Delegierten 500 jugendliche Gäste einzuladen. Es gab andere, die behaupteten, daß die 500 Einladungen an unsere jungen Gäste handverlesen seien. Ich habe den Kleinmut der einen ebensowenig geteilt wie die Sorgen der anderen. Um es klar zu sagen, ich habe diesen Parteitag so gewollt, weil ich um die Stärken der CDU weiß.

(Beifall)

Liebe Freunde, nichts beweist unser Selbstbewußtsein und unsere innere Stärke mehr als die Tatsache, daß wir dieses Wagnis eingehen und hier miteinander diskutieren. Und um von vornherein auch diese Fama auszuschließen: Wir haben diesen Parteitag Anfang März 1981 beschlossen, lange bevor andere mit ihren Demonstrationen begonnen haben.

(Beifall)

Ich hoffe, wir alle werden diesen Parteitag um wichtige Erfahrungen bereichert verlassen. Der Widerstreit der Meinungen wird diesen Parteitag beleben und die Einheit der Union auf eine neue Weise festigen. Gerade weil wir dort, worauf es ankommt, einig sind, können wir dort, wo es notwendig ist, streitig diskutieren, um dann gemeinsam, heute als Opposition, morgen als Regierung, das Richtige zu tun.

Ihnen, unseren Gästen – ich darf sagen, unseren jungen Freunden, was immer Sie politisch denken und handeln mögen – danke ich, daß Sie gekommen sind. Daß über 500 junge Mitbürger hierhergekommen sind, beweist: Sie machen die Politik– und Weltflucht nicht mit, die manche kultivieren.

Man kann sich der Politik entziehen, nicht aber ihren Folgen. Gerade junge Leute sind und bleiben betroffen von Politik. Aussteigen und Einsteigen, Rückzug und Engagement: Das ist in Wirklichkeit nur die Frage, ob sie über ihr eigenes Leben, ihre Zukunft mitbestimmen wollen oder nicht. Ich frage mich oft, wo bei der bewegten Klage über die Politik wie überhaupt über den Zustand der Welt die Sorge endet und wo die Bequemlichkeit beginnt.

(Beifall)

Meine Freunde, dies ist nicht nur ein Parteitag der Diskussion, sondern auch ein Parteitag der Entscheidung. Entscheidung bedeutet nach unserem Demokratieverständnis immer auch Kompromiß. Wer nicht entscheidet, macht nichts falsch; er kann seine Gesinnung rein bewahren. Aber er gefährdet die Zukunft junger Leute ebenso wie derjenige, der falsch entscheidet. Es ist – und wir erleben es im Alltag – sehr billig – aber im Grunde verantwortungslos – in Jugend–Exklaven außerhalb der Parteien für alles Verständnis zu haben und nichts entscheiden, nichts verantworten zu müssen. Der Weg auch zu einem fernen Ziel beginnt, liebe Freunde, stets mit kleinen politischen Schritten hier und heute.

Auch deshalb habe ich Sie, liebe Gäste, auf unseren Parteitag eingeladen, auf dem wir über wichtige Zukunftsfragen beraten und entscheiden werden. Es sind auch Ihre

Themen, weil Sie noch eine längere Zukunft vor sich haben, und es sind unsere Themen, weil uns Entscheidungen über die Zukunft unseres Landes überantwortet sind.

Ausgehend von den großen Herausforderungen unserer Zeit

- den Frieden und die Freiheit angesichts wachsender Spannungen zwischen Ost und West und Nord und Süd zu sichern.
- den tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen.
- den sozialen Frieden bei voraussichtlich geringeren wirtschaftlichen Wachstumsraten zu erhalten und
- den technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen zu stellen,

werden wir auf diesem Parteitag Antwort geben auf die Fragen, wie wir, die CDU Deutschlands,

- Frieden und Freiheit sichern
- die Soziale Marktwirtschaft erneuern
- für die Jugend in Bildung und Beruf neue Chancen schaffen und
- Staat und Gesellschaft eine menschliche und überschaubare Ordnung geben wollen.

Dabei wird es auch und vor allem um die Frage gehen, die viele junge Menschen heute bewegt: Wie können wir den Frieden sichern, ohne unsere Freiheit zu verlieren?

Uns alle, meine lieben Freunde, eint die Sehnsucht nach Frieden, aber über die Qualität einer Friedenspolitik entscheiden nicht die Absichten, sondern die Folgen.

(Beifall)

Lassen Sie uns über die Wege zum Frieden sprechen, aber lassen Sie uns uns nicht gegenseitig den Willen zum Frieden absprechen!

(Beifall)

Parteitag der Diskussion und der Entscheidung, das heißt: Diskussion ist für uns kein Selbstzweck und auch nicht – wie bei der SPD – ein Alibi für Entscheidungsunfähigkeit, sondern der Weg zu einer besseren Politik. Eine große Volkspartei wie die Union muß offen diskutieren, aber auch verbindlich entscheiden können.

(Beifall)

Sie muß sensibel und handlungsfähig sein.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Freunde, mit diesem Saal und mit diesem Gebäude verbinden sich Erinnerungen, für mich vor allem die Erinnerung an den Parteitag 1973. Im Jahre 1973 haben wir hier in diesem Saal in Hamburg in der Diskussion über die Mitbestimmung exemplarisch bewiesen – und wir werden dies jetzt wieder tun –, daß wir diskutieren und entscheiden können.

Zu Beginn jenes 22. Parteitages, am 18. November 1973 – das war knapp nach meiner Wahl zum Vorsitzenden der CDU Deutschlands –, habe ich an dieser Stelle gesagt – ich darf mich zitieren – :

„Was wir brauchen, sind Erfolge, die uns und alle, denen wir verpflichtet sind, über Jahre hindurch tragen, Erfolge, die nicht Halbzeitergebnisse eines ehrgeizigen Tabellenzweiten sind, sondern die Bestand haben als Fundament einer friedlichen, freien und gerechten Zukunft unseres Landes.“

Wir alle haben auch gegenüber der Geschichte und der Tradition unserer Partei zu bestehen, dem Gesetz des Anfangs, in dem die christlich–sozialen, die liberalen und die konservativen Ströme eingebunden sind. Wir müssen auf diesem Wege kämpfen, mutig und entschlossen, denn wir setzen auf Sieg und nicht auf Platz.

(Beifall)

Aus der Verantwortung des Vorsitzenden dieser Partei fordere ich alle auf, die nach mir an dieses Pult treten, ihre Worte und ihre Handlungen an diesem Maßstab zu messen. Wir reden und diskutieren hier nicht aus Gefälligkeit für diese oder jene Organisation und schon gar nicht um das Linsengericht vordergründiger Zustimmung.

Wir entscheiden nicht – auch das sei klar gesagt – über die Möglichkeit zukünftiger Koalitionen. Es geht hier in Hamburg überhaupt nicht um Taktik, um Anpassung oder um Überholmanöver.

(Beifall)

Meine Freunde, es geht hier und heute um die Zukunft dieser Union und um unseren Beitrag für die Zukunft unseres Vaterlandes. Wir sind hier, um Entscheidungen zu treffen, die keinem anderen Maßstab genügen müssen als jenem, das Beste zum Wohle unseres Landes, seiner Freiheit, seinem Fortschritt und seinem Frieden zu tun.

Lassen wir uns um Himmels willen nicht von den Rauchschwaden des Zeitgeistes umnebeln. Es gibt Notwendigkeiten, die stärker sind als jede Mode. Dies haben wir zu erkennen und auch beim Namen zu nennen.“

Acht Jahre danach, meine Damen und Herren, habe ich diesem Teil meiner damaligen Rede nichts hinzuzufügen.

(Beifall)

Damals gab es auch viele, die ängstlich und voller Zweifel waren. Am Ende des Hamburger Parteitages von 1973 stand die CDU geschlossener, glaubwürdiger und vitaler da denn je zuvor.

Damals haben wir eine Serie erfolgreicher Wahlen begonnen. Jetzt wollen wir Maß nehmen für die letzte Etappe auf unserem Wege in die Regierungsverantwortung. Das ist das Ziel dieses Parteitages.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich darf nun die **Tagesordnung** aufrufen.

Zunächst **Punkt 1**:

Eröffnung

Die Tagesordnung ist Ihnen rechtzeitig zugegangen. Ich darf ganz allgemein fragen: Gibt es zur Tagesordnung Einwendungen? –

Das ist nicht der Fall. Wer der Tagesordnung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Die Tagesordnung ist einstimmig beschlossen.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf: Wahl des Tagungspräsidiums

Die Unterlagen über die Wahl des Tagungspräsidiums liegen Ihnen vor. Als Tagungspräsident wird Jürgen Echter nach vorgeschlagen. Ich bitte um Nachsicht dafür, daß ich die Namen der übrigen Damen und Herren des Präsidiums nicht einzeln vorlese. Die Unterlagen sind Ihnen rechtzeitig übergeben worden.

Gibt es für die Wahl des Tagungspräsidiums weitere Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem vorgeschlagenen Tagungspräsidiums seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich darf Jürgen Echter nach bitten, die Geschäfte zu übernehmen.

(Beifall)

Jürgen Echter nach, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Das Parteitagspräsidium dankt Ihnen für das Vertrauen, das Sie dem Parteitagspräsidium durch die Wahl entgegengebracht haben. Wir versprechen Ihnen, daß wir uns bemühen werden, die Verhandlungen dieses Parteitags im Rahmen der Ordnung unserer Partei zügig und fair durchzuführen.

Dieser Parteitag hier in Hamburg ist der vierte Bundesparteitag, den die Christlich Demokratische Union in dieser Stadt durchführt. Der erste Parteitag in Hamburg fand 1953 statt. Direkt zu diesem Parteitag kehrte Konrad Adenauer von seinem ersten Besuch in den Vereinigten Staaten zurück, einem historischen Erfolg, bei dem die Vereinigten Staaten den Kanzler des besiegten Landes wie einen Verbündeten und Freund empfangen. Ich erinne mich – weil ich damals als 15jähriger Mitglied der Jungen Union wurde –, wie damals vom Flughafen bis zur Tagungsstätte im Curio-Haus die sonst so zurückhaltenden Hamburger zu Tausenden mehrere Stunden ausharrten, um dann Konrad Adenauer einen beispiellosen, einen triumphalen Empfang zu bereiten. Dieser Triumph wurde dann wenige Monate später gekrönt bei der Bundestagswahl mit dem Gewinn der absoluten Mehrheit der Sitze im Deutschen Bundestag. Aber auch die Hamburger

CDU konnte damals die Gunst der Stunde nutzen: Genau zwei Monate später – nach der Bundestagswahl – gewannen sie hier in Hamburg zusammen mit einem buntscheckigen Parteienbündnis zum ersten und bisher einzigen Mal die politische Mehrheit in dieser Stadt.

Der zweite Bundesparteitag in Hamburg, vier Jahre später, war der Auftakt zu einer Bundestagswahl, bei der die Union ihren Erfolg nicht nur wiederholen, sondern sogar noch steigern konnte. Auf die absolute Mehrheit der Sitze folgte bei der Bundestagswahl 1957 sogar die absolute Mehrheit der Stimmen.

Der dritte Bundesparteitag in Hamburg, 1973, diente nicht der Vorbereitung eines Bundestagswahlkampfes – wie seine Vorgänger –, sondern der Klärung kontroverser Probleme wie der Mitbestimmung, des Bodenrechts, der Vermögensbildung. Er war wohl der bewegendste und spannendste Parteitag in den 70er Jahren.

Ich bin zuversichtlich, daß auch dieser vierte Bundesparteitag hier in Hamburg in der Geschichte der Union einen besonderen Rang einnehmen wird, und das nicht nur wegen des in der Parteitagsgeschichte deutscher Parteien der Nachkriegsgeschichte einmaligen Wagnisses der zeitweiligen Öffnung der Beratungen dieses Parteitags über den Kreis der Delegierten, über den Kreis der eigenen Partei hinweg, von der unser Parteivorsitzender eben gesprochen hat. In der Geschichte unserer Parteitage ist die Zahl der Berichtersteller von Presse, Rundfunk und Fernsehen auf diesem Parteitag mit über 1 200 Anmeldungen einmalig. Dies zeigt und unterstreicht, mit welcher großen Erwartungen die deutsche und die internationale Öffentlichkeit den Beratungen dieses Parteitags entgegenseht.

Dieser Parteitag ist konzipiert als ein Parteitag des offenen Gesprächs, und er wird auch – wo nötig – der kontroversen und kritischen Diskussion breiten Raum geben und damit die ganze geistige Lebendigkeit, die innere Kraft der Union sichtbar machen. Sichtbar machen aber auch, daß es dabei allein, auch den kritisch Diskutierenden der letzten Wochen und auf diesem Parteitag, um die Sache und nur um die Sache ging und geht, daß diese Partei sich nicht von außen Personalquerelen aufreden läßt, sondern bereitsteht, die Regierungsverantwortung in unserem Land zu übernehmen.

Als Vorsitzender der Hamburger CDU erhoffe ich, daß uns dieser Parteitag soviel Rückenwind geben wird – wie damals 1953 –, daß wir im nächsten Frühjahr mit dieser Schubkraft es unseren Freunden in Frankfurt und Stuttgart, Düsseldorf und Berlin gleich tun, so daß demnächst auf dem fünften Parteitag der Christlich Demokratischen Union in Hamburg als Erster Bürgermeister dieser Stadt Walther Leisler Kiep Sie hier willkommen heißen kann.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, vor Eintritt in die sachlichen Beratungen müssen wir einige geschäftsleitende Bemerkungen klären.

Zunächst bitte ich die Delegierten, der vom Bundesvorstand festgelegten Verlängerung der Antragsfristen auf den 19. Oktober dieses Jahres zuzustimmen. Gemäß § 5 Abs. 1 der Geschäftsordnung unserer Partei müssen Anträge eigentlich spätestens vier Wochen vor dem Bundesparteitag bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein. Für diesen Parteitag endete also die Antragsfrist am 6. Oktober dieses Jahres. Mit

Schreiben vom 23. September hat der Generalsekretär den antragsberechtigten Gliederungen der Partei mitgeteilt, daß der Bundesvorstand bereit ist, alle Anträge, die bis Montag, den 19. Oktober, bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind, noch dem Parteitag vorzulegen und diese Anträge noch als rechtzeitig gestellt anzusehen.

Wer von den stimmberechtigten Delegierten bereit ist, der Verlängerung der Antragsfrist zuzustimmen, den bitte ich um die Erhebung der Stimmkarte. — Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich stelle fest, daß dies bei einigen Gegenstimmen mit einer deutlichen Mehrheit beschlossen ist.

Nun folgen einige Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf des Parteitages. Wir schlagen Ihnen vor, daß wir für die Einreichung von Initiativanträgen, die von 30 Delegierten unterschrieben sein müssen, folgende Fristen festlegen. Für die Initiativanträge zu Tagesordnungspunkt 12, dem Leitantrag des Bundesvorstandes, soll Antragschluß Mittwoch, 4. November, 14 Uhr, für folgende Themenbereiche sein: die allgemeinen Anträge zum Leitantrag, Präambel, "Die Soziale Marktwirtschaft erneuern", "Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen", "Unser Ziel: Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft". Das sind, mit anderen Worten, also alle Teile des Leitantrages, außer dem Friedenskapitel. Dafür ist also der Antragsschluß Mittwoch, 14 Uhr, vorgesehen. Mittwoch, 21 Uhr, ist dann Antragsschluß für die Initiativanträge zum Kapitel "Frieden und Freiheit sichern" sowie für alle sonstigen Initiativanträge zu den Tagesordnungspunkten 14 und 15.

Wer mit diesem Antragsschluß einverstanden ist, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. — Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. — Auch dies ist bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen. Wir werden diese beschlossenen Fristen schriftlich an die Delegierten verteilen.

Als letztes folgt noch ein organisatorischer Hinweis zur Einbringung der Initiativanträge. Sie haben aus den organisatorischen Hinweisen im Parteitagsprogramm vielleicht ersehen können, daß die Initiativanträge mit der elektronischen Textverarbeitung verarbeitet werden. Deswegen müssen dafür besondere Vordrucke benutzt werden. Diese Vordrucke sind im Tagungsbüro erhältlich, und dort werden die Initiativanträge für die Antragsteller auch gleich geschrieben, weil sie unmittelbar danach in die Textverarbeitung und das besondere System, das dafür vorgesehen ist, eingegeben werden müssen. Wir bitten daher alle Delegierten darum, so zu verfahren. Sie helfen damit auch mit, die organisatorische Abwicklung des Antragverfahrens zu erleichtern.

Meine Damen und Herren, wir haben die große Freude, auf diesem Parteitag eine Reihe prominenter Gäste begrüßen zu können. Ich begrüße im Namen des Parteitages den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Prälat Heinz-Georg Binder.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich für das Kommissariat der Deutschen Bischöfe Monsignore Dr. Maritzky.

(Beifall)

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den Bischöfen Dr. Woelber und Siegel für die eindrucksvolle Gestaltung des ökumenischen Gottesdienstes heute morgen den besonderen Dank des Parteitages aussprechen würden.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, Werner Nachmann.

(Beifall)

Der Parteitag heißt den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Karl Wilhelm Berkhan, herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten des Bundesversicherungsamtes, Dr. Alfred Christmann.

(Beifall)

Wir begrüßen ferner den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Richard Meier.

(Beifall)

Wir heißen den Kommandeur der Panzergrenadierbrigade Nr. 7, Brigadegeneral Model, herzlich willkommen.

(Beifall)

Der Parteitag freut sich, auf seinen Beratungen die Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Irmgard Blättel und Gerhard Schmidt, begrüßen zu können.

(Beifall)

Wir begrüßen ebenfalls herzlich den Bundesvorsitzenden der IG Bau, Steine, Erden, Rudolf Sperner.

(Beifall)

Wir begrüßen den Vorsitzenden der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Hermann Brandt, und seinen Stellvertreter, Walter Quatier.

(Beifall)

Wir heißen ebenso herzlich willkommen den Vorsitzenden des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, Günter Volmer.

(Beifall)

Wir begrüßen ebenfalls in unserer Mitte den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, unseren Freund Alfons Müller.

(Beifall)

Wir heißen den Vorsitzenden der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Horst Leichtenberger, willkommen.

(Beifall)

Ein herzlicher Gruß gilt dem Präsidenten des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, unserem Freund und Kollegen Heinz-Detleff Drape.

(Beifall)

Ich heiße den Bundesvorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Alfred Krause, herzlich willkommen.

(Beifall)

Ebenso begrüßen wir den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians.

(Beifall)

Ein besonderer Gruß gilt dem Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Professor Dr. George Turner.

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Landrat Carl-Heinrich Buhse.

(Beifall)

Ein herzlicher Gruß gilt dem Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unserem Freund Horst Waffenschmidt.

(Beifall)

Wir begrüßen sehr herzlich den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Areitgeberverbände, Otto Esser.

(Beifall)

Ein ebenso herzlicher Gruß gilt dem Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Herrn Staatssekretär Dr. Siegfried Mann.

(Beifall)

Wir freuen uns, in unserer Mitte den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen

Handwerks, unseren Kollegen und Abgeordneten im Europaparlament, Paul Schnitker, begrüßen zu können.

(Beifall)

Ich begrüße für das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes Hans-Jürgen Klinker.

(Beifall)

Ebenso heißen wir den Vizepräsidenten des Deutschen Raiffeisenverbandes, Johannes Hansen, willkommen.

(Beifall)

Wir begrüßen herzlich den Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, Heinrich Heyer.

(Beifall)

Ein Gruß gilt dem Präsidenten der Zentralvereinigung Deutscher Handelsvertreter- und Handelsmaklerverbände, Otto Kern.

(Beifall)

Wir grüßen herzlich den Präsidenten des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Ebenso begrüßen wir den ersten Vorsitzenden des Verbandes Freier Wohnungsunternehmen, Rolf Schauenburg.

(Beifall)

Wir begrüßen den Direktor des Deutschen Mieterbundes, Helmut Schlich.

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten der Union der Leitenden Angestellten, Dr. Friedrich Ische.

(Beifall)

Wir freuen uns, daß an den Beratungen unseres Parteitages auch der Präsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, Dr. Josef Schneeberg, teilnimmt.

(Beifall)

Ich begrüße auf diesem Parteitag den Bundesvorsitzenden des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen, Hermann Meyer.

(Beifall)

Ebenso herzlich heißen wir den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Kriegs- und Zi-

vilbeschädigten, BVK, Oswald Engel, willkommen.

(Beifall)

Wir grüßen den Vizepräsidenten des VdK Deutschlands, des Verbandes der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten, Sozialrentner Deutschlands, Ludwig Hönle.

(Beifall)

Wir freuen uns, in unserer Mitte den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, unseren Freund und Kollegen Dr. Herbert Czaja, begrüßen zu können.

(Beifall)

Wir begrüßen ebenso herzlich den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen, Manfred Schmidt.

(Beifall)

Wir heißen ebenso für das Präsidium des Deutschen Sportbundes, Hans Hansen, herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir begrüßen herzlich in unserer Mitte den Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung und langjährigen Generalsekretär unserer Partei, Bundesminister a.D., Dr. Bruno Heck.

(Lebhafter Beifall)

Wir begrüßen ebenso herzlich den langjährigen Mitstreiter Ludwig Erhards, Bundesminister a.D. Dr. Ludger Westrick.

(Beifall)

Wir freuen uns, auf diesem Parteitag zwei Gründungsmitglieder der Christlich Demokratischen Union der britischen Zone begrüßen zu können: Dr. Josef Kannengießer und Hermann Lingens – ebenso herzlich willkommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unter uns befinden sich auch einige Geburtstagskinder. Wir gratulieren recht herzlich zu ihrem heutigen Geburtstag Frau Josefine Eggert aus dem Landesverband Baden–Württemberg und dem Bundestagsabgeordneten Karl Eigen aus dem Landesverband Schleswig–Holstein.

(Lebhafter Beifall)

Vom Tagungspräsidium sind zwei Blumensträuße und zwei Bücher vorbereitet worden; es handelt sich um zwei Exemplare des neu von Helmut Kohl herausgegebenen Buches "Die CDU – Portrait einer Volkspartei". Ich darf die Hostessen bitten, den beiden Geburtstagskindern diese Präsente zu überreichen.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns ganz besonders, den Bürgermeister dieser Stadt, Dr. von Dohnanyi und seine Frau, hier auf unseren Parteitagsberatungen begrüßen zu können.

(Lebhafter Beifall)

Dr. von Dohnanyi wird hernach ein Grußwort an uns richten.

Und wir freuen uns natürlich ganz besonders, daß wir auch auf diesem Parteitag wieder – wie auf nahezu allen Parteitagen – unsere Freunde von der CSU begrüßen können, an ihrer Spitze den Generalsekretär der CSU, Dr. Stoiber.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auch, daß an diesem Parteitag eine Persönlichkeit teilnehmen wird, die mit ihrem liebenswürdigen Charme und ihrer menschlichen Wärme so viel zum Erfolg ihres Ehemannes beigetragen hat; ich begrüße besonders herzlich Frau Hannelore Kohl.

(Lebhafter Beifall)

Das Mitglied unseres Tagungspräsidiums, Herr von Beust, wird Frau Kohl im Namen des Parteitagspräsidiums – des ganzen Parteitages, nehme ich an – einen Blumenstrauß überreichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ganz besonders stolz sind wir natürlich darauf und freuen uns über die Anwesenheit der vielen Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die wir herzlich willkommen heißen; über 1200 sind es, an ihrer Spitze die Intendanten mehrerer Rundfunk- und Fernsehanstalten, die Chefredakteure mehrerer wichtiger Zeitungen. Sie alle sind uns auf diesem Parteitag besonders herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich rufe nun den **Punkt 4 der Tagesordnung** auf:

Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission.

Es liegt Ihnen in Ihren Parteitagsunterlagen eine Aufstellung der vom Bundesvorstand bestellten Antragskommission vor; diese Aufgabe hat der Bundesvorstand nach § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung. Ich darf die Delegierten des Parteitages fragen, ob Ergänzungsvorschläge gemacht werden. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Insofern darf ich jetzt die Delegierten, die der vorgeschlagenen Antragskommission ihre Stimme geben wollen, bitten, das durch ein Handzeichen kundzutun. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich stelle fest, daß damit die Antragskommission, wie vom Bundesvorstand bestellt, bestätigt worden ist.

Ich rufe **Punkt 5 der Tagesordnung** auf:

Wahl der Mandatsprüfungskommission.

Auch hier befindet sich der Vorschlag des Bundesvorstandes in Ihren Tagungsunterla-

gen. Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich ebenfalls um Erheben der Stimmkarte. – Schönen Dank. Gegenprobe! – Auch hier stelle ich einstimmige Zustimmung fest.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 14 Uhr im Raum 12, im Büro des Organisationsleiters, einzufinden, um dort ihres Amtes zu walten.

Ich rufe **Punkt 6 der Tagesordnung** auf:

Wahl der Stimmzählkommission.

Der Vorschlag des Bundesvorstandes für die nach § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung zu wählenden Stimmzählkommission liegt Ihnen vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind und keine Ergänzungsvorschläge machen wollen – und ich sehe bisher keine; es kommen auch keine mehr –, dann bitte ich Sie ebenfalls um das Erheben Ihrer Stimmkarte. – Vielen Dank. Gegenprobe! – Auch insoweit sind Sie dem Vorschlag des Vorstandes einstimmig gefolgt. Ich bedanke mich.

Ich rufe den **Punkt 7 der Tagesordnung** auf:

Grußworte.

Ich erteile jetzt zu einem Grußwort dem Bürgermeister dieser gastgebenden Stadt, *Dr. von Dohnanyi das Wort*.

Dr. Klaus von Dohnanyi,

1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg.

(Mit Beifall begrüßt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir ein besonderes Vergnügen,

(Heiterkeit und Beifall)

Ihnen hier zu diesem Parteitag die Grüße des Senats zur Freien und Hansestadt Hamburg zu überbringen. Unsere schöne Stadt hält ihre Tore weit offen für Ihre Arbeit und für Ihr Vergnügen.

Ihre Partei, meine Kolleginnen und Kollegen, kommt heute nicht zum erstenmal zu einem Bundesparteitag nach Hamburg; der Vorsitzende hat soeben schon hierauf hingewiesen. Die tiefgreifenden Veränderungen in der Welt, die seither, seit 1973, auch unsere Stadt ergriffen haben, werden Ihren Parteitag entscheidend prägen. Dennoch, seit sie 1973 zum letztenmal zu einem ebenfalls programmatischen Parteitag in dieser Stadt versammelt waren, sind die Fortschritte, die diese Stadt gemacht hat, auch für unsere Gäste unverkennbar. Im Wohnungsbau konnten seit 1973 50 000 Wohnungen hinzugefügt werden. Der Umsatz im Hafen hat sich seither auf 72 Milliarden DM verdoppelt. Damals, 1973, wurde dieses Kongreßzentrum eröffnet, und die Perspektive war auf die Fertigstellung so großer Verkehrsprojekte gerichtet wie den Autobahn-Elbtunnel und die Köhlbrand-Brücke.

Hamburg, meine Damen und Herren, geht durch eine schwierige Zeit wie alle Städte

und Staaten nicht nur der industrialisierten Welt. Aber Hamburg geht stark durch diese Zeit.

Hamburg heute – das ist die Leistung aller Bürger dieser Stadt. Hamburg ist zwar traditionell eine sozialdemokratisch orientierte Stadt, aber an der Schönheit und am Wohlstand unserer Stadt haben alle Bürger ihren Anteil gehabt, gleichgültig, wie sie politisch zu den demokratischen Parteien stehen. Ich bringe deswegen ausdrücklich die Grüße aller Bürger, meine Damen und Herren, und sicherlich ganz besonders derjenigen, die Ihre Partei wählen.

Einen besonderen Gruß möchte ich auch an die Ministerpräsidenten der benachbarten Länder richten, an Herrn Gerhard Stoltenberg und Herrn Ernst Albrecht.

(Beifall)

Beide Länder sind für uns Hamburger unentbehrliche Partner.

Persönlich begrüße ich auch zahlreiche Kollegen, die ich aus früherer Arbeit seit langem kenne. Ihr Bundesvorsitzender z.B. war Ministerpräsident, als ich MdB in Rheinland-Pfalz war.

(Beifall)

Mit Ihrem Generalsekretär, Herrn Heiner Geißler, habe ich noch 1980 um einen pfälzischen Bundestagswahlkreis gekämpft. Mit Bernhard Vogel habe ich jahrelang den Vorsitz in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung geteilt, und wir sind uns auch sonst begegnet.

(Heiterkeit und Beifall)

So gibt es viele Verbindungen.

Ich sage das, meine Damen und Herren, weil es unterstreicht, wie groß unsere gemeinsame Verantwortung für unser Land jenseits aller Meinungsverschiedenheiten über Gegenwart und Zukunft, über Wege und Ziele ist.

(Beifall)

Deswegen erlaube ich mir auch, als Bürgermeister einen Kollegen von Ihnen herzlich hervorzuheben. Die CDU hat mit Walther Leisler Kiep einen allgemein beachteten Kandidaten für das Amt des Ersten Bürgermeisters von Hamburg vorgeschlagen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Er wird mir das Leben nicht leichtmachen,

(Erneuter Beifall)

aber auch ich, Herr Kollege Kiep, werde Ihnen nicht immer nur nach dem Motto "keep smiling" begegnen.

(Heiterkeit und Beifall)

Trotz allem, was Herr Kollege Echternach eben gesagt hat, werden Sie es mir nicht verübeln, wenn ich hinzufüge, daß ich selbst die Absicht habe, Sie einschließlich des Kollegen Kiep auch auf Ihrem nächsten Bundesparteitag als Bürgermeister dieser Stadt von diesem Platz aus zu begrüßen.

(Heiterkeit und Beifall)

So wünsche ich Ihnen, meine Damen und Herren, gute Erkenntnisse und richtige Beschlüsse im Interesse unseres Volkes und im Interesse unserer Stadt, in deren Namen ich Sie noch einmal sehr herzlich willkommen heiße.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herr Bürgermeister, wir danken Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung, auch wenn ich hinzufügen muß, daß vielleicht nicht alle Ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen werden. Wir fühlen uns in dieser schönen Stadt in der Tat besonders wohl. Ich danke Ihnen und allen Hamburgern für die freundliche Aufnahme, die die Delegierten dieses Parteitages in dieser Stadt gefunden haben.

Ich habe jetzt die große Freude, das Wort zu einem weiteren Grußwort zu geben an den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Spitzenkandidaten der Hamburger CDU für die bevorstehenden Bürgerschaftswahl Walther Leisler Kiep.

Walther Leisler Kiep (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Sehr verehrter Herr Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg! Ihre Anwesenheit und das Grußwort, das Sie soeben gesprochen haben, machen uns allen klar – durch die Medien auch der Öffentlichkeit –, daß es eine Gemeinsamkeit der Demokraten in der Bundesrepublik Deutschland gibt und daß es möglich ist, miteinander so zu sprechen, daß jeder Bürger erkennen kann: Es gibt neben allem Trennenden in der Sache auch Gemeinsamkeiten, die das Fundament und die funktionstüchtigkeit unseres Staates ausmachen.

(Beifall)

Sie haben und werden, lieber Herr von Dohnanyi, hier eine große Volkspartei mit einer erheblichen Bandbreite erleben können. Sie haben sicherlich auch ein hohes Maß von Toleranz bei der Begrüßung ebenso wie beim Zuhören Ihrer Worte gespürt. Da wir in einer Zeit leben, in der ständig über Technologietransfer in den verschiedensten Bereichen geredet wird, da gerade Sie selber einer der ganz großen Protagonisten der Übertragung von Fernwärme sind, wollte ich Ihnen heute eigentlich im Rahmen der Gemeinsamkeit der Demokraten von der CDU, von der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, einen Technologietransfer besonderer Art bieten: ein Stück Nestwärme von diesem Parteitag in Ihre Partei.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine lieben Freunde, die Hamburger Union, die mich gebeten hat, ein Grußwort zu sprechen, ist Ihnen allen, besonders aber Helmut Kohl dafür dankbar, daß dieser Parteitag zu diesem Zeitpunkt in Hamburg stattfindet. Wir sind hier angetreten, um den demokratischen Wechsel herbeizuführen. Wir sind nicht angetreten zu einem Vernichtungskampf gegen einen politischen Gegner. Wir sind angetreten, weil wir – zugegebenermaßen subjektiv – der Ansicht sind, daß der Wechsel nötig ist. Wir sind angetreten zu dem, was wir für unsere Bemühungen als Überschrift gewählt haben. Wir sind angetreten zur liberalen Erneuerung Hamburgs.

(Beifall)

Wir bedanken uns bei der Bundespartei dafür, daß sie uns auf diesem Parteitag gewissermaßen die Themen liefert, die gleichzeitig auch die großen Themen der Diskussion in den nächsten Monaten in dieser Stadt sein werden: Wie geht es mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung weiter? Wie wird die sozial verpflichtete Marktwirtschaft den neuen Bedingungen gegenüber Bestand haben, mit denen sie sich zunehmend konfrontiert sieht? Wie steht es mit der Initiative des einzelnen, oder ist die Rolle des Staates übermächtig und nimmt weiter zu? Ist der Staatsanteil eine gottgegebene Größenordnung, die immer nur noch größer und nicht mehr kleiner werden kann, oder finden wir die Kraft, den Staatsanteil auf ein Maß zurückzuführen, das dem einzelnen wieder seine Chance gibt? Sind wir bereit, die Belohnung von Leistung zu akzeptieren, die Ungleichheit in der Belohnung von Leistung als notwendig hinzunehmen, oder wenden wir uns einem Kurs zu, der nivelliert, der gleichmacht und der dadurch im Grunde genommen Leistung verhindert? Die Zukunft unserer Arbeitsplätze und unseres sozialen Sicherungssystems hängt von der Beantwortung dieser Frage entscheidend ab.

Die wichtigste Rahmenbedingung, die wir in den nächsten Jahren um jeden Preis erhalten müssen – ist ein Klima des sozialen Friedens, die Fähigkeit zum Dialog zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, das Verantwortungsbewußtsein aller Teilnehmer an unserem Wirtschaftsprozeß.

Wir sprechen über den Frieden in Freiheit, und wir sprechen über die Qualität des Friedens in Freiheit. Wir sollten in dieser Debatte nicht nur über Waffen sprechen, sondern über Politik. Wir sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob Waffen gewissermaßen Politikersatz seien. In Wirklichkeit sind sie Mittel zum Zweck – zum Zweck der Friedenssicherung, in unserem Verständnis.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sollten in der ganzen Sorge um die sich wieder verschärfenden Gegensätze des Ost-West-Konflikts zu keiner Stunde übersehen, daß die friedensgefährdende Brisanz des Nord-Süd-Konfliktes ebenso große Aufmerksamkeit und ebenso große politische Anstrengungen von uns erfordert wie die Bewältigung der Gegensätze aus dem Ost-West-Konflikt.

(Beifall)

Wir sprechen über die Zukunftschancen unserer jungen Menschen, über Bildung und Ausbildung, über berufliche Bildung, ein Thema, dem wir angesichts der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

(Beifall)

Aus diesem Parteitag, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, wird gerade durch die starke Vertretung in- und ausländischer Medien ein Stück Selbstverständnis unserer Partei sichtbar werden. Da wird die Fähigkeit und Bereitschaft zur Diskussion, auch zur kontroversen Diskussion deutlich werden. Da wird sichtbar werden die große Bandbreite unserer Partei, was die verschiedenen Meinungen und Gruppierungen anbetrifft. Ich meine, diese Diskussion ist gut. Ich behaupte: Der Wähler einer großen Volkspartei will sich auch in der Diskussion, auch in den Zweifeln und Sorgen der Partei wiederfinden, der er sein Vertrauen schenken möchte.

(Beifall)

Wir sollten dabei, meine Damen und Herren, liebe Freunde, eine Fähigkeit besonders in den Vordergrund stellen: die Fähigkeit, als einzige große Volkspartei dieses Landes ideologiefrei zu sein. Das heißt fähig, Bewährtes, Unverzichtbares zu erhalten und zu verteidigen, aber ebenso auch neue Entwicklungen zu erkennen und in Politik von morgen umzusetzen.

(Beifall)

Wir sollten uns diese Ideologiefreiheit bewahren, auch wenn ich sehe, daß der Umgang mit Ideologen in der Auseinandersetzung nicht ohne Gefahren ist. Manchmal, meine ich, sollten wir auch darauf achten, daß wir nicht durch den ständigen Umgang mit Linksideologen der Gefahr erliegen, selber ein wenig zu Rechtsideologen zu werden.

(Beifall)

Und schließlich, meine Damen und Herren, zu Beginn dieses Parteitags, zu Beginn auch unseres Bemühens, in verschiedenen Bundesländern, darunter auch hier in Hamburg, Wahlen zu gewinnen, meine Überzeugung, daß neben den sachlichen Inhalten unserer Politik der Stil unserer Politik ein Stück Inhalt sein muß. So, wie wir unsere Politik anbieten und vermitteln, entscheidet sich, ob wir nicht nur die Ohren, sondern auch die Herzen der Menschen erreichen, die wir für uns gewinnen wollen.

(Beifall)

Unser Stil, meine Damen und Herren, sollte im Umgang mit dem politischen Gegner in der Sache hart sein, aber mit der klaren Erkenntnis, daß eine bestimmte Grenze niemals überschritten werden darf. Die Auseinandersetzung in der Sache trennt von politischer Diffamierung und persönlicher Feindschaft.

(Beifall)

Bescheidenheit im Umgang mit dem Bürger und im Gespräch mit dem Wähler! Verzicht auf Unfehlbarkeit in der Politik! Keiner ist unfehlbar.

(Beifall)

Verzicht auf Rechthaberei! Und Verzicht auch auf das Schlagen der Schlachten der Vergangenheit!

Meine Damen und Herren, wenn wir uns um dies alles bemühen wollen, dann muß die Richtschnur unseres Handelns nicht sein, aus hundertprozentigen CDU-Wählern hundertfünfzigprozentige zu machen,

(Beifall)

sondern es kommt auf die 2 % zwischen 49 und 51 % an.

(Beifall)

Ich wünsche mir, wir hier in Hamburg wünschen uns, daß von diesem Parteitag ein Signal des Neuanfangs, der Aufbruchstimmung ausgeht. Wir wünschen uns die Diskussion, wenn nötig, kontrovers. Wir wünschen uns eine gemeinsame Strategie als Ergebnis dieser Diskussion, die uns als Plattform für das dient, was uns an politischen Auseinandersetzungen bevorsteht: im März die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein, später die Landtagswahl in Niedersachsen, dann die Landtagswahlen in Hessen und in Bayern und, last not least, die Wahlen für die Hamburger Bürgerschaft hier in dieser Stadt.

Meine Damen und Herren, die Union ist angesichts des Zustandes der Regierungsparteien in Bonn zum Hoffnungsträger für viele Menschen in unserem Lande geworden. Sorgen Sie alle mit dafür, daß wir diese Eigenschaft unserer Partei als Hoffnungsträger durch die Art und Weise des Umgangs auf diesem Parteitag und durch die Ergebnisse dieses Parteitages bestätigen!

(Langanhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sehe, daß Herr Leisler Kiep Herrn von Dohnanyi bereits aus dem Hause begleitet. Aber damit kein falscher Eindruck entsteht: Das ist noch nicht die Wachablösung, sondern das ist der Abschied von Herrn Dohnanyi, der zu einer Senatssitzung gehen muß.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei Walther Leisler Kiep für seine Ausführungen.

Jürgen Echternach hat das Ziel genannt: Walther Leisler Kiep soll 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg werden.

(Beifall)

Und, meine Damen und Herren, dieses Ziel ist erreichbar. Nachdem die Union das einstmals Unvorstellbare erreicht hat und die Bürgermeister von München, Frankfurt und Berlin stellt, kann sie auch antreten mit den Anspruch, den Bürgermeister von Hamburg zu stellen,

(Beifall)

nicht, meine Freunde, obwohl in Hamburg viele Arbeiter leben, sondern weil Hamburg eine Arbeiterstadt ist.

(Beifall)

Seit der Bundesgeschäftsführer der SPD, Herr Glotz, beim SPD-Parteivorstand einen Minderheitenschutz für Arbeiter in den Gremien der SPD beantragen muß, sind die Chancen der CDU, die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen, gewaltig gewachsen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wünschen Walther Leisler Kiep nicht nur vollen Erfolg, sondern wir sagen ihm auch jede Unterstützung auf seinem Weg zum Erfolg zu. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich hatte vorhin den Eindruck, daß bei der Begrüßung, wie das immer einmal passiert, nicht alle begrüßt worden sind, die hätten begrüßt werden müssen. Ich möchte mit besonderer Herzlichkeit die große Zahl anwesender ausländischer Diplomaten, die große Zahl anwesender Botschafter und ihrer Vertreter hier sehr herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Für eine Partei, die weiß, daß Frieden von Freundschaft und von internationaler Verbindung abhängt, ist es eine große Genugtuung, zu sehen, wie viele ausländische Staaten heute an diesem Morgen in Hamburg bei unserem Parteitag repräsentiert sind.

Wir bedanken uns dafür herzlich.

(Beifall)

Ich rufe jetzt **Punkt 8 der Tagesordnung** auf:

Grundsatzrede des Vorsitzenden der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands,
Dr. Helmut Kohl, MdB

Das Wort hat Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU,

(mit Beifall begrüßt):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wenn dieser 30. Bundesparteitag übermorgen seine Beschlüsse faßt, sind genau dreizehn Monate seit dem Wahltag der letzten Bundestagswahl im Jahre 1980 vergangen. Seitens zuvor in der Geschichte unserer Republik hat sich das politische Klima in so kurzer Zeit so grundlegend verändert, wie in diesen dreizehn Monaten. Mit einer – wie viele meinten – beruhigenden Mehrheit von 45 Mandaten war die Regierung der Koalition von SPD und FDP gebildet worden. Meine Freunde, vor der Wahl hieß es, die Staatsfinanzen seien in Ordnung, der Frieden sei gesichert. Man müsse nur SPD oder FDP wählen; dann gehe alles seinen ruhigen Gang.

Aber wer glaubt dies heute noch, ein Jahr nach der Wahl, nach einem beispiellosen

Schauspiel politischer Selbstdemontage, das uns SPD und FDP in den letzten Monaten, in den letzten Tagen in aller Öffentlichkeit geboten haben? Der Konflikt über die zentralen Fragen unseres Standorts im westlichen Bündnis, der Konflikt über die Notwendigkeiten der Sozialen Marktwirtschaft, der Konflikt über die Verwendung von Kernkraft und über Energievorsorge, der Konflikt über den Umgang mit jenen, die auf eine radikale Veränderung unserer Republik drängen – dieser Konflikt ist für die deutsche Sozialdemokratie nicht mehr lösbar.

(Beifall)

Meine Freunde, in dieser Lage richtet sich die Hoffnung vieler unserer Mitbürger auf die Union, die CDU/CSU. Wir sind für Millionen unserer Landsleute die Alternative der Hoffnung zu einer Regierung von SPD und FDP, die nur noch ein Ziel kennt, nämlich um jeden Preis im Amt zu bleiben. Wir sind die Alternative der Hoffnung zu einer Bewegung der Ideologen, die das Rad der Geschichte auf Ideen zurückdrehen wollen, gegen die sich schon Konrad Adenauer und Ludwig Erhard zum Vorteil unseres Landes durchgesetzt hatten.

Meine Freunde, es war die Union, die unserer Republik ihre Prägung durch die Soziale Marktwirtschaft im Innern und durch die Einbindung in das westliche Bündnis nach außen gab. Das Menschenbild, von dem wir immer geleitet waren, entstand aus christlicher Überzeugung, christlicher Überlieferung und aus dem Erbe der europäischen Aufklärung. Unsere Bundesrepublik Deutschland hat sich in diesen Jahrzehnten als ein fester Bestandteil der freien Welt Ansehen erworben, nicht allein als erfolgreiches Industrieland, sondern vor allem auch als ein auf sittlichen Grundlagen erbautes Gemeinwesen. Heute erkennen wir und viele unserer Landsleute mit uns mit Sorge, wie das große Erbe dieser Jahrzehnte verwirtschaftet wird, wie im Innern die Machterhaltung einer schwankenden Koalition zum Ersatz von Führung, Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit wird, wie Fiskalsozialismus die Substanz des Landes verzehrt und wie von außen und nicht zuletzt von unseren Freunden in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten immer dringlicher die Frage gestellt wird: Wo stehen die Deutschen; wohin treibt ihr Staat?

Weit schlimmer als der Verlust der materiellen Werte ist der Verschleiß an Vertrauen, der Verlust an Treu und Glauben des Bürgers im Verhältnis zu seinem Staat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist der Kernpunkt aller Politik, daß der Bürger zu seinem Staat Vertrauen haben kann, Vertrauen haben muß. Die Erfahrungen schrecken unsere Mitbürger. Bei der Wahl 1972 hörten wir, die Inflation sei der Preis für Vollbeschäftigung. 1976 hörten wir, die Renten seien sicher; in diesem Zusammenhang gebe es höchstens ein Problemchen. 1980 hörten wir, die Staatsfinanzen seien solide. Wer erinnert sich nicht noch jener Schelte an den deutschen Bischöfen, die nur darauf hinzuweisen gewagt hatten, daß gesunde Staatsfinanzen auch eine Zukunft für die junge Generation bedeuten? Seit diesen Wahlen von 1972, 1976 und 1980 haben sich die Regierung von SPD und FDP und nicht zuletzt auch die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit Täuschung und Wortbruch an der Macht gehalten.

(Beifall)

Deswegen ist es das Wichtigste, daß wieder Vertrauen hergestellt wird. Unser Land braucht eine Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft und nicht finanzielle Flickschusterei, was die Staatsfinanzen angeht. Unser Land braucht Effizienz in unserer Wirtschaft angesichts weltwirtschaftlicher Störfaktoren. Unser Land braucht nicht bedenkenlos mehr Staat, mehr Steuern, mehr sozialistische Umverteilung und mehr Bürokratie. Was not tut – Walther Leisler Kiep hat aus gutem Grund darauf hingewiesen –, ist die Besinnung auf die politische Kultur unseres Gemeinwesens, die in den Menschen- und in den Bürgerrechten liegt, wie auch in den Bürgerpflichten, in Freiheit und Verantwortung, in Hilfsbereitschaft und in Solidarität mit den Schwachen.

Die politische Kultur unseres Landes und ihre Ideale sind Grundlage unseres Bündnisses mit den Westeuropäern und mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Meine Damen und Herren, ich habe gestern bei der Begrüßung unserer jungen Gäste – andere haben das heute auch schon getan – daran erinnert, wie das 1946, 1947, 1948 für uns, die damals 16-, 17-, 18jährigen, war, als wir als ganz Junge zum erstenmal auf Parteitage der regionalen Parteiverbände dabeiwaren. Damals hatten wir alle den einen festen Willen: Wir wollen aus der Geschichte lernen. Wir wollen nie wieder die Fehler machen, die zur Nazibarbarei geführt haben. Die Frage, die sich heute stellt, ist doch: Haben wir in diesen Tagen wirklich die Bereitschaft, aus der Geschichte zu lernen?

(Beifall)

Unsere Bundesrepublik ist nach 1945 als staatliches Haus einer freien Gesellschaft entstanden und nicht als Interessengemeinschaft zur schnellen Vermehrung des Sozialprodukts. Meine Freunde, deshalb muß auch heute, da Selbstzweifel, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Rüstungsprobleme und die Sorge um den Frieden die Menschen belasten, der Wille zur Freiheit, der Wille zur Verantwortung Maßstab unseres politischen Handelns sein.

(Beifall)

In dieser schicksalhaften Zeit steht das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Bundesrepublik Deutschland als Teil des westlichen Verteidigungsbündnisses auf dem Spiel.

Meine Freunde, gefährdet sind der Weiterbau des europäischen Hauses, ein stärkerer Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt und die wirtschaftliche und soziale Stabilität unseres Landes.

"Noch mehr Bürokratie wagen" – das ist geblieben von dem Aufbruch nach den Sternen, den die Koalition einst versprach. Das Scheinparadies der Reformen ist unbezahlbar geworden. Die Versprechungen wurden in ihrer Mehrzahl von den Wirkungen bloßgestellt. Heute ist guter Rat teuer für die Regierung, am teuersten aber ist er für den Bürger und Steuerzahler geworden.

(Beifall)

Die Täuschungen sind für immer mehr Bürger durchschaubar geworden: Der Staat ist überschuldet, die Zukunft der jungen Generation verpfändet. Der Sozialstaat wird durch

die Einladung zu seinem Mißbrauch verhöhnt. Die große Bildungsrevolution hat zu einer großen Enttäuschung geführt. Der innere Frieden wird von schwebewaffneten, verummten Gestalten zur Karikatur gemacht. Wer die Ereignisse in den letzten Stunden in Frankfurt zur Kenntnis genommen hat, begreift, wohin diese Koalition unsere Republik geführt hat.

(Beifall)

Meine Freunde, die Zeit der Illusionen ist vorbei. Es ist die Stunde der Wahrheit, es ist die Stunde der Bilanz.

Wie sieht die Bilanz von Helmut Schmidt aus? Noch in seiner Regierungserklärung jetzt vor einem Jahr hat der Bundeskanzler in der ihm eigenen knappen Weise erklärt: "Wir haben keinerlei Anlaß zu Pessimismus". — Aber in diesen Tagen, knapp ein Jahr danach, erklärt der gleiche Bundeskanzler vor seiner Fraktion, der schwerste Winter seit 1945 stehe bevor. Dazu kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Ich habe selten einen größeren Unsinn als diesen gehört.

(Beifall)

Ich war damals nicht in den vollen Mannesjahren wie Herr Schmidt. Ich war Schüler von 15, 16, 17 Jahren. Aber wenn ich mich an die Winter 1945, 1946, 1947 erinnere, dann finde ich es in jeder Weise unstatthaft, die Probleme von heute mit den damaligen zu vergleichen.

(Beifall)

Meine Freunde, Bilanzen der Politik gewinnen ihre Bedeutung nicht aus sich selbst, sondern aus der Zweckbestimmung, aus der Sinnggebung des Staates und des Gemeinwens. Es ist nicht das Volk für die Regierung da, sondern die Regierung für das Volk. Es ist nicht der Mensch Objekt der Politik, sondern Politik muß sich am Bild des Menschen orientieren. Sie steht — um mit dem Historiker Jacob Burckhardt zu reden — im Dienste des "leidenden, strebenden und handelnden Menschen, wie er ist und immer war und immer sein wird".

Wir, die Union, schöpfen nicht aus der sozialistischen Buchweisheit des 19. Jahrhunderts, die einen neuen Menschen schaffen wollte und immer noch will. Wir maßen uns nicht an, den alten Adam in eine neue Form zu bringen. Wir wissen von der Fehlbarkeit des Menschen und auch von der Fehlbarkeit der Politik.

Dennoch glauben wir an die Würde des Menschen, an die Berechtigung des Strebens nach Sinn im irdischen Leben und an die Suche eines jeden nach seinem persönlichen Glück. Wir streben nicht nach dem flachen Glück des Schlaraffenlandes und der Überflußgesellschaft, sondern wollen das Glück aus eigener Kraft, aus der eigenen freien Gestaltung eines erfüllten Lebens.

Politik, meine Freunde — das muß man wieder deutlicher ins Land rufen —, hat zu dienen. Sicherheitspolitik kann und darf kein anderes Ziel haben, als, wie Konrad Adenauer einst gesagt hat, die Würde und den Schutz der Einzelperson zu gewährleisten und zu verteidigen. Daraus, nicht aber aus irgendeinem Hurra-Patriotismus von vorgestern gewinnt das Vaterland seine verpflichtende Kraft, und daraus entsteht auch der Anspruch an die

Bürger, dem Land zu dienen.

(Beifall)

Die Wirtschafts- und Sozialpolitik eines freien Gemeinwesens muß sich daran messen lassen, ob sie entmündigt oder freimacht, ob sie entmutigt oder die schöpferische Kraft des Menschen herausfordert, ob sie den Staat als soziales Ordnungsgefüge begreift oder als allwissenden Vormund.

Darin liegt auch die Bedeutung der Bildungspolitik in einem demokratischen Staat. Bildungspolitik ist nicht zuletzt entscheidend für das Verhältnis des Gemeinwesens zur nachwachsenden Generation. Sie muß danach beurteilt werden, ob sie Geschichte und Tradition vermittelt, Kontinuität herstellt, Selbständigkeit sich entwickeln läßt und die Solidarität der Generationen bewahrt, ob sie Verständnis nicht verweigert, wo immer es möglich ist, aber auch Autorität nicht vorenthält, wo Orientierung gebraucht wird.

Wenn wir auf diesem Parteitag für die CDU Deutschlands an andere, aber auch an uns selbst, liebe Freunde, selbstkritisch die Frage stellen, ob unsere Bildungspolitik diesem Ziel immer gedient hat, so sage ich Ihnen als einer, der Jahre hindurch als Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes versucht hat, das Beste zu tun: Natürlich haben auch wir Fehler gemacht, die es einzusehen und zu ändern gilt; das muß eines der Ziele dieses Parteitags sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, Grundlage der deutschen Außenpolitik waren seit Gründung der Bundesrepublik der Bau Europas, die westliche Allianz und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Die Politik gegenüber der Sowjetunion und den östlichen Nachbarn, die Adenauer einleitete, war nur auf der Grundlage der gemeinsamen Werte und Interessen der westlichen Welt möglich.

Meine Freunde, einer wirtschaftlich schwachen Bundesrepublik hätte niemand Respekt gezollt. Einer neutralistischen Republik hätte man diktiert. Eine sozialistische Republik hätte man kommandiert und unter die Vormundschaft brüderlicher Hilfe gestellt.

(Beifall)

Konrad Adenauer hat das seinerzeit klar erkannt. Es ist heute noch faszinierend, seine große Rede auf dem ersten Bundesparteitag der CDU vom Oktober 1950 nachzulesen. Sie ist faszinierend, weil sie zu den heute wieder strittigen Fragen der Friedenspolitik Gedanken und Sätze enthält, die genau in unsere Zeit hineingesprochen zu sein scheinen. Er sagte:

„Lassen Sie mich meiner tiefsten Überzeugung Ausdruck geben, daß der einzige Weg, den Frieden zu sichern, der ist, den die Westalliierten und die Atlantikpaktstaaten jetzt einzuschlagen beschlossen haben, nämlich mit Sowjetrußland über die Herstellung eines dauerhaften Friedens zu verhandeln, nachdem sie sich mindestens ebenso stark gemacht haben, wie Sowjetrußland ist.“

Meine Damen und Herren, diesem Satz ist im Jahr 1981 nichts hinzuzufügen.

(Beifall)

Lange Zeit bestand unter den demokratischen Parteien unseres Landes Übereinstimmung in der Überzeugung, daß der Bewegungsraum deutscher Außenpolitik vom inneren Zusammenhalt des Atlantischen Bündnisses abhängig ist. Meine Freunde, ob dies in Zukunft noch gilt, entscheidet sich jetzt, in diesen Jahren, in der deutschen Innenpolitik.

Ich hatte anläßlich meiner Reise in die USA vor wenigen Tagen in New York und Washington immer wieder die bohrende Frage zu beantworten, wohin der Weg der Bundesrepublik führt. Den Amerikanern – das weiß jeder – mangelt es wahrlich nicht an demokratischem Verständnis etwa für Demonstrationen freier Bürger für Ziele, die von denen der Regierung abweichen.

Es ist für sie aber ein Alarmsignal, wenn die Partei des deutschen Bundeskanzlers weder in Berlin anläßlich des Besuchs von Außenminister Haig noch in Bonn den Trennungsstrich ziehen konnte und vor lauter Schwäche und Anbiederung bis heute nicht begreift, daß die Zukunft der Republik und der westlichen Allianz eben nicht von Masendemonstrationen bestimmt werden darf.

(Beifall)

Unser Staat würde seine moralische Rechtfertigung einbüßen, wenn er nicht die Meinung anderer respektierte. Er wäre verloren, wenn er der Gesinnungsethik der Friedenssucher nicht die Verantwortungsethik entgegenstellte, die die Sicherheit der Nation und die politische Lebensform freiheitlicher Demokratie uns auferlegen.

Meine Freunde, Demokratie – und das gilt auch für demokratische Parteien – ist nicht nur ein Gehäuse für schönes Wetter und für volle Taschen. Demokratie muß sich bewähren in Zeiten der Herausforderung und Bedrängnis, sie erfordert Mut und Stehvermögen. Führung in der Demokratie erfordert den Mut und die Disziplin zur Realpolitik. Realpolitik aber heißt heute angesichts der Bedrohung: Kaltblütigkeit bewahren, mit Geduld und mit Unerschrockenheit verhandeln, sich um den wirtschaftlichen Austausch und den Abbau der Bedrohungspotentiale bemühen und nicht vorab schon die eigene Position aus Angst preisgeben.

Liebe Freunde, es kann keinen Zweifel geben: Wir gehören zur deutschen Friedensbewegung. Wir alle wollen Abrüstung und Entspannung.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir alle haben die Lektion der Geschichte in zwei schrecklichen Kriegen gelernt, die Vertriebenen und die Flüchtlinge, die Hinterbliebenen der Gefallenen zweier Weltkriege, die in den deutschen Städten in den Kellern Zuflucht suchten vor den Bombenangriffen und alles Hab und Gut verloren haben. Es gibt unter uns kaum jemanden, der nicht selbst oder in seiner Familie dieses Schicksal erlebt hat.

Wir wollen wirklich Frieden, aber wir wollen einen Frieden, und wir wollen vor allem eine Entspannungspolitik und eine Abrüstung, die kontrollierbar sind, weltweit, und die wirklich dem Frieden dienen und nicht der Hegemonie einer Macht.

Wir haben keine Freude daran, liebe Freunde, daß Milliardenbeträge in Ost und West für

Rüstung ausgegeben werden, und wir alle können nur beten, daß diese Rüstung nie beansprucht wird.

Aus unserer Verpflichtung, aus unserem Wunsch, Christ zu sein, wissen wir um die Sorgen und Nöte der Dritten Welt. Wir wissen, sie erwartet Hilfe von uns. Wir wissen, daß diese Milliardenbeträge alle gut gebraucht werden können – im eigenen Land und draußen.

Aber ich mahne uns und auch mich zur Realpolitik. Wir haben es erlebt, nach zehn Jahren Diskussion um Entspannung, wie ein kleines Land, Afghanistan, von der mächtigen Sowjetunion mit Krieg überzogen, überfallen wurde. Das ist kein Werk des Friedens, das ist jene Aggression, die bei Diktatoren üblich ist.

(Lebhafter Beifall)

Es ist kein kalter Krieg, wenn wir, die das Glück der Freiheit genießen können, daran erinnern, daß in diesen wenigen Jahren weit über 400 000 Menschen in dem Krieg in Afghanistan den Tod fanden. Und es ist ein Akt europäischer Verbundenheit gegenüber einem großen europäischen Volk, gegenüber Polen, wenn wir darauf hinweisen, daß wir wünschen, daß Polen selbst über seinen Weg in die Geschichte entscheidet.

(Lebhafter Beifall)

Die sogenannte Friedensbewegung, die jetzt – mit Recht – auch bei uns diskutiert wird, ist bei vielen ihrer Anhänger eine Eruption aus Tiefen der Verunsicherung, einer Zivilisationsmüdigkeit und des Unbehagens an der Technik, einer Daseinsorge und Zukunftssangst in einer Welt, die, meine Freunde, Gott und den Glauben als altmodisch abschaffen will. Wo sind bei vielen Hoffnung und Glaube geblieben, die Martin Luther einst sagen ließen: "Wenn morgen die Welt untergeht, so will ich doch meinen Apfelbaum pflanzen und meine Schulden bezahlen".

Luthers Zeit war keine Idylle. Dürer hat in jenen Tagen die Apokalyptischen Reiter in Holz geschnitten, wie sie über das Land jagen: Krieg und Pest und Tod und Teufel.

Wir wissen: Angst ist Teil der menschlichen Existenz. Aber Christen wissen auch, daß Politik diese Grundbedingung des Menschen nicht aufheben kann.

(Beifall)

Was Politik aus christlicher Verantwortung aber kann und muß, ist zu versuchen, Sicherheit zu vermitteln in der diesseitigen Existenz und den Menschen Mut und Hoffnung zu geben für ihr Leben. Vor allem aber muß Politik durch geschichtliche Erfahrung und praktische Vernunft der Apokalypse Vorbauern, muß die Erpressung verhindern, die in der Möglichkeit der Entfesselung des Infernos liegt.

Eine Regierung hat dann ihren Führungsanspruch selbst verwirkt, wenn sie – wie diese Bundesregierung – es versäumt, aus Angst oder aus Mutlosigkeit, der Nation mit Mut und Geduld und Festigkeit die Gefahren der gegenwärtigen Weltlage darzustellen.

Meine Freunde, die mehr als 250 sowjetischen Mittelstreckenraketen zielen auf die Zentren Westeuropas, nicht auf Ziele in den USA. Das Ziel dieser Raketen ist die poli-

tische Trennung der Europäer von den Vereinigten Staaten, ist zuerst die psychologische und dann die reale Zerstörung des amerikanischen Schutzschildes. Die konventionelle Überlegenheit der Sowjets soll wirksam werden, ohne daß Panzer rollen, ohne daß Krieg stattfindet. Sie soll wirksam werden als Angst in den Köpfen der Menschen in Westeuropa und als Argument für die Unterwerfung unter den Willen einer unerbittlichen Supermacht.

(Beifall)

Meine Freunde, dieser Angst, die existent ist, die zu leugnen töricht wäre, muß verantwortliche Politik mit dem Mut der Überzeugung begegnen. Wer jetzt meint, mit schlaun Überlegungen in einer Nische der Geschichte überwintern zu können, der wird dieser Verantwortung nicht gerecht.

(Beifall)

Meine Freunde, dieses alles darzustellen, kämpferisch auszutragen, nicht zuletzt auch mit unseren Mitbürgern aus der jungen Generation, überläßt diese Bundesregierung weitgehend uns. Wir, die Opposition, tragen heute an diesem Punkt eigentlich die Last der Regierungspolitik in Deutschland.

(Beifall)

Es passiert mir immer wieder, daß ich dann gefragt werde: Worin besteht denn eigentlich der Unterschied Ihrer Politik, der Unionspolitik, zu der des Kanzlers? Ich kann dazu nur das sagen, was ich in Washington immer wieder erklärt habe: Es ist der Unterschied zwischen Worten ohne Mehrheit und der Geschlossenheit und Durchsetzungsfähigkeit einer großen politischen Kraft, der CDU/CSU.

Die übergroße Mehrheit der Deutschen hat sich für die Freiheit und gegen einen Weg entschieden, der zuerst unsere Freiheit und dann auch immer den Frieden in der Welt gefährden würde.

Der Friede und die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland sind untrennbar mit der Einbindung in das Bündnis der freien Welt, mit der Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika verbunden.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang erleben wir in diesen Monaten vor allem zwei Gefahren. Erstens besteht die Gefahr, daß die Führung der Sowjetunion in der Verkennung der Motive vieler, die dabei waren, die Demonstrationen in den Hauptstädten Europas nicht als Ausdruck einer tiefen Friedenssehnsucht begreift, sondern als ein Signal der Schwäche und der Lähmung. Wer diese These nicht glaubte, kann es in diesen Tagen nachlesen, wenn Leonid Breschnew in seinen Interviews davon spricht, daß der Volksprotest überall in Westeuropa unterwegs sei. Damit könnte die Sowjetunion verführt werden, in den Abrüstungsverhandlungen notwendige eigene Zugeständnisse überhaupt gar nicht erst in Betracht zu ziehen. Die Friedensbewegung und ihre Fürsprecher hätten dann genau das Gegenteil dessen erreicht, was die Mehrheit ihrer Anhänger will, nämlich den Abbau der Rüstung.

Zweitens. Noch gefährlicher für die Deutschen ist die Verbindung von neuem Neutralismus und altem Nationalismus. Die Warnung davor – das sollten wir zur Kenntnis nehmen – hat niemand klarer formuliert als die neue sozialistische Regierung in Paris. Diese Zeichen europäischer Verunsicherung, die wir überall antreffen, sind bitterer. In Washington – und dies kann ich bezeugen – wird das sehr ernstgenommen, wenn die deutsche Linke, allen voran die Herren Brandt, Bahr und Eppler, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika moralisch auf eine Stufe stellen und nicht die Sowjetunion und ihre Drohungen fürchten, sondern die Sicherheitsgarantie der USA. Meine Freunde, die Saat des Mißtrauens geht auf.

Ich habe gerade in Washington immer wieder darauf hinweisen müssen, daß die riesige Mehrheit der Deutschen in der Vergangenheit wie in der Gegenwart und in der Zukunft ihre Freiheit, ihre Sicherheit und damit auch den Frieden unseres Landes nur im Bündnis gewahrt sieht. Die Gefahr ist allerdings vorhanden, und sie kommt aus der Schwäche und Führungslosigkeit der gegenwärtigen Koalition, daß ein neutralistischer deutscher Nationalismus, der in der Mitte Europas eine sozialistische Republik anstrebt, nicht nur die Sicherheit der Deutschen dem Willen der Sowjets überlassen würde, sondern daß er auch schon in seinem Ansatz das atlantische Bündnis zerstören könnte. Wir müssen wieder in Erinnerung rufen, angesichts einer anderen nachwachsenden Generation, daß die Grundentscheidung – bitter genug in den 50er Jahren erstritten – gilt, daß die Freiheit den Vorrang vor Einheit hat, daß der Satz Adenauers heute noch gilt, als er sagte: "Was nützt es den Menschen in Bonn, wenn sie sich in der Unfreiheit einer Einheit mit den Menschen in Leipzig wiederfinden? Beiden ist nicht geholfen." Dies ist eine bittere geschichtliche Erkenntnis. Wir haben damals diese Erkenntnis der Vernunft durchgesetzt.

(Beifall)

Meine Freunde, das war damals leichter als heute.

Ich habe in diesen Tagen vor hessischen Freunden darauf hingewiesen: Als wir in jene Auseinandersetzung zogen, ich damals als junger Student von knapp 20 oder 21 Jahren, waren in unseren Versammlungen drei Viertel oder vier Fünftel der Teilnehmer Kriegsteilnehmer, Männer und Frauen, die den Krieg erfahren hatten, Vertriebene und Flüchtlinge. Sie dachten an ihr Schicksal und zogen daraus persönliche Konsequenzen. Wenn wir heute in die Versammlungen gehen, sitzen über 60 % Mitbürger vor uns, die nach dieser Zeit geboren sind, die diese Erfahrung nicht haben. Wir haben es vielleicht alle zu lange versäumt, diese Erfahrung intensiv an diese Generation weiterzugeben.

(Beifall)

Deutschland ist durch seine geographische Lage und sein wirtschaftliches Gewicht ein Kernstück Europas. Die Freiheit in Europa ist ohne Deutschland nicht aufrechtzuerhalten. Ein neutralistisches Deutschland wäre nur so lange ein freies Deutschland, wie dies der Sowjetführung gefällt. Die deutsche Frage, meine Freunde, ist nicht auf alle Zeit aufgeschoben. Wir resignieren nicht. Wir finden uns nicht mit dieser Teilung ab. Entscheidend ist auch in diesem Betracht, daß die Bundesrepublik Deutschland ein Teil des Westens bleibt, daß sie für die Leistungsfähigkeit der politischen Kultur der Freiheit einsteht, daß sie Bündnis bleibt. Dann gilt der Satz: Die sozialistische Parteidiktatur ist nicht das letzte Wort der Geschichte für die Menschen zwischen Elbe und Oder.

(Beifall)

Für die Union ergeben sich daraus klare Aufgaben für die Zukunft:

Erstens. Wir dürfen die deutsche Frage nicht als abgeschlossen ansehen. Wir müssen auf den Weiterbau der Vereinigten Staaten von Europa dringen, trotz wachsender Schwierigkeiten, und wir wollen Verständigung mit dem Osten. Wir wollen Vertrauen herstellen, wir wollen Zusammenarbeit auf vielen Feldern der Politik. Wir denken stets daran, daß die deutsche Frage nicht im nationalen Alleingang lösbar ist, sondern als Teil einer europäischen Friedensordnung, die alle Europäer als ihre eigene Sache, auch als die Sache der deutschen und europäischen Menschenrechte begreifen müssen.

Zweitens. Wir müssen die Arbeit für den Frieden fortführen, mit Unerschrockenheit und mit der Bereitschaft zu langen schwierigen Verhandlungen. Dabei geht es nicht um Anti-amerikanismus oder um Amerikanismus, sondern es geht um die wohlverstandenen Lebensinteressen der Deutschen in der Mitte Europas. Wir brauchen dabei Verständnis für die überzeugten Pazifisten. Den Verstand aber brauchen wir für das unverzichtbare Prinzip des Gleichgewichtes.

(Beifall)

Meine Freunde, es war nicht die Abwesenheit der Drohung, die in 35 Jahren europäischen Frieden bewahrte, sondern es war vor allem das atomare Gleichgewicht, das bisher den Krieg verhindert hat.

Drittens. Wichtig ist vor allem die moralische Grundlage, aus der die Bundesrepublik Deutschland entstand und ohne die sie keine Zukunft haben wird. Wir müssen der Tyrannei in jeder Gestalt widerstehen. Zwischen Diktatur und Freiheit gibt es keinen dritten Weg. Das westliche Bündnis ist zu allererst ein politisches Bündnis, das auf den Werten und Idealen der freiheitlichen Demokratie aufgebaut ist. Die militärische Allianz der NATO dient der Sicherung dieser Werte. Diese Werte zu erhalten und durch sie den Menschen zu Würde und Selbstachtung zu verhelfen, das muß Sinn deutscher Außenpolitik sein.

(Beifall)

Betrachten wir uns die Entwicklung im Innern unseres Landes. Vor zwölf Jahren herrschte Aufbruchstimmung. Die Staatsfinanzen waren in Ordnung. Die Wirtschaft funktionierte. Es gab praktisch keine Arbeitslosigkeit. Den Menschen ging es gut. Sie hatten kaum materielle Sorgen. Sie blickten voll Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft. Heute, zwölf Jahre danach, hat sozialistische Mißwirtschaft das Land in eine Krise geführt, aus der diese Regierung keinen Ausweg mehr findet.

Meine Damen und Herren, Arbeitslosigkeit, wie wir sie seit dem Winter 1951/52 nicht mehr hatten, deprimiert die Menschen. Die Inflation belastet vor allem die kleinen Leute. Die Zahl der Konkurse erreicht Rekordhöhen. Ein Aufschwung der Wirtschaft ist weit und breit nicht in Sicht. Wider besseres Wissen hat die Regierung diese Krise jahrelang verschleppt, bis in die Bundestagswahl 1980 hinein. Die Bundesregierung ist heute zu schwach, und die SPD ist in sich unfähig, das Übel an der Wurzel anzupacken. Vor allem fehlt die ehrliche Bilanz. Kaum sechs Wochen nach jenem kläglichen Sommertheater

der Bundesregierung kommen nun täglich neue Zahlen auf den Tisch.

Die Arbeitslosenzahl war zu niedrig geschätzt; die Steuereinnahmen wurden zu hoch eingeschätzt. Die Haushaltslücke von 8 Milliarden D-Mark wurde notdürftig mit Abgabenerhöhungen und Buchgewinnen der Bundesbank gestopft; aber – und das sage ich Ihnen voraus – länger als ein paar Wochen wird dies alles nicht halten. Herr Schmidt selbst sagt jedermann, der es hören will, in Bonn, daß wir im nächsten Jahr zwischen 1,8 und 2 Millionen Arbeitslose haben werden. Meine Damen und Herren, was dann sein wird, kann man sich angesichts der Erfahrung der letzten Wochen leicht ausrechnen.

Diese Regierung löst keine Probleme mehr; sie schiebt die Probleme vor sich her. Sie verwaltet ihre Krisen, und sie verbraucht – das ist das Schlimmste – die Substanz unseres Landes.

(Beifall)

Herr Genscher hat, meine Damen und Herren, eine politische Wende gefordert. Die Sozialdemokraten haben ihm in allen Punkten eine Abfuhr erteilt, und er findet sich damit ab. Nur hat er jetzt zu meinem, zu unserem Erstaunen gesagt: Wir sind mitten in der Wende. Er verkündet hier ein wirkliches Staatsgeheimnis, denn bisher hat mir noch niemand sagen können, wo die Wende eigentlich begonnen hat.

(Beifall)

Man muß sich fragen, liebe Freunde, was Hans-Dietrich Genscher eigentlich von der Intelligenz unserer Mitbürger hält, wenn er uns dauernd und immer wieder so etwas zumutet.

Da will ich gleich ein Wort zum Thema "FDP" anschließen, ein Wort, von dem ich glaube, daß es einmal nötig ist, denn ich finde, es ist ziemlich unsinnig und auch der Sache nicht nützlich, daß andauernd dieser oder jener aus unseren Reihen öffentlich darüber spekuliert, ob nun die FDP kommt oder nicht kommt. Ich finde, dieses ganze Gerede hilft nur der FDP. Der Union hilft es überhaupt nicht.

(Beifall)

Denn das ist doch eigentlich – ich erkenne es neidlos an – die optimale Lage für Hans-Dietrich Genscher: Er erwartet – und er sagt es auch ganz offen – er ist da ganz ehrlich –, daß die Sozialdemokraten ihn möglichst gut behandeln, damit er bleibt, und daß die christlichen Demokraten ihn möglichst gut behandeln, damit er kommt.

(Heiterkeit)

So vergeht die Zeit, meine Damen und Herren, und er bleibt in der Regierung, was immer auch kommen mag.

(Beifall)

Nur, die Lage hat sich geändert. Die vierte Partei ist da – nicht jene, die uns in der Vergangenheit so viel Ungemach bereitet hat.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich würde sagen, am besten reden wir nicht mehr darüber!

(Lebhafter Beifall)

Aber die vierte Partei ist da: die Grünen, die Alternativen – wie immer Sie sie nennen mögen. Damit ist etwas eingetreten, was die Lage der FDP von Grund auf verändert. Denn sie war ja eineinhalb Jahrzehnte in einer einmaligen Lage – um es einmal in der Sprache des Kapitalmarkts auszudrücken – : Sie hatte 7 oder 8 % der Aktien und hat 100 % des Kapitals beherrscht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das ist jetzt nicht mehr so, und genau das ist der Punkt, der für die FDP viel interessanter ist als freundliche Zeitungsangebote aus dem Lager der Union.

Die Wähler entscheiden, was sein wird, und ich sage Ihnen voraus: Die Freien Demokraten werden in dem Augenblick die Koalition verlassen – und es ist ja auch legitim, als Partei so zu denken –, in dem sie erkennen, daß der Abwärtstrend, der rasante Abwärtstrend der Sozialdemokraten auch auf die Freien Demokraten übergreift, wenn also ihr elementares Interesse davon betroffen wird.

Liebe Freunde, ich finde, wir haben doch allen Grund, im Jahre 1981 auch unter diesem Gesichtspunkt offen und sehr gelassen in die Welt zu blicken. Stellen Sie sich doch einmal vor – wenn ich das jetzt nur in ein paar Sätzen ausmalen darf –, was auf einem sozialdemokratischen Parteitag heute los wäre, wenn die SPD so triumphale Wahlsiege in Berlin und bei den Kommunalwahlen in Hessen und in Niedersachsen erreicht hätte. Es würde – da dürfen Sie sicher sein – innerhalb der Sozialdemokratie niemand mit schmerzgeprägtem Gesicht herumschleichen und fragen, ob vielleicht versäumt worden sei, diese oder jene Wählergruppe anzusprechen. Ich will alle Wähler haben – das ist doch ganz klar –, und Sie wollen es auch. Darüber brauchen wir nicht zu reden!

(Beifall)

Ich bin auch offen für die Diskussion über alle Wege, aber nach so einem Jahr brauchen wir doch nicht schmerzgebeugt zu gehen. Wer in diesem Saal hätte es denn 1973 beim Bundesparteitag in Hamburg für denkbar gehalten, daß ich heute sagen kann, daß hier der Berliner Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker aus der CDU Deutschlands sitzt?

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Weil das in Berlin gelang, haben wir vorhin selbstverständlich bei dem Gedanken applaudiert, daß es auch in Hamburg gelingen könnte. Meine Damen und Herren, das alles hängt doch miteinander zusammen!

(Erneuter Beifall)

Dann hatten wir am 22. März Kommunalwahlen in Hessen. Schauen Sie sich doch die

Wahlergebnisse an in einem Land, das die Hochburg der deutschen Sozialdemokratie war, die Wahlergebnisse in Wiesbaden, in Offenbach usw.. Drüben sitzt Walter Wallmann; wer hätte geglaubt, daß in Frankfurt ein CDU-Oberbürgermeister amtiert?

(Lebhafter Beifall)

Vor wenigen Wochen, am 27. September, hatten wir Kommunalwahlen in Niedersachsen. Das Ergebnis in Hannover, der Stadt Kurt Schumachers: gleiche Sitzzahl im Parlament für SPD und CDU. Osnabrück, Braunschweig, Cuxhaven, Wolfsburg, Salzgitter! Da lese ich, die CDU müsse noch weit mehr für die Arbeitnehmerschaft tun. Einverstanden, aber etwas müssen wir, meine Freunde, doch getan haben, wenn wir in Salzgitter auch jetzt schon die Mehrheit erreicht haben!

(Lebhafter Beifall)

In wenigen Monaten, im März 1982, haben wir die Wahl in Niedersachsen; Anfang März ist die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Im Frühsommer haben wir die Wahl in Hamburg, Ende September die in Hessen und im Oktober die in Bayern. Meine Damen und Herren, dann, wenn alle in diesen nächsten Monaten daran denken, was der Partei, der Union, guttut, wenn alle zupacken, wenn alle mithelfen und wenn jeder, statt ein Interview zu geben, drei Wahlversammlungstermine wahrnimmt,

(Anhaltender starker Beifall)

ja, dann, meine Freunde, werden Sie sich vor so vielen Rednerangeboten überhaupt nicht retten können.

(Heiterkeit)

Aber ich will zurück zum Grundsätzlichen meines Referats. Wir haben hier das Thema der Sozialen Marktwirtschaft wieder zur Debatte gestellt, weil wir wissen, daß eine Wende zum Besseren nur möglich ist auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist für uns Christliche Demokraten eben mehr als nur ein Instrument zur materiellen Wertschöpfung. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität fordern eine Ordnung, in der sich die Menschen frei und sozial entfalten können.

Unsere Alternative zielt entschieden auf eine uneingeschränkte Rückkehr zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Auch hier möchte ich ein Dokument der Frühzeit unserer Partei zitieren, aus der Rede Ludwig Erhards auf dem zweiten Parteitag der CDU der britischen Besatzungszone im August 1948. Er sagte damals:

„Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära, auch nicht das freie Spiel der Kräfte und dergleichen Phrasen, mit denen man heute hausieren geht, sondern die sozial verpflichtete Marktwirtschaft, die das Individuum wieder zur Geltung kommen läßt, die den Wert der Persönlichkeit obenan stellt, der gerechten Leistung dann aber auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Marktwirtschaft moderner Prägung.“

Meine Damen und Herren, genau darum geht es uns auch heute. Der Staat darf mit Steuern, Staatsschulden und dirigistischen Programmen nicht noch tiefer in den Wirtschaftskreislauf eingreifen. Die Staatsquote, der Anteil am Volkseinkommen, den der

Staat über Steuern, Abgaben und Verschuldung beansprucht, ist mit fast 48 % viel zu hoch. Dirigismus und Bürokratie – das erleben wir jeden Tag – lähmen jede Initiative. Sie können keinen Aufschwung schaffen. Leistung muß wieder lohnen. Investitions- und Risikobereitschaft müssen ermuntert werden.

Dazu braucht es Vertrauen, das durch Schulden, nicht eingehaltene Versprechungen, Verschleierung der Wahrheit nicht zu erreichen ist. Hier – ich sage es noch einmal –, in der Wiedergewinnung des Vertrauens – und das muß auch das Ziel einer möglichen Regierungspolitik der Union sein –,

(Zustimmung)

ist der Anfang und der Auftrag jeder Gesellschafts-, jeder Wirtschaftspolitik.

(Beifall)

Dazu müssen wir die öffentlichen Haushalte sanieren. Ich sage "die öffentlichen Haushalte", weil das nicht nur ein Problem des Bundes, sondern ein Problem von Bund, Ländern und Gemeinden ist und weil wir nicht zulassen dürfen, daß die Sanierung in Bonn ein Verschiebehahn ist, auf dem die Probleme immer auf die Länder und die Gemeinden abgewälzt werden.

(Beifall)

Aber das gilt für alle Ebenen. Ein Staat, der mit seinen Einnahmen nicht auskommt, zerstört Vertrauen, und die Sozialisten haben eben auf unsere – der Bürger – Kosten in diesen Jahren über unsere Verhältnisse gelebt. Wir verschulden uns gegenüber dem Ausland und zu Lasten der nächsten Generation. Wir verbrauchen mehr, als wir gemeinsam erarbeiten.

Deshalb haben wir, obwohl in der Opposition – mit mancher Kritik, auch aus dem eigenen Lager –, als Bundesratsgruppe der CDU/CSU-geführten Länder und als Bundestagsfraktion eigene Sparbeschlüsse vorgelegt. Es ist nicht unser Geschäft, liebe Freunde, hier als der Hilfsmotor der Regierung zu operieren, als das Sauerstoffgerät, das man hervorholt, wenn man akut in Sauerstoffnot geraten ist. Aber es ist in dieser Zeit auch für uns als Opposition unsere Pflicht, die Verantwortung für das Ganze zu sehen. Wir treiben in Bonn Opposition, nicht Obstruktion. Das ist ein entscheidender Unterschied zu anderen.

(Lebhafter Beifall)

Wir meinen – so sagen wir immer wieder –, unsere Bürger haben auch Verständnis dafür, daß Opfer gebracht werden müssen, wenn diese Opfer einigermaßen gerecht verteilt sind. Deswegen haben wir – das ist ein gewaltiger Einschnitt und nicht so einfach dahin gesagt –, erklärt, daß wir bei Leistungen und Subventionen zu einer Kürzung von 5 % kommen müssen. Deswegen haben wir gesagt, daß wir die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz für Schüler an allgemeinbildenden Schulen am Wohnort der Eltern streichen wollen und daß auch die Förderung der Studenten stärker auf Darlehen umgestellt werden sollte. Ich muß Ihnen sagen, ich kann keine soziale Demontage darin erblicken, wenn einer, der ein qualifiziertes Studium machen kann und später ordentlich verdient, das wieder zurückzahlen muß, was ihm die Gemeinschaft ge-

geben hat.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben vorgeschlagen, das Wachstum der öffentlichen Personalausgaben zu verringern. Aber wenn ich dies sage, will ich auch dem törichten Mißverständnis begegnen, das richte sich gegen die Beamten. Zuviel Gesetze, zuviel Verordnungen machen die Regierungen und die Parlamente. Nicht die Staatsdiener sind an dieser Entwicklung schuld, sondern die Politik ist es.

(Beifall)

Wir haben, da die Finanzierung der Rentenversicherung dauerhaft **ohne** eine Erhöhung der Beiträge gesichert werden muß, die Einführung eines Krankenversicherungsbeitrages der Rentner vorgeschlagen.

Meine Freunde, wir wissen um das Schicksal der Arbeitslosen, wir wissen, was Arbeitslosigkeit bedeutet. Wenn heute die neuesten Zahlen der Bundesanstalt mit knapp 6 % bekanntgegeben werden, ist das eine schicksalhafte Entwicklung für viele Hunderttausende von Menschen, von Männern und Frauen mit ihren Kindern. Wir wissen, daß in dieser schwierigen Zeit die Solidarität der Arbeitsplatzbesitzer gegenüber denen, die keinen Arbeitsplatz besitzen, aufgerufen ist, und wir wollen den wirklich Arbeitslosen helfen; ihr Schicksal gibt uns Alarm. Aber wir wollen auch offen sagen, daß wir nicht bereit sind, es hinzunehmen, daß auf Kosten der Fleißigen Faule sich in diesem Teil des Netzes sozialer Sicherheit bereichern.

(Beifall)

Aus diesem Grunde haben wir Vorschläge zur Änderung der Arbeitslosenförderung, bei der Sozialhilfe — etwa im Hinblick auf die gewaltige Kostensteigerung der Sozialhilfeträger —, gemacht. Wir haben diese Vorschläge gemacht, um alle Gruppen der Bevölkerung anzusprechen.

Und, meine Freunde — das sage ich nun als meine persönliche Meinung —, ich bin auch längst zu der Überzeugung gekommen, daß wir unter der Voraussetzung, daß alle betroffenen sind, nicht die Gruppe der Arbeitnehmer allein, zu einer Überprüfung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kommen müssen. An dieser Entwicklung wird in den nächsten Jahren kein Weg vorbeiführen.

(Beifall)

Wir haben in den 20 Jahren der Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger mit unseren Arbeitsministern — Hans Katzer, der letzte in der Reihe der Arbeits- und Sozialminister aus der CDU Deutschlands, sitzt hier — in diesen 20 Jahren das Netz sozialer Sicherheit gebaut, und wir werden dafür kämpfen, daß es erhalten bleibt. Aber es ist eine Pflicht und keine soziale Demontage, wenn wir in diesen Zeiten den Mißbrauch des Netzes sozialer Sicherheit angehen und anprangern.

(Beifall)

Kein Bürger darf aus seiner Eigenverantwortung entlassen werden, Das gilt auch für den

Bereich des Gesundheitswesens. Wenn Sie beobachten, was der Minister Ehrenberg auf diesem Felde tut und was er gern tun würde, dann wissen Sie, daß hier Selbstverantwortung herausgefordert ist.

Wir werden auch den Wohnungsmarkt nicht in Ordnung bringen, solange sich der Einsatz von Kapital im Wohnungsbau nicht lohnt. Es geht nicht ohne eine schrittweise Einführung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft auch in diesem Bereich. Meine Freunde, das setzt auch voraus, daß wir hier und dort im Mietrecht Korrekturen vornehmen, dort nämlich, wo ein übertriebener Mieterschutz dazu geführt hat, daß der private Mietwohnungsbau völlig zum Erliegen gekommen ist.

(Beifall)

Es geht uns also um weit mehr als um einen bloßen Ausgleich des Bundeshaushalts 1982. Nur aus einem Umdenken und nur aus dem Sanieren gewinnen wir die Grundlage für einen neuen Aufschwung. So beseitigen wir auch den Unsinn, daß die für unsere Zukunft lebensnotwendigen Investitionen gestrichen werden, während die konsumtiven Ausgaben praktisch ungekürzt bleiben. Nur umfassende Sparmaßnahmen bringen uns den Spielraum für die notwendigen finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen.

Und meine Freunde – auch das sage ich in dieser kritischen Zeit, weil wir ja gefragt werden, wohin die Reise geht, in bezug auf das und in klarer Kenntnis dessen, was wir in unserem Wahlprogramm versprochen haben –: Für mich ist klar, wir müssen mittelfristig auch die ertragsunabhängigen Steuern abbauen, wenn wir die Wirtschaft wieder in Schwung bringen wollen.

(Beifall)

Die Investitionskraft der Betriebe muß gestärkt werden. Die Vermögenspolitik ist für uns nicht irgendein Thema, sondern es ist ein entscheidendes Element einer offensiven Sozialpolitik. Es ist ein Skandal, daß diese Bundesregierung, die von der SPD getragen ist, einer Partei, die behauptet, sie vertrete die Interessen der arbeitenden Menschen, in diesem Jahrzehnt im Bereich der Vermögenspolitik nichts, aber auch gar nichts, zustande gebracht hat.

(Beifall)

Forschung, Entwicklung, Innovation müssen nicht durch Dirigismus und Ministerien, sondern durch Freiräume und Anreize gefördert werden. Wir Deutsche, vielbewundert als Denker und Forscher, müssen heute mehr für Patente und Lizenzen ausgeben, als wir exportieren können.

Die Stärkung der Leistungsbereitschaft ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialpolitik.

Unter der Union wurde das System sozialer Sicherheit gebaut, und es ist auch heute noch vorbildlich in der Welt. Aber jetzt wird dieses System – das muß man offen diskutieren – immer mehr überfordert. Gefälligkeits- und Besitzstandsdenken sind an vielen Orten an die Stelle von sozialer Gerechtigkeit getreten. Das Sozialsystem droht zu einer Art von closed shop zu werden. Es werden Besitzstände verteidigt, auch wenn kein

wirklicher Bedarf besteht, und für Mitbürger, die auf Grund neuer Entwicklungen wirklich hilfsbedürftig werden, gibt es dann keinen Platz. Das ist der Sinn der Neuen Sozialen Frage.

Meine Freunde, in der Bundesrepublik geraten kinderreiche Familien mehr und mehr in soziale Abseits.

(Beifall)

Kriegerwitwen, Frauen aus der älteren Generation müssen mit viel zu kleinen Renten leben, und sie werden vergessen. Schicksalsbedingte Alleinstehende jeden Alters geraten immer mehr ins gesellschaftliche Abseits. Drogensüchtige und ihre Familien werden in ihrer Not allein gelassen, um nur ganz wenige Beispiele zu nennen. Das sind auch Gründe dafür, meine Freunde, daß viele junge Mitbürger in unserem Sozialsystem nicht mehr den Ausdruck mitmenschlicher Solidarität, sondern nur noch ein System von Bürokratie, Anonymität, Bezugsscheinen und Anspruchsdenken sehen. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die mit den Prinzipien der Solidarität und der Subsidiarität wieder ernst macht. Wir haben sie, wie ich finde, in unserem Grundsatzprogramm richtig beschrieben:

„Soziale Ordnungspolitik verbindet Humanität und Wirtschaftlichkeit, Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Sie zielt auf personale Hilfe, aktive Solidarität und ermöglicht den Menschen, Freiheit zu haben und zu verantworten. Was die kleine Gemeinschaft aus eigener Kraft leisten kann, darf die große ihr nicht nehmen.“

Wann sind wir bereit, diesen Sätzen Taten folgen zu lassen? Das ist die Anfrage, die an uns gerichtet wird.

(Beifall)

Heute, in einer Zeit der knappen Kassen, besteht der unausweichliche Zwang, Prioritäten zu setzen, bei den Subventionen ebenso wie bei den Leistungsgesetzen. Wir müssen darüber diskutieren und uns darüber verständigen, was Hilfsbedürftigkeit ist, welche herkömmlichen Ansprüche wir noch anerkennen und welche neuen Forderungen wir aus der Solidargerechtigkeit übernehmen müssen. Hier, an der Frage, wie wir soziale Verantwortung des einzelnen und der Gemeinschaft praktisch definieren, hier entscheidet es sich, ob wir fähig sind, Soziale Marktwirtschaft und damit auch die Idee der Freiheit zu erneuern. Deshalb und nicht nur weil wir sparen müssen, müssen wir die Prinzipien unseres Grundsatzprogramms in praktische Lösungen übersetzen.

Wir wissen, daß eine freiheitliche Demokratie nur durch eine gesunde Familie möglich ist. Der Staat allein kann Kinder nicht zu freien, verantwortungsbewußten Bürgern erziehen. Wir brauchen die Eltern in ihrer elterlichen Autorität, in ihrer elterlichen Hingabe. Sie müssen gestärkt werden.

(Beifall)

Der Staat allein kann nicht die alten, kranken und behinderten Menschen würdig versorgen. Wir brauchen die bürgerschaftlichen Initiativen der Vereinigungen und Vereine, wir brauchen die privaten Träger von Krankenhäusern und Kindergärten. Wir brauchen die Nachbarschaftshilfe. Der Staat allein kann keine Geborgenheit vermitteln, ohne die keiner von uns auf die Dauer leben kann. Die Stärkung der Familie, die Rückbesinnung

auf Eigenverantwortung, die der Staat von seinen Bürgern fordern muß, die Sanierung von Staat und Wirtschaft, all dies muß zusammenkommen. Viele – das halte ich für schlimm – meinen, diese Aufgaben seien schon gar nicht mehr zu bewältigen. Ich finde, sie übersehen, daß in den letzten 35 Jahren ganz anderes gemeistert wurde. Natürlich weiß ich, daß das, was bisher schiefgegangen ist, nicht in wenigen Monaten zu reparieren ist. Unsere Mitbürger sind gegenüber ungedeckten Schecks mißtrauisch geworden; sie wollen die Wahrheit wissen. Meine Freunde, es liegt jetzt an uns, ihnen die Wahrheit zu sagen, auch wenn viele meinen, das sei scheinbar unbequem. Ich behaupte, es ist heute hochpopulär, unseren Mitbürgern in einer vernünftigen und verständlichen Weise zu sagen, was wirklich ist und was wir vorschlagen wollen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, was wir in der Politik tun wollen, um unsere Zukunft menschlich zu gestalten, hängt in seinem Erfolg entscheidend davon ab, ob wir die geistig-moralische Herausforderung unserer Zeit bestehen. Nicht wenige Menschen – ich sprach davon – haben Angst, und diese Zukunftsangst ist unter Erwachsenen genauso wie unter jungen Mitbürgern anzutreffen. Sie ist ein Stück deutscher Gegenwart geworden.

Ein Volk, meine Freunde, das sich in weiten Teilen von Gott abwendet und die Fähigkeit zu glauben verliert, sogar den Glauben an sich selbst verliert, muß sich zwangsläufig in Sinnlosigkeit wiederfinden. Verlust an Glauben bringt kein Mehr an Freiheit, sondern führt zu immer mehr Lebensangst.

(Beifall)

Wir erleben heute, daß wichtigste und bedeutsamste Erfahrungen unserer Existenz, Alter und Not, Krankheit und Tod, als unbequem abgeschoben und verdrängt werden. Trotz einer bei zahlreichen Spendenaktionen sichtbar werdenden Hilfsbereitschaft im Materiellen scheuen sich viele Mitbürger vor der inneren Auseinandersetzung und der persönlichen Begegnung mit dem Schicksal oder gar der Not des Mitmenschen. Die Art, wie wir in diesem reichen Lande mit unseren älteren Mitbürgern umgehen, ist dafür kennzeichnend. Die Art, wie wir uns in diesem reichen Lande weitgehend in eine Welt der Kinderfeindlichkeit begeben haben, ist dafür kennzeichnend. Die moderne Industriegesellschaft hat es mit sich gebracht – man muß sich ehrlich fragen, ob das so sein muß –, daß unser Leben an Unmittelbarkeit, an Überschaubarkeit, an Wärme und Menschlichkeit verloren hat. Die hochtechnisierte Welt, die hochbürokratisierte Schule, die allumfassende Daseinsvorsorge, die gepriesene Tendenz zur Freizeitgesellschaft, das alles entzieht der heranwachsenden Generation elementare Erfahrungen und auch ein Stück des Bewußtseins der eigenen Kraft.

Die Antwort, meine Freunde, auf die Frage nach dem Sinn des Lebens – sie wird die Grundfrage aller menschlichen Existenz bleiben – kommt nicht aus dem Computer und nicht aus den Verwaltungs- und Versorgungsbükratien und schon gar nicht aus den ideologischen Lehrbüchern, sondern aus Wagnis, Pflichterfüllung und Arbeit, Scheitern und Neubeginn, aus der Suche des Menschen nach sich selbst und aus seiner Frage nach dem Woher und dem Wohin. Wir müssen die Welt, in der wir leben, kritisch betrachten. Ich finde es verständlich, wenn uns junge Leute fragen, ob das alles so sein muß. Sie haben ein Recht darauf, uns auf den Widerspruch zwischen Sein und Sollen, zwischen der Realität unserer Welt und den Werten hinzuweisen, nach denen wir vorgeben, sie gestalten zu wollen. Wer hat uns, liebe Freunde, eigentlich gezwungen, in diesen

Jahrzehnten Mammutkliniken und Schulfabriken zu bauen, wer hat uns gezwungen, hier und da Landschaften zu zersiedeln und Städte dem Diktat des Autoverkehrs zu unterwerfen und Häuser als Wohnmaschinen zu bauen? Die Antwort ist einfach: Nichts, niemand hat uns dazu gezwungen. Da gab es Fehler aus der Erfahrung der vergangenen Generation. Zwischen Rationalität und Menschlichkeit, zwischen Funktionalität und menschlichen Bedürfnissen wurde oft genug die falsche Entscheidung getroffen.

Ich finde es positiv, wenn junge Leute mit Nachdruck und mit Phantasie auf solche Fehlentwicklungen hinweisen.

Dann aber – und das muß ausgesprochen werden – scheiden sich die Geister: die einen in der jungen Generation sehen hier eine Chance, anzupacken, sich zu engagieren, sich einer Herausforderung zu stellen. Und lassen wir uns nichts einreden: das ist immer noch die überwältigende Mehrheit unseres Landes.

(Lebhafter Beifall)

Das sind junge Leute, die man selten in der sterilen Atmosphäre gesellschaftskritischer Theoriediskussionen antrifft, die man aber überall dort findet, wo praktische Hilfe, persönliches Engagement und soziale Verantwortung gefragt sind: in den Vereinen in Stadt und Land, bei der Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei den Hilfsdiensten, im Entwicklungsdienst und in vielen anderen Bereichen.

(Beifall)

Diese Mitbürger haben unseren Dank verdient. Wir sollten das draußen häufiger sagen, damit sie motiviert werden, damit sie ermutigt werden.

(Erneuter Beifall)

Andere aber – und auch darüber müssen wir sprechen, da ihre Zahl wächst – machen Skepsis, Ablehnung und Verweigerung zum Lebensprinzip. Sie packen nicht an, sie steigen aus. Sie machen nicht mit, sondern sie fordern heraus. Diese Haltung ist Ausdruck von Bequemlichkeit, von Resignation und sicherlich auch oft genug von Angst. Diese Angst sitzt deshalb so tief, weil viele an nichts glauben, weil sie niemandem vertrauen und weil die eigene Skepsis die einzige Autorität ist, die sie anerkennen. Deshalb ist auch das Gespräch mit solchen Mitbürgern – auch jungen Mitbürgern – über Themen wie Frieden oder Kernkraft so schwierig. Ein deutscher Theologe – man kann darüber streiten, ob dies richtig ist; aber es ist ein interessanter Satz – sagte in diesen Jahren: "Wer den Teufel als altmodisch verbannt und an seine Stelle die Kernkraft gesetzt hat, der hat eben ein ganz anderes Weltbild."

Meine Damen und Herren, wir dürfen den Versuch nicht aufgeben, auch mit solchen Mitbürgern im Gespräch zu bleiben. Aber dann müssen wir zuerst den Wall ihres Mißtrauens überwinden und ihnen eine Brücke bauen über den Graben ihrer Angst. Das ist sicher nicht dadurch zu schaffen, daß wir ihr Mißtrauen bestätigen und vorgeben, ihre Angst zu teilen. Besonders schlimm ist dies, wenn es Theologen so treiben.

(Beifall)

Es muß offen gesagt werden, daß in der Angst von so manchem jungen Mitbürger auch

ein Grundton der Larmoyanz mitschwingt, der mir gänzlich unverständlich ist. Manch einer auch der Jungen hat erst aus den Schriften eines modischen Kulturpessimismus erfahren, daß er einer "verlorenen Generation" angehört, daß sensible Zeitgenossen Angst haben und daß, wer kritisch intellektuell sein und ernst genommen werden will, sich heute verweigern muß. Meine Damen und Herren, gerade solche jungen Mitbürger werden eine betuliche Verständigungsbereitschaft eher als Bestätigung ihrer Ängste aufnehmen als etwa ein Gespräch, das sie herausfordert.

(Beifall)

Trotz allem, was die Jungen heutzutage belastet – und es gibt genug Belastendes: der Wettlauf um den Numerus clausus, die Sorgen um den Ausbildungsplatz, die Angst vor Jugendarbeitslosigkeit –, trotz allem, müssen wir klar widersprechen, wenn man so tut, als gehe es dieser jungen Generation so schlecht wie nie zuvor. Ich behaupte: Noch nie in der deutschen Geschichte hat es eine junge Generation gegeben, die so selbstverständlich in Frieden, in Freiheit und Wohlstand leben konnte.

(Lebhafter Beifall)

Richtig ist aber auch, daß man diesen jungen Leuten falsche Maßstäbe gegeben hat. So sagte man, der Konflikt sei der Vater aller Dinge, Disziplin sei überflüssig, Leistungswille ein Kennzeichen der Ellenbogenmentalität. Viele haben sich daran orientiert und sind enttäuscht worden. Auch die neue Schule hat keinen "Spaß gemacht", und Selbstdisziplin und Fleiß werden im Leben halt doch verlangt, weil sie unverzichtbar sind.

Wir müssen klar und deutlich sagen: Nur mit den Werten und Tugenden, die unser Leben lebenswert gemacht haben, die unser Land zu Wohlstand und Ansehen in der Welt gebracht haben – mit der Bereitschaft zur Leistung, mit Eigeninitiative, mit dem Mut zur Selbständigkeit und mit der Lebenstüchtigkeit der jungen Generation – werden wir, die Deutschen, die Herausforderungen der Zukunft bestehen.

(Lebhafter Beifall)

Vor allem müssen wir auf Realitätssinn bestehen, in allen Bereichen der Politik: ob es sich um Kernkraft handelt oder um die Friedensdiskussion.

Wir wollen doch niemandem einreden, der technische Fortschritt sei ohne jedes Risiko und ohne die Gefahr schädlicher Nebenwirkungen. Es gibt kein Leben ohne Risiko. Aber ein sorgsamer Umgang mit technischen Erkenntnissen und Vorsicht bei der Einführung und Anwendung technischer Innovationen werden eben wesentlich mehr Lebensqualität schaffen als die totale Verketzerung der Technik.

(Beifall)

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Umweltqualität bewirken wird, als jede staatliche Umverteilung und jede Umweltbürokratie je herstellen können.

(Beifall)

Wir sind schließlich zutiefst davon überzeugt, daß Entschlossenheit und Wachsamkeit

mehr dazu beitragen werden, den Frieden und die Freiheit zu bewahren, als wenn in unverantwortlicher Weise Kriegsangst geschürt wird. Meine Freunde, hysterische Reaktionen gefährden beides: zuerst die Freiheit und dann den Frieden.

(Beifall)

Aber, meine Freunde – und auch das gehört in diesen Parteitag nach manchem, was in den letzten Wochen diskutiert wurde –, die entscheidende geistig-politische Auseinandersetzung ist nicht mit jenen zu führen, die Angst haben, sondern mit jenen, die ihre Geschäfte, ihre politischen Geschäfte mit der Angst machen.

(Beifall)

Es ist traurig, daß hier die Gemeinsamkeit der Demokraten zerbrochen ist. Wachsende Teile in der SPD und der Neuen Linken wollen sich die Bewegung der großen Verweigerung zunutze machen. Sie wollen in Wahrheit längst eine andere Republik. Von den Rand- und Protestgruppen her wollen sie die Gesellschaft neu definieren. Deshalb auch die beflissene Nachsicht auch gegenüber gewaltsamem Protest. Deshalb wollen sie, daß sich der freiheitliche Rechtsstaat verstecken soll. Meine Freunde, es ist Zeit, es ist hohe Zeit, daß wir uns mit diesem scheinheiligen Moralismus der politischen Linken in Deutschland offensiv auseinandersetzen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Es entspricht unserer Tradition seit der Gründung der CDU und der CSU, daß wir moralische Argumente, daß wir ethische Ansprüche besonders ernst nehmen. Ich habe heute bei der Totenehrung auf das Werk von Paul Bausch hingewiesen. Wir bekennen uns aus gutem Grund zu ihm und vielen, die vor uns waren, die aus der Erfahrung der Barbarei des Dritten Reiches im Grundgesetz und in den entsprechenden Gesetzen das Recht auf Wehrdienstverweigerung festgelegt haben. Wie kämen wir dazu, einem jungen Bibelforscher heute den Respekt bei seiner Verweigerung des Waffendienstes zu verweigern, wenn wir wissen, daß sein Vater oder sein Großvater für diese konsequente Haltung unter den Nazis aufs Schafott geschleppt wurde. Für uns ist solcher Respekt ganz selbstverständlich. Wir respektieren den persönlichen Anruf, den einer aus der Bergpredigt empfindet, auch wenn wir die Allgemeinverbindlichkeit für die Gesellschaft nicht anerkennen können, die manche in diesem Zusammenhang fordern.

Aber dies alles, der Respekt vor Gewissensentscheidungen, darf uns doch nicht davon entbinden, daß wir offenkundigen Mißbrauch, der gegenwärtig in vielen Teilen des Landes mit dem Recht auf Gewissensentscheidung betrieben wird, laut und deutlich ansprechen und kritisieren.

(Lebhafter Beifall)

Und wir müssen wachsam sein angesichts der Einseitigkeit der Abrüstungsforderungen, angesichts der Einseitigkeit, mit der Kernkraft hierzulande verurteilt, im Osten aber bewundert wird, angesichts der Einseitigkeit, mit der die Linken das Leistungsprinzip hierzulande verteuflern, um das man im kommunistischen Machtbereich doch geradezu einen Kult treibt. Diese Einseitigkeit mahnt zu mehr Wachsamkeit gegenüber politischen Forderungen mit angeblich moralischer Begründung.

Meine Freunde, seit vielen Jahren werden Sprache und Begriffe umfunktioniert zu Waffen der politischen Agitation. Heute erleben wir, daß auch Moral und Ethik als Instrumente politischer Bewußtseinsänderung mißbraucht werden. Wir, die politische Mitte unseres Landes – insofern habe ich nie verstanden, daß wir darüber debattieren, ob wir mehr rechts oder mehr links sind; wo wir sind, ist die Mitte unseres Landes,

(Beifall)

wobei ich doch gar nichts dagegen habe, daß der eine glaubt, er müsse sich rechts von der Mitte profilieren, und der andere glaubt, er müsse sich links von der Mitte profilieren; das ist wie beim indonesischen Hausboot, das ein Hauptboot und zwei Ausleger hat: die Ausleger sind gut zum Stabilisieren, aber sie dürfen nie den Kurs bestimmen; das ist der entscheidende Punkt –, wir, die politische Mitte,

(Heiterkeit und Beifall)

haben es nie versäumt, moralisch begründete Forderungen mit dem gesunden Menschenverstand zu prüfen und sie an den Realitäten zu messen.

Notwendig – das sage ich auch an unsere jungen Mitbürger – ist, daß wir uns den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen zeigen.

Notwendig ist, daß wir den Frieden und unsere Freiheit bewahren. Wir dürfen uns den Willen und den Mut zur Selbstbehauptung unseres Vaterlandes nicht nehmen lassen. An Mauer und Stacheldraht, an der angeblichen Friedensgrenze der DDR zeigt sich die Grenze des Friedens. Wir müssen auf dem richtigen Kurs, wir müssen auf der Seite der Freiheit bleiben.

(Beifall)

Der Friede ohne Waffen ist eine Illusion. Unsere Freiheit hätte ohne den Schutz des Bündnisses keinen Bestand. Jetzt wieder, liebe Freunde, gilt es – wie vor 30 Jahren am Beginn unserer Republik –, dem Zeitgeist zu widerstehen und die Werte zu verteidigen, mit denen wir unsere Zukunft menschlich gestalten wollen.

Notwendig ist, daß wir die Orientierungslosigkeit, die Unsicherheit und die Lebensangst im Lande überwinden. Wir müssen die geistigen, moralischen und materiellen Kräfte unseres Volkes wieder zur Entfaltung bringen. Wir stehen nicht am Ende unserer Zivilisationsgeschichte, sondern immer wieder vor einem neuen Anfang. Wir müssen die technischen und materiellen Möglichkeiten dieser Zivilisation in den Dienst der Werte unserer geistigen Kultur stellen. Meine Freunde, wir kennen die Wege der Geschichte nicht, aber unser Glaube an Gott und unser Vertrauen in die eigene Kraft geben uns Hoffnung.

Wir müssen uns mit all unserer Kraft für mehr Gerechtigkeit in der Welt einsetzen. Friede – so sagt Thomas von Aquin – ist das Werk der Gerechtigkeit. Die Verletzung der Menschenrechte, wo immer sie geschieht, ist eine Herausforderung. Sie fordert unsere Antwort heraus. Unsere Antwort ist unser Engagement und unsere tätige Hilfe.

Die größte Herausforderung in dieser Zeit sind Hunger, Not und Elend der Menschen in der Dritten Welt. Dieses Unrecht, dieses schreiende Elend fordert mehr als eine Spende. Wenn wir sagen, wir müssen bereit sein, Opfer zu bringen, damit andere überleben,

dann ist das nicht so dahingesagt. Wir haben uns auch als Partei zu überlegen, was wir konkret zu tun haben. Es gibt das großartige Beispiel vieler Kreisverbände, die sich bereits sehr konkret an Entwicklungshilfeprojekten beteiligen. Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß dieser Parteitag ganz formell beschließt: Das ist ein Auftrag an alle Kreisverbände der CDU Deutschlands. Wir sollten diesem guten Beispiel folgen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir müssen weg von der Technikfurcht. Zurück zum einfachen Leben – das ist kein Weg, der für alle offensteht. Technik birgt nicht nur Risiken, sondern sie bietet auch Chancen; nicht nur Chancen der Bequemlichkeit, sondern auch Chancen für mehr Humanität z.B. in der Arbeitswelt. Das sagen wir unseren jungen Mitbürgern: Anstatt die Technik zu fürchten, sie zu meiden oder madig zu machen, sollten mehr junge Menschen lernen, mit Technik umzugehen, sie zu beherrschen, sie als persönliche Berufschance zu nutzen.

Aber, meine Freunde, das setzt eben voraus, daß sie die naturwissenschaftlichen Fächer auf unseren Gymnasien nicht zugunsten bequemerer Fächer abwählen

(Beifall)

und daß sie auch jenem Unsinn geistig widerstehen, mit einem technischen Beruf würden sie zwangsläufig mitschuldig an der Schädigung unserer natürlichen Umwelt. Das Gegenteil ist richtig. Gerade zum Schutze der Umwelt, zur Reinhaltung der Gewässer, zu vielem anderen, was wir machen müssen, und vor allem zur Überwindung der Not in der Dritten Welt brauchen wir das.

Meine Freunde: Wir müssen wieder Raum schaffen für selbstverantwortete Freiheit. Wir vertrauen auf die Mündigkeit der Bürger, auf ihre Bereitschaft und Fähigkeit, auch ohne die Allgegenwart eines alle bevormundenden Staates ihr Leben selbständig zu gestalten. Familie, Nachbarschaft, Gemeinde – dort, wo menschliche Nähe erfahrbar ist, dort schlägt das Herz der Freiheit, dort – und nicht im Pathos von Ideologien – liegen die Quellen des Gemeinsinns, der Gemeinsamkeit von Demokraten und der Bereitschaft, sich für das Vaterland in Pflicht nehmen zu lassen.

Und letztes: Wir müssen die Solidarität der Generationen untereinander wieder festigen. Diese Solidarität, Garant des inneren Friedens ebenso wie der persönlichen und der sozialen Sicherheit, ist heute mehr denn je gefährdet. Das Bewußtsein, liebe Freunde, aufeinander angewiesen, füreinander da zu sein, droht verlorenzugehen. Der Generationenkonflikt wird vielerorts nicht mehr ausgetragen, sondern er wird zunehmend durch Sprachlosigkeit vertieft.

Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen uns auf allen Seiten klarmachen, daß die Generationen eines Volkes eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die niemand auflösen kann.

Wir brauchen Toleranz und die Bereitschaft, einander zuzuhören. Wir brauchen das Bemühen um gegenseitiges Verständnis. Wir, die mittlere und die ältere Generation, sollten die Sorgen und die Fragen der Jungen ernst nehmen. Wir wollen nicht Recht behalten, nur weil wir älter sind. Aber wir müssen unseren Standpunkt klar vertreten, weil uns Erfahrung, Wissen und Verantwortung Autorität auferlegen. So wollen wir das Gespräch

mit der jungen Generation führen.

Meine Freunde, es ist Zeit für eine Wende der deutschen Politik. Wir sind entschlossen, diese Wende herbeizuführen. Wir sind überzeugt, daß wir das Menschenbild vertreten, das zu größerer Freiheit, zu Frieden und zu mehr Glück führt.

Die geistige Führung in unserem Land hat die Union schon vor Jahren übernommen. Eine deutliche Mehrheit – das zeigen alle Wahlergebnisse – unterstützt unsere Politik. Es ist eine Unterstützung, die Vertrauen und Hoffnung zum Ausdruck bringt.

Wir sind zur Übernahme der politischen Verantwortung bereit. Wir, die Union, sind, wenn wir diskutieren, gleichwohl in allen Grundfragen einig und geschlossen. Wir sind handlungsfähig. Wir wollen die politische Wende, weil unser Land einen neuen Anfang braucht.

Uns allen möchte ich zurufen: Tun wir unsere Pflicht, gehen wir gemeinsam ans Werk.

(Langanhaltender lebhafter Beifall -
Die Delegierten erheben sich)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, der Parteitag dankt dir für diese große Rede.

Ziel dieses Parteitages ist es, der Bevölkerung deutlich zu machen: Es gibt eine überzeugende Alternative in Deutschland. Mag die SPD in einer Krise stecken, mag die Bundesregierung in einer Krise stecken, daraus braucht keine Krise dieses Staates zu werden, wenn man den Mut hat, einen neuen Anfang zu setzen.

(Beifall)

Unter der Führung von Helmut Kohl werden wir diesen Auftrag erfüllen.

(Beifall)

Und jeder von uns, meine Freunde, wird daran gemessen, was er dazu beiträgt, daß wir diesen Auftrag erfüllen, und nicht daran, ob er sich selber ins Gerede bringt.

(Lebhafter Beifall)

Ich glaube, meine Freunde, die Delegierten erwarten vor allem von denen, die sie in Führungspositionen gewählt haben, daß sie diesen Dienst doppelt und dreifach treu und entschlossen erfüllen.

(Lebhafter Beifall)

Der Parteitag dankt Helmut Kohl. Der Parteitag wird um 14 Uhr mit dem Wort unseres Freundes Dr. Stoiber fortgesetzt.

(Unterbrechung von 13.03 bis 14 Uhr)

Dienstag, 3. November 1981

2. Plenarsitzung

Beginn: 14.17 Uhr

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Ich eröffne die 2. Plenarsitzung.

Bevor ich Herrn Dr. Stoiber von der CSU das Wort erteile, gebe ich zum weiteren Ablauf noch folgendes bekannt: Nach dem Grußwort von Generalsekretär Dr. Stoiber werden wir in die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 8 – Grundsatzrede des Vorsitzenden der CDU – eintreten. In dieser Aussprache werden dann zunächst fünf bis sechs Redner das Wort erhalten. Zwischen 15.00 Uhr und 15.30 Uhr wird unser Generalsekretär, Dr. Geißler – im Rahmen von Punkt 11 der Tagesordnung – den Leitantrag begründen. Danach diskutieren wir weiter, und zwar über den Leitantrag und den Bericht des Vorsitzenden der CDU gemeinsam. Wir haben bereits jetzt eine große Zahl von Wortmeldungen vorliegen.

Nach diesen kurzen Bemerkungen zum weiteren Ablauf begrüßen wir unseren Freund Dr. Stoiber von der CSU aus Bayern noch einmal ganz herzlich.

(Beifall)

Herr Dr. Stoiber, wir freuen uns, daß Sie zu uns gekommen sind. Sie haben das Wort. Wir hören Ihnen gern zu.

Dr. Edmund Stoiber, Generalsekretär der CSU: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Freunde von der CDU! Ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung zu Ihrem 30. Parteitag. Es ist für mich eine große Ehre, als Vertreter der CSU zum zweiten Mal zu Ihnen sprechen zu können. Im Namen der Christlich-Sozialen Union und ihres Vorsitzenden, Franz Josef Strauß, überbringe ich Ihnen die besten Grüße zu Ihrem Parteitag.

(Beifall)

Mehr als ein Jahr ist seit der Bundestagswahl 1980 vergangen. Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn ich feststelle, daß die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien wohl kaum jemals so eng und so gut war wie damals, und daß diese von Freundschaft und Übereinstimmung getragene Atmosphäre auch über den Wahltag hinaus erhalten geblieben ist.

(Beifall)

Dafür sage ich Ihnen allen, ganz besonders aber Ihrem Bundesvorsitzenden, Dr. Helmut Kohl, und meinem Kollegen, Dr. Heiner Geißler, sehr herzlichen Dank.

(Beifall)

Wir haben bei dieser Wahl kein Votum für unsere bessere Politik bekommen. Wir haben aber mit unseren Prognosen und unseren politischen Analysen recht behalten. Stück für Stück bekommt heute eine geradezu entsetzte Öffentlichkeit die Wahrheit über den des-

olaten Zustand der deutschen Politik präsentiert. Die Bevölkerung erkennt und begreift zunehmend die ganze politische Verkommenheit der Regierungsparteien, die vor den Wahlen mit Lügen und mit Hilfe von Teilen der Massenmedien ein falsches Bild von der politischen Wirklichkeit zum Schaden unseres Landes zeichneten.

Mit besonderem Interesse haben wir die Vorbereitungen zu Ihrem Parteitag verfolgt, weil die Ergebnisse der Beratungen sicher nicht ohne Einfluß auf die Unionsparteien insgesamt und auch auf die gesamte Politik bleiben werden. Das politische Klima in Deutschland ist geprägt von Unsicherheit, von Zweifel an Glaubwürdigkeit der politischen Parteien und als Folge davon von Vertrauensschwund in die Institutionen des Staates. Auch die Unionsparteien müssen sich kritisch fragen – und das tun sie auf diesem Parteitag –, inwieweit auch sie Vertrauen in der Öffentlichkeit verloren haben. Im wesentlichen ist der Vertrauensschwund jedoch das Ergebnis politischer Fehlentwicklung und fehlender politischer Integrität der Verantwortlichen in Bonn, für die der Begriff "Ehrlichkeit" praktisch keinen Stellenwert mehr hat.

(Beifall)

Wenn ich davon sprach, daß wir zwar recht behalten, aber nicht recht bekommen haben, so ist das allein sicherlich kein Grund, Genugtuung zu empfinden. Denn es kann uns ja keineswegs befriedigen, und wir können es nicht dabei bewenden lassen, dem Verlauf der politischen Geschichte untätig entgegenzusehen, allein in der Hoffnung, irgendwann würden wir die entsprechenden Mehrheiten erlangen, um die politischen Geschicke endlich wieder selber lenken zu können. Trotz aller berechtigter Aufbruchstimmung und bei der Suche nach Alternativen dürfen wir nicht vergessen, wer die politische Verantwortung in den letzten Jahren getragen hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Bevölkerung nicht auf breiter Front bewußt wird, daß SPD und FDP dafür verantwortlich sind, und zwar sie allein, daß unsere westlichen Verbündeten über den außen- und sicherheitspolitischen Kurs unserer Politik immer unsicherer werden und durch die falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik auch das soziale Netz schmerzhaft Risse bekommen hat, wenn also die Verantwortlichkeit nicht ins Bewußtsein dringt, werden wir unsere größere Leistungskompetenz zur Bewältigung der Probleme nicht mit der notwendigen Mehrheit erreichen und begleiten können.

(Beifall)

Die Fehler der Politik der SPD und der FDP werden allerdings heute zum Teil schon erkannt. Oft jedoch wird gleichzeitig festgestellt, daß es die Unionsparteien nicht besser machen würden. Dies ist zwar objektiv falsch und leicht widerlegbar, aber bedauerlicherweise wird heute in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr rational, sondern nur noch emotional diskutiert.

Jede Zeit hat ihre politischen Brennpunkte und ihre politischen Eigenheiten. Deswegen glaube ich nicht, daß es richtig wäre, wenn wir den Eindruck erweckten, als wären die Probleme nicht lösbar, als wären Probleme früherer Zeiten weniger schwierig gewesen. Die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung hat keine wesentlich anderen Anliegen als die Bevölkerung vor 5, 10 oder 20 Jahren. Die Erhaltung des Friedens, die Sicherung der Freiheit, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Erhaltung und Sicherung des sozialen Netzes und nicht zuletzt persönliches Wohlergehen beschäftigen den einzelnen

heute ebenso, wie sie ihn in früheren Jahren beschäftigt haben.

Für mich ist entscheidend, daß sich das Selbstbewußtsein in nicht unerheblichem Maße verändert hat und darüber hinaus heute ein immer größer werdender Teil unserer Bevölkerung den demokratischen Parteien, aber auch den demokratischen Institutionen nicht mehr zutraut, die Probleme lösen zu können.

Angesichts dieser Situation müssen wir uns auch selbstkritisch fragen, ob wir alles getan haben, um die innere Geschlossenheit unserer Gesellschaft zu sichern, ob wir nicht auch alle oder zumeist bereit waren, den Forderungen nach ungunstigen Veränderungen nachzugeben.

Lassen Sie mich dazu einige Bemerkungen machen.

In der öffentlichen Diskussion nimmt das sogenannte Aussteigen aus dieser Gesellschaft – Helmut Kohl hat heute vormittag ausführlich dazu gesprochen – einen großen Raum ein. Auch wir bemühen uns – mehr oder weniger intensiv -, mit Aussteigern, mit Hausbesetzern, mit denen, die die herkömmlichen Lebensformen ablehnen, und auch mit solchen, die in hohem Maße Leistungsverweigerung betreiben, ins Gespräch zu kommen.

Ich glaube aber, meine lieben Parteifreunde, wir müssen sehr aufpassen, daß in der Öffentlichkeit Minderheitenprobleme nicht zu sehr in den Mittelpunkt gerückt und Mehrheitsprobleme zuwenig beachtet werden.

(Beifall)

Wir dürfen zum Beispiel bei aller Bereitschaft zur Diskussion mit sogenannten kritischen Leuten, die diese Gesellschaftsordnung in wesentlichen Teilen ablehnen, nicht vergessen, daß die große Mehrzahl unserer Wähler von uns erwartet, daß wir unsere politischen Grundsätze nicht verwischen.

(Beifall)

Sie erwartet von uns auch, daß bei der Behandlung dieser Probleme die rechtsstaatlichen Grundsätze beachtet werden. Denn auch das Tun des Bürgers wird ja daran gemessen, wie gesetzestreu er ist.

Wir sind gut beraten, das Gespräch auch mit denen zu führen, die, nachdem Leistungsdenken und Leistungsbereitschaft ein Jahrzehnt lang verteufelt wurden, heute geradezu bestraft werden, weil sie Leistungen erbringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, gibt es nicht auch viele "Aussteiger", zum Beispiel auch im mittelständischen Bereich, die die innere Legitimation des Staates, der ihre Leistungen in so hohem Maße, wie dies heute geschieht, besteuert, nicht mehr anerkennen? Sind nicht zum Teil auch jene Mitbürger, die in immer größerem Maße schwarzarbeiten oder schwarzarbeiten lassen, ebenfalls "Aussteiger", weil sie nicht akzeptieren, daß von ihren hohen Abgaben in hohem Maße auch Faule und Träger mitfinanziert werden?

(Beifall)

Unsere Politik kann und darf nicht davon bestimmt sein, Grundsätze in Frage zu stellen,

nur um neue Wählerschichten zu erschließen. Wer die prinzipielle Geschlossenheit der Unionsparteien in den grundlegenden Fragen als ein Manko ansieht und glaubt, diese Geschlossenheit müsse abgebaut werden, weil der öffentliche Streit über grundlegende Fragen – nur um des Streitens willen – ein attraktives Anziehungselement für die Wähler ergebe, der geht meines Erachtens einen verhängnisvollen Weg, den die CSU nicht gehen wird.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann mich auch auf die heutige Rede von Helmut Kohl beziehen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang an die von vielen in Ihren Reihen oft als quälend empfundene Diskussion um die Einheit der Union erinnern. In dieser Diskussion wurde von vielen Freunden gerade in Ihren Reihen leidenschaftlich die Einheit und die Geschlossenheit der Union als ein unverzichtbares Gut dargestellt, das auch keiner Strategie zur Mehrheitsgewinnung geopfert werden dürfe.

Die Parteienlandschaft ist nun auf der anderen Seite, wie Helmut Kohl es heute ausgedrückt hat, vollends in Bewegung geraten, und in vielen Parlamenten ist das Drei- bzw. Vierparteiensystem durch den Erfolg der sogenannten Alternativen und der Grünen durchbrochen worden. Diese Auflockerung der Parteienlandschaft begrüße ich, da sie die FDP hindern wird, weiterhin leichtfertig gegen die Union als jeweils stärkste Partei in den Parlamenten regieren zu können.

Die CSU findet es deswegen etwas merkwürdig, wenn in dieser Situation von einigen plötzlich die Einheit und Geschlossenheit der Union geringer bewertet wird, als das früher anscheinend der Fall war. Ich darf Sie hier ganz herzlich an die Einheit und Geschlossenheit erinnern.

(Beifall)

Dies noch dazu in einem Zeitpunkt, in dem die Regierungsparteien zerstrittener denn je sind und der Bürger keine glaubwürdige Orientierung mehr von ihnen bekommt.

Viele Bürger, meine sehr verehrten Damen und Herren, wählen und vertrauen uns, weil wir in den innen- und außenpolitischen Grundfragen klare Positionen beziehen. Viele dieser Wähler werden aber nicht bereit sein, grundlegende Änderungen unserer Politik mitzutragen. Was uns von der SPD und der FDP besonders unterscheidet, ist und bleibt unsere Glaubwürdigkeit, ist und bleibt die Tatsache, daß wir sagen, was wir denken, und das wir tun, was wir sagen.

Meine Damen und Herren, wer glaubt, die Union bleibe auch dann glaubwürdig, wenn sie in ihren eigenen Reihen Mitglieder akzeptiert, die mit Verfassungsfeinden gemeinsam auftreten, die öffentlich gegen die eigene Partei Stimmung machen und zur Wahl anderer Parteien aufrufen, der verwechselt Toleranz mit politischer Unehrllichkeit.

(Beifall und vereinzelte Pfiffe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, denen, die in den letzten Tagen bedauerlicherweise den Eindruck erweckt haben, die CSU würde Mitglieder in ihren Reihen nicht dulden, die in grundlegenden Fragen anderer Meinung sind, als die überwältigende Mehrheit, denen darf ich eines ans Herz legen: Das ist doch nicht das Thema, meine

sehr verehrten Damen und Herren. Das ist doch unbestritten, daß selbstverständlich in beiden Unionsparteien jeder seine Meinung, auch wenn sie von der überwältigenden Mehrheit abweicht, aussprechen darf.

(Vereinzelter Beifall)

Nur, ich bitte, dies gerade in freundschaftlicher Verbundenheit an die Adresse meines Freundes Wissmann sagen zu dürfen: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten zehn Jahren die SPD mit Recht hart kritisiert, daß sie ihren eigenen Abgrenzungsbeschluß gegenüber Verfassungsfeinden vom 14.11.1970 nicht ernstgenommen hat, denn danach ist es den Mitgliedern der SPD nicht gestattet, mit der Deutschen Kommunistischen Partei und ihren Organisationen gemeinsam Veranstaltungen durchzuführen, gemeinsame Publikationen herauszugeben, gemeinsame Aufrufe, Flugblätter, Einladungen usw. zu unterzeichnen. Wenn dies nunmehr in der Union toleriert werden würde, würden wir in der Tat unglaublich werden. Dies wäre eine Veränderung der Union, die in der CSU keine Basis finden würde.

(Beifall – Zurufe – Vereinzelt Pfiffe)

Wegweiser für die Politik der Unionsparteien in den letzten Jahren muß nach wie vor das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU sein, das die Aussagen von Helmut Kohl und Franz Josef Strauß wiedergibt. Unsere entscheidende Chance gegenüber SPD und FDP besteht darin, daß wir die Glaubwürdigkeit unserer Aussagen und unseres politischen Handelns immer wieder den gebrochenen Versprechungen von SPD und FDP entgegenhalten. Unser Wahlprogramm stand unter dem Motto: "Frieden und Freiheit". Dieses Thema hat nichts von seiner Aktualität eingebüßt, ganz im Gegenteil. In diesem Programm sind aber auch die Wege vorgezeichnet, um zu diesen Zielen zu gelangen. Gerade auch im Hinblick auf die vor kurzem aufgebrochene Diskussion über die Konsensfähigkeit der gegenwärtigen Verteidigungsstrategie des Westens darf ich einen Abschnitt aus dem gemeinsamen Wahlprogramm ins Gedächtnis zurückrufen: Verlust des Machtgleichgewichts erzeugt Spannung und fordert zur Gewaltpolitik heraus. Zur Erhaltung des Friedens ist es unerläßlich, daß diejenigen Waffen bereitstehen, die zur Verhinderung eines Krieges unerläßlich sind.

In der Sowjetunion stellt sich die Frage nach dem Konsens der Militärstrategie nicht, leider nicht, deswegen gibt es für uns nach unserer Auffassung leider keine andere Alternative, als an unserer jetzigen glaubwürdigen Politik festzuhalten, damit der Friede in Freiheit gesichert bleibt.

(Beifall)

Wollen wir jedoch glaubhaft bleiben, müssen wir zur Verteidigung unserer Freiheit die Waffen bereitstellen, die die Gegenseite daran hindern, an unserer Verteidigungsbereitschaft und unserem Verteidigungswillen zu zweifeln. Die Suche nach dem richtigen Weg zum Frieden ist nichts Neues in der deutschen Politik. In der gesamten Nachkriegspolitik war dies das überragende Anliegen. Gegenüber der heutigen Situation hat sich nur geändert, daß früher immer neben Frieden auch der Wert Freiheit genannt wurde.

Ich betone dies deshalb so nachdrücklich, weil bei der gesamten Diskussion über den richtigen Weg, den Frieden zu sichern, außerhalb der Unionsparteien kaum mehr von Freiheit geredet wird. Dies ist auch die Folge der Verwischung ethisch-moralischer Un-

Unterschiede zwischen Ost und West, zwischen den Gesellschaftsordnungen in Ost und West. In der gesamten Friedensbewegung hören wir weder von Eppler noch von anderen etwas über die Sicherung der Freiheit. "Die Haltung des Friedens", so formulierte es Chamberlain, "ist ein Meisterstück der Vernunft." Deshalb müssen wir uns hüten, der Emotionalisierung nur mit Emotionen zu begegnen.

Entlarvend war für mich die Hilf- und Sprachlosigkeit von Willy Brandt, als er vor ein paar Tagen in einer Fernsehdiskussion gefragt wurde, wie er sich erkläre, daß bei der Friedensdemonstration in Bonn von Freiheit nichts zu hören gewesen sei. Leider hat auch bei der SPD heute die Freiheit nicht mehr den Stellenwert wie zu Zeiten von Kurt Schumacher. Ebenso wenig wird von den Mitgliedern der Friedensbewegung für die Rechte der Menschenrechtsbewegung demonstriert, vor allem nicht für die unterdrückten Völker im Osten.

Ich erinnere hier an die Rede von Kopelev, dem Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, der bei der Verleihung des Preises in der Paulskirche sagte, heute müsse es bereits allen eindeutig klar sein, daß der Friede auf der Welt wirklich nur dann erhalten bleibe, wenn auch die Menschenrechte gesichert seien. Deswegen sind alle, die sich heute für Menschenrechte einsetzen, wahre Friedenskämpfer.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was die Menschen und gerade auch die jungen Menschen von der Union insgesamt erwarten, ist Offenheit und Ehrlichkeit. Nur dann haben wir die Chance, sie auch davon zu überzeugen, daß nur die Mitarbeit bei der Gestaltung unserer freiheitlichen Ordnung auch ihre Zukunft in Freiheit sichern kann. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen sehr, sehr herzlich für diesen Parteitag einen guten Verlauf und ausgezeichnete Ergebnisse. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herr Dr. Stoiber, haben Sie herzlichen Dank für ihre Worte. Am Beifall haben Sie gemerkt, Sie sind in jeder Beziehung verstanden worden. Herzlichen Dank, daß Sie bei uns sind und noch bei uns bleiben werden.

Ich rufe **Punkt 9 der Tagesordnung** auf:

Aussprache zum Tagesordnungspunkt 8

Wir machen vom Präsidium aus darauf aufmerksam, daß Wortmeldungen mit vollständig ausgefüllten Wortmeldezetteln eingereicht werden müssen. Die Hostessen nehmen sie Ihnen ab und legen sie sofort dem Präsidium vor.

Mit Rücksicht auf die Zeit und auf die Notwendigkeit, daß unser Generalsekretär die Leitsätze begründen muß, über die wir dann gemeinsam weiter diskutieren, müssen wir Sie bitten, sich bei den Debattenbeiträgen kurz zu fassen.

(Zustimmung)

Sie wissen, daß wir die Möglichkeit haben, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen. Davon wollen wir zunächst noch nicht Gebrauch machen; wir wollen erst einmal abwarten, wie sich das anläßt. Zur Stunde haben wir 27 Wortmeldungen vorliegen.

Ich erteile das Wort zunächst Herrn Christian Wulff, Niedersachsen, Junge Union.

Christian Wulff: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben heute morgen in sehr eindrucksvollen Worten gehört, daß sich SPD und FDP am Ende der Fahnenstange befinden, und daß bei denen wohl wenig bekannt ist, daß der Turmbau zu Babel auch sehr negativ ausgegangen ist.

Ich meine aber, daß diese Tatsache uns nicht davon abhalten kann, darüber zu sprechen, ob nicht auch innerhalb der Union einiges vielleicht nicht ganz in Ordnung ist, und zwar darüber zu sprechen, ohne damit die Regierungsfähigkeit der Union überhaupt in irgendeiner Art und Weise in Zweifel zu ziehen.

(Beifall)

Der derzeitige Zustand der SPD/FDP-Koalition kann uns auch nicht davon abhalten, selbstkritisch auch mit unserer eigenen Partei ins Gericht zu gehen, weil nur eine selbstkritisch mit sich umgehende Partei attraktiv auch für die Gruppen ist, die wir gewinnen müssen, nämlich für die jungen Leute, die ja auf diesem Parteitag auch sehr zahlreich vertreten sind.

(Beifall)

Alle demoskopischen Umfragen und Anzeichen, in welchem gutem Zustand sich die Union befindet, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in weiten Teilen der jungen Generation – und hier möchte ich besonders auf die 15-, 16-, 17- und 18jährigen hinweisen, die 1984 als Erstwähler das Wahlrecht haben werden – der Grad der Zustimmung zur Union nicht wesentlich gebessert hat. Wenn wir dies aus unserem Gedächtnis verdrängen, halte ich das für den entscheidendsten Fehler, den die Union in diesen Tagen machen kann.

(Beifall)

Professor Biedenkopf hat 1977 als Generalsekretär der Partei zur Funktion der Vereinigungen folgendes gesagt:

„Es sind die Vereinigungen, von denen wir erwarten, daß sie als erste in der Gesellschaft die neuen Probleme spüren und in die Partei hineinragen. Wir erwarten von der Jungen Union, daß sie als erste an die Partei meldet, was in der jungen Generation vor sich geht.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Deutschlandtag der Jungen Union war ein bedeutsames Datum – nicht wegen der Dinge, über die hinterher in der Presse berichtet wurde, sondern wegen einer auf diesem Deutschlandtag redlich geführten und auch intellektuell haltbaren Diskussion über die wirklichen Sorgen und Nöte junger Leute, über die Ängste vor Krieg, vor Arbeitslosigkeit, vor der Zukunft.

Ich selber teile diese Ängste nicht, bin aber der festen Überzeugung, daß wir Verständnis für diese Ängste haben müssen. Angst habe ich allerdings vor manchen wohlfeilen Antworten bestimmter Politiker auf Zukunftsfragen, gerade auf die Zukunftsfragen, die die jungen Menschen in unserem Lande beschäftigen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß aber auch, daß mancher hier im Saal Angst vor Rednern der Jungen Union oder vor Deutschlandtagen der Jungen Union hat.

(Beifall)

Da würde ich erwarten oder hoffen, daß ein wenig mehr Gelassenheit vielleicht gerade bei denen, die sich diese Gelassenheit erlauben können, eintritt.

(Vereinzelt Zustimmung)

Sie alle kennen den Spruch, daß Politiker Politik bis zur nächsten Wahl machen, Staatsmänner aber Politik für kommende Generationen. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß die CDU deutlich machen muß, daß wir mehr Staatsmänner haben, die an kommende Generationen denken, als das in der jungen Generation bekannt ist. Deutlich werden kann dies aber nur durch offene, kontroverse Diskussionen über die wirklichen Zukunftsfragen, die junge Leute bedrücken.

(Beifall)

Was bewegt nun junge Leute in diesem Lande? Dies müßte — Herr Professor Biedenkopf hat es vor dem Parteitag 1977 unter Beifall gesagt — ja von uns eingebracht werden. Die Junge Union muß selbstkritisch zugeben, daß wir manches Mal vielleicht zu wenig von dem eingebracht haben, was in der jungen Generation vor sich gegangen ist; nur wollen wir jetzt, seit dem Deutschlandtag, damit anfangen, Ihnen zu sagen, was an Entwicklungen dort abläuft.

Dazu möchte ich Ihnen vier Beispiele nennen, eines aus einer Tageszeitung, eines aus dem Lexikon, eines aus einer Postwurfsendung und eines aus einem Schüleraufsatz, Beispiele betreffend emotionslose Sachlichkeit, Partnervermittlung über Computer, Inflation der Worte und Sinnlosigkeit manchen Tuns.

Was meine ich damit? Meine sehr verehrten Damen und Herren, Jugendliche regen sich auf, auch ich rege mich auf über die Inflation der Worte. Das Vaterunser hat 56 Worte, die Zehn Gebote haben 297 Worte, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung hat 300 Worte, und eine Verordnung der Brüsseler Kommission für den Import von Karamelerzeugnissen hat 26 911 Worte.

(Beifall)

Es wird offensichtlich immer mehr geredet, ohne etwas auszusagen. — Dieses Beispiel war aus einer Tageszeitung.

Ein zweites Beispiel aus einem Lexikon: Unter "Hiroshima" steht dort: Hiroshima, Hauptstadt der gleichnamigen japanischen Provinz, wurde durch den Abwurf einer Atombombe am 6. August 1945 stark zerstört (rund 260 000 Tote, 163 500 Verletzte und Vermißte).

Dies — in dieser Sachlichkeit — beschäftigt die junge Generation, es regt sie auf. Es empört uns und entrüstet uns, und ich finde dies gut so. Deswegen müßte man sich manchmal überlegen, ob nicht etwas mehr Emotion und etwas weniger Pragmatismus eine Rolle spielen sollte.

(Beifall)

Ein drittes Beispiel aus einer Postwurfsendung: Ferner erhalten Sie kostenlos die Beschreibung Ihres Idealpartners, den der Computer auf Grund Ihrer Angaben für Sie gefunden hat.

Partnersuche wird heute über Computerfirmen angeboten, und sehr viele, ja, Millionen Menschen beteiligen sich daran.

Als viertes und letztes Beispiel ein Schülergedicht, das meine 13jährige Schwester mir vor wenigen Tagen aus der Schule mitbrachte: "Du sagst, du liebst die Blumen, aber du zertrittst sie; du sagst, du liebst die Umwelt, aber du zerstörst sie; wenn du sagst, ich liebe dich, habe ich Angst."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, "Angst" ist inzwischen ein Modewort geworden. Ich möchte mich an dieser Mode eigentlich nicht beteiligen. Wir sollten auch den Ängsten nicht hinterherlaufen. Aber wir sollten, wenn wir Politik machen und politische Äußerungen formulieren, berücksichtigen, daß viele Menschen in diesem Lande, jüngere wie ältere, Angst haben. Wenn wir uns nicht in die Jüngeren hineinversetzen und auf ihre Ängste eingehen, werden wir nie zu einem Dialog, zu einem Gespräch mit den jungen Menschen in diesem Lande kommen.

(Beifall)

Ich frage mich wirklich, warum das Wort "Utopie" eine so geringe Bedeutung in der Union hat, warum sofort mit Pragmatismus, Technokratie und kurzfristigen Problemlösungen Politik – auch von seiten unserer Bundestagsfraktion – gemacht wird. Warum sollten nicht Überlegungen dieser Art aus der jungen Generation für uns als christliche Demokraten ein ernster Anstoß sein? Warum sollten wir nicht – auch in Interviews, auch in Veranstaltungen, auch in öffentlicher Auseinandersetzung in der Partei – offenbaren, daß wir hierfür Verständnis haben? Warum sollten wir dies nicht in unsere Diskussionen einbeziehen?

(Beifall)

Schließlich möchte ich mit einem Zitat, das Ihnen vielleicht ein bißchen von dem zeigt, was in dieser Partei – zwischen Junger Union und CDU – schon einmal los war, das zeigt, wie man mit sich schon einmal hart ins Gericht gegangen ist. Herr Dr. Kohl hat 1947 an seinem ersten CDU-Parteitag teilgenommen. Ich möchte ein Zitat von einem anderen Parteitag des Jahres 1947 – dem Recklinghausener CDU-Parteitag der britischen Zone – bringen, ein Zitat von Dr. Bruno Six, der der erste Bundesvorsitzende der Jungen Union war.

Dr. Bruno Six hat dort folgendes gesagt:

Eine Generation, die zweimal Krieg und Frieden verloren hat, hat keinen Anspruch darauf, zum drittenmal ein Reich allein gestalten zu dürfen. Das mag hart sein für sie, es mag bitter hart sein, aber es hat keinen Wert, sich der Wirklichkeit zu verschließen. Die junge Generation erkennt sie nicht an, und wenn Sie sich dagegenstemmen, dann wird auf Grund der biologischen Tatsachen die junge Generation über Sie zur Tagesordnung hinweggehen. Das ist die Junge Union. Ob Sie sie ver-

standen haben, weiß ich nicht. Wenn Sie sie nicht verstanden haben, so ziehen Sie sich bitte aus der Politik zurück. Wir gehen unseren Weg, daran wird niemand etwas ändern.

(Beifall)

Die CDU ist eine junge Partei. Sorgen Sie dafür, daß sie die Partei der Jugend wird!

Ein Zitat von 1947 vom damaligen JU-Vorsitzenden. Heute halte ich es für ziemlich undenkbar, etwas Ähnliches zu sagen.

(Heiterkeit und Beifall)

Lassen Sie mich bewußt sagen: Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, ein wenig mehr Gelassenheit, ein wenig mehr Ruhe zu haben, wenn junge Menschen das sagen, was in ihrer, in meiner Generation vor sich geht: in den Kreisverbänden, in der Fraktion, in den Vorständen der Partei, damit wirklich ein Dialog zustande kommt. Die Idealvorstellungen junger Leute liegen bei weitem nicht so weit von unseren Idealvorstellungen entfernt, wie das mancher auch in der Union offensichtlich glaubt.- Danke schön.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wulff. Das ist genau richtig: Wir brauchen die jungen Leute und die älteren für die Union; dann klappt das auch; alle miteinander!

(Beifall)

Jetzt hat unser Oberbürgermeister Dr. Wallmann, Frankfurt, das Wort.

(Weiterhin anhaltender Beifall bei Teilen der Anwesenden)

Herzlichen Dank. Das Wort hat jetzt Herr Oberbürgermeister Dr. Wallmann, Frankfurt.

Dr. Walter Wallmann: Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Sie werden verstehen, daß ich an diesem Tage zu der großen Diskussion um die Frage: Friede in der Bundesrepublik Deutschland und wie gewinnen wir den Frieden in der Welt, gern etwas sagen möchte. Ich glaube, wenn wir den Frieden dort, wo wir ihn haben, bewahren und dort, wo er nicht vorhanden ist, gewinnen wollen, dann verlangt das von uns zuerst intellektuelle Anstrengungen.

Aufgabe des Staates ist es, Frieden zu stiften und Frieden zu bewahren, und zwar den Frieden des Gemeinwesens und den Frieden im Gemeinwesen, also den Frieden nach außen und den Frieden im Innern. Ich denke, wir alle sind Helmut Kohl sehr dankbar dafür, daß er heute das Thema Frieden grundsätzlich behandelt hat und sich nicht nur auf einige Aspekte dieser so notwendigen Diskussion konzentriert hat.

Sie werden verstehen, daß ich in diesem Augenblick besonders an meine Mitbürgerinnen und Mitbürger in Frankfurt denke. Sie sorgen sich in diesen Stunden vor allem um den inneren Frieden. Und nicht nur über den äußeren, sondern auch über den inneren Frieden zu sprechen, meine ich, haben wir einen Anlaß, weil beides ja untrennbar miteinander verbunden ist.

(Beifall)

Ich möchte von diesem Parteitag aus – ich bin sicher: in Ihrer aller Namen – allen, die sich verirrt haben oder die verführt sind, zurufen: Laßt ab von der Gewalt gegen Menschen und gegen Sachen!

(Lebhafter Beifall)

Wir können unterschiedliche Meinungen haben. Wir sind verpflichtet – zumal wir Politiker -, zu Diskussionen bereit zu sein, und wir sind auch verpflichtet, Kritik hinzunehmen, selbst wenn sie uns so ungerecht wie nur denkbar zu sein scheint, selbst wenn sie uns schmerzt. Wir wollen ja auf diesem Parteitag alle miteinander bekunden: wir wollen zu den Menschen hingehen, die nur bereit sind, mit uns zu sprechen. Aber ich sage es noch einmal: Laßt ab von der Gewalt um der Menschen willen!

(Beifall)

Ich möchte – sicherlich wieder in Ihrer aller Namen – allen, die in den vergangenen Tagen, insbesondere gestern und in der letzten Nacht, Schaden genommen haben, sagen, daß es uns leid tut, daß sie diesen Schaden erleiden mußten. Ich meine alle Verletzten, und mir ist es völlig gleichgültig, ob es 400 oder 30 sind; da gibt es unterschiedliche Mitteilungen. Die Tatsache, daß es dazu gekommen ist, ist schlimm genug. Wenn ich den Agenturberichten Glauben schenken darf, gibt es zusätzlich zu diesen Verletzten allein aus der vergangenen Nacht materielle Schäden in Höhe von Millionenbeträgen.

Wohin kommen wir, wenn wir nicht auch hier einen Wandel herbeiführen – nicht nur den Wandel in der großen Politik, in den außen- und sicherheitspolitischen Fragen? Wohin kommen wir, wenn der innere Friede in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr gewährleistet ist?

Ich richte diesen Appell nicht nur an uns, sondern an alle Verantwortlichen in allen demokratischen Parteien. Jeder mag sich fragen, welchen Anteil er daran gehabt hat, daß es zu dem kommen konnte, was wir heute erleben. In Frankfurt ist beispielsweise, wie mir gerade mitgeteilt wurde, eine wichtige Anlage für die Flugzeugnavigation zerstört worden. Ich habe erfahren, daß Menschen, die von ihrem Arbeitsplatz nach Hause kommen wollten, drei, vier, fünf Stunden warten mußten, bis sie etwa öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch nehmen konnten.

Wir wollen nicht dramatisieren. Und trotzdem, meine Damen und Herren, das, was sich an diesem Beispiel wiederum zeigt, muß uns beweisen, daß das, wovon so oft die Rede ist, nicht mehr hinreichend vorhanden ist: die Konsensfähigkeit, ich sage lieber, die Bereitschaft und die Fähigkeit, der Gemeinschaft und dem einzelnen anderen zu gewähren, worauf sie einen Anspruch haben.

Was Frankfurt und das Thema der Flughafenerweiterung angeht, will ich noch eine Bemerkung machen, weil sie von allgemeiner Bedeutung ist, wie ich denke. 13 Jahre lang hat das Verfahren um Ausbau oder Nichtausbau dieses Flughafens gedauert. Sämtliche Gerichtsinstanzen sind bemüht worden. Als ich mein Amt antrat, waren die Entscheidungen längst gefallen. Für den christlichen Demokraten hätte es ja vielleicht reizvoll sein können, nun in Gegenposition zur Landesregierung zu treten – aus parteipolitischen

Gründen. Wir haben das nicht getan. Wir haben das nicht getan in unserer Stadt, und wir haben es nicht getan im Hessischen Landtag.

Ich bin der hessischen Union, Alfred Dregger und der Landtagsfraktion unter der Führung von Gottfried Milde zutiefst dankbar, daß sie im Bewußtsein gehandelt haben, daß zunächst das Gemeinwohl und der Staat und erst dann das Parteiinteresse kommen dürfen.

(Beifall)

Ich könnte mir vorstellen, daß Ernst Albrecht und Gerhard Stoltenberg in diesem Augenblick an ihre Erfahrungen denken, wo sich die gleichen Oppositionsparteien, die in Bonn regieren, aus blankem Opportunismus so verhalten haben, wie das geschehen ist, die nämlich nicht das Interesse des Staates und des Gemeinwohls, sondern das parteipolitische Interesse beachtet und damit nicht nur in der augenblicklichen Abstimmung, sondern auch im Hinblick auf die intellektuelle Verunsicherung gerade mancher junger Menschen Schaden angerichtet haben.

(Beifall)

Wir haben, glaube ich, in diesem Zusammenhang auch zu sagen, daß Grundrechte niemals für sich allein und absolut wirken. Derjenige, der das eine Grundrecht für sich in Anspruch nimmt, muß auch daran denken, daß der andere, der Mitbürger, Grundrechte für sich beanspruchen darf. Wer von uns wäre gegen Demonstrationsfreiheit? Wir sind leidenschaftlich dafür, aber es gibt höherrangige Grundrechte, die Grundrechte auf Leben, auf Unversehrtheit der Gesundheit und andere. Erst wenn man sich diese wechselseitigen Abhängigkeiten bewußt macht, wenn man sich darüber im klaren ist, daß das Recht des einen Bürgers die Grenze am ebenso bestehenden Recht des anderen Bürgers findet, dann haben wir wieder die richtige Einstellung zu diesem unserem Gemeinwesen.

(Beifall)

Ich fürchte, daß in den vergangenen Jahren zuviel Politik mit der Sprache, häufig mit Erfolg, versucht worden ist. Der semantische Betrug hat manchmal Wirkungen gezeigt. Es ist kein Zufall, daß diejenigen, die das System verändern wollten, erklärt haben, wenn dieses gelingen solle, dann müsse zuerst das Bewußtsein verändert werden. Alles, was vorher als wertvoll, wichtig und unverzichtbar angesehen worden sei, müsse zunächst in Zweifel gezogen werden, um es dann durch neue Vorstellungen ablösen zu können. Es sind nicht die Vorstellungen der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und der Menschenwürde, sondern es sind die Ideologien, die überall, wo sie Wirklichkeit geworden sind, zu einer zynischen Menschenverachtung geführt haben.

(Beifall)

Wir wollen es uns nicht so einfach machen. Ich glaube, die Aggressivität, die wir in diesen Tagen spüren, ist auch Ergebnis, Kehrseite oder, wie Sie es wollen, der Angst, die so viele Menschen beherrscht. Trotzdem, auch wenn wir dies wissen, dürfen wir diese Angst nicht einfach beschrieben lassen. Angst, so hat Helmut Kohl vorhin gesagt, gehört zur menschlichen Existenz. Es wird keinen Zustand geben, in dem die Angstfreiheit festgestellt werden könnte, sondern es ist unsere Aufgabe, uns selbst und andere dazu zu befähigen, die Angst zu überwinden.

(Beifall)

Tapfer ist nicht derjenige, der Angst nie gekannt hat, sondern der imstande war, mit der Angst fertig zu werden. Ich denke, daß müssen wir deutlich machen.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen aus gegebenem Anlaß aus einem Buch von Salvador de Madariaga ein Zitat vorlesen. Dieses Buch trägt den Titel "Zuerst die Freiheit", und Sie werden gleich wissen, warum ich Ihnen dieses Zitat nicht vorenthalten wollte. Das Zitat lautet:

"Denn es verhält sich so, daß Freiheit der innerste Kernpunkt des Friedens ist".

(Beifall)

Viele Menschen, die glauben, daß sie den Frieden wünschen, wünschen bloß, in Frieden gelassen zu werden. Sie wissen nicht einmal, was wahrer Friede ist. Der wahre Friede ist der Genuß freier Beschlüsse innerhalb einer Ordnung, die durch die freie Zustimmung aller erreicht wurde. Daraus ergibt sich, daß man mit Partnern, die nicht frei sind, keinen Frieden schließen kann. Eine Nation, die nicht frei ist, ist mit sich selbst im Krieg. Aus diesem Grunde ist das Schlagwort Friede eine Lüge, wenn es von Diktaturen gebraucht wird, seien sie kommunistisch oder faschistisch.

(Beifall)

Denn: Kein Staat, der eine Diktatur ist, kann Frieden mit anderen Nationen schließen, bevor er nicht sein eigenes Volk befriedet hat. Dies kann er nur erreichen, wenn er aufhört, eine Diktatur zu sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage das auch, weil wir das Glück haben, daß so viele junge Menschen heute bei uns sind und morgen mit uns diskutieren werden. Wir haben es oft gesagt, ich denke, wir müssen es immer wiederholen: Wir alle haben Sehnsucht nach dem Frieden, dessen Kernpunkt die Freiheit ist. Ich spreche diesen Willen keinem Demokraten und keiner demokratischen Partei ab. Ich sage das ausdrücklich.

(Beifall)

Trotzdem bin ich nicht imstande, das, was sich pauschal unter dem Begriff Friedensbewegung darstellt, einfach unkritisch gut zu heißen.

(Beifall)

Im Gegenteil habe ich größte Zweifel, ob diese Friedensbewegung das, was Frieden im Kern und in Wahrheit ausmacht, wirklich zutreffend analysiert, beschreibt und vor allem – das ist die entscheidende Frage –, ob diese Friedensbewegung imstande ist, mit dem wahren Frieden zu erreichen, was sie uns vorschlägt. Ich denke, bevor man darüber redet, wie man Frieden sichern kann, muß man sich darüber klar sein, welcher Zustand diese Bezeichnung "Frieden" verdient. Ich denke an eine große Rede im Jahre 1977, ge-

halten in der Frakfurter Paulskirche aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels, an Leche Koliakowski. Wer sich daran erinnert, denkt vielleicht auch daran, daß diese Preisverleihung in einer Stimmung großer Bedrückung stattfand. Das war die Zeit, als in Mogadischu Geiseln festgehalten wurden.

Leche Koliakowski, der Pole, der frühere Priester, danach Kommunist und nun leidenschaftlicher Demokrat, hat damals zu dem Thema "Erziehung zum Haß – Erziehung zur Menschenwürde" gesprochen. Er hat insbesondere die Menschen im Westen aufgerufen, er hat sie gewarnt, anzunehmen, daß Friede bereits dann gegeben sei, wenn der Krieg abwesend wäre. Und Lew Kopelew, der soeben von unserem Freunde Stoiber zitiert wurde, hat uns vor wenigen Wochen daran erinnert, daß Menschlichkeit und Freiheit die Grundlage jeder humanen Ordnung sind und bleiben.

Deswegen haben wir ja in unserem Grundsatzprogramm all jene Grundwerte festgeschrieben, die über den Tag hinaus bei veränderten Bedingungen uns in unseren politischen Entscheidungen konkret zu bestimmen haben.

Helmut Kohl hat – und damit will ich schließen – davon gesprochen: Bei allem Respekt vor der Gesinnungsethik könne uns nur Verantwortungsethik leiten. Ich möchte hinzufügen: Es wäre schlimm um die Zukunftsfragen der jungen Menschen bestellt, wenn für uns das Prinzip Angst und Furcht gelten sollte. Es kann nur das Prinzip Verantwortung sein.

(Lebhafter Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Dr. Wallmann für seine Worte.

Ich möchte gerne – weil das für das Präsidium nicht ganz einfach ist – um Ihr Verständnis bitten, daß ich noch einmal alle Redner bitte, sich kürzer zu fassen. Nach fünf Minuten werde ich vorsichtig die Glocke läuten,

(Beifall)

und nach zehn Minuten werde ich ausläuten. Vielleicht ist das – im Einverständnis aller – richtig.

Das Wort hat jetzt Walther Leisler Kiep.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Aus aktuellem Anlaß möchte ich gern zu den außenpolitischen Ausführungen ergänzend Stellung nehmen, die Helmut Kohl heute in seiner Rede am Vormittag gemacht hat.

Helmut Kohl hat deutlich gemacht, daß wir im Grunde genommen in der Wiederholung einer Debatte stehen, die wir zu Beginn der 50er Jahre schon einmal geführt haben, einer Debatte, bei der es darum geht: Bleibt die Bundesrepublik Deutschland – über jeden Zweifel erhaben – im westlichen Bündnis, oder gibt es einen dritten Weg für uns zwischen den beiden Supermächten? Die 80er Jahre, meine Damen und Herren, fordern von uns eine Politik der Befestigung der Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur westlichen Allianz.

Ich möchte aus gegebenem Anlaß hier daran erinnern, daß eine Diskussion über die Ostpolitik der 70er Jahre, die gelegentlich ja auch bei uns einmal anklingt, uns keine Antworten auf das gibt, worauf wir in den 80er Jahren zur Erhaltung des Friedens in Freiheit antworten müssen. Die Vertragspolitik von Brandt/Scheel ist ein in sich abgeschlossenes Ereignis. Die bilateralen Verhandlungen haben zu Verträgen geführt, die nach unserer Überzeugung nicht nur "pacta" sind, die bedient werden müssen – "pacta sunt servanda" –, sondern mit denen wir, wie Helmut Kohl es im Bundestag gesagt hat, arbeiten müssen. Vielleicht haben wir als Opposition gewisse Schwierigkeiten gehabt, den richtigen Zeitpunkt zu finden zum Umschalten von der Inhaltskritik an dieser Politik Brandt/Scheel auf die Anwendungskritik dieser Politik.

Aber heute, meine Damen und Herren, kommt es auf eine Politik an, die den heutigen Problemen gewachsen ist. Erstens: Wie gelingt es uns, die Vereinigten Staaten in einer veränderten Situation als Partner im Bündnis zu halten?

Die Reise und die Gespräche, die Helmut Kohl in der vorvorletzten Woche in Washington geführt hat, kamen zur rechten Zeit. Denn in den Vereinigten Staaten machen sich Zweifel darüber breit, ob eigentlich das amerikanische Interesse es nach wie vor gebietet, daß Amerika Partner von Europa in Europa bleibt. Wir können heute, meine Freunde, eine Volksabstimmung in Hamburg, in Oberammergau oder in Trier machen und die Frage stellen: Glaubt ihr, daß wir Deutsche auf Amerika als Partner nicht verzichten können? Wir würden eine überwiegend positive bejahende Antwort bekommen. Aber stellen sie bitte heute die gleiche Frage in Callamasure/Michigan oder in Omaha/Nebraska. Fragen Sie einmal die Amerikaner des Mittelwestens, ob sie glauben, daß Amerika essentiell auf Europa angewiesen ist für seine Sicherheit, für seine Freiheit, und Sie könnten eine andere Antwort bekommen. Und deshalb ist dies eine wichtige Aufgabe unserer Außenpolitik.

Eine andere wichtige Aufgabe ist das Gespräch mit dem Osten und ist das Gespräch mit der Führungsmacht des Ostens, mit der Sowjetunion. Nachdem ich in der vorigen Woche zum drittenmal Gelegenheit hatte, solche Gespräche zu führen, wollte ich hierüber in der gebotenen Kürze berichten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, wenn man eine Einladung der Sowjetunion zu Gesprächen erhält – und das war unsere Meinung im Präsidium der Union -, dann sollte man sie annehmen und solche Gespräche führen.

(Beifall)

Für uns in der deutschen Außenpolitik werden Beziehungen zur Sowjetunion immer einen ganz besonders hohen Rang haben. Wie könnte es anders sein bei einem geteilten Land an der Nahtstelle zwischen Ost und West mit der offenen Flanke Berlin?

Deshalb, meine Damen und Herren, meine ich, sollte man bei dem Vollzug solcher Einladungen auch nicht zu viel Gewicht auf protokollarische Fragen legen. Entscheidend ist, daß man Informationen bekommt. Entscheidend ist zweitens, daß man eigene Standpunkte darlegen kann. Diese Möglichkeit war gegeben.

Im wirtschaftlichen Bereich gibt es das große Interesse an weiteren langfristigen Geschäften, insbesondere zur Energiegewinnung. Hier müssen wir – und das habe ich in Moskau bei meinen Gesprächen getan – daran erinnern, daß wir an solcher Kooperation

interessiert sind, aber daß die politischen Rahmenbedingungen stimmen müssen, und daß von daher gesehen der Fortgang des Konfliktes in Afghanistan und die ungeklärte Lage in Polen für uns ein ernstes Problem darstellen.

Mit Bedauern stellen wir fest, daß es eine westliche Strategie in der Wirtschaftspolitik bis zur Stunde nicht gibt, daß im Gegenteil der Wettbewerb zwischen Japanern, Italienern, Engländern und Deutschen, Franzosen und Amerikanern voll läuft, und daß wir es bisher nicht fertig gebracht haben, das große sowjetische Interesse an langfristiger Kooperation in das Instrumentarium zur langfristigen Gestaltung und Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen einzubringen. Hier liegt eine wichtige Aufgabe für die westliche Außenpolitik in den kommenden Jahren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in der politischen Debatte – und darauf wollte ich, immer in der gebotenen Kürze, Herr Vorsitzender, eingehen – stehen wir nach meiner Einschätzung vor der gefährlichen Situation, daß die Sowjetunion die Friedensbewegung bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa im Begriffe ist, falsch einzuschätzen. Sie ist immer stärker im Begriffe, zu glauben, es handle sich hier um eine Bewegung, die primär auf Neutralismus, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika und gegen das Bündnis gerichtet sei; wo doch der überwältigende Anteil der Demonstranten für den Frieden und Abrüstung in Ost und in West fordert.

(Beifall)

Und deshalb ist diese Fehleinschätzung gefährlich.

Was die Null-Option betrifft – auch das wollte ich hier einmal auf Grund der Erkenntnisse sagen, die ich sammeln konnte –, ist das sowjetische Verständnis so, daß die Null-Option, wie wir sie uns vorstellen – das heißt Verzicht auf Durchführung der Nachrüstung einerseits im Austausch gegen Abbau SS 20 andererseits –, für die Sowjetunion kein Verhandlungsergebnis ist, das sie zu akzeptieren bereit ist, weil sie in einem solchen Verhandlungsergebnis im Gegenteil eine Festschreibung vorhandener sowjetischer Unterlegenheit sieht. Sie will von uns zusammen mit dem Verzicht auf die Durchführung des Nachrüstungsbeschlusses auch das Zugeständnis des Abbaus der vorgeschobenen Systeme der Vereinigten Staaten von Amerika in Europa. Erst dann wird für sie eine Null-Lösung akzeptabel.

Ich meine, wir sollten uns vor dem Hintergrund dieser Realitäten auf weitere Gespräche, insbesondere im Zusammenhang mit dem Besuch von Breschnew, vorbereiten. Wir können von dem Willen der Sowjetunion ausgehen, den Frieden zu erhalten. Wir müssen uns aber bemühen, daß die Qualität des Friedens unseren Vorstellungen entspricht. Wir müssen verhindern, daß aus der deutschen politischen Szene ein Druck auf die Vereinigten Staaten von Amerika ausgeübt wird, der sorgfältige Verhandlungen zwischen Ost und West ab 30. November 1981 in Frage stellt.

Ich komme zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren. Friedenspolitik ist von Anfang an die Geschäftsgrundlage der Bundesrepublik Deutschland gewesen; sie wird es auch immer bleiben. Deshalb kann man allen Ängstlichen und allen Kritikern sagen: Die Union ist sowohl fähig wie auch willens, diese Friedenspolitik zu betreiben.

Ich schließe mit der Aussage, daß es vor Willy Brandt eine deutsche Friedenspolitik gegeben hat und auch nach Helmut Schmidt eine deutsche Friedenspolitik geben wird.

(Beifall)

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kiep.

Verehrte Delegierte, wir haben uns im Präsidium beraten. Ich hatte nämlich versprochen, unserem Generalsekretär zwischen 15 Uhr und 15.30 Uhr die Möglichkeit zu geben, die Leitsätze zu begründen. Nach dem, was wir gehört haben, sind Themen angesprochen, die auch in den Leitsätzen angesprochen werden. Deshalb ist es korrekt, glaube ich, wenn wir Sie jetzt bitten, Herr Dr. Geißler, als nächster das Wort zu nehmen und die Leitsätze zu begründen.

Anschließend fahren wir in der Rednerliste fort. Als erster kommt dann Herr Dr. Dregger, dann Herr Wissmann, dann Herr Dr. Worms, Professor Biedenkopf und Dr. Wörner. Ich füge hinzu: Wir haben 32 vorzügliche Redner auf der Liste stehen. Wenn alle fünf Minuten reden, sind wir mit allen Rednern vor dem "Hamburg-Abend" durch. – Herzlichen Dank.

Jetzt hat Herr Dr. Geißler das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU:

(Mit Beifall begrüßt)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf als Generalsekretär eine Vorbemerkung machen. Was ich jetzt sage, gilt nicht nur für den gesamten Parteitag und für unsere Arbeit insgesamt, insbesondere aber auch für die Diskussion – wenn ich mir die 32 Wortmeldungen vor Augen halte –, sondern wir müssen uns vielmehr darüber im klaren sein: Wir stehen nicht am Ende der Diskussion, sondern am Anfang. Wir haben morgen noch einen ganzen Tag und übermorgen mindestens einen halben Tag zu diskutieren, so daß ich alle trösten kann: Fast jeder, der etwas zu sagen hat – bei so vielen Teilnehmern, 750 plus 500 gleich 1250, natürlich nicht jeder –, wird zu Wort kommen. Wir werden uns jedenfalls anstrengen.

Wilfried Hasselmann, Tagungspräsidium: Und eine Nacht haben wir auch noch.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Die Diskussion, die jetzt begonnen hat, ist ja eigentlich das, was wir mit diesem Parteitag auch gewollt haben. Sie hat gerade erst angefangen.

Ein führender deutscher Journalist hat am letzten Samstag geschrieben, die Christlich Demokratische Union habe ihre Wahlerfolge in den 50er und in den 60er Jahren dadurch erreicht, daß sie sich als moderne politische Kraft entfaltet habe, während die Sozialdemokraten im verstaubten Winkel des Sozialismus die Wähler, auch die jungen Wähler, verloren habe. Er sagte, daß alle großen Sozialgesetze der Nachkriegszeit – ich erinnere daran, daß ich im Jahre 1973 von diesem Platze aus auch darauf hingewiesen habe; der betreffende Journalist bezog diese Aussage übrigens auch auf andere wichtige politische Entscheidungen – von der Christlich Demokratischen Union durchgesetzt worden seien. Er nannte Lastenausgleich, Rentenreform, Mitbestimmung, Eigentumsbil-

derung, natürlich die Soziale Marktwirtschaft, deutsch-französische Einigung, Europapolitik. Ich füge hinzu: das Bündnis mit dem freien Westen und die Freundschaft mit den Vereinigten Staaten.

Nach einer fundamentalen Kritik an der Koalition sagt dieser Journalist weiter: Deutschland sei noch nie so schlecht regiert worden wie heute. Jetzt sei die Stunde der Union wieder gekommen. Was heißt die Stunde der Union?

Für uns und für die meisten Bürger steht fest, daß es nicht mehr darum geht, ob oder wie wir an die Regierung kommen. Das ist auch eine wichtige Frage. Wir kommen an die Regierung. Wir werden die nächste Regierung bilden. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

Aber die Bürger wollen heute von uns wissen – ich glaube, das ist das, was wir auf diesem Parteitag leisten müssen -, welche Ziele wir für die Zukunft unseres Volkes beschreiben und welche Antworten wir auf die zentralen Fragen des Volkes finden. Sie wollen aber auch, daß wir die Probleme erkennen, die die Menschen bedrängen, und auch offen zugeben, daß wir eine Antwort dort noch nicht wissen, wo wir sie noch nicht erarbeitet haben. Das kommt hinzu.

Das ist eine Frage der geistigen Führung, von der Helmut Kohl heute morgen schon gesprochen hat. Es gab dazu ja eine sehr interessante Diskussion zwischen dem Oppositionsführer und dem Bundeskanzler im Deutschen Bundestag. Ich will fünf Punkte nennen, die zeigen, was wir unter geistiger Führung verstehen müssen. Die Antwort geben wir im Leitantrag.

Erstens. Ein Volk muß wissen, welches die gemeinsamen Werte sind, auf denen das Zusammenleben beruht.

Zweitens. Ein Volk muß wissen, welche Werte es verteidigt, wer diese Werte bedroht und wer seine Freunde sind, die ihm im Notfall helfen.

Drittens. Ein Volk muß wissen, wo es wirtschaftlich steht und wann es über seine Verhältnisse lebt.

Viertens. Ein Volk muß wissen, was seine solidarischen Pflichten gegenüber dem Nächsten und gegenüber anderen Völkern sind.

Fünftens schließlich. Ein Volk muß wissen, was zu tun ist, damit seine Jugend eine lebenswerte Zukunft hat.

Das sind die Grundlagen einer geistigen Führung, die von einer Regierung im demokratischen Staat verlangt werden. Wir wollen auf diesem Parteitag den Versuch unternehmen, auf der Basis dessen, was ich gerade gesagt habe – so wie damals Konrad Adenauer und Ludwig Erhard die großen Antworten auf die brennenden und trennenden Fragen der Nachkriegszeit formuliert haben -, Antworten zu geben; nicht für alles, aber auf die nach unserer Auffassung wichtigsten zentralen Fragen unseres Volkes. Das machen wir in unserem Leitantrag.

Um eine Antwort geben zu können, müssen wir aber zunächst einmal wissen, welches denn die Hauptfragen sind. Diese Hauptfragen betreffen, wenn wir uns die Welt ansehen, Krieg und Hunger. Im Innern betrifft die Hauptfrage die immer größer werdende Verstaatlichung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Dies sind die Hauptprobleme, und darauf geben wir jetzt unsere Antwort. Wir sagen in die Welt hinaus – unsere Antwort auf Krieg und Hunger ist wörtlich im Leitantrag so formuliert –:

Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die beiderseitige Abrüstung.

(Beifall)

Und unsere Antwort auf den Hunger in der Welt lautet:

Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

(Beifall)

Über die Konsequenzen dieses Satzes müssen wir uns dann noch unterhalten. Das gehört in das Kapitel der Diskussion, würde ich meinen.

Aber dieser Satz ist unsere grundsätzliche Antwort.

Wie stellen wir uns Staat und Gesellschaft bei uns in der Bundesrepublik Deutschland vor? Unsere Antwort auf die immer stärker werdende Verstaatlichung in unserer Gesellschaft lautet: Wir wollen – und damit sprechen wir vielen, vielen Bürgern, vor allem auch jungen Menschen, aus der Seele – keine anonyme, bürokratisierte, technisierte, sozialisierte Gesellschaft.

Wir wollen eine offene Gesellschaft mit einer menschlichen und überschaubaren Ordnung, eine Gesellschaft, offen für Eigeninitiative, für Risikobereitschaft, aber auch offen für Arbeit für alle, eine Gesellschaft, offen für persönliche soziale Verantwortung und Mitmenschlichkeit.

(Beifall)

Dies ist der Leitgedanke, der sich durch die drei letzten Kapitel des Leitantrages hindurchzieht: eine offene Gesellschaft mit einer überschaubaren und menschlichen Ordnung, eine offene Gesellschaft, die gestaltet ist nach dem Grundsatz der Subsidiarität, die Alternative zum Sozialismus.

Nun erwarten Sie, wenn das Stichwort "Sozialismus" fällt, daß noch einmal eine Abrechnung mit den Sozialdemokraten erfolgt. Das will ich nicht tun;

(Beifall)

denn dies ist ein Parteitag des Aufbruchs, des neuen Anfangs, nicht der Abrechnung mit einer Regierung, von der ohnehin jeder weiß, daß sie ihre Zukunft längst hinter sich hat.

(Beifall)

Ich meine, der Wandel in der Parteienlandschaft – das hat Helmut Kohl schon beschrieben – ist eine wichtige Entwicklung. Und der Mangel an geistiger Führung ist auch mit ein Grund dafür, warum z. B. so viele – und es sind nicht die schlechtesten – engagierte Leute, auch junge Leute, den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten davonlaufen und dann als Grüne und Alternative eine neue vierte Partei ins Leben rufen. – Wie dem auch sein mag, einen Vorteil hat diese Bewegung auf jeden Fall – das möchte ich doch sagen; das ist ein Vorteil für unsere Demokratie – : daß jetzt nämlich endlich die Zeit zu Ende ist, wo auf Parteitag der Freien Demokratischen Partei darüber entschieden wird, wer nach den Wahlen die Regierung übernimmt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden, wenn wir unseren Blick auf die kommenden Wahlen richten, natürlich unsere Energien und unsere Gedanken auf die richtige Koalition konzentrieren, nämlich auf die Koalition der Union mit der Mehrheit der deutschen Wähler.

(Beifall)

Nur, meine Damen und Herren – das wissen wir -, wir brauchen Mut, wir brauchen Zuversicht. Und niemand will den Mut nehmen – das ist richtig. Und es ist auch zu Recht auf unsere Erfolge hingewiesen worden. Ich kann hinzufügen: Wir stehen auch in der Demoskopie sehr gut, bei 50 %, 51 %. Aber, meine Damen und Herren, jetzt darf ich hier ein offenes Wort sagen – das ist kein Defätismus, sondern ich glaube, das gehört zum Realismus, den wir brauchen, um die Wahlen zu gewinnen, dazu – : Das war vor vier Jahren auch schon so. Ich hätte gern, daß wir einmal dann 50 oder 51 % haben, wenn die Bundestagswahlen stattfinden.

(Beifall)

Es ist gut, wenn wir im Semi-Finale die ersten sind, aber es ist noch besser, wenn wir das Finale gewinnen. Die Voraussetzungen dafür müssen wir heute, jetzt, schaffen. Wir müssen Antworten geben, wo sie möglich sind. Das tun wir im Leitantrag. Diskussionen muß es dort geben, wo wir noch keine Antwort haben.

Deswegen ist es ein Irrtum, annehmen zu wollen, mit diesem Leitantrag würden wir das Ende der Diskussion bestimmter Probleme schaffen. Wir werden auf wichtige Fragen eine Antwort geben, aber wir werden aus diesem Leitantrag – so hoffe ich – auch Aufträge des Bundesparteitages bekommen, wichtige Fragen weiterzuführen; denn, meine lieben Freunde, wir stehen heute vor großen Problemen, die die Menschen spüren. Und diese Probleme erfordern ein sorgfältiges Nachdenken und das Abwägen der Argumente über den richtigen Weg.

Ich will nur einige Fakten nennen: Mehr als eine halbe Milliarde Menschen in allen Teilen der Welt hungern. Wir haben einen rapiden Bevölkerungszuwachs in der Dritten Welt. Dies stellt ein Krisenpotential dar, nicht nur für die anderen Kontinente, auch für Europa. Die Verknappung der natürlichen Ressourcen, der Raubbau an den Schätzen dieser Erde, geht weiter. Selbst das Wasser wird zu einem kostbaren Rohstoff.

Frage: Wie wollen wir denn zusammen mit den Ländern der westlichen Welt diese kardinalen Fragen beantworten? Wer wäre denn so verwegen, zu behaupten, wir hätten

diese Antworten schon? Wir müssen sie aber geben. Jedes Jahr werden Tropenwälder in der Größenordnung der Bundesrepublik Deutschland abgeholzt. Tausende von Tierarten werden dadurch, wie wir vor drei Tagen in den Zeitungen gelesen haben, zerstört und mit ihnen das ökologische System.

Wir haben in Mannheim, als wir uns das Arbeitsprogramm gegeben haben, gesagt: Wir müssen darüber sprechen, wie wir technischen Fortschritt, wirtschaftliches Wachstum vereinbaren können mit der Erhaltung unserer natürlichen, kulturellen und sozialen Umwelt. Mit dieser Diskussion sind wir noch nicht am Ende. Darüber wird es Diskussionen, darüber wird es Streit geben.

Wir haben Arbeitslosigkeit im Innern, heute 1,4 Millionen, morgen 1,6 Millionen, im nächsten Jahr vielleicht 2 Millionen. Wir haben niedrigere Wachstumsraten als in den 50er und 60er Jahren. Die Aufnahmekapazität des öffentlichen Dienstes ist begrenzt. Der technische Fortschritt wird weiterhin Arbeitsplätze freisetzen. Und noch kommen geburtenstarke Jahrgänge in das Arbeitsleben hinein. Mit wirtschaftlichem Wachstum allein – 1 % wirtschaftliches Wachstum schafft, wenn es gut geht, 100 000 zusätzliche Arbeitsplätze – werden wir dieses Problem nicht lösen können.

Wollen wir auf die Dauer mit der Arbeitslosigkeit leben, oder müssen wir noch etwas anderes tun? Im Leitantrag sprechen wir von "qualitativer Arbeitsmarktpolitik". Nur, mit der Diskussion über diese Frage sind wir noch nicht am Ende. Darüber wird es Diskussionen, und darüber wird es Streit geben. Darauf will ich nur aufmerksam machen. Wir müssen bereit sein, miteinander über den richtigen Weg zu streiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, lassen wir uns doch nicht einreden, dadurch würden wir möglicherweise, auf einem Umweg, hinten herum, zu einer anderen "Sozialdemokratischen Partei"!

(Beifall)

Wir unterscheiden uns von den Sozialdemokraten in vielfacher Hinsicht. Wir unterscheiden uns vor allem dadurch, daß sich diese Partei um die zentralen Grundlagen, um die Fragen erster Ordnung streitet. Die streiten sich um "Atlantisches Bündnis oder Neutralismus?".

Sie streiten sich um "Soziale Marktwirtschaft oder Staatswirtschaft!". Sie streiten sich um "Freiheit oder mehr Staat!". Wir sind in den Grundsätzen doch einig und haben deswegen die Chance, selbstbewußt und souverän an die Lösung der Probleme heranzugehen und die Entscheidungen zu treffen, die wir von unserem Grundsatzprogramm her in der Richtung für richtig halten. Wir haben doch mehr Selbstbewußtsein, mehr Souveränität, auch im Austausch der Argumente.

(Beifall)

Ich will die Diskussion über dieses Thema hier jetzt nicht vertiefen, sondern nur noch sagen: Geschlossenheit und Diskussion sind doch beim besten Willen keine Gegensätze.

(Lebhafte Beifall)

Nun ein Wort zu unserer Arbeit in der Öffentlichkeit. Wir sind eine große Partei. Ich will hier einmal meine Meinung sagen, die natürlich nicht jeder akzeptieren muß: Wir müssen den Bürger an der Diskussion, die wir führen, teilhaben lassen. Das ist auch ein Verfassungsauftrag.

(Beifall)

In der Verfassung steht nämlich, daß die Parteien an der Willensbildung des Volkes mitwirken sollen. Wie wollen wir das denn eigentlich machen, wenn wir die Bürger von unseren Argumenten und unseren Gedankengängen ausschließen? Wir müssen die Bürger auch über die Medien und mit den Mitteln erreichen, mit denen wir an die Bürger herankommen können. Die Zahl der Interviews ist dabei nicht das Problem. Es geht vielmehr um die Qualität der Interviews.

(Beifall)

Ich beziehe mich hier auch mit ein. Das ist gar keine Frage. Dies gilt aber, wie ich finde, für jeden.

(Zustimmung)

Aber alles kann noch besser werden.

Wir haben 500 junge Leute hierher eingeladen. Es gab im Zusammenhang mit der anstehenden Diskussion die Empfehlung: Was macht ihr denn das eigentlich? Ihr lauft den Leuten nach. Ihr biedert Euch an. Ihr seid verrückt geworden. Das Pendel wird schon wieder zurückschwingen. Sie kommen von selber mit den Jungwählern usw. – Es gab noch einen Ratschlag – wir Rheinland-Pfälzer haben ihn auf dem letzten Landessparteitag auch schon gehört -, nämlich diesen: Sagt doch den jungen Leuten, wo es entlanggeht. – Gut, das ist gar nicht schlecht. Es gibt aber zwei Möglichkeiten, das zu tun. Ich kann es vom Katheder herab oder über das Fernsehen tun; ich kann dann gewissermaßen die Marschbefehle ausgeben und sagen, wo es entlanggeht. Ich kann es aber auch anders machen. Ich kann versuchen, durch das Gespräch, durch den Dialog mein Argument am Argument des anderen zu prüfen.

(Beifall)

Dies kann mich in die Lage versetzen, zu überzeugen. Wir, der Bundesvorstand der Partei, haben uns für den zweiten Weg entschieden. Es heißt im Leitantrag z.B.: Die CDU wird das Gespräch über den besten Weg zum Frieden in Freiheit mit allen Bürgern und Gruppen suchen. – Wir dürfen als politische Partei nicht warten, bis die Menschen zu uns kommen, sondern wir müssen zu den Menschen hingehen, um zu lernen und zu überzeugen.

(Beifall)

Errichten wir doch bitte keine falschen Fronten. Um richtig zu handeln, müssen wir die richtigen Frontstellungen haben. Es ist z.B. gesagt worden, die Demonstrationen der jüngsten Zeit hätten der kommunistischen Propaganda Auftrieb gegeben. Dies will ich überhaupt nicht bestreiten. Dies gilt insbesondere für die Demonstration gegen den amerikanischen Außenminister in Berlin, die wir auch heute noch auf das schärfste ver-

urteilen.

(Beifall)

Aber eines ist doch auch richtig: Den größten Auftrieb bekommt die kommunistische Propaganda – man braucht nur die Berichte im DDR-Fernsehen zu verfolgen -, wenn durch eine korrupte Wohnungsbaupolitik der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten Wohnungsnot produziert wird

(Zustimmung)

und wenn durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten und Freien Demokraten im nächsten Jahr in diesem Land zwei Millionen Arbeitslose auf der Straße stehen werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nicht die jungen Leute, die dagegen mit friedlichen Mitteln protestieren, sind unsere Gegner, sondern diejenigen sind es, die in den vergangenen zehn Jahren durch schwerwiegende Fehler ihrer Politik diese Mißstände produziert haben. Diese sind unsere Gegner, nicht die jungen Leute, die dagegen protestieren. Müssen wir denn nicht auch dagegen protestieren?

(Beifall)

Wollen wir nun eine andere Politik? Wir sagen doch: Unser Land braucht einen neuen Anfang. Also stehen wir doch an der Seite all der Bürger – auch der jungen Leute -, die eine neue, eine andere Politik wollen.

(Beifall)

"Konservativ" heißt doch nicht, die Zustände von gestern, die Sozialisten geschaffen haben, zu verteidigen. "Konservativ" heißt, wieder Zustände zu schaffen, die es zu bewahren gilt.

(Beifall)

Wir haben dann auch über die Frage von Minderheiten und Mehrheiten eine Auseinandersetzung erlebt. Man kann sicher darüber diskutieren, ob die Jugend, die sich engagiert, Minderheiten oder Mehrheiten vertritt. Der zweite Grund, warum wir unsere jungen Freunde hierher eingeladen haben, liegt meines Erachtens schon darin, daß wir eine veränderte Situation gegenüber der Nachkriegszeit haben. In unserem Leit Antrag – deswegen spreche ich dazu – steht ja: Unser Land braucht einen neuen Anfang, was sich insbesondere auch auf die Jugend bezieht. Die Älteren haben noch Tyrannei und Not erlebt. Ich habe Hunger noch am eigenen Leibe verspürt. Deswegen waren Freiheit und Wohlstand für viele von uns ein elementares Erlebnis in einer neuen Gesellschaft. Freiheit und Wohlstand sind heute für viele junge Menschen etwas Selbstverständliches. Das hat auch seine Gefahr, vielleicht auch eine große Gefahr, wie ich ausdrücklich meinen möchte. Walter Jens, ein bundesdeutscher Schriftsteller von Rang, hat auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokraten die freiheitlich-demokratische Grundordnung als sogenannte FDGO verhöhnt. Jetzt nenne ich einmal ein anderes Beispiel. Rainer

Kunze, der aus der DDR geflüchtete Schriftsteller, wurde von einer Reporterin 14 Tage, nachdem er in die Bundesrepublik Deutschland gekommen war, gefragt, was er denn von den bundesdeutschen Bürgern halte. Seine Antwort lautete: Sie wissen nicht, was sie haben.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen schon klarmachen, was für uns das Grundgesetz bedeutet, das Faszinierende an dieser Gesellschaftsordnung. Wir müssen aber auch spüren, daß ein neuer Aufbruch da ist, daß die Bürger und die jungen Menschen zu der Freiheit, zum Wohlstand hinzu noch etwas anderes wollen, etwas, was wir ja auch spüren, was wir aber vielleicht in den ersten Jahren nicht so sehr in den Vordergrund gestellt haben, in dieser harten Zeit, in der Zeit des Aufbaus, als es darum ging, dieses Land wieder herauszureißen und nach vorne zu bringen. Heute wollen die Menschen neben der Freiheit und zusätzlich zur Freiheit Wärme, Geborgenheit, Nächstenliebe und Sicherheit. Sie fragen über den Wohlstand hinaus nach dem Sinn der Politik und nach dem Sinn des Lebens.

(Zustimmung)

Viele von uns haben auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg und vorher schon auf dem Katholikentag erlebt, daß morgens Zehntausende von Menschen – meist waren es junge Menschen – zusammenkamen, um zu beten und in der Bibel zu lesen.

Bischof Lohse erzählte neulich bei einem Empfang, daß in der S-Bahn in Hamburg junge Menschen Choräle gesungen hätten, so daß die Hamburger, von denen sonntags im Schnitt ja nur 2 % in die Kirche gehen, ein ganz neues Erlebnis gehabt hätten.

Diese Suche nach dem Sinn ist meines Erachtens – vielleicht auch neben der Angst – die Ursache für die Suche nach dem Frieden und für den Streit und die Auseinandersetzung um den Frieden. Ich finde, diese Suche nach dem Sinn bei immer mehr Menschen ist eine Herausforderung an uns Christliche Demokraten, auch an die ethische Substanz unserer Politik, an die Gültigkeit unseres Grundsatzprogramms, in dem wir ja Gott zu nennen den Mut hatten. Wir haben auch im Leitantrag gesagt, daß es ohne den Glauben an Gott keinen Anfang gibt. Dies ist eine Anfrage auch nach unseren konkreten Antworten auf die moralischen Fragen des Friedens. Wir werden im Laufe der Diskussion sicher noch darüber sprechen.

Ich glaube, gegenüber früher besteht ein grundsätzlicher Unterschied. Das müssen wir Angehörigen der mittleren und älteren Generation gegenüber jungen Menschen auch einmal sagen und zu erkennen geben. Die Probleme, die ich vorhin genannt habe, haben gegenüber früher doch eine existentiell andere Qualität. In der Allerheiligenlitanei der katholischen Kirche steht: Vor Pest, Hunger und Krieg bewahre uns, o Herr! Aber Pest, Hunger und Krieg haben damals nicht die Menschheit in ihrer Existenz bedroht. Die Probleme heute, der Hunger in der Welt, das, was ich über die Ausbeutung der Natur auf der ganzen Welt gesagt habe, die steigende Kriegsgefahr, auch verbunden mit der atomaren Aufrüstung, verstärken in den Menschen die existentielle Angst um das Überleben der gesamten Welt. Das ist etwas qualitativ anderes als das, was früher der Fall war.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung: Es darf uns nicht wundern, wenn junge Menchen, die ihre Zukunft noch ganz vor sich haben, diese Sorgen besonders artikulieren, wenn sie sie besonders deutlich machen und vor allem verlangen, daß gehandelt wird. Denn wir alle wissen doch, daß es so nicht weitergehen kann, wenn dieser Planet, wenn diese Welt bestehen soll.

Ich finde, daß wir deswegen junge Menschen, die sich hier artikulieren, die sich hier besonders engagieren, auch nicht als Minderheiten einordnen dürfen. Sie stehen stellvertretend für eine schweigende Mehrheit, die dasselbe empfindet.

(Beifall)

Wir müssen dies ernst nehmen. Wir sagen ja im Leitantrag, daß wir die Fragen der Bürger und der jungen Menschen ernst nehmen wollen. Wir reden den Leuten zwar nicht nach dem Mund, aber wenn wir überzeugen wollen, müssen wir sie ernst nehmen, dann dürfen keine Fragen abgetan werden, sondern wir müssen vor allem die moralische Qualität der Fragen, die gestellt werden, ernst nehmen.

Deswegen ist es auch etwas Positives und nichts Negatives, wenn junge Leute die Interessen derer, die sich nicht artikulieren können oder wollen, die bei uns oder in der übrigen Welt schweigend leiden, ob es der Archipel Gulag ist oder ob es die Menschen in den Slums von Rio sind, vertreten, wenn sie von den Zuständen ganz besonders berührt sind und dagegen protestieren, daß so etwas auf der Welt vorhanden ist.

Deswegen sollten wir den Idealismus der Jungen mit den Erfahrungen und dem Wissen der Älteren zu einer Allianz für den Frieden auf dieser Welt verbinden, für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.

(Beifall)

Wir brauchen gar nicht kleingläubig zu sein. Warum sollte es nicht möglich sein, was jetzt – mein Wahlkreis liegt an der Grenze zu Frankreich – zwischen Deutschland und Frankreich, zwischen der Südpfalz und dem Elsaß möglich ist, daß sich diese Menschen friedlich begegnen und kein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich mehr möglich ist! Warum sollte dies nicht eines Tages auf der ganzen Welt möglich sein!

(Beifall)

Halten wir doch die Hoffnung aufrecht! Wir brauchen doch nicht zu resignieren. Das ist eine Frage der Politik.

Martin Luther King hat einmal gesagt: Wir haben gelernt, wie die Vögel zu fliegen und wie die Fische zu schwimmen, aber wir haben die einfache Kunst verlernt, wie Brüder zu leben.

(Beifall)

Ich glaube, daß es bei uns anfangen muß, diese Kunst wieder zu erlernen. Vielleicht müssen wir uns auch selber missionieren, wenn wir an unsere Verantwortung, z.B. für die Länder in der Dritten und Vierten Welt denken.

Im Vorfeld des Bundesparteitags ist bei der Diskussion um den Leitantrag die meines Erachtens wirklich künstliche Frage erörtert worden – ich will es hier einmal so sagen -, ob die CDU eine Änderung ihrer Außenpolitik will. Davon kann überhaupt nicht die Rede sein. Das ist absoluter Unfug. Niemand in der CDU will eine Änderung unserer Außenpolitik. Die Elemente unserer Außenpolitik haben wir in dem Leitantrag noch einmal festgeschrieben und deutlich gemacht: Bündnis mit dem freien Westen, Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, mit denen uns nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch die Übereinstimmung in den Grundwerten unserer Demokratie verbinden.

(Beifall)

Jeder muß wissen, daß die CDU keine Anstrengungen scheut, unsere freiheitliche und soziale Gesellschaftsordnung nach innen und außen zu verteidigen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich beginne jetzt eine Diskussion, die vielleicht streitig ist. Wir müssen jungen Menschen gegenüber wieder deutlich machen, warum wir uns verteidigen; Helmut Kohl hat es heute morgen auch schon angeschnitten. Viele junge Menschen verstehen die Argumente der Regierung zur Nachrüstung deswegen nicht, weil die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten in der Verteidigungspolitik geistig abgerüstet haben.

(Beifall)

Die Antwort auf die Frage, warum wir uns verteidigen, kann doch nicht darin bestehen, daß die Russen 200 Raketen mehr haben. Was wir verteidigen wollen, gerät auch in der Artikulation nach außen oft zu sehr in die Hände der Experten, der Ingenieure, der Techniker, der Strategen, der Kreiselkompaßspezialisten, die ihre Strategie mit Begriffen darstellen wie: SS-20, "flexible response", cruise missile, Pershing II und vieles andere mehr. Die Begriffe sind für den Bürger schwer verständlich, sind irrational und lassen unsere Verteidigungspolitik immer weniger plausibel erscheinen. Sprechen wir weniger über Backfire und Pershing II, und kümmern wir uns mehr um den Geist der Freiheit, den wir verteidigen wollen!

(Beifall)

Die Spannungen zwischen Ost und West haben ihre Ursache in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Diese Unvereinbarkeit fordert politische und geistige Auseinandersetzung. Um diese erfolgreich führen zu können, brauchen wir politische Unabhängigkeit. Und um politisch unabhängig zu bleiben, brauchen wir militärische Sicherheit. Jetzt haben wir die richtige Reihenfolge. Das Militär hat eine dienende Funktion, und der Primat gehört zur Politik.

(Beifall)

Diese Frage hat eine ganz praktische Seite. Wie sollen eigentlich junge Leute den Geist der Freiheit begreifen, wenn in vielen Kasernen auf Grund der Unfähigkeit auch der Führung des Bundesverteidigungsministeriums der Wehrdienst in Gammelei ausartet und im Laufe des Wehrdienstes immer mehr engagierte und gutwillige Soldaten zu der Auffassung kommen, daß der Dienst in einem Krankenhaus für die Gemeinschaft möglicherweise mehr Sinn hat als der Dienst in der Bundeswehr.

(Beifall)

Viele gehen mit einer engagierten Einstellung zur Bundeswehr und verlassen sie resigniert.

Das ist kein Vorwurf an die Bundeswehr, es ist ein Vorwurf an die Führungsqualität des Verteidigungsministers und des Verteidigungsministeriums.

Sie verlassen die Bundeswehr resigniert. Dies ist auch nicht verwunderlich, wenn diesen jungen Leuten, die dienen, während des Urlaubs oder, wenn sie am Wochenende nach Hause fahren, klar wird, daß, während sie dienen, über 40 % eines wehrpflichtigen Jahrganges heute weder Wehrdienst noch zivilen Ersatzdienst leisten und die Frage der Wehrgerechtigkeit bis auf den heutigen Tag nicht gelöst ist.

(Beifall)

Ich schlage deshalb vor, daß von diesem Bundesparteitag der Auftrag ausgeht, Vorschläge zu erarbeiten, um die Ungerechtigkeiten beim Wehr- und Zivildienst zu beseitigen, daß wir unsere Vorschläge wieder im Parlament einbringen. Dieses Thema muß unser Thema sein. Es ist ein Thema der Jugend, es ist ein Thema der Gerechtigkeit, und es ist ein Thema der Freiheit.

(Beifall)

Ich habe vorhin gesagt, es geht nicht um eine Änderung unserer außenpolitischen Grundsätze. Aber es geht um eine richtige Gewichtung der Elemente unserer Außenpolitik. Dies formulieren wir im Leitantrag.

Schon im Jahre 1967 hat eine CDU-geführte Bundesregierung, gemeinsam mit den westlichen Partnern, Verteidigung und Entspannung als gleichwertige Elemente ihrer Außenpolitik bezeichnet. Deshalb betont die CDU in ihrem Leitantrag nicht nur die Verteidigungsbereitschaft, sondern auch die Bereitschaft zu einem kontinuierlichen Gedanken- und Meinungsaustausch mit der sowjetischen Führung und mit den Regierungen der osteuropäischen Staaten. Und der Bundesvorstand sagt, daß dies auch deshalb notwendig ist, um das Bewußtsein für gemeinsame europäische Interessen und Aufgaben wachsen zu lassen.

Deswegen haben wir im Leitantrag auch die Aussage von Helmut Kohl als Antwort auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers im letzten Jahr aufgenommen, daß wir die Verträge mit Leben erfüllen wollen. Meine Damen und Herren, dies ist eine wichtige außenpolitische Aussage. Ich bin der Auffassung, es ist notwendig, daß wir dies unterstreichen, daß wir die Bürger über diese Aussage informieren.

Das hat überhaupt nichts damit zu tun, daß wir eine Änderung unserer Außenpolitik herbeiführen wollen. Wir sind die Partei, die fest steht im Bündnis mit dem freien Westen, aber wir sind auch die Partei, die bereit ist, mit den osteuropäischen Staaten zu sprechen und Verhandlungen zu führen und die Beziehungen zu verbessern. Dies ist wichtig für unsere weitere Arbeit. Die CDU ist die Partei des Friedens und ist die Partei der Abrüstung.

Ich bedanke mich hier ausdrücklich bei der Bundestagsfraktion und bei Manfred Wörner und Jürgen Todenhöfer für die Zusammenstellung der hervorragenden Dokumentation über die Abrüstungsinitiativen der CDU/CSU in den letzten dreißig Jahren, die ich Ihnen ja auch vorgelegt habe.

Wir sagen im Leitantrag, daß sich die CDU vorbehaltlos zu einer konsequenten und beiderseitigen Abrüstung, zum Doppelbeschluß der NATO in seinen beiden Teilen bekennt. Ich möchte diesen Doppelbeschluß einmal so definieren: Dieser Doppelbeschluß ist ein politischer Fahrplan zur Abrüstung, wenn er so läuft, wie wir es wollen. Läuft er so, wie die Russen es wollen, dann können wir dies vielleicht nicht erreichen. Aber argumentieren wir so über diesen Doppelbeschluß, dann werden wir verständlich in unserem Willen zur Abrüstung.

Es lohnt sich, einmal nachzulesen, was Konrad Adenauer auf dem 9. Bundesparteitag am 26. April 1966 in Karlsruhe gesagt hat. Er sagte dies an die Adresse der Westmächte und an die Adresse der Sowjetunion kurz vor der Gipfelkonferenz im Mai 1966:

Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden,...daß die Hauptsache die Abrüstung ist...

Und er fährt fort, unter großem Beifall des Parteitages:

Die Welt will endlich Frieden haben. Nachdem wir im Jahre 1945 zusammengebrochen sind, will sie Frieden haben. Und die Welt hat auch – das gilt für alle Völker – ein Recht darauf, endlich einmal frei zu werden von der ewigen Furcht. Das ist kein menschliches Leben, wie es jetzt auf der Erde geführt wird. ... Kein Volk kann dabei Fortschritte machen, wenn diese Last,

– und er meinte die Rüstungslast –

nicht nur die finanzielle, die materielle Last, wenn nicht dieser geistige Druck endlich von der Welt genommen wird.

Der Wille zur Abrüstung ist ein Vermächtnis christlich-demokratischer Politik seit Adenauer. Das ist ein wichtiger Punkt. Deswegen – wir haben ja auch unsere Erlebnisse -: Wir werden es nicht mehr zulassen, daß es den Sozialdemokraten gelingt, Bundestagswahlen oder Landtagswahlen mit der Parole "Krieg oder Frieden" gegen uns zu entscheiden.

(Beifall)

Für die Innenpolitik macht unser Leitantrag deutlich: Unsere Alternative zu einer immer mehr verstaatlichten Gesellschaft, zu anonymer Bürokratie und seelenloser Technokratie ist die offene Gesellschaft mit einer menschlichen und überschaubaren Ordnung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen diese Ordnung erst umschreiben. Wir können diese Frage nicht in allen Einzelheiten und in allen Teilen abschließend beantworten. Der Leitantrag gibt die Richtung an.

Wir wollen eine moderne, eine offene Gesellschaft mit – und jetzt nenne ich einmal einige Elemente – intakten Familien, einer menschlichen Schule, Partnerschaft von

Eltern, Schülern und Lehrern, Miterziehungsrecht der Eltern in der Schule, Schulbüchern – zumindest in den ersten Klassen -, die auch solche Eltern lesen können, die nicht das Große Latein gemacht haben,

(Beifall)

Schulstandorten ohne lange Schulwege, Wettbewerb durch Privatschulen, in der Wirtschaft Leistung, Eigenkapitalbildung, Privatisierung von Staatsunternehmen, Vermögensbildung, Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand, einer Wirtschaftsstruktur mit kleinen und mittleren Betrieben, damit die Menschen dort, wo sie wohnen, auch arbeiten können, Partnerschaft und Mitbestimmung in den Betrieben. Das alles sind Elemente einer gesellschaftlichen Ordnung, die sich grundsätzlich von dem unterscheidet, was die SPD will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zu den Kapiteln, wie wir die Wirtschaft wieder ankurbeln wollen, und auch dazu, wie wir uns die Sozialpolitik in der Zukunft vorstellen – auch angesichts knapper Kassen -, meine Ausführungen gemacht. Ich habe das schriftlich getan und habe es auch bei mir. Ich will Ihnen dies aber nicht mehr vortragen. Lesen Sie es bitte nach, und wenn Sie nicht mit mir einverstanden sind, diskutieren Sie mit mir, mit uns allen darüber. (Die nicht auf dem Parteitag vorgetragenen Teile der Rede des Generalsekretärs werden im Anhang abgedruckt, um auch diese Teile der Erläuterung des Leitantrages zu dokumentieren.) Aber ich glaube, das, was wir hier sagen, entspricht dem Geist unseres Grundsatzprogramms.

Nur eines möchte ich doch sagen, weil wir uns ja in der Spardiskussion befinden: Wir werden mit unserer Politik nur dann Erfolg haben, wenn wir bereit sind, die Opfer auf alle zu verteilen. Wir haben vor Jahren gewarnt und uns dagegen gewandt, daß die SPD die Belastbarkeit der Wirtschaft erproben wollte. Wir warnen die Koalitionsparteien davor, zu glauben, sie könnten jetzt die Belastbarkeit der Arbeitnehmer und der Rentner erproben.

(Die nicht auf dem Parteitag vorgetragenen Teile der Rede des Generalsekretärs werden im Anhang abgedruckt, um auch diese Teile der Erläuterung des Leitantrages zu dokumentieren.)

Wir Christlichen Demokraten werden nicht in das soziale Netz schneiden, sondern wir werden Mißbrauch, Privilegien und ungerechtfertigte Besitzstände beseitigen. Wir werden die Sozialgesetze, die wir geschaffen haben, nicht abschaffen, weder das Wohngeld noch das Bafög, weder die Sozialhilfe noch das Kindergeld. Aber wir wollen eine soziale Ordnungspolitik mit ganz bestimmten Handlungsprinzipien, denn die haben wir im Grundsatzprogramm umrissen.

Die Sozialleistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden.

(Beifall)

Es ist unsozial – und ich wiederhole, was Helmut Kohl gesagt hat -, wenn Bezieher hoher Einkommen Bafög, Lernmittel- und Fahrtkostenzuschüsse bekommen, uns aber das Geld fehlt für Familien in Not und für die Linderung des Hungers in der Welt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in dem Zusammenhang müssen wir auch bekennen, daß wir vor einem großen Problem stehen. Durch eigene Leistung oder durch Aufopferung für die Gemeinschaft erworbene Rechtsansprüche – so sagen wir auch im Grundsatzprogramm – verdienen den besonderen Schutz. Deshalb – das sage ich angesichts der Diskussion, die wir führen – kann man nicht alle Transferleistungen über einen Kamm scheren. Die Grundrenten der Kriegsoffer und unserer Soldaten, die bei der Bundeswehr einen Unfall erlitten haben, oder die bruttolohnbezogene Rente, die leistungszogene Rente, sind alle kein Almosen und müssen daher vor den Manipulationen des Staates nach Kassenlage geschützt werden. Aber damit haben wir die Frage noch nicht beantwortet, und darüber müssen wir eine Diskussion beginnen. Glauben Sie mir, darüber wird es Streit geben. Das ist gar keine Frage. Damit haben wir die Frage noch nicht beantwortet, wie wir unsere große Rentenreform nach den Gesichtspunkten der Leistungsgerechtigkeit, der Verantwortung der Generationen, der Gleichberechtigung von Männern und Frauen auch über die 80er Jahre hinaus weiterführen können.

Helmut Kohl und ich haben darüber geredet; wir haben im Parteipräsidium darüber gesprochen. Wir schlagen vor, daß wir als Folge auch dieses Parteitags den Sachverstand aller Männer und Frauen aus Wissenschaft und Politik mobilisieren, um für die Sicherung und die Finanzierbarkeit der Renten eine Lösung zu bekommen, die unseren Vorstellungen entspricht und nicht der Sozialdemokraten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß auf eine wichtige grundsätzliche Frage kommen. Wir haben im Zusammenhang mit dem Haushalt, mit der Notwendigkeit zu sparen, das Ruder herumzuwerfen, immer wieder die Debatte gehabt – Alexander Haig hat in seiner großen Rede in Berlin auch darauf hingewiesen – , daß gesagt worden ist: "Was nützt uns die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?" Auf der anderen Seite würde gesagt: "Jede Mark, die wir für die Rüstung ausgeben, die wir für die Verteidigung ausgeben, fehlt uns, um den Hunger zu bekämpfen und soziale Not zu lindern." Ich bin der Auffassung, Verteidigungspolitik und Sozialpolitik können und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall)

Wir haben doch bewiesen, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland unter unserer Regierungsverantwortung, daß wir beides können. Wir waren fähig, die Bundeswehr zu finanzieren, sie verteidigungsfähig zu halten. Bei uns ist nicht im September das Benzin ausgegangen. Wir christliche Demokraten waren fähig, einen fortschrittlichen, auf wirtschaftlichem Wachstum, auf Eigeninitiative aufgebauten Sozialstaat zu schaffen. Beides ergänzt sich. Ich zitiere hier Alexander Haig: "Wenn wir nicht bereit sind, uns zu verteidigen, dann werden wir die Möglichkeiten verlieren, soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung der Freiheit fortzusetzen." Wenn wir nicht bereit sind, soziale Gerechtigkeit zu suchen und zu ermöglichen, werden wir den Willen und den eigentlichen Grund verlieren, uns zu verteidigen. Opus justitiae pax war der Wahlspruch eines großen Papstes. Der Satz stammt von Thomas von Aquin: Friede ist das Werk der Gerechtigkeit.

Der Friede ist kein Grundwert, sondern der Friede ist das Ergebnis der Verwirklichung

der Grundwerte. Nicht nur die Freiheit, sondern auch die Gerechtigkeit und die Solidarität sind unsere Grundwerte. Wir werden den Frieden nicht in eine Konkurrenz zu diesen Grundwerten bringen. Der Friede ist das Werk der Freiheit und der Menschenrechte, der Friede ist das Werk der Brüderlichkeit und der Nächstenliebe, der Friede ist das Werk der Gerechtigkeit.

Meine Damen und Herren, wenn uns eine Frage immer wieder beschäftigt, wenn an uns immer wieder von jungen Menschen eine Frage gestellt wird, dann ist es doch die, daß sie sagen: "Sagt uns doch einmal, wofür können wir uns begeistern?" Helmut Kohl hat im Schlußteil seiner Rede auf das Engagement hingewiesen, das viele junge Menschen bereit sind, für die Linderung der Not, für die Bekämpfung des Hungers zu bringen. Ich will noch auf etwas anderes als Antwort auf diese Frage hinweisen. Ich finde, wir können als christliche Demokraten diese Antwort überzeugend geben. Ich habe hier ein Zitat aus einem Büchlein von Reinhold Üblacker und Martin Lange "Christenverfolgung in Südamerika". Der Bischof von Rottenburg, der langjährige Vorsitzende der Pax-Christi-Bewegung, Georg Moser, ein alter Studentenpfarrer, hat ein Vorwort geschrieben, und er zitiert dort den Heiligen Basilius

(Heiterkeit)

– den richtigen heiligen Basilius; der andere ist uns auch herzlich willkommen, Pater Streithofen –, der gesagt hat:

Kämpft für die Völker und seht nicht allein auf euch, die ihr im windstillen Hafen seid und die die Gnade vor allem Ungestüm der bösen Geister bewahrt hat.

Ich finde, wir stehen unter dem christlichen Gesetz der Stellvertretung. Wir leben in Freiheit, wir verwirklichen nach unseren Kräften soziale Gerechtigkeit, aber es gibt Millionen Menschen auf der Welt, in den osteuropäischen Ländern, in anderen Kontinenten, die keine Freiheit haben und die in sozialer Ungerechtigkeit leben müssen. Stellen wir uns doch einmal vor, auch wir wären nicht frei, bei uns gäbe es keine soziale Gerechtigkeit: Wo bliebe denn die Hoffnung für diese Millionen Menschen. Daß wir frei sind, daß wir soziale Gerechtigkeit verwirklichen können, ist eine Hoffnung für Hunderte Millionen von Menschen.

Ich wiederhole es noch einmal, wir müssen durch unsere Politik Hoffnungsträger sein und bleiben. Wir müssen diesen Menschen den Glauben und die Hoffnung ermöglichen, daß eines Tages auch bei ihnen Freiheit und soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden können. Dafür können sich doch junge Menschen begeistern, meine sehr verehrten Damen und Herren, sich nicht mit militärischen Mitteln, sondern mit friedlichen Mitteln dafür einzusetzen und in einer geistigen und politischen Auseinandersetzung Meter für Meter den Archipel Gulag, Folter, Unterdrückung, Unfreiheit zurückzudrängen. Meine Damen und Herren, ist das nicht ein begeisterndes Ziel für uns alle, für junge Menschen, sich dafür einzusetzen? Der Wind bläst uns doch nicht ins Gesicht, wir haben den Wind im Rücken. Wir können dies bewerkstelligen, davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

Es kommt auf uns christliche Demokraten an, nicht auf die anderen, sondern auf uns kommt es an. Deshalb sollte von hier und heute eine neue Zuversicht, ein neuer Glauben und ein neuer Wille zur Tat ausgehen. Wir, die CDU, lassen uns von jungen Menschen, auch von Ihnen, unseren jungen Gästen, herausfordern, und wir fordern auch sie, die

jungen Menschen, heraus und sagen: Kauert nicht in den bequemen Nischen des privaten Glücks oder der Resignation, sondern kommt und arbeitet mit uns am Aufbau einer besseren Welt!

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Lieber Heiner Geißler, ich glaube, überzeugender, als ich es in Worte fassen könnte, dankt der Parteitag durch seine Beifallsbekundung für die eindrucksvolle und, wie ich meine, auch wegweisende Begründung unseres Leitantes. Ich mache mich aber gewiß auch zum Sprecher der Delegierten des Parteitags, wenn ich Ihnen darüber hinaus auch für das alltägliche beispielhafte Engagement und das verdienstvolle Wirken für unsere Union herzlichen Dank sage.

(Erneuter Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, wir wollen nun, wie vereinbart, die Diskussion fortsetzen. Allerdings darf ich auf folgenden Sachverhalt hinweisen. Die Ausweitung der Diskussion sowohl auf die Rede des Parteivorsitzenden als auch auf die Einführung in den Leitantrag durch den Generalsekretär hat dazu geführt, daß Punkt 10 der Tagesordnung – Bericht der Mandatsprüfungskommission – stillschweigend übergangen worden ist. Deshalb darf ich den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission bitten, sich auf seinen Bericht vorzubereiten, darf aber, damit die Tagung ohne zeitliche Verzögerung weiter verlaufen kann, jetzt Herrn Kollegen Dr. Dregger das Wort erteilen.

(Beifall)

Dr. Alfred Dregger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, dieser Hamburger Parteitag wird nicht nur einer der interessantesten, er wird auch einer der erfolgreichsten in der Geschichte der CDU in Deutschland sein.

(Zustimmung)

Ich möchte daher den Parteivorsitzenden Helmut Kohl und den Generalsekretär Heiner Geißler nicht nur zu ihren großen Reden, sondern auch und vor allem zur Anlage dieses Parteitages beglückwünschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt dieses Parteitages wird das Friedensthema stehen, die Fragen des inneren Friedens, die unser Freund Walter Wallmann aus unmittelbarer Frankfurter Anschauung heute nachmittag so eindrucksvoll behandelt hat, und die Fragen des äußeren Friedens, die in der Tat mit dem inneren Frieden verknüpft sind, aber in ihren Dimensionen noch weit darüber hinausgehen.

Ich bin davon überzeugt, daß wir alle bei dieser Erörterung des äußeren Friedens bedenken werden, daß es dabei ja um die letzten Fragen unserer menschlichen Existenz, unserer persönlichen und nationalen Existenz, geht; denn in der Tat: Mit dem Frieden ist die Freiheit verbunden, Abwesenheit von Krieg ohne Menschenrechte und ohne Freiheit ist kein Frieden, sondern Unterdrückung, Knechtschaft, Sklaverei – wie immer Sie es nennen mögen.

Ich denke, wir alle werden in der Debatte auch beachten, daß wir die Diskussion über dieses Thema nicht rein akademisch führen können, daß das, was wir sagen, Außenwirkungen hat, daß von den Fragen, die wir stellen, und mehr noch von den Antworten, die wir geben, Zweifel bei den Verbündeten, Fehleinschätzungen bei möglichen Gegnern und Ängste bei unserem Volk ausgehen können, bei unserem Volk, das sich ja nicht mehr an den Regierungsparteien festmachen kann und das daher politisch zur Zeit nur in uns eine Hoffnung sehen kann.

Noch etwas müssen wir bedenken: Die Antworten, die wir auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik geben, können nicht die idealen, nicht die erwünschten sein, denn die Rahmenbedingungen sind uns ja vorgegeben, ohne daß wir sie wesentlich beeinflussen könnten. Keiner kann aus der Welt schaffen, daß diese schrecklichen Waffen erfunden worden sind, und deswegen wird die Menschheit leider immer mit der Möglichkeit der Produktion oder gar ihres Einsatzes rechnen müssen. Keiner von uns kann die geographische Lage unseres Landes inmitten Europas und am Rande des sowjetischen Imperiums verändern, und keiner von uns kann die Sowjetunion dazu bringen, auf eine Hochrüstung- und expansive Politik zu verzichten. Meine Damen und Herren, in der Innenpolitik ist es relativ leicht, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, für die Finanzen, sogar für die innere Sicherheit zu beeinflussen; in der Außen- und Sicherheitspolitik ist das kaum möglich.

Wenn ich vor diesem Hintergrund einige Gedanken zur Friedenssicherung nach außen vortrage, will ich dabei in einigen Passagen auch auf den Aufsatz von Kurt Biedenkopf eingehen, den er in der "Zeit" veröffentlicht hat. Ich begrüße ausdrücklich, daß er diesen Aufsatz nicht nach dem Parteitag, sondern unmittelbar vor dem Parteitag veröffentlicht hat.

(Beifall)

Das ermöglicht es uns, meine Damen und Herren, seine Fragen aufzugreifen, die ja nicht nur in seinem Kopf, sondern in vielen Köpfen umgehen, wenn sie von anderen vielleicht auch nicht so brillant formuliert werden können, und es ermöglicht uns, diese Fragen zu beantworten. Denn das ist ja, glaube ich, eine Aufgabe dieses Parteitages.

Meine Damen und Herren, ich möchte zunächst das bestätigen, was Kurt Biedenkopf über die schreckliche Situation gesagt hat, in der wir den Frieden durch Waffen sichern, die bei ihrem Einsatz ihren einzig vertretbaren Sinn verfehlt hätten, nämlich durch Abschreckung zum Frieden beizutragen, die bei ihrem Einsatz ja infolge des Gegenschlages das vernichten würden, was zu erhalten sie bestimmt sind, eine Situation, in der wir trotzdem den Einsatz dieser Waffen nicht von vornherein ausschließen können, weil sie dann keine Abschreckung mehr produzieren würden. Das ist schrecklich, und Kurt Biedenkopf hat das zutreffend geschildert.

Meine Damen und Herren, zur Ergänzung seiner Analyse und zur teilweisen Korrektur möchte ich im Anschluß daran vier Thesen vortragen und kurz begründen und daraus zwei Schlußfolgerungen für unser politisches Verhalten ableiten. Die erste und die zweite These werden für einige nichts Neues sein, die dritte und die vierte sind besonders wichtig, weil ihre Nichtbeachtung die deutsch-amerikanischen Beziehungen außerordentlich belasten müßte.

Meine erste These: Eine Atommacht wird eine andere Atommacht nicht angreifen, weil

das im Gegenschlag zur Vernichtung auch des Angreifers führen würde. Am Selbstmord sind auch Atommächte nicht interessiert.

Etwas anderes könnte nur dann gelten, wenn der Angreifer dem Angegriffenen so sehr überlegen wäre, daß der Angegriffene zu einem wirksamen Gegenschlag nicht mehr in der Lage wäre. Solange diese Überlegenheit nicht besteht, solange es ein annäherndes Gleichgewicht gibt – es genügt ein annäherndes -, wird es – davon bin ich fest überzeugt – zu einem atomaren Schlagabtausch nicht kommen. Ich befürchte ihn nicht, und das sollten wir auch sagen, damit nicht irrationale Ängste in unserem Lande umgehen.

Die Nachrüstung, die der Westen jetzt betreibt, hat ausschließlich den Sinn, diesen Zustand eines annähernden Gleichgewichts zu erhalten.

(Beifall)

Meine zweite These: Solange amerikanische Truppen in Deutschland stehen, wäre ein Angriff auf Deutschland zugleich ein Angriff auf die Vereinigten Staaten von Amerika.

(Vereinzelt Beifall)

Solange die amerikanischen Streitkräfte in Europa mit Atomwaffen ausgerüstet sind, wäre ein konventioneller oder atomarer Angriff auf Deutschland zugleich eine atomare Herausforderung der amerikanischen Supermacht. Denn, daß bei einem Angriff auf Deutschland die in Deutschland stehenden Atomwaffen der Amerikaner eingesetzt würden, damit muß die Sowjetunion rechnen. Solange sie damit rechnen muß, wird sie mit Sicherheit die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa nicht angreifen.

(Beifall)

Und nun die dritte These, die ich im Hinblick auf unser Verhältnis zu den USA für besonders wichtig halte. Wenn die Amerikaner gemäß dem NATO-Doppelbeschluß atomare Mittelstreckenraketen in Europa stationieren sollten, dann wälzen sie damit nicht ein atomares Risiko auf Europa ab, das sie selbst zu tragen nicht bereit wären. Meine Damen und Herren, das Gegenteil ist der Fall. Wenn die Amerikaner Atomwaffen in Europa stationieren, gehen sie ihrerseits ein atomares Risiko für das Kerngebiet der Vereinigten Staaten von Amerika ein. Denn eines ist doch klar: Wenn die Amerikaner von Europa aus Atomwaffen gegen die Sowjetunion einsetzen würden, würde der Gegenschlag der Sowjets nicht nur Europa, sondern auch das Kerngebiet der USA treffen. Das hat der sowjetische Generalsekretär Breschnew ja vor wenigen Tagen erneut bestätigt; und auch wenn er es nicht bestätigt hätte – das ergibt sich einfach aus der Logik.

Wenn in Europa von interessierter Seite der Eindruck vermittelt werden konnte, durch den Nachrüstungsbeschluß der NATO versuchten die Amerikaner den Europäern dieses atomare Risiko aufzubürden, das sie selbst nicht tragen wollten, dann ist das erstens grundfalsch, und es hat zweitens den Sinn, Mißtrauen zwischen den Amerikanern und den Europäern zu säen, damit Amerika und Europa voneinander abgekoppelt werden.

(Beifall)

Wenn das dieser Kampagne gelänge, dann hätten die Sowjets ihr Spiel in Europa schon gewonnen, auch wenn sich sonst nichts verändert.

Die Bereitschaft der USA, ein atomares Risiko zur Abschreckung eines Angriffs auf Europa zu tragen, ist keineswegs selbstverständlich. Das zeigt das französische Beispiel: Frankreich verfügt über eigene Atomwaffen. Frankreich lehnt es entschieden ab, französische Atomwaffen auf deutschem Boden zu stationieren. Damit wird unser atomares Risiko nicht vermindert; denn wenn die Franzosen diese Waffen aus nationalem Interesse einsetzen sollten, werden sie leider aller Wahrscheinlichkeit nach unser Land verwüsten. Diese Selbstbeschränkung Frankreichs hat nicht den Sinn und auch nicht die Wirkung, unser atomares Risiko zu mindern, sondern sie bedeutet nur, daß uns die Abschreckungswirkung der französischen Atomwaffen jedenfalls nicht direkt zugute kommt.

Nun die vierte und letzte These. Während die Supermächte in ihren Kerngebieten nur durch einen atomaren Raketenkrieg bedroht werden, werden wir auch und vor allem durch einen sogenannten konventionellen Krieg bedroht. Und was ein solcher konventioneller Krieg in diesem überbevölkerten und dicht besiedelten Land bedeuten würde, kann man sich nur mit einigem Grauen vorstellen. Deswegen sollten wir nicht nur an diese Kriegsform denken. Während das existenzielle Interesse der Supermächte darauf geht, den atomaren Raketenkrieg zu verhindern, geht unser existenzielles Interesse dahin, jeden Krieg zu verhindern, damit will ich nicht sagen, daß die Supermächte den konventionellen Krieg wollten.

(Beifall)

Würde die NATO wegen angeblich fehlender Konsensfähigkeit auf atomare Waffen einseitig verzichten, dann könnte sie gleich auch ihre konventionellen Waffen abliefern, weil eine Streitmacht ohne Atomwaffen, gleichgültig wie stark diese konventionelle Streitmacht ist, gegenüber einem atomar gerüsteten Gegner völlig wehrlos wäre. Etwas anderes würde nur für den Partisanenkrieg gelten. Aber das afghanische Beispiel ist doch sicherlich etwas, was wir nicht in unsere Überlegungen einbeziehen können.

Der Verzicht auf Atomwaffen müßte also beidseitig und gleichzeitig verwirklicht werden, und zwar unter Kontrolle. Und ein zweites: Mit der atomaren Abrüstung müßte die konventionelle Abrüstung einhergehen, und zwar auf der Grundlage der Parität. Wenn wir die sowjetische Überlegenheit an konventionellen Waffen durch eine Aufrüstung mit Panzern, Flugzeugen und ähnlichem ausgleichen wollten, dann müßte die NATO ihre Verteidigungsausgaben verdreifachen. Das würde bedeuten, daß wir aus einem Sozialstaat zu einem Militärstaat würden. Das wollen wir nicht, das können wir auch gar nicht. Das kann nur eine Diktatur, die auf die Nöte und die sozialen Bedürfnisse der Menschen nicht Rücksicht nehmen muß. Ein demokratisches System kann das nicht.

Das sind die vier Thesen. Und jetzt noch kurz die beiden Schlußfolgerungen:

Solange die Sowjetunion am Ziel der Weltrevolution – und das ist doch nur ein Synonym für Weltherrschaft – festhält, solange sie eine hochgerüstete und expansive Macht ist, müssen wir in der schrecklichen Grenzsituation leben, die Kurt Biedenkopf zutreffend beschrieben hat. Wenn wir einseitig die Waffen niederlegen würden, würden wir die Freiheit verlieren und den Frieden nicht gewinnen. Denn mit der damit möglichen Beherrschung Deutschlands durch die Sowjetunion würde die Sowjetunion ja noch nicht die Welt beherrschen. Das würde bedeuten, daß unsere jungen Männer nicht in der Bundes-

wehr zu dienen hätten, sondern in der Nationalen Volksarmee des SED-Staates, und daß sie nicht mehr unseren Frieden und unsere Freiheit zu schützen hätten, sondern für die Ziele der Sowjetunion zu kämpfen hätten – und davor möchten wir sie bewahren.

(Beifall)

Nun die zweite und letzte Schlußfolgerung: Diese Zusammenhänge, die leider kompliziert sind – und ich meine, wenn ein Parteitag schon das Thema behandelt, muß er auch einige Fakten vortragen und sie bewerten – unserem Volk und insbesondere unserer Jugend klar zu machen, ist unsere erste Aufgabe. Ebenso wichtig ist es, dem Versuch entgegenzuwirken, das Vertrauen zwischen Amerikanern und Europäern, insbesondere zwischen Amerikanern und Deutschen zu zerstören, weil wir auf das Vertrauen existenziell angewiesen sind. Unsere dritte Aufgabe ist es, auf der Basis der Gleichheit auch mit der Sowjetunion, wo immer es geht, eng zusammenzuarbeiten. Ich glaube, wenn wir das machen, dann können wir den Frieden bewahren. Ich meine, diese drei Dinge, die es klarzumachen gilt: das war – aus der Rede von Heiner Geißler ging es hervor – immer die Friedenspolitik, die Sicherheitspolitik der CDU/CSU. Es ist ihre heutige Sicherheitspolitik, und ich bin überzeugt, das wird immer unsere Sicherheits- und Friedenspolitik bleiben.

Lassen Sie mich zum Schluß eine persönliche Bemerkung anfügen. Ich finde es immer erschreckend, wenn einige Vertreter der Friedensbewegung oder auch der Sozialdemokratischen Partei den Eindruck zu suggerieren versuchen, ihnen liege der Friede mehr am Herzen als uns. Wenn ich vom Frieden rede, dann weiß ich, was dies bedeutet. Ich habe im Kriege viele meiner Freunde und Kameraden sterben sehen. Ich selbst bin viermal verwundet worden, zweimal schwer. Ich habe meinen einzigen Bruder als 18jährigen an der Ostfront verloren. Kann sich einer vorstellen, daß man das vergessen könnte? Ich nehme für mich und für uns alle in Anspruch, daß es keinen Menschen in der Welt gibt, der den Frieden mehr liebt, als wir ihn lieben, wir alle in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Ich möchte hinzufügen: Es ist bis heute keine Sicherheitspolitik sichtbar, die besser sein könnte als die unsrige. Sie hat Europa die längste Friedensperiode seiner Geschichte geschenkt, und das in einer Welt, die von Konflikten zerrissen ist. Ich bin überzeugt, wenn wir an dieser Friedens- und Sicherheitspolitik mit ihren drei Komponenten – dazu gehört auch die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion – festhalten, dann können wir auch in den nächsten Jahrzehnten den Frieden sichern. Wir wollen ja auch mit der Sowjetunion leben und zusammenarbeiten – aber als Gleiche und als Freie. Das wird auch die Sowjetunion begreifen, wenn wir uns nicht von irrationalen Ängsten und irrationalen Angstbewegungen verwirren lassen. Ich glaube, die notwendige Aufklärung wird durch diesen Bundesparteitag ganz wesentlich beflügelt werden. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen! Meine Herren! Die Zahl der Wortmeldungen steigt, die Zahl der verbleibenden Minuten sinkt. Wenn ich das umrechne, dann kommen jetzt auf jede Wortmeldung noch dreieinhalb Minuten. Ich bitte daher um Verständnis dafür, daß ich bei denjenigen, die etwas länger sprechen sollten,

nach Ablauf von fünf Minuten ein erstes Glockenzeichen gebe, damit sich heute noch möglichst viele unserer Freunde an der Diskussion beteiligen können.

Ich rufe jetzt Herrn Wissmann auf.

Matthias Wissmann: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich zunächst bei Helmut Kohl und Heiner Geißler dafür bedanken, daß sie zu diesem Parteitag 500 junge Leute eingeladen haben. Ich möchte damit die Bitte verbinden, daß wir dieses Gespräch, das wir hier führen und morgen hoffentlich in einer intensiven Diskussion fortsetzen können, nicht nur bei diesem Parteitag führen, sondern daß wir diesen Parteitag sozusagen nicht nur als ein Beispiel für andere Parteien, sondern auch als einen Startschuß für unsere Orts- und Kreisverbände begreifen, damit das, was wir hier im Kleinen betreiben, in allen Orts- und Kreisverbänden der CDU noch mehr als bisher zur Selbstverständlichkeit wird.

(Beifall)

Ich finde, dann haben wir ein richtiges Signal gesetzt.

Liebe Parteifreunde, es ist ein Gebot der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit, daß ich hier auf diesem Bundesparteitag auch auf einige der Fragen eingehe, die in den letzten Wochen zwischen der Jungen Union und Teilen der CDU/CSU zum Teil strittig diskutiert wurden. Ich möchte hier auch etwas zu dem sagen, was beim Deutschlandtag der Jungen Union, aber auch von mir selbst zu der Bonner Friedenskundgebung gesagt wurde. Ich möchte nur eines vorwegschicken. Das sage ich an Sie, liebe Parteifreunde, als Delegierte, das sage ich aber auch nicht ohne Grund an die Vertreter der Massenmedien. Machen Sie es bitte möglich, daß man über Sachfragen streitet, ohne daß damit gleich personalpolitische Folgen verbunden werden.

(Beifall)

Denn nur dann – darum geht es uns, der Jungen Union, – können wir in der Sache überzeugend diskutieren, ohne daß alle möglichen personalpolitischen Implikationen publizistisch damit verbunden werden. Ich sage das ganz deutlich. Was beim Deutschlandtag der Jungen Union stattgefunden hat, war nicht eine Attacke gegen irgendeine Person, schon gar nicht gegen Helmut Kohl, sondern es war ein anderslautender Standpunkt zur Bewertung der Bonner Friedensdemonstration, als Teile der CDU/CSU ihn geäußert haben.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, was heute dazu gesagt wurde, werden wir, glaube ich, alle unterschreiben und unterstützen. Aber es gab leider einen Grund, dazu etwas anderes zu sagen, als es zum Teil auch aus der Parteizentrale kam. Am Tag der Bonner Kundgebung erschien eine Erklärung des offiziellen Sprechers der CDU, der mit dem Satz begann: "Die Befürchtungen, daß der antiamerikanische Umzug nach Bonn zu einer Bekräftigung der Volksfront zwischen Teilen der SPD, Kommunisten und Chaoten werden würde, haben sich bestätigt." Die Erklärung endete mit dem Satz: "Bis zum Nachmittag ist es nur zu kleineren Zwischenfällen und Sachbeschädigungen gekommen. Dies ist vor allem auch der Gelassenheit der Bonner Bevölkerung und der Geduld der Polizei zu verdanken."

Liebe Parteifreunde, genau um diese Stellungnahme, aber auch um manche andere Stellungnahme, etwa zum Stichwort "umgekehrter Reichsparteitag", auch wenn sie anders gemeint sein mögen,

(Beifall)

ging es uns, als wir gesagt haben: Wir verkennen nicht, daß es in der Friedensbewegung Kräfte gibt, die sie mißbrauchen wollen, daß es etwa im Hintergrund des Krefelder Appells kommunistische Kräfte gibt, daß die Kommunisten versuchen, sich auf einen Zug zu setzen. Aber macht bitte deutlich, daß die überwiegende Mehrheit der Teilnahme der Bonner Kundgebung gutwillige Absichten hatte! Wir sollten dieser Mehrheit die gutwilligen Absichten nicht absprechen, wenn wir vermeiden wollen, daß sie in eine Ecke gedrängt wird, in der wir sie nicht haben wollen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, nur zur Unterstreichung dessen, was ich soeben ausführte, möchte ich darauf hinweisen, daß mir gestern in einer Diskussion am Rande des Abendbundes mehrere Jugendliche von unseren eingeladenen Gästen gesagt haben, sie hätten an der Bonner Kundgebung teilgenommen. Als ich sie ansprach und einlud, an der von der Jungen Union initiierten Kundgebung aus Anlaß des Breschnew-Besuchs für Menschenrechte in Osteuropa, für Menschenrechte in Afghanistan teilzunehmen, haben sie mir spontan zugesagt, an dieser Kundgebung teilzunehmen. Es ist nicht so, daß die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer nur in eine Richtung schaut. Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer hat eine andere Sicht der Dinge als ein Teil der Drahtzieher.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, Rückgrat in der Sache, etwa eine Bekräftigung des NATO-Doppelbeschlusses, wie es Heiner Geißler hier ausgeführt hat, einerseits, und Brückenbau zum Verständnis für Sorgen und Ängste von Jugendlichen andererseits, das schließt sich doch nicht aus, das muß beides miteinander möglich sein. Darum möchte ich werben, und ich glaube, daß viele von Ihnen genauso denken.

Nur, liebe Parteifreunde, ist es nicht so, daß die CDU im Blick der Öffentlichkeit nicht als die Partei für Verteidigung und Abrüstung, sondern meist als eine Partei gesehen wird, die das Abrüstungsthema nicht ausreichend diskutiert? Müssen wir nicht gerade das, was an Abrüstungsinitiativen in der Union steckt, was heute zum Ausdruck gekommen ist, was wir in Berlin in den Bundesausschuß-Antrag hineingeschrieben haben, nicht auch deutlicher nach außen tragen? Denn über das Ziel des Friedens sind wir uns mit großen Teilen der Friedensbewegung einig. Nur der Weg zu diesem Frieden, nämlich beiderseitige und ausgewogene Abrüstung, trennt uns von denen, die einseitige Abrüstung als einen sicheren Weg zum Frieden bezeichnen.

(Beifall)

Das kann in der Diskussion deutlich werden.

Herr Kollege Stoiber hat mich angesprochen, und nur deswegen möchte ich auf zwei Punkte eingehen, die er erwähnt hat. Erstens. Diskussion in einer Partei, die in den Grundsatzfundamenten, westliches Bündnis und Soziale Marktwirtschaft, einig ist, heißt

doch nicht, die Grundlagen abzubauen, die unser Fundament ausmachen. Ich sage: Gerade weil wir in den Grundlagen einig sind, können wir es uns leichter als SPD und FDP erlauben, über die besseren Wege kritisch miteinander zu diskutieren.

(Beifall)

Darum geht es uns in der Jungen Union. Ich gebe das wieder, was der Deutschlandtag der Jungen Union in seiner Mehrheit dazu gesagt hat. Ich finde, eine Partei, die in ihrer überwiegenden Mehrheit eine bestimmte Sicherheits- und Außenpolitik verfolgt, kann doch die Souveränität und Gelassenheit haben, auch einen Herrn Mechtersheimer in ihren Reihen zu ertragen und mit ihm über den besseren Weg zu streiten.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Parteifreunde, wir sollten Geschlossenheit im Kampf gerade um die Mehrheit, aber Offenheit in der Diskussion über Sachfragen zeigen. Wer kann es sich denn erlauben, wenn nicht die CDU? Es ist meine Bitte, daß wir dies miteinander vertreten und daß wir nicht den Eindruck erwecken, wir würden die Geschlossenheit als oberstes Ziel und die Diskussion als zweitrangiges Ziel sehen. So ist es doch nicht. Lassen wir es uns doch dann auch und gerade bei diesem Parteitag nach außen sagen!

(Beifall)

Die letzte Bemerkung richtet sich an Sie als Kreisvorsitzende, als Delegierte, als Aktive in der CDU. Ich finde, wir dürfen nicht nur die Friedensdiskussion besetzen, wie es heute geschehen ist, wie es Heiner Geißler gerade ausgeführt hat, sondern wir müssen auch die Freiheitsidee in unserem Land wieder stärker ins Bewußtsein junger und älterer Mitbürger hineintragen.

(Beifall)

Deswegen hat die Junge Union eine große Kundgebung initiiert, die am Tage des Besuchs von Leonid Breschnew mit hoffentlich Zehntausenden von jungen und älteren Mitbürgern in Bonn stattfinden soll, wo wir sagen werden: Wir sind für Gespräche mit Breschnew, wir sind für Entspannung, wir sind für Abrüstung, aber wir als jüngere und ältere Bürger sagen deutlich, daß eine wirkliche Friedenspolitik auf Menschenrechten gründet, Menschenrechten für das afghanische Volk,

(Beifall)

Menschenrechten im anderen Teil Deutschlands, Menschenrechten auch für die Bürger in der Sowjetunion.

Meine Bitte ist: ziehen Sie mit, machen Sie mit, helfen Sie mit, daß die Demonstration zu einem Erfolg wird. Wir sollten die Straße nicht länger anderen überlassen, sondern wir sollten gemeinsam versuchen, auch auf der Straße für unsere Argumente zu werben. Ich bitte Sie um Unterstützung.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Meine Damen, Herren!

(Anhaltender Beifall)

Ich folge zunächst einmal gerne der Bitte von Herrn Wilfried Hasselmann, Landesvorsitzender von Niedersachsen,

(Fortgesetzter rhythmischer Beifall)

und gebe hier bekannt

(Weiterer Beifall)

- Sie können dann weiterklatschen, weil es eine gute Nachricht ist -, daß soeben unser Parteifreund Hartmut Skupin zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig gewählt worden ist.

(Lebhafter Beifall)

Ich möchte dazu im Namen des Parteitages unserem Parteifreund herzliche Glückwünsche sagen.

Ich darf jetzt Herrn Dr. Worms bitten.

Dr. Bernhard Worms: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Als einer, der sich gerne auf der Straße aufhält, um dort für die Christlich Demokratische Union an Rhein und Ruhr zu arbeiten, würde ich jetzt gerne einen Kurzbeitrag zum Motto unseres Parteitages liefern, und zwar zur Aussage und zum Ziel "Mit der Jugend" und "Neuer Anfang".

Aussage und Ziel dieses unseres Mottos führt uns aus der Sicht an Rhein und Ruhr an die wohl schwerste Aufgabe, die uns gestellt ist, nämlich: wie gewinnen wir die Arbeitnehmer zurück, und wie stabilisieren wir sie als unsere Wähler?

Liebe Freunde, nach unserer Meinung gewinnen wir schaffende, hart arbeitende Menschen nur dann zurück, wenn wir uns wieder auf die Grundwerte unserer Politik in Wort und Tat besinnen. Wir stabilisieren Wähler – am Beispiel der Stahlindustrie sei dies uns jetzt in dieser Stunde ins Gedächtnis gerufen -, wenn wir ihnen durch Wort und Tat aufzeigen, durch wen sie morgen und übermorgen ihren Arbeitsplatz behalten bzw. einen neuen Arbeitsplatz erhalten.

(Beifall)

Ich finde, daß wir dies in unsere Diskussionen mit einzubeziehen haben. Denn Politik, liebe Freunde, ist etwas sehr Konkretes.

Von daher sage ich Ihnen auch, daß es eine nahtlose Übereinstimmung in den Grundsatzaussagen zwischen unserer rheinischen CDU und den Aussagen unseres Bundesvorsitzenden von heute vormittag gibt.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zur Friedenspolitik machen. Auf das, was hier gesagt worden ist, kann ich Bezug nehmen. Aber in aller Kürze, meine ich, sollte ich Ihnen folgendes dennoch zurufen:

Wir alle sind keine Atom-Fetichisten. Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir sind auch keine Aussteiger aus dem westlichen Bündnis.

(Beifall)

Unsere Pflicht und Schuldigkeit – und das ist für meine Begriffe genau der Ansatzpunkt der Diskussion, die auch hier zu beginnen hat – ist jetzt, für einen sicherheitspolitischen Konsens offensiv zu kämpfen, anstatt ihn resignativ verloren zu geben.

Von da her möchte ich Ihnen sagen: bei all unserer Freude und dem berechtigten Stolz auf die großen Wahlerfolge in Hessen, Berlin und auch in Niedersachsen dürfen wir nicht vergessen, daß im einwohnerstärksten Bundesland 1980 nur noch ein Drittel der Jung- und Erstwähler uns, der CDU, ihre Stimme gegeben haben.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies war und ist kein Betriebsunfall, sondern hier gibt es einen kontinuierlichen Prozeß, der sich bis 1969 zurückverfolgen läßt. Nach unserer Meinung wäre es ein verhängnisvoller Trugschluß, auf Grund des zur Zeit für uns günstigen Trends zu glauben, daß wir dieses weit zurückreichende Vertrauensdefizit in der jungen Generation schon überwunden hätten.

Deshalb ist es nach unserer Überzeugung gut, daß wir heute den neuen Anfang für unser Land – wie das Parteitagmotto es ausdrückt – beginnen. Dieser Neubeginn – und das ist Auffassung unserer Partei – wird uns nur gelingen, wenn wir durch eine beharrliche Überzeugungsarbeit, durch den ständigen und offenen Dialog, durch ein waches Gespür für die Hoffnungen und Nöte, die Erwartungen und Ziele junger Menschen und durch die Klarheit, Geradlinigkeit und Glaubwürdigkeit unserer Position wieder Zugang zu Herz und Verstand der jungen Generation finden.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Frage unserer politischen Programmatik und unserer inhaltlichen Aussagen, sondern auch unseres Auftretens und Erscheinungsbildes, unserer Art zu diskutieren und Entscheidungen zu fällen, unserer Fähigkeit und Bereitschaft, auf junge Menschen zuzugehen und uns mit ihnen einzulassen und schließlich unsere Glaubwürdigkeit durch die Übereinstimmung von Reden und Handeln zu vermitteln.

Liebe Freunde, in den Medien wird oft der Eindruck erweckt, als bestehe unsere Jugend vorwiegend aus Hausbesetzern, Steinwerfern und Chaoten, die von einer Straßenschlacht zur anderen ziehen. Dieses Bild ist falsch. Die meisten jungen Menschen wollen wie wir alle in Frieden leben, eine Familie gründen und sich eine gesicherte Existenz aufbauen. Sie wollen etwas leisten, sie wollen arbeiten, und sie wollen auch verdienen. Sie wollen sich möglichst frei entfalten, weder privat noch politisch – von wem auch immer – bevormundet werden.

Wenn wir diese große Mehrheit der Jugend darüber hinaus für ein bißchen mehr Gemeinsinn, mehr Solidarität und Verantwortungsbewußtsein als Staatsbürger gewinnen, sie in ihrer Leistungsbereitschaft fördern, ihnen sinnvolle Ziele und Aufgaben setzen, ihnen wieder Vertrauen in die Zukunft geben, sie dazu ermutigen, mit uns in einer großen gemeinsamen Anstrengung die vor uns liegenden Herausforderungen anzupacken,

dann, meine Damen und Herren; sollte uns um diese Jugend und damit um unsere gemeinsame Zukunft und um unser gemeinsames Schicksal nicht bange sein. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön.

Eine Wortmeldung ist zurückgezogen worden; wir haben dreieinhalb Minuten gewonnen.

(Beifall)

Herr Professor Biedenkopf!

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was Bernhard Worms soeben im eigenen Namen und für die rheinischen Freunde gesagt hat: Wir müssen die Jugend wieder gewinnen. Wir müssen ihr Hoffnung geben. Wir müssen ihr Vertrauen geben, und wir müssen ihr Verantwortungsgefühl geben, d.h. die Chance zur Verantwortung.

Ich möchte meinen Diskussionsbeitrag nicht beginnen, ohne unserem Generalsekretär meine Bewunderung für die Einführung des Leitantes auszusprechen.

(Beifall)

Ich glaube, daß er in geradliniger Fortsetzung der programmatischen Wegweisungen, die Helmut Kohl heute morgen vorgetragen hat, deutlich gemacht hat, worum es hier geht: um die Beschlußfassung und um Aufgaben.

Er hat – und das scheint mir ganz entscheidend zu sein – zwei Ziele aufgezeigt, zwei grundsätzliche Antworten gegeben: im außenpolitischen Bereich die Abrüstung, im innenpolitischen Bereich den Auftrag: wir müssen anders leben, damit andere überleben.

Heiner Geißler hat gesagt, daß wir über die Wege diskutieren müssen. Wie wir diese Wege legen, das wird den Inhalt unserer Politik bestimmen. Die Antwort auf die Frage nach den Wegen wird die Antwort auf die Frage nach unserer Politik sein.

Es war viel von Angst die Rede. Auch der Leitantrag spricht von einer ganzen Reihe von Eigenschaften unserer Gesellschaft heute, die sich in dem allgemeinen Begriff der Unsicherheit und Angst zusammenfassen lassen.

Walter Wallmann hat recht, wenn er sagt, daß man die Angst überwinden müsse. Unser politischer Auftrag gerade im Hinblick auf die neuen Wege, die wir mit der Jugend suchen, ist, diese Angst politisch zu beherrschen, sie einzufangen, sie wie ein über das Flußbett tretendes Wasser zurückzudrängen und die Kräfte, die sich auch irrational in Angst äußern können, für eine Politik nutzbar zu machen, die in die Zukunft weist. Dazu muß man die Ängste aber zunächst beschreiben; man muß sie zur Kenntnis nehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Eine der zur Kenntnis genommenen Ängste ist die, von der auch Alfred Dregger gesprochen hat und über die ich etwas gesagt habe. Alfred Dregger und ich liegen, was die vier Thesen anbetrifft, überhaupt nicht auseinander. Es geht mir nicht um die Frage, wie wir heute den Frieden in Freiheit in Deutschland sichern. Diese Frage ist entschieden. Sie ist entschieden unter Einschluß der Aussage des Leitantrages, daß wir uneingeschränkt für den Nachrüstungsbeschluß der NATO in beiden Teilen eintreten.

Mir geht es um die Frage, wie die langfristige Entwicklung der europäischen Friedensordnung aussehen kann. Der Leitantrag, den Heiner Geißler in unsere Debatte eingeführt hat, enthält dazu eine Reihe von ganz entscheidenden Aussagen, die allerdings auch Aufträge enthalten. So heißt es in dem Leitantrag:

CDU und CSU haben eine Politik durchgesetzt, die den Frieden in Europa in den letzten 30 Jahren gesichert hat.

Aber es heißt auch:

Die Fähigkeit einzelner westeuropäischer Regierungen, vordringliche außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten gegen innenpolitische Wünsche durchzusetzen, ist geschwächt. Zum Teil sind sie nicht mehr bereit, ... Zielsetzungen des Atlantischen Bündnisses in praktische Politik umzusetzen.

Es heißt aber auch:

Die Zukunft des Atlantischen Bündnisses wird wesentlich davon bestimmt werden, ob es Europa gelingt, sein Mitspracherecht durch die Übernahme von Mitverantwortung zu untermauern und auszubauen.

Dabei werde die Fähigkeit zur Integration in Richtung auf eine politische Union, die wir wollen, eine entscheidende Rolle spielen. Dazu heißt es im Leitantrag aber auch, daß die europäische Entwicklung, die politische Einigung Europas nicht schnell genug vorankomme.

Das bedeutet, wir machen eine Reihe von Feststellungen und treffen eine Reihe von Aussagen, die Fragen aufwerfen. Wenn sich unsere nationalen Interessen nur im Atlantischen Bündnis verwirklichen lassen – und davon bin ich überzeugt -: Welche Konsequenz hat es dann, wenn sich westeuropäische Regierungen nicht mehr in der Lage sehen, diese Verpflichtungen einzulösen? Was müssen wir tun?

Wir geben eine Antwort. Wir sagen, wir müssen eine europäische Friedensinitiative haben. In der Tat, das ist notwendig. Deshalb heißt es im Leitantrag:

Wir rufen unsere Partner in der NATO und der EG zu einer umfassenden Friedensinitiative auf,...

Ich finde es ganz entscheidend, daß wir diesen Parteitag in der Gewißheit verlassen werden, daß die Sache des Friedens von dieser Partei als einer großen politischen Bewegung offensiv vertreten wird und daß es keiner sonstigen Friedensbewegung bedarf,

um wirklich Frieden in Europa zu sichern.

(Beifall)

Das bedeutet aber zweierlei, wenn wir unbeirrt auf die friedensstiftende Kraft Europas setzen – damit will ich schließen -: Erstens. Wir müssen der jüngeren Generation plausibel machen können, daß die vor uns liegende Aufgabe der politischen Einigung Europas als ein unverzichtbares Stück des Weges zu einer Friedensordnung in Europa trotz Bürokratie, trotz Schwierigkeiten, trotz Zahlungsbilanzproblemen nicht unmöglich ist, sondern nach wie vor die große Vision sein kann, als die sie sich den Älteren schon vor 20 Jahren dargestellt hat.

(Beifall)

Wir müssen zum zweiten die Hoffnung vermitteln – das ist für mich entscheidend -, daß es möglich sein kann, aus der Situation der scheinbar schrecklichen Alternative – Zerstörung der Gattung oder Zerstörung des Staates durch falsch gedachten Pazifismus – durch harte Friedensarbeit in Europa herauszufinden. Wenn wir diese Fähigkeit und Hoffnung vermitteln, dann allerdings – davon bin ich überzeugt, Alfred Dregger – werden wir den Konsens erreichen können.

Aber – so hat es auch Heiner Geißler formuliert – als erstes kommt die Freiheit, dann die friedliche Ordnung, und dann kommen die militärischen Mittel. Wenn dieser Zusammenhang nicht deutlich wird, dann wird in einer rein militärisch-strategischen Betrachtung der Konsens in der Tat gefährdet, der seine Kraft nur aus einem freien, politisch geeinten Europa – mit grenzüberschreitender Kraft auch in Richtung Osten – beziehen kann.

(Beifall)

Wir haben – lassen Sie mich abschließend daran erinnern – 1978 in Ludwigshafen auf dem Bundesparteitag unser Grundsatzprogramm verabschiedet. Damals haben sowohl Helmut Kohl wie auch ich in der Debatte darauf hingewiesen, daß unsere außenpolitischen Aussagen noch nicht endgültig formuliert seien. Wir haben uns jetzt eine Reihe von Aufträgen gegeben bzw. werden sie uns geben. Wir haben damals in Ludwigshafen daran erinnert – das scheint mir doch wichtig zu sein -, daß sich Europa ändern kann, daß die Wahl eines Polen zum Papst eine Änderung der kulturellen und geistigen Landschaft in Europa bedeuten werde.

Drei Jahre später sind Dinge eingetreten, die damals kein Mensch für möglich gehalten hätte. Jeden, der damals gesagt hätte, in drei Jahren werde es in Polen eine unabhängige Gewerkschaft mit zehn Millionen Mitgliedern und eine konzertierte Aktion zwischen kommunistischer Regierung, kommunistischer Partei und dieser Gewerkschaft geben, hätte man als einen Traumtänzer bezeichnet. Heute ist das Realität.

Ich schöpfe daraus eine Hoffnung, die Hoffnung nämlich, daß sich die Kraft der Freiheit und des Geistes in Europa auch über die Mauer, über den Stacheldraht, über die ideologischen Barrieren hinwegsetzen kann. Es gilt also, der Freiheit millimeterweise – Heiner Geißler hat von dieser Millimeter-Arbeit gesprochen – eine größere Gasse zu schlagen. Dieses Ziel muß unsere gesamte Politik bestimmen.

(Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Biedenkopf.

Das Wort hat nun Herr Dr. Wörner.

Dr. Manfred Wörner: Frau Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Zunächst zu Heiner Geißler: Ich möchte ihm ausdrücklich für das danken, was er zur Bundeswehr gesagt hat. Ich unterschreibe das Wort für Wort, auch und gerade das, was er zur Wehrgerechtigkeit ausgeführt hat. Lassen Sie mich allerdings eines hinzufügen. Wehrgerechtigkeit darf sich nicht im Materiellen erschöpfen. Sie muß sich auch in dem Respekt ausdrücken, den unser Volk, unsere Gesellschaft jungen Männern entgegenbringt, die ihren Wehrdienst leisten.

(Beifall)

Darum dürfen wir von der Union es nicht hinnehmen, meine Freunde, daß einerseits viele in unserem Volk ungestört für den Frieden demonstrieren können – dazu sagen wir aus vollem Herzen ja -, während andererseits junge Menschen, die den Frieden und unsere Freiheit aktiv verteidigen wollen, ihren Willen immer weniger in der Öffentlichkeit, sondern immer mehr hinter Kasernentoren kundtun müssen.

(Beifall)

Ein Wort zu meinem Freund Wissmann. Er hat recht: Wir sollten nicht alle in einen Topf werfen, die an dieser Demonstration teilgenommen haben, und sie schon gar nicht alle Kommunisten heißen, weil es eben nicht alles Kommunisten sind. Nur, das hat keiner von uns getan. Helmut Kohl nicht, Fritz Zimmermann nicht und auch ich nicht, die wir am Tag vor dieser Demonstration im Bundestag für unsere Fraktion gesprochen haben.

(Beifall)

In Ergänzung dazu sage ich aber auch – nicht so sehr an die Adresse von Matthias Wissmann, sondern mehr an die Adresse der Öffentlichkeit -: Wir dürfen es nicht als selbstverständlich hinnehmen bzw. zu einer Selbstverständigung werden lassen, daß man zusammen mit Kommunisten gemeinsame Sache macht und auf die Straße geht, schon gar nicht für den Frieden.

(Beifall)

Ich möchte nicht – und ich nehme dafür gerne in Kauf, daß man mich dann als altmodisch abstempelt -, daß in unserem Volk vergessen wird, wer für Afghanistan, wer für die Unterdrückung, wer für Archipel Gulag verantwortlich sind. Das sind dieselben Kommunisten, die bei uns für den Frieden demonstrieren und ihn anderswo mit den Füßen treten. Das sind dieselben, die hier für die Freiheit eintreten und dort, wo sie Macht haben, den Menschen die Freiheit nehmen. Es muß unser Anliegen sein, das unserem Volk deutlich zu machen.

(Beifall)

Ich würde vieles von dem, lieber Freund Wissmann, was Sie über Mechttersheimer gesagt haben, unterschrieben – ich diskutiere mit ihm, ich habe mich mit ihm überall

schon getroffen, ich bin persönlich ganz gut mit ihm bekannt -, nur eines gefällt mir eben nicht – und ich bin durchaus bereit, eine große Toleranzbreite zu akzeptieren, auch wenn ich darüber nicht zu entscheiden habe; das ist Sache der CSU -: daß Mechttersheimer völlig unkritisch auch in kommunistisch unterwanderten Kreisen auftritt und völlig unkritisch in kommunistisch beeinflussten Zeitungen publiziert. Dann muß man sich seine Verbündeten schon aussuchen. Das möchte ich dazu auch gesagt haben.

(Beifall)

Nun noch ein Wort zu unserem Freund Biedenkopf: Atomwaffen sind ein Verhängnis. Meine Freunde, keiner von uns kann sich bei dem Gedanken beruhigen, daß es diese Atomwaffen gibt. Und es ist gut und richtig – und insofern bin ich Biedenkopf dankbar, daß er darauf hingewiesen hat -, daß wir uns hier in einer Grenzsituation befinden. Die entscheidende Frage, die wir eben beantworten müssen, ist: Gibt es einen Ausweg aus dieser Grenzsituation und welchen?

Selbst wenn wir alle Atombomben ins Meer würfen, die Kenntnis, wie man Atombomben produziert, bleibt in den Köpfen der Menschen. Und wenn dann ein Krieg ausbräche, würde jeder der am Krieg beteiligten Staatschefs als erster den Auftrag geben, sofort neue Atomwaffen zu produzieren. Und dahinter steckt eben die Erkenntnis, lieber Herr Biedenkopf – und die müssen wir dann auch zu Ende denken -, daß diese Grenzsituation unentrinnbar ist, daß sie von heute an, so lange es Menschen geben wird, zu den schicksalhaften Gegebenheiten menschlicher Existenz gehört. Jaspers hat das in einem guten Buch, das nachzulesen sich lohnt, schon in den 50er Jahren beschrieben. Er hat gesagt, die Menschheit sei dazu verdammt, mit der Bombe zu leben – "verdammt".

Und ich sage noch einmal: Dabei dürfen wir uns nicht beruhigen. Das Problem unserer Politik, das Problem der Union wie aller Parteien, ist, in dieser Grenzsituation lebend, nach Wegen zu suchen, um den Einsatz dieser fürchterlichen Bomben zu verhindern.

Und deswegen sage ich Ihnen: Die Größe einer Partei, auch und gerade die Größe der Union, besteht nicht darin, so sehr diese Versuchung manchmal an uns nagt, den Realitäten in auch noch so verständliche Sehnsüchte zu entrinnen, sondern darin, den Menschen zu zeigen, wie sie mit diesen Realitäten fertigwerden können, ihnen Mut zu machen und Wege zu zeigen.

Ich unterschreibe das, was Fack, einer unserer führenden Journalisten, in der "FAZ" geschrieben hat: Unser Volk hat genug Bankrotterklärungen gehört, hat genug gehört, was nun alles nicht gehe. Sie wollen jetzt von uns, von der Union, auch in diesem kritischen Punkt hören, was eigentlich geht.

(Beifall)

Das sage ich – und nach dem, was Dregger gesagt hat, brauche ich das nicht mehr zu wiederholen -: Die einzige Möglichkeit, aus diesem Dilemma zu entrinnen, der einzige Weg, diese Grenzsituation zu meistern, besteht darin, daß wir beiderseitig und kontrolliert nicht nur Rüstungskontrolle machen, sondern einschneidende Abrüstung, aber bitte verifizierbar, nachprüfbar und auf beiden Seiten. Es gibt zu diesem Weg keine Alternative.

(Beifall)

Deswegen, Herr Biedenkopf, kann ich Ihnen auch in dem anderen nicht folgen – wenn Sie das vom Konsens abhängig machen. Es ist gar nicht die Frage, ob dafür Konsens vorhanden ist oder nicht. Hätte Adenauer nicht gefragt, was nötig ist, sondern gefragt, ob er Konsens finden könnte, hätten wir weder die Bundeswehr noch wären wir in die NATO gekommen noch hätten wir der Stationierung von Nuklearwaffen zugestimmt.

(Beifall)

Eine politische Partei muß für eine als richtig erkannte Lösung Konsens suchen, und sie wird ihn in Antwort auf ihre Führungskraft auch finden, wenn sie davon mit der nötigen Überzeugung spricht.

(Beifall)

Ein letztes: Ich gehöre – und das wird vielleicht manche erstaunen – nicht zu denen, die sich auf die Nuklear-Strategie als einzige oder erste Hoffnung für den Frieden in der Welt zurückziehen oder sich damit zufriedengeben. Nur, die Probleme des Friedens sind nicht nur, ja noch nicht einmal in erster Linie Probleme der Rüstung, es sind vor allen Dingen politische Konflikte, die unsere Welt so unfriedlich machen. Es ist die Unfreiheit, es ist das Unrecht, es ist der Expansions- und Machtwille der Sowjetunion. Und niemand wird mich davon abhalten, das beim Namen zu nenne, auch und gerade vor jungen Menschen.

(Beifall)

Darum, meine Freunde, dürfen wir nicht nur vom Frieden reden – wir müssen das auch -, sondern wir müssen noch viel mehr als bis jetzt von der Freiheit reden. Das ist die Botschaft, die ich gerade für junge Menschen empfehle. Und ich kann Ihnen aus den Erfahrungen, die ich habe, sagen: Man kann heute vielleicht mehr als je junge Menschen für die Freiheit, für die Menschenrechte, für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen begeistern – wenn man mit ihnen darüber redet. Darin liegt eine Aufgabe der CDU/CSU.

(Beifall)

Darin liegt vor allen Dingen auch eine Aufgabe unserer Kultusminister. Auch und gerade die Bundeswehr kann nicht nachholen, was Schule und Elternhaus vorher versäumt haben.

(Beifall)

Wir wollen die Bundeswehr nicht in der Rolle des Friedensdiskutanten. Die politischen Parteien, wir, haben unserem Volk Rede und Antwort zu stehen. Und nur wenn es gelingt, mehr Freiheit und mehr Menschenrechte in diese Welt zu tragen, wird es uns gelingen, den Frieden zu stabilisieren. Darum ist unsere Hoffnung, die Hoffnung der CDU, nicht eine hochgerüstete Welt, sondern eine politische Friedensordnung und das heißt, eine Weltordnung, die auf Konfliktregelung und Verantwortung aller Weltmächte beruht.

Und der Weg zum Ziel heißt: Macht die Grenzen auf! Ich sage sowjetischen Politikern, mit denen ich immer wieder rede, stets eines: Warum eigentlich machen wir mit euch nicht das, was wir mit den Franzosen gemacht haben, warum nicht einen deutsch-sowjetischen Jugendaustausch? Laßt doch 10 000 junge Russen zu uns kommen – die

können bei uns arbeiten, die können bei uns studieren, die können auf die Schulen gehen, sie werden erleben, daß unser Volk nur eines will, Frieden und gute Nachbarschaft – und junge Deutsche nach drüben. Das bringt wirklichen Abbau von Spannungen. So sieht unsere Hoffnung und so sieht unser Weg zu einer friedlicheren Welt aus. – Ich danke schön.

(Beifall)

Frau Ruth Beckman, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Wörner. Als nächstem Redner gebe ich Herrn Dr. Norbert Blüm das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Ich will gleich gestehen: Mir macht der Parteitag ausgesprochen Spaß;

(Beifall)

auch daß wir nicht im eigenen Saft schmoren, sondern daß junge Leute bei uns sind.

Eines wollte ich noch hinzufügen: Wenn ich meinem Sohn pausenlos erzählte, ich wollte ihn gewinnen, ich wollte ihn überzeugen, ich wollte ihm die Angst nehmen, wissen Sie, was der ganz trocken zu mir sagen würde: Mach's doch!

(Beifall)

Auch ich meine: Laßt uns mehr machen.

Laßt uns mehr machen. Die Jugend ist kein Objekt für parteipolitisches Marketing. Im übrigen: Alle Probleme, die wir heute mittag besprochen haben, sind Probleme aller Generationen, Probleme von jung und alt. Es gibt nicht einen Frieden für die Jungen, einen Frieden für die Arbeitnehmer, einen Frieden für die Unternehmer. Es gibt nur einen Frieden für uns alle oder für niemanden.

(Beifall)

Ich will gar nicht über den Frieden sprechen, den wir mit Waffen sichern wollen, ja müssen. Ich will – Sie werden darüber nicht überrascht sein – über den sozialpolitischen Frieden sprechen. Ich denke, daß dieser sogar etwas mit dem Frieden zu tun hat, den wir mit Waffen sichern. Frieden ist doch nicht nur Waffenstillstand. Frieden ist auch nicht nur Waffenlosigkeit. Wenn eine Seite die Waffen hinlegt, ist das die Einladung für die andere, die Waffen zu gebrauchen. Selbst dann, wenn alle ihre Waffen hinlegen, wenn totale Waffenlosigkeit herrscht, werden wir uns für Ordnung engagieren müssen, weil die Freiheit für den Kommunismus eine Bedrohung ist, mit oder ohne Waffen eine Bedrohung ist

(Beifall)

Deshalb wird es keine freiheitliche Ordnung ohne Anstrengungen geben. Ich denke, daß wir auch in der Sozialpolitik unseren Beitrag leisten müssen, um unsere Ordnung plausibel zu machen, um Zustimmung zu kämpfen. Ich glaube, es genügt nicht, sich auf eine sozialpolitische Alternative einzulassen, die sich durch das Mehr oder Weniger unterscheidet. Es ist keine Alternative, jedenfalls keine plausible Alternative, wenn die SPD von 3,50 DM spricht und wir 3,30 DM dagegensetzen. Wir müssen über das, was wir vorschlagen, hinaus auch deutlich machen, wie wir uns die Gesellschaft vorstellen. Wir

geben heute für soziale Sicherheit mehr Geld aus als je zuvor. Gibt es deshalb mehr soziale Sicherheit als je zuvor? Dies ist doch auch ein Beweis dafür, daß erstens nicht alles vom Geld abhängt. Zweitens kann eine gute Sozialpolitik gar nicht so viel helfende Hände haben, um all die Wunden zu heilen, die eine schlechte Wirtschaftspolitik schlägt. Auch das ist eine Erfahrung der letzten Zeit.

(Beifall)

Ich glaube, daß nur eine Sozialpolitik mit Perspektiven, nur eine Sozialpolitik, die sich auf Prinzipien berufen kann, weiterhilft. Nur eine solche Sozialpolitik gewährt Beständigkeit. Der härteste Angriff auf die soziale Sicherheit besteht darin, daß dauernd etwas Neues passiert. Wenn die Tinte von der letzten Zeile eines Gesetzes von Herbert Ehrenberg noch nicht trocken ist, radiert er schon wieder an der Überschrift herum. Herr Ehrenberg ist doch pausenlos auf der Flucht vor seinen Gesetzen. Er ist der Kimble der Sozialpolitik: ständig auf der Flucht!

(Heiterkeit und Beifall)

Es kann der Sozialpolitik gar nichts Besseres passieren, als daß sie vom Fleiß der Sozialdemokraten befreit wird. Soziale Sicherheit hängt nicht nur von der Höhe der Leistungen, sondern auch von ihrer Berechenbarkeit, von ihrer Kalkulierbarkeit ab. Die Rente kann heute noch so hoch sein; wenn wir nicht wissen, wie sie übermorgen aussieht, bricht Unsicherheit ein. Deshalb ist eine Sozialpolitik mit Prinzipien kein Luxus, sondern der Garant für Berechenbarkeit. Ich schlage vor, in unserer Sozialpolitik auf ein Prinzip zu bauen, das immer die Grundlage einer christlich-sozialen Sozialpolitik war: Hilfe zur Selbsthilfe als Alternative zu einer betreuenden Vormundschaft.

(Zustimmung)

Das ist nicht so akademisch, wie es klingt. Das heißt zunächst einmal: auch in der Sozialpolitik weniger Staat. Weniger Staat heißt aber nicht weniger Solidarität, sondern es heißt mehr Selbstverwaltung.

Die eigentliche Gefahr für die Rentenversicherung, die Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung besteht doch darin, daß sie vor dem Kassenklau nicht sicher ist. Wenn irgendeine Selbstverwaltung ein paar Mark in der Kasse hat, kommt der Staat, kassiert sie ab und gibt das Geld der anderen aus. Es rentiert sich gar nicht mehr, haushälterisch mit den Beiträgen der Versicherten umzugehen. Selbstverwaltung könnte die soziale Sicherheit von der Manipulation und auch von der Großspurigkeit eines Gesetzgebers abkoppeln, der offensichtlich immer leicht der Gefahr unterliegt, vor den Wahlen Lokalrunden zu schmeißen und nach den Wahlen das Portemonnaie vergessen hat.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich denke, daß es auch einer christlich-sozialen Überzeugung entspricht, Kompetenz und Konsequenz unter dasselbe Dach zu bringen. Dem einen die gesetzgeberische Befugnis zu geben, während die anderen bezahlen – das ist nicht die Sozialpolitik, die wir wollen.

Ich komme nun gewissermaßen auf eine zweite Weggabelung zu sprechen, um die Linie einer solchen Sozialpolitik, wie wir sie wollen, deutlich zu machen. Wir geben der vorausschauenden Notverhinderung den Vorzug vor einer nachträglichen Notlinderung. Deshalb: Jede Mark, die wir für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einsetzen, ist

besser angelegt, als zwei Mark zu ihrer Verwaltung. Wir wollen die Arbeitslosigkeit beseitigen,

(Beifall)

weil die Arbeitslosigkeit, wie ich glaube, der wirkliche Angriff auf die soziale Sicherheit ist. Wir werden auch hier auf diesem Parteitag noch darüber sprechen. Es gibt kein Patentrezept zur Lösung dieses Problems, wohl aber tausend Wege. Wir brauchen Wachstum. Wir brauchen auch mehr berufliche Bildung. Über die Hälfte der Arbeitslosen sind Ungelernte. Ich glaube auch, daß wir in stärkerem Umfang flexible Arbeitszeit brauchen. Ebenso wäre an eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit zu denken, allerdings, wie ich gleich hinzufügen will, mit einem versicherungsmathematischen Abschlag. Sonst würde der 65-jährige Arbeiter dem 60-jährigen die Rente bezahlen. Wenn nicht wir die flexible Altersgrenze senken, dann tun dies die Großbetriebe. Sie arbeiten nämlich schon längst in dieser Richtung. Bezahlt wird das von den Arbeitnehmern in den Kleinbetrieben und vom Mittelstand. Das ist doch nicht die Lösung, die wir anbieten sollten.

(Beifall)

Sicherlich, die Sozialpolitik muß Leistung auch mit Gegenleistung bewerten. Das heißt, es muß auf diese Weise Gerechtigkeit in die Sozialpolitik gebracht werden. Wir werden aber auch Barmherzigkeit und Fürsorge brauchen. Das Gesetz der Fürsorge ist: Der Starke hilft dem Schwachen. Wenn wir allerdings vorher alle zu Schwachen erklärt haben, hilft niemand mehr jemandem oder jedermann niemandem. Deshalb glaube ich, daß es gerade in der Fürsorge darauf ankommt, die Treffsicherheit zu erhöhen. Dann gilt ein altes Gesetz – das hat mit Politik gar nichts zu tun; das kann man mit Mengenlehre kapieren – : Je größer der Kreis der zu Begünstigenden ist, um so eher bezahlen die Begünstigten ihre Begünstigungen selber.

(Beifall)

Man kann es sich auch sehr einfach verdeutlichen: Wenn alle vom Staat 10 DM erhalten, ist das ebenso, als würde niemand 10 DM erhalten. Deshalb laßt uns auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit prüfen, wer wirklich der Hilfe bedarf, und diesem dann helfen. Ich frage: Hat denn die Ausdehnung des Behindertenbegriffes den Schwerstbehinderten tatsächlich geholfen?

(Beifall)

Wenn das so weitergeht, werden bald alle einen Behindertenausweis haben. Dann brauchen wir neue Ausweise. Sie sehen, mit der Ausweitung des Kreises der zu Begünstigten haben wir noch keinen sozialen Fortschritt erreicht.

Ich nenne noch ein weiteres Prinzip der christlich-sozialen Sozialpolitik: Selbständigkeit. Das gilt nicht nur für Unternehmer; es gilt für alle. Ich denke, daß diese Selbständigkeit heute mehr denn je durch Experten bedroht wird. Es gibt so gut wie keine Lebensfrage, für die wir nicht einen Fachmann haben. Der gesunde Menschenverstand traut sich nichts mehr zu. Es geht auch um die Rehabilitation des gesunden Menschenverstandes. Eine Mutter, die nicht drei Erziehungsberater gefragt hat, getraut sich heute kaum noch, ihr Kind zu erziehen.

(Beifall)

Die 20jährige Sozialarbeiterin erklärt der 30jährigen Mutter mit sechs Kindern, wie sie ihr sechstes Kind erziehen soll. Das ist eine Expertokratie, die die Menschen verunsichert.

(Beifall)

Das Credo der Experten heißt: Erstens: Wir kennen eure Probleme. Zweitens: Wir definieren eure Probleme. Drittens: Was wir nicht als Probleme definieren, sind keine Probleme. Viertens: Wir lösen eure Probleme. Fünftens erwarten wir Dankbarkeit von denen, deren Probleme wir gelöst haben.

(Heiterkeit)

Das kann nicht die Selbständigkeit sein, die wir wollen.

Ich glaube, gegen diese ausufernde Expertokratie hilft uns nur das Vertrauen in den Amateur, in die Ehrenamtlichkeit weiter. Wir können uns keinen großen professionalisierten Sozialapparat leisten, erstens aus finanziellen Gründen und zweitens aus Gründen der Selbständigkeit.

In diesen Zusammenhang gehört eine christlich-soziale Familienpolitik, weil ich sicher bin, daß die Familie der letzte Schutzwall gegen die technokratische Eroberung und das Schutzdach der Geborgenheit ist. Ich bin davon überzeugt, daß Geborgenheit und Freiheit zusammengehören.

(Beifall)

Wer nie Vertrauen erfahren hat, wird nicht nur kein Vertrauen weitergeben können, sondern auch kein Vertrauen zu sich selber entwickeln.

In diesen Zusammenhang gehört eine Politik für die Familie, also eine Politik für die Freiheit. Ich weiß tausend Sachen, die wir für die Familie machen können. Aber zur Politik gehört der Mut zur Priorität. Wenn Sie mich fragen, was, wenn wir nicht 999 Sachen machen können, das Wichtigste ist, das wir machen sollten, dann antworte ich: die Aufwertung der Mutter; das ist die schwächste Stelle in der ganzen Familienpolitik.

(Lebhafter Beifall)

Entgegen anderslautenden Meldungen ist das ein Appell an die Männer, sich umzustellen,

(Heiterkeit und Beifall)

nämlich das Ansehen der Mutter aus dem toten Winkel der sozialen Achtung herauszuholen.

Das ist auch eine Frage der wirtschaftlichen Anerkennung der Mutter. Sie erzieht Kinder und damit Beitragszahler, die auch für diejenigen etwas leisten werden, die keine Kinder haben, aber die Mutter geht in der Rentenversicherung leer aus. Das wird doch wohl niemand als Gerechtigkeit empfinden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich will mich hier nicht im Eilzugtempo durch alle Probleme bewegen. Aber noch eines will ich sagen. Heute morgen ist das Opferproblem angeschnitten worden. Ich weiß: Wenn die Karre so weit im Dreck steckt, geht es nicht weiter, ohne daß auch die Masseneinkommen herangezogen, mit anderen Worten: die Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden.

Es gibt Jungsozialisten, die sagen: Löst die Verschuldung des Staates, indem ihr die Reichen zur Kasse bittet! Na gut. Aber wenn wir alle Guthaben der Millionäre verstaatlichen und deren Einkommen auf den Staat überführen, würde Herr Matthöfer anschließend sagen: Jetzt fehlen mir immer noch 50 Milliarden DM.

Bei diesem Desaster findet man eine Lösung nicht ohne Heranziehung der Masseneinkommen. Nur, meine Damen und Herren: Lassen Sie sich das keine Beruhigung sein! Das Opfer ist nur erträglich, wenn in den Opferkorb alle etwas hineintun und keine Bevölkerungsgruppe tabu ist.

(Beifall)

Ich höre dauernd die Appelle, wir sollten den Gürtel enger schnallen. Bei näherem Zusehen bekomme ich den Eindruck: Die Mehrheit hantiert am Gürtel des Nachbarn herum. Es sollte doch ein jeder an seinem Gürtel arbeiten.

(Beifall)

Ich warte noch immer auf Vorschläge des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeber dazu, wie man Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung bekämpfen kann. Vorschläge, wie man den Mißbrauch bei den Arbeitnehmern bekämpfen sollte, haben wir jetzt genug. Jetzt wollen wir noch ein paar andere Vorschläge hören. Rundum muß die CDU Mut beweisen. Wir lassen keine Naturschutzgärten gelten. Jedermann ist aufgerufen, gegen den Mißbrauch zu kämpfen.

Heute wurde hier schon das Wort "Lohnfortzahlung" eingeführt. Meine Damen und Herren, ohne jede Aufregung sage ich dazu folgendes: Ganze Generationen von Sozialpolitikern haben dafür gearbeitet, daß die Unterschiede zwischen Arbeitnehmergruppen beseitigt werden. Wer eine Lohnfortzahlung einführen will, die die Unterschiede wieder aufreißen wollte, würde uns in den Ständestaat zurückführen. Ich sehe beispielsweise nicht, wie man bei Beamten die Lohnfortzahlung einschränken wollte. Ich glaube, es gibt andere Wege, dem Mißbrauch zu Leibe zu rücken. Ich denke beispielsweise an die altangesehene Figur des Vertrauensarztes, der den wirklichen Drückeberger herauszufinden hat und nicht alle über einen Kamm scheren darf.

(Beifall)

Auch – das sage ich jetzt auf die Gefahr hin, auf minenhaltiges Gelände zu geraten – die Ärzte stehen nicht unter Denkmalschutz.

(Beifall)

Sie sollten nicht gleich "Sozialismus!" schreien, wenn ihr Honorar nicht in der gleichen Weise wächst wie bisher. Ihr Geldbeutel ist nicht das Abendland; gegen diese Verwechslung habe ich etwas.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich mache Schluß. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, für eine arbeitnehmerfreundliche Politik gab es in der CDU nie bessere Zeiten als heute. Jetzt hat es sich doch herumgesprochen, was die SPD geworden ist. Sie muß doch schon, wie heute morgen gesagt worden ist, Arbeitnehmer unter Minderheitenschutz stellen. Der Drechslergeselle Bebel könnte heute nicht mehr Vorsitzender der SPD werden. Der Sattler Ebert müßte mit einem Minderheitenschutz in den SPD-Vorstand gewählt werden. Der Goldschmied Böckler könnte heute in der SPD nur noch mit Hilfe eines Quorums in den Vorstand kommen. Sie haben meinen Freund, den Betriebsrat Gottfried Koch, ohne Minderheitenschutz gewählt. Wählen sie demnächst noch ein paar dazu, dann stehen wir gegenüber der SPD prima da.

(Beifall)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, ich habe sehr viele Freunde in der Sozialdemokratischen Partei. Die können auch sehr viel, auch sozialpolitisch. Nur eines können sie nicht: Mit Zahlen können sie nicht umgehen. Und einem Schüler, der sich wie Matthöfer in einer Arbeit gleich dreimal verrechnet, würde der Lehrer das Heft um den Kopf schlagen. Sorgen wir dafür, daß Herr Matthöfer das Heft aus der Hand legt; denn es kann nicht so weitergehen, daß wir pausenlos sanieren. Wir sanieren jetzt die Sanierung der Sanierung. Und wenn das, was die SPD jetzt vorgelegt hat, Sanierung war, dann ist ein Banküberfall ein Kreditgeschäft.

(Spontane stürmische Heiterkeit und stürmischer Beifall)

Meine Damen und Herren, das wär's, was ich zu sagen hatte. Mein Beitrag zur Friedensdiskussion besteht in der Sozialpolitik. Ich weiß, daß Sozialpolitik nicht alles ist. Mir kam es aber darauf an, hier auf dem Parteitag die sozialpolitische Nulloption der SPD vorzuführen.

(Heiterkeit und sehr langanhaltender lebhafter Beifall)

Frau Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Danke schön, Norbert Blüm. Das Wort hat nun Frau Elke Wülfing. Der nachfolgende Redner ist Herr Späth.

Elke Wülfing: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da sich mein Vorredner nach meiner Meinung eben den Orden wider den tierischen Ernst verdient hat, fasse ich mich jetzt kurz. Dann brauchen Sie Ihre Glocke bei mir nicht so zu bewegen.

Ich finde es schade, daß Herr Kohl nicht mehr da ist; ich wollte nämlich jetzt speziell ihn ansprechen.

(Widerspruch)

— Wo ist er denn? — Gut.

Herr Kohl, ich halte nichts von Beweihräucherung, vor allem nichts von Selbstbeweihräucherung. Gar nichts! Das sage ich nicht mit schmerzhaft verzerrtem Gesicht, wie Sie meinen, sondern mit einem lachenden Gesicht. Wenn Sie nämlich von einem Sieg der CDU in Berlin reden, dann frage ich mich, was das für ein Sieg ist. Meiner Meinung nach handelt es sich hier um einen Pyrrhussieg. Ich hoffe nicht, daß Sie sich einen Sieg der

CDU in Bonn unter einer ähnlichen Parteienkonstellation wie in Berlin wünschen. Wenn wir nicht bereit sind, viele noch unentschlossene junge Leute aus ihrer alternativen Ecke zu holen, dann können wir nicht nur als CDU, dann können wir in ganz Deutschland einpacken. Deswegen bedarf es der Offenheit der Diskussion auf diesem Parteitag und nicht der heute so viel beschworenen Geschlossenheit; da meine ich speziell Herrn Stoiber.

(Beifall und teilweise Pfeifen)

Herr Kiep, ich muß Ihnen leider widersprechen, wenn Sie nur von 2 % zu Überzeugenden reden. Das war 1976. Auf dem Stand sind wir nicht mehr, vor allem nicht bei den jungen Leuten.

Deswegen darf ich Sie hier und heute alle auffordern, endlich Schluß damit zu machen, diejenigen zu diffamieren, die hier andere Ansichten vertreten, wie das nach dem Referat von Herrn Kohl passiert ist. Ich darf Sie bitten, in Offenheit zu diskutieren und auch in Offenheit zu entscheiden.

(Beifall)

Dr. Egon A. Klepsch, Tagungspräsidium: Wir haben einen kritischen Beitrag gehört, der sehr kurz war. Ich bedanke mich für die Kürze.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte die folgenden Redner bitten, sich in etwa an den fünf Minuten zu orientieren, die die Geschäftsordnung vorschreibt.

Als nächster hat das Wort – er wird uns allen ein gutes Beispiel geben und die Zeit nur kurz überziehen – Herr Ministerpräsident Späth.

Lothar Späth (mit Beifall begrüßt): Meine lieben Freunde, ich will den Versuch machen, dieses Beispiel der Kürze zu geben. Aber meiner Vorrednerin muß ich doch einen Satz zuordnen: Ich habe heute nachmittag wie selten das Gefühl, daß hier kontrovers und offen diskutiert wird. Wir sollten uns keine Komplexe einreden in dieser Partei.

(Beifall)

Ich bin ja nun wirklich nicht von der zarten Sorte, aber wir sollten hier nicht dauernd herumlaufen und uns selber leid tun; der eine, weil er diskutieren soll, der andere, weil er nicht darf, und der dritte, weil er den Weg zwischendurch suchen muß.

Ich will vor allem im Anschluß an meinen Freund Norbert Blüm ein paar Bemerkungen machen. Das bin ich ihm schuldig; die Kontroverse muß aufrechterhalten werden, wenn ich ihm auch in einigen Punkten ausdrücklich zustimme, vor allem in der Beispielhaftigkeit und Bildhaftigkeit seiner Worte, was die SPD/FDP-Regierung angeht. Aber, meine Freunde, ich glaube, wir haben etwas noch nicht präzisiert genug getan – und das wird ziemlich schwierig. Wir haben hier heute sehr viel über Freiheit und Frieden diskutiert, wir werden morgen stundenlang darüber diskutieren und übermorgen darüber weiterdiskutieren. Aber es darf nicht zu kurz kommen, welches großes Problem für den inneren Frieden wir vor uns haben.

Meine Freunde, wenn ich die Situation der Arbeitslosigkeit hochrechne, das Problem unserer ausländischen Mitbürger in unserem Lande, und wenn ich mir überlege, wohin diese Konflikte führen können – neben der akademischen Arbeitslosigkeit -, befürchte ich: das kann ein inneres Friedensproblem geben, das wir ganz gewaltig unterschätzen.

(Beifall)

Ich sage das vor allem deshalb, weil es sehr einfach ist, von Subsidiarität und Solidarität und davon zu reden, daß wir die Soziale Marktwirtschaft erneuern müssen. Meine Freunde, sobald wir Solidarität und Subsidiarität umsetzen, müssen wir als Union auch konkrete Antworten geben, wie wir uns denn diese Gesellschaft vorstellen, in der diese Prinzipien die Antwort sind, und zwar keine materielle Antwort. Das haben alle Bürger begriffen, daß die SPD/FDP nur mit vollen Kassen Sozialpolitik machen kann. Aber die Leute wollen von der Union wissen, wie wir bei leeren Kassen eine neue Gerechtigkeit, neue Solidarität und Subsidiarität in dieser Gesellschaft schaffen wollen.

(Beifall)

Ich will es am Beispiel der Lohnfortzahlung darstellen. Ich bin nicht festgelegt in der Frage: Lohnfortzahlung oder nicht. Aber ich will einmal ganz offen sagen: Das Ganze geht nur, wenn Subsidiarität für uns bedeutet, daß jeder Bürger, ob Arbeiter, Beamter, Angestellter oder Rentner, einen kleinen Teil seines Lebensrisikos wieder selber trägt. Erst dann kommen die Summen zusammen, mit denen wir den Laden wieder in Ordnung kriegen.

(Beifall)

Deshalb geht es mir zunächst einmal darum, dieses Prinzip wieder durchzusetzen. Ich halte es für einen Skandal, wenn der, der die Krankenkasse in Anspruch nimmt, überhaupt nicht mehr erfährt, wieviel das kostet, und damit gar nicht mehr disponieren kann.

(Beifall)

Ich meine, darüber müssen wir in den nächsten Tagen – von mir aus im Forum – reden. Wir müssen aber auch von der Solidarität reden, zum Beispiel davon, daß es hier nicht nur um das soziale Netz geht. Ich will an das, was Norbert Blüm zur Inanspruchnahme des sozialen Netzes gesagt hat, ein Beispiel anschließen: Das ist ein Begriff aus der Zirkussprache. Aber kein Mensch würde mehr in den Zirkus gehen, wenn auf dem Programm stünde: "Artisten und Zuschauer setzen sich gemeinsam ins Netz" – und das ist das ganze Programm. Das ist unser Problem. Erst wenn alle, die etwas leisten können, aus Solidarität, nicht aus Egoismus, die beste Leistung erbringen, erst dann sind wir in der Lage, den Schwachen solidarisch zu helfen.

(Beifall)

Das hat natürlich Folgen. Es hat zum Beispiel die Folge, daß diejenigen, die jetzt einen Arbeitsplatz haben, ob als Beamte, als Angestellte oder als Arbeiter – ich sage das auch im Hinblick auf die Kürzung der öffentlichen Haushalte -, etwas beitragen müssen. Es

kann nicht so ausgehen, daß diejenigen, die drin sitzen, ihre Ansprüche verteidigen, und diejenigen, die auf der Straße sitzen, die Jungen, überhaupt keine Chance mehr haben, einen Arbeitsplatz zu kriegen.

(Beifall)

Aber sobald Sie daran gehen, werden Sie mal sehen, wie da die Ellenbogen breit gemacht werden. Das ist die Frage, wie wir Solidarität in der Gesellschaft verstehen. Das geht nicht in Mark und Pfennig, sondern es ist die Frage, wie wir uns dieser jungen Generation gegenüber im Ernstfall verhalten.

Oder im Wohnungsbau! Da sitzen die Leute mit hohem Einkommen in den falschen Wohnungen, und nichts bewegt sie. Jeder redet über Solidarität; die, die drin sind, bleiben drin sitzen, und die, die auf der Straße stehen, können sich die Wohnung nicht mehr leisten. Das muß geändert werden. Dann müssen wir aber den Mut haben, zu sagen: Wer eine höhere Miete bezahlen kann, muß sie bezahlen, damit wir das Geld zurückbekommen, um neue Wohnungen zu schaffen.

(Beifall)

Dann müssen wir sagen: Wenn jeder ein bißchen Miete mehr bezahlt, ergibt das große Summen. Aber wir können das Problem des Wohnungsbaues doch nicht lösen, wenn zwei Drittel der Bevölkerung Anspruch auf eine Sozialwohnung haben, bei welcher der Staat zwei Drittel der Miete bezahlt, und die, die sich Eigentum erwerben, zahlen die hohen Zinsen. Es geht doch nicht, daß der, der sich selber einsetzt, 80 Prozent seines Einkommens für Miete bezahlt, aber der, der auf den Staat wartet, nur 15, 20 oder 25 Prozent.

(Beifall)

Ich komme zur Rentenpolitik. Nehmen Sie einmal eine kinderlose Ehe und eine Familie mit vier oder fünf Kindern – bei gleichem Arbeitseinsatz des Vaters. Ich behaupte, die Mutter von vier, fünf oder sechs Kindern leistet genauso viel wie die berufstätige Frau, die keine Kinder hat.

(Beifall)

Und jetzt können wir im Rentensystem hochrechnen, wer von beiden im Ruhestand mehr Rente bekommt. Das ganze System hat sich doch verändert. Und wir haben nicht das Geld, um der Mutter, die die Rentenbeitragszahler erzogen hat, einen angemessenen Rentenanteil einzuräumen.

(Beifall)

Das sind Fragen der Solidarität.

Und Subsidiarität heißt vor allem, daß wir – und das ist etwas, was junge Leute eigentlich begeistern muß – endlich einmal mit der Partnerschaft zur Dritten Welt Ernst machen. In Baden-Württemberg macht jeder Kreisverband seine Dritte-Welt-Aktion. Das läuft ganz hervorragend.

Ich kann es Ihnen allen nur empfehlen. Was wir aber auch machen müssen, ist, den Be-

griff "Nächstenliebe" umzusetzen in unserer Gesellschaft, wieder zu lernen, unsere Freizeit füreinander einzusetzen, etwa in der offenen Behindertenhilfe. Was ist es für ein Skandal, daß die Mutter das Kind ins Heim geben kann, aber keine Hilfe bekommen kann, wenn sie bereit ist, ihr Kind selber zu betreuen, obwohl sie dann nicht mal mehr zum Einkaufen weggehen kann!

(Beifall)

Was ist es für ein Zustand, wenn der kranke Opa im Krankenhaus liegt und die Jungen, wenn er ein Pflegefall wird, zum Chefarzt sagen: "Behalten Sie den im Krankenhaus, die Kasse zahlt's; Ihre Belegzahlen stimmen, und bei uns zu Hause läuft die Rente weiter vom Alten an die Jungen"! Das sind die Dinge, die wir abschaffen müssen, weil das unsolidarisch, mißbräuchlich und nicht so ist, wie es unserer Geisteshaltung zur Sozialpolitik entspricht, meine Freunde.

(Beifall)

Wir müssen auch den Mut haben, mit der jungen Generation über dieses Problem so zu reden, daß Jugendpolitik nicht die große Service-Leistung des Staates an die junge Generation bedeuten kann, sondern daß wir über die Familien, die Vereine und die Gemeinschaft miteinander unsere Freizeit gestalten müssen. Ich will keine Gesellschaft, die Jugend ins Jugendhaus, die Alte ins Altersheim, beide zur Emanzipation und abends alle vor den Fernsehschirm schickt, und der Kanzler spricht im einzigen Programm zur Lage der Nation.

(Beifall)

Ich meine, wir alle sollten miteinander darangehen, auf diesen Grundlagen Politik zu verdeutlichen. Das meine ich mit meiner Anmerkung, daß die Leute längst mit dieser Koalition abgerechnet haben. Was sie spüren wollen, ist, daß wir die Leute sind, die den Mut haben, auch das Negative zu sagen, auch die Opfer zu fordern. Die Leute sind weiter als die Politik.

(Beifall)

Dr. Egon A. Klepsch, Tagungspräsidium: Lieber Freund Späth, Sie haben ein Zeichen gesetzt für die Diskussion. Das Präsidium wird jetzt peinlich genau darauf achten, daß die fünf Minuten von allen eingehalten werden. Nach vier Minuten gebe ich immer das Signal.

Das Wort hat jetzt der Kollege Weirich aus Hessen. Ihm folgt der Kollege Jäger (Wangen). Vielleicht machen wir es so, daß die Kollegen, die als nächste drankommen, schon nach vorn kommen. Nach Jäger (Wangen) ist der nächste der Kollege Kroll-Schlüter. Ich bitte, sich bereit zu halten, damit wir weniger Zeit verlieren.

Dieter Weirich, Hessen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte auf das eingehen, was Herr Wissmann gesagt hat. Es ist sicherlich richtig, daß wir zwischen professionellen Friedensbewegern und Friedensbewegten unterscheiden müssen und daß die gutwilligen und die idealistisch gesonnenen Jugendlichen von den anderen getrennt werden müssen. Es wäre deshalb in der Tat schlimm, wenn wir alle in

einen Topf werfen würden. Ich möchte aber hinzufügen, es wäre auch von uns politisch unverantwortlich und unredlich, wenn wir nicht gegenüber der deutschen Öffentlichkeit deutlich machten, wer als großer Drahtzieher und als großer Regisseur eines Teils dieses Friedenstheaters steht. Wenn wir, die Union, es nicht sagen, wer soll es den Jugendlichen dann sagen? Das hätte man ehrlicher Weise hinzufügen sollen.

(Beifall)

Ich möchte ein Zweites sagen zu der Debatte im Vorfeld dieses Parteitages. Herr Wissmann hat in einer Reihe von Interviews auf eine Fülle von Binsenweisheiten hingewiesen, etwa daß eine Partei mit einer Million Mitglieder nicht eine Meinung haben könne. Natürlich ist eine Partei keine Kompanie, natürlich darf ein Parteitag nicht aus Feldgottesdiensten mit Jubelchören bestehen, und natürlich kann die Einheit der Union nicht den Verzicht auf die Diskussion bedeuten. Ich glaube, soweit sind wir uns alle einig. Was aber in den letzten Wochen diskutiert wurde, meine Damen und Herren, war für mich nicht das Austragen von Gegensätzen. Ich habe jedenfalls in der sicherheitspolitischen Diskussion keinen einzigen alternativen Weg gehört, der die Substanz unserer Politik verändert oder die freiheitsichernde Richtung der Union in Frage gestellt hätte.

(Beifall)

Natürlich ist es gut, wenn Politiker Fragen aufwerfen. Es ist aber besser, wenn sie Lösungen und Antworten anbieten.

Das "Handelsblatt" hat heute zu dem Aufsatz von Herrn Biedenkopf in der "Zeit" geschrieben: "Außer der vagen Hoffnung auf eine neue Friedensordnung hat Biedenkopf wenig zu bieten. Er selbst räumt ein, daß es zur Zeit keine Alternative zur nuklearen Abschreckung und zum NATO-Verteidigungskonzept gibt."

Lassen Sie mich eines hinzufügen, meine Damen und Herren, was nicht kostenfähig ist in diesem Lande, hat dieses Land lange genug gehört. Viele Menschen erwarten von uns nicht die Selbstbestätigung ihrer Vorurteile oder ihrer alten Argumente, aber wir sind für viele ein Haltegriff, ein Stück Hoffnung in einer Welt der dauernden Kontroversen. Ich füge hinzu: Was die angeblich 150 %igen angeht, die man nicht zu 250%igen machen solle, so kann man auch die 150 %igen durch Selbstquälerei zu Nulloptionwählern machen. Das möchte ich im Sinne der Union nicht.

(Beifall)

Unsere Richtung muß so sein, daß wir deutlich machen, wo es langgeht, daß wir die Basis aufzeigen, auf der wir den Konsens anstreben, und daß wir keine künstlichen Neurosen pflegen. Das ist keine statische Sicht von Politik. Eine Partei hat nicht nur die Plattform kontroverser Auffassungen zu sein, sondern ist auch ein Vehikel, um Wahlen zu gewinnen. Auch das sollten wir in der Diskussion nicht vergessen.

Ich sage das deswegen, weil eine Opposition ungeheure publizistische Wettbewerbsnachteile hat, ihren Standpunkt deutlich zu machen. Wenn sie darauf verzichtet, diesen Standpunkt in aller Klarheit aufzuzeigen, wird sie nicht in die Regierungsverantwortung gelangen.

Lassen Sie mich einen kritischen Satz zur Semantik der Union anfügen. Ich glaube, daß das Programm schlecht formuliert ist, daß beispielsweise das Programm von Herrn Blüm, von den Sozialausschüssen, sprachlich weit besser ist. Wenn ich dort lese, daß wir "nivellierende Integrationssysteme ablehnen", und wenn einige Passagen später steht, die Sprache der Bürokratie solle einfacher werden, dann frage ich mich, was sich die Autoren dabei gedacht haben.

(Beifall)

In der Tat haben wir in der Vergangenheit wohl Fehler in der Semantik gemacht. Wir haben zu stark Raketen und Sprengköpfe gezählt, wir haben uns zu stark auf die Nennung von Zahlen verlassen, die natürlich wichtig sind, aber wir müssen sensibler und gefühlvoller werden in unserer Argumentation, denn der Mittelpunkt des Menschen ist bedauerlicherweise oder erfreulicherweise nicht der Kopf, sondern das Herz.

Ein letzter Satz auch an die Adresse der Jungen Union. Manfred Wörner hat in der "Zeit" geschrieben: "Laßt uns die Freiheitsdebatte neu eröffnen." Ich meine, diese Freiheitsdebatte neu zu eröffnen, sei eine gemeinsame Aufgabe der Partei und der Jungen Union, weil es auch eine Frage ist, wo wir gegenüber Jugendlichen unser Verständnis von politischer Moral deutlich machen können, und zwar in einem Land, in dem viel moralisiert, in dem aber wenig moralisch gehandelt wird. Deswegen möchte ich Sie herzlich bitten, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um unsere Vision von der Gemeinschaft freier Völker in einer freien Welt gegenüber Jugendlichen deutlich zu machen. Mit einem solchen Feldzug des moralischen Rigorismus wären auch skeptische, aber idealistisch gesonnene Jugendliche für unsere Position zu begeistern. Ich stelle die Frage: Haben wir eigentlich in der Vergangenheit genügend getan, um den Grundwert der Freiheit deutlich zu machen? Haben wir deutlich genug gemacht, daß Frieden die Frucht der Gerechtigkeit ist und daß daneben die Wahrheit und die Gerechtigkeit einen hohen Stellenwert haben? Deswegen, meine Freunde, lassen Sie uns im Sinne des Plädoyers von Herrn Sommer in der "Zeit" die Freiheitsdebatte neu eröffnen, anstatt künstliche Gegensätze verkrampft auszutauschen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Egon A. Klepsch, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, lieber Freund Weirich. Das Wort hat jetzt der Kollege Jäger (Wangen). Ihm folgt Herr Kroll-Schlüter und dann Frau Laurien.

Claus Jäger (Wangen): Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Als ich mich heute mittag zu Wort gemeldet habe, hatte ich vor, etwas anderes zu sagen. Die Wortmeldung unseres Freundes Wissmann zwingt mich aber, jetzt ein paar Dinge zu sagen, die ich nicht aufgreifen wollte.

Lieber Kollege Wissmann, Sie haben im Vorfeld dieses Parteitages einige Behauptungen aufgestellt, die in der Öffentlichkeit zu einer großen Auseinandersetzung hochstilisiert worden sind. Sicher haben viele in diesem Saal erwartet, daß Sie sich nun hier hinstellen und Ihre herausfordernden Thesen begründen.

Sie haben z.B. gesagt, die Führung unserer Union solle von einer Geschlossenheitseuphorie abgehen. Meine lieben Parteifreunde, wo war denn heute mittag eine Geschlos-

senheitseuphorie? Hier wurde doch lebendig, offen und gründlich miteinander diskutiert, und zwar gerade von der Führung. Wenn es eine Euphorie in dieser Partei gibt, meine Freunde, dann gibt es eine Intervieweuphorie mancher Leute vor Parteitag, um damit in der Öffentlichkeit entsprechendes Gehör zu bekommen, das man hier nicht bekommt.

(Beifall, Buh-Rufe und Pfiffe)

Dann habe ich in der "Frankfurter Allgemeinen" gelesen, Herr Wissmann, die Union habe die geistige Führung verloren und könne deswegen die politische nicht erlangen. Heute morgen sagte der Vorsitzende, Helmut Kohl, wir, die Union, hätten die Führung seit Jahren zurückgewonnen. Ich erwarte, Herr Wissmann, daß Sie sich hier hinstellen und entweder erklären, Sie seien von der Presse falsch zitiert worden, oder die offene Diskussion mit unserem Parteivorsitzenden aufnehmen, wer denn nun recht hat: Haben wir die geistige Führung, oder haben wir sie nicht?

(Beifall)

Dann muß ich etwas zu dem Schlagwort von den 150 %igen sagen, die, nach Ihnen, zu 250 %igen gemacht werden sollen. Schön, wir alle wissen, daß es darum geht, die zu werben, die uns noch nicht gewählt haben. Meine lieben Freunde, wenn es uns aber gelingt, einen 100 %igen, z.B. einen Arbeitnehmer in einem Betrieb, der immer CDU gewählt hat, dazu zu bringen, uns nicht nur zu wählen, sondern aktiv zu werden, daß er sich hinstellt und seinen Kollegen sagt: "Beim nächsten Mal wird die Union gewählt", dann haben wir ihn motiviert, zehn oder zwanzig andere zu gewinnen, und dann gewinnt er mehr als ich als Bundestagsabgeordneter, wenn ich mich vor Arbeitnehmer hinstelle.

Insofern warne ich vor der Gefährlichkeit solcher Schlagworte, die wunderbar klingen, die aber doch die Verführung enthalten, einfach unvollständig und damit im Kern unrichtig zu sein.

(Beifall)

Schließlich, lieber Kollege Wissmann, haben Sie, wenn die "Frankfurter Allgemeine" richtig berichtet hat, auf die Frage, ob Ihre Kritik eine personalpolitische Kritik sein solle, ausweichend geantwortet, wir wollten im Augenblick keine Personaldiskussion.

Was heißt denn – wenn es richtig zitiert ist – dieses "wir wollen im Augenblick keine Personaldiskussion"? Heißt das, daß im Augenblick Helmut Kohl populär genug ist, so daß man ihn nicht angreifen kann, oder heißt das, daß wir auf eine günstigere Stunde warten, um die Personaldiskussion zu entfesseln?

(Unruhe und Widerspruch)

Dann erwarte ich, meine lieben Freunde, daß sich ein Delegierter, auch ein prominenter Delegierter, hierher stellt und zu diesem Satz Stellung nimmt und klarmacht, was er will, aber nicht Sätze sagt, mit denen wir alle einverstanden sein und die wir unterstrichen können! Er muß dann wirklich die kontroverse Diskussion führen. Dies, lieber Freund Wissmann – das muß ich Ihnen sagen -, stinkt unserer Basis draußen: daß führende Männer dieser Union das, was sie draußen kritisch sagen, nicht auch in der Diskussion wirklich verfechten. Das hätte ich erwartet, und ich erwarte noch, daß das nachgeholt wird!

(Beifall und Widerspruch)

Dr. Egon A. Klepsch, Tagungspräsidium: Danke sehr, Kollege Jäger (Wangen)! – Als nächster hat der Kollege Kroll-Schlüter das Wort.

Übrigens darf ich den Delegierten mitteilen, daß natürlich der Bundesparteivorsitzende die ganze Zeit im Saal ist; er ist nur oben auf der Tribüne zwischen den jugendlichen Teilnehmern.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Herr Kroll-Schlüter.

Hermann Kroll-Schlüter: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht darf ich dazu ein verbindendes und gleichzeitig aufforderndes Wort sagen. Vertrauen als Kapital eines Politikers ist mit das Wichtigste, was heute eine Partei der jungen Generation anbieten kann. Wir haben seit geraumer Zeit einen Vorsitzenden, der bei der jungen Generation seit Jahren ein Vertrauenskapital hat, mit dem wir sehr pfleglich umgehen sollten.

(Beifall)

Ich möchte mich nun mit dem Leitantrag in etwa engerem Sinne – im Sinne der Sprache, der Formulierungen und auch des Geistes dieses Leitantrages – beschäftigen.

Ich frage: Wer sind eigentlich die Adressaten dieses Leitantrages? Es werden viele genannt: die Menschen, die staatliche Gemeinschaft, die Bürger, die Jugend, die Partner in der UNO, die Wehrdienstleistenden, die Sowjetunion, die Kultusminister, die Gesellschaft, der sie tragende Gemeininn, die jungen Menschen, der Staat, die Beamten, die Studienreformkommission, die Lehrer, die großen Organisationen – und fast alle im negativen Sinne. Den Abschluß bildet dann der Hinweis auf die kinderfeindliche Gesellschaft; es wird gesagt, die Gesellschaft ist kinderfeindlich geworden.

Ich frage mich: Wer kann mir sagen, welche Gruppe von uns nach diesem Leitantrag noch wirklich als positiv, als annehmbar, als akzeptabel bewertet wird? Wen haben wir noch ausgelassen? Nach meiner Analyse kaum einen. Wir haben sie alle mehr oder weniger in einen Topf geworfen, wir haben sie alle mit einem negativen Zeichen versehen. Ich finde dies nicht gut.

Das Bild der Wirklichkeit und der Gesellschaft, das in diesem Leitantrag gezeichnet wird, ist mir zu düster. Sind wir wirklich eine Gesellschaft, in der sich entwurzelte Menschen mit Mißtrauen und Neid begegnen? Ist es denn wirklich richtig, so pauschal zu unterstellen, daß in unserer Gesellschaft die Kinder ihren Eltern entfremdet werden und daß wir in einer kinderfeindlichen Gesellschaft leben? Meine Damen und Herren, noch ist die Mehrheit kinderfreundlich, noch ist die Mehrheit der Familien den Kindern liebevoll und freundlich zugetan, noch ist es nicht so, daß jeder zweite kinderfeindlich ist, noch ist es nicht so, daß wir nur Mammuschulen haben, noch ist es nicht so, daß diese Gesellschaft insgesamt eine kalte Gesellschaft ist.

(Vereinzelt Beifall)

Der Leitantrag erweckt bei fast allen Problemen den Eindruck der Machbarkeit von Lösungen. Ich finde, auch das ist ein fragwürdiges Bild, denn die Wirklichkeit ist viel komple-

er. Was heißt es, wenn wir sagen, wir wollen die Gesellschaft wieder wärmer machen? Wie macht man diese Wärme, wie macht man denn Mitverantwortung für die ganze Welt?

Ich finde, wir trauen auch hier der Politik und damit uns selbst zuviel zu. Das Problem, das uns in den vergangenen Jahren weithin begegnete, war ja, daß die Politik zum letzten Adressaten fast jeder Entwicklung, aller Entwicklung gemacht worden ist. Sie hat auch vieles in Bewegung gesetzt, aber jetzt ist sie nicht mehr in der Lage, diese Bewegung hinreichend zu steuern. Die Politik — auch eine mit menschlichem Antlitz — als letzter Adressat, das darf nicht unsere Haltung werden! Es wäre besser, wir würden uns zu weniger Politik, zu einem bescheideneren Staat, zu einem bescheideneren Land, zu einer bescheideneren Kommune durchringen. Das wäre, glaube ich, eine Devise, die unter dem Stichwort "Wettstreit der Ideen" aufgeführt werden könnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies als letztes Wort: Ist die Herausforderung der jungen Generation — "Einen neuen Anfang wagen" — überhaupt möglich ohne einen neuen Wettstreit der Ideen, ohne daß wir unsere Ideen in den Wettstreit geben? Die Sozialdemokraten, die Sozialisten, die Marxisten haben ihr Jahrzehnt gehabt. Sie haben weitestgehend ihre Ideen z.B. in die Bereiche der Erziehung getragen. Diese Bereiche wirken heute auf die jungen Menschen. Ich halte es für ausgeschlossen, diese jungen Menschen sozusagen angstfrei, optimistisch, mutig und verantwortungsbereit zu neuen Aufgaben hinzuführen, wenn nicht deutlich wird, welche Ideen die Union als Grundlage für ihre praktische Politik der Sparsamkeit zugrunde legen will. Ich nenne die Idee der Subsidiarität, die Idee der frei gewählten Solidarität, die Idee der Nachbarschaft, die Idee der kommunalen Selbstverwaltung, die Idee der liebenden und aufopferungsvollen Familie, die Idee der nationalen Einheit, die Idee der Selbständigkeit.

Ich bin sicher, die junge Generation würde die Herausforderung durch die neuen Ideen der Union mutig und vorwärtsschreitend annehmen. — Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Egon A. Klepsch, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Kollege Kroll-Schlüter! — Das Wort hat nun Frau Senatorin Laurien.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In unserem Leitantrag ist viel von Schule die Rede, aber, glaube ich, zu wenig von außerschulischen Bemühungen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen doch sehen, daß wir die Jugend auf die Revolution unserer Zeit vorbereiten müssen, nämlich auf das veränderte Freizeitbudget. Wenn ich hierzu etwas spottend sagen darf: Derjenige, der heute gelernt hat, mit Freizeit umzugehen, hat keine oder kokettiert damit, daß er keine hat. Seien Sie einmal Senator und erklären Sie, Sie hätten Zeit; dann stünde Ihr Rücktritt kurz bevor.

(Beifall)

Diejenigen hingegen, die über mehr Freizeit verfügen, sind von uns nicht hinreichend darauf vorbereitet. Sie treffen — ich will der Deutlichkeit wegen zuspitzend formulieren —

darauf, daß mancher Schulvertreter sagt, ja, wir vermitteln Bildung, aber die Außerschulischen vermitteln Revoluzzertum, und daß die Außerschulischen sagen, wir praktizieren Selbstverwirklichung, und die Schule vermittelt Drill. Es geht um den e i n e n Jugendlichen und um die Übereinstimmung beider Bereiche in aller Unterschiedlichkeit.

Wenn wir diese Unterschiedlichkeit feststellen, spiegelt sie doch nur die Diskrepanz der Werte in unserer Gesellschaft, und ich glaube, wir dürfen nicht von Jugend und ihrer Zukunft sprechen, wenn wir nicht mit Nüchternheit zur Sprache bringen, welche sittliche Beziehungslosigkeit in den Werturteilen unserer Gesellschaft gilt.

Da meinen wir – lassen Sie mich dies sehr nachdenklich sagen -, es sei nur in der Hitlerzeit so gewesen, daß der KZ-Täter zugleich der sorgende Familienvater war, was dann in der erschütternden Todesfuge von Celan heißt: "Dein goldenes Haar, Margarethe, dein aschenes Haar, Sulamit". Wir sind heute bei gleichen Diskrepanzen stehengeblieben, denn – und lassen Sie mich dies bildhaft so ausdrücken – wir sagen: "Dein Tarifvertrag, Josef, und dein Herz, Maria", obwohl doch beides zusammengehört und obwohl wir endlich lernen müssen: nicht hier die Berufstätige und dort die Mutter, sondern der Mutter die Schätzung zukommen zu lassen, die ihr wegen ihrer Aufgabe gebührt – und dies auch im Rentenrecht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Diskrepanzen sehen: sind wir als Union eigentlich aufmerksam genug gegenüber der Frage, wie der Freizeitbereich für Jugend gestaltet wird? Da heißt es, man soll in der Freizeit Freiheit verwirklichen. Und was geschieht? Elektroautomaten, vor denen Jugendliche mit einem Streß stehen, über den jede Schule zugrunde gehen würde. Hier, meine Damen und Herren, müssen gerade wir – die CDU –, die wir für freie Wirtschaft sind, Front dagegen machen, daß die Sehnsüchte unserer Jugend kommerziell ausgebeutet werden.

(Beifall)

Von daher sollten da, wo wir Verantwortung haben, in öffentlichen Gebäuden keine elektrischen Spielautomaten aufgestellt werden.

Wir sollten nicht sofort Zuckungen bekommen, wenn es um ein selbstverwaltetes Jugendheim geht!

(Beifall)

Ich meine, ein Jugendheim darf auch von Erwachsenen verwaltet werden; aber ob das gut oder schlecht ist, hängt nicht davon ab, ob es selbstverwaltet ist, sondern davon, wer es verwaltet. Und wenn Leute aus der Jungen Union etwas verwalten, wird das besser, als wenn es erwachsene Sozialisten tun.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diese unsere Debatte auch noch die Frage einbringen: Sollte nicht von diesem Parteitag ein Signal hinausgehen, daß wir Arbeit nicht nur als Last empfinden?

(Beifall)

Man tut doch so, als ob das Leben ausschließlich aus der Befreiung von Arbeit besteht. Meine Damen und Herren, es ist zutiefst abendländische Tradition, daß die Führungsschichten eben nicht wie in anderen Kulturen Sklaven arbeiten lassen, sondern es ist christliche und abendländische Idee, daß ich mit meiner Arbeit auch Mitmenschlichkeit verwirkliche.

(Beifall)

Genau diesen Gedanken sollten wir einbringen. Denn es gibt kein dümmeres Wort als "Schulstreß". Entweder der Betreffende sitzt in der falschen Schule, oder er hat nicht das richtige Arbeitsverständnis vermittelt bekommen.

(Teils Beifall, teils Widerspruch und Pfiffe)

– Ich freue mich, wenn da jemand pfeift, denn der sitzt vielleicht in der falschen Schule oder er hat einen Lehrer, der den Lehrplan an die Stelle eines guten Unterrichts setzt; das kann ja auch sein.

(Beifall)

Die christliche Botschaft auch in unserer Partei muß sein, daß wir die Funktion der Arbeit und die Funktion der Freizeit verstehen. Noch einmal: Arbeit als ein Beitrag, für andere Menschen etwas zu tun, aber auch die Freizeit darf nicht total konsumiert und total privatisiert werden; sie muß auch in ihrer ehrenamtlichen Sozialbefindlichkeit genutzt werden können.

Hier möchte ich den Ehrenamtsgedanken, der heute mehrfach anklang, auch noch einmal in Verbindung mit dem Freizeitverständnis bringen. Wer seine Freizeit nur im Holiday-Park und vor dem Fernsehen verbringt, der verdient nicht, daß er diese Freizeit hat.

(Vereinzelte Pfiffe)

Von uns aus Freizeitparks und Sport, aber bitte auch Freizeit als Ehrenamt für meinen Nachbarn, Freizeit als Einsatz in einer politischen Partei. Wir müssen die Partei sein, die sich in Beruf und Freizeit gegen den Egoismus und für die Mitmenschlichkeit ausspricht. Dann wird Jugend auch durch uns fasziniert sein: daß es lohnt zu leben.

(Beifall)

Dr. Egon Alfred Klepsch, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, verehrte Senatorin Laurien. Nun kommt Herr Dübel zu Wort. Ihm folgen Herr Möhlemann und Frau Editha Limbach.

Siegfried Dübel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich vielem, was unser Freund Wissmann als Vorsitzender der Jungen Union gesagt hat, voll zustimmen kann, insbesondere.

(Beifall)

– Ich freue mich über den Beifall und möchte es deshalb wiederholen: Ich freue mich, daß ich Herrn Wissmann in vielem zustimmen kann, insbesondere darin, daß wir in Zukunft wieder das Engagement der Union für Frieden und Freiheit stärker verdeutlichen müssen. Wer hat denn seit 1945 oder seit 1949 in diesem Lande Friedenspolitik gemacht? Das war doch die Christlich Demokratische Union! Nur, haben wir uns später von anderen den Namen nehmen lassen.

(Zustimmung)

Das Beunruhigende an der gegenwärtigen Situation ist doch, daß der Friede in den letzten 12 Jahren objektiv unsicherer geworden ist. Dies muß als Ergebnis der Politik der sozialliberalen Koalition festgehalten werden. Diese Koalition hat doch ihre Tätigkeit ausdrücklich mit der Zielsetzung der Sicherung und Stabilisierung des Friedens begonnen. Die weltweite sowjetische Propagandaoffensive, daß das friedliche Wiedervereinigungsstreben der Deutschen und die darauf abgestimmte aktive Wiedervereinigungspolitik der CDU-geführten Regierungen den Frieden gefährden, weil sie auf eine Änderung des Status quo in Europa hinausliefen, hatte in der Welt eine Atmosphäre erzeugt, die den Glauben wachsen ließ, daß, wenn nur die Deutschen auf Ihre offensive Wiedervereinigungspolitik, auf die unmittelbare Durchsetzung des deutschen Selbstbestimmungsrechts verzichten würden, die Voraussetzungen für eine ruhige und friedliche Entwicklung in Europa gegeben seien. Wir haben damals vor diesem falschen Optimismus der Sozialliberalen gewarnt. Herr Wehner hat damals gesagt, es bestünde dann die Möglichkeit, mit den Mächten des Ostens zu einer Koexistenz und schließlich zu einer Kooperation, aus dem Gegeneinander über ein Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen.

Wir haben drei Dinge vorausgesagt, die eingetreten sind:

Erstens. Die Entspannungspolitik, so wie sie von Brandt und Scheel konzipiert wurde, würde es der Sowjetunion ermöglichen im außereuropäischen Raum politische und militärische Erfolge zu erzielen, die nicht nur ihre Weltposition stärken, sondern auch die Voraussetzungen für eine machtpolitische Umklammerung Europas darstellen. Auf diesem Weg hat die Sowjetunion eine Vielzahl von Erfolgen erringen können, einschließlich Afghanistan.

Zweitens. Die Sowjetunion würde gar nicht daran denken, ihrerseits die Rüstungsentwicklung aufzugeben oder auch nur zu verlangsamen. Sie hat im Gegenteil einseitig über Jahre hinweg ihre Rüstung beschleunigt, so daß heute die Gefahr eines sowjetischen Übergewichts besteht – was ja die Ursache für die heutige Rüstungsdiskussion darstellt.

Drittens – und das ist das Entscheidende -: Geistespolitisch mußte natürlich die Sowjetunion nicht mehr als der potentielle Gegner, den es abzuwehren gilt, erscheinen, sondern als ein Partner von morgen, der im Grunde genauso zu betrachten ist wie irgendein Land in einem anderen Teil der Welt, wo jedes Land seine Interessen verfolgt, wobei ein Interessenausgleich mit den bewährten Mitteln westlicher parlamentarischer Politik und Diplomatie möglich ist.

Es besteht doch gar kein Zweifel, daß die Bundesregierung mit dieser Politik, mit der sie in einem Eiltempo unter Brandt vorangeschritten ist, die sogar die Sowjets erstaunte, eine wesentliche Mitverantwortung für die Destabilisierung des Friedens trägt.

(Zustimmung)

Die Ursache für die Destabilisierung des Friedens liegt doch wesentlich in der Tatsache, daß die Bahrsche Konzeption des Wandels durch Annäherung, die durch Brandt und Scheel politisch umgesetzt wurde, nicht zu einem sowjetischen Wandel geführt hat, sondern eher Wandlungen bei uns auslöste, wie sie sich jetzt z.B. in der sogenannten Friedensbewegung zeigen.

(Beifall)

Deshalb bin ich, lieber Freund Kiep, nicht der Meinung, daß die Politik der Verträge eine abgeschlossene Sache ist. Das ist formaljuristisch richtig. Aber die politische Wirkung dieser Vertragspolitik und ihrer geistigen Grundlagen haben wir heute auszubaden. Deshalb die Auseinandersetzung, die wir führen müssen. Wir haben also die Aufgabe, unsere Politik so zu führen, daß wir den Frieden wieder sicher machen in unserem Lande.

Meine Freunde, auch wir wollen natürlich zu Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen, und die CDU ist ja die Partei, die die Abrüstungsverhandlungen ausdrücklich begrüßt.

Ich bin auch der Meinung, daß wir zu wirtschaftlichem und kulturellem Austausch kommen müssen. Dabei halte ich auch viel von Versuchen, den Jugendaustausch auch zwischen der Sowjetunion und uns zu verstärken, soweit die andere Seite in dieser Frage mitspielt. Ich teile allerdings nicht den manchmal blauäugigen Optimismus, der Anträgen zugrunde gelegt wird, wenn es heißt, daß eine Jugend, die sich kennt, nicht aufeinander schießen wird. So einfach ist es nicht, meine Freunde.

Die jungen Soldaten der Grenzpolizei, die auf den jugendlichen Flüchtling schießen, kennen natürlich die jungen Menschen in Mitteldeutschland ganz genau. Aber hier zeigt sich, daß es unsere Aufgabe sein muß, der jungen Generation in der Bundesrepublik die wirkliche Problematik des Lebens in einem totalitären Regime verständlich zu machen.

Dort gibt es eben nicht die Entscheidung, nicht zu schießen, weil man sich kennt, sondern man muß schießen, ob man sich kennt oder nicht. Die Alternative zur Verweigerung heißt nicht Friedensdienst, sondern persönliche Verfolgung. Dem widerspricht nicht die Tatsache, daß es gegenwärtig in Mitteldeutschland als einzigem Land im Ostblick die Bausoldaten gibt, die militärischen Dienst ohne Waffen führen dürfen, sondern das geschieht aus innderdeutschen Gründen, nämlich um propagandistisch in der westdeutschen Jugend für Kriegsverweigerung werben zu können.

Meine Freunde, es ist so, wie es Herr Dregger vorhin schon ausgeführt hat: Wenn wir hier dazu kommen, daß wir unsere Verteidigung vernachlässigen und der Westen überrollt wird, ist damit nicht das Ende gegeben, sondern dann bedeutet das für unsere jungen Menschen, daß sie in der Uniform der Nationalen Volksarmee Dienst tun müssen. Es gibt also nicht die Alternative, lieber rot als tot, sondern entweder werden Freiheit und Frieden bewahrt oder erst rot und dann tot.

(Beifall)

Meine Freunde, die Friedensbewegung ist nichts Neues. Ich möchte nicht an die 15 Jahre, sondern viel stärker an die bedrängenden Erfahrungen meiner Jugend erinnern, als wireine immer mehr anschwellende, im französischen und englischen Kreisen gras-

sierende Friedensbewegung zur Kenntnis nehmen mußten, die in ihrem politischen Effekt Hitler in seinem imperialistischen Streben immer wieder ermutigte. Es gibt das historische Dokument des Ribbentropschen Berichtes an Hitler, in dem er aus den Erfahrungen der deutschen Botschaft im Umgang mit der englischen Jugend feststellte: Diese englische Jugend ist nicht mehr bereit, das niedergehende kapitalistische System in Großbritannien gegen das junge, aufstrebende nationalsozialistische Deutschland zu verteidigen. Dies war ein tödlicher Irrtum, meine Freunde. Es hat mich außerordentlich besorgt gemacht, daß Herr Rau mit der Bemerkung aus Moskau zurückkam, daß Herr Breschnew ihm gesagt hat, diese Friedensbewegung richte sich einseitig gegen die Amerikaner. Wir können nur hoffen und unsere Politik danach ausrichten, daß Herr Breschnew diesen Fehler nicht begeht, daß er nicht diese falsche Einschätzung der westdeutschen Verteidigungsbereitschaft vornimmt.

Meine Freunde, wir müssen diesen Zusammenhang sehen, daß eine solche Friedensbewegung, deren moralischen Ernst ich unterstreiche, den ich nicht in Abrede stellen möchte, im Effekt nicht dazu beiträgt, den Frieden sicherer zu machen, sondern ihn eher gefährdet. In diesem Sinne haben wir die Aufgaben, der jungen Generation unsere Friedenspolitik zu erklären.

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Mühlmann das Wort.

Ich darf darauf hinweisen, daß Frau Limbach folgen wir.

Dr. Rolf Mühlmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie mir bitte, daß ich zu dem bisher Gesagten noch ein paar Bemerkungen hinzufüge, da es mir im Hinblick auf das sehr wichtig erscheint, was Helmut Kohl heute und auch schon gestern am Vorabend des Parteitages gesagt hat. Ich fand es sehr wichtig, daß er sagte, daß menschliche Offenheit ein Stil sei, der unserer Partei entspreche. Prima, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine ganz tolle Sache, und gerade wir als junge Christdemokraten müssen uns damit identifizieren, und das ist sehr gut und sinnvoll. Ich erinnere an das, was wir heute hier gesehen haben, und an die Reaktion auf den Deutschlandtag der Jungen Union. Ich erinnere an die Worte, die in dem Zusammenhang gefallen sind, und daran, wie dort diskutiert worden ist. Nach der Diskussion sind die bösen Worte gefallen: Krankhafte Profilsucht oder parasitäre Publizistik. Dem Bundesvorsitzenden Matthias Wissmann wurde gesagt: Lieber Wissmann, so geht es nicht weiter, wie hier gesprochen worden ist. Nach meinem Eindruck wurde er in der Bundestagsfraktion und in der Öffentlichkeit gewissermaßen abgekanzelt. Matthias Wissmann tut nichts anderes, als seinem Auftrag gerecht zu werden. Er ist Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands,

(Beifall)

und als Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands ist er Sprachrohr des gesamten Verbands. Wenn dort Meinungen dargelegt werden, wenn dort kritisiert wird, dann ist es auch seine Pflicht als Vorsitzender – so verstehe ich es als Mitglied der Jungen Union –, daß er diese Kritik und Diskussion auch in die CDU hineinragt.

(Beifall)

All die Begriffe, die da gesprochen worden sind, entsprechen, wie ich meine, nicht dem,

was Helmut Kohl sagt, wenn er vom menschlichen Stil in der Politik spricht. Aus dem, was wir heute hier im Beitrag des Abgeordneten Jäger aus Wangen gehört haben, deutet darauf hin, daß er während des Beitrages des JU-Bundesvorsitzenden gar nicht mehr im Raum war;

(Beifall)

denn Matthias Wissmann hat sehr wohl ausgeführt, daß wir keine erneute Personaldiskussion wollen. Das scheint sehr wichtig zu sein, und ich wäre dankbar, wenn das zumindest zur Kenntnis genommen wird. Es ist immer sehr einfach, sich eine Person, etwa den Bundesvorsitzenden der Jungen Union, herauszugreifen und andere Politiker, die die gleiche Meinung vertreten, wie etwa Herr Geißler oder Herr Biedenkopf, nicht anzusprechen und keine Diskussion mit ihnen zu führen. Es wäre sehr wichtig, daß die Abgeordneten auch einmal den Mut aufbringen, dies einmal zu tun.

(Beifall)

Ich möchte Sie nun fragen, was Sie eigentlich von der Jungen Union erwarten, was Sie sich für eine Jugendorganisation wünschen. Wollen Sie eine Jugendorganisation haben, die ihrem Auftrag gerecht wird, Sprachrohr der jungen Generation zu sein? Wenn sie dies sein soll, muß sie sich mit Wünschen, Gefühlen, Emotionen von Jugendlichen auseinandersetzen.

In der Partei gibt es schon mal Knies, Kritik, und da kommt es zu Konflikten. Das ist die eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit ist zu sagen: Junge Union, seid lammfromm und nicht mehr Motor, was euer Auftrag ist, sondern seid Auspuff, seid das, was hinterran hängt und macht das nach, was wir sagen! Hier müssen Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, entscheiden. Ich glaube, daß Sie sich für den ersten Weg entscheiden, und dann sind Ausdrücke wie "Profilsucht" fehl am Platze. Ich gehe davon aus, daß diese Ausdrücke auch im nachhinein und hier auf diesem Parteitag endlich vom Tisch kommen, und ich gehe weiter davon aus, daß sie schon vom Tisch sind.

(Beifall)

Als zweiten Punkt möchte ich den Begriff der Geschlossenheit ansprechen, obwohl über diesen schon sehr viel gesagt worden ist. Geschlossenheit hier, Geschlossenheit da, und es wurde davon gesprochen, daß es eine Geschlossenheitseuphorie gebe. Einige sprechen von der Intervieweuphorie. Wir sollten diese Begriffe einmal an der Realität und an dem messen, was unsere Politiker wirklich tun. Ich möchte zwei Beispiele dafür nennen. Ich meine etwa die Diskussion über die Waffenexporte, wo es Heiner Geißler, der Generalsekretär, gewagt hat, diese Diskussion in Gang zu setzen und zu fragen, ob wir Christdemokraten nicht die Frage der Waffenexporte diskutieren müßten. Dann schalte es aus dem bayerischen Wald oder der Staatskanzlei in München: Lieber Herr Geißler, das geht nicht an; denn wir sind Realpolitiker.

(Beifall)

Ich meine, wir sollten sehr wohl über diese Fragen diskutieren. Genauso bin ich nicht der Meinung von Herrn Weirich, der hier sagt, daß das "Handelsblatt" dies und jenes über den Artikel von Herrn Biedenkopf geschrieben hat, der am vergangenen Donnerstag in der "Zeit" erschienen ist. Auch wenn man ein führender Politiker ist, muß es erlaubt sein

zu denken.

(Beifall)

Man muß nicht immer Lösungswege anbieten. Als Reaktion wurde gesagt, daß das eine Einzelmeinung sei, und man könne die Partei damit verwirren. Das finde ich nicht gut, das ist nicht der Stil einer offenen Politik. Ich habe – das möchte ich einmal deutlich sagen – bei uns den Eindruck, daß gewisse Politiker mit gewissen Positionen von der Solidargemeinschaft der Partei so unterdrückt werden, daß diesen Politikern manchmal die Luft ausgehen soll. Ich möchte sagen, daß wir diese Politiker brauchen, weil sie die Hoffnung darstellen, die auch ich mir gerade von dieser Partei mache.

(Beifall)

Geschlossenheit ist nicht ein Selbstzweck. Geschlossenheit kann sehr schnell zur Verschlossenheit werden. Die Politiker, die heute davon sprechen, wir brauchten eine Politik ohne Wenn und Aber, sind nicht die Politiker, die den Anspruch erheben können, die Zukunft zu gestalten.

Ich möchte mit einem Appell an Sie schließen: Daß wir wirklich das, was wir heute hier diskutiert haben – den offenen Dialog – ernst nehmen, damit das nicht nur ein Wortspiel ist. Ich finde, das ist wichtig für unsere Glaubwürdigkeit in dieser Partei, in der jungen Generation, aber auch insgesamt in der deutschen Bevölkerung. Ich hoffe, daß wir diese Glaubwürdigkeit wirklich aufbringen. -Danke schön.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Möhlmann.

Wir haben noch 13 Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Wir müssen deshalb bei den vier bis fünf Minuten bleiben.

Ich darf dann Frau Limbach bitten zu sprechen.

Editha Limbach: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Kreisverband Bonn wurde Anfang des Jahres eine Kommission gebildet, die sich in Vorbereitung des Landesparteitages der CDU Rheinland und dieses Parteitages mit Jugendfragen beschäftigen sollte. In dieser Kommission arbeiteten Betroffene beider Seiten mit: Eltern, Lehrer, Ausbilder, Schüler, Lehrlinge, Auszubildende, Studenten, junge Arbeiter. Einer der Betroffenen hat dann – als einen Kritikpunkt an der CDU – ausgeführt, daß zentrale Themen der politischen Auseinandersetzung bereits in den oberen Gremien so stark abgeklärt würden, daß in der Öffentlichkeit keine Diskussion mehr geführt würde und die oft fragwürdigerweise zustandegekommene Meinung einheitlich von allen Parteimitgliedern vertreten werden müsse.

Ich meine, hier ist heute – ich finde: erfreulich – auch von den Bundesvorstandsmitgliedern ein Beispiel für eine offene Diskussion gegeben worden. Ein Delegierter neben mir sagte: Die diskutieren ja richtig miteinander. Ich fand, das war sehr positiv, und das muß auch so sein. Was erwartet wird, ist, daß am Ende der Diskussion eine Meinungsbildung stattfindet und daß versucht wird, das bei dieser Meinungsbildung Gefundene in Politik umzusetzen. Es wird aber nicht erwartet, daß alle anderen Meinungen

unterdrückt werden. Aber das ist ja hier erfreulicherweise auch überhaupt nicht geschehen. Das freut mich sehr.

Ich darf vielleicht noch eines hinzufügen. Sich miteinander vertragen, muß man ja lernen. Streiten muß man allerdings auch lernen. Ich finde, beim Streit sollte man dann auch daran denken, daß, wenn man sich über einen Punkt streitet, deshalb nicht gleich alle andere auch abgelehnt werden muß.

Dann darf ich noch ein Wort zu der Diskussion sagen, die im Anschluß an die Friedensdemonstration in Bonn stattfand. Diese Diskussion und die Kritik, die geübt wurde, erleben wir ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als unser Bundesvorsitzender mit großem Erfolg aus Amerika zurückkam.

Mir kam diese Diskussion ein wenig so vor, als wenn ich eine gute Mahlzeit zubereitet habe, bei der der Braten gut gelungen ist, aber einer meiner Söhne sagt: "Mutter, die Kartoffeln haben aber nicht genug Salz. Dann schmeiße ich doch nicht das ganze Essen in den Ofen, sondern hole mir Salz und salze die Kartoffeln nach, und dann stimmt das Ganze wieder."

(Beifall)

Helmut Kohl hat heute morgen in seiner Rede auf den Widerspruch hingewiesen, der darin bestehe, daß die Hilfsbereitschaft im Materiellen sehr groß sei – Spenden für "Brot für die Welt", für "Misereor", für "Sorgenkind" und alles Mögliche -, daß ihr aber eine mangelnde innere Auseinandersetzung und persönliche Begegnung mit den Betroffenen, mit dem Leiden, mit den Schwierigkeiten gegenüberstehe. Ich meine, an vielem, was unsere Kinder – und die jungen Leute sind ja unsere Kinder -, was unsere jungen Mitbürger so unruhig macht, sind wir selber schuld. Wir haben ihnen viel zu wenig Möglichkeiten gegeben, solche Dinge auch zu erfahren. Es ist ja hier schon angeklungen: Wie können sie denn dem Alter begegnen, wenn die alten Leute im Altersheim sind, wie können sie Krankheit begegnen und auch lernen, damit fertig zu werden, wenn wir unsere Kranken in Kliniken, in Anstalten schicken? Wie können sie Tod, menschliches Versagen und all das erfahren, und wie können sie erfahren, wie man das überwindet, wenn wir sie vor dem allem bewahren?

Helmut Kohl ist vorhin draußen von einigen Jugendlichen in eine Diskussion hineingezogen worden. Als ich vorbeikam, hörte ich gerade, wie einer der jungen Leute sagte: So legen Sie uns aber Steine in den Weg; es ging um die Reform der Oberstufe. Ich bin der Meinung: Steine in den Weg rollen, das tun wir nicht; das wollen wir auch nicht. Aber ich glaube, es ist auch nicht richtig, alle Steine – auch die, die einer selbst wegrollen kann – gemeinschaftlich auf die Seite zu rollen.

(Beifall)

Ich meine, es gehört dazu, daß der einzelne unterstützt und befähigt wird, die kleineren Steine selber wegzurollen, oder er kann sie auch liegenlassen und drumherumgehen, wenn's gar nicht anders möglich ist.

(Glocke des Tagungsleiters)

- Ich wäre allerdings dankbar, wenn bei den schlichten einfachen Delegierten dieselbe Uhr benutzt würde zur Zählung der Minuten wie bei den bedeutenden Delegierten.

(Beifall)

Ich habe aber auch nur noch einen Satz. Frau Laurien, ich hoffe, ich habe Sie mißverstanden. Ich glaubte, gehört zu haben, Sie hätten – ich hätte fast gesagt – die Verwendung der Freizeit reglementieren wollen. Da ich Sie schon lange gut kenne, kann ich mir das nicht vorstellen.

Ich wollte nur sagen: Freizeit soll dazu da sein, daß die Leute sie auf ihre Weise kreativ oder konsumierend verbringen können. Ich bin aber der Meinung, wir müssen Bedingungen schaffen, unter denen man Freizeit sinnvoll gestalten kann. Ich habe durch einen Zwischenruf gehört, daß auch Sie das Schöpferische meinten, und nicht nur das andere. Dann können wir das auf die Seite tun.

Noch ein Letztes! Es ist hier heute immer wieder angeklungen, daß mehr auf die Mütter gehört werden solle. Ich sage das jetzt mal so, weil das dann für mich besser paßt. Auch dazu leider zu Ihnen, Frau Laurien: Schulstreß! Schulstreß gibt es leider auch bei begabten Schülern, die mit guten Leistungen und ohne Anstrengung durch die Schule kommen; ich habe manchmal das Gefühl: gerade weil sie ohne Anstrengung da durchkommen. Ich frage mich manchmal, wie es möglich geworden ist, mit einem enormen Streß überhaupt keine Leistung mehr in der Schule zu produzieren. Das haben mir übrigens meine Kinder im Gespräch am Mittagstisch bestätigt.

Vielleicht noch ein Letztes, dann ist aber auch die fünfte Minute um, wie ich fürchte.

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Es sind schon viel mehr um!

(Heiterkeit)

Editha Limbach: Prälat Wolters hat 1945, als die Katholische Jugend wieder aufgebaut wurde, gesagt: Wichtiger als alles Lamentieren über das Dunkel ist es, ein Licht anzuzünden. Ich meine, wir alle sollten versuchen, Lichter anzuzünden, statt zu lamentieren. Ich hoffe, daß dieser Parteitag auch ein kleines Licht wird.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Limbach.

Es ist nicht so, daß hier die Delegierten unterschiedlich behandelt werden. Auf gar keinen Fall.

Es hat jetzt Herr Dr. Mertes das Wort. Nach ihm folgt Herr Martin, Rheinland-Pfalz.

Dr. Alois Mertes: Liebe Parteifreunde! Ich möchte nicht darüber sprechen, daß man mit der Jugend sprechen muß, sondern ich möchte Ihnen mitteilen, was ich mit jungen Menschen bespreche, wenn ich – und das sehr oft – zu Hause und in der Partei mit ihnen rede. Meine Erfahrung ist dabei, daß wir beide – die ältere und die jüngere Generation – zu einer gewissen Besserwisserei und zur Aburteilung des anderen neigen. Ich

sage, das wäre Unsinn. Das Geburtsjahr ist weder ein Verdienst, noch eine Schuld.

(Beifall)

Nun zu den Dingen, die mir besonders am Herzen liegen. Durch die Verschiedenheit der Erfahrung der Generationen, aber auch durch den Rückgang des geschichtlichen Wissens ist nicht mehr genügend bewußt, daß mit dem Worte "Frieden" in der Geschichte immer wieder furchtbar Schindluder getrieben worden ist.

(Beifall)

Das ist deshalb so schlimm, weil das eines der Worte ist, die das menschliche Herz natürlicherweise am tiefsten berühren. Beispielsweise enthält die Präambel des deutsch-sowjetischen Vertrages vom 23. August 1939 den Satz, daß dieser Vertrag dem Frieden – natürlich! – diene. Es war ein Vertrag, mit dem Stalin Hitler grünes Licht für den Angriff auf Polen gab. Und vergessen wir nicht die ungeheure sogenannte Friedensbewegung nach dem Stockholmer Appell von 1950, die die Unterwerfung Osteuropas und eines Teiles Deutschlands begleitete.

Geschichtliches Wissen und persönliche Erfahrung müssen wir in unsere Gespräche einbringen.

Das Zweite: Bitte, verbreiten Sie etwas stärker das, was heute morgen und heute nachmittag hier schon gesagt worden ist: daß es eine ganz eindeutige Politik der CDU/CSU in Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle seit Konrad Adenauers großer Rede in Moskau gibt.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, wir halten Rüstungsbegrenzung und Abrüstung für eine gebieterische Notwendigkeit. Die Verhandlungen darüber sind eine Pflicht, und zwar aus zwei Gründen: wegen der ungeheuren Vernichtungskraft moderner Massenvernichtungswaffen und wegen des himmelschreienden Leides in der Welt, für das das für Waffen verwendete Geld besser eingesetzt werden könnte.

Aber das Problem ist nicht, meine lieben Parteifreunde, das der Sensibilität für diese Waffen, sondern das Problem liegt darin, daß es nicht Waffen und Soldaten sind, die den Unfrieden bewirken, sondern daß es politische Ursachen sind.

Ich bin dafür – das ist heute schon öfters gesagt worden -, daß die Diskussion über die Sicherung des Friedens nicht so sehr militär-technisch geführt wird. Es gibt keinen in sich selbsttätigen Rüstungswettlauf, sondern es gibt einen politischen Einflußwettlauf, den die Sowjetunion gewinnen will. Sie sagt es ja auch in aller Offenheit. Wir können der Sowjetunion viel vorwerfen. Wir können ihr aber nicht vorwerfen, daß sie die Kriterien ihrer Politik und ihres Urteils nicht offen zutage treten läßt.

In ihren militär-strategischen Dokumenten gibt sie doch zu erkennen, daß man zur Durchsetzung politischer Ziele auch militärische Macht androhen dürfe. Das ist für uns doch das Problem. Die sowjetische Politik ist klar. Ein Begriff der unstillbaren Sicherheit führt zu seiner expansiven Politik. Gegenüber Westeuropa will sie – das ist meine feste Überzeugung – nicht den Krieg. Aber ihre Interessenlage, so wie sie sie leider immer

noch sieht – hoffentlich nicht für immer – gebietet ihr, Einfluß zu nehmen auf den politischen Willen, um ihn im gegebenen Augenblick unter Umständen brechen zu können.

Infolgedessen brauchen wir die Politik der Abschreckung – nicht nur zur Verhinderung eines Krieges, sondern auch zur Verhinderung der Erpressung; das ist vielleicht noch wichtiger.

Lassen Sie mich noch ein letztes Wort sagen. Die sogenannte Friedensbewegung hat eine Wirkung gegen die Abrüstung – insofern bedauere ich auch etwas die Äußerungen der Kollegen Biedenkopf -, die viele Menschen nicht sehen. Die Amerikaner bereiten zur Zeit Verhandlungen vor, in denen sie klare, faire, ausgewogene und überprüfbare Vorschläge machen werden. Ich bin mit den Amerikanern der Überzeugung: Es gibt durchaus eine Chance, daß die Sowjetunion auf Grund der auch auf ihr lastenden politischen und wirtschaftlichen Sachzwänge eines Tages zu fairen, ausgewogenen Rüstungskontrollvereinbarungen, Abrüstungsvereinbarungen bereit ist.

Wenn sie aber den Eindruck bekommt, daß auf Grund des angeblich zurückgehenden Konsenses oder auf Grund einer falsch verstandenen Friedensmoral der Westen ohnehin abrüsten wird – ohne daß die Sowjetunion dafür etwas zahlen muß -, dann richtet sich in diesem Falle die Friedensbewegung in ihrer objektiven Wirkung gegen die Chance der Abrüstungsverhandlungen.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, die deutsche Sprache kennt zwei Wörter, die sehr ähnlich klingen, aber eine sehr verschiedene Bedeutung haben. Das eine heißt aufrichtig, und das andere heißt richtig. Die Aufrichtigkeit der Friedensgesinnung und die Aufrichtigkeit von Gedanken garantiert keineswegs die Richtigkeit des Urteils.

(Beifall)

Man darf nur urteilen – das gilt um so mehr, je schwieriger die Dinge sind – nach bestem Wissen und Gewissen. Infolgedessen ist Sachkunde in Fragen dieser Art ebenfalls eine moralische Pflicht. Ich bitte die beiden Kirchen, die jungen Menschen und die Menschen, die hier mitreden, daran zu erinnern, daß sie die Pflicht haben, sich vor dem Urteil sachkundig zu machen.

(Beifall)

Noch einmal, meine Damen und Herren: Die CDU/CSU ist für ausgewogene Verhandlungen über Rüstungen. Dabei spielt die Offenlegung der Potentiale und die Überprüfbarkeit der Vereinbarungen eine Rolle. In diesem Falle halten wir es einmal mit Lenin: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Für Abrüstung mit Sicherheit, gegen Abrüstung ohne Sicherheit.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefel, Tagungspräsidium: Danke, Herr Dr. Mertes. Jetzt spricht Dr. Göhner. Nach ihm kommt Herr Hoffmann.

Dr. Reinhard Göhner: Meine Damen und Herren! Herr Jäger hat vorhin einige Punkte angesprochen, die die Junge Union betreffen, wobei ich allerdings den Eindruck hatte, daß Herr Jäger ganz offensichtlich nicht im Saale war, als Herr Wissmann gesprochen hat.

(Vereinzelter Beifall)

Lieber Herr Jäger, Herr Wissmann hat hier ja eine Reihe der Punkte angesprochen und seine bzw. die Meinung der Jungen Union deutlich dargelegt. Ich kann jetzt eigentlich nur ein Teil dessen wiederholen, was von den Rednern der Jungen Union zu der Kritik schon gesagt worden ist. Ich will das vielleicht etwas deutlicher machen, als das bisher geschehen ist, damit es auch wirklich verständlich ist.

Ich will mit dem beginnen, was auch Sie zu Beginn Ihres Beitrags angesprochen haben, nämlich mit der Kritik an der – wie Sie sagen – vermeintlichen Geschlossenheitseuphorie. Die Junge Union hat an manchen Bewertungen zur Friedensdiskussion, die innerhalb und außerhalb der Partei abgegeben worden sind, Kritik geübt. Herr Wissmann hat ja beispielsweise die Presseerklärung zitiert, die am Samstagabend, am Abend der Demonstration, als Verlautbarung der Partei zu dieser Friedensdemonstration herausgekommen ist. Ihr einleitender und prägender Satz, der überall zutreffend wiedergegeben ist, lautete, diese Friedensdemonstration habe eine Verfestigung der Volksfront zwischen Teilen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Chaoten gebracht. Meine Damen und Herren, wer diese Demonstration so bewertet, schlägt die Tür zum Dialog mit diesen Leuten zu, bevor der Dialog überhaupt begonnen hat.

(Beifall)

Wenn noch einmal angesprochen worden ist, daß manches Mal Sachdiskussion und Personaldiskussion, uns von außen aufgeschwätzt, miteinander verbunden werde, so ist das sicher richtig. Nur muß ich dazu einmal ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren: Wer uns als Junge Union verdächtigt, wir wollten dem Helmut Kohl etwas, hat ja nicht einmal halbwegs beobachtet, was bei uns in der Jungen Union wirklich diskutiert wird. Jedermann, der die Szene einigermaßen kennt, weiß doch, daß gerade Helmut Kohl in der Jungen Union wie kaum ein anderer über Sympathien verfügt und auch in Zukunft verfügen wird.

(Beifall)

Ich weiß also gar nicht, was solche Spekulationen sollen. Davon sollten wir uns auch nicht irritieren lassen. Das müssen wir von uns abprallen lassen.

Wenn wir auf Grund solcher Irritationen selbst darauf verzichteten, Sachdiskussionen zu führen, neue sachpolitische Gedanken in die Diskussion einzubringen und auch das, was wir bisher immer gesagt haben, in Frage zu stellen, dann müssen Sie, meine Damen und Herren, die Junge Union aus der Partei ausgliedern. Wir sind dazu da, daß wir in Frage stellen, was bisher gesagt worden ist. Diese Aufgabe werden wir in Zukunft in noch größerem Umfang wahrnehmen, als wir es bisher schon tun konnten.

(Beifall)

Auf dem letzten Bundesparteitag haben wir, um auch von außen Denkanstöße aufnehmen zu können, einiges beschlossen, z.B. eine Zukunftscommission einzusetzen, um etwa auch Wissenschaftler von außen hinzuzuziehen. Meine Damen und Herren vom Bundespräsidium und Bundesvorstand, wie ich höre, ist diese Zukunftscommission noch nicht einmal berufen — ein halbes Jahr ist das her —, geschweige denn, daß sie die Arbeit aufgenommen hätte. Wenn Sie in diesem Arbeitstempo unsere Zukunft angehen wollen, sieht es schlecht aus. Das muß ich wirklich deutlich sagen.

(Beifall)

Ein letzter Satz, Herr Präsident, zu dem, was Herr Wörner angesprochen hat, zu der friedenspolitischen Diskussion und der Frage, welche Möglichkeiten man habe, die auch von ihm akzeptierte politische Grenzsituation zu überwinden. Ich glaube, daß Herr Wörner die Antwort auf diese Frage gegeben hat. Wie ich finde, hat die Partei ihren Standpunkt hierzu bisher auch zutreffend deutlich gemacht, dieses Thema in den vergangenen Monaten allerdings zunehmend den Sozialdemokraten überlassen.

Unser Ziel mit Blick auf die doch auch von uns als unerträglich empfundene Überrüstung der Welt, auch in atomarer Hinsicht, kann doch nur beiderseitige angemessene Abrüstung sein. Deshalb ist das, glaube ich, was auch heute noch einmal erläutert worden ist, zu einem großen Teil das, was die Union konsequent angestrebt hat. Wir sagen doch nicht nur: Abrüstung deshalb, weil wir das Geld für Entwicklungshilfe oder sonst etwas verwenden wollen, sondern wir sagen auch: Abrüstung aus strategischen Gründen, weil wir davon überzeugt sind, daß diese Überrüstung der Welt kein dauerhafter Zustand sein kann. Deshalb sind wir doch auch für Abrüstung, meine Damen und Herren. Ich finde, davon sollten wir nicht abgehen, sondern im Gegenteil: Wir sollten es der SPD und FDP nicht überlassen, diese Seite des NATO-Doppelbeschlusses zu vertreten, während wir sozusagen den Nachrüstungsteil vertreten.

Eine solche Schieflage der öffentlichen Diskussion müssen wir dadurch beenden, daß wir deutlich machen, daß wir deshalb für den NATO-Doppelbeschluß sind, weil wir für Abrüstung sind und weil dies der einzige Weg dazu ist. — Danke sehr.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefer Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Göhner.

(Beifall)

Zu Wort kommt jetzt Herr Hoffmann, Rheinland.

Christian Hoffmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Christian Wulff hat vorhin von zu vielen Worten gesprochen. Ich möchte jetzt etwas warnen: vor zu vielen großen Worten. Ich gehöre zu einer Generation, die so um den Beginn der 60er Jahre, als John F. Kennedy Präsident wurde, politisch bewußt wurde. Ich möchte Ihnen einfach noch einmal die großen Worte vorlesen, die wir in den letzten 20 Jahren gehört haben: "Die neue Grenze". Es wurde die "große Gesellschaft" gefordert. Es wurde die "formierte Gesellschaft" gefordert. Der "Beginn der Demokratie" wurde uns vorgefeiert. Und die CDU sagt heute und fordert: Wir brauchen einen neuen Anfang.

Die "skeptische Generation", von der Schelsky gesprochen hat, war vor meiner Zeit. Ich selber war m.ä. ein Teil der begeisterten Generation. Ich muß sagen: Ich bin jetzt ziemlich ernüchtert. Und ich frage mich, ob wir nicht eigentlich im Zeichen der Ernüchterung etwas vorsichtig mit der Forderung nach einem neuen Anfang sein sollten. Ist das wirklich redlich?

Wir wissen, daß 95 % unserer Haushalte mit verplanten Ausgaben belegt sind. Und wir wissen, daß 50 % davon nicht in den Kassen sind, weil wir verschuldet sind. Wenn wir den neuen Anfang fordern, müßten wir eigentlich auch den Mut und die Kraft haben, den Leuten zu sagen, wie dieser neue Anfang gestaltet werden kann. Ich glaube, da sind wir im Moment in der Diskussion noch nicht so weit, daß wir das wirklich könnten. Ich warne davor, die Hoffnungen auf einen neuen Anfang zu hoch zu schrauben.

Ich meine vielmehr, wir müßten unseren Wählern sagen: Wir brauchen eine Politik des Realismus, der Ernüchterung und der radikal runtergedrückten Erwartungen.

(Beifall)

Zweitens. Wenn wir jetzt bei den Worten "neuer Anfang" und "Wende" bleiben, sollten wir, meine ich, den Leitantrag noch einmal genau ansehen. Da ist mir noch etwas zu viel Materialismus und etwas zu wenig Geist drin. Wir sollten uns wirklich überlegen, wie wir eine geistige Begründung unserer Politik finden können.

Wenn ich Sätze lese wie: "Die soziale Gerechtigkeit muß wieder finanziert werden können, damit der Frieden, der innere Frieden in unserem Land ist", dann frage ich mich: Was hält uns eigentlich zusammen? Sind das Subventionen, sind das Steuererleichterungen, oder gibt es nicht noch irgend etwas anderes, was uns als Deutsche so verbindet, daß wir auch gemeinsam in Frieden zusammenleben können, wenn es mal nichts mehr zu verteilen gibt? Darüber sollten wir uns auch einmal ernsthaft Gedanken machen.

(Beifall)

Ein letztes zu Heiner Geißler, dem ich in vielen seiner Ausführungen zustimme: Ich komme noch einmal auf "Hoffnung" zurück. Walther Leisler Kiep hat heute morgen von der Hoffnung gesprochen, Helmut Kohl und Heiner Geißler auf dem Deutschlandtag der Jungen Union und jetzt hier auch wieder. Ich habe dabei ein etwas ungutes Gefühl; denn ich muß sagen: Es geht mir etwas zu weit. Meine politische Motivation ist eigentlich, daß ich mir immer vorstelle, daß Sisyphus ein glücklicher Mensch ist. Er hat zwar eine absurde Aufgabe, und er meint auch irgendwo, daß er sie immer wieder schafft, aber er hat sein eigenes Scheitern immer eingebaut. Ich glaube, wir sollten auch den jungen Leuten hier sagen – und dann im Leitantrag diese entsprechenden Passagen verankern –, daß alles, was wir tun, letzten Endes auch die Möglichkeit zu unserem Scheitern in sich birgt und daß wir uns nicht mit einer Euphorie und einer Hoffnung über diese eigene Fehlermöglichkeit hinwegsetzen sollten. Wir können jetzt nicht wieder den Gasballon aufblasen, und dann, in drei, vier Jahren, gibt es wieder den großen Knall, und es ist wieder eine Generation ernüchtert. Lassen Sie uns ihnen doch sagen: Wir wollen versuchen, angesichts der Ungewißheit mit Mut zu handeln. Wir sollten jetzt wirklich nicht die Hoffnung wieder hochjagen, bis es dann zu einem bösen Ende kommt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hoffmann, vor allen Dingen für die Pünktlichkeit.

Es spricht jetzt Herr Weberling.

Johannes Weberling: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst etwas vorausschicken. Ich möchte mich als Bundesvorsitzender des Ringes Christlich Demokratischer Studenten ganz herzlich beim Bundesvorstand für die Einladung zu diesem Parteitag bedanken. Ich glaube, daß damit erneut unter Beweis gestellt worden ist, daß der RCDS die Studentenorganisation der CDU ist und daß wir eben auch ihr Hauptansprechpartner an den Universitäten sind. Wir versuchen dort die christlich demokratische Politik durchzusetzen, die Sie im Bundesgebiet durchzusetzen versuchen.

(Beifall)

Ich freue mich außerdem, daß die CDU den Versuch wagt, mit Jugendlichen hier auf diesem Parteitag in's Gespräch zu kommen. Deshalb möchte ich Sie mal ganz praktisch auffordern, sich an Ihrem Parteivorsitzenden ein Vorbild zu nehmen und sich doch auch mehr mit den Jugendlichen zu unterhalten. Gehen Sie doch auf die Leute zu und reden Sie mit ihnen! Gehen Sie z.B. da hoch in die Ränge oder hinaus zu den Studenten und kommen Sie mit ihnen in's Gespräch!

(Beifall)

Die sind nicht so schlimm, wie man vielleicht manchmal denkt.

Ich glaube, daß es nicht nur wichtig ist, mit den Jugendlichen zu reden – ein Anfang wird hier auf dem Parteitag gemacht –, sondern ihnen vor allem zuzuhören und manchmal sogar – das sollte nicht allzu selten sein – auch auf sie zu hören; denn die haben nicht immer Unrecht.

Meine Damen und Herren, reden ist gut, aber über das Reden – das hat Norbert Blüm heute gesagt – sollten wir das Tun nicht vergessen.

Ich stelle fest – das ist meine persönliche Erfahrung –, daß viele Jugendliche sehr wohl in den Grundsätzen von Parteien Unterschiede sehen, daß sie aber in den praktischen Auswirkungen in der Politik keine Unterschiede sehen. Wir müssen doch feststellen: Gemauschelt, gesägt, mit Dreck geschmissen wird bei allen, auch bei uns.

Ich finde es sehr schade, daß z.B. unser Grundsatzprogramm immer mehr in der Ecke verstaubt. Es wird vielleicht noch gelesen, aber daran halten tut sich jedenfalls keiner mehr.

Ich frage mich, ob es da nicht verständlich ist, wenn sich eine große Anzahl von uns Jugendlichen vom Staat abwendet und sich überlegt, welche Wege für die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft, für die Gestaltung einer Zukunft, in der sie nicht nur Nummer sind und sich nicht mehr ohnmächtig gegenüber einem immer allmächtiger werdenden Staat fühlen, der sich immer weniger von demokratischen Spielregeln beeinflussen läßt, gesucht werden können.

Warum – frage ich mich wirklich – springt die CDU eigentlich hier nicht in die Bresche? Sie ist doch die Partei, die christlich demokratische Grundpositionen hat, die das Individuum vor den Staat stellt, anders als die SPD, die die Gesellschaft favorisiert. Die CDU sagt "Subsidiarität", sagt "weniger Staat", macht aber eine Gebietsreform, die sich von so-

zialdemokratischen Gebietsreformen mit den bürgerfernen Großgemeinden nicht unterscheidet. Sie sagt "weniger Staat" und redet von "mündigen Bürgern", aber wenn der "mündige Bürger" zu unbequem wird, schafft man wie z.B. in Baden-Württemberg die Verfaßte Studentenschaft einfach ab. Auch heute denkt noch keiner daran, diese wieder einzuführen.

Sie sagt "Soziale Marktwirtschaft", aber wo läuft die CDU z.B. Sturm gegen die Konzentration von Großunternehmen in der Wirtschaft?

Sie sagt "Freiheit des einzelnen" und hat ein gutes Entbürokratisierungsprogramm beschlossen, aber auch in den von ihr regierten Ländern wird immer mehr Bürokratie gemacht. Auch dort wird der Mensch immer mehr zur Nummer.

Sie ist für Solidarität, aber schauen wir die Partei selber an. Dort wird eine Sachauseinandersetzung immer wieder mit einer Personauseinandersetzung verwechselt. Ich finde, daß in einer Volkspartei wie der CDU eine ganze Reihe von Meinungen Platz haben müssen, daß die auch offen ausgetragen werden müssen. Da muß man sich nicht gleich über Personal Gedanken machen.

Ich möchte noch eines feststellen — das muß ich an dieser Stelle ganz deutlich sagen —: Auf Solidarität, die die CDU in ihr Programm geschrieben hat, kann z.B. der RCDS, wenn es mal darauf ankommt, wenn es in Vollversammlungen mal wieder kracht, wenn an der Universität wieder Unruhe ist, meistens nur seitens ganz weniger Leute, erfreulicherweise allerdings von der Parteispitze, zählen. Viele Christdemokraten in den Universitätsstädten ziehen sich dann fein zurück, und wir dürfen den Sturm allein auf uns herunterprasseln lassen.

Ich denke mir, daß die CDU eine Chance hat, wenn sie endlich mal richtig glaubwürdig Politik macht, wenn sie offen ihre Meinungsunterschiede austrägt, wenn sie die Grundsätze, die sie sich für ihre Politik nach außen gesetzt hat, vielleicht auch mal innen praktiziert. Dann werden, glaube ich, viele Jugendliche eben in dieser christlich demokratischen Partei eine echte Alternative zu irgendwelchen komischen sozialistischen Modellen sehen. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß dieser Parteitag ein guter Ansatz dazu ist, daß das vielleicht ein Anfang sein kann.

Ich will Ihnen auch gleich sagen, was der zweite Schritt sein kann. Zum einen ist zu versuchen, daß Sie zu Hause mit den Jugendlichen wieder echt in's Gespräch kommen. Und Sie sollten überlegen, ob die nicht vielleicht recht haben.

Der nächste Schritt kann durchaus sein, daß man nicht nur von Freiheit redet, sondern für Freiheit auch mal aktiv was tut, z.B. nach Bonn zu Demonstrationen geht, wo der RCDS genauso wie die Junge Union in Universitäten wirbt und festgestellt hat, daß dort viele Kommilitonen sind, die für Freiheit, Frieden und Menschenrechte demonstrieren wollen. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Weberling. Nun hat Herr Pott das Wort.

Peter Pott: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die freudige Erwartung des Hamburger–Abends möchte ich mich bemühen, mich äußerst kurz zu fassen. Ich möchte Ihnen sagen, daß dieser Parteitag und die Diskussion, an der ich zusammen mit einer Reihe junger Freunde, die hierher nach Hamburg eingeladen worden sind, mit Interesse teilnehme, für die CDU mit Sicherheit schon jetzt als Erfolg zu bezeichnen sind. Dieser Erfolg hat gezeigt, daß die CDU eine Partei ist, die in der Lage ist, sich mit den Problemen der jungen Generation tolerant auseinanderzusetzen.

(Beifall)

Über die Situation der jungen Generation ist in der heutigen Diskussion schon sehr viel gesagt worden. Eine Umfrage, in der es um die Grundwerte unserer freiheitlich–demokratischen Grundordnung geht, hat unlängst wieder gezeigt, daß sehr viele Jugendliche sich unter Werten wie "Demokratie" oder "Volksherrschaft" Dinge vorstellen, die mit denen einer pluralistischen Demokratie nicht in Einklang zu bringen sind. Ich meine, das ist auch das Fazit dessen, was wir hier heute in der Diskussion festgestellt haben. Dies ist natürlich – das trifft die Union und die anderen demokratischen Parteien gleichermaßen – auf ein Defizit sehr vieler Politiker zurückzuführen, und zwar in der Hinsicht, daß sie in den Ortsverbänden, in den Schulen nicht genügend mit den Jugendlichen reden und ihnen nicht genügend die Werte darstellen. Dies gilt für das Thema "Bundeswehr" genauso wie für ganz elementare Themen unserer demokratischen Ordnung.

Norbert Blüm hat heute in der Diskussion gefordert, nicht nur Worte zu formulieren, sondern diesen Taten folgen zu lassen. Dies gilt auch für die Diskussion über den Leitantrag. Ich meine, der Leitantrag und das, was in ihm steht – gerade auch über Bildungspolitik –, ist äußerst erfreulich. Es darf aber nicht nur bei den Aussagen, die sich in dem Leitantrag finden, bleiben. Es muß vielmehr auch – gerade für uns Schüler – zu einer Umsetzung der Aussagen in praktische Politik in den Bundesländern kommen.

(Beifall)

Als Ministerpräsident Börner eine nüchterne, recht zutreffende Bilanz der Bildungspolitik zog, wurde ihm von einem hessischen CDU–Landtagsabgeordneten zugerufen: Sie sind zum Handeln da! Wir stellen tatsächlich fest, daß das Reden zu Lasten des Handelns zunimmt. Vor allem von Politikern hören wir: Wir müssen..., wir sollten ..., wir fordern ... usw. Ich meine, wir sollten uns noch einmal ganz klar in Erinnerung rufen, daß gerade die Tat, die dem Reden folgt, das Handeln, das den Worten folgt, das Wichtige sind, worauf es sicherlich auch in der Politik ankommt. Es ist auch wichtig, hierbei zu sehen, daß der pädagogische Grundsatz in der Jugenderziehung, wonach Jugendliche nur das erfolgreich lernen, was ihnen von den Erwachsenen vorgelebt wird, sicherlich auch in vielen anderen Bereich der Politik eine Bestätigung findet. Wenn Anspruchsdenken und –handeln in vielen Fällen zu weitaus besseren Ergebnissen führen als Leistung, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn sehr viele in der Jugend dies als einen Punkt ansehen, an dem sie ihre Leistung, beispielsweise in der Schule, ausrichten. Ich glaube, wir müssen hier – genauso wie im Falle vieler anderer Werte – überzeugend darstellen, daß Leistung viel wichtiger ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist das Anliegen – es ist ja heute in der Diskussion mehrfach angeklungen – sehr vieler junger Bürger, das sie an die Politiker haben. Ich glaube auch, daß der heutige Vormittag und der heutige Nachmittag mit den Äußerungen des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs gezeigt haben, daß dies

in der Union Verständnis findet. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie sehr herzlich, das auch in Ihrer Arbeit in den Kreis- und Ortsverbänden zu berücksichtigen. Dann ist die Union, wie ich glaube, tatsächlich die Partei, die Worten auch Taten folgen läßt. Wir können morgen in den Foren dann auch ganz konkret über bestimmte Situationen sprechen, z.B. über die Situation der Schüler und die Lebenssituation sehr vieler junger Bürger. Dem können dann auch Taten folgen.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pott. Das Wort hat jetzt Herr Dr. Langguth.

Dr. Gerd Langguth: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verhehle nicht, daß ich eigentlich nicht verstehe, wieso es zu einer Diskussion über das Thema "Volksfront" überhaupt hat kommen können.

(Zustimmung)

Niemand kann behaupten, daß jene Presseerklärung, die von dem Pressesprecher herausgegeben wurde, etwa die Meinung des Parteivorsitzenden in dem Sinne richtig wiedergegeben hätte, daß er als Parteivorsitzender das Thema "Volksfront" in der Vergangenheit undifferenziert angegangen wäre. Ich erinnere daran, daß Helmut Kohl in einer Bundestagsdebatte einen Tag vor dieser Demonstration darauf hingewiesen hat, daß es darauf ankommt, gerade mit der kritischen Jugend zu sprechen und nicht alle über einen Kamm zu scheren. Für mich ist das Problem, daß gerade während seines Amerika-Aufenthaltes dann doch Leute aufgetreten sind und zumindest dem Eindruck nicht genügend widersprochen haben, daß er den Sachverhalt möglicherweise doch nicht genügend differenziert gesehen habe.

(Beifall)

Das ist der Punkt, der mir, offen gestanden, maßlos Kummer bereitet hat.

Im übrigen möchte ich gerade zu diesem Amerika-Aufenthalt noch etwas anderes sagen. Man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet, wenn der Parteivorsitzende in einer wichtigen politischen Mission in den Vereinigten Staaten ist und er dort – ich sage es einmal mit meinen Worten – wie der künftige Kanzler der Bundesrepublik Deutschland empfangen wird und dann gleichzeitig Meldungen kommen, daß die eigene Partebasis ihn nicht genügend stützt. Das ist doch das Problem.

(Beifall)

Ich erwarte – dies möchte ich hier auch einmal sagen –, daß es auch führende Parteileute gibt, die in einem solchen Fall den Mut haben, hinzugehen und zu sagen: Das war ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat. So hat Helmut Kohl das nicht gesagt! – Das gehört zum Stil.

Wir sprechen auf diesem Parteitag zum Thema der jungen Generation. Wir können natürlich neue Leitlinien und neue Programme beschließen. Vieles, was heute gesagt wurde, habe ich aber schon seit 1970 gehört. Was nützt es, wenn wir die schönsten Worte hören, aber keinen Stil praktizieren, der vorbildhaft wirkt? Was junge Leute kritisieren, sind häufig nicht der Inhalt oder die Worte, sondern es ist häufig unser Stil. Stil

und Inhalt hängen meines Erachtens deutlich zusammen. Darauf wollte ich hinweisen.

(Beifall)

Im Zusammenhang mit der Volksfront–Diskussion erschreckt mich allerdings, daß in der jungen Generation offensichtlich doch ein sehr deutlicher Wertwandel stattgefunden hat. Eine Aktionseinheit mit Kommunisten scheint eine Sache zu sein, die man hinnehmen kann. Eine Aktionseinheit mit Rechtsextremisten, die genauso falsch wäre, erscheint im Grunde aber nicht mehr als akzeptabel. Hier wird also nicht genau hingesehen und mit verschiedenen Maßstäben bemessen. Das ist das Problem, das sich hier zu stellen scheint. Ich sehe es als eine Aufgabe der Union an, auch das Thema "Volksfront" anzusprechen. Als früherer RCDS–Bundesvorsitzender will ich einmal Revue passieren lassen, wie es damals anging. Wenn ich dies tue, stelle ich fest, daß die Volksfront–Agitation Ende der 60er Jahre und Anfang der 70er Jahre mittlerweile voll umgeschlagen ist. Es ist meines Erachtens das Recht und auch die Pflicht einer Partei, z.B. Veranstalter einer solchen Friedensdemonstration zu fragen, warum sie sich nicht von Kommunisten distanzieren, die den Aufruf eben mit unterschrieben haben. Auch dieses gehört dazu.

(Beifall)

Wenn ich dieses sage, verteufele ich doch noch längst nicht alle diejenigen, die an der Demonstration in Bonn teilgenommen haben. Ich kann dennoch zum Ausdruck bringen, daß viele Gutwillige und idealistisch Gesonnene daran teilgenommen haben. Die Geschichte der Volksfront zeigt aber eben auch, daß Gutwillige immer wieder von knallharten Kaderpolitikern ausgenutzt wurden.

(Beifall)

Diesen Punkt muß man sehen. Das ist eine Aufgabe auch der Partei –

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Langguth. Jetzt hat Herr Gerster das Wort.

Johannes Gerster: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Bild, das zahlreiche Vertreter der Jungen Union heute von ihrer Organisation gezeichnet haben, ist das Bild einer kleinen, unbedeutenden, armen, unverständenen, unterdrückten Organisation, die an einer harten Steinwand aller etablierter Unionspolitiker Tag für Tag abpralle und keinerlei Einfluß gewinnen könne. Liebe Freunde, dieses Bild stimmt doch nicht. Lassen Sie mich das als Vorsitzenden eines Kreisverbandes sagen, in dem über 25, ja über 30 % der Mitglieder Mitglieder der Jungen Union sind.

Natürlich gibt es dort Probleme mit dem örtlichen JU–Vortand. Natürlich werden bei der Stadtratsliste nicht genügend JU–Vertreter berücksichtigt, wenn hohe Forderungen gestellt werden. Aber, meine Damen und Herren, die Junge Union mit den rund 700 Mitgliedern trägt doch die Arbeit der Partei in einer hervorragenden Weise mit, in einer Weise, die auf jeden Fall einen größeren Einfluß darstellt als manche andere Vereinigung.

Deswegen lassen Sie, liebe Freunde der Jungen Union, sich zurufen: Etwas weniger Wehleidigkeit, etwas mehr Mut, etwas mehr Zuversicht, etwas mehr Selbstbewußtsein! Sie sitzen in fünf bis zehn Jahren hier, wenn andere – ich zähle mich dazu – längst auf das politische Altenteil abgeglitten sind. Ihnen gehört doch die Zukunft! Sie haben doch die biologischen Vorteile uns gegenüber. Sie haben doch alle Möglichkeiten, diese Partei zu gestalten!

(Vereinzelter Beifall)

Wenn hier Matthias Wissmann sehr blumig fordert, wir müßten über Sachfragen streiten, dann bin ich voll einverstanden. Diese Forderung ist genauso richtig, wie wenn er uns aufforderte, endlich die Wahlen zu gewinnen. Natürlich streiten wir über Sachfragen. Aber, lieber Matthias Wissmann, dann wollen wir keine Scheingefechte.

Wenn gesagt wird, es gebe streitige Themen, dann kann es nicht wahr sein, daß als einziger Punkt das Argument mit der Volksfront von Helmut Kohl oder seinem Pressesprecher kommt. Helmut Kohl hat doch vor der Demonstration in der Bundestagsfraktion den Begriff "Volksfront" genauso differenzierend verwendet wie nachher, ohne daß ihm die Fraktion widersprochen hätte. Ich frage mich: Ist denn eine Presseerklärung eines Pressesprechers, der neu im Amt ist, eine so aufregende Sache? Was glauben Sie, was ich Ihre Presseerklärungen im Laufe eines Jahres kommentieren könnte!

Nein, meine Damen, meine Herren, wenn so formuliert wird, dann müssen hier echte Sachstreitigkeiten vorhanden sein.

Hier sage ich es ganz klar: Dann möge die Junge Union auch hier eigene unterschiedliche Sachpositionen darstellen. Denn: Streit in der Sache – ja, aber er muß sich rentieren, es muß um echte "essentials" der Politik gehen. Hier klaffen nach meiner Meinung Worte und Forderungen der Jungen Union – "Wir liegen mit der Union im Clinch" – einerseits und die relativ kleinen Probleme, die untereinander bestehen, auseinander.

Drittens lassen Sie mich, meine Damen, meine Herren, eine Schlußbemerkung machen: Offene streitige Diskussion in der Sache – ja, aber Geschlossenheit in der Tat.

Ist es nicht so, daß gerade junge Menschen heute mehr kritisieren, daß wir in eine Verbaldemokratie großer Ankündigungen gekommen sind, in eine Demokratie, wo Worte und Taten nicht mehr kongruent sind? Und ist es nicht so, daß gerade die Jugend wie die Gesamtbevölkerung seit zehn Jahren vorgemacht bekommt, wie man großen Ankündigungen keine oder kleine Taten folgen läßt? Hier bin ich der Meinung: Es gehört zur Glaubwürdigkeit einer Partei, offen zu diskutieren, aber dann zu Geschlossenheit in der Sache zu finden. Denn Geschlossenheit in der Sache gehört bei einer Partei unmittelbar mit der Glaubwürdigkeit zusammen.

Daher möchte ich uns und die Freunde der Jungen Union – in den Kreisverbänden, in den Landesverbänden, in der Bundespartei – aufrufen: Legen Sie Ihre sachpolitischen Probleme offen auf den Tisch! Lassen Sie uns streiten! Lassen Sie uns dann eine Mehrheitsmeinung finden und diese dann aber gemeinsam, geschlossen vertreten! Dann gehört uns die Zukunft. – Schönen Dank.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Warken, danach Herr Öttinger und als Schlußredner Herr Karl.

Hans-Georg Warken, Saarbrücken: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich zunächst etwas zur Kritik an der Jungen Union äußern. Für mich ist das nämlich eine Kritik an der Jungen Union und nicht an ihrem Vorsitzenden. Für mich ist es eine Kritik an einem Diskussionsvorgang, der bei uns in der Jungen Union stattgefunden hat. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union ist derjenige, der die Auffassungen dieser Organisation nach außen zu vertreten hat.

Erlauben Sie mir eine Bemerkung zu der Volksfront-Diskussion, wie sie nunmehr genannt wird. Wir als Junge Union, als verantwortliche Jugendpolitiker, die der Partei wichtige Zuarbeit leisten sollen, merken, wie es schmerzt, wenn manche undifferenzierte Äußerung von der Partei über die Jugend nach außen gemacht wird, wie manche Äußerung, wer auch immer sie tätigt, in den Medien falsch weitergegeben wird.

Unsere Aufgabe in der Jungen Union ist, daß wir unseren kritischen Beitrag dazu leisten, daß nicht alles in die Ecke gestellt wird, die den Eindruck erweckt, daß die Junge Union oder die Union generell auf Andersdenkende mit Holzhammermethoden reagiert.

Meine Damen und Herren, schon gestern ist bei der Begrüßung unserer Gäste auf diesem Parteitag von den Gästen am Generalsekretär sehr bereit die Kritik geäußert worden, daß die Union in den vergangenen Jahren eine Menge an jugendpolitischen Defiziten habe entstehen lassen. Wir haben als Junge Union auf dem Berliner Parteitag klarzumachen versucht, daß nach der Grundsatzdiskussion nun endlich konkrete Beschlüsse für die konkrete Jugendpolitik gefaßt werden müssen. Darauf ist nichts geschehen.

Wir haben in Berlin einen Antrag unter dem Titel eingebracht: "Orientierung und Verständnis – Antworten an die junge Generation". Er ist dankenswerterweise von vielen Präsidiumsmitgliedern unterstützt worden. Der Antrag ist von Ihnen als Parteitag in Berlin einstimmig angenommen worden. Darauf ist nichts geschehen, meine Damen und Herren.

Jugendpolitik, so hat sich uns der Eindruck aufgedrängt, ist bei allen Problemen der Nation zu einer völligen Nebensache geworden. Insofern haben wir uns sehr gefreut, als die Ankündigung des Parteivorsitzenden kam, daß nun endlich ein Jugendparteitag stattfinden soll, auf dem die Jugendprobleme breit diskutiert werden sollen. Wir haben dabei die Erwartung gehabt und auch immer wieder geäußert, daß die Union nicht das Gespräch über die Jugend, sondern das Gespräch mit der Jugend führt. Sie muß klar machen, wie eine Gesellschaft aussehen soll, in der sich Jugendliche heimisch und geborgen fühlen.

Ich will dabei unsere Enttäuschung nicht verhehlen, daß nach unserem Eindruck viele Anregungen von Parteiuntergliederungen zu der ersten Vorlage, viele Anregungen aus Parteiorganisationen wie der Jungen Union, viele Kritikpunkte, die auf dem öffentlich durchgeführten Hearing seitens der Jugendverbände an die Union herangetragen worden sind, spurlos an der Vorlage des Parteivorstands vorübergegangen sind.

Wir erwarten also, daß die CDU bereit ist, die Grundsatzdiskussion der vergangenen Jahre endlich in konkrete Beschlüsse umzumünzen.

Für uns ist nicht akzeptabel, was Heiner Geißler vorgeschlagen hat, aber auch die Antragskommission vorschlägt: daß der Jugendparteitag die Jugendthemen auf irgendeine Kommission vertragt, die in irgendeinem Jahr, in irgendeiner kommenden Zeit irgendein Papier erstellen soll, damit wir die Jugendprobleme wieder diskutieren, wenn wir unter uns sind.

(Beifall)

Wir wollen als Junge Union einen eigenen jugendpolitischen Teil auf diesem Parteitag haben und mit Ihnen diskutieren, auf dem Parteitag, der Jugendarbeit, kommunale Jugendpolitik, aber auch kritische Fragen wie die Novellierung der Wehrdienstverweigerung anspricht und hier mit unseren jugendlichen Gästen offen und breit in einem Dialog, in einer Diskussion, die die Probleme breiter erfaßt als nur diejenigen in Bildung und Beruf, die Lösungsmöglichkeiten der Union aufzeigt. Denn es muß uns darum gehen, klarzumachen, daß die Union tatsächlich nicht nur Randprobleme, sondern alle Probleme der Jugend in der Zukunft bewältigen will.

(Beifall)

Dr. Theodor Schwefer, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Warken. Herr Öttinger bitte.

Gunther Öttinger, Ditzingen: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich als Delegierter der jungen Generation hier fünf Punkte zur Ausführung bringe.

Vorab möchte ich dem Bundersvorstand und dem gesamten Parteitag für die, ich glaube, völlig offene, konstruktive und sachliche Diskussion danken. Ich glaube, diese Diskussion am ersten Tag des Parteitags bringt uns viel weiter als manche tagelangen Diskussionen auf vergangenen Parteitagen. Bedauerlich ist, daß hier das Plenum wie im Bundestag halb leer ist, die Wandelgänge dagegen dicht gedrängt sind.

(Beifall)

Wir sind von daher nicht unbedingt ein gutes Vorbild für eine breite Diskussion.

Punkt 1: Im Leitantrag fordert die CDU in markigen Worten überschaubare Schulen, kleinere Klassen, kürzere Schulwege, Anpassung der Lehrpläne an die Verfassung, Schulbücher, die unsere Gesellschaftsordnung bejahen. Ich frage mich, ich frage Sie, ich frage uns alle: Wer hat denn – wenn nicht die CDU – in den letzten zehn Jahren die Möglichkeit gehabt, über die Mehrheit in den Landesregierungen, über die Mehrheit in den Ländern die Kultuspolitik zu gestalten und diese Veränderungen herbeizuführen?

(Beifall)

Ich meine, diese Forderungen sollten wir an unsere eigene Jacke heften, und wir sollten es klar sagen: Hier haben auch wir Fehler gemacht, hier haben auch wir uns in der Kultusministerkonferenz einbinden lassen und Beschlüsse gefaßt, von denen wir heute nicht mehr wegkommen.

Punkt 2, zur Verteidigungspolitik: Herr Professor Biedenkopf hat in der letzten Woche einig, wie ich meine, nachdenkenswertes gesagt. Nur, so frage ich mich, Herr Pro-

fessor Biedenkopf: Sie sind seit Jahren Mitglied des Parteipräsidiums, Sie gestalten diese Partei seit Jahren in vorderster Front mit. Wie kommt es, daß Ihnen drei Tage vor diesem Parteitag derart weitreichende und kontroverse Gedanken zum bisherigen Gedankengut der Partei einfallen? Warum sind Sie nicht früher in der Lage gewesen, dieses Gedankengut in den Vorstand und in die Gremien hineinzutragen? Auch Sie haben den Leitantrag mitunterzeichnet. Ich bedauere, daß Sie nicht als Präsidialmitglied oder zumindest als einzelner Delegierter hier einen Änderungsantrag zum Parteiprogramm in unsere Tagungsunterlagen eingebracht haben.

Punkt 3: Wir alle plädieren für eine verständliche Sprache.

So fordern wir in unserem Leitantrag wörtlich:

„Wir fordern eine verständliche Sprache des Staates gegenüber den Bürgern. Eine verständliche Sprache, die es ermöglicht, daß der Bürger die staatliche Ordnung versteht.“

Exakt auf derselben Seite kommt ein vertrackter, mit Fremdwörtern gespickter Satz:

„Unser Ziel einer gesellschaftlichen Ordnung ist die Entfaltung des Menschen als personales und soziales Wesen, ...“

Ich frage mich, was ist das: ein personales und soziales Wesen? Das ist doch wohl ein Mensch. Der Ausdruck „personales und soziales Wesen“ ist für mich ganz undeutliche Sprache. —

Es heißt dann weiter:

... „der Vorrang freier Träger vor staatlicher Organisation, Dezentralisation statt Zentralismus, Wettbewerb statt staatlichem Dirigismus, Selbstverwaltung statt Bürokratie.“

Wenn wir auf derselben Seite eine einfache, verständliche Sprache fordern, führen wir diese Forderung ad absurdum, wenn wir einen derartigen Satz zum Gegenstand des Leitantrages machen.

(Beifall)

Punkt 4: Matthias Wissmann ist heute, möchte ich meinen, zur Zielscheibe der Kritik geworden. Er hat, vom gestrengen Jägersmann, der mit der Schrotflinte geschossen hat, bis hin zu anderen Delegierten, in breitem Umfang Sperrfeuer bekommen. Ich möchte hierzu zweierlei sagen.

Erstens. Wenn einer unter den führenden Vertretern der jungen Generation im vergangenen Jahrzehnt permanent am Bundesvorsitzenden festgehalten hat, und zwar nicht nur in guten Zeiten, sondern auch dann, als dieser von Mitgliedern des Parteivorstandes und Mitgliedern der Basis schon angezählt, wenn nicht gar ausgezählt worden ist, so war dies eben Matthias Wissmann. Und wenn einer in seiner Person die Berechtigung hat, Kritik in der Sache zu üben, dann er. Von daher sollten wir seine Aussage als eine Kritik allein in der Sache und nicht als eine Kritik an der Person des Bundesvorsitzenden verstehen.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Wir haben heute im breiten Umfang auch das Verhältnis der Jungen Union zur Mutterpartei diskutiert. Bei aller Kritik sollten wir uns über eines klar sein: Die Junge Union steht in vollem Umfang mit einer kritischen Solidarität zur CDU, während die Jugendorganisationen von SPD und FDP, die Jungsozialisten, die Jungdemokraten und die Julis, stänkernd und mosernd im Abseits stehen. Seien wir doch – dies sage ich bewußt als Mitglied der Jungen Union und der CDU – stolz auf diese Jugendorganisation! Wir könnten uns, so meine ich, keine bessere – weil in der Sache kritisch, aber im Grundkonsens solidarisch und in der Person unterstützend – Jugendorganisation wünschen, als sie die Junge Union im Augenblick darstellt.

Ich bitte Sie, von daher auch unsere Kritik nicht als Kritik an der CDU, sondern als einen Versuch zur Verbesserung unserer Sachaussagen zu verstehen und auch anzuerkennen, daß es die Junge Union war, die in breitem Umfang in konstruktiver Weise zu dem Leit Antrag Änderungsanträge gestellt und Verbesserungsvorschläge gemacht hat: – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Als letzter Redner hat jetzt Herr Kahl das Wort.

Christoph Kahl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte noch einmal auf die Diskussion über die Friedensdemonstration zurückkommen. Das, was damals und heute von der CDU gemacht worden ist, ist doch auch ein Angriff auf die Idealisten, die in dieser Friedensorganisation mitgegangen sind, obwohl Kommunisten diese Demonstration mitorganisiert haben.

Meine Damen und Herren, als Kreisvorsitzender der Jungen Union Köln, der das Vergnügen hat, dauernd mit Jugendlichen und Jugendorganisationen in dieser Stadt zu sprechen, kann ich Ihnen hierzu dreierlei mitteilen. Erstens. Dieser Vorwurf der CDU interessiert die Jugendlichen überhaupt nicht. Zweitens. Das In–die–Ecke–stellen großer Teile der Jugend bringt uns nicht nur nicht weg von den 20 Prozent Jungwähleranteil, sondern es geschieht etwas viel Schlimmeres: Man redet überhaupt nicht mehr mit uns, und die Jugend beschäftigt sich nicht mehr mit der CDU.

Wenn wir kritisieren, daß Jugendliche bei von Kommunisten organisierten Demonstrationen mitgehen, dann müssen wir uns auch fragen, was wir versäumt haben, daß es überhaupt so weit gekommen ist.

(Beifall)

Das hat auch etwas mit politisch–geistiger Führung zu tun.

Lassen Sie mich deshalb noch etwas zu der auch von der Jungen Union mitgetragenen Demonstration anläßlich des Besuchs von Herrn Breschnew am 22. November sagen. Was haben wir als CDU da bisher vor allem gemacht? Wir haben uns – auch heute wieder – beteiligt an dem Raketen zählen und an der Unterstützung der jetzt notwendigen Nachrüstung, weil der Osten schon vorgerüstet hat.

Unser Anliegen in der Demonstration am 22. November ist es nun, eine ganz neue Dimension in diese Diskussion zu tragen, wie auch heute ansatzweise schon deutlich geworden ist: Politiker in freiheitlichen, demokratischen Staaten könnten überhaupt nicht

auf die Idee kommen, ihre Bürger in einen Angriffskrieg zu treiben. Damit hätten sie überhaupt keine Chance, wiedergewählt zu werden. Aber Politiker in diktatorischen Staaten haben sehr wohl diese Möglichkeit. Wenn wir also Frieden wollen und nicht nur Waffenstillstand, wenn wir auf Dauer die Überwindung der jetzigen Grenzsituation wollen, kann das doch wohl nur dadurch ermöglicht werden, daß wir auf Dauer in allen Staaten demokratische, freiheitliche, die Menschenrechte achtende Systeme haben. Dann wird es nie mehr auch nur zu einer Kriegsandrohung kommen.

Wenn es uns gelingt, diese Dimension in die Friedensdiskussion einzuführen, deutlich zu machen, auch in anderen Ländern, insbesondere gegenüber Herrn Breschnew, daß unser Eintreten für die Menschenrechte und für ein freiheitliches System unser Aspekt der Friedensdiskussion ist, und nicht die Waffenstillstandsdiskussion, dann, meine ich, würde uns das erstens sehr gut tun, und es würde zweitens nicht nur Interesse bei den Jugendlichen schaffen, sondern darüber hinaus auch Zustimmung.

Lassen Sie mich nun nur noch ganz kurz auf einen weiteren Punkt eingehen. Ich bin dem Generalsekretär, Herrn Geißler, sehr dankbar, daß er das Thema Wehrgerechtigkeit angesprochen hat. Junge Leute, die vor ihrer Entscheidung stehen, möchten am allerwenigsten als Drückeberger bezeichnet werden, wenn sie sich für die Kriegsdienstverweigerung entscheiden. Nehmen wir sie doch beim Wort! Wir können dann auf das Anerkennungsverfahren verzichten, wenn das theoretische Ziel erreichbar ist, daß für jeden einzelnen, ob er im Wehrdienst oder im Zivildienst ist, eine persönliche Gleichbelastung eintritt. Dann bleibt für die Entscheidung nur das Gewissen.

Wenn wir diesen Aspekt dazu benutzen, von unserer Seite, wie das von Heiner Geißler heute angekündigt worden ist, die Diskussion um die Wehrgerechtigkeit aufzugreifen, wird dieser Teil der dann folgenden Diskussion bei den Jugendlichen sehr viel Interesse und sehr viel Zustimmung finden.

Ich möchte damit schließen, daß ich die CDU, uns alle, auch mich, aufrufe, nicht gleich, wenn irgendwo etwas sehr Kritisches gesagt wird oder wenn Jugendliche etwas tun, wovon wir als CDU-Politiker sagen, das sei schon fast unmöglich, mit dem Holzhammer draufzuhauen. Es ist auch bei vielen Jugendlichen so, daß nicht alles so heiß gegessen wird, wie es angerichtet und gekocht wurde. — Vielen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, die 2. Plenarsitzung geht dem Ende zu. Wir haben ein wenig überzogen, dafür hat aber auch jeder, der hier im Plenum zu Wort kommen wollte, die Chance gehabt, zu Wort zu kommen. Ich bedanke mich bei Ihnen allen, insbesondere bei den Diskussionsteilnehmern, daß Sie für die Zahl der Wortmeldungen und in Verbindung damit für die Glocke Verständnis hatten. Auf diese Weise konnten wir die große Zahl der Wortmeldungen heute nachmittag tatsächlich bewältigen.

Das Parteitagspräsidium bittet jetzt alle Teilnehmer, die Unterlagen mitzunehmen, da der Saal umgebaut wird für die morgige Forumsdiskussion. Die heute geltende Sitzordnung nach Landesverbänden wird dazu aufgehoben. Morgen tagt in diesem Saal das Form 3 "Bürger und Staat", weil für dieses Forum die meisten Anmeldungen vorliegen. In diesem Forum hat dann jeder ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einem

Landesverband die Möglichkeit, dort Platz zu nehmen, wo er will. Das Tagungsbüro weist ausdrücklich darauf hin, daß es nicht in der Lage ist, etwa verlorengegangene Taschen zu ersetzen.

Meine Parteifreunde, ich bitte Sie, morgen pünktlich zu sein. Pünktlich um 9 Uhr beginnen die Foren in diesem Hause, wo im einzelnen, finden Sie in Ihren Tagungsunterlagen.

Ehe ich die Sitzung schließe, möchte ich Sie für die Hamburger CDU zum Hamburger Abend einladen, der um 20 Uhr in diesem Hause beginnt, und zwar unten im Erdgeschoß im Saal 3. Für Ihr leibliches Wohl ist ebenso gesorgt wie für ein buntgemixtes Unterhaltungsprogramm. Wir hoffen, daß wir dabei auch jeweils Ihren Geschmack getroffen haben. Das Entscheidende aber müssen Sie selbst tun, nämlich gute Laune mitbringen und die Bereitschaft, nach einem harten Tag mit über acht Stunden auch einige fröhliche Stunden lang zusammensitzen. Ich wünsche Ihnen und uns allen einen schönen Abend und schließe damit die 2. Plenarsitzung.

(Schluß: 19.33 Uhr)

Mittwoch, 4. November 1981

3. Plenarsitzung
Beginn: 19.40 Uhr

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium (mit Beifall begrüßt): Liebe Parteifreunde! Wir haben beschlossen, mit den Beratungen um 19.30 Uhr wieder zu beginnen. Wir sind hier zwar noch nicht ganz komplett, der eine oder andere, der hier vorne eine Aufgabe zu erfüllen hat, ist noch nicht da, gleichwohl deute ich den Beifall, der eben im Plenum aufklang, als Ausdruck des Wunsches der Delegierten, mit der Arbeit des Parteitages fortzufahren.

(Beifall)

Diesem Wunsch wollen wir vom Tagungspräsidium aus auch Rechnung tragen.

Wir haben die Freude, auch heute ein Geburtstagskind in unserer Mitte begrüßen zu können. Ich beglückwünsche den Landesgeschäftsführer der Exil-CDU, Herrn Alfred Krause, zu seinem heutigen Geburtstag.

(Beifall)

Auch für ihn haben wir ein kleines Geschenk vorgesehen. Das Buch "Die CDU – Porträt einer Volkspartei" wird Ihnen, Herr Krause, gleich im Namen des Parteitagspräsidiums überreicht werden.

Ich rufe jetzt **Punkt 12 der Tagesordnung** auf: Fortsetzung der Beratung und Verabschiedung des Leitantrages des Bundesvorstandes

Zum Ablauf der Beratungen zum Leitantrag schlagen wir Ihnen folgendes Verfahren vor: Zunächst sollen die allgemeinen Anträge zum Leitantrag und die Anträge zur Präambel beraten werden. Danach soll dann Herr Walther Leisler Kiep den Bericht aus dem Forum "Mit der Jugend – Für Soziale Marktwirtschaft im Dienst des Menschen" geben und die dazugehörigen Anträge zur Beratung aufrufen. Danach soll die Berichterstattung durch Herrn Ministerpräsident Dr. Albrecht aus dem Forum "Mit der Jugend – Für neue Zukunftschancen in Bildung und Beruf" erfolgen. Dann werden die dazugehörigen Anträge zum Leitantrag aufgerufen. Danach soll – soweit noch weitere Zeit für die Beratungen heute zur Verfügung steht – Herr Senator Dr. Blüm den Bericht aus dem Forum "Mit der Jugend – Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht" geben. Danach –

(Zuruf)

- Sie sind zu pessimistisch. Wir hatten heute doch eine so intensive Diskussion in den Foren und hier im Plenum, daß sich vielleicht manche Diskussionsbeiträge, die eigentlich geplant waren, erübrigen.

Wenn ich keinen Widerspruch höre, verfahren wir wie vorgeschlagen. – Ich höre keinen Widerspruch.

Wir kommen dann zur Beratung der allgemeinen Anträge zum Leitantrag des Bundesvorstandes und der Anträge zur Präambel. Das sind die Anträge A 1 bis A 7.

Die Empfehlungen der Antragskommission lesen Sie auf Seite 3 des Antragsbuches.

Darf ich zunächst fragen, inwieweit gewünscht wird, die Anträge A 1 bis A 7 noch einmal zu begründen?

Ich habe zunächst eine Wortmeldung von Herrn Warken vorliegen, der zur Antragslage vor der Präambel das Wort nehmen möchte. Bedeutet das, daß Sie einen der Anträge von A 1 bis A 7 begründen wollen oder daß Sie zur Geschäftsordnung sprechen wollen, Herr Warken? – Zu A 7.

Dann rufe ich zunächst den Antrag A 1 auf. Wird gewünscht, den Antrag 1 zu begründen? – Bitte schön.

Manfred Pfau: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der CDU-Landesverband Baden-Württemberg ist der Auffassung, daß sich, wenn Äußerungen zu den Zukunftschancen der jungen Generation gemacht werden, diese nicht nahezu ausschließlich auf Bildungs- und Ausbildungsfragen beschränken dürfen, sondern daß auch einige allgemeine jugendpolitische Bemerkungen gemacht werden sollten. Wir haben uns bemüht, in der Diktion des gesamten Leitantrags einige Formulierungen vorzulegen, die Sie im Antrag A 1 finden, und schlagen vor, dies zu Anfang des gesamten Zukunftschancen-Kapitels zu setzen und dafür entsprechende Ziffern vorzusehen.

Wir wollen mit unserem Antrag zum einen den Zusammenhang zwischen Jugend, Familie, Vereinigungen, Verbänden und Sozialer Marktwirtschaft darstellen.

(Vereinzelte Zustimmung)

Wir wollen zweitens darstellen, daß gerade für die Union eine zwingende Notwendigkeit besteht, die Träger der Jugendarbeit, die Vereine und Verbände, in diesem Leitantrag wenigstens zu erwähnen und ihre Bedeutung herauszustellen.

(Vereinzelte Zustimmung)

Drittens wollen wir eine Lobby für die Jugend. Wenn eine Partei es fertigbringt, für die Jugend zu sprechen, dann sind wir es. Wir wollen – nach dem Selbstverständnis der Jugend – formulieren, daß wir Lobby sind, und wir wollen uns in der öffentlichen Diskussion für die Jugend einsetzen.

Insbesondere wollen wir mit der Formulierung, die sich auf die Massenmedien bezieht, darstellen, daß wir es im Grunde nicht länger hinnehmen dürfen, daß in den Massenmedien immer die Minderheiten zu Wort kommen, während die ganz normale, aber sehr effektive Jugendarbeit zu kurz kommt.

(Beifall)

Dies sollte in einem Antrag zu dem Leitantrag zum Ausdruck gebracht werden.

Schließlich wollen wir die Jugend auch auffordern, in ihren eigenen Reihen die kritischen Positionen zu vertreten, die sie in aller Regel nur nach außen vertreten. Ich frage mich z.B., ob denn einer mit 30 oder 40 Jahren tatsächlich noch ein Jugendlicher ist, wenn er innerhalb der Jugendorganisationen als Jugendleiter oder Jugendsprecher auftritt. So

mancher, der im Namen der Jugend etwas sagt, ist ein selbsternannter Jugendsprecher, ohne die Legitimation dazu zu haben. Diesen Punkt wollten wir ganz gern auch angesprochen haben.

Schließlich muß auf dem Wege der Antragstellung eine Vertauschung vorgekommen sein. Was unter Ziffer f abgedruckt ist, sollte eigentlich unter Ziffer a, also am Anfang stehen. Die Reihenfolge der anderen Ziffern würde sich dann entsprechend verschieben.

Wie gesagt, wir wollten gern erreichen, daß diese Aussagen gleich zu Beginn in den Leit-antrag aufgenommen werden, also dort, wo von den Zukunftschancen der jungen Generation die Rede ist. Wir bitten, unseren Antrag anzunehmen.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Der Antrag A 1 steht zwar am Anfang des Antragspaketes. Aus dem Antrag A 2 ergibt sich aber, daß dieser ein weitergehender Geschäftsordnungsantrag ist. Mit diesem Antrag A 2 soll eine Vertagung unserer Beratungen erreicht werden. Deswegen müßten wir wohl, bevor wir in die Einzelberatung und in die Abstimmung über den Antrag A 1 eintreten, zunächst Klarheit darüber herbeiführen, ob dem Wunsch der Antragsteller des Antrags A 2 auf Vertagung gefolgt werden soll. Ich frage, ob der Wunsch besteht, den Antrag A 2 hier im Plenum noch einmal zu begründen. — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann stimmen wir jetzt zunächst über den Antrag A 2 ab, weil er möglicherweise alles weitere überflüssig machen würde. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag abzulehnen. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. — Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag A 2 ist abgelehnt.

Wir fahren dann in der Beratung des Antrages A 1 fort. Für die Antragskommission hat Frau Dr. Hellwig das Wort.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt, jetzt bei der Beratung alle die Anträge, die darauf gerichtet sind, ein zusätzliches Kapitel "Jugend" einzuführen, zusammen zu behandeln. Dies sind die Anträge A 1, A 3 und A 5 bis A 7. Für die Antragskommission darf ich feststellen, daß sie es ausdrücklich begrüßt hat, daß hier wichtige Ergänzungs- und Änderungsvorschläge gemacht worden sind. Ich füge hinzu, daß diese Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu den umfassendsten Zusätzen überhaupt geführt haben, die der gesamte Leit Antrag im Rahmen der Beratungen der Antragskommission erhalten hat. Ich möchte Sie, obwohl Sie dies bereits in Ihren Unterlagen finden können, ausdrücklich noch einmal auf diese Änderungen hinweisen. So ist in der Präambel — Sie finden dies auf Seite 26 der Antragsbroschüre — ein Zusatz eingefügt worden, in dem es darum geht, daß die jungen Menschen heute den wirtschaftlichen Wohlstand, die soziale Sicherheit als selbstverständlich ansehen und daher andere Erfahrungen haben als die anderen Menschen. Es geht darum, daß es gilt, gerade die Jugend für unsere Zielsetzung "Unser Land braucht einen neuen Anfang" zu gewinnen. Insbesondere darauf soll der Schwerpunkt gelegt werden.

Ein weiteres besonderes Anliegen der Jungen Union ist es, — darauf zielt ihr Antrag -, das Kapitel "Jugendarbeit" aufzunehmen. Nach einer längeren Diskussion haben wir uns in der Antragskommission dazu entschlossen, Ihnen zu empfehlen, dieses in den vierten Abschnitt aufzunehmen. Schlagen Sie bitte Seite 138 der Antragsbroschüre auf.

Dort und auf Seite 139 finden Sie den Text unter der Überschrift "Mit der Jugend für eine lebenswerte Zukunft eintreten" abgedruckt. In diesem Text sind im wesentlichen die programmatischen Vorschläge der Jungen Union aufgenommen worden, die in dem eigenen Jugend-Kapitel behandelt werden sollten.

Wenn wir uns nicht entschließen konnten, den gesamten Antrag der Jungen Union aufzunehmen, so haben wir uns dabei von folgenden Überlegungen leiten lassen. Zum einen enthält das vorgeschlagene neue Kapitel einen umfassenden Teil, der sich mit der Analyse der Situation der heutigen Jugend beschäftigt. In diesem Zusammenhang muß sich die Junge Union sagen lassen, daß es analytische Aussagen gibt, die durchaus in Konkurrenz dazu stehen, die man als ebensogut, wenn nicht sogar als noch ausgereifter bezeichnen könnte. Ich möchte hier auf die eidgenössische Kommission verweisen, die im Zusammenhang mit den Züricher Jugendunruhen sehr Bedenkenswertes geschrieben hat. Um das von der Jungen Union vorgeschlagene Kapitel hier nun nicht praktisch im Sinne eines Schnellentwurfes verabschieden zu müssen, haben wir einen Vorschlag gemacht, von dem ich meine, daß er dem Anliegen der Jungen Union sogar noch besser gerecht wird: Die Zukunftskommission soll beauftragt werden, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß "Jugendpolitik" ein jugendpolitisches Programm zu erarbeiten, das der Bundesausschuß dann erst im Jahre 1982 beschließen soll. Dieses jugendpolitische Programm soll unter Fortschreibung des bereits vorhandenen jugendpolitischen Programms erarbeitet werden. Die Antragskommission ließ sich dabei, wie gesagt, von der Überlegung leiten, daß insbesondere die jugendpolitische Diskussion innerhalb der CDU mit diesem Parteitag nicht abgeschlossen sein, sondern weitergeführt werden soll. Wir meinten, daß man dem umfassenden Antrag der Jungen Union am besten gerecht wird, wenn wir uns im Jahre 1982 auf der Grundlage der Vorarbeiten der Zukunftskommission dann noch einmal damit befassen.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich bin darauf hingewiesen worden, daß einige Wortmeldungen, die sich eigentlich auf die Anträge A 3 und A 7 beziehen, im Grunde dasselbe Ziel verfolgen, nämlich an dieser Stelle ein eigenes Jugendkapitel einzuführen. Deswegen schlage ich vor, daß wir diese Wortmeldungen zusammenfassen und auch die Beratung der Anträge A 1 und A 3 bis A 7 zusammenfassen, um dann zu einer gemeinsamen Entscheidung zu kommen. Das Votum der Antragskommission geht in die gleiche Richtung.

Demnach haben jetzt nacheinander das Wort die Delegierten Warken, Dr. Huck und Frau Limbach. Ich darf darauf hinweisen, daß wir nur dann die Chance haben, heute die vorgesehenen drei Abschnitte und die Präambel zu schaffen, wenn wir uns auf eine Redezeitbegrenzung verständigen. Wir sollten aber nicht zu den drei Minuten greifen, die wir vorhin aus anderem Anlaß beschließen mußten. Wir möchten versuchen, zunächst mit fünf Minuten über die Runden zu kommen. Ich bitte also alle Redner, sich an diese fünf Minuten entsprechend der Geschäftsordnung zu halten.

Das Wort hat jetzt Herr Warken.

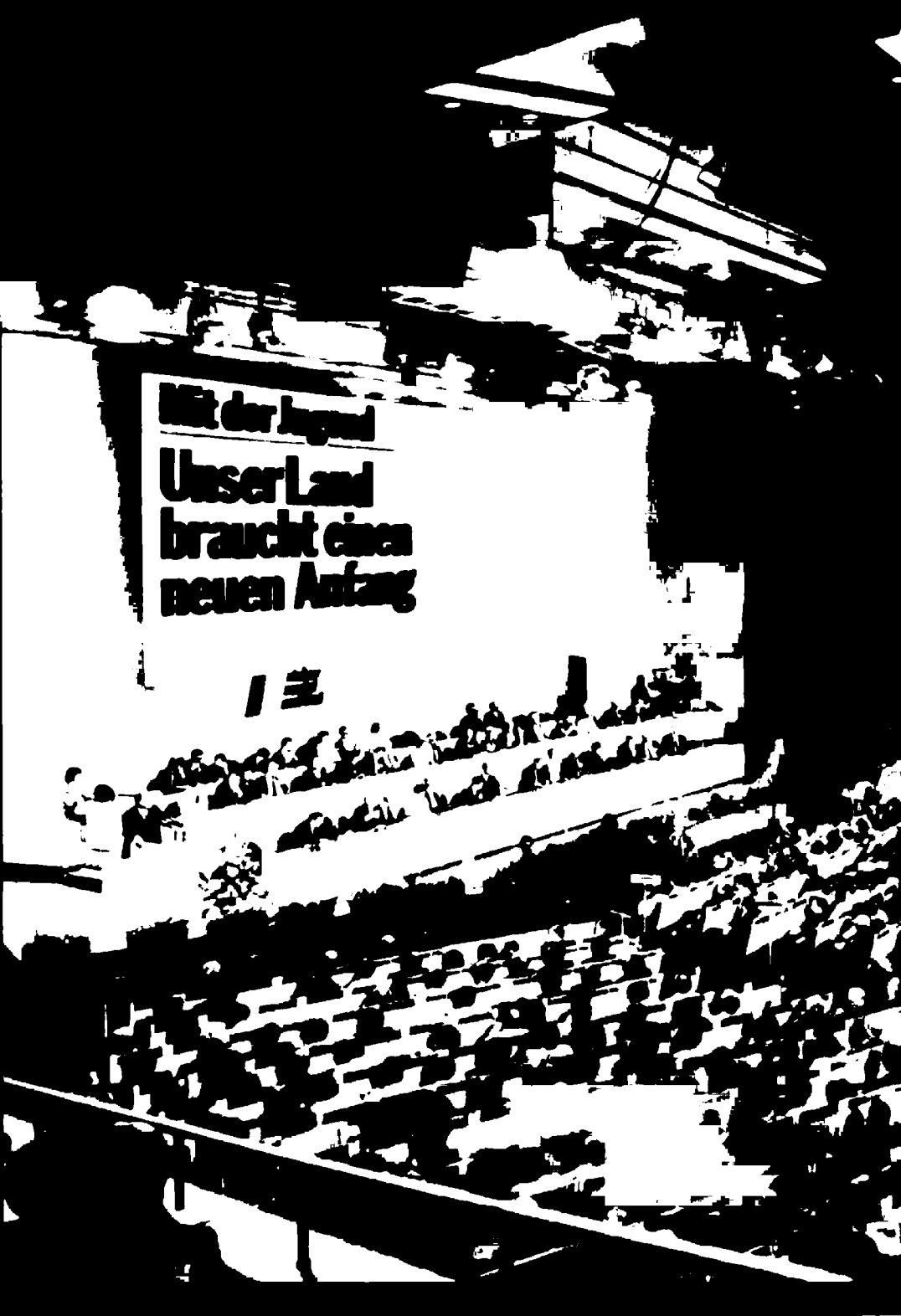
Hans-Georg Warken, Saarbrücken. Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es geht nicht darum, jetzt in einer Schnellschußmethode ein Jugendkapitel völlig unvorbereitet durch den Parteitag zu peitschen. Die Junge Union hat schon in Berlin einen entsprechenden Antrag gestellt. Unsere heutige Vorlage stellt eine Fortentwicklung dieses Papiers von Berlin dar. Wir wären dankbar, wenn sich ein Jugendparteitag, der sich im wesentlichen auch aus jugendlichen Gästen zusammensetzt, seine Sachkompetenz in

Mit der Jugend

**Unser Land
braucht einen
neuen Anfang**

CDU





Mit der Jugend
Unser Land
braucht einen
neuen Anfang

13





Saarland

Saarland

Baden-Württemberg

Rheinland-Pfalz







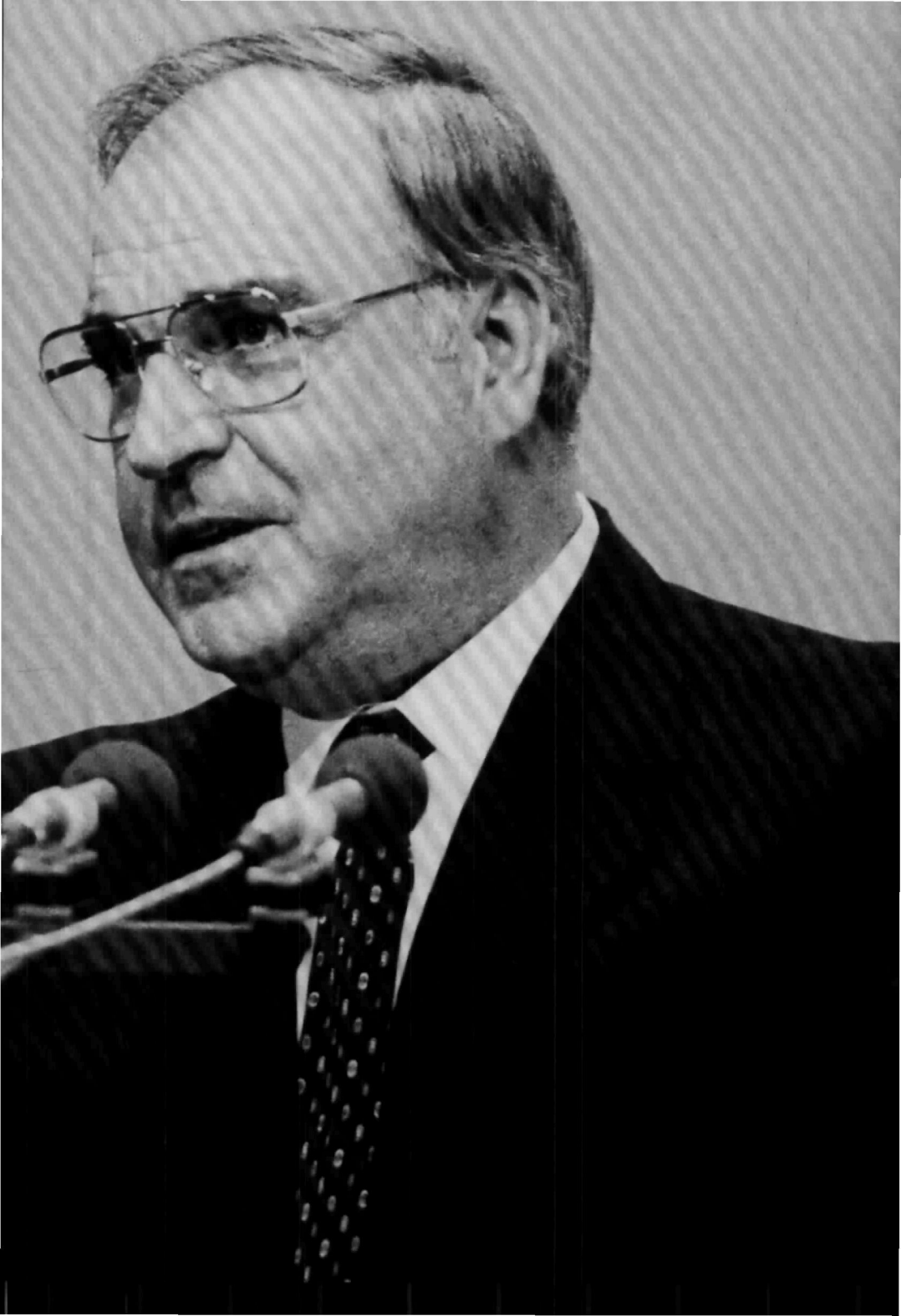










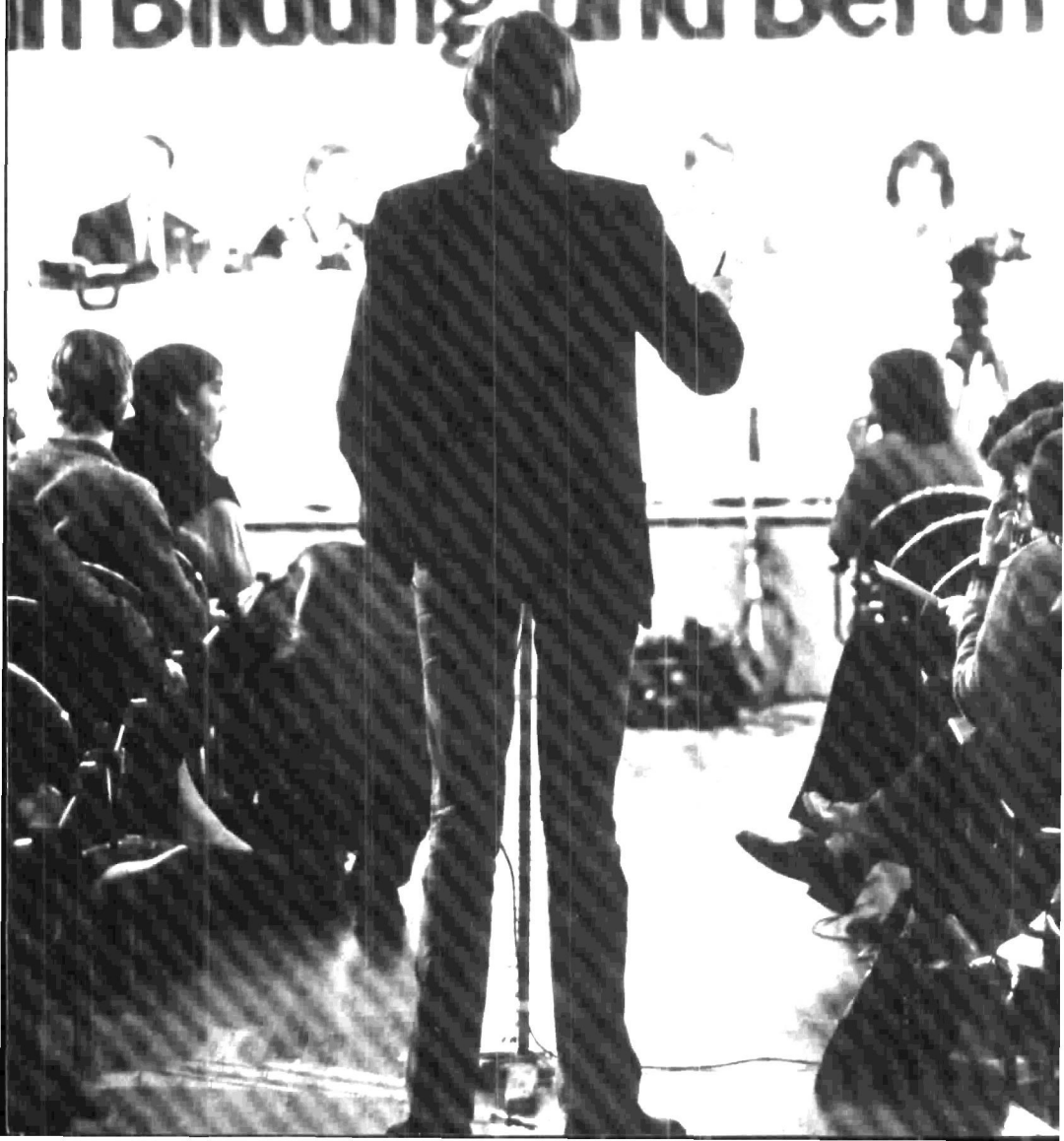






Mit der Jugend

Für neue Zukunftschancen in Bildung und Beruf



jugendpolitischen Fragen nicht aus der Hand nehmen läßt, sondern willens und bereit ist, über ein eigenes Jugendkapitel zu entscheiden.

Ich wäre dankbar, wenn sich die Personen hier zu meiner Rechten nicht so laut unterhielten; das stört mich.

(Beifall)

Heute morgen hat der Bundesvorsitzende des Bundes der Katholischen Jugend darauf hingewiesen, daß die Vorlage des Parteivorstands eine ganz wesentliche Lücke hat, nämlich daß sich der Jugendparteitag nicht mit der konkreten Lebenssituation junger Menschen auseinandersetzt.

Meine Damen und Herren, die Probleme junger Menschen in unserer Gesellschaft, die wir so gestalten wollen, daß sich die jungen Menschen in dieser Gesellschaft heimisch und geborgen fühlen, lassen sich nicht auf irgendeinen späteren Bundesausschuß oder einen späteren Parteitag verschieben. Wir müssen hier beweisen, daß wir das Gespräch suchen und bereit sind, die Anregungen aufzunehmen.

Deswegen schlagen wir vor, gemäß dem Antrag der Jungen Union auf den Seiten 16 bis 26 ein eigenes Jugendkapitel einzufügen, das sich mit den Problemen, die heute von unseren jugendlichen Gästen bewußt geäußert worden sind, befaßt.

Meine Damen und Herren, eine Therapie setzt eine Diagnose voraus. Wir lassen uns gern mit der Eidgenössischen Kommission messen. Und ich bin gespannt auf die Anregungen, die die Antragskommission in eine Diskussion mit der Jungen Union einbringt. Denn eine Diskussion sollten wir doch auf diesem Parteitag durchführen und nicht abwürgen lassen.

Wir schlagen konkrete Arbeitshilfen für die kommunale Praxis vor. Wir wollen kommunale Jugendpolitik machen. Wir wollen Vorschläge über Jugendfreizeitstätten, über kommunale Jugendpläne und über kommunale Jugendringe erarbeitet wissen. Wir wollen aber auch, daß sich die Partei das Grundsatzprogramm zu Herzen nimmt, das Grundsatzprogramm ausfüllt und konkrete Ideen zur Jugendarbeit niederlegt und sie den jugendlichen draußen nach dem Jugendparteitag anbietet.

Bitte stimmen Sie deswegen mit der Jungen Union für ein Jugendkapitel! Bitte sorgen Sie mit uns dafür, daß dieser Parteitag der Anfang einer jugendpolitischen Diskussion wird, daß er nicht nur Grundsatzpositionen darbietet, sondern auch in der Lage ist, das, was wir im Grundsatzprogramm der CDU bereits so gut beschrieben haben, mit Leben zu erfüllen, damit unsere Kommunalpolitiker Arbeitshilfen mit nach Hause nehmen können. Vielen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Huck.

Dr. Bernd Huck, JU-Bundesvorstand: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste, insbesondere auch liebe junge Gäste! Nachdem eben ein Kollege des Bundesvorstands zum Inhalt des Antrags A 7 der Jungen Union gesprochen hat, erscheint es mir notwendig, zum Verfahren selber etwas zu sagen, Herr Tagungspräsident.

Heute nachmittag hat mich eine Bemerkung des Bundesparteivorsitzenden etwas erstaunt, der im Zusammenhang mit einem Wortbeitrag eines Diskussionsteilnehmers darauf hinwies, der Bundesparteitag der CDU sei keine gesetzgebende Körperschaft, sondern für diese Dinge sei die Bundestagsfraktion zuständig, und man werde nun Dinge dorthin verweisen, damit sie dort beschlossen würden. Meine lieben Freunde, wir Delegierten hier im Raum sind uns doch wohl alle einig, daß der Bundesparteitag der CDU das höchste Organ der CDU Deutschlands ist und dementsprechend aufgerufen ist, Beschlüsse jeder Art zu fassen, so oder so. Das muß einmal gesagt werden.

(Beifall)

Ich glaube, wir haben hier mit den vielen jungen Gästen, die ja auch in der Öffentlichkeit angesprochen werden, einen einzigartigen Parteitag. Wenn das der Fall ist, dann sollten wir die Gelegenheit nutzen, im Beisein und unter Einbeziehung der jungen Gäste über jugendpolitische Probleme zu diskutieren, uns auch die Probleme der jungen Freunde anzuhören und uns hier und heute mit diesen Dingen zu befassen, statt einen Verweigungsantrag zu stellen – ich habe das aus der Antragskommission gehört –, damit das irgendwo in einem hehren Gremium oder in einer Sonderkommission von Fachleuten untergeht. Nutzen wir doch die Gelegenheit dieses besonderen Parteitages, hier darüber zu diskutieren!

Eine dritte und letzte Bemerkung. Wir haben im März den ordentlichen Bundesparteitag 1981 gehabt. Da gab es eine ganze Reihe belebender Anträge auch zu dem besonderen Problemkreis der Jugendpolitik, aber auch zu den Problemen der Jugend. Da hat die Parteileitung, unterstützt vom Generalsekretär und von der Jungen Union und vielen anderen, die davon betroffen waren, zugesichert, man werde dies alles mit der gebotenen Gründlichkeit auf einem außerordentlichen Parteitag im Herbst 1981 erörtern. Da waren wir zufrieden und glücklich; das fanden wir toll; denn da hat man die Zeit dazu. Nun haben wir diesen außerordentlichen Parteitag mit einem Riesenleit Antrag von der Sozialen Marktwirtschaft in Form einer Tour d'horizon bis hin zur Außenpolitik. Und nun kommen wir ganz konkret zur Jugendpolitik und den Problemen der Jugend. Aber da wird gesagt: Jetzt müssen wir verweisen; denn der außerordentliche Parteitag, der sich ja mit Problemen der Jugend befassen soll, ist nicht dazu berufen, das zu machen; das muß eine Kommission machen. – Ich fühle mich als Delegierter da ein bißchen verkholt, muß ich sagen.

(Beifall)

Deswegen, meine lieben Freunde und Delegierten, unterstützen Sie den Antrag der Jugend Union auf ein gesondertes Kapitel der Jugend. Wir wollen demonstrieren, daß die CDU das nicht nur als Thema oben hinschreibt, sondern sich auch inhaltlich damit befaßt und dazu Aussagen macht. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsident: Das Wort hat Frau Limbach, Landesverband Rheinland.

Editha Limbach: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Bonn hat auf dem Landesparteitag Rheinland einen Antrag "Jugend im demokratischen Staat"

vorgelegt. Dieser Antrag ist dort beraten worden, und dann ist beschlossen worden, die Gedanken dieses Antrages auf dem Bundesparteitag zur Diskussion zu stellen. Das haben wir durch Einreichung dieses Antrags hier getan. Wie notwendig es ist, daß der Parteitag beschließt, in diesem Papier ein Jugendkapitel zu haben, hat mein Vorredner ja bereits, wie ich finde, höchst überzeugend, dargetan.

Ich möchte noch einmal unterstreichen: Wir verstehen natürlich die Bedenken der Antragskommission, wenn sie sagt, eine Analyse könne man nicht beschließen im Sinne eines Beschlusses, den man dann ausführen muß. Aber eine Analyse kann man zur Grundlage einer Diskussion machen, die man führen will. In diesem Sinne, meine ich, wäre es in der Tat richtig gewesen, eine Analyse und eine Stellungnahme zu den Problemen und Fragestellungen Jugendlicher als eigenes Kapitel in diesem Leitantrag zu behandeln.

Nun ist mir aus der Erfahrung mit Parteitagen ja leider bewußt, daß die Antragskommission allein schon deshalb, weil über ihre Empfehlungen zuerst abgestimmt wird, immer einen besonders mächtigen Stand hat. Deshalb möchte ich hier alternativ beantragen, falls es also nicht zu dem eigenen Jugendkapitel kommt, wenigstens den einen oder anderen Punkt aus unserem Antrag, der im Gegensatz zu dem, was die Antragskommission hier vorgetragen hat, noch nicht aufgegriffen worden ist – ich erkenne ja an, daß viele Gedanken aus unserem Papier aufgeworfen worden sind -, aufzugreifen. Etwa der Gedanke, daß die Jugendproteste auch eine Chance für uns sind zur intensiven Auseinandersetzung mit unserem eigenen Standpunkt und mit dem der jungen Leute. Die Foren heute haben doch bewiesen, daß das nicht etwas ist, was man abwehren muß oder womit man sich notgedrungen auseinandersetzen muß, sondern daß das etwas ist, aus dem wir lernen können, aus dem wir gemeinsam etwas Besseres machen können. Deshalb bitte ich hilfsweise, falls es kein eigenes Jugendkapitel gibt, das, was auf Seite 6 unter III des Bonner Antrags steht:

Die Jugendproteste sind eine Chance zur intensiven Auseinandersetzung ...

in den Punkt einzuarbeiten, der auf der Seite 138 von der Antragskommission vorgeschlagen worden ist: "Mit der Jugend für eine lebenswerte Zukunft eintreten".

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie dennoch: Überlegen Sie sehr, ob es nicht richtig und notwendig ist, auf diesem Parteitag ein eigenes Jugendkapitel zu beschließen. Wenn Sie sich dazu nicht entschließen können, bitte ich, wenigstens diesen entscheidenden Satz aus unserem Antrag mitzubeschließen. – Vielen Dank.

(Beifall)

Jürgen Echernach, Tagungspräsidium: Noch zwei weitere Wortmeldungen sind eingegangen: von Herrn Koch aus Hessen und von Herrn Schmelter.

Roland Koch, Eschborn: Liebe Parteifreunde! Ich möchte auf einen Punkt aufmerksam machen, der, wie mir scheint, jetzt in einem Pendelschlag von dem einen Extrem in das andere in der Haltung der CDU bei der Frage der Behandlung von Jugendproblemen geht. Wir haben jahrelang, wenn darüber gesprochen worden ist, wie man junge Menschen erreichen und ihre Probleme ansprechen kann, ausschließlich darauf geschickt, jugendpolitische Fragen zu beantworten, und haben geglaubt, das genüge für den Dialog mit der jungen Generation. Inzwischen ist in unser Bewußtsein gelangt, daß zu

diesem Dialog mehr gehört, nämlich die Notwendigkeit, glaubwürdige Antworten auf die verschiedensten gesellschaftlichen Fragen zu geben, die junge Menschen im Grundsatz berühren. In dem Augenblick, wo wir das mit diesem Bundesparteitag tun, schütten wir das Kind mit dem Bade aus und vergessen, daß es auch weiterhin einen speziellen Teil jugendpolitischer Probleme gibt, den wir nicht wegnehmen können. Ich meine, es wäre eine angemessene und ausgewogene Antwort unserer Partei, zu sagen, daß der Schwerpunkt der Auseinandersetzung mit jungen Menschen in den grundlegenden Fragen des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft liegen muß. Und das tut dieses Papier, wie es der Bundesvorstand vorgetragen hat.

Wenn man aber den jungen Leuten gegenüber aus unserer Sicht als parteipolitisch Tätige antworten will, dann muß man, glaube ich, eben auch sagen, daß die Jüngeren natürlich auch eigene Probleme haben, die es verdienen, ernst genommen und gewichtet zu werden. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich darum, daß ein solcher Teil – der Demonstration willen, daß auch dies eine wichtige Säule der Auseinandersetzung ist – ein eigenes Kapitel in diesem Papier erhält.

Frau Hellwig hat bereits darauf aufmerksam gemacht, daß es in dieser Frage nicht darum geht, große inhaltliche Kontroversen auszutragen. Dort sind wir nicht so weit auseinander. Es geht um die prinzipielle Frage, ob wir ein solches Papier als eigenständigen Beitrag aufnehmen.

Lassen Sie mich zum Schluß ein wenig kritisch sagen: Wir haben einen Bundesparteitag ausgerufen, der sich mit den Problemen der Jugend auseinandersetzen soll. Wir haben einen Parteitag gemacht, zu dem junge Menschen eingeladen worden sind und kritisch mit uns diskutiert haben. Da gehört es zum redlichen Anspruch einer Partei, daß sie am Schluß eines solchen Parteitages, nach dieser Diskussion auch die Konsequenzen aus ihr zieht. Einen solchen jugendpolitischen Teil haben verschiedene Verbände vorgelegt als Analyse und als programmatische Forderung. Ich meine, dies sollten wir dann auch hier beschließen.

Wenn gesagt wird, wir hätten bisher nur eine Analyse gehabt – dann muß die Bundespartei sich sagen lassen: Es ist genug Zeit, eine solche Analyse zu machen. Heute liegt eine vor. Analysen sind immer vorläufig. Aber ich meine, diese hat Anspruch darauf, nachdem wir uns einen Tag mit Vertretern der jungen Generation auseinandergesetzt haben, berücksichtigt zu werden, indem auf einem solchen Parteitag in einem eigenen Kapitel ein Resümee gezogen wird. Darum möchte ich Sie herzlich bitten.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das Wort hat Schmelter aus dem Landesverband Rheinland. – Ist Herr Schmelter im Raum? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann hat abschließend der Generalsekretär das Wort.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst zu der Bemerkung, die Helmut Kohl heute nachmittag über die Behandlung der Frage gemacht hat, wie der zivile Ersatzdienst in der Zukunft aussehen soll. Die Antragskommission hat, wie Sie der Broschüre entnehmen können, vorgeschlagen, diese Frage im Bundesparteiausschuß, also dem nach dem Bundesparteitag höchsten Gremium der Bundespartei, zu behandeln. Die Antragskommission hat diesen Vorschlag nur deswegen gemacht, weil wir in Anbetracht der Gefechtslage – so will ich

einmal sagen – auf diesem Parteitag vorausgesehen haben, daß wir, eine ausführliche Diskussion über den Leitantrag einmal vorausgesetzt, morgen keine ausreichende Zeit mehr haben werden, dieses wichtige Kapitel in der genügenden Gründlichkeit zu diskutieren. Unser Vorschlag – er war positiv gemeint – war daher, dieses Thema in der nächsten Sitzung des Bundesparteiausschusses zu diskutieren und zu entscheiden.

Ich habe dann in den vergangenen Tagen, nachdem ich noch einmal mit den Vertretern der Jungen Union gesprochen habe, mit Helmut Kohl geredet. Wir sind gemeinsam zu der Auffassung gekommen – und das wollten wir Ihnen eigentlich morgen vortragen –, Ihnen die Annahme eines Antrages empfehlen zu sollen, der keine Verweisung beinhaltet, sondern in dem der Bundestagsfraktion empfohlen wird, im Sinne dessen, was die Junge Union hier vorgeschlagen hat, die Verhandlungen mit den anderen Parteien im Deutschen Bundestag aufzunehmen.

(Beifall)

Dies ist etwas anderes als eine Verweisung. Darauf mache ich aufmerksam. Ich sage zu diesem Thema jetzt nichts mehr, weil wir über diesen Punkt morgen reden. Es wäre aber falsch von Ihnen, jetzt anzunehmen, daß eine reine Verweisung vorgesehen sei. Wir wollten entweder diese wichtige Frage im Bundesparteiausschuß diskutieren und entscheiden oder, wenn der Bundestag damit einverstanden ist, mit einer inhaltlichen Maßgabe die Bundestagsfraktion beauftragen, entsprechend der Aussage der Jungen Union die Verhandlungen mit den anderen Parteien aufzunehmen. Das zunächst einmal zu diesem Punkt.

Zweitens. Was das jugendpolitische Programm anbelangt, so waren wir uns in Mannheim einig über das Arbeitsprogramm, daß wir nämlich auf diesem Parteitag über die Zukunftschancen der jungen Generation sprechen wollten. Das war der Arbeitsauftrag. Wir waren gleichzeitig der Auffassung – das hat der Vorsitzende ebenfalls gesagt –, daß wir spezifisch jugendpolitische Fragen auf diesem Parteitag nicht behandeln sollten, sondern, daß wir auf diesem Parteitag über solche Fragen sprechen und auch eine Entscheidung herbeiführen sollten, die im Mittelpunkt des Interesses junger Menschen stehen. Das haben wir exakt mit diesem Leitantrag getan: Junge Menschen sprechen erstens über den Frieden. Sie sprechen zweitens über ihre Zukunftschancen im Arbeitsleben und im Beruf wegen der drohenden Arbeitslosigkeit. Dieses Kapitel behandeln wir unter der Überschrift "Die Soziale Marktwirtschaft erneuern" einschließlich qualitativer Arbeitsmarktpolitik.

Drittens sprechen wir über die Schule und berufliche Bildung, und viertens entwickeln wir eine von der Jugend gewünschte Alternative zu einer technisierten, sozialisierten Gesellschaft, und zwar mit unserem Entwurf für eine Gesellschaft mit einer überschaubaren und menschlichen Ordnung.

Ich finde, wir tun gut daran, wenn wir uns jetzt nicht in erster Linie über Landesjugendpläne und kommunale Jugendpläne auseinandersetzen, sondern Antworten auf die Fragen geben, die junge Menschen existentiell beschäftigen, und dies machen wir mit dem Leitantrag.

Wir haben zu dem Thema Jugendpolitik eine ganze Reihe von Anträgen. Ich darf Sie

jetzt herzlich bitten, wenn Sie sich die Anträge A 1 bis A 7 oder A 9, also einschließlich der Anträge des Bundesvorstandes der Jungen Union und auch einschließlich des Antrages des Kreisverbandes Bonn einmal vornehmen, dann kann ich nur sagen, diese Anträge sind in ihrer Qualität alle wirklich hervorragend und lesenswert. Sie haben aber zwei Teile. Alle Anträge haben einen analytischen Teil, in dem soziologisch, sozialpsychologisch die Situation der Jugend beschrieben wird. Dann haben sie einen zweiten Teil mit jugendpolitischen Aussagen. Wenn Sie jetzt die Antragsbroschüre hernehmen, dann sehen Sie, die Antragskommission hat sich im Einvernehmen mit den Vertretern der Jungen Union in der Antragskommission darum bemüht, den analytischen Teil aus diesem konkreten Leitanspruch herauszunehmen, die politischen Inhalte aber in den Leitanspruch einzubauen. Wir haben dies bei dem Stichwort "Suche nach den Werten" getan, also bei der Frage nach der Orientierung, indem wir die Präambel ergänzt haben. Sie schlagen bitte Seite 26 der Antragsbroschüre auf. Alles, was dort in den Empfehlungen der Antragskommission fett gedruckt ist, ist aus den Anträgen der Jungen Union, des Kreisverbandes Bonn und wer sich sonst noch dankenswerterweise mit dem jugendpolitischen Thema in den Anträgen A 1 bis A 9 befaßt hat, entnommen. Das heißt, die Frage der Wertorientierung ist hier eingebaut worden.

Schlagen Sie bitte des weiteren Seite 137 f. auf. Wenn Sie jetzt die Empfehlungen der Antragskommission ansehen, werden Sie feststellen, daß alle jugendpolitischen Aussagen im Kern in diesem Kapitel zusammengefaßt sind und von der Antragskommission zur Annahme empfohlen werden. Wir waren der Meinung, daß diese speziellen jugendpolitischen Aussagen hineinpassen in dieses Bild einer Gesellschaft mit einer menschlichen und überschaubaren Ordnung. Das heißt, wir schlagen Ihnen vor, dieses Kapitel, von dem wir gerade sprechen, also das vierte Kapitel, speziell mit diesen jugendpolitischen Aussagen zu ergänzen, also Recht auf Selbst- und Mitbestimmung, Pflicht, ein größeres Maß an Belastungen und Zwängen auszutragen, differenzierte, wirksame Angebote der Jugendarbeit und der offenen Jugendarbeit, Zusammenarbeit mit den Jugendverbänden und Jugendgemeinschaften, dann das Engagement freier Träger, das plurale Angebot bei der Freizeit, dann Aussagen über spezielle Gefährdungen junger Menschen durch Alkohol und Drogenmißbrauch, Verwahrlosung, Kriminalität und schließlich konkrete Aussagen zu kommunalpolitischen Leitplänen unter Buchstabe e) auf Seite 139.

Das heißt, wir haben das, was die Junge Union jugendpolitisch wollte, aufgenommen, aber in das vierte Kapitel eingeordnet. Wir möchten Ihnen aber vorschlagen, daß wir den analytischen Teil aus diesem Antrag herausnehmen, weil ein analytischer Teil von diesem Umfang nach meiner Auffassung von einem Bundesparteitag einfach nicht gut beraten und beschlossen werden kann. Es handelt sich eben um eine Analyse, und jeder sieht die Situation der Jugend unter einem speziellen Gesichtspunkt.

Wollte man dies machen, würde ich eher empfehlen, die Empfehlungen der Eidgenössischen Jugendkommission, beide Ausgaben, zu nehmen, die auf unsere Verhältnisse zu übertragen und hier zur Verabschiedung zu bringen. Das gehört zum Besten, was zu diesem Thema überhaupt in der letzten Zeit geschrieben worden ist.

Aus diesem Beispiel können Sie nach meiner Auffassung ersehen, daß wir in einem Leitanspruch des Bundesvorstandes keine jugendpolitische Analyse brauchen, sehr wohl aber jugendpolitische Aussagen. Was die Junge Union und die anderen Antragsteller jugendpolitisch verlangt haben, haben wir im vierten Kapitel, Seite 137 ff., untergebracht. Deshalb darf ich Sie herzlich bitten, daß wir jetzt nicht ein eigenes Jugendkapitel machen,

sondern die jugendpolitischen Aussagen im vierten Kapitel verabschieden und die Analyse aus diesem Antrag herauslassen. Im übrigen können wir uns immer noch darüber unterhalten, ob wir z.B. dem Antrag des Kreisverbandes Unna folgen und den Bundesparteivorstand beauftragen, ein eigenes umfassendes jugendpolitisches Programm zu erarbeiten, in das dann der analytische Teil nach sorgfältiger Beratung aufgenommen werden kann. — Ich darf mich herzlich bedanken.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Es liegt wieder die Wortmeldung von Herrn Warken vor. Herr Warken, gibt es neue Gesichtspunkte? Ich meine, Ihr Antrag ist eigentlich begründet.

Hans-Georg Warken: Erlauben Sie mir noch einen kleinen Satz, um etwas richtigzurücken, was der Generalsekretär gesagt hat. Meine Damen und Herren, was im vierten Kapitel auftaucht, ist nicht die Zusammenfassung dessen, was die Junge Union vorgeschlagen hat. Das bringt einfach die Fronten ein wenig durcheinander. Es ist sicherlich die Aufgabe des Generalsekretärs, von der Parteitage-regie her ein wenig die Bahnen vorzufahren. Wir als Junge Union sind aber nicht zufrieden mit dem, was uns die Antragskommission anbietet. Wir wollen auch nicht vollkommen alles übernommen wissen. Wir wollen mit Ihnen, mit den jugendlichen Gästen über Jugendfragen diskutieren. Wir kleben nicht an unserer Analyse. Es geht darum, die jugendpolitische Diskussion breit zu öffnen. Ich glaube, das steht der CDU gut an. Stimmen Sie für ein Jugendkapitel.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Zur Geschäftsordnung Herr Dr. Stoltenberg das Wort.

Dr. Gerhard Stoltenberg: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es hat sicher seinen guten Grund, daß wir bei diesem ersten prinzipiellen Teil der Debatte das Für und Wider ausführlich erörtert haben. Im Hinblick auf die weit über 100 vorliegenden Anträge schlage ich vor, daß wir beschließen, daß in Zukunft zu jedem Antrag einmal dafür und einmal dagegen gesprochen und dann abgestimmt wird.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Das ist ein Geschäftsordnungsantrag. Wird zu diesem Geschäftsordnungsantrag das Wort genommen? — Herr Dr. Huck.

Dr. Bernd Huck: Sehr verehrter Herr Stoltenberg! Meine lieben Parteifreunde! Ich habe vorhin schon Ausführungen zum Charakter und zum Wesen eines Bundesparteitages gemacht. Wir als Delegierte sind davon betroffen. Ich habe volles Verständnis dafür, daß wir sagen: kurze Beiträge.

Einverstanden, Herr Dr. Stoltenberg! Aber es soll jeder zu Wort kommen, der eine neue, abweichende oder frische Meinung hat. Deswegen spreche ich gegen den Antrag.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Ich lasse über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen. Wer so verfahren möchte, wie Herr Dr. Stoltenberg es eben vorgeschlagen hat, den bitte ich um die Stimmkarte. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe! -

(Beifall)

Das letztere war die Mehrheit. Es bleibt bei der Regelung unserer Geschäftsordnung.

(Zustimmung)

Wir kommen nunmehr zur Entscheidung, weil weitere Wortmeldungen zu den Anträgen A 1 und A 3 bis A 7 nicht vorliegen. Ich lasse über die Empfehlungen der Antragskommission abstimmen, die sie auf S. 3 des Antragspakets in der rechten Spalte ausgedruckt finden und die vorhin begründet wurden. Wer so, wie die Antragskommission es empfiehlt, beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Erheben der Stimmkarte. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. Damit ist den Empfehlungen der Antragskommission gefolgt worden.

Das bedeutet, daß wir jetzt zum Leitantrag selbst kommen könnten. Bevor ich aber dazu übergehe, bitte ich darum, den **Tagungsordnungspunkt 10** aufrufen zu können:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Das Wort zum Bericht der Mandatsprüfungskommission hat der Vorsitzende dieser Kommission, Herr Parteike.

Wolfgang Partelke, Mandatsprüfungskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat am 3. November 1981 um 14.30 Uhr getagt und dabei festgestellt, daß von den 780 stimmberechtigten Delegierten 734 Delegierte anwesend waren. Von den 780 Delegierten sind 30 Delegierte der Exil-CDU, von denen zum Zeitpunkt der Mandatsprüfung 29 anwesend waren. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Bundesstatut der CDU bei Abstimmungen nach § 29 Abs. 5, nämlich Abstimmungen über das Statut, die Finanz- und Beitragsordnung und die Parteigerichtsordnung, nicht stimmberechtigt.

Die Überprüfung hat ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist beschlußfähig.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank! Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal feststellen, was wir eben beschlossen haben. Wir haben eben mit den Empfehlungen der Antragskommission beschlossen, daß keiner der vier verschiedenen jugendpolitischen Anträge, in verschiedenen Kapiteln vorgeschlagen von vier verschiedenen Antragstellern – von Baden-Württemberg, zwei Kreisverbänden und der Jungen Union -, unter den Tisch fällt, sondern die Bundespartei beauftragt worden ist, ein besonderes jugendpolitisches Programm zu erarbeiten. Es ist selbstverständlich, daß die Gedanken, die vorgetragen werden, mit Arbeitsgrundlage für die Erstellung dieses jugendpolitischen Programms sein werden, das der Bundesausschuß der CDU im Laufe des kommenden Jahres zu beschließen haben wird. – Dies alles zur Klarstellung dessen, was eben in Form der Empfehlungen der Antragskommission vom Parteitag beschlossen worden ist.

Wir kommen nunmehr zur Beratung des Leitantes, zunächst zur Präambel. Dazu darf ich den Vorsitz an Herrn Dr. Westphal weitergeben.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Präambel ist zur Beratung aufgerufen worden. Es handelt sich um die Anträge A 8 ff. auf S. 26 ff. des Antragshefts. Zu diesen Anträgen – sie reichen bis A 20 – liegt bisher eine Wortmeldung vor, und zwar die von Herrn Christian Hoffmann zu Antrag 10. Ich darf Herrn Hoffmann bitten!

Christian Hoffmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Bonn hat versucht, eine alternative Präambel zu formulieren. Wir bestehen nicht mehr in voller Fülle auf unserem Antrag, meinen jedoch, daß zwei Aspekte unserer Formulierung unbedingt noch in die Empfehlung der Antragskommission Eingang finden sollten.

Da ist zum einen auf S. 27 unten der Gesichtspunkt, daß wir nicht länger den Bürgern die Wünsche von den Lippen ablesen dürfen und daß wir Politik nicht mehr als allgemeine Wunsch- und Bedürfnisbefriedigung verstehen dürfen.

Das zweite ist eine Relativierung des Prinzips Hoffnung.

Wir sehen ein, daß die Präambel nicht überlang werden kann, und meinen deshalb, daß an einer Stelle folgender Satz noch Eingang finden sollte:

Politik darf nicht mehr die Erfüllung aller Wünsche und die Regelung aller Sachverhalte bis ins kleinste Detail bedeuten, sondern Verweigerung gegenüber zu vielen Ansprüchen und Rückkehr zu grundsätzlichen Entscheidungen.

Professor Biedenkopf hat heute morgen davon gesprochen, daß Politik und Staat bei uns immer mehr Gulliver ähneln, dem Riesen, der durch zu viele Stricke gefesselt ist. Wir meinen, wir können eine Wende in der Politik nur dann erreichen, wenn wir hier in der Präambel auch ein neues Politikverständnis verankern. Wir meinen, das positiv ausgedrückt zu haben.

Das zweite ist die Relativierung des Prinzips Hoffnung. Wir wollen unsere Formulierung an Stelle des Satzes, den die Antragskommission empfohlen hat, vorschlagen. Die Antragskommission hat formuliert:

„Für uns Christliche Demokraten gibt es keinen neuen Anfang ohne Hoffnung auf die Zukunft und ohne den Glauben an Gott“.

Wir meinen, wir sollten hier schon etwas differenzierter argumentieren und sagen, daß wir natürlich durch unseren Glauben an Gott Hoffnung auf die Zukunft, sollten aber aus dieser Hoffnung nicht herleiten, daß die Bürger darauf hoffen können, daß wir als Politiker die Antworten zu sämtlichen Problemen haben. Wir könnten klipp und klar sagen, daß wir versuchen, optimale Lösungen herbeizuführen, aber unsere eigene Fehlerhaftigkeit genau einkalkulieren. Das habe ich gestern schon einmal kurz angerissen.

Ich plädiere also dafür, den Antrag der Antragskommission mit diesen beiden Gesichtspunkten zu beschließen, die der Kreisverband Bonn in seinem Antrag formuliert hat und aufrechterhält. – Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Buchkremer zu den Anträgen A 8 bis A 19, speziell zu A 12. Bitte!

Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Antrag der Antragskommission und zu Antrag A 12 Stellung nehmen.

In den Unterlagen zu den Anträgen steht auf S. 26 in der zweit- letzten Zeile der Satz:

Der Staat hat den Menschen zu viel versprochen... Nach meinem Staatsverständnis hat nicht der Staat den Menschen zuviel versprochen, sondern Leute, die an der Regierung sind.

(Zustimmung)

Soweit sie unserer Partei angehören, sind sie nicht der Staat; da sie nicht an der Regierung sind, ist die SPD erst recht nicht der Staat. Ich meine, wir sollten da den Staat als Institution weglassen und sagen, wie es vom Kreisverband Euskirchen gesagt worden ist, daß man oder die Regierenden zuviel versprochen hat oder haben.

Einen zweiten Punkt möchte ich – vielleicht unter dem Aspekt redaktioneller Änderung – erwähnen. Ich meine die zweite fettgedruckte Passage der Antragskommission auf S. 27:

"auch in Zeiten geringeren wirtschaftlichen Wachstums"

In unserem Grundsatzprogramm steht, daß wir für diese Ordnung eintreten, selbst wenn sie in wirtschaftlicher Hinsicht schlechtere Erfahrungen bringen würde. Da wir uns im Augenblick in einem Bereich befinden, in dem wir überhaupt kein wirtschaftliches Wachstum mehr haben, sollte man auch hier sagen, daß wir auch oder sogar in Zeiten ohne wirtschaftliches Wachstum dafür eintreten würden.

Um dem Prinzip Hoffnung des Vorredners noch stärker Ausdruck zu geben, würde mir der Satz, der sich anschließt:

"Diese Herausforderungen können wir dann bestehen, wenn wir....".

besser gefallen, wenn er lauten würde:

"Wir haben die Hoffnung, daß wir diese Herausforderungen bestehen können, wenn wir..."

Das andere ist mir zu bestimmt. Ich bin der Meinung, die genannten Punkte sind eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön! – Meine Damen und Herren, die Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission sind die S. 26 und 27 in Verbindung mit dem Ihnen vorliegenden Initiativantrag A 20.

Für die Antragskommission darf ich Frau Dr. Hellwig das Wort geben.

Frau Dr. Renate Hellwig, Antragskommission: Vielleicht darf ich zu den grundsätzlichen Überlegungen im Zusammenhang mit den von der Antragskommission vorgeschlagenen Änderungen ganz kurz folgendes sagen. Wir sind einmal davon ausgegangen, daß wir jetzt in dieser Präambel nicht wieder das gesamte Grundsatzprogramm neu schreiben können.

Deswegen mußten wir die gebotene Kürze beibehalten. Der Text des Antrags A 10 – vom Kreisverband Bonn –, zu dem der erste Redner hier gesprochen hat, ist für eine Präambel einfach viel zu ausführlich, so daß wir ihn nicht übernehmen konnten. Das gilt insbesondere auch für den Gedanken, daß der Staat den Menschen zuviel versprochen habe und daß Politiker sich zuviel vorgenommen hätten. Dieser Gedanke ist in der vorgesehenen Fassung bereits enthalten. Wir möchten dabei auch möglichst auf eine Polemik gegenüber den gegenwärtig Regierenden verzichten und es bei der generellen Bezugnahme auf den Staat belassen. Das Letztere bezieht sich auf den Antrag A 12, der die Fassung "Die Regierenden in unserem Staat" vorschlägt.

Ich möchte also im Namen der Antragskommission noch einmal dafür plädieren, es bei der von ihr vorgesehenen Fassung, die bereits eine nicht unerhebliche Ausweitung der Präambel darstellt, zu belassen. Damit würde die Präambel eine Form erhalten, die noch die Bezeichnung "Präambel" rechtfertigt.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. – Sie haben die Stellungnahme der Antragskommission gehört.

Ich rufe jetzt die Empfehlung der Antragskommission – ich wiederhole noch einmal: in Verbindung mit dem Initiativantrag A 20 – zur Abstimmung ab. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. – Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einige Enthaltungen. Damit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen worden.

Meine Damen und Herren, den Abschnitt B behandeln wir morgen früh.

Der nächste Abschnitt, der jetzt zu behandeln wäre, ist der Abschnitt C. Ich darf zunächst Herrn Walther Leisler Kiep bitten, aus dem Forum zu berichten.

Darf ich zunächst noch eine Mitteilung durchgeben: Für den Bereich Außenpolitik endet die Antragsfrist um 21 Uhr.

Das Wort hat Herr Kiep.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe den Bericht über die Tagung des Forums II, "Für Soziale Marktwirtschaft im Dienst des Menschen", zu erstatten. Während dieser Tagung, die heute vormittag stattfand, gab es eine lebhaft diskutierte Diskussion, bestehend aus 33 Diskussionsbeiträgen, 20 von Gästen, 13 von Delegierten. Sämtliche Gäste, die sich zu Wort gemeldet hatten, sind im Verlauf der Diskussion auch zu Wort gekommen. Gerhard Stoltenberg hat in diesem Forum, das unter der Leitung unseres Freundes Adolf Müller (Remscheid) stand, ein Einleitungsreferat über die Soziale Marktwirtschaft in einer veränderten Gesamtsituation gehalten, und auf dieser Grundlage hat sich die erwähnte Diskussion entwickelt.

Die zentrale Frage unserer Gäste, unserer Gastdelegierten konzentrierte sich auf folgenden Themenbereich: Warum mehr Wohlstand? – Zuviel Priorität für Effektivität, zuwenig Priorität für Menschlichkeit. – Warum Wachstum? – Was tun wir für unsere Umwelt? Die Diskussion führte zur Darstellung der Probleme der 80er Jahre, vor denen wir gemeinsam stehen: 1. Beseitigung der Arbeitslosigkeit, 2. Erhaltung des sozialen Sicherungssystems, 3. Konsolidierung des Haushalts, 4. Wahrnehmung unserer Verantwortung gegenüber der Dritten Welt. Hinzu kommt die große Sorge um die Konzentration in unserer Wirtschaft, die von einigen unserer Gasteilnehmer als ein Prozeß bezeichnet wurde, der im Grunde genommen in Richtung auf Verstaatlichung führt.

Die Antworten auf diese Problemstellungen lauteten, daß wir auf angemessenes Wachstum nicht verzichten können und daß vor allem der soziale Friede als wichtige Rahmenbedingung für die Bewältigung der wirtschaftlichen Veränderungen, die vor uns liegen, unter allen Umständen erhalten werden muß. Dies stelle uns im Forum und stellt uns heute hier im Plenum des Parteitags vor eine Grundsatzentscheidung, vor eine Weichenstellung für unsere zukünftige Wirtschaftspolitik. Wir haben uns nämlich zwischen zwei grundsätzlichen Positionen zu entscheiden:

Wollen wir uns mehr der pessimistischen Grundstimmung anschließen, daß erstens ein geringeres Wachstum, zweitens eine stärkere Produktivitätsentwicklung und damit höhere Arbeitslosigkeit sowie drittens eine demographische Entwicklung, die diese Arbeitslosigkeit verstärkt, auf uns zukommen, und wollen wir daraus die Konsequenz ziehen, unsere Aufmerksamkeit und unsere Politik auf die Verwaltung des Mangels zu konzentrieren, also die Antwort geben, die unsere politischen Gegner auf diese Problemstellung geben werden und eigentlich schon gegeben haben? Wenn wir uns dieser Antwort anschließen, würde das bedeuten, daß wir den Abbau sozialer Sicherheit, eine geringere Zurverfügungstellung von Energie und eine wesentliche Schwächung unserer Fähigkeit zur internationalen Solidarität in Kauf nehmen müßten.

Die Alternative zu dieser pessimistischen Grundannahme – nämlich Verwaltung des Mangels – heißt für uns, die Chancen, die in einem strukturellen Wandel liegen, zu nutzen oder, anders ausgedrückt, uns die optimistische Perspektive zu eigen zu machen, die von der Überzeugung ausgeht – und auch das kam heute zum Ausdruck –, daß es keine Krise unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft gibt, sondern daß, wenn es eine Krise gibt, dies nur eine Krise des Willens sein kann, vorhandene Energien und Kräfte zu mobilisieren und freizusetzen.

Als Beispiel für die Chancen, die in der vor uns liegenden Entwicklung vorhanden sind, wurde von Gerhard Stoltenberg in seiner Einführungsrede auf ein Energieinvestitionsprogramm hingewiesen, das uns in den nächsten 25 Jahren Investitionsbeträge in der Gesamtgrößenordnung von 800 Milliarden DM ermöglicht. Als zweites Beispiel wurde auf die großen Chancen hingewiesen, die uns der Wohnungsbau bietet, wenn wir diese Gelegenheit nur ergreifen, und zwar einmal dadurch, daß wir durch steuerliche Maßnahmen und durch Veränderungen des Mietrechts die Attraktivität für Investitionen im Wohnungsbau erhöhen, und zweitens dadurch – das ist auch Gegenstand eines Antrags, über den nachher noch beschlossen werden muß –, daß wir die Chance nutzen, die darin liegt, daß viele Menschen in unserem Land nach Erfüllung vieler materieller Wünsche heute mit besonderer Intensität den Erwerb eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung anstreben. Hierzu brauchen wir die Gewährung von Erleichterungen für die Schaffung von Wohnungseigentum.

Wenn wir uns dieser optimistischen Alternative zuwenden, dann ergibt sich daraus ein objektiver Handlungsbedarf, dem wir uns stellen müssen und dem wir nicht ausweichen dürfen: Es geht um die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Situation in den 80er Jahren, und zwar erstens um die Senkung des Staatsanteils – in behutsamer Weise und mit Augenmaß –, damit also um die Haushaltskonsolidierung, und zweitens um die Förderung von Investitionen, indem wir zusätzliche Anreize für Leistung bereitstellen.

Das bedeutet erstens, daß wir im Unternehmensbereich die Möglichkeiten verbessern müssen, wieder Gewinne zu erwirtschaften.

Das heißt, daß wir die Wettbewerbsbedingungen im europäischen Vergleich verbessern müssen, die heute so aussehen, daß die Gewinnbesteuerung zusammen mit den Abschreibungsmöglichkeiten die Gewinne unserer Unternehmen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland stärker als in irgendeinem vergleichbaren Wettbewerbsland im Westen belastet. Die Gesamtbelastung auf voll reinvestierte Gewinne in der Bundesrepublik Deutschland betrifft nach Steuern und Abschreibung 19 %. Wir liegen hier an der Spitze.

Zweitens bedeutet das, daß wir die gewinnunabhängigen Steuern dadurch abbauen, daß wir das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern in den kommenden Jahren parallel zur Konsolidierung der Staatsfinanzen einander angleichen. Für den Bereich des Arbeitnehmers bedeutet diese Verbesserung der Rahmenbedingungen eine konsequente Verringerung der Steuer- und Abgabenlast, um einen Zustand herbeizuführen, bei dem zusätzliche Leistung wieder belohnt wird. Das bedeutet ganz konkret, daß derjenige, der mehr leistet, auch mehr erhält, als derjenige, der weniger leistet. Ohne diese Leistungsbelohnung, meine Freunde, sahen wir auch in der Diskussion heute keine Chance, das weitere Abwandern von an sich Leistungsbereiten in den Bereich der Schwarzarbeit oder der Untergrundwirtschaft zu verhindern.

Besondere Sorge wurde in unserem Forum von unseren Gastdelegierten zur Frage der Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere mittelständische Wirtschaft geäußert. Die mittelständische Wirtschaft, die in zunehmendem Maße die Kräfte zur Erneuerung, zur Anpassung, mit anderen Worten das Innovations- und Kreativitätspotential in unserer Wirtschaft heute behalten muß, das wir in den kommenden Jahren dringend brauchen, ist durch die Entwicklung der Rahmenbedingungen in besondere Schwierigkeiten geraten. Deshalb besteht der Wunsch, dafür zu sorgen, daß die Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft durch Abbau von Bürokratie und übermäßiger Reglementierung Vorrang haben.

Erlauben Sie mir zum Schluß dieses sehr knapp gefaßten Berichts, über den wir im Laufe unserer jetzigen Debatte hinsichtlich der grundsätzlichen Weichenstellung entscheiden müssen, darauf hinzuweisen, daß es sehr viele Diskussionsbeiträge gab, die uns veranlassen sollten, auch zu überlegen, wie wir in Zukunft unsere Vorstellungen von sozialverpflichteter Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik vermitteln und darstellen. Wir hatten in der Diskussion heute den Eindruck, daß uns in diesem Bereich eine ähnliche Gefahr droht, wie sie heute nachmittag in der Friedensdiskussion zum Ausdruck kam, nämlich daß wir durch eine zu starke Konzentration auf Fachvokabeln, auf technische Ausdrücke, auf Marktmechanismen den Eindruck erwecken, als ob für uns Wirtschaftspolitik Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck sei.

Deshalb möchte ich zum Schluß auf folgenden Punkt hinweisen. Es scheint mir darauf anzukommen, daß wir gerade auch der jungen Generation klarmachen, daß unsere Bundesrepublik Deutschland und die sozialverpflichtete Marktwirtschaft nicht äußere Abzeichen einer Einrichtung sind, die Selbstzweck ist, oder, anders ausgedrückt, daß wir kein gepanzerter Konsumverein sind, der seine Erfolgserlebnisse ausschließlich von Wachstumsziffern und Einkommensverbesserungen ableitet, sondern daß uns diese sozialverpflichtete Marktwirtschaft in einer einmaligen und nirgendwo sonst erreichten Weise die Chance eröffnet, den Verfassungsauftrag zur Abwendung von Not, zur Freiheit von Not für alle Menschen in unserem Lande in die Tat umzusetzen. Dieser Grundgedanke, daß unsere Wirtschaftspolitik Mittel zur Erfüllung eines Verfassungsauftrages ist, wurde dadurch unterstrichen, daß verschiedene jüngere Teilnehmer an unserer Diskussion auf die Tatsache hingewiesen haben, daß es in unserem Lande noch immer Not gibt.

Die Schlußkonsequenz, die ich aus der heutigen Debatte ziehe, ist, daß uns eine leistungsorientierte und leistungsbelohnende sozialverpflichtete Marktwirtschaft die Chance gibt, den Verfassungsauftrag zu erfüllen, und uns die Möglichkeit gibt, insbesondere in denjenigen Teilen unserer Bevölkerung, die des allgemeinen Wohlstands noch nicht teilhaftig geworden sind, tatsächlich das Erlebnis von Freiheit von Not zu vermitteln. Der enge Zusammenhang zwischen dieser Möglichkeit und der Erfüllung unserer internationalen Verpflichtungen gegenüber der Dritten und Vierten Welt wurde in diesem Zusammenhang gerade von unseren Gastdelegierten immer wieder besonders herausgestrichen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Ich möchte mich für den knappen und klaren Bericht bedanken.

Ich rufe jetzt das Kapitel "Die Soziale Marktwirtschaft erneuern" mit dem Buchstaben C, Seite 65 ff., auf. Ich rufe als erstes die allgemeinen Anträge Ziffer C 1 bis C 8 auf. C 1 wird allerdings bei Ziffer 26 mitbehandelt, und C 2 wird wie alle Anträge, die den Umweltschutz betreffen, in einer neuen Ziffer 31 behandelt. Jetzt stehen also die Anträge C 3 bis C 6 zur Beratung an.

Als erste Wortmeldung zu C 3 hat Herr Weiß das Wort. Ihm folgt Herr Dr. Hassbach, Landesverband Rheinland.

Gerald Weiß: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema heißt "Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft". Mit großem Recht haben Stichworte, wie Aufhebung der Investitionsblockade, grünes Licht für Energieinvestitionen, grünes Licht für neue Medientechniken, weg mit den bürokratischen Hemmnissen und anderes mehr in diesem Zusammenhang Eingang in das Programm gefunden; denn wir haben in der Tat eine investitionsmäßig begrenzte, produktivitäts- und innovationsmäßig entscheidend gestörte Volkswirtschaft, und dies ist nicht eine zufällige Entwicklung, sondern die Folge politischer Fehlentscheidungen in den vergangenen elf Jahren.

Wenn man vom Erneuern der Sozialen Marktwirtschaft spricht – ich meine, daß der Antrag des Kreisverbandes Groß-Gerau insoweit in eine Lücke stößt –, dann müssen wenigstens auch ein oder zwei Sätze zum Wohnungsmarkt gesagt werden. Wir wissen, daß die Koalition, die heute noch in Bonn koaliert, die Marktwirtschaft auf dem Woh-

nungsmarkt im Grunde in Teilbereichen demontiert hat, was entsetzliche Folgen für die Versorgung unserer Volkswirtschaft mit Wohnraum angeht.

(Beifall)

Wohin sind wir gekommen? Die Nachfrage nach Wohnungen geht nach oben, weil aus dem Schülerberg von gestern Wohnungsbedarf von heute geworden ist. Dies ist die eine Seite des Marktes. Auf der anderen Seite haben wir unausgefüllte Kapazitäten und eine Dauerkrise ohne Ende in der Bauwirtschaft. Das paßt doch nicht zusammen. Die Marktwirtschaft war bisher immer in der Lage, Bedarf und Angebot so miteinander zu verkoppeln, daß die Versorgung mit Gütern gewährleistet ist. Das klappt nicht mehr, weil man in den marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismus eingegriffen und mit einer Vielzahl von Gesetzen und administrativen Beschränkungen die Lenkungsfunction der Marktwirtschaft auf diesem elementaren Feld unserer Wirtschaft beseitigt hat.

Ein Übriges tut dann das Zinsniveau, das durch die extreme Verschuldung der öffentlichen Hand nach oben getrieben wird und das es am Ende niemanden mehr möglich macht, auf dem Baumarkt zu investieren.

Ich meine, daß viele der jugendlichen Demonstranten, die nach draußen gehen und – mit welchen Mitteln auch immer; darüber wäre zu diskutieren – gegen Wohnungsabbruch und unzureichende Wohnverhältnisse bei gleichzeitig leerstehenden Häusern protestieren, nicht wissen, daß sie in Wahrheit gegen die Demontage der Sozialen Marktwirtschaft in der Wohnungswirtschaft – mit verheerenden Folgen, wie eben skizziert – protestieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Weg aus der Misere auf dem Wohnungsmarkt von heute führt nur über die volle Wiederherstellung der marktwirtschaftlichen Steuerung. Deshalb schließe ich sehr gerne an das an, was Walther Leisler Kiep vorgebracht hat. Die Investitionsbremsen und die Initiativblockaden auf dem Sektor der Wohnungswirtschaft müssen weg. Ein Teilbereich des Problems ist ja mit dem umschrieben, was Lothar Späth einmal wie folgt formuliert hat: heutzutage sei es einfacher, sich von der eigenen Ehefrau zu trennen als vom eigenen Untermieter. Das macht ja einen Teil des Problems deutlich.

Wir meinen, wenn hierzu im Kapitel "Erneuerung der Marktwirtschaft" nichts gesagt würde – und sei es auch nur mit ein, zwei Sätzen, wie in dem Antrag gefordert –, dann entstünde in diesem Programm eine Lücke. Deshalb fordert der Antrag, diese Lücke zu füllen und der Jugend und mit der Jugend zu sagen, daß wir in der Wohnungswirtschaft dringend wieder die Lenkungsfunction der Sozialen Marktwirtschaft brauchen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke sehr.

Meine Damen und Herren, wir haben auch zu diesem Kapitel zahlreiche Anträge vorliegen. Wer unter 5 Minuten spricht und das kann, tut uns allen einen Gefallen, damit wir den Parteitag heute so weit bekommen, wie wir das wollen. Jetzt Herr Dr. Haßbach zu C 5, C 6.

Dr. Friedrich Maßbach: Herr Vorsitzender ! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich kann – und dies war ein Zufall, daß ich nach dem Vorredner jetzt hier spreche – seinen Ausführungen aus meiner beruflichen Funktion voll zustimmen. Aber das ist nicht der Grund, weshalb ich mich zu Wort gemeldet habe. Es geht vielmehr um eine Befürwortung der Anträge C 5 bzw. C 6, die beide auf eine andere Überschrift hinwirken wollen.

Ich halte, meine Damen und Herren, die Überschrift, die der Bundesvorstand gewählt hat: "Die Soziale Marktwirtschaft erneuern" für eine mehr als nur semantische Fehlleistung. Hiermit wird suggeriert, als ob die Soziale Marktwirtschaft für die Schwierigkeiten, die wir heute zu verzeichnen haben, verantwortlich zu machen sei und daß sie deshalb zu erneuern sei. Dies, meine lieben Parteifreunde, erinnert mich so etwas daran, als ob die Soziale Marktwirtschaft ein Reifen wäre, der nun abgefahren sei und erneuert werden müsse. Daß der "Pkw" Wirtschaft heute holpert und sein Gleichgewicht zu verlieren droht, hängt eindeutig damit zusammen, daß ihm zuviel Ballast aufgebürdet worden ist und daß die Straßen zu schlecht sind, das heißt, die äußeren Rahmenbedingungen, auf denen der Wagen Wirtschaft fährt.

Es kann doch nicht angehen, die Soziale Marktwirtschaft zu erneuern. Wir müssen vielmehr die Soziale Marktwirtschaft einsetzen. Das kann im Sinne des Antrages des Kreisverbandes Northeim geschehen, daß wir sagen "Mit der Sozialen Marktwirtschaft einen neuen Anfang wagen". Dies kann auch im Sinne des Vorschlages der Mittelstandsvereinigung "Der Marktwirtschaft eine Chance geben" geschehen. Ich will mich gar nicht auf die Formulierung festlegen. Keineswegs darf es aber, meine Damen und Herren, heißen: "Die Soziale Marktwirtschaft erneuern". Sie braucht nicht erneuert zu werden, sie braucht nur sinnvoll angewendet zu werden, und es müssen die Voraussetzungen in unserem Lande geschaffen werden, daß die Soziale Marktwirtschaft greifen kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen aus dem Plenum zu diesem Präambel-Kapitel nicht vor.

Für die Antragskommission hat Herr Dr. Schwarz-Schilling das Wort.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren ! Zunächst zum Antrag C 3! Die Antragskommission hat diesen Antrag mit großer Sympathie gesehen. Wir haben in der Neuformulierung der Ziffer 28 die Frage der Vollbeschäftigung bzw. des Beitrages, den mittlere und kleinere Unternehmungen für die Vollbeschäftigung leisten, berücksichtigt.

Der zweite Teil, der sich mit dem Wohnungsbauprogramm beschäftigt, ist in Mannheim in ausführlicher Form verabschiedet worden. Es gibt auch entsprechende Anträge der Bundestagsfraktion. Es wurde nicht für richtig gehalten, jetzt hierzu noch einmal etwas zu sagen, nachdem hier gültige Beschlüsse der Partei vorliegen.

Dann zu den Anträgen C 5 und C 6. Hierzu hat die Antragskommission die Meinung vertreten, daß – so richtig die Überlegungen auch sind, die hier stehen – mit dem Wort "erneuern" keineswegs gemeint ist, daß die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft in irgendeiner Weise geändert werden.

Wir leben in der Geschichte, und zu bestimmten Zeitpunkten muß man auch anerkannte Grundsätze wieder mit neuem Leben erfüllen. "Erneuern" heißt keineswegs, die Grundlagen verändern, sondern heißt, sie mit neuem Leben versehen, sie wieder lebendig machen und auf diese Weise die Soziale Marktwirtschaft bei uns wieder zu einem Gut zu machen, was für die Allgemeinheit deutlich wird. Das war die Auffassung der Antragskommission. Wir haben deswegen die Ablehnung der beiden Anträge vorgeschlagen.

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich rufe jetzt zur Beschlußfassung die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 65 und 66 auf. Ich darf diejenigen, die dieser Empfehlung zustimmen wollen, bitten, ihre Stimmkarte zu erheben. – Danke schön. Darf ich um die Gegenprobe bitten. – Danke schön. Stimmenthaltungen?

Ich denke, wir sollten die Abstimmung noch einmal wiederholen. Es war hier vom Präsidiumstisch aus nicht ganz klar zu sehen, wo die Mehrheit war. Ich darf also noch einmal diejenigen bitten, deutlich die Stimmkarte zu erheben, die der Empfehlung der Antragskommission ihre Zustimmung geben wollen. – Danke schön. Darf ich jetzt um die Gegenprobe bitten, vielleicht genau so deutlich. – Nach Meinung des Präsidiums war das erste eine allerdings knappe Mehrheit. Meine Damen und Herren, erhebt sich dagegen Widerspruch?

(Zurufe)

Dann müssen wir auszählen.

Das Präsidium wird sich noch einmal ein eigenes Bild verschaffen und die Abstimmung wiederholen, aber in der Weise, daß diejenigen, die dafür oder dagegen stimmen, sich jeweils erheben. Darf ich jetzt darum bitten, daß diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen, sich erheben und gleichzeitig ihre Stimmkarte heben. – Danke schön. Bitte setzen Sie sich wieder. Jetzt bitte ich diejenigen, die Gegenstimmen abgeben wollen, sich ebenfalls zu erheben und ihre Stimmkarte zu heben. Danke schön. Nach Meinung des Präsidiums ist nunmehr klar, daß das erste – also die Zustimmung zu den Empfehlungen der Antragskommission – einwandfrei die Mehrheit erhalten hat.

Ich rufe jetzt die Ziffer 26 auf. Dazu gehören die Anträge Nr. C 1, C 7 Abs. 1, C 8 bis C 11, C 12 außer dem vorletzten Absatz, C 13, C 15 bis C 21, C 22 außer der neuen Ziffer C 26, C 23 und C 104. Ich glaube, Sie haben das alle so mitgekriegt.

(Lachen und Zurufe)

Die Fundstelle für die Empfehlungen der Antragskommission: Antragsbroschüre, Seite 67 ff und Initiativantrag C 104.

Ich darf die Debatte zu Ziffer C 26 eröffnen. Erste Wortmeldung: Herr Professor Zeitel.

Prof. Dr. Gerhard Zeitel: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte an die Bemerkung des letzten Diskussionsredners anknüpfen und eine Interpretation, eine Klar-

stellung vornehmen. Ich meine, das ist erforderlich. Wir wollen keine neuartige, keine andersartige, sondern wir wollen die Soziale Marktwirtschaft, mit der wir die größte Freiheit und Wohlfahrt in unserer Geschichte erlangt haben. Das sollte klargestellt werden, damit keine Mißverständnisse im Zusammenhang mit dieser Überschrift entstehen.

Der zweite Punkt, der mich zu einer Bemerkung veranlaßt, berührt die zentrale Frage des wirtschaftlichen Wachstums. Es gibt eine sehr populäre Diskussion, nach der dieses Wachstum nicht mehr zu realisieren, nicht mehr nötig sei. Für meinen Geschmack enthält der Leitantrag hinsichtlich dieser Frage zu resignative Grundformulierungen.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns gegenüber den anderen unterscheiden. Eine der Unterscheidungen, die wir auch deutlich zum Ausdruck bringen sollten, ist die, daß wir ein wirtschaftliches Wachstum nicht auf Grund eines Wachstumsfetischismus wollen, sondern wir wollen wirtschaftliches Wachstum, um die Arbeitslosen von der Straße zu bringen.

Wir wollen wirtschaftliches Wachstum, um die Staatsfinanzen zu konsolidieren; denn mit dem Rotstift allein ist es nicht zu machen. Wir wollen wirtschaftliches Wachstum, weil wir neue Technologien zur Sicheug der internationalen Wettbewerbsfähigkeit brauchen, die sehr viel Geld kosten. Wir wollen wirtschaftliches Wachstum wegen der notwendigen Umstrukturierung und der langfristigen Sicherung unserer Arbeitsplätze. Wir wollen wirtschaftliches Wachstum, weil es auch in unserem Lande noch sozial Hilfsbedürftige gibt, die wir unterstützen wollen. Wir wollen wirtschaftliches Wachstum aber vor allem auch, um unseren Beitrag für die Hungernden und Notleidenden in der Dritten Welt zu leisten. Wir wollen wirtschaftliches Wachstum, um die Lösung der Umweltprobleme zu finanzieren.

Aus all diesen Gründen sind wir für wirtschaftliches Wachstum im Unterschied zu anderen, die meinen, sie könnten die Wirtschaft gesundschrumpfen. Ich meine, wir sollten uns nicht auf einen Kurs der Resignation begeben, sondern den Eindruck festigen, daß wir imstande, in der Lage sind, wieder mehr Dynamik und Dampf in die Wirtschaft zu bringen, was Grundvoraussetzung ist, um die wesentlichen Schwierigkeiten zu überwinden, die jetzt zu verzeichnen sind. Wir sollten nicht den Weg der Sozialisten gehen, die uns empfehlen, sich rückwärts zu bewegen, was die Marktwirtschaft anlangt. Im Augenblick sind sie beim Jahr 1978 angelangt. Wir sollten aufpassen, daß sie nicht wieder beim Jahr 1970 oder 1960 landen.

Wir wollen, daß dieses wirtschaftliche Wachstum von der privaten Initiative ausgeht und nicht durch staatliche Beschäftigungsprogramme erreicht wird.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön. Als Mitglied des Präsidiums hat jetzt Herr Blüm das Wort.

Dr. Norbert Blüm: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will keine scholastische Diskussion beginnen, schon gar nicht abends um 20.30 Uhr. Nur, ich denke, wir sollten uns nicht in die Alternative Nullwachstum oder Nur-Wachstum einspannen

lassen. Ich bin nicht für Nullwachstum; das halte ich für phantasielos. Ich halte allerdings eine Politik, die alle Probleme nur mit Wachstum lösen will, für ebenso einfallslos.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein Wachstum von 5 % würde das Sozialprodukt während einer Lebensspanne von 70 Jahren – nehmen wir das einmal als normale Lebensspanne – um das Zweiunddreißigfache steigern. Wenn wir der jungen Generation nichts anderes in die Wiege zu legen hätten als die Hoffnung, daß das Sozialprodukt dann, wenn sie sterben würde, 32 mal so hoch sein werde wie heute, könnten wir abdanken, bevor der Kampf um die Zustimmung der Jugend zu unserer Politik begonnen hätte.

(Beifall)

Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum. Aber unser Optimismus kann nicht nur an Sozialproduktzahlen festgemacht werden.

(Beifall)

Dr. Jürgen Westphal, Tagungspräsidium: Danke schön.

Das Wort hat jetzt Herr Pieroth. Zuvor darf ich aber darauf hinweisen, daß allein zur Ziffer 26 erfreulicherweise zehn Wortmeldungen vorliegen.

Elmar Pieroth: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte Norbert Blüm zustimmen: Wir brauchen weder Nullwachstum noch Nur-Wachstum. Die Politik muß endlich wieder dafür sorgen, daß die Menschen ihren Wünschen, Vorstellungen, Plänen, die sich auch im wirtschaftlichen Wachstum äußern, nachgehen können. Das ist Aufgabe der Politik und nicht mehr.

Deshalb ist es richtig, daß in Ziffer 26 kritische Fragen gestellt werden: ob die Soziale Marktwirtschaft den heutigen Bedürfnissen gerecht wird, ob sie den zukünftigen Anforderungen gewachsen ist. Kritische Fragen zu stellen ist in Ordnung. Nur, mißverständliche Antworten dürfen nicht gegeben werden.

Schon in der Präambel zu unseren Leitsätzen steht, daß wir voraussichtlich geringere Wachstumsraten haben werden. In Ziffer 36 steht sogar, daß wir mit rückläufigen Wachstumsraten rechnen müßten. Woher kommt denn der Pessimismus? Wer weiß denn, daß es in den nächsten Jahren weniger werden wird?

In diesem Kongreßgebäude hat im Mai 1973 der Bundeskongreß des DGB stattgefunden. Man beklagte damals etwas das stürmische wirtschaftliche Wachstum, stellte fest, daß in den nächsten Jahren nichts so sehr fehlen werde wie Arbeitskräfte, und rechnete deshalb für 1980 sechs Millionen Gastarbeiter hoch. Ein halbes Jahr später hatten wir die Ölkrise, und wieder ein halbes Jahr später prognostizierten wir eine Million Arbeitslose.

Ich warne davor, Politik voreilig an Prognosen auszurichten. Prognosen sind hochgerechnete Gegenwart und nicht mehr. Wir sind der Zukunft doch nicht hilflos ausgeliefert. Politik ist nicht das Starren auf Prognosen, sondern das Gestalten von Realität. Dazu

haben wir Chancen. Wer die Soziale Marktwirtschaft aber mißbraucht und lähmt, gestaltet nicht. Er braucht sich über die Folgen seiner Mißwirtschaft nicht zu wundern.

Wer sagt, die Soziale Marktwirtschaft sei für die 50er Jahre geeignet gewesen, da sie eben etwas zu tun gewesen, muß sich sagen lassen, wenn er heute von der Krise redet: Das ist nicht die Krise der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards, sondern das ist die Krise derer, die Ludwig Erhards Soziale Marktwirtschaft nicht richtig anwenden wollen oder nicht richtig anwenden können oder wegen ihres linken Flügels nicht richtig anwenden dürfen.

(Vereinzelter Beifall)

Sie haben auch die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit zu übernehmen.

Die Wahrheit ist: Ludwig Erhard hat die Grundlagen für unseren wirtschaftlichen Aufschwung gelegt, als die Sozialdemokraten nichts anderes anzubieten hatten als Bezugs-scheine und Bewirtschaftung. Seine einfachen Wahrheiten müssen auch heute gelten. Wir brauchen heute keine Ausreden, warum es die Krise gebe, sondern wir brauchen Auswege aus der Krise. Lassen wir uns deshalb doch nicht von dem Pessimismus, von diesem Virus anstecken. Was den Sozialdemokraten als Ausrede dient, ist für die Christdemokraten Chance, Herausforderung und Aufgabe, die wir bewältigen werden.

(Vereinzelter Beifall)

Wachstumspessimismus wäre nur berechtigt, wenn es keine Probleme mehr gäbe, wenn es nichts mehr zu tun gäbe. Doch das Gegenteil ist der Fall. Wir stehen vor enormen Herausforderungen, die mehr Anstrengungen, mehr Ideen und mehr Arbeit erfordern: die Energievorsorge, die Umweltsicherung, die Überwindung der neuen Wohnungsnot, die internationale Solidarität, der Kampf gegen den Hunger in der Dritten Welt.

Wenn wir diese Herausforderung endlich richtig anpacken, kostet das Arbeit und führt nicht etwa zu Arbeitszeitverkürzung. Das bringt dann im Ergebnis auch wirtschaftliches Wachstum, und zwar von den Menschen akzeptiert; denn sie wollen, daß die Probleme endlich gelöst werden. Wir werden es besser machen können als die anderen. Dann sollten wir auch den Mut haben, das auszudrücken und nicht im Pessimismus zu verharren. .

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Delegierte Pinger, Rheinland. Ihm folgt der Delegierte Elmar Kolb, Baden-Württemberg.

Prof. Dr. Winfried Pinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Norbert Blüm hat eben darauf hingewiesen, wir sollten uns nicht in die Alternative Nur-Wachstum oder Nullwachstum begeben. Ich halte das für richtig. Aber es darf auch nicht heißen: weniger Wachstum, sondern wenn eine Kurzformel verwandt wird, muß sie lauten: mehr Wachstum, und zwar deshalb, weil wir Arbeitsplätze schaffen müssen. Wirtschaftliches Wachstum ist aber auch deshalb erforderlich – darauf ist sowohl eben als auch heute morgen im Forum hingewiesen worden -, um Hunger und Elend in der Dritten Welt zu beseitigen bzw. zu lindern. Dazu gibt es konkrete Zahlen.

Wir hatten in den 70er Jahren ein Wachstum hier in der Bundesrepublik im Schnitt von 2,7 %, in Westeuropa waren es 2,8 %. Die Weltbank hat in ihrem jüngsten Welt-

entwicklungsbericht festgestellt, daß, wenn wir bis zum Jahre 1990 weniger Wachstum als in den 70er Jahren haben, z.B. 2,4 %, es dann darum geht, ob 220 Millionen Menschen in der Dritten Welt in absoluter Armut leben oder nicht. Die Alternative ist ein Wachstum von 3,3 % - nach einer günstigen Prognose der Weltbank - oder von 2,4 % - nach der ungünstigen Prognose. Das heißt, wie gesagt, daß dann 220 Millionen Menschen in der Dritten Welt in absoluter Armut leben, Hunger haben, die ärztliche Versorgung nicht bekommen, die sie brauchen. Das, meine ich, müssen wir den Jüngeren sagen, die da nach dem Sinn des Wachstums fragen.

Wir brauchen mehr Wachstum. Wir brauchen es für uns, und wir brauchen dieses Wachstum für die Dritte Welt.

Wir hatten in den 60er Jahren ein Wachstum von 4,7 %. Da hatten wir keine Arbeitslosigkeit. In den 70er Jahren hatten wir 2,7 % Wachstum. Das war zu wenig Wachstum. Hoffen wir und strengen wir uns an, daß wir die Wachstumsgrundlagen freilegen, damit wir mehr Wachstum haben!

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Elmar Kolb. Ich darf bei dieser Gelegenheit noch einmal darum bitten, sich möglichst kurz zu fassen, damit wir heute nacht noch möglichst viele Anträge behandeln können.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn heute die Diskussion darüber geführt wird, ob wir die Soziale Marktwirtschaft erneuern können, dann muß ich fragen: Warum haben wir sie nicht konsequent angewandt? Wo sind eigentlich diejenigen, die neue Beglückungen unter das Volk geworfen haben und dann anschließend nicht bereit waren, das über Steuern zusätzlich zu kassieren? Wo sind die Tarifpartner, die nicht willens waren, wenn sie zusätzliche Belastungen gefordert haben, die über die Produktivitätsmöglichkeiten hinaus gingen, zuzugeben, daß dies Arbeitsplätze vernichtet. Wir haben dies in den 70er Jahren kräftig mit einer Schuldenlast zugedeckt, in der Hoffnung, daß eine nachkommende junge Generation dies bezahlt.

Nun schauen Sie sich heute einmal an, was diese junge Generation macht! Sie versucht, mit einem Studium in eine Position hineinzukommen, wo sie dann zu den Besseren gehört. Das hat zum Ergebnis, daß wir im Laufe dieses Jahrzehnts nicht mehr wissen, wo wir die Pädagogen, wo wir die Juristen und wo wir die Ärzte unterbringen können. Und das kommt alles davon, daß wir nur noch vornehme Arbeiten tun wollen, aber nicht mehr echt arbeiten. Es sieht heute so aus, daß 20 Millionen produktiv arbeiten, um 28 Millionen zu unterhalten. Dies ist die Situation, lieber Norbert Blüm.

Wenn wir dann davon sprechen, daß wir dies vielleicht mit Arbeitszeitverkürzungen retten können, dann kann ich dazu nur sagen: Es wird für uns schlimm werden, weil die Kosten dadurch steigen und wir unsere Produkte dann um so schlechter absetzen können.

Ich bin dafür, daß wir die Soziale Marktwirtschaft konsequent anwenden. Aber wir müssen auch einmal fragen, warum wir in diesem Jahr 11 000 Konkurse haben. Wir haben diese Konkurse nicht, weil die Unternehmer zu dumm sind, sondern die Konkurse

treten größtenteils deshalb ein, weil die Leute die Produkte nicht mehr absetzen können, vor allem im internationalen Wettbewerb.

Im Antrag C 20 ist gesagt, dann würden die Leute ausgeschwitzt. Nennen wir doch Roß und Reiter! Wo werden sie denn ausgeschwitzt? Es war doch vor allem die Großindustrie, die sich mit Hilfe der 59er-Regelung in der Rentenversicherung vom Personal getrennt hat. Es waren die Betriebe, die mitbestimmt sind, die augenzwinkernd zugelassen haben, daß man sich zu Lasten der Solidargemeinschaft vom älteren Personal trennte.

Das ist die Situation, vor der wir heute stehen.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir, wenn wir konsequent sein wollen und die Soziale Marktwirtschaft nicht nur erneuern, sondern wieder anwenden wollen, nein zu Dauersubventionen sagen. Wir müssen nein zu nicht finanzierbaren Wohltaten sagen. Und wir müssen vor allem den Mut haben, endlich einmal klar und deutlich zu sagen: Wenn die Unabhängigkeit der Tarifpartner dazu führt, daß sie autonom neue Arbeitsbedingungen, neue Löhne aushandeln, dann dürfen sie anschließend nicht nur dem Arbeitgeber den Absatz überlassen und nicht dann, wenn die Arbeitsplätze nicht mehr zu halten sind, nach dem Staat als *Rettungsanker rufen und sagen: Der Staat soll helfen; denn vorher haben andere versagt*. Meine Damen und Herren, es ist konsequente Soziale Marktwirtschaft, daß diejenigen, die ein Übel verursachen, dieses Übel auch anschließend beseitigen müssen. – Danke.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Peter Jungen, Rheinland.

Peter Jungen: Meine Damen und Herren! Ich möchte zu einem ganz konkreten Punkt der Ziffer 26 sprechen. Es geht mir um den letzten Satz der Ziffer 26, den ich nach dem Verlauf der gestrigen und insbesondere der heutigen Diskussion mit den Jugendlichen eigentlich nur noch für ein Mißverständnis halten kann. Das ist möglicherweise bei der Antragskommission übersehen worden.

Ich schlage deshalb hier vor, daß dieser letzte Halbsatz der Ziffer 26 ersatzlos gestrichen wird. Er lautet:

... und daß. (die Jugend) sich auch in Zukunft auf einen leistungsfähigen Staat verlassen (kann).

Meine Damen und Herren, ich möchte das kurz begründen. Wir haben heute morgen ausführlich insbesondere über die ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft diskutiert. Ich will das jetzt hier nicht wiederholen, ein großer Teil von Ihnen war bei der Diskussion dabei. Aber diese Diskussion hat eines deutlich gemacht: daß die Soziale Marktwirtschaft eine Ordnung ist, die für junge Menschen sehr viel attraktiver sein kann als der bürokratische Sozialismus, den sie jetzt seit mehr als zehn Jahren in der Bundesrepublik erlebt haben. Manche Formen alternativen Lebens, die wir in der Bundesrepublik heute haben, sind bei genauerem Hinsehen vielleicht dem Grundgedanken der Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft näher, als wir das vielleicht glauben mögen.

Ich will nur an den Wunsch vieler junger Leute erinnern, mehr Selbständigkeit zu haben, mehr über ihre eigenen Bedürfnisse und Aufgaben entscheiden zu können. Die Vorstellungen, die sie vom Leben haben, unterscheiden sich sehr von der verwalteten Gesellschaft, die sie vor allen Dingen in den letzten zehn Jahren kennengelernt haben. Ich will damit nicht behaupten, daß das alles schon potentielle Selbständige seien, aber es sind eine ganze Reihe von denen dabei, die beispielsweise einen alternativen Kraftfahrzeugladen oder einen alternativen Tabakladen haben. Die sind möglicherweise von den Gedanken, die bei uns im Mittelstand und bei den Selbständigen vertreten werden, gar nicht weit entfernt.

Ich meine, daß es gar nicht so sehr darum geht, die Soziale Marktwirtschaft zu ändern, sondern vor allen Dingen darum, ein Versäumnis nachzuholen, das wir uns deutlich vorzuwerfen haben. Es ist das Versäumnis, daß wir nicht deutlich genug gemacht haben, daß die Soziale Marktwirtschaft eine Gesellschaftsordnung ist, die über den reinen Ökonomismus hinausgeht, daß sie eine Gesellschaftsordnung ist, die eine ethische Grundlage hat, die für junge Menschen heute sicherlich attraktiv sein kann.

Wir haben vielleicht zugelassen, daß Wachstum als ein Selbstzweck und Gewinne als eine reine Privatsache angesehen worden sind und nicht als Grundlage, als Bestandteile dieser Gesellschaftsordnung. Die Marktwirtschaft kann natürlich ohne Wachstum überleben, aber es ist die Frage, ob die Gesellschaftsordnung dies schaffen kann.

Ich meine deshalb, meine Damen und Herren, daß dieser Parteitag ein Aufbruch sein sollte, der jungen Leuten deutlich macht, was Soziale Marktwirtschaft ist, und daß wir von hier mitnehmen sollten, daß unsere primäre Aufgabe nicht ist, sie zu überprüfen, sondern sie offensiv draußen zu vertreten. In dem Sinne kann die Soziale Marktwirtschaft wirklich die Alternative für Jugendliche sein, die in den letzten zehn Jahren etwas kennengelernt haben, gegen das Ludwig Erhard damals ganz entschieden und mit großem Erfolg angetreten ist.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir in dem Sinne zustimmten, den letzten Halbsatz zu streichen. Wir sollten den Jugendlichen nicht sagen, daß sie sich auf einen leistungsfähigen Staat verlassen können müssen, sondern wir sollten ihnen sagen, wo sie dazu beitragen können, einen leistungsfähigen Staat zu erhalten, der sowohl die Probleme, die wir haben, lösen wie auch der internationalen Verantwortung der Bundesrepublik gegenüber der Dritten Welt gerecht werden kann. — Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich darauf aufmerksam machen, Herr Jungen, daß hierzu kein Initiativantrag vorliegt.

Das Wort hat Matthias Florsheimer, Hessen.

Matthias Florsheimer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Jugend erwartet von uns klare Aussagen auf ihre Fragen nach der Zukunft, und sie erwartet, daß wir diese Aussagen begründen. Das ist gerade auf diesem Parteitag deutlich geworden. Ein sehr wesentliches Problem auf dem Weg in die Zukunft ist die Frage nach dem wirtschaftlichen Wachstum. Wir wollen es, und wir brauchen es. Darin sind wir uns einig. Aber dann müssen wir das auch in unseren Antrag schreiben.

Im Leitantrag des Bundesvorstandes kommt dies nur ganz unterschwellig zum Ausdruck – im Gegensatz zu den Redebeiträgen von eben. Die Antragskommission hat den zweiten und dritten Absatz des Antrages C 15 des Kreisverbandes Groß-Gerau berücksichtigt. Der erste Absatz wurde hingegen nicht berücksichtigt. In diesem ersten Absatz wird aber ganz klar ausgedrückt, daß wir uns zum wirtschaftlichen Wachstum bekennen, und es wird auch eine Begründung gegeben. Wir bitten den Parteitag um Annahme des ersten Absatzes des Antrages C 15.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Hauser, Krefeld.

Hansheinz Hauser, Krefeld: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Walther Leisler Kiep hat heute im Rahmen der Berichterstattung über das Forum II gesagt, daß es in der Aussprache ganz wesentlich um Grundsatzentscheidungen für unsere Wirtschaft gegangen sei. Wenn wir uns darin einig sind, daß diese marktwirtschaftliche Ordnung auf Zukunft nur Bestand haben kann, wenn wir einen leistungsfähigen Mittelstand haben, so scheint es mir wichtig zu sein, daß wir in diesem Zusammenhang auch deutlich machen – gerade weil das Thema des gesamten Parteitages auf die junge Generation ausgerichtet ist -, daß eine der entscheidenden Zukunftschancen für die junge Generation auch in der Möglichkeit liegt, sich als mittelständischer Unternehmer selbständig zu machen. Diese Möglichkeit muß in diesem Antrag Ausdruck finden. Die Mittelstandsvereinigung hat den Antrag C 23 formuliert, von dem wichtige Punkte, wie die Antragskommission richtig sagt, in die neue Fassung eingebaut worden sind. Der letzte Antrag dieses Absatzes C 23 ist für uns unverzichtbar, weil wir deutlich machen möchten, daß die Frage der Zukunftschancen der jungen Generation mit der Existenz der mittelständischen Wirtschaft auf das engste verknüpft ist. Deshalb bitte ich, darüber abstimmen zu lassen, daß der letzte Absatz des Antrages C 23 an die von der Antragskommission empfohlene Fassung angefügt wird. In diesem Zusammenhang möchte ich das, was Herr Jungen eben gesagt hat, ausdrücklich unterstreichen. Man könnte dann um so mehr auf den letzten Halbsatz der von der Antragskommission zur Annahme vorgeschlagenen Fassung verzichten, weil durch den angesprochenen Absatz wirklich deutlich wird, was wir alle miteinander meinen. Ich bitte um Zustimmung zur Ergänzung der Vorlage der Antragskommission um den letzten Absatz des Antrages C 23.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Lothar Späth.

Lothar Späth: Liebe Freunde! Ich kann es ganz kurz machen. Ich habe vorhin gegen die Empfehlung der Antragskommission gestimmt, weil ich ein bißchen Sorge hatte, wie der Passus betreffend die Frage der Erneuerung begriffen wird. Wenn wir dieses aber schon so festgelegt haben, dann sollten wir, wie ich meine, den Hinweis auf das, was in dem Antrag aus Baden-Württemberg steht, ebenfalls übernehmen. Ich bin bereit, zur Verkürzung vorzuschlagen, daß jener Satz aus dem dritten Absatz des Antrages C 9 nach Maßgabe der Antragskommission redaktionell eingefügt wird, wo wir uns auf den Begriff der Sozialen Marktwirtschaft nach Müller-Armack und seine ethische Fundierung beziehen. Führen wir uns noch einmal die Rede von Gerhard Stoltenberg und unsere Diskussion mit der jungen Generation vor Augen. Wir wollen immer begründen, daß die Soziale Marktwirtschaft ein ethisches und soziales Prinzip ist, nicht aber ein Wachstumsprinzip. Ich halte die Diskussion über 5 % Wachstum, welche wir nicht erreichen, oder über Minuswachstum und all dies für re-

lativ wenig bedeutend. Entscheidender ist, daß wir ein Wettbewerbs-, Markt- und Gesellschaftssystem haben wollen, in dem Soziale Marktwirtschaft die Folge einer geistigen Grundhaltung zur Gesellschaft ist. Wir sollten die Kontinuität der Erhard'schen Konzeption dadurch sicherstellen, daß wir, wenn wir die Marktwirtschaft schon erneuern, auch sagen, daß sie auf den ethischen Prinzipien aufgebaut ist, die Erhard, Müller-Armack und andere entwickelt haben. Deshalb beantrage ich, daß jener Satz aus dem dritten Absatz des Antrages C 9 aus Baden-Württemberg zusätzlich aufgenommen wird. Das wäre die einfachste Form, um das Gewünschte zu erreichen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Alfons Maurer.

(Zuruf: Maurer verzichtet!)

Dann hat jetzt Hansjürgen Doss, Rheinland-Pfalz, das Wort.

Hansjürgen Doss: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zugegeben, der Dialog mit den jungen Menschen, mit unseren Jugendlichen über Soziale Marktwirtschaft ist schwierig. Was interessiert sie daran? Die Lösung unserer wirtschaftlichen Probleme von morgen ist eine sehr trockene Materie. Hansheinz Hauser hat hier schon ausgeführt: Die Zukunftschancen, Freiheit durch eine soziale, durch eine liberale Marktwirtschaft zu schaffen – dies ist es, worüber wir, wie ich meine, einen Dialog führen können und auch sehr gut bestehen können. Ich meine deshalb, es muß auch für die jungen Leute von Interesse sein, ob sie morgen die Wahlmöglichkeiten erhalten können, ob wir ihnen bieten können, daß sie zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung wählen können. Ich glaube, daß dies eine faszinierende Perspektive ist, die wir anbieten sollten. Wir sollten also den Dialog führen, zugleich aber darauf achten, was wir den jungen Leuten anbieten. Es ist nicht damit getan, zu sagen: Mach dich selbständig; dann hast du anschließend eine wirklich zukunftssträchtige Basis, um deine Familie zu ernähren. – Ich muß vielmehr auch prüfen, was ich anbiete. Wenn heute 66 % unserer Selbständigen mehr als 70 Stunden in der Woche arbeiten, muß ich mich fragen, ob wir uns nicht einmal drüber unterhalten müßten, wie es in den kleinen und mittleren Betrieben aussieht. Wir müssen uns fragen, ob wir die Selbständigkeit unter diesen Bedingungen erhalten können. Wir müssen uns einmal ernsthaft darüber unterhalten, ob sich die Zukunftschancen der jungen Generation nicht bereits dadurch erledigen, daß wir das, was wir anbieten, im Grunde genommen faktisch bereits zerstört haben oder es bereits zugelassen haben, daß es soweit gekommen ist. Insofern muß diese Diskussion geführt werden.

Ein zweiter kurzer Hinweis: die Lage der freien Berufe. Was sind freie Berufe? Es ist immer von der Chance die Rede, sich als Freiberufler selbständig zu machen und möglichst viel Geld zu verdienen. Nach dem, was wir an Zahlen vorliegen haben, ist letztere Möglichkeit nur noch begrenzt gegeben. Brauchen wir die freien Berufe zur Erhaltung unserer Freiheit? Ich meine, ja. Die freien Berufe sind der unabhängige Anwalt der Bürger gegenüber einer immer mächtiger werdenden Bürokratie, gegenüber den großen Konzernen und anderen. Ich meine deshalb, wir müssen den jungen Leuten klarmachen, daß Soziale Marktwirtschaft nicht nur Wirtschaftswachstum, nicht nur Daseinsfürsorge für morgen, sondern auch Erhalt ihrer bürgerlichen Freiheiten bedeutet.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Frau Wex, Rheinland.

Frau Dr. Helga Wex: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag C 21, der sich auf Ziffer 26 bezieht. Die Antragskommission hat empfohlen, den letzten Absatz – "Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft ist auf Partnerschaft angewiesen ..." – nicht aufzunehmen. Wir sind der Meinung, daß dies zu prinzipiellen Aussagen über die Soziale Marktwirtschaft gehört. Wir haben heute bei der Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft davon gesprochen, daß die Soziale Marktwirtschaft wiederbelebt werden muß. Wir sind der Meinung, daß die Soziale Marktwirtschaft die Kraft hat und haben muß, sich an die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten anzupassen, z.B. durch eine qualitative Arbeitsmarktpolitik. Der Frauenvereinigung kam es in ihrem Antrag auf folgendes an. Wir sind der Meinung, daß die Soziale Marktwirtschaft stärker als bisher vom einzelnen Menschen her interpretiert werden muß, z.B. von der Familie, von Vater und Mutter. Soziale Marktwirtschaft ist nach unserer Meinung nicht nur ein Ordnungsrahmen, nicht nur eine Garantie für die freie Entwicklung der Unternehmen. Sie muß zu einem Markenzeichen der freien Bürger werden. Wir sind der Meinung, Freiheit muß auch im Alltag erfahrbar sein. Deswegen müssen wir dafür sorgen, daß die Soziale Marktwirtschaft zum Bestandteil eines freien Lebensgefühls wird. Wir erreichen dies, wenn innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft die Werte Solidarität und Subsidiarität auch noch einen neuen Glanz erhalten, z.B. durch die Solidarität zwischen den Unternehmen und den Familien.

Dabei muß es möglich sein, daß die Männer und Frauen in Arbeitswelt und Familie die gleiche Chance oder die Chance haben, beides miteinander zu verbinden. Es geht also um eine größere Entscheidungsfreiheit.

Wir haben verfolgt, daß die Antragskommission sehr viele von den konkreten Anträgen der Frauenvereinigung aufgenommen hat. Worauf es uns ankommt, ist, daß wie bei der Grundsatzdiskussion das Prinzip der Partnerschaft, wie es im Grundsatzprogramm zum Bild des Menschen gehört, auch bei den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in diesem Antrag seinen Niederschlag findet. – Danke.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Vogt, Rheinland.

Wolfgang Vogt, Bonn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon im Vorfeld dieses Parteitags ist Kritik daran geübt worden, daß hier die Rede davon ist, daß die Soziale Marktwirtschaft erneuert werden muß. Ich habe diese Kritik eigentlich nie verstanden. Denn, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, schon Müller-Armack hat 1947 darauf hingewiesen, daß Soziale Marktwirtschaft kein ein für allemal festgeschriebenes wirtschafts- oder gesellschaftspolitisches Konzept ist, sondern ein offenes Programm, ein Programm, das auch in der Lage sein muß, neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Deshalb und auch mit Blick auf die Politik in den letzten zehn Jahren, die doch nicht nach den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft betrieben worden ist, sondern wo die Soziale Marktwirtschaft denaturiert worden ist, geht es um die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb sollte dieses Kapitel die Überschrift behalten.

Ein zweites. Herr Kollege Jung, ich meine schon, daß sich die Jugend auch in der Zukunft auf einen leistungsfähigen Staat verlassen muß. Hier steht doch nicht drin, daß die CDU für einen Staat ist, der sich in alles und jedes einmischt, sondern hier steht, daß sich die Jugend auf einen leistungsfähigen Staat verlassen muß. Wir wissen doch, daß ein Staat nur dann leistungsfähig ist, wenn er sich auf das Wesentliche, auf das ihm Eigene konzentriert. Deshalb ist es schon richtig, so zu formulieren, wie es zum Schluß der Ziffer 26 steht.

Herr Kollege Hauser, ich meine schon, daß Selbständigkeit in diesem Programm ihren Niederschlag finden soll. Aber bleiben wir doch nicht hinter dem zurück, was wir als Christlich Demokratische Union schon verschiedentlich beschlossen haben. Zuletzt im wirtschaftspolitischen Programm unserer Partei am 6. September 1979! Wir haben damals völlig zu Recht und völlig überzeugend von der Selbständigkeit als einem gesellschaftspolitischen Prinzip gesprochen. Das gilt für die formal Selbständigen genauso wie für die formal Unselbständigen. Auch der Arbeiter im Betrieb braucht mehr Bereiche der Selbständigkeit.

Wenn schon eine Erweiterung des Leitetrags gewünscht wird, dann sollte man auch an die Selbständigkeit als wirtschaftspolitisches Prinzip denken, wie es im wirtschaftspolitischen Programm der CDU formuliert worden ist.

Die letzte Bemerkung. Wenn ich es richtig begreife, haben wir uns doch auch in der Entstehungsgeschichte dieses Parteitags entschieden mit Sozialer Marktwirtschaft zu beschäftigen, aber doch nicht deshalb, weil wir ihr Instrumentarium, die Techniken der Sozialen Marktwirtschaft, hier weit und breit darlegen müßten. Vielmehr wollen wir die Soziale Marktwirtschaft doch als ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitbild haben und ihre ethische Orientierung und ihre Wertorientierung heute in diesem Leitetrags darstellen. Darum geht es.

Da finde ich es hilfreich, was der Ministerpräsident von Baden-Württemberg vorgeschlagen hat: aus diesem Antrag die eine Passage zu übernehmen. Aber ich will ihn darauf hinweisen, daß wir gerade in der neuen Fassung der Ziffer 26 des Leitetrags auf die Wertorientierung der Sozialen Marktwirtschaft im großen Wert gelegt haben. Ich würde meinen, daß der Leitetrags mit diesen Veränderungen auch in der Ziffer 26 überzeugend zum Ausdruck bringt, warum wir diesen Parteitag überhaupt machen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Herr Köppinger, Rheinland.

Dr. Peter Köppinger, Rheinland: Liebe Parteifreunde! Wenn wir hier von der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft sprechen, dann meinen wir nicht Soziale Marktwirtschaft irgendwo, sondern in unserem Land. Wer das nach zwölf Jahren sozialliberaler Koalition bestreiten wollte, betreibt doch das Geschäft der Koalition. Daß die Soziale Marktwirtschaft, also die konkreten Zustände in unserem Land, erneuert, geändert werden müssen, weiß unsere Jugend. Deshalb muckt sie zum Teil so auf. Das wissen die Arbeitnehmer und auch die Unternehmer.

Konkret zu Ziffer 26. Ich verstehe eigentlich nicht die Aufregung über die Frage: Wachstum ja oder nein? Grundsätzlich ist es doch so, daß wir von Erhard und

Müller-Armack immer gehört haben, daß Soziale Marktwirtschaft keinen Wachstumsratenfetischismus predigt, sondern daß es bei der Sozialen Marktwirtschaft um zweierlei geht: erstens um die Verbesserung der Lebensbedingungen des einzelnen und zweitens um eine Förderung der Dynamik und der Wachstumsgrundlagen unserer Wirtschaft. Genau das finden wir in der Ziffer 26, wie sie die Antragskommission zur Annahme vorschlägt. Das ist auch genau das, was eben Norbert Blüm und was Elmar Pieroth gesagt haben.

In der Ziffer 26 lese ich: Ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen. Weiter lese ich: Ziele unserer Politik sind Vollbeschäftigung mit Geldwertstabilität, stetiges Wachstum. Ferner lese ich: Wir wollen eine Politik der Förderung der Wachstumsgrundlagen unserer Wirtschaft und Gesellschaft verwirklichen. — Das ist doch genau das, was Erhard und Müller-Armack immer gefordert haben.

Ich meine deshalb, wir sollten hier kein Schattenboxen veranstalten. Wir sollten die Ziffer 26 in der Fassung, wie sie die Antragskommission zur Annahme vorschlägt, eventuell ergänzt um das, was Lothar Späth eben vorgeschlagen hat, verabschieden.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Danke schön. — Das Wort hat der Sprecher der Antragskommission, Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst im Namen der Antragskommission für die Redner am Anfang bedanken, die gerade die Fragen, die aus der Fassung der Antragskommission hervorgehen, in entsprechender Weise unterlegt haben.

Wenn ich hier auf die Auseinandersetzung über die Frage des Wachstums oder der Beschränkung des Wachstum eingehe, dann möchte ich sagen, daß die Antragskommission diese Frage in ihrer Fassung bereits weitgehend auf Seite 68 eingefügt hat. Sie lesen auf dieser Seite im unteren Absatz:

"Ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen bis hin zur Massenarbeitslosigkeit ...".

Dann wird im einzelnen beschrieben, was das bedeuten würde. Was hier gesagt wurde, ist mit allem Nachdruck zu unterstützen.

Ich möchte jetzt nacheinander die hier vorgetragenen Anträge behandeln.

Zunächst einmal zu Antrag C 9, dritter Absatz, Antrag Baden-Württemberg, vorgetragen von Ministerpräsident Späth. Der Antrag steht auf Seite 68. Ich zitiere:

"Schon die geistigen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft haben gefordert, daß in einer "Zweiten Phase" unserer Wirtschaftsordnung ... gesellschaftspolitischen Konzeption werden müsse".

Das geht also bis in die erste Zeile der Seite 69. — Die Antragskommission ist der Meinung, daß man diese Anregung aufgreifen und in Ziffer 26 einfügen sollte.

Antrag C 15, erster Absatz, Antrag von Groß-Gerau. Wir möchten hierzu sagen, daß auch hier all das, was im ersten Absatz steht, bereits weitgehend in der Neufassung der Ziffer berücksichtigt worden ist. Hier sind insbesondere über den Fortschritt entsprechende Ausführungen gemacht worden. Daher ist die Antragskommission der Auffassung, daß dieser erste Absatz schon berücksichtigt wurde.

Ich komme zu Antrag C 21, letzter Absatz.

Frau Wex hatte vorgeschlagen, daß auch die Partnerschaft von Mann und Frau, von Arbeitswelt und Familie, also der letzte Absatz, aufgenommen werden sollte. Auch hier ist die Antragskommission der Auffassung, daß wir dieser Anregung folgen können und das noch in die Ziffer 26 aufgenommen werden kann.

C 23! Das ist der Vorschlag, der hier von den Herren Kollegen Hauser und Kolb vorgetragen wurde, insbesondere zu dem letzten Absatz, Seite 79, die Möglichkeiten in unserem Lande, wieder selbständig zu werden – in verschiedenen Bereichen – deutlicher hervorzuheben, da dies wichtig ist auch für die künftige Gestaltung von Arbeitsplätzen und ähnlicher mehr. In der Antragskommission haben wir bereits heute nachmittag sehr lange über diesen Punkt gesprochen. Wir sind der Auffassung, daß dieser Punkt tatsächlich in entsprechender Weise in unserem Leitantrag zum Ausdruck kommen sollte.

Die Antragskommission macht den Vorschlag, daß nach der Ziffer 27, wo es gerade auch um die Bedeutung von mittleren und kleineren Unternehmen für Vollbeschäftigung und Wachstum geht, ein unersetzlicher Beitrag und die wichtige Möglichkeit, Eigenkapitalbildung zu verbessern – das ist auf Seite 80 -, folgender Absatz eingefügt wird, der nicht nur die Selbständigkeit im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft behandelt, sondern auch in ihrer gesamten Bedeutung, wie es im Grundsatzprogramm und im Wirtschaftspolitischen Programm der CDU vom 16. September 1979 ausgedrückt worden ist – ich verlese noch einmal den Wortlaut, wie er der Antragskommission vorschwebt -:

"Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität. Selbständigkeit wird überall in der Gesellschaft gebraucht. Im ökonomischen Bereich ist sie unverzichtbar."

Und jetzt kommt der letzte Absatz des Antrags C 23 der Mittelstandsvereinigung, wie er dort steht: "Selbständigkeit wird überall in der Gesellschaft gebraucht". Ich würde nur den letzten Satz etwas abändern. Da heißt es dann: "Aufgabe der Union ist es, diese Bereitschaft zu stärken". Das wäre eine Einfügung nach Ziffer 27. Damit würden die Anträge, die hierzu gestellt worden sind, vorwiegend in positiver Weise von der Antragskommission berücksichtigt worden sein. – Ich darf mich bedanken.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, sind Sie damit einverstanden, daß über die Empfehlungen der Antragskommission insgesamt abgestimmt wird? – Ich höre keinen Widerspruch. Die Empfehlungen der Antragskommission finden sie auf den Seiten 67 ff. Dazu dann das von Herrn Schwarz-Schilling hier mündlich Vorgetragene zu den Anträgen von Herrn Späth, Frau Wex und Herrn Hauser.

Diejenigen, die dieser Empfehlung der Antragskommission folgen, bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. Wer ist dagegen? – 3 Gegenstimmen. Enthaltungen? – 2 Enthaltungen.

Wir kommen jetzt zur Beratung der Ziffer 27 und der dazu vorliegenden Anträge. Hierzu gehören die Anträge C 24, C 25 und der Initiativantrag 103.

Hierzu liegen Wortmeldungen vor. Als erster Herr Moltgen.

Klaus Moltgen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Folgt man der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag C 25, dann heißt das indirekt, daß man auf diesem Parteitag einen Europa-Akzent ablehnt. Es kann aber für die Partei, die seit Konrad Adenauer für die europäische Einigung eingetreten ist, nicht sinnvoll sein, hier einen europäisch ausgerichteten Antrag abzulehnen. Ich bin kein Wirtschaftspolitiker, aber ich meine, man sollte doch in dieser Partei noch einmal darauf hinweisen können, daß wir Wirtschaftspolitik nicht wie nur rein nationalökonomisch sehen.

(Beifall)

Es ist doch ein Irrsinn, diesen Antrag abzulehnen. Ich verstehe die Antragskommission nicht, daß sie jetzt, wo unsere Freunde im Europaparlament und wo wir mit der Jugend für Europa eintreten, empfiehlt zu sagen: wir machen kleinkariert nationalökonomische Politik im Sinne des 19. Jahrhunderts. Das kann ich einfach nicht verstehen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Michel.

Dr. Hans Werner Michel: Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich spreche zu dem Initiativantrag C 103. Da die Antragskommission schon Wohlwollen signalisiert hat, nur ganz kurz:

Der Grund ist erstens eine unlogische Sprache in dem ursprünglichen Antrag. Diese unlogische Sprache hat unlogische Folgerungen nach sich gezogen. Hier dreht es sich nicht um die Leistungsbereitschaft und die Investitionsfähigkeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern um bei jeder für sich – Leistungsbereitschaft von Arbeitnehmern und Investitionsbereitschaft und -fähigkeit von Unternehmern.

Ein weiteres. Das ist hier eine falsche Terminologie mit einer falschen Polarisierung. Ich habe den Eindruck, wir gehen hier ein klein wenig auf den Leim der Sozialisten mit dem klassenkämpferischen Denkschema. Warum denn hier die Polarisierung von Arbeitnehmern und Unternehmern? Wir wollen doch die Leistungsfähigkeit sämtlicher Bürger, einschließlich der selbständigen und der freiberuflich Tätigen. Und richtig ist: wir wollen nicht die Investitionsfähigkeit der Unternehmer als Personen, sondern der Unternehmungen. Daher der Vorschlag zu schreiben: "Leistungsbereitschaft aller arbeitenden Bürger und der Investitionsfähigkeit aller Unternehmungen. Ich bitte um Annahme dieses Antrags – aus Gründen der Logik und der Konsequenz.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Hauser!

Hansheinz Hauser, Krefeld: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ziffer 27, die sich mit der Leistungsbereitschaft und der Investitionsfähigkeit befaßt, ist nach Ansicht der Mittelstandsvereinigung in diesem Leitantrag der geeignete Platz, die Bedeutung der mittelständischen Unternehmen insgesamt stärker, als bisher vorgesehen, zu verdeutlichen. Mit der Tatsache, daß 95 Prozent aller Unternehmen in der Bundesrepublik mittelständisch strukturiert sind und daß mehr als 60 Prozent der Arbeitnehmer in diesen Betrieben ihre Beschäftigung finden, ist, glaube ich, die Bedeutung des Mittelstandes hinreichend dargestellt. Im Antrag C 26 haben wir das noch einmal deutlich formuliert.

Die Antragskommission sah sich nicht in der Lage, diesem Antrag ihre Zustimmung zu geben und den Wortlaut dieses Antrags als zweites Kapitel in die Ziffer 27 aufzunehmen. Ich bitte, darüber noch einmal zu beraten und abzustimmen. Wir sind der Meinung, die Bedeutung des Mittelstandes muß hier gerade aus der Sicht der Christlich Demokratischen Union stärker zum Tragen kommen.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Herr Kollege Hauser, darf ich eben mal unterbrechen? Es steht hier ja, daß der Antrag C 26 bei der Ziffer 33 behandelt werden soll.

Hansheinz Hauser, Krefeld: Da gehört er aber gar nicht hin.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das empfiehlt die Antragskommission.

Hansheinz Hauser, Krefeld: Das kann man natürlich so machen. Aber hier ist von der Leistungsbereitschaft, der Investitionsfähigkeit und alledem die Rede. Eigentlich gehört das in diese Ziffer. Wenn die Antragskommission das irgendwo anders hin verschiebt, so mag das ihre Meinung sein. Aber von der Sache her gehört das in die Ziffer 27 hinein, um so mehr – insofern hat die Antragskommission das ja wohl auch erkannt –, als der letzte Absatz des Antrags C 23, wie Herr Dr. Schwarz-Schilling soeben hier vorgeschlagen hat, genau hier ja eingebunden werden soll. Wenn wir also hier auf Empfehlung der Antragskommission den letzten Absatz des Antrags C 23 anhängen, dann würde ich das sehr begrüßen. Dann aber ist es um so notwendiger, vorher auf die Bedeutung des Mittelstandes und seine Funktion in der marktwirtschaftlichen Ordnung hinzuweisen.

Und damit hat man dann den Duktus der Ziffer 27. Deswegen bitte ich, zu überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, das hier hineinzuschieben, anstatt es in Ziffer 23 zu bringen.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Darf ich den Sprecher der Antragskommission bitten.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zum Antrag C 25. Wir sind in der Antragskommission einverstanden, wenn wir den ersten Satz wie folgt fassen: "Wir treten für einen voll funktionierenden Binnenmarkt mit einem ungehinderten Warenverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein." Dann ist das Anliegen hier in entsprechender Weise vertreten. Die übrigen Dinge werden sowieso in dem Kapitel "Frieden und Freiheit im Zuge der europäischen Einigung" im einzelnen dargestellt. Ich glaube, es ist sinnlos, die Dinge alle

noch einmal im Wirtschaftskapitel zu sagen. – Das würde dies in entsprechender Weise ermöglichen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zuruf: Ja!)

Was Herr Hauser zuletzt gesagt hat, wird weitgehend in Ziffer 28 im letzten Absatz auf Seite 80 gesagt: "Insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen...". Dort geht es auch um die "notwendigen Investitionen".

Ich möchte noch einmal in Korrektur sagen, daß die Anfügung des Kapitels "Selbständigkeit" nicht Ziffer 27, sondern Ziffer 28 war. Das war ein Versehen von mir. Hier kommt dann der letzte Absatz hin, den ich bei dem vorigen Kapitel vorgelesen habe.

Bezüglich des Antrags C 24 zu Ziffer 27 kann ich nur sagen, es mag vielleicht etwas mißverständlich formuliert sein, Herr Dr. Michel, aber es liegt uns kein Antrag vor, um hier eine entsprechende Änderung vorzunehmen. Man kann auch von der Auffassung ausgehen, daß Leistungsbereitschaft und Investitionsfähigkeit gleichermaßen von beiden Teilen erwartet wird.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Es gibt den Initiativantrag C 103, der ist von der Antragskommission zur Annahme empfohlen.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Entschuldigen Sie bitte, dieser Antrag liegt also doch vor und ist zur Annahme empfohlen. Damit ist das Problem gelöst.

(Heiterkeit)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission unter Berücksichtigung des Antrages 25 erster Satz. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Darf ich bei dieser Gelegenheit, bevor wir eine neue Ziffer aufrufen, eine sehr erfreuliche Mitteilung machen. Ich wurde eben davon unterrichtet, daß in Salzgitter heute abend die CDU mit 42 von 47 Stimmen einen neuen Oberbürgermeister stellt.

(Beifall)

Nachdem der SPD-Verlust bei der Kommunalwahl 10,8 % betrug, stellen wir jetzt in Salzgitter den Oberbürgermeister. Herzlichen Glückwunsch nach Salzgitter.

(Erneuter Beifall – Zurufe: Zugabe!)

Wir kommen zu Ziffer 28. Dazu gehören die Anträge C 27 und C 28. Hier soll ebenfalls der Antrag C 61 behandelt werden.

Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Darf ich den Sprecher der Antragskommission bitten, oder genügt es, wenn Sie die Empfehlungen der Antragskommission aus der Vorlage entnehmen? – Das ist der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 80 zu Ziffer 28 abstimmen. Wer zustimmt, bitte das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 29 auf. Hierzu gehören die Anträge C 29 bis C 31. Ich habe eine Wortmeldung von Alfons Maurer, Baden-Württemberg.

Alfons Maurer: Herr Präsident! Meine verehrten Damen! Meine Herren! Ich spreche zu Antrag C 30. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Antrags C 29 mit der Erwähnung, daß der Antrag C 30 berücksichtigt sei. Dem ist unter keinen Umständen so. Hier sind insgesamt drei wesentliche Merkmale enthalten. Als erstes wollen wir nicht nur Großunternehmen privatisieren, wobei ohnehin schon der Begriff zu klären wäre. Es geht vielmehr darum, generell und überhaupt zu prüfen, welche staatlichen Unternehmen privatisiert werden können und sollen.

Das Zweite ist die Beteiligung der Arbeitnehmer. Das ist drin. Ich halte das auch für richtig, denn es wäre hier modellhaft möglich, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital durchzuziehen.

Das dritte Element. Wenn staatliche Betriebe nicht privatisiert werden können, dann sollte wenigsten Augenmerk darauf gelegt werden, daß sie marktwirtschaftlich geführt werden. Wir erleben immer wieder, daß es staatliche Betriebe gibt, die dann den marktwirtschaftlichen Betrieben Konkurrenz machen. Wir können wenigstens erwarten, daß die marktwirtschaftlichen Elemente der Kostenkontrolle, der rationellen Mittelverwendung usw. berücksichtigt werden.

Deswegen sind wir der Meinung, die beiden Punkte sind in dem Antrag des Bundesvorstandes nicht enthalten. Es ist mir schlichtweg unerklärlich, wie die Antragskommission zu der Auffassung kommen kann, daß bei der Annahme des Antrags C 29 das Anliegen von Baden-Württemberg berücksichtigt wäre.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen. — Der Sprecher der Antragskommission, Herr Schwarz-Schilling.

Dr. Christian Schwarz-Schilling, Antragskommission: Bei der Zeile "Privatisierung von in staatlichem Besitz befindlichem Großunternehmen" sind wir auch der Auffassung, daß man das Wort "groß" durchaus streichen und schreiben könnte: "Die Privatisierung von in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmen ...". Wir sollten aber jetzt nicht im einzelnen dem Antrag C 30 folgen, denn das steht schon im Grundsatzprogramm ganz klar drin, daß nach dem Subsidiaritätsprinzip überall dort, wo die kleinere Gruppe in der Lage ist, etwas in der Art durchzuführen, sie auch das Vorrecht und die Priorität hat. Ich finde, wir sollten uns nicht laufend wiederholen. Die Antragskommission war der Auffassung, es dabei zu belassen und daß der Antrag C 31 in der Form, wie er hier steht, abgelehnt wird. Ansonsten hätten wir dann die Änderung von "Großunternehmen" in "Unternehmen" in der Fassung der Antragskommission.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Danke sehr. — Herr Kollege Späth.

Lothar Späth: Ich möchte noch einmal energisch dafür plädieren, den Antrag C 30 von Baden-Württemberg in der Fassung anzunehmen. Sie können doch nicht morgen beantragen, die Deutsche Bundesbahn zu privatisieren, wobei die Alternative die sein darf, wenn nicht privatisiert wird, darf so weiterbetrieben werden wie jetzt. Wir sollten von uns aus sagen: Dort, wo Privatisierung möglich wird, wird privatisiert. Das sagt unser Antrag.

Dort, wo nicht privatisiert werden kann, müssen mehr wirtschaftliche Elemente in die Staatsunternehmen. Das ist doch das Ziel unserer ganzen Politik.

(Beifall)

Deshalb verstehe ich nicht, warum wir hier lange herummontieren. Hier geht es nicht um Wiederholungen, sondern hier geht es um zwei Prinzipien. Unser Prinzip heißt: Was der Private genauso erledigen kann wie der Staat, das macht der Private.

Was allein der Staat erledigen kann, das muß er im wirtschaftlichen Bereich so weit wie irgend möglich nach den Prinzipien der Wirtschaft vollziehen. Deshalb bitte ich Sie dringend, diesmal der Antragskommission nicht zu folgen, sondern statt dessen den Antrag C 30 von Baden-Württemberg anzunehmen.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Trotzdem muß ich zunächst über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Diese Empfehlung steht auf S. 80. Außerdem haben Sie die mündlichen Erläuterungen von Herrn Schwarz-Schilling gehört.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Diese Empfehlung der Antragskommission ist abgelehnt.

(Zustimmung)

Dann komme ich – sicher mit Ihrem Einverständnis – zur Abstimmung über den Antrag C 30. Besteht da Einverständnis?

(Zustimmung)

Ich lasse über den Antrag C 30 abstimmen. Wer ihm zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke sehr. Gegenprobe! – Enthaltungen? – 1 Enthaltung. Es ist bei 1 Enthaltung so beschlossen.

Damit bliebe noch Antrag C 31, der zur Ablehnung empfohlen wird. Ist das Haus damit einverstanden? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 30. Hierzu gehören die Anträge C 32 bis C 37 und C 105. Es liegt eine Wortmeldung vor. Bitte, Herr Gerstein, Landesverband Westfalen.

Ludwig Gerstein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir möchten den Antrag des Kreisverbandes Dortmund – C 35 – trotz des Votums der Antragskommission aufrechterhalten. Ich möchte das wie folgt begründen.

Der Leitantrag in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung beschreibt unserer Meinung nach das Verhältnis zur Technik nur ungenügend. Zwar enthält der Antrag z.B. das Bekenntnis unserer Bereitschaft, die Technik zu fördern, aber ein wirklich klares Bekenntnis zur Notwendigkeit und zum Nutzen der Technik enthält er nicht. Wir meinen, der Leitantrag sollte gerade auch auf der Basis der Diskussion heute morgen einen Beitrag dazu leisten, Technologiefeindlichkeit abzubauen und Angst vor der Technik zu

nehmen. Dazu reicht meiner Meinung nach die etwas verdeckte und verkrampfte Zustimmung des vorliegenden Antrags der Antragskommission nicht aus. Es heißt in diesem Antrag:

Wir wissen ..., daß die positive Bewertung von Technik ... eine wichtige Voraussetzung ist, neue Aufgaben zu lösen ...

Mein Gott, wenn wir das wissen, warum sagen wir dann nicht auch klar, daß wir die Technik in ihren Grenzen positiv bewerten?

Meine Damen und Herren, der Antrag C 35 enthält eine solche positive Bewertung, und, wie ich meine, eine klare Aussage über die Notwendigkeit, den Nutzen und die Grenzen der Technik und der technischen Entwicklung.

Mit Rücksicht auf die notwendige Klarheit auch unseren jungen Menschen gegenüber bitte ich Sie daher um Annahme des Antrages C 35 an Stelle des von der Antragskommission vorgeschlagenen Antrags. – Schönen Dank.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und gebe dem Sprecher der Antragskommission, Herrn Dr. Riesenhuber, das Wort.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Dieser Antrag ist gegenüber dem ursprünglichen Entwurf sehr erweitert und umformuliert worden. Wir möchten dem Antrag des Kreisverbandes Dortmund gern insofern folgen, als wir nach dem ersten Satz des Antrages der Antragskommission:

Wir werden die modernen Techniken fördern, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt

den Abschnitt von:

Wir stellen die Technik in den Dienst des Menschen...

bis:

die Belastung der Umwelt durch den Menschen zu begrenzen.

- das ist der dritte Spiegelstrich – einfügen. Dies sind in der Tat gewichtige, zielgerichtete und in ihrer Zusammenfassung auch umfassende Formulierungen von Sinn, Ziel und Bestimmung, aber auch Eingrenzung von Technik.

Wir sind der Ansicht, daß die Abschnitte, die dann folgen, in einer richtigen und guten Weise in den übrigen Formulierungen enthalten sind. Diese folgenden Formulierungen enthalten im übrigen auch eine Einbeziehung des Antrages C 33 des Landesverbandes Baden-Württemberg. Wir haben die Befürchtung, daß das verlorengehen könnte, was wir diesem Antrag im wesentlichen entnommen haben, nämlich die Aussage zu den neuen Kommunikationstechniken. Dieser Teil sollte also nicht insgesamt ersetzt werden.

Der Vorschlag lautet also: Ergänzung des Antrages der Antragskommission durch den ersten Teil – bis zum Ende des dritten Spiegelstrichs – des Antrages C 35, wobei dieser erste Teil nach Satz 1 des vorliegenden Antrages einzufügen wäre.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Ich lasse jetzt über die Empfehlung der Antragskommission mit dieser Ergänzung abstimmen. Wer ihr folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke sehr. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 31 auf. Dazu gehören die Anträge C 38 bis C 42. Es liegen einige Wortmeldungen vor. Zunächst spricht der Kollege Elmar Kolb, Baden-Württemberg.

Elmar Kolb: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Pinneberg hat in seinem Antrag C 42 formuliert:

Deshalb muß der weitere Ausbau auf Basis der Kraft-Wärme-Kopplung, der industriellen Abwärme und der Müllverbrennung – wo immer wirtschaftlich möglich – weiter gefördert werden.

Warum die Antragskommission diesen Satz nicht übernommen hat, ist mir nicht verständlich. So nämlich, wie der erste Absatz des Antrages C 38 jetzt lautet, kann ich nur sagen: Ministerpräsidenten der Länder, laßt eure Hoffnungen fahren; ihr könnt so viel Geld vergraben, ihr werdet nie mehr eine vernünftige Energiepolitik treiben, wenn nicht ein Einschub erfolgt:

soweit wirtschaftlich und energetisch sinnvoll.

Es gibt genügend Gruppen in diesem Lande, die dafür plädieren, möglichst allen Energie-Unsinn zu betreiben, um die Funktion eines Alibis gegen Kernkraft zu haben. Wenn Sie dies vermeiden wollen, bitte ich Sie, entweder diesen Satz des Kreisverbandes Pinneberg zu übernehmen oder, was kürzer ist, zu sagen:

... Wärme-Kraft-Koppelung, **soweit wirtschaftlich und energetisch sinnvoll**, durchsetzen.

Dann könnte man diesem Antrag folgen. – Danke schön.

(Vereinzelt Zustimmung)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Danke. – Herr Kollege Gerstein!

Ludwig Gerstein: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte das gleiche Anliegen, das der Herr Kollege Kolb gerade vorgetragen hat. Ich kann nur um die Unterstützung seiner Vorschläge bitten.

Ich habe aber noch einen anderen Punkt, der in der jetzigen Fassung meiner Meinung nach u.U. dazu führen kann, daß falsche Hoffnung geweckt wird. Das ist der letzte Satz des Antrages in der neuen Fassung, in dem davon gesprochen wird, daß wir neue Energiequellen erforschen müssen, wozu gesagt wird, daß die Kernfusion und auch die umfassendere Nutzung der Sonnenenergie eine unerschöpfliche und umweltschonendere Energieversorgung eröffnen.

Hiermit erwecken wir meine Erachtens wieder falsche Hoffnungen, denn der Diskussionsstand in der Wissenschaft ist der, daß es zumindest bei der Kernfusion außerordentlich fraglich ist, nicht nur ob und wann wir sie erreichen werden, sondern auch, ob

es sich wirklich um eine umweltschonendere Energieversorgungstechnik handeln wird. Wenn wir dies so stehenlassen – aber ich plädiere dafür, daß man das Wort "umweltschonendere" hier streicht -, schaffen wir erneut eine Art Alibifunktion für die Kernenergiegegner. Die werden uns das oft genug um die Ohren schlagen und sagen: Wenn es eine so schöne umweltschonendere Energieversorgung gibt, brauchen wir uns um die heutige Kernenergie gar nicht mehr zu kümmern und können auf Brüter und auf moderne Reaktorlinien verzichten.

Der Antrag des Kreisverbandes Dortmund ist ja im wesentlichen in die Formulierungen der Antragskommission mit aufgenommen worden, was vor allen Dingen für die Nennung der Kohle im jetzigen Antrag gilt. Ich bitte aber die Antragskommission darum, noch einmal zu überlegen, ob man in der erstgenannten Frage dem Vorschlag des Kollegen Kolb folgen kann und ob man zweitens den Hinweis darauf, daß Kernfusion oder umfassendere Nutzung der Sonnenenergie umweltschonender seien, nicht streichen kann.

Adolf Müller, Tagungspräsident: Das Wort hat Herr Tremmel, Baden-Württemberg. Ihm folgt Herr Buchkremer, Rheinland.

Fritz Tremmel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal voll dem zustimmen, was meine beiden Vorredner bereits vorgetragen haben.

Ich möchte aber noch einen Schritt weitergehen. Wir haben heute morgen im Forum II gehört – aber wir hatten es eigentlich auch schon gewußt -, daß wir nicht nur eine ausreichende Energieversorgung, sondern auch eine preisgünstige Energieversorgung benötigen. Ich wundere mich eigentlich, daß in der Neuformulierung, die von der Antragskommission vorgelegt worden ist, neben dem Wort "ausreichend" nicht auch das Wort "preisgünstig" steht. Ich habe jetzt zwar keinen Initiativantrag eingebracht, aber ich gehe davon aus, daß wir alle vernünftig genug sind, dieses Wort in die Formulierung mit aufzunehmen.

Ich möchte eine zweite Anmerkung machen. Ich habe manchmal den Eindruck, daß wir uns, wenn wir uns über Kernenergie unterhalten – auch als CDU-Freunde -, fast schon schämen, dieses Wort in den Mund zu nehmen. Das hat z.B. darin seinen Ausdruck gefunden, daß es in dem Text der Antragskommission heißt: "Zur Sicherung der Stromversorgung ist ein verantwortungsbewußter Ausbau der Kernenergie notwendig." Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir sämtliche Energiequellen, die wir einsetzen wollen, verantwortungsbewußt einsetzen wollen, daß jede politische Entscheidung verantwortungsbewußt getroffen wird. Wir sollten hier keinen Gegensatz schaffen. Ich bin der Meinung, das Wort "verantwortungsbewußter" muß an dieser Stelle heraus; Verantwortungsbewußtsein steht über dem Ganzen.

Was die Fusionsenergie angeht – ich hatte eben schon gesagt: Zustimmung zu dem, was vorher gesagt worden ist -, so stehen wir erst ganz am Anfang dessen, was gemacht werden soll. Zunächst einmal muß die physikalische Machbarkeit nachgewiesen werden, dann geht es um die technische Realisierbarkeit – bis dahin ist ein weiter Weg, und es ist fraglich, ob das überhaupt geht -, dann kommt die Schwelle der Wirtschaftlichkeit – ob wir die erreichen, ist völlig offen -, und dann steht in Verbindung mit der Umweltfrage die Frage der gesellschaftlichen Akzeptanz an, mit der wir uns heute bei der Kernspaltungsenergie herumzuschlagen haben. Dies möchte ich dabei zu bedenken geben.

Ich fasse noch einmal zusammen: Einfügen, daß es sich nicht nur um eine ausreichende, sondern auch um eine wirtschaftliche Energieversorgung handeln muß; zweitens Neuformulierung in bezug auf die Fernwärmeversorgung, daß wir sie nicht absolut durchsetzen wollen, sondern nur da, wo sie wirtschaftlich ist, dort auch eine entsprechende Förderung und drittens, daß wir am Schluß die Aussagen zur Fusion und zur Sonnenenergie relativieren.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich mache hier allerdings darauf aufmerksam, daß der Präsident an das gebunden ist, was der Parteitag zu seiner Ordnung beschlossen hat. Die Frist für Initiativanträge ist festgesetzt worden, und diese Frist ist abgelaufen. Ich muß hier darauf achten, daß wir uns an die von uns gefaßten Beschlüsse halten.

Das Wort hat Herr Buchkremer, Rheinland.

Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache mich des gleichen Vergehens schuldig, was Initiativanträge anbelangt.

Ich möchte allen Vorrednern im Grunde recht geben, möchte aber meinen Vorredner noch etwas ergänzen, indem ich eine zusätzliche Kürzung vorschlage. Ich bin der Meinung, der ganze Satz: "Zur Sicherung der Stromversorgung ist ein verantwortungsbehafteter Ausbau der Kernenergie notwendig" ist überflüssig, erstens weil in dem vorhergehenden Satz einiges davon zum Ausdruck kommt, und zweitens, weil wir die Kernenergie nicht nur auf den Ausbau der Stromversorgung festlegen können. In den nachfolgenden Sätzen wird über den Hochtemperaturreaktor, wird über kleinere Energiemodule gesprochen. Der Hochtemperaturreaktor hat nach Meinung der Leute, die sich damit beschäftigen, neben der Stromversorgung eine ganz wesentliche Aufgabe zu bewältigen, und wir sollten jetzt die Kernenergie nicht — ich möchte hier wieder an meinen Vorredner anschließen — verschämt nur dem Bereich der Stromversorgung zuordnen. Damit würden wir wesentliche Entwicklungen der Kernenergie-Technologie in einer Ecke festmachen, wo sie gar nicht unbedingt hingehören und wo wir sie auch nicht haben wollen.

Ich bitte die Antragskommission, im Sinne einer Straffung der Angelegenheit diesen ganzen Satz wegzulassen.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Sprecher der Antragskommission, Herr Dr. Riesenhuber.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Kernproblem dieses Abschnitts liegt in folgendem: Wir haben ein sehr umfassendes und, wie ich meine, wirklich gutes Energieprogramm, das auf ungefähr 30 eng beschriebenen Schreibmaschinenseiten beschreibt, was wir in der Energiepolitik wollen, wie wir es abgrenzen und wie wir es erreichen wollen. Die Schwierigkeit dieses Abschnitts liegt darin, daß hier versucht werden mußte, auf etwa einer halben Schreibmaschinenseite das Wesentliche auszuformulieren. Ich möchte erstens zur Sache argumentieren und zweitens im Rahmen dessen, was der Präsident als zulässig für unsere Diskussion angesehen hat.

Die Preiswürdigkeit der Energieversorgung ist in der Tat ein Punkt, den wir überall und immer vortragen. Ihn hier einzubringen, wäre bei der Argumentation zur Kerne-

nergie richtig. Aber für die Gesamtbetrachtung der Energiefrage brauchen wir alle Energien, und da ist es durchaus so, daß die Preiswürdigkeit von Kernenergie beispielsweise im Grundlastbereich der Stromversorgung anders diskutiert wird als die der Kohle. Trotzdem sind wir der Ansicht, daß alle Energiearten hier hineingehören, weil eben weitere Gesichtspunkte – außer einer unmittelbar vordergründigen Betriebswirtschaftlichkeit bzw. Preiswürdigkeit – von Bedeutung sind, beispielsweise die langfristige Sicherheit. Das heißt, dieses einschränkende Wort konnte hier nicht aufgenommen werden.

Mein zweiter Punkt betrifft die Anregung, die sowohl vom Kollegen Gerstein, als auch vom Kollegen Kolb gemacht worden ist. Sie bezieht sich – und damit ist sie natürlich formal völlig zulässig – auf eine Formulierung im Antrag des Kreisverbandes Pinneberg. Hier möchte ich gerne folgen und schlage vor, daß wir die Formulierung des Kreisverbandes Pinneberg übernehmen, und zwar indem wir an den ersten Absatz nach einem Komma den Passus anhängen: "...wo immer sie wirtschaftlich möglich sind".

In der Vordiskussion hat auch die Frage eine Rolle gespielt, ob wir hier nicht noch genauer abgrenzen müssen, beispielsweise in der Frage des Anschluß- und Benutzungszwangs der Fernwärme, den wir ablehnen. Ich bin sehr dankbar – obwohl es eindeutig wichtig ist -, daß dieses hier noch nicht eingebracht wird. Es ist nicht möglich.

Der dritte Punkt betrifft die Streichung des Satzes "Zur Sicherung der Stromversorgung ist ein verantwortungsbewußter Ausbau der Kernenergie notwendig." Ich möchte dafür plädieren, daß wir diesen Satz stehenlassen. Es ist ganz eindeutig so, daß die Kernenergie auf absehbare Zeit das Arbeitspferd im Grundlastbereich bei der Stromversorgung sein muß. Hierüber geht ja auch der wesentliche Streit. Ich würde nicht empfehlen, daß wir uns hier auf eine Diskussion einlassen – dies ist nicht beabsichtigt, passiert dann aber immer sehr schnell -, wie sie Herr Klose in Hamburg geführt hat, als er souverän mißachtete, daß die Entwicklungshorizonte für den Hochtemperaturreaktor eben andere sind als die für den Leichtwasserreaktor, den wir voll in der Produktion haben und der seit Jahren erfolgreich in Großaggregaten läuft. Insofern plädiere ich einerseits dafür, den Satz betreffend den Ausbau der Kernenergie zur Sicherung der Stromversorgung stehenzulassen. Andererseits haben wir eine vernünftige Absetzung der fortgeschrittenen Reaktorlinien, nämlich des Hochtemperaturreaktors und des Schnellen Brutreaktors als Aggregate, die für die langfristige technische Entwicklung notwendig sind. Hier haben natürlich die Aussagen, die bezüglich des Einsatzes des Hochtemperaturreaktors zur Kohleveredelung gemacht worden sind, hohes Gewicht.

Der letzte Punkt betrifft die Frage der Fusionsforschung der Sonnenenergie. Es wurde darauf hingewiesen, daß wir hier über Energietechniken und Energiequellen sprechen, deren Nutzbarmachung in der Tat noch sehr weit entfernt ist. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Antragskommission hier mit großer Sorgfalt formuliert hat. Wir haben gesagt: "Heute schon müssen wir neue Energiequellen erforschen" – heute erforschen! -, "die langfristig" – langfristig! – "die Chance eröffnen." Wenn wir sagen "die langfristige die Chance eröffnen", grenzen wir uns gegen alle ab, die der Schwierigkeit einer heute unbequemen Diskussion dadurch entgehen möchten, daß sie so tun, als ob diese Energien heute schon da wären oder in absehbarer Zukunft greifbar wären. Dies ist einfach nicht wahr.

Wir müssen andererseits zeigen, daß wir über die im Augenblick absehbaren Möglichkeiten hinaus heute schon Entwicklungen auch dann anlegen, wenn wir wissen, daß sie langfristig sind, weil wir sonst diese großen Horizonte des Zugangs zu neuen Energietechniken dann nicht haben werden, wenn wir sie dringend brauchen. Ich möchte eindringlich bitten, daß wir hier den Schritt in eine neue Dimension der Energiediskussion aufzeigen, also diese sorgfältig erarbeitete Formulierung "Heute schon...neue Energiequellen erforschen, die langfristig die Chance...eröffnen" stehen zu lassen.

Ich möchte also darum bitten, daß wir in dieser Weise votieren, und so, wie ich es vorgetragen habe, ist es auch innerhalb dessen zulässig, was uns der Präsident hier als Maßgabe mitgegeben hat.

(Beifall)

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Sie haben die Empfehlung der Antragskommission gehört. Ich lasse jetzt über diese Empfehlung zu Ziffer 31 abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Gegenprobe! — Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? — 1 Enthaltung. Mit großer Mehrheit ist es so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu der neuen Ziffer 31 a. Dazu gehören die Anträge C 2, C 7 Abs. 3 und 4, C 12 vorletzter Absatz, C 14, C 22, neue Ziffer 26 c und C 43. Es geht um die Fragen der Umwelt. Sie finden die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 65 und 66 der Antragsbroschüre.

Das Wort hierzu wird nicht gewünscht. Verlangt der Sprecher der Antragskommission das Wort? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Vielen Dank. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Dann kommen wir zur Ziffer 32. Dazu gehört der Antrag Nr. 44. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Ich sehe auch keine Wortmeldungen. — Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission, Annahme des Antrags, abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Vielen Dank. Gegenprobe! — Enthaltungen? — Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 33. Hierzu gehören die Anträge C 45 bis C 47 und C 26. Ich sehe keine Wortmeldungen. -

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission auf Seite 85 abstimmen. Wer der Empfehlung folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Danke. Die Gegenprobe! — Enthaltungen? — 1 Gegenstimme. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 34, und dazu gehören die Anträge C 48 bis C 51. Hierzu habe ich zwei Wortmeldungen, und zwar Herrn Maurer, Baden-Württemberg, und Herrn Pinger, Rheinland.

Alfons Maurer: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche zur Ziffer 34 zum Antrag C 49. Die Antragskommission war hier der Meinung, daß dieser Antrag durch die Erwähnung des Wortes "leistungshemmende" miteinbezogen worden ist. Wir haben hier in dem Antrag eine andere Benennung, und zwar geht es hier nicht um die Begrenzung der Steuer- und Abgabenbelastung – eine Begrenzung kann sowohl nach oben als auch nach unten da sein -, sondern uns geht es um die Verminderung von leistungshemmenden Steuer- und Abgabenbelastungen. Deswegen sind wir der Meinung, daß diese Bezeichnung "Verminderung" unbedingt in diesen Antrag hinein muß.

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Es ist hier am Ende ausgeführt, daß eine Einsparung bei Subventionen und Finanzhilfen des Staates von 5 % erzielt werden soll. Das ist eine gegriffene Zahl. Wer weiß überhaupt, daß diese 5 % richtig sind? Ich bin sogar der Meinung, daß 0 richtig ist, daß also sämtliche Subventionen und Finanzhilfen richtig sind. Es geht vielmehr darum, alle Subventionen und Finanzhilfen zu überprüfen, damit sie qualifiziert angewendet werden können. Ich darf Ihnen ein Beispiel nennen. Wenn wir einen Betrieb haben, für den der Spitzensteuersatz gilt, dann werden unter Berücksichtigung der Verwaltungskosten etwa 10 % Verwaltungskosten von dem Steuergeld abgesetzt werden, und 15 % finden sich als kommunale Steuereinnahmen wieder. Jeweils die Hälfte geht an das Land und an den Bund, und der Rest in Höhe von 30 oder 25 % bleibt in den Betrieben. Wer das einmal in der Praxis durchgerechnet hat, der kommt darauf, daß wir alle Subventionen überprüfen müssen, daß wir uns aber nicht von vornherein auf eine Einsparung von 5 % festlegen können. Ich bitte deswegen, diesen Antrag so, wie er von uns vorgelegt wurde, anzunehmen.

Adolf Müller, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Pinger, Rheinland.

Dr. Winfried Pinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag C 51, dem Antrag der Mittelstandsvereinigung. Bei diesem Antrag geht es um die Forderung, die Gesamtzahl der öffentlich Bediensteten jährlich um mindestens 1 % zu vermindern. Das ist jedenfalls der wesentliche Kern des Antrags. Weiter geht es um die Finanzierung der Rentenversicherung, was mit der Forderung verbunden wird, daß die Beiträge nicht erhöht werden.

Die Staatsquote soll gesenkt werden. Diese Forderung hat die Antragskommission vom Bundesvorstand übernommen. Die Staatsquote ist in den letzten zwölf Jahren um etwa 10 %, von 37 auf rund 47 %, gesteigert worden. Ich nehme denn die Zahlen aus den Materialien der Bundesgeschäftsstelle. Ich glaube, auf Seite 11 der Materialien zur Sozialen Marktwirtschaft finden Sie die Steigerung um 10 Prozentpunkte von rund 37 % auf rund 47 %. Parallel dazu ist die Zahl der öffentlich Bediensteten in den letzten zwölf Jahren um rund 1,1 Million gestiegen. Wenn nun die Staatsquote gesenkt und damit die Staatsaufgaben und die Transferleistungen vermindert werden sollen, dann ist es nicht einzusehen, daß die Gesamtzahl der öffentlich Bediensteten gleich bleiben soll. Deshalb sind wir der Meinung, daß die Gesamtzahl der öffentlich Bediensteten um 1 % abgesenkt werden soll. Die Gesamtzahl würde gleich hoch bleiben, wenn rund 3 % pro Jahr hinzukämen; denn 3 % scheiden durchschnittlich durch Pensionierung aus. Wenn ich diesen Verlust von 3 % nur in Höhe von 2 % wieder auffülle, so würde der Bestand sich pro Jahr um 1 % vermindern, und das erscheint uns machbar zu sein. Wir meinen also, daß wir diese Forderung, die

nicht gleich umzusetzen ist, hier erheben sollten. Wir bitten um Zustimmung zum Antrag C 51.

Frau Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich darf nun Herrn Dr. Riesenhuber von der Antragskommission das Wort erteilen.

Dr. Heinz Riesenhuber, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zu den Vorschlägen der beiden Redner sagen. Ich möchte im Namen der Antragskommission gern die baden-württembergische Anregung aufnehmen, statt des Wortes "Begrenzung" das Wort "Verminderung" einzusetzen. Zweitens möchten wir dringend darum bitten, daß wir bei den 5 % bleiben. Diese Zahl ist keine Hausnummer, sondern wir haben wirklich ausführliche und umfassende Diskussion gehabt, und zwar sowohl mit unseren Freunden aus den Landesregierungen als auch in der Bundestagsfraktion. Wir haben die Diskussion über die Sanierung des Haushalts, um hier einen klaren Eckpunkt zu nennen, mit dieser Zahl wirklich erfolgreich bestanden, soweit diese vertrackte Lage überhaupt erfolgreich verstanden werden konnte. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir hierbei gesagt haben, daß es insgesamt 5 % sein sollten. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß in jeder einzelnen Position eine Verminderung um 5 % denkbar und möglich ist. Es wird Positionen geben, wo die Verminderung größer ist, und bei anderen wird sie kleiner sein.

Der dritte Punkt war die Frage einer Verminderung der Zahl der Beschäftigten jährlich um 1 %. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, daß in einer Reihe von Haushalten derzeit in der Tat Stellen in der absoluten Zahl eingespart werden.

Aber wir glauben nicht – und dies ist auch der Stand der Diskussion in der Fraktion und der Diskussion mit unseren Freunden, die in den Ländern Verantwortung tragen –, daß wir diese Zahl jetzt insgesamt verbindlich schon für die gesamten Haushalte ausgeben können.

Ich möchte also bitten, daß dieser Antrag hier abgelehnt wird und insofern dem ursprünglichen Antrag der Antragskommission gefolgt wird.

Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Darf ich diejenigen, die für den Antrag der Antragskommission stimmen möchten, um das Kartenzeichen bitten. – Danke. Gegenprobe! – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Vielen Dank.

Wir kommen zur Ziffer 35. Dazu gehören die Anträge C 52 und C 53. Uns liegen keine Wortmeldungen vor. Ich nehme deshalb die Abstimmung vor.

Wer für den Antrag der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig beschlossen. Danke.

Wir kommen zur Ziffer 36. Dazu haben wir eine Wortmeldung. Herr Pieroth, bitte.

Elmar Pieroth: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich bedanke mich für das, was ich aus der Antragskommission signalisiert bekomme. Der pessimistische Unterton ist raus. Von einem rückläufigen Wachstum wird jetzt nicht mehr gesprochen. Das ist gut so, weil wir es uns ja zutrauen, es besser zu machen als die Sozialdemokraten. Dann sollen wir das auch sagen und nichts Falsches aufschreiben.

Ich bedanke mich auch dafür, daß die Zukunftsaufgaben genannt werden. Wenn wir die aber nennen – und deshalb bin ich noch einmal hochgekommen –, habe ich zwei Bitten. Wir sollten sagen: Wenn wir die Zukunftsaufgaben von der Umweltvorsorge über die Energiesicherung bis zur internationalen Gerechtigkeit – spricht: Hilfe für die Dritte Welt – anpacken und bewältigen, dann bringt das auch Arbeit; es bringt Arbeitsplätze und damit auch Wachstum. Wenn das so ist, warum sagen wir das nicht? Das ist sogar – das sollten wir auch sagen – von den Menschen akzeptiertes Wachstum. Denn wer ist denn nicht für Umweltvorsorge, wer ist nicht für Energiesicherung und wer ist nicht für Hilfe für die Dritte Welt? – Das ist die eine Bitte.

Und die andere: Sie wollen also, wie ich aus der Antragskommission höre, die Ziffer 37 stehenlassen. Dann sollte aber nicht das Mißverständnis entstehen, daß Arbeitszeitverkürzung ein Mittel zur Vollbeschäftigung sein könnte. Wir wollen nicht die alten Schlachten von Ludwigshafen wieder schlagen, weil das ja auch nicht so gemeint ist.

Arbeitszeitverkürzung ist das Ziel, ist das Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik, ist vor allen Dingen ein Mittel der Humanisierung der Arbeit. Wir wollen mehr Gestaltung der Arbeitszeit, mehr Teilzeitarbeit. Wir wollen auch den akzeptieren, der nur sechs Stunden am Tag arbeiten will, wenn er mit einem geringeren Lohn zufrieden ist.

Wenn wir nur das ausdrücken wollen, dann bitte ich darum, nicht das Wort "Vollbeschäftigung" zu bringen, sondern nur von "Beschäftigung" zu reden. Dann ist klar, daß wir mit der Arbeitszeitverkürzung keine Konjunkturpolitik machen wollen, sondern die Arbeitszeitverkürzung dieser Art als Mittel einer freiheitlichen Lebensgestaltung sehen.

Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Präsidium hat eben beschlossen, die Redezeit auf drei Minuten zu begrenzen, weil noch über eine ganze Reihe von Ziffern abzustimmen ist. Ich bitte jetzt Herrn Blüm.

Dr. Norbert Blüm: Meine Damen und Herren, es ist jetzt hier mehr in die Diskussion eingebracht worden, wenn ich recht sehe, als die Antragskommission vorgebracht hat. Ich will es ganz kurz machen.

Wir haben in Fragen Arbeitszeitverkürzung meines Erachtens die Wahl: entweder flexible Arbeitszeitverkürzung oder starre, individuell bestimmte oder kollektive, freie Wahl bei der Arbeitszeitverkürzung oder Anweisung von oben. Wie die CDU sich entscheidet, ist doch ganz klar: immer für die freiheitliche, also für die flexible, für die individuelle, für die Arbeitszeitverkürzung mit der Wahl beim einzelnen.

Wenn wir diese Wahl mitbestimmen wollen, dann müssen wir jetzt zu dieser flexiblen Arbeitszeitverkürzung ja sagen, damit die Dampfwalze von kollektiven, von oben her-

unter diktierten Arbeitszeitverkürzungen uns nicht unterwalzt. Deshalb bin ich für ein uneingeschränktes Ja zu diesen flexiblen Lösungen. – Erster Punkt.

Dabei füge ich hinzu, damit es keine Überraschungen gibt: Bei der flexiblen Altersgrenze gibt es nur eine Verbreiterung mit versicherungsmathematischen Abschlägen, weil die Sache sonst nicht zu bezahlen ist und weil es außerdem ungerecht wäre, wenn der 65jährige Arbeitnehmer dem 60jährigen die frühere Rente bezahlen müßte. Auch das gehört zur Ehrlichkeit. Aber deshalb ein uneingeschränktes Ja zu diesen flexiblen Lösungen.

Ganz ängstlichen Gemütern will ich verraten, daß inzwischen sogar die FDP dafür ist. Vielleicht hilft das bei manchem, über die Wupper zu kommen. Ich weiß, daß das vielleicht für den einen oder anderen ein hilfreiches Instrument ist. Auch in Japan – um auch dieses Hilfsargument einzuführen – gibt es die Lebensarbeitszeitverkürzung mit großem Tempo.

Dritter Punkt. Warum statt "Vollbeschäftigung" jetzt "Beschäftigung" gesagt werden soll, verstehe ich nicht ganz, meine Damen und Herren. Haben wir Berührungängste vor Vollbeschäftigung? Ist Teilzeitarbeit nicht auch ein Mittel, das den Begriff "volle Beschäftigung" rechtfertigt? Wenn wir Teilzeitarbeit und Vollbeschäftigung nicht zutage bringen würden, dann würde ja bei Teilzeitarbeit Vollbeschäftigung gefährdet sein. Das wird doch wohl niemand wollen.

Wenn unter dem Begriff "Beschäftigung" jene verstanden wird, die jeden zu einem Maximum der Arbeit bringt, die er will, dann bin ich mit diesem Begriff einverstanden. Anders könnte ich mir die CDU gar nicht vorstellen.

(Beifall)

Gudrun Stähler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Blüm. Darf ich nun Herrn Vogt von der Antragskommission bitten, das Wort zu nehmen.

Wolfgang Vogt, Antragskommission: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat in intensiven Beratungen mit allen, die an diesem Thema interessiert sind – so hoffe ich wenigstens -, Ihnen folgenden Vorschlag zu machen.

Es wird dem Antrag C 106 Ziffer 1 entsprochen. Das heißt, in dem Antrag der Antragskommission Absatz 1 wird das gestrichen, was in der Klammer steht. Damit wird also die Klammer gestrichen.

Absatz 2 bleibt.

Absatz 3 erhält die Fassung, die auf Seite 87 mager ausgedruckt ist. Der erste Satz bleibt:

Auch in Zukunft wird das wirtschaftliche Wachstum im Kampf um die Vollbeschäftigung seine Bedeutung erhalten, die soziale Absicherung unverzichtbar sein.

Danach wird aus dem Antrg C 106 eingefügt:

Unsere Antwort ist nicht Pessimismus und Resignation.

Also wie es ausgedruckt vorliegt. Der nächste Satz wird gestrichen. Es wird eingefügt:

Es gibt genug neue Aufgaben, für die sich zu arbeiten lohnt.

Dann geht es wie ausgedruckt weiter: "Beseitigung von Hunger ...erfordern von uns verstärkte Anstrengungen."

Danach wird aus dem Antrag C 106 aus dem zweiten Absatz der erste Satz in folgender Fassung übernommen:

Das Ergebnis werden das nötige und akzeptierte Wachstum und die Arbeitsplätze bei uns und in der Dritten Welt sein, die wir für die Zukunft brauchen.

Der nächste Satz kann wegfallen, weil diese Forderung schon in der Ziffer 32 abgehandelt ist.

In dieser Fassung empfiehlt die Antragskommission – ich glaube, in Übereinstimmung mit allen – die Annahme dieser Ziffer 36.

Weil in dem Antrag C 106 auch die Forderung enthalten ist, die Ziffer 37 zu streichen, möchte ich gleich sagen, daß dieser Forderung nicht Rechnung getragen werden soll. Das schlägt die Antragskommission auch hier im Einvernehmen mit den Antragstellern vor.

Die Ziffer 37 wird von der Antragskommission in folgender Form empfohlen:

Unabhängig von der absehbaren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den 80er Jahren ist zu fragen, ob

- und jetzt heißt es –

normale Beschäftigung bedeuten muß, daß alle, die arbeiten wollen und arbeiten können, während ihres ganzen Arbeitslebens täglich acht Stunden arbeiten oder wie die Arbeit zu bewerten ist, die außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes geleistet wird.

Ich glaube, damit wird dem Grundanliegen der Antragsteller des Antrages C 106 Rechnung getragen. Damit wird aber auch deutlich gemacht, daß das, was in Ziffer 37 angesprochen wird und gleichzeitig die Einleitung der folgenden Ziffern ist, nicht unter rein arbeitsmarktpolitischen oder konjunkturpolitischen Erfordernissen gesehen werden darf. In dieser Form erfährt Ziffer 37 sogar eine gewisse Präzisierung.

Ich bitte, den Anträgen der Antragskommission in der vorgeschlagenen Form zu entsprechen.

Frau Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Ich erteile Herrn Kolb das Wort.

Elmar Kolb: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Norbert Blüm, das, was Du eben gesagt hast, ist ja nur die eine Seite der Medaille. Ich persönlich habe nichts dagegen, wenn wir früher in Rente gehen. Ich habe auch nichts dagegen, daß wir in der Woche weniger arbeiten. Nur, wir können das nicht mit vollem Lohnausgleich zu Lasten derjenigen tun, die noch arbeiten.

Wenn immer weniger für eine immer größere Zahl von Rentnern arbeiten soll, brauchen wir uns nicht mehr darüber zu unterhalten, warum die Schwarzarbeit in diesem Lande ein Thema sein wird, von dem wir nicht mehr wegkommen. Ich bitte, das dahingehend zu ergänzen – darum habe ich mich auch noch einmal zu Wort gemeldet –, daß diejenigen, die eine kürzere Lebensarbeitszeit haben, auch mit weniger Rente einverstanden sein müssen, und diejenigen, die eine kürzere Wochenarbeitszeit haben, eben auch mit weniger Einkommen zufrieden sein müssen. Es kann nicht angehen, daß diejenigen, die arbeiten, das finanzieren müssen, was die anderen auf elegante Weise abziehen wollen.

(Beifall)

Frau Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Die Antragskommission hat zur Ziffer 36 bereits gesprochen. Ich lasse deshalb über Ziffer 36 einschließlich der Änderungen, die Herr Vogt vorgeschlagen hat, abstimmen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 37, die auch schon begründet worden ist. Deshalb kommen wir sofort zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission einschließlich der Änderungen, die vorgetragen worden sind, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Einige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Es ist so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 38. Dazu gehören die Anträge C 62, C 64 und C 65. Ich habe keine Wortmeldung vorliegen und lasse deshalb sofort abstimmen. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 39. Dazu gehören die Anträge C 66 und C 67. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse abstimmen. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 40. Dazu gehören die Anträge C 68 und C 75. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können deshalb sofort abstimmen. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 41. Dazu gehören die Anträge C 76 bis C 78. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir können deshalb sofort abstimmen. Wer für den Antrag der An-

tragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 42. Dazu gehören die Anträge C 79 bis C 84. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Danke. Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 43. Dazu gehören die Anträge C 85 und C 86. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 44. Dazu gehören die Anträge C 87 bis C 90. Ebenso sollen die Anträge C 91 bis C 95 im Zusammenhang mit dieser Ziffer behandelt werden. Hierzu liegen zwei Wortmeldungen vor. Das Wort hat Herr Dr. Becker.

Dr. Karl Becker: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu Antrag C 90.

Unser Vorsitzender Helmut Kohl hat gestern in seiner Grundsatzrede einige Worte zur Eigenverantwortung gesagt. "Kein Bürger" – so steht es in seinem Manuskript – "darf aus der Eigenverantwortung entlassen werden. Das gilt auch für das Gesundheitswesen". Und wenig später: "In unserem Gesundheitssystem hat heute niemand ein ernsthaftes Interesse an Sparsamkeit. Nur über eine sozial zumutbare Eigenbeteiligung an den Krankheitskosten können wir dem einzelnen wieder bewußt machen, daß in einer Solidargemeinschaft jeder zur Mitverantwortung aufgerufen ist".

Meine Damen und Herren, die verantwortete Freiheit gilt auch im Umgang mit der Gesundheit und mit der Krankheit. Das gilt für alle, ob Leistungserbringer oder Leistungsnehmer. Jedoch dürfen wir es nicht nur bei Worten belassen; denn der Bürger wird uns danach messen, wie wir handeln, und nicht allein nach unseren Worten. Nur das Handeln wird Vertrauen schaffen. Nur so werden wir die Mehrheit erreichen, die wir brauchen, um unsere Politik durchzusetzen.

Die Bürger wissen, daß unser soziales Netz in einer Zeit der knappen Kassen – und sie werden noch sehr lange knapp sein – nur durch Opfer und auch Einsparungen zu sichern ist. Sie sind dazu auch bereit, meine Damen und Herren; denn sie haben erkannt, daß hier und da die Grenze des Begriffs Soziales zu weit geht, wie Gerhard Stoltenberg das heute morgen in seinem Grundsatzreferat ausdrückte.

Darum beantragt die Bundesmittelstandsvereinigung, aus Antrag C 90 die beiden ersten Sätze zu übernehmen, die lauten:

Um bei der gesetzlichen Krankenversicherung weiter steigende Beitragssätze, und damit einen weiteren Anstieg der Gesamtabgabenlast zu vermeiden, sind einschneidende Maßnahmen nötig. Nur eine direkte finanzielle Mitverantwortung des einzelnen für seine Gesundheit im Krankheitsfalle kann dazu führen,

daß wirkungsvoll und langfristig eine Entlastung der Solidargemeinschaft erreicht wird.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Frau Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Herr Späth, bitte.

Lothar Späth: Meine Freunde! Es ist eigentlich schade, daß wir eine so schwierige Geschichte erst zu dieser Zeit diskutieren können. Wir sollten bei der Abstimmung trotzdem zwei Dinge berücksichtigen. Ich will das hier wenigstens für das Protokoll festhalten, ohne jetzt noch einmal auf die ganzen Anträge einzugehen, die wir gestellt haben:

Wir halten zwei Dinge fest: Erstens. Ich halte es für ungenügend, wenn man im Antrag nur darauf hinweist, daß ausschließlich Leistung und Gegenleistung das Prinzip etwa bei der Rentenversicherung seien. Wenn nicht klargestellt wird, daß der Drei-Generationen-Vertrag einbezogen wird und beispielsweise die Leistung, die die Mutter durch die Erziehung der Rentenversicherungsbeitragszahler von morgen erbringt, genauso berücksichtigt werden muß wie der Beitrag, den zwei Berufstätige leisten, dann wäre das eine fatale Entscheidung - im Hinblick auf all das, was wir bisher dazu erzählt haben. Das heißt, ich möchte gern, daß klargestellt wird, daß die jetzige Fassung der Antragskommission so zu verstehen ist. Sonst könnte ich dieser Konzeption nicht zustimmen, weil sie das ganz wichtige Anliegen der Einbeziehung der Mutter in die Rentenversicherung nicht berücksichtigt.

Das muß einfach erwähnt werden. Wir können nicht einfach darüberspringen; denn man wird uns eines Tages daran messen, was wir auf unseren Parteitag aus unseren Grundsatzaussagen gemacht haben.

Das zweite: So ein einfacher Satz wie, die Lösung der Finanzprobleme müsse auf der Ausgabenseite erfolgen, klingt für mich so ein bißchen wie: Im Winter ist es erfahrungsgemäß kälter als im Sommer. Wir haben mit unserem Antrag C 92 präzise gesagt, was geschehen muß, nämlich daß alle Transferleistungen des Staates daraufhin überprüft werden müssen, wem sie zugute kommen, und daß dort das Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip, wie wir es diskutieren, durchgesetzt werden muß.

Deshalb bitte ich, den Antrag C 92 wenigstens getrennt zu behandeln - ohne allerdings den Antrag der Antragskommission abzulehnen.

Ich bin der Meinung, daß wir der Antragskommission dann zustimmen können, wenn eine Klarstellung zum ersten Punkt erfolgt und der Antrag C 92 zur Einarbeitung in die Fassung überwiesen wird. Sonst könnte ich dem Antrag der Antragskommission nicht zustimmen.

(Beifall)

Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Darf ich nun den Herrn Fink von der Antragskommission bitten? -

Ulf Fink, Antragskommission: Die Antragskommission hat sich in ihren Beratungen sehr ausführlich mit dem Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg befaßt und dabei insbesondere auf eines aufmerksam gemacht - so ist die jetzige Fassung der Antragskommission zustandegekommen - : In den Transferleistungen sind sämtliche sozialen Leistungen, aber auch andere Transferleistungen des Staates enthalten. Es muß eine deutliche Unterscheidung gemacht werden - und so ist es auch im Antrag der Antragskommission geschehen - zwischen den Fürsorgeleistungen, den Versorgungsleistungen und den Versicherungsleistungen. Ich glaube, daß der Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg insofern in der Fassung der Antragskommission berücksichtigt ist.

Hinsichtlich des zweiten Punktes, den Ministerpräsident Späth angesprochen hat, nämlich ob mit dieser Fassung die Leistung der Hausfrau und Mutter im Rahmen des Drei-Generationen-Vertrages hinreichend berücksichtigt ist, kann ich darauf hinweisen, daß dies in der Ziffer 47, also an einer späteren Stelle, geschieht und insofern auch die Klarstellung in dem Sinne, wie Ministerpräsident Späth es angesprochen hat, erfolgt ist.

Zum Antrag der Mittelstandsvereinigung: Auch darüber hat sich die Antragskommission lange Gedanken gemacht, besonders unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes, daß für die angesichts des Kostenanstiegs im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung notwendige Konsolidierung eine ganze Fülle von Maßnahmen notwendig sind. Neben den Formen der Selbstbeteiligung, wie sie schon bisher im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung Platz greifen, sind weitere Maßnahmen auf der Angebotsseite notwendig sowie Maßnahmen, die bereits im gesundheitsspolitischen Programm der CDU in Länge und Breite dargestellt worden sind.

Aus diesem Grund empfiehlt die Antragskommission, beim jetzigen Textvorschlag der Antragskommission zu bleiben.

Gudrun Stiehler, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich darf nun über die Ziffer 44 abstimmen lassen. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen?
- Die Mehrheit war für die Annahme.

(Widerspruch)

- Das Präsidium ist sich einig, daß das die Mehrheit war.

Wir kommen dann zur Ziffer 45. Hierzu gehören die Anträge C 91 bis C 95, die bereits bei Ziffer 44 behandelt wurden. Wir brauchen deshalb über Ziffer 45 nicht mehr abstimmen zu lassen.

Wir kommen daher zu Ziffer 46. Dazu gehört der Antrag C 96.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse abstimmen. Wer für die Annahme der Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zu Ziffer 47. Dazu gehören die Anträge C 97 bis C 102.

Mir liegt eine Wortmeldung vor. Ich darf Herrn Schmelter, Rheinland, bitten. - Er ist nicht im Saal.

(Zuruf: Doch! - Weiterer Zuruf: Er zieht zurück!)

- Er hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Wir stimmen dann über den Antrag der Antragskommission ab. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Einstimmig so beschlossen.

Damit ist über das Kapitel C abgestimmt.

Ich darf jetzt Herrn Dr. Kohl das Wort geben. Bitte schön.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Angesichts der Geschäftslage habe ich den dringenden Wunsch, daß wir jetzt ganz konzentriert arbeiten und das nächste Kapitel unbedingt noch heute abend oder heute nacht abschließen.

(Beifall)

Ich muß darauf bestehen, daß wir morgen gegen 12.00 Uhr die Beratung des Leitantrages abschließen können; denn wir wollen den Parteitag - wir haben noch zwei, drei kleine Satzungsänderungen, die hoffentlich keine großen Probleme aufwerfen - um 13.00 Uhr abschließen.

Ich fände es unwürdig, wenn morgen am Ende des Parteitages ein Großteil vor allem der süddeutschen Delegierten abgereist wäre - wofür ich Verständnis habe, da sie auf 13.00 Uhr eingerichtet sind. Deswegen mein Appell, ohne die Diskussionslust jetzt abwürgen zu wollen, hier konzentriert zu arbeiten. Ich sage das deswegen, weil dieses Kapitel jetzt abgeschlossen ist.

Ich finde, der eine oder andere Grabenkampf, den ich eben beobachtet habe, der seit Jahren währt, hätte nicht auch noch hier fortgesetzt werden müssen, zumal sich die Matadore schon oft genug in der Arena begegnet sind und sich noch häufig begegnen werden, so Gott will.

(Beifall)

Mein herzlicher Wunsch also: daß wir jetzt bei diesem wichtigen Kapitel konzentriert zur Sache arbeiten, damit wir dann morgen früh die beiden anderen Kapitel abschließen können.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, das Tagungspräsidium hofft, daß den Worten des Bundesvorsitzenden Taten folgen.

Wir kommen nun zu dem Kapitel "Der Jugend in Bildung und Beruf neue Bildungschancen schaffen".

Das Wort hat zunächst Herr Ministerpräsident Albrecht zur Berichterstattung über das Forum.

Dr. Ernst Albrecht: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben ein ausgesprochen interessantes Forum gehabt. Wir haben vier Stunden diskutiert. Es gab 41 Beiträge, davon über 60 % Beiträge von unseren jungen Gästen.

Ich möchte eine Bemerkung in diesem Zusammenhang machen, die Sie verstehen werden: Als ich dann auf mein Zimmer kam, schaltete ich den Norddeutschen Rundfunk an. Da hörte ich einen Bericht, in dem es hieß, daß in diesem Forum im wesentlichen die Kultusminister unter sich diskutiert hätten und die jungen Gäste nicht zu Worte gekommen wäre

(Pfiffe und Pfui-Rufe)

und daß man einen neuen Kongreß beschlossen hätte.

Dort würden sie vielleicht besser zu Wort kommen. Ich will hier ganz deutlich sagen - das sage ich hier auch als Ministerpräsident von Niedersachsen -: Dies ist genau die Art der Manipulation der Wahrheit, die zu der Krise des Norddeutschen Rundfunks geführt hat.

(Beifall)

Deshalb lege ich Wert auf die Feststellung, daß 41 unserer Gäste zu Wort gekommen sind; ihr Anteil an der Aussprache war höher als 60 %. Es gab demgegenüber nur vier Interventionen unserer Kultusminister, wobei ich Frau Laurien als Berichterstatterin nicht einbeziehe. Ich will deutlich sagen: Diesen Vorwurf mache ich dem Redakteur, Herrn Wolfgramm, nicht dem Norddeutschen Rundfunk. Herr Wolfgramm war nur wenige Minuten da. Es war aber auch ein Fernsehteam des Norddeutschen Rundfunks da, das unsere Diskussion drei Stunden lang verfolgt hat und die wesentlichen Beiträge aufgenommen hat. Ich bin sicher, daß dieses Fernsehteam objektiv und wahrheitsgemäß berichten wird.

(Beifall)

Nun zum Verlauf der Diskussion. Wir haben kaum über die Schulorganisation gesprochen. Dies war Absicht, denn viele waren der Meinung, daß wir die Diskussion über die Schulorganisation nun seit über 10 Jahren führen und daß es jetzt in erster Linie darauf ankommt, sich zu fragen, was in der Schule eigentlich inhaltlich geschieht, welche Bildungsinhalte unseren Kindern vermittelt werden, worauf hin unsere Kinder - wenn überhaupt - in der Schule erzogen werden. Ich will allerdings nicht verheimlichen, daß es hier auch Widerspruch gab und von manchen gesagt wurde, daß für die Linken Schulorganisation und Bildungsinhalte nicht getrennt werden könnten. Tatsache ist aber, daß wir dann sehr intensiv über die Bildungsziele und die Erziehungsziele gesprochen haben. Es wurde gesagt, in der Schule muß wieder mehr einübendes Lernen stattfinden. Es wurde gesagt, unsere Kinder müssen wieder lernen zu lernen; das sei wichtiger als der einzelne Wissensstoff. Es wurde gesagt, daß neben dem Kopf auch Herz und Hand, wie Pestalozzi es gesagt hätte, in den Mittelpunkt der Erziehung gestellt werden müssen.

Von dort sind wir dann zu der Frage gekommen, wie man denn in der Schule erziehen kann, wenn der Wertekonsens in der Gesellschaft so relativ begrenzt geworden ist. Wir waren einig, daß Schule nicht parteiisch sein soll, daß man schon auf die verschiedenartigen Auffassungen der Eltern in unserer pluralistischen Gesellschaft Rücksicht nehmen muß. Dennoch waren wir der Meinung, daß das Minimum, das sich im Leitantrag findet, wo von Gemeinsinn, Solidarität und Verantwortungsbewußtsein gesprochen wird, doch zu gering ist und daß es sich zumindest lohnt, darüber zu reden und darüber nachzudenken, ob man den Grundkonsens, der Gegenstand der Erziehung in der Schule sein kann, nicht etwas weiter fassen könnte. Unsere hessischen Freunde haben einen Antrag hierzu vorgelegt, in dem auch Toleranz, Rechtlichkeit, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe hingewiesen wird. Ich persönlich bin der Meinung, daß der Parteitag diesen Antrag annehmen könnte.

(Beifall)

Es ist bedauert worden, daß das Christentum als Wertfundament nicht stärker als Erziehungsziel in der Schule herausgestellt wird. Es wurde das Beispiel des Religionsunterrichtes genannt. Hierbei wurde deutlich - ich erwähne dies deshalb, weil sich das generell gezeigt hat -, daß es keinen Zweck hat, zu verordnen, daß Religionsunterricht stattfindet, wenn diejenigen - zum Teil gilt das auch für die Pfarrer -, die den Religionsunterricht geben, ihn im wesentlichen als Sozialkundeunterricht begreifen.

(Beifall)

Mit anderen Worten: Man kann Schule eben nicht ohne die Lehrer machen. Jeder von uns, der mit Schulpolitik zu tun gehabt hat, weiß, wie fundamental wichtig es ist, daß wir Bewußtseinsbildung vor allem bei den Lehrern zu betreiben versuchen, denn die Lehrer bestimmen das, was Schulalltag ist. Wir waren, glaube ich, auch darin einig, daß man solche Erziehungsziele, solche Wertinhalte nicht von oben her verordnen kann, sondern daß wir in der offenen Gesellschaft versuchen müssen, zunächst das Gespräch über die pädagogischen Fragen und die pädagogischen Ziele wieder in Gang zu bringen.

Wir haben einige Bemerkungen zur reformierten Oberstufe gehört, ohne daß über dieses Thema ausgiebig diskutiert worden ist. Ich will eine dieser Bemerkungen aufnehmen, weil ich weiß, daß sie viele unserer Freunde beschäftigt. Es ist beklagt worden, daß es zur Zeit nicht möglich ist, Deutsch und Geschichte gleichzeitig als Leistungsfächer zu wählen. Ich glaube, daß es sich in der Tat lohnt, darüber nachzudenken, ob das so sein muß.

(Zustimmung)

Wir haben uns dann auch ausführlich mit dem Stellenwert beschäftigt, der der mehr praxisbezogenen Bildung und Ausbildung zukommt, in diesem Zusammenhang insbesondere mit dem eigenständigen Stellenwert der Hauptschule und der beruflichen Bildung. Es bestand Einigkeit, daß gerade die Hauptschule und die berufliche Bildung Gefahr laufen, in unserer Gesellschaft unterbewertet zu werden. Es ist aber auch deutlich geworden, daß die Schwierigkeiten beginnen, wenn man die Frage stellt: Was tun? Wir wurden zunächst darauf hingewiesen, daß man, wenn man einen solchen Zustand beklagt, dementsprechend handeln muß und daß es damit

nicht vereinbar ist, etwa die Altersgrenze im öffentlichen Dienst, oberhalb deren der Nichtakademiker in den höheren Dienst aufsteigen kann, die früher bei 40 Jahren gelegen hat, sogar noch auf 50 Jahre heraufzusetzen. Unsere Kultusminister haben uns gesagt, daß sie nicht in der Lage sind, das Problem allein zu lösen, weil es in der Gesamtorganisation und -einstellung unserer Gesellschaft begründet sei. Wenn wir uns fragen, warum immer mehr Eltern ihr Kind unbedingt auf das Gymnasium schicken wollen, so lautet die Antwort darauf doch: Weil sie bessere Lebenschancen und Einkommenschancen für ihr Kind sehen. Wer es deshalb mit der Frage ernst meint, wie wir den praxisbezogenen Ausbildungswegen wieder mehr Gewicht und Anziehungskraft geben können, der muß sich die Frage stellen, ob es nicht notwendig ist, das Einkommen in den nichtakademischen Berufen, relativ gesprochen, näher an das Einkommen heranzuführen, das man durch einen akademischen Beruf erwerben kann.

(Zustimmung)

Jeder von uns weiß, wie heikel das ist. Jeder von uns weiß, welche Fragen sich stellen, wenn man damit Ernst machen will, z. B. im öffentlichen Dienst. Trotzdem war deutlich zu spüren, daß zumindest in dem Forum die Bereitschaft bestand, diesem Thema nicht auszuweichen.

Es ist ein Zweites gesagt worden - dies ist ebenso wichtig -: Wenn wir damit Ernst machen wollen, daß die Hauptschule und die berufliche Bildung wieder attraktiv werden sollen, muß gewährleistet sein, daß niemand, der diesen Weg beschreitet, in seinem Leben vor eine Mauer rennt. Dann muß die Möglichkeit gegeben sein, aufgrund von Bewährung und Fähigkeit durchzusteigen. Ich will es einmal in der Sprache des öffentlichen Dienstes sagen: Wer Hauptschüler ist, muß, wenn er etwas leistet, wenn er die Fähigkeiten unter Beweis stellt, auch die Möglichkeit haben, Staatssekretär zu werden. Er darf nicht noch nach 20 Jahren daran erinnert werden, daß er nur den Hauptschulabschluß gemacht hat.

(Beifall)

Das nächste Thema - das will ich auch nicht verschweigen - war die Schülermitverantwortung. Dies müssen wir wissen: Alle Redner der jungen Generation haben uns gesagt, daß sie nicht zufrieden sind mit dem, was heute als Schülermitverantwortung praktiziert wird. Frau Laurien hat es in die Formel gekleidet, daß es nicht ausreicht, Schülermitverantwortung bei der Organisation von Schulfesten zu haben. Vielmehr müßte Schülermitverantwortung dann auch im Schulalltag gelten.

(Beifall)

Ich meine in der Tat, daß die Union - das gilt auch für unsere Bundesländer - darüber wird man nachdenken müssen, ob es richtig ist, eine solche Institution wie die Schülermitverantwortung zu haben, wenn damit keine wirkliche Mitverantwortung verbunden ist. Ich will nicht verschweigen, daß von einem unserer Kultusminister, der prononcierte Formulierungen liebt, gesagt worden ist, die Schülervertretung sei nur der Kampfbühnenplatz linker Ideologen. Natürlich hat dies gewaltigen Widerspruch im Forum geerntet. Wir sind in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen worden, daß die Tatsache, daß so viele linke Schüler gerade in den Gremien der Schülermitverantwortung vertreten sind, auch damit zusammenhängt, daß es für die meisten Schüler

nicht interessant ist, etwa Klassensprecher zu sein. Polemisch formuliert: Wenn die Funktion des Klassensprechers im wesentlichen die ist, am Ende der Stunde die Tafel abputzen zu dürfen, melden sich eben nicht viele für diese Aufgaben.

Ich will als letztes sagen, daß uns viele der jungen Leute gesagt haben, wir sollten weniger Angst vor den Schülerzeitungen haben und auch hier etwas mehr Großzügigkeit, Selbstsicherheit und Gelassenheit an den Tag legen.

(Beifall)

Wir haben eine interessante Diskussion zum Problem der Ausländerkinder gehabt. Ich will aus Gründen der Zeitknappheit jetzt nicht im einzelnen darüber referieren, sondern nur mitteilen, daß die Anregung gemacht worden ist, man sollte sich einmal auf einem besonderen Kongreß ausführlich und in Ruhe über die Probleme unserer Ausländerkinder unterhalten.

(Zustimmung)

Damit komme ich zu der Bemerkung, die unsere Kultusminister gemacht haben: Wir dürfen als Gesellschaft die Schule auch nicht überfordern. Die Schule, so haben sie gesagt, kann nicht die Defizite der Nation ausgleichen. Es wird beklagt, daß in der Schule heute weniger als in früheren Zeiten geleistet wird. Man hat uns zu Recht gesagt: Wenn sich eine ganze Gesellschaft auf weniger Leistung einstellt, wenn sie zur 35-Stunden-Woche übergeht, wenn sie immer mehr zur Freizeitgesellschaft wird, wenn sie in der Zerstreuung durch Fernsehen, andere Medien und all das lebt, was uns heute an Möglichkeiten zur Verfügung steht, wenn Teile dieser Gesellschaft eine ganz gezielte Kampagne gegen die Leistung und die Leistungsgesellschaft führen, dann darf man nicht erwarten, daß dies ohne Rückwirkungen auch auf die Leistungen in der Schule selber bleibt.

Wenn eine Gesellschaft insgesamt weniger religiös ist, atheistischer wird, dann darf man sich nicht wundern, daß das auch in der Schule so ist und daß die Schule das religiöse Defizit und das Sinndefizit nicht decken kann.

Wenn die Eltern ihren Kindern nicht mehr sagen, was Vaterland ist und es ihnen nicht existenziell vorleben, dann darf man nicht glauben, daß die Lehrer den Kindern in der Schule beibringen könnten, was Vaterland ist.

(Beifall)

Ich glaube, wir sollten dies beherzigen. Die Schule kann nicht wesentlich besser sein, als die Gesellschaft insgesamt ist.

(Beifall)

Das letzte Thema - es ist ein wichtiges Thema unseres Leitantrages - ist die Abkürzung der Schul- und Studienzeiten. Wir haben das nicht sehr ausführlich behandelt. Frau Laurien hat gesagt, sie sei gegen eine kurzatmige Verkürzung der Unterrichts- und Ausbildungszeiten. Es komme darauf an, zunächst die Inhalte zu ordnen und dann die Zeit abzukürzen. Sie meinte, man sollte mehr Möglichkeiten für individuelle Lösungen schaffen, d.h. diejenigen, die schneller lernen und arbeiten könnten, sollte schneller den Abschluß machen können.

Meine Damen und Herren, hiermit möchte ich den Bericht beenden.

Ich bitte das Tagungspräsidium; mir zu gestatten, daß ich jetzt noch ganz kurz - danach bin ich fertig - meinen eigenen, persönlichen Diskussionsbeitrag zu diesem Punkt einbringe.

Für mich ist die Frage der Verkürzung der Ausbildungszeiten nicht eine schulpraktische Frage. Wir sprechen in unserem Leitantrag ja nicht über Sonderschulen, Hauptschulen, Realschulen, Berufsschulen, sondern über Gymnasium und Universität.

Ich will ganz deutlich sagen, daß für mich hier ein anderer Gesichtspunkt entscheidend ist. Wir haben einige Jahre lang unbesehen geglaubt - zumindest viele von uns -, daß eine Verlängerung der Ausbildungszeit einen pädagogischen, gesellschaftlichen Fortschritt darstellt. Ich behaupte heute: Dies ist ein Irrtum.

(Beifall)

Wir wundern uns heute über die wachsende Aggressivität in Teilen unserer Jugend, gerade der studentischen Jugend. Natürlich hat eine solche Aggressivität nicht nur eine, sondern mehrere Ursachen. Aber ich behaupte: Eine der wesentlichen Ursachen ist, daß die jungen Menschen heute zu spät in die wirkliche Verantwortung kommen,

(Beifall)

daß sie zu lange in der Position des rezeptiv Lernenden gehalten werden. Das Lieblingswort der jungen Generation, das an den Universitäten meistbenutzte Wort, ist "Frustration". Meine Damen und Herren, Frustration muß entstehen, wenn man gerade in der Lebenszeit, wo man die größten Kräfte hat - zwischen 20 und 35 Jahren -, nirgendwo zeigen kann, was in einem steckt, nirgendwo mitgestalten kann, nirgendwo Verantwortung für sich und andere wirklich trägt, sondern immer noch die Schulbank drückt.

Deshalb bin ich der Meinung, wir wären gut beraten, hier den Versuch zu machen, die Ausbildungszeiten wieder abzukürzen. Wir wollen die Menschen nicht zwingen, in kürzerer Zeit zur Schule zu gehen und zu studieren, aber wir wollen ihnen die Möglichkeit dazu geben. Wir wollen es der großen Menge der Abiturienten und Studenten ermöglichen, ihre Ausbildungszeit zu verkürzen und dadurch früher in die Verantwortung zu kommen.

Das wollte ich gesagt haben, weil dies für meine eigene Stimmabgabe zu dem Thema der Verkürzung das Entscheidende ist. Wenn dies das Entscheidende ist, dann kann man meinerwegen gern lange darüber diskutieren, wie man das am richtigsten macht und in welchen Fristen man es richtig macht. Mir kommt es darauf an, daß in Zukunft früher, als es heute der Fall ist, junge Menschen aus dem Getto der Universität herauskommen und in die wirkliche Verantwortung für Gesellschaft und ihr eigenes Leben gestellt werden.

(Beifall)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsident: Ich danke Herrn Ministerpräsident Albrecht für seinen umfassenden Bericht und seine Stellungnahme zu dem Punkt, den wir noch beraten werden.

Wir kommen nun zu den allgemeinen Anträgen zu dem Kapitel "Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen".

Eine kurze Zwischenbemerkung für die Fußballfreunde: Hamburg hat 2 : 0 gewonnen, Bayern 5 : 1; Frankfurt spielt noch; Kaiserslautern ist zweiter. Bei Kaiserslautern weiß ich das Ergebnis nicht. Aber das erhöht die Spannung.

Aber nun zu den allgemeinen Anträgen. Sie sehen die Empfehlungen der Antragskommission in der rechten Spalte der Seite 95.

Wortmeldungen liegen zu diesem Bereich nicht vor. Ich frage die Antragskommission, ob sie das Wort will. - Das ist nicht der Fall.

Wir schreiten zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Einstimmig so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 48. Dazu gehören die Anträge G 19, G 20, G 22, G 24 bis G 26 und D 177, der Ihnen vorliegt. - Es liegt keine Wortmeldung vor. Die Antragskommission hat das Wort nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 49. Dazu gehören die Anträge D 11, D 12, Ziffern 2, 3 und 5, D 16, D 26, D 28 bis D 31, D 33 bis D 35, D 178 und D 185. Es liegt eine Wortmeldung vor: Frau Wex, Rheinland, spricht zu Antrag D 26.

Frau Dr. Helga Wex, Bonn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat am Ende ihrer Empfehlung geschrieben, daß soundso viele Anträge, darunter auch der Antrag D 26, für erledigt erklärt werden könnten. Die Frauenvereinigung ist nicht dieser Meinung. Wir sind der Überzeugung, daß die Erziehungsziele, über die gesprochen worden ist, und die Begriffe, zu denen wir uns im Sinne der Verwirklichung dieser Ziele bekennen, nur in dem Antrag der Frauenvereinigung genannt worden sind, weil darin nämlich die Frage der Toleranz steht.

Wir sind der Meinung, daß junge Menschen immer öfter nach dem Sinn ihres Lebens fragen. Das Bildungsleben hat hauptsächlich bürokratisch-institutionell reagiert. Die jetzige Formulierung der Antragskommission verweist auf den Grundkonsens in der Verfassung, ohne zu sagen, welche Werte dort angesprochen sind. Es ist aber zu vermuten, daß die zugrunde liegenden Werte von den Verfassungsgebern als ein selbstverständlicher Grundkonsens formuliert werden konnte, als es bei den jungen Menschen heute vorausgesetzt werden kann.

Wir sind in Konsequenz unserer Diskussion hier der Meinung, daß die Diskussion über die Veränderung der Verfassungswirklichkeit jetzt auch hinsichtlich der Akzep-

tanz dieser Werte stattfinden muß. Ob und wie sich die Wertediskussion geändert hat, kann sich nur in der Diskussion mit den jungen Menschen ergeben. Dabei bin ich der Meinung, daß sich die Ziele gar nicht so sehr verändert haben wie die Möglichkeit, einen anderen Weg zur Verwirklichung dieser Ziele zu gehen.

Das Gespräch hierüber muß beginnen. Wenn ich erst dann begonnen hätte, mit meinen Kindern zu sprechen, als sie angefangen haben zu widersprechen, so bin ich überzeugt, daß der Faden des Gesprächs dünner gewesen wäre. In der Familie machen die Kinder nämlich die ersten Erfahrungen, was Freiheit bedeutet, aber auch, was es bedeutet, etwas freiheitlich und vor allem auch friedlich durchzusetzen.

In allen Anträgen und auch in den Empfehlungen der Antragskommission fehlen z. B. die Begriffe "Autorität" und "Vorbild". Bei allen Fragen, die sich ergeben, darf eines, meine ich, nicht geschehen. Das größte Vergehen jungen Menschen gegenüber ist, Autorität zu verweigern. Autorität ist überholbar, und Autorität ist etwas ganz anderes als autoritär. Die Autorität, die wir meinen, ist die inhaltliche Autorität, die darin besteht, daß man auch mal zugibt, daß man über bestimmte schwierige Fragen dieser Welt nicht alleine schon deswegen alles weiß, weil man älter und älter ist. Diese Form von Autorität ist keine inhaltliche.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Liebe Frau Wex, ich bitte, zum Schluß zu kommen; wir haben eine Beschränkung der Redezeit auf drei Minuten.

(Beifall)

Frau Dr. Helga Wex: Ich bin der Meinung, daß wir die Frage der Autorität hier hineinbringen müssen, vor allen Dingen auch die Frage des Vorbilds. Man kann nicht immer von jungen Menschen etwas verlangen, wenn man nicht auch von seiten der Eltern und derer, die dafür verantwortlich sind, sich zum Vorbild bekennt.

Wir möchten aber, daß der Antrag D 26 angenommen wird zur Ergänzung der inhaltlichen Begriffsbestimmung und nicht nur der Ziele.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Herr Meyer.

Gerhard Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren!

Liebe Frau Wex, ich darf Ihnen sagen, daß wir von der Antragskommission den Antrag der Frauenvereinigung in den wesentlichen Punkten bereits angenommen haben. Ich darf auf den Initiativantrag D 178 der Delegierten Dr. Dregger, Dr. Wallmann und H. Wagner verweisen, wo die Begriffe, die Sie soeben "eingeklagt" haben, enthalten sind. Wir haben nur vorgeschlagen, das Wort "Rechtlichkeit" durch das Wort "Rechtsstaatsbewußtsein" zu ersetzen. Das heißt also, neben den zusätzlich aufgenommenen Grundwerten wie Gemeinsinn, Solidarität, Verantwortungsbewußtsein außerdem auch noch Toleranz, Rechtsstaatsbewußtsein, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe aufgenommen werden sollen.

Ich darf außerdem darauf verweisen, daß der Initiativantrag D 185 der Delegierten Benedix-Engler, Dr. Stoltenberg usw. angenommen wurde, so daß Ihre Bedenken im großen und ganzen ausgeräumt sind. Ich empfehle die Annahme in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen.

Wir kommen nun zur Ziffer 50. Dazu gehören die Anträge D 2 zu Ziffer 59 a, D 10, D 11, D 12, D 13, D 36 bis D 44 und D 179.

Zu Ziffer 50 hat sich Herr Sälzer, Hessen, zu Wort gemeldet. - Das Verfahren ist immer so, daß zunächst, wenn es gewünscht wird, die Antragsbegründung erfolgt und dann die Antragskommission das Wort erhält.

Bernhard Sälzer: Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns kommt es mit unserem Antrag darauf an, eine Klärung des jetzt vorliegenden Textes durch die Antragskommission zu erhalten.

In der Zwischenzeit haben, wie manche von Ihnen vielleicht wissen, die Fraktionsvorsitzenden in Berlin einstimmig eine Weiterführung dieses Ansatzes zu den Abschlüssen der integrierten Gesamtschulen beschlossen. Wir sähen es gern, wenn die hier vorgelegten Formulierungen der Antragskommission so verstanden würden, daß die Beschlüsse der Fraktionsvorsitzendenkonferenz die Richtlinie für unser weiteres gemeinsames Handeln auf Bundesebene darstellen könnten. Und wir gehen sicherlich nicht falsch in der Hoffnung und Annahme, daß unsere Kultusminister bei diesen wichtigen Abschlüssen, die dann in der Kultusministerkonferenz bevorstehen werden, mit ihren jeweiligen Landtagsfraktionen eine Übereinstimmung erzielen werden.

Wenn dieses von der Antragskommission so gesehen und getragen werden kann, wäre unser Antrag D 179 hinfällig. Sollte dies anders verstanden werden, würden wir auf der Behandlung unseres Antrages bestehen müssen.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Sälzer. - Das Wort hat Herr Panther, Baden-Württemberg.

Klaus Panther: Ich habe nur einen redaktionellen Verbesserungsvorschlag. Man sollte in dem Antrag das Wort "Berufsschulen" durch die Worte "berufliche Schulen" ersetzen. Wir haben die Kategorie "berufliche Schulen", die alle beruflichen Schularten umfaßt. Ich würde vorschlagen, hier eine einheitliche Terminologie zu verwenden.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zu Ziffer 50 vor. Das Wort hat Herr Pfeifer für die Antragskommission.

Anton Pfeifer, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das, was Herr Panther vorgeschlagen hat, kann man machen. Das ist eine redaktionelle Änderung.

Ich möchte aber noch etwas zu dem Initiativantrag D 179 sagen, den Herr Sälzer hier begründet hat. Herr Sälzer, hier hat mich die Antragskommission beauftragt, folgendes vorzutragen.

Der Antrag des Bundesvorstandes bekennt sich in Ziffer 50 zum gegliederten Schulwesen. Er stellt darüber hinaus fest, daß die Einführung der Gesamtschule als Regelschule für uns nicht in Betracht kommt, also die Gesamtschule nicht serientauglich ist. Diese Grundposition muß, wie Sie sagen, in der Tat auch Konsequenzen für die Frage der Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse haben. Für die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse müssen dort, wo Gesamtschulen bestehen, die Anforderungen des gegliederten Schulwesens der Maßstab sein, und zwar sowohl hinsichtlich des fachlichen Angebots als auch hinsichtlich der Leistungsanforderungen, die in der Gesamtschule gestellt werden. Dies steht in der neuen, in der umformulierten Ziffer 50, wie sie Ihnen die Antragskommission vorgeschlagen hat.

Diese Neufassung der Ziffer 50 muß in der praktischen Politik dazu führen - das ist jedenfalls die Auffassung der Antragskommission -, daß wir als Voraussetzung für die Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen eine innere Differenzierung der Gesamtschule verlangen. Dabei ist für die Antragskommission der Beschluß der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 28. Oktober 1981 richtungsweisend, in dem es u.a. heißt - ich darf das kurz zitieren -:

Diese Differenzierung findet auf drei Leistungsebenen statt, weil sonst die Vergleichbarkeit mit den Leistungsniveaus der gegliederten Schulen, Hauptschule, Realschule und Gymnasium, nicht möglich ist. Ausnahmsweise kann auf zwei Leistungsebenen differenziert werden, wenn die integrierte Gesamtschule nur den Haupt- und Realschulabschluß vermittelt.

Die Antragskommission ist der Meinung, daß mit dieser Maßgabe der Antrag D 179 berücksichtigt ist. Ich möchte Sie dringend bitten, dem zuzustimmen, damit wir hier nicht noch zu später Stunde eine, wie ich meine, relativ überflüssige Gesamtschuldebatte bekommen.

(Beifall)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es hat sich jetzt noch Herr Remmers allgemein gemeldet. Herr Remmers, ich möchte Sie darauf hinweisen, daß vorhin keine Wortmeldung mehr zu dieser Ziffer vorlag und deshalb die Rednerliste geschlossen wurde und die Antragskommission das Wort erhielt. Deshalb kann ich Sie zu dieser Ziffer nicht mehr zulassen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so angenommen.

Wir kommen nun zu Ziffer 51 mit den Anträgen D 1, D 11, D 45 bis D 47 und D 186. Es liegt eine Wortmeldung vor von Herrn Ernst Kiel, Rheinland.

Ich darf dann Graf von Waldburg-Zeil bitten, sich als zweiter Redner bereitzuhalten.

Ernst Kiel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich spreche zum Initiativantrag D 186 und damit zum Stichwort "Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung", einer Formulierung, die leider zum Schlagwort erstarrt ist und bei der es auch nach den Intentionen des Forums I denkbar wäre, etwas konkreter zu sein, eine Forderung, der wir uns stellen müssen. Die jetzt von der Antragskommission vorgeschlagene nähere Definition und Beschreibung im

Sinne einer gesellschaftlichen Anerkennung bringt nicht mehr Klarheit. Bei der Anerkennung von im beruflichen Bildungswesen erworbenen Abschlüssen wäre es aber durchaus möglich, eine Gleichwertigkeit besser zu praktizieren als in der Vergangenheit. Dem dient dieser Antrag. Es darf in der Zukunft nicht mehr so sein, daß wir bei der Anerkennung von Abschlüssen immer nur Stundentafeln und Lehrinhalte wie Erbsen nebeneinanderlegen und vergleichen. Entscheidend für die Abschlüsse ist das erreichte Bildungsniveau. Das sollten wir endlich einmal tun, dann werden auch die Chancen unserer ehemaligen Hauptschüler, Sonderschüler, Realschüler und auch der Gymnasiasten in der beruflichen Bildung besser sein, nicht nur über eine mögliche veränderte Gehaltsregelung. - Ich danke Ihnen.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Besten Dank. - Graf Waldburg-Zeil bitte. Als nächster soll sich dann Herr Lemper, Rheinland, bereithalten.

Alols Graf von Waldburg-Zeil: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den Zukunftschancen der jungen Generation, über die wir hier mit diskutieren, gehört in erster Linie ein reich gegliedertes Schulwesen. Hierher gehört unser besonders reich gegliedertes berufliches Bildungswesen. Die wichtigste Bestandsgarantie für diese reiche Gliederung ist aber die Gleichwertigkeit. Wenn wir verschiedene Schularten haben, so müssen sie im Endeffekt gleichwertig sein.

Dies hat im vorliegenden Initiativantrag D 186 auch ganz praktische schulpolitische Auswirkungen. Wenn wir nicht wollen, daß der Trend zum Gymnasium weiter anhält, wenn wir nicht wollen, daß die junge Generation weiter in die Sackgasse der akademischen Ausbildung hineinläuft, dann müssen wir es den Eltern erleichtern, indem wir die Durchlässigkeit bei allen Schularten offenhalten. Es ist doch einfach unmöglich, daß umgekehrt einer, der die Gesellenprüfung oder gar die Meisterprüfung hat, auf dem komplizierten Umweg über die Abendrealschule erst Voraussetzungen erwerben muß, die er im Grunde längst hat. Wenn Bedenken bestehen, daß dann noch mehr Leute weiter in die verkehrte Richtung gehen könnten, so sind diese Bedenken falsch. Wer einmal den Weg der beruflichen Bildung gemacht hat, wird auch wissen, welchen Wert er damit erworben hat.

(Beifall)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Graf Waldburg-Zeil. Herr Lemper bitte.

Lothar-Theodor Lemper: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte, dem Antrag der Antragskommission nicht zu folgen, sondern den vorliegenden Initiativantrag zu unterstützen. Ich möchte das mit wenigen Worten noch einmal begründen.

Was wir hier ansprechen, ist ein grundsätzliches bildungspolitisches Problem. Wir müssen in der Tat dafür sorgen, daß die Sackgassen, die unser schulisches Ausbildungssystem schafft, verschwinden und daß die Scheinattraktivität des schulischen Ausbildungswesens in der Tat einmal zur Disposition gestellt wird. Es kommt darauf an, daß jungen Menschen, die sich für eine berufliche Bildung entscheiden, das Gefühl gegeben wird, daß sie Möglichkeiten der weiteren beruflichen Qualifikation, der beruflichen Chancen haben. Das erreichen wir durch die Annahme des Antrages D 186.

(Beifall)

Herr Remmers hat eben das Beispiel eines Hauptschülers und Staatssekretärs geliefert. Nun ist das natürlich ein Beispiel, das in der Realität sicher ziemlichen Seltenheitswert hat. Es gäbe aber andere Möglichkeiten, einmal einen Hauptschüler zu motivieren, tatsächlich einen qualifizierten Hauptschulabschluß zu machen, dann eine berufliche Lehre zu machen, anschließend eine Meisterprüfung und möglicherweise mit der Meisterprüfung die Qualifikation der fachgebundenen Hochschulreife zu bekommen, um sich dann auf diesem Weg von der Schule zum Beruf weiter qualifizieren zu können. Das ist das Entscheidende des Antrags D 186, und der ist durch die Antragskommission nicht erledigt.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einen zweiten Punkt ansprechen und begründen. Wenn wir heute von dem Widerspruch sprechen, von der Erhöhung des Leistungsstresses auf der einen und der Verminderung der Leistung auf der anderen Seite, dann hängt das in der Tat auch mit der Eindimensionalität eines falsch verstandenen Begriffes von Chancengleichheit zusammen. Dieser Begriff darf eben nicht nur auf Schule konzentriert werden. Wir müssen vielmehr den Zusammenhang von Bildung und Beruf stärker darstellen, und den stärken wir, wenn wir dem Antrag D 186 folgen statt der Empfehlung der Antragskommission.

(Beifall)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lemper. - Für die Antragskommission Herr Meyer.

Gerhard Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Bei so viel sachkundigem Engagement konnte auch die Antragskommission nicht widerstehen. Wir schlagen vor, daß der Initiativantrag D 186 mit seinem ersten Satz aufgenommen wird. Der zweite Satz ist lediglich eine Erklärung zum ersten Satz. Damit wird auch dem Anliegen der Antragsteller, Graf Waldburg-Zeil usw., Rechnung getragen.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Vielen Dank. - Sie haben das Votum der Antragskommission verstanden. Satz 1 des Initiativantrages wird übernommen.

Ich komme zur Abstimmung. Wer diesem Votum folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Bei einigen wenigen Gegenstimmen so angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 52. Dazu gehören die Anträge D 11, D 17 und D 50 bis D 58. Es hat sich Herr Rainer Mainusch, Braunschweig, gemeldet. Ist Herr Mainusch im Saal? - Er ist nicht im Saal. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Bitte schön.

Gerhard Meyer, Antragskommission: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir hier zweimal abstimmen lassen müssen, weil die Antragskommission folgenden Beschluß vorschlägt: "Der Bundesvorstand wird beauftragt, bis zum Herbst 1982 konkrete Vorstellungen zur Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium zu erarbeiten."

Ich wollte nur, daß das nicht untergeht.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Sie haben es gehört. Wir kommen zur Abstimmung über den allgemeinen Vorschlag der Antragskommission. Wer diesem Votum folgt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei einer Enthaltung so angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den zweiten Teil des Votums der Antragskommission. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 53 mit den Anträgen D 11, D 59 bis D 67. Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Die Antragskommission wünscht das Wort gleichfalls nicht.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Zum Aufruf kommt Ziffer 54 mit den Anträgen D 11, D 17, D 21, D 23, D 68 bis D 76 und D 180. Zu Ziffer 54 hat sich Herr Minister Remmers gemeldet. Bitte schön!

Werner Remmers: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit und speziell zu diesem Antrag eigentlich nur dies sagen: Unser ganzes Bemühen in der Schulpolitik müßte sich meiner Ansicht nach sehr viel stärker, als wir es vorhin bei einigen Anträgen auch schon getan haben, auf die eigentlichen, auf die, wie ich gerne sage, kleinen Fragen der Schule, auf die Fragen des Schullebens richten.

(Zustimmung)

Eines macht mir in unseren Schulen Sorge, und deswegen haben wir z.B. dieses - sicherlich utopische - Wort von der "erlaßfreien Schule" in die Welt gesetzt. Das, worauf es ankommt, ist, in der Schule dafür zu sorgen, daß Schule mehr ist als die Aneinanderreihung von Fachstunden im Sinne von "Klingeln, Stunde, Klingeln, Pause, Klingeln, Stunde, Klingeln, Pause".

(Beifall)

Das, was ich so sehr befürchte - und deswegen meine ich, wir müssen uns auf den Schulalltag konzentrieren, auf das Schulleben, auf das entsprechende Freigeben von Räumen, in denen sich das auch vollziehen kann -, erwächst daraus, daß ich meine: Wir ersticken dieses Schulleben mit zuviel Reglement, wir ersticken oder verhindern dieses wirkliche Schulleben zum Teil auch dadurch, daß wir dauernd durch unsere Ängste im Hinblick auf bestimmte ideologische Überlagerungen, die ich natürlich auch sehe, übersehen, daß die eigentliche Gefahr für unsere Schule das Abgleiten des Schulalltags in Unterrichtsroutine ist, in ein einfaches Ablaufen, wie ich es vorhin darzustellen versucht habe.

Deswegen bin ich für die erweiterte und ausführlichere ursprüngliche Antragsfassung und gegen diese knappe Zusammendrängung der Antragskommission. Denn damit wird die eigentliche Problematik, die Fülle dieser Problematik im Sinne des Schullebens, wie ich es hier zu charakterisieren versucht habe, nicht zum Ausdruck gebracht.

(Zustimmung)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Remmers! - Jetzt Christian Wulff, Niedersachsen!

Christian Wulff: Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich folgendes sagen. Wenn ich sehe, mit welcher Vorfreude viele Erstkläßler die Schule betreten, so frage ich mich, wer sich das Recht nimmt, sie so zu enttäuschen. - Dieser Satz stammt von einem Hauptschüler und verweist, glaube ich, auf jenes Problem, das Herr Minister Remmers hier angesprochen hat, daß es uns als Union doch darum gehen muß, die wirklichen Fragen der inhaltlichen Gestaltung von Schule anzusprechen und damit auch mutig denen entgegenzutreten, die durch immer mehr Reglementierung, durch immer mehr Erlasse immer mehr Freiräume einengen wollen.

Der Umkehrschluß heißt aber, daß man sich dann auch für Freiräume, für Selbstgestaltung, für Selbstverantwortung auch schon Schülern einsetzt und diese Ziffer nicht so allgemein wie hier formuliert, woran zwar nichts falsch ist; aber etwas, was nicht falsch ist, muß ja noch lange nicht richtig sein.

(Zustimmung)

Deshalb möchte ich Sie bitten, dem Antrag D 17 zu Ziffer 59 a und b, der hier - bei Ziffer 54 - behandelt werden sollte, zuzustimmen. Ich glaube, das ist richtig, gerade auch für die jetzt nicht mehr anwesenden jüngeren Teilnehmer an diesem Parteitag; es ist richtig, daß die Union zeigt, daß man sich mit Mut dafür ausspricht, auch bereits Jüngeren Verantwortung zu übertragen, Jüngere bereits an demokratisches Engagement heranzuführen.

Lassen Sie mich schließen mit einem Hinweis, Herr Präsident Mayer-Vorfelder. Sie haben sich im Forum deshalb etwas den Unmut der jungen Leute zugezogen, weil Sie die Ablehnung von mehr Mitbestimmungsrechten damit begründeten, dort seien die Mehrheitsverhältnisse außerordentlich ungünstig, und deshalb sei dies mehr als suspekt und eventuell nicht zu befürworten.

Herr Mayer-Vorfelder, ich nehme an, daß Sie, wenn der VFB Stuttgart auf einem Abtiegsplatz steht, auch nicht die Auflösung der Bundesliga fordern werden,

(Zustimmung)

sondern sich wahrscheinlich für Verstärkungen, für mehr Engagement, für mehr Einsatz einsetzen werden. Ich meine, die Union sollte sich an den Schulen vor Ort für mehr Einsatz z.B. in Form der Schüler-Union einsetzen. - Danke schön.

(Beifall)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Wulff! Als amtierender Tagungspräsident will ich es mir jetzt versagen, die Diskussion von heute morgen fortzusetzen, nachdem mir dort durch eine Geschäftsordnungsdebatte eine direkte Erwiderung unmöglich gemacht worden ist.

Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Für die Antragskommission Herr Meyer, bitte.

Gerhard Meyer, Antragskommission: Meine Damen und Herren, diese Ziffer 54 ist zugegebenermaßen nicht sehr umfangreich, aber meiner Meinung nach ist alles, was hier von Herrn Minister Remmers und von Herrn Wulff eingebracht wurde, in dieser Ziffer enthalten.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß der Initiativantrag D 180 der Delegierten Dr.Dregger, Dr.Wallmann, Wagner und weiterer Delegierter in Abänderung des Ihnen vorgelegten Votums der Antragskommission wie folgt behandelt werden soll:

Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages D 180, 1.Satz.

Wir sind der Meinung, daß damit Satz 2 des Antrages D 180 als erledigt betrachtet werden kann. Ansonsten empfehlen wir Annahme, wie wir es vorgeschlagen haben.

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist dem Antrag der Antragskommission gefolgt worden.

Wir kommen zu Ziffer 55. Dazu gehören die Anträge D 77 bis D 84. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission hat gleichfalls das Wort nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Zum Aufruf kommt Ziffer 56. Dazu gehören die Anträge D 7, D 27, D 32, D 85 bis D 98 und D 183.

Zu Wort gemeldet haben sich 4 Delegierte. Zuerst spricht Johannes Weberling, RCDS.

Johannes Weberling: Meine Damen und Herren, bei dieser Ziffer frage ich mich ein bißchen, ob die CDU nicht das Augenmaß verliert. Denn wir stellen doch fest, daß man sich an den Universitäten und den Schulen über die Überfrachtung von Studien- und Lehrplänen mit Recht aufregt und daß man sich trotzdem an den Universitäten über den Niveauverlust der Gymnasien beklagt. Ich weiß aus meiner eigenen Schulzeit in Hessen, daß man in Hessen sogar die Möglichkeit geschaffen hat, 14 Jahre zur Schule zu gehen. Ich frage mich, ob es da realistisch ist, wenn wir als CDU 12 Jahre fordern.

Wir haben seit mehreren Jahren Studienreformkommissionen, die sehr sinnvoll arbeiten. Ist es nicht besser, diese Studienreformkommissionen zu forcieren, damit eben die Lehr- und Studienpläne entrümpelt werden? Wäre es nicht vielleicht auch sinnvoll, daß man, wie es in der reformierten Oberstufe vorgesehen ist, individuell zwischen dem ersten und dem zweiten Halbjahr des 13.Schuljahres unterscheidet?

Meine Damen und Herren, Sie machen hier einen Jugendparteitag, und Jugendliche können durchaus unterscheiden, ob eine Forderung realistisch oder so ein kleines bißchen utopisch ist. Ich möchte Sie ganz herzlich darum bitten, daß Sie hier einem

realistischen Änderungsantrag zustimmen, und zwar dem Antrag D 97 der Jungen Union. Darin ist an sich das Individuelle, von dem auch Ministerpräsident Albrecht gesprochen hat, enthalten. Deswegen bin ich für die Annahme des Antrages D 97 und entgegen dem Votum der Antragskommission für eine Änderung von D 85.

(Zustimmung)

Gerhard Mayer-Vorfelder, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Gölter.

Dr. Georg Gölter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ebenfalls gegen den Vorschlag der Antragskommission sprechen, und zwar gegen den zweiten Satz der Ziffer 56, in dem es heißt, daß sich die Union auf dieser Grundlage bis zum Ende der 80er Jahre für eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf 12 Jahre ausspricht.

(Zustimmung)

Ich möchte das ganz kurz begründen. Meine Damen und Herren, das Ziel des Gymnasiums ist nach wie vor die Studierfähigkeit. Die Möglichkeit des Gymnasiums, diese Studierfähigkeit in ausreichendem Umfange zu vermitteln, wird heute von vielen bezweifelt und in Frage gestellt. Dies ist ja auch Teil der Korrekturbemühungen in vielen Ländern, beispielsweise in Baden-Württemberg oder jetzt auch in Rheinland-Pfalz.

Meine Damen und Herren, wenn ich hierauf hinweise, plädiere ich nicht gegen den Gedanken der Verkürzung der Ausbildungszeiten, aber ich meine, daß eine so weitreichende Frage wie die der Verkürzung von 13 auf 12 Jahre von der Union auf einem Parteitag nicht ohne eine ausreichende und gründliche Prüfung beschlossen werden kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn diese Prüfung zu dem Ergebnis führen sollte, daß 12 Jahre nicht ausreichen, wir aber trotzdem 12 Jahre einführen: Kommen wir dann zur Einrichtung von Prosemestern? So etwas könnte an unseren Hochschulen überhaupt nicht durchgeführt werden. Oder kommen wir dann zu dem unsinnigen Instrument der Hochschuleingangsprüfung, wo wir dann den Multiple-choice-Prüfungen mit ihrer Abhak- und Ankreuz-Mentalität auch in den Hochschulen eine weitere derartige Prüfung an die Seite stellen würden?

Deshalb plädiere ich sehr dafür, daß wir hier die Sachfrage in den Vordergrund stellen. Ich halte es auch durchaus für möglich, daß der Bundesvorstand einen Prüfungsauftrag an den Bundeskulturausschuß usw. gibt, sich dann seine Meinung bildet und ein Votum für den nächsten oder den übernächsten Parteitag einbringt - im Interesse einer Sachgerechtigkeit bei diesem Thema. Hier dürfen nicht die Schwierigkeiten im Vordergrund stehen, die dabei vielleicht auftreten, sondern es geht darum, was wirklich richtig ist. Ich finde, in einer solchen Frage sollten wir nicht ohne eine gründlichere Diskussion jetzt springen und vielleicht zu kurz springen.

Deshalb plädiere ich für die Übernahme des Satzes aus dem Antrag des Landesverbands Rheinland-Pfalz - Antrag D 87 -, der lautet: "Deshalb wird die CDU prüfen, ob die gymnasiale Schulzeit Ende dieses Jahrzehnts auf 12 Jahre verkürzt werden kann."

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Kiel.

Ernst Kiel: Herr Vorsitzender! Meine lieben Freunde! Keiner der Anträge dieses großartigen Papiers des Bundesvorstands hat an der Basis soviel Verwirrung ausgelöst wie diese Ziffer, die auch von der Presse entsprechend kommentiert worden ist.

Leider wird in dieser Ziffer die gymnasiale Bildung und die berufliche Bildung in ein Junktum gebracht. Der Text läßt es zu, daß man den Wunsch nach Verkürzung auf beide Teile bezieht, und dann wird es gefährlich. Ich spreche also insbesondere zum letzten Satz dieser Ziffer. Wir müssen doch wohl erkennen, daß die Anforderungen an die berufliche Bildung nicht kleiner geworden sind, sondern ständig steigen. Das ist richtig so. Wir brauchen bessere Facharbeiter, bessere Kaufmannsgehilfen, bessere Gesellen. Die Berufswelt stellt diese Anforderungen. Es ist jetzt bereits ein Verteilungskampf natürlicher Art ausgebrochen um die quantitativen Anteile an der Gesamtstundenzahl zwischen Betrieb und Schule. Der Betrieb fordert mit Recht seinen zeitlichen Anteil an der fachlichen Ausbildung und die Schule auch den ihrigen. Hier überhaupt den Gedanken zu erwägen, diesem Personenkreis eine drei- oder dreieinhalbjährige Ausbildungszeit etwa noch verkürzen zu wollen, halte ich für schädlich.

Was die individuelle, von Frau Dr. Laurien angesprochene Verkürzung anbetrifft, so läßt das Berufsbildungsgesetz dieses jederzeit zu, und viele unserer Schüler, die mit großem Elan und viel Ehrgeiz antreten, haben die Chance - auch ohne daß wir es fordern, das ist schon Realität -, ihre Ausbildungszeit zu verkürzen.

Lassen Sie mich in bezug auf die Ausbildungszeit auch noch sagen, daß insbesondere die schwach begabten Schüler und unsere ausländischen Jugendlichen - die halte ich nicht für schwach begabt, sondern für gehandicapt -, nicht kürzere Zeit, sondern längere Zeit brauchen, um zum erstrebten Bildungsziel zu kommen.

Meine letzte Anmerkung: Was in diesem letzten Satz der Ziffer 56 in bezug auf eine weitere Zersplitterung in Teilabschlüsse steht, paralyisiert meines Erachtens die berufliche Bildung, die jetzt schon darunter leidet, daß sie in zu kurzen Abständen immer wieder mit Prüfungen unterbrochen wird. Bitte, helfen Sie mit, daß hier nicht eine Überforderung des Schülers eintritt.

Ich schließe mich vollinhaltlich dem Vorschlag der Mittelstandsvereinigung an - Antrag D 98 -, diesen letzten Satz ersatzlos zu streichen.

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat jetzt Herr Möltgen.

Klaus Möltgen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß unser Bundesvorsitzender ein glühender Anhänger der Verkürzung von Ausbildungszeiten ist, und in dieser Frage hat er völlig recht. Nur, wenn wir jetzt, nachdem wir ungefähr alle Probleme im Schulbereich so durcheinandergebracht haben, daß selbst Schulpolitiker nicht mehr wissen, wo es lang geht, auch noch in dem Bereich, der uns in etwa nahesteht, nämlich am Gymnasium, zu stricken anfangen, dann wird es ganz chaotisch. Ich bin der Meinung, daß wir am Gymnasium eine Ausbildungszeit von neun Jahren brauchen, und zwar - ich kann das als jemand, der aus Nordrhein-Westfalen kommt, sagen; ich hätte mich hier fast schon in Rheinland-Pfalz gefühlt, Herr Gölder - als organisatorische und pädagogische Einheit; "pädago-

gisch" allein reicht hier nicht. Also, wenn wir jetzt auch noch in diesem gymnasialen Bereich anfangen herumzuturnen, dann versteht uns überhaupt keiner mehr.

Ich bin der Meinung, daß wir dieser Verkürzung der gymnasialen Schulzeit nicht zustimmen sollten. Wir sollten daher diesen Satz streichen und allenfalls das tragen, was Rheinland-Pfalz will: daß ein Prüfungsauftrag ergeht. Das ist aber das äußerste, zu dem man sich bereithalten kann.

Eine solche Verkürzung war mal sinnvoll, als wir acht Jahre Volksschule, zehn Jahre Mittelschule und 12 Jahre Gymnasium hatten. Nachdem jetzt die Hauptschule auf zehn Jahre angehoben worden ist, würde eine Verkürzung auf 12 Jahre beim Gymnasium bedeuten, daß wir dann direkt den nivellierenden Sozialismus einführen können.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Lemper. - Er ist offensichtlich nicht da. Dann hat Herr Mayer-Vorfelder das Wort.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich kann nur dringend warnen, diesen dritten Satz hier stehenzulassen. Wer wie wir in Baden-Württemberg nur an die Korrektur der reformierten Oberstufe herangeht, braucht eine Vorlaufzeit von zwei Jahren. Das heißt, 1986 werden die ersten Abiturienten nach der Korrektur das Abitur machen. Kaum haben wir dies durchgezogen, müßten wir sofort vollkommen umkrepeln - mit Auswirkungen in alle Bereiche des gegliederten Schulwesens hinein.

Ich möchte auch darauf hinweisen, daß es absolut inkonsequent wäre, wenn man, nachdem man sich auch in den CDU-regierten Ländern gegen Regelstudienzeiten mit Sanktionen ausgesprochen und diese Regelung wieder rückgängig gemacht hat, nun einen ganz anderen Ansatzpunkt schaffen würde, der weitaus schlechter ist, als wenn man die Regelstudienzeit beibehalten hätte. Wer mit den Rektoren der Universitäten spricht, hört die Klagen darüber, daß die Universitäten immer mehr zu Nachhilfeeinrichtungen der Gymnasien werden. Mit der hier vorliegenden Forderung würden wir dem falschen Gebäude einen weiteren Stein hinzufügen.

Deshalb bitte ich dringend darum, dem Petition von Herrn Gölter zu folgen und diesen Satz 3 zu streichen.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Herr Göhner.

Dr. Reinhard Göhner: Meine Damen und Herren! Ich möchte auf den Antrag des Landesverbands Westfalen-Lippe hinweisen, der sich nicht nur auf die hier schon hinreichend begründete Streichung des dritten Satzes in der Fassung der Antragskommission bezieht, sondern auch auf die Aussage zum zehnten Pflichtschuljahr.

Wir sind uns darin einig - und das ist auch der Vorschlag der Antragskommission -, aufzunehmen, daß wir ein zehntes Pflichtschuljahr an der Hauptschule ablehnen.

Aber wir sollten zum Ausdruck bringen, daß wir das, was eigentlich übereinstimmend von den Bildungspolitikern der Union der verschiedenen Länder gewünscht wird, nämlich das Angebot eines zehnten Schuljahres an jedem Hauptschulstandort, befürworten, also ein freiwilliges Angebot für jeden Schüler, der prüfen können soll, ob er dieses zehnte Schuljahr an der Hauptschule absolvieren, ob er Möglichkeiten im beruflichen Schulwesen nutzen oder direkt eine Lehre beginnen will. Ich meine, es wäre richtig, auch in diesem Bereich eine Wahlfreiheit für den einzelnen Schüler vorzusehen.

Ich bitte Sie daher, den Antrag D 88 mit aufzunehmen.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Frau Senator Laurien, bitte, danach Herr Pfeifer.

Frau Dr. Hanna Renate Laurien: Meine Damen und Herren! Wir werden ja zur Abstimmung über diesen Antrag kommen. Ich möchte das, was die Vorredner gesagt haben, unterstützen, fürchte aber, daß uns dann nur übrig bleibt, den Gedanken einer Abkürzung auf allen Ausbildungswegen zu streichen, und das würde ich bedauern. Denn dann läuft die Abstimmungsmaschinerie: Zuerst wird über den Antrag der Antragskommission abgestimmt, und der wird abgeschmettert oder angenommen. Wenn er angenommen ist, stehen wir mit den Festlegungen da.

Ich möchte deshalb hier ein satzungsmäßig vielleicht nicht ganz richtiges Verfahren vorschlagen. Wir haben den Antrag der Antragskommission, der den Grundgedanken vertritt, den wir als Union bejahen, daß wir uns nämlich für die Verkürzung überlanger Ausbildungszeiten einsetzen. Diesen Satz möchte ich gern retten, und ich möchte auch den Satz retten, daß eine vernünftige Relation zwischen Schuldauer und Lerninhalten das bildungspolitische Ziel sein sollte.

(Beifall)

Ich möchte die ungute Festlegung auf zwölf Jahre Gymnasium gestrichen haben, was dann auch noch zu einer Konfusion im berufsbildenden Bereich führt. Da manchmal weniger mehr ist, schlage ich vor, daß wir uns auf die Sätze beschränken, die hier am Anfang stehen. Wir sollten den Gymnasiumssatz streichen und den dickgedruckten Satz bewahren, den ich für ganz wichtig halte: "Probleme des Arbeitsmarktes können nicht durch eine Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeit gelöst werden." Zum zehnten Pflichtschuljahr haben wir in all unseren Grundsatzprogrammen tausendfach nein zum Pflichtschuljahr und ja zum Angebotsjahr gesagt, so daß es sogar entbehrlich ist, daß wir uns hier dazu äußern.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Frau Laurien, so verlockend es ist, Ihrem Vorschlag zu folgen, so sind wir doch daran gehalten, zunächst einmal die Vorschläge der Antragskommission zur Abstimmung zu stellen; die dann, falls der Antrag nicht die Mehrheit findet, Ihre Ideen sicherlich tatkräftig beherzigen wird. Da bin ich ganz sicher.

Als nächster hat Herr Pfeifer das Wort. Ihm folgt Ministerpräsident Dr. Albrecht.

Anton Pfeifer, Reutlingen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte für den Antrag der Antragskommission sprechen und mich zunächst auf all das beziehen, was Herr Ministerpräsident Albrecht bereits zur Verkürzung der Ausbildungszeit gesagt hat.

Zwei Bemerkungen möchte ich vorwegschicken. Ich sehe nicht ein, warum das, was in den 70er Jahren möglich gewesen ist, nämlich das zwölfjährige Gymnasium, unter Berücksichtigung der Kurzschuljahre, nicht auch in den 90er Jahren möglich sein soll. Mir hat noch niemand erklären können, warum z.B. Schüler in Salzburg nach zwölf Jahren zum Abitur kommen und dazu jenseits der Grenze, beispielsweise in Freilassing, 13 Jahre dazu brauchen. Aber das ist jetzt nicht der entscheidende Punkt.

Für mich ist folgender Punkt entscheidend. Ich kenne kein Land, in welchem Akademiker so wie bei uns erst mit dem 29., 30., oder 31. Lebensjahr in den Beruf gehen.

(Beifall)

Das ist nicht gut für diese jungen Mitbürger; denn das bedeutet, daß sie einen wesentlichen Teil ihrer kreativen Lebensphase zwischen dem 25. und 50. Lebensjahr nicht in der Verantwortung für den Beruf, in der Verantwortung für die Familie und in der Verantwortung für den Staat, sondern in einer Ausbildungssituation verbringen. Daraus kommt soviel Frustriertheit, wie wir sie heute bei der jungen Generation feststellen.

(Beifall)

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Nach meiner Überzeugung kommen viele Probleme, die junge Menschen heute haben, auch daher, daß wir die Jugendphase durch überlange Ausbildungszeiten künstlich verlängert haben. Davon müssen wir endlich einmal runterkommen. Vor diesem Hintergrund können wir nicht sagen, daß es die Studienreform leisten soll und daß sozusagen für die Dauer der gymnasialen Schulzeit ein Schutzzaun, ein Tabu erntwickelt wird, sondern es muß auch möglich sein, daß man sich Gedanken darüber macht, ob man das Gymnasium als Einheit - das haben wir soeben beschlossen - nicht so konzipieren kann, daß es in der Regel auch von einem durchschnittlich begabten Gymnasiasten in zwölf Jahren absolviert werden kann. Zur Zeit sind das 2 %. Ich bin absolut sicher, daß wir, wenn wir das Gymnasium als Einheit neu konzipieren und neu inhaltlich ausgestalten, durchaus auch hier zu einer Verkürzung um ein Jahr kommen könnten. Ich glaube, das liegt im Interesse der jungen Generation, und deswegen sollten wir hier auch einen solche Beschluß fassen.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Herr Dr. Albrecht, bitte.

Dr. Ernst Albrecht: Ich muß mich leider doch noch einmal zu Wort melden. Ich werde versuchen, meine Wortmeldung so kurz wie möglich zu halten. Ich habe mir schon vorgestellt daß wir hier die Krone der Kultusminister gegen uns haben würden. Ich bin in dieses Forum gegangen, weil ich mich als nichtprofessioneller Bildungspolitiker in die Diskussion einmischen wollte.

(Beifall)

Ich will dies deutlich sagen, meine lieben Freunde. Es ist hier gesagt worden, daß das dazu führen würde, daß die Schüler unzulänglich vorgebildet auf die Universität kämen, womöglich Eingangsprüfungen machen müßten und ähnliches. Wie erklären es uns unsere Kultusminister, daß in Frankreich zwölf Jahre gelten? Niemand kann behaupten, daß der französische Abiturient weniger als der deutsche Abiturient wüßte.

(Beifall)

In England ist es dasselbe. Auch bei den Schulen der Europäischen Gemeinschaft ist es dasselbe. Meine eigenen Kinder sind auf diese Schule gegangen, und sie wissen nach zwölf Schuljahren in Mathematik und Naturwissenschaften mehr als bei uns nach 13 Schuljahren. Wenn das so ist, so sollten wir einmal darüber nachdenken, wie wir die zwölf Jahre intensiver und besser nutzen können. Dann kommen wir nämlich auch in zwölf Jahren zu dem Resultat, zu dem wir heute in 13 Jahren kommen.

Weiter ist gesagt worden, das gehe nicht, weil dann der Abstand zur Hauptschule verschwinde. Das Gymnasium muß doch soundsoviel mehr Unterricht als die Hauptschule bieten. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich bin der Meinung, daß in der Tat eine gewisse berechtigte Kritik darin bestand, daß diejenigen, die auf die Hauptschule gehen, etwas zu wenig Bildungsniveau mit ins Leben genommen haben. Wenn sich das ein bißchen angleicht und die Hauptschüler nicht mehr wie früher acht, sondern dann neun Schuljahre haben, während die Gymnasiasten zwölf Schuljahre haben, so sehe ich das als gesellschaftlichen Fortschritt und nicht als den Untergang des Gymnasiums an.

(Beifall)

Es ist auf die Universität hingewiesen und gesagt worden, daß die Regelstudienzeit von uns gerade wieder abgeschafft worden sei. Das hat mit der Regelstudienzeit nichts zu tun; denn da ging es um die Frage, wann man gewisse Konsequenzen daraus zieht, daß jemand zu lange studiert. Mir geht es um ganz etwas anderes, nämlich daß die Studienreform dazu benutzt wird, einen Abschluß in kürzerer Zeit an der Universität möglich zu machen. Dazu möchte ich folgendes deutlich sagen. Als ich Volkswirtschaft studierte, konnte man seinen Abschluß in sechs Semestern machen. Ich habe das in fünf Semestern gemacht, aber in sechs war es allemal zu machen. Es ist einfach nicht wahr, daß die volkswirtschaftliche, die nationalökonomische Wissenschaft seitdem solche gewaltigen Fortschritte gemacht hat, daß man heute neun Semester für das braucht, was man damals in sechs Semestern gemacht hat.

(Beifall)

Da gibt es noch viel Ballastwissen. Es besteht nur folgendes Problem. Wenn man die Professoren bittet, im Zuge der Studienreform Stoff hinauszuerwerfen, so kommt jeder mit seinem Fach und seiner Spezialität und sagt: Mein Fach ist ganz besonders wichtig. Auf diese Weise droht die Studienreform zu scheitern. Ich kann nur das wiederholen, was auch unser Freund Pfeifer gesagt hat. Wenn wir die Menschen 30 Jahre lang auf der Schulbank halten - das ist die Hälfte ihres aktiven Lebens -, dann müssen wir erstens befürchten, daß sie für das eigentliche aktive Leben untüchtig

werden. Zweitens wiederhole ich noch einmal das, was ich vorhin gesagt habe. Ich bin der Auffassung, daß der Frust und die Aggressivität, die daraus entstehen, wesentlich mit durch zu lange Ausbildungszeiten verursacht werden.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Bitte, Frau Benedix-Engler.

Frau Ursula Benedix-Engler: Meine Damen und Herren! Ich muß noch einmal in diese Kerbe hauen und für die Antragskommission für die Reduzierung der Schulzeit sprechen. Das Problem hat zwei Aspekte, und ich meine, jeder Aspekt ist genauso wichtig wie der andere. Der eine Aspekt ist, daß wir die Schulzeit für die Abiturienten verlängert haben und die Professoren sagen: Die Vorbildung für das Studium ist schlechter geworden. Wir haben die Schulzeit für die Hauptschüler verlängert, und die Betriebe sagen uns, daß die Vorbildung schlechter geworden ist. Ich meine, wir hören ständig von der Schulmüdigkeit und davon, daß die Motivation mit der Länge abnimmt und nicht zunimmt. Damit nimmt auch die Effektivität der schulischen Bildung ab.

Der zweite Aspekt, den Dr. Albrecht sehr betont hat, wird von mir seit langem vertreten. Dieser Aspekt wird heute von allen Psychologen bestätigt. Es wird heute allgemein gefragt: Woher kommen die vielen Aggressionen, Depressionen, Resignationen, die wir heute mir Recht beklagen? Die kommen daher, daß die Schere zwischen der intellektuellen Möglichkeit und Ausbildung und der Verantwortung, die Jugendliche habe, immer weiter auseinander klafft. Diese Spannweite muß sich negativ auswirken. Ich sage immer: In einem Alter, in dem Alexander der Große sein Lebenswerk vollendet hatte, geht heute ein normal akademisch Ausgebildeter in die Verantwortung. Dies kann keine gesunde Entwicklung sein. Da müssen wir, die CDU, ein Zeichen setzen.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön. Herr Dr.Kohl hat das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Für mich ist es nicht unbedingt ein Maßstab, daß Alexander der Große zu diesem Zeitpunkt bereits sein Lebenswerk vollendet hat.

Es ist keine fixe Idee – ich bin hier angesprochen worden -, die ich hier vertrete. Ich glaube, wer aufmerksam ins Leben hineinschaut, kann alle Argumente, die Ernst Albrecht und andere hier vorgetragen haben, nur unterstreichen.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, um vor allem eines auszuräumen. Hier geht es doch nicht – wie ich aus Wort und Schrift entnehme; gerade in diesem Zusammenhang haben mich viele Briefe erreicht – um die Zerstörung einer intakten Schulform. Das ist doch wirklicher Unsinn.

Hier geht es darum, daß wir uns nüchtern befragen: Muß die Bundesrepublik Deutschland in ihren Ausbildungszeiten Spitzenreiter in der Welt sein? Dies bezweifle ich. Ist dies vernünftig in einem Augenblick, in dem wir das Volljährigkeitsdatum

nach unten gezogen haben, in denen die Akzelerationsprozesse bei jungen Leuten, was das Lebensalter betrifft, sich ebenfalls nach vorne geschoben haben, in dem sich vieles in dieser Richtung bewegt.

Der Antrag der Antragskommission ist doch nun wirklich so leger gefaßt, daß jeder Kultusminister, der einigermaßen vernünftig plant, in einer Absprache mit seinen Kollegen im Laufe dieses Jahrzehnts, liebe Freunde, zu vernünftigen Lösungen kommen kann.

Ich muß Ihnen sagen: Ich verstehe nicht recht, daß wir überhaupt mit schulorganisatorischen Problemen, die ich sehe, die ich nicht gering achte, womöglich eine so grundsätzliche Position wieder in die 90er Jahre verschieben. Deswegen ist mein persönliches Votum ganz eindeutig auf der Seite der Antragskommission, die ganz gewiß nicht hier die schärfste Lösung, sondern eine Lösung des Ausgleichs gesucht hat. Aber wenn wir etwas bewegen wollen, dann müssen wir uns auch etwas zutrauen.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Panther.

Klaus Panther: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren ! Ich habe heute morgen den Eindruck gehabt, daß mein Kultusminister von Baden-Württemberg zu schlecht weggekommen ist. Ich kann ihm nur bescheinigen, daß er ein sehr toleranter Minister ist; er ist auch dann toleranter, wenn einer seiner Schulleiter – der ich jetzt bin – eine andere Meinung in einer sehr wichtigen Frage hat; man kann immer noch nach vielen Jahren Freunde – von unterschiedlicher Meinung – sein.

Ich möchte nur folgendes sagen: Heute morgen ist das einfach nicht ganz hingekommen.

Ich möchte das unterstützen, was von Herrn Kohl und anderen gesagt worden ist. Es gibt in Deutschland eine viel zu wenig bekannte Einrichtung, des Internationale College. Da können Schüler aus der ganzen Welt – nach zehn Jahren – hingehen. Auch die deutschen Schüler können hingehen. Nur können die Deutschen wegen der Rechtsvorschriften erst nach elf Jahren hingehen, weil eben elf plus zwei dreizehn gibt. Bei den anderen geht das nach zehn plus zwei Jahren. Da lernen also Chinesen, Japaner, Inder in einer Schule denselben Stoff. Die Deutschen auch. Kommen sie zurück, werden sie deswegen anerkannt, weil sie eben elf deutsche Jahre vorher haben.

Ein anderes Paradoxon! Wir haben in München und noch in anderen Städten amerikanische Schulen. In diese amerikanischen Schulen gehen deutsche Schüler von der vierten Klasse an. Nach der Klasse 12 machen die ihr Abitur. Der deutsche Schüler muß noch ein 13. Schuljahr machen, und der amerikanische Schüler geht auf die Universität. Ein Jahr später treffen die sich wieder. Obwohl der deutsche Schüler schon in der Klasse 12 gebalter war, hat er zwei Semester Verlust.

Das heißt also: Die Studierfähigkeit, die hier von Ihnen, sehr verehrter Herr Kultusminister Gölter, angefordert worden ist, ist wirklich bestätigt. Die haben die Studierfä-

higkeit. Nur : In Deutschland darf nicht sein, was man eben nicht erlaubt. Das ist es eben.

(Beifall)

Wir haben im Landtag von Baden-Württemberg bereits im Jahre 1970 beschlossen, daß die Schulzeit verkürzt werden kann.

Und noch ein letztes Beispiel: Unsere Freunde in Bayern. Die Bayern hatten das Abitur nach zwölf Jahren bis 1954 – nicht bis 1945, bis 1954! Und alle diese Leute sind hochbegabte Leute geworden. Unter anderem hat unser Freund Franz Josef Strauß – zwar vorher – das Abitur auch nach nur zwölf Jahren gemacht.

Ich bitte daher um Annahme dieses Antrages.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Panther.

Meine Damen und Herren, eine Anmerkung. Sie haben vielleicht schon gesehen: Der junge Tag ist schon angebrochen. Von daher möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie nicht unbedingt die drei Minuten ausnützen müssen, sondern es auch kürzer machen können. Machen Sie von diesem Angebot bitte reichlich Gebrauch.

Herr Lemper als nächster bitte.

Lothar-Theodor Lemper: Herr Vorsitzender ! Meine Damen und Herren! Wenn wir den dritten Satz dieses Antrages ablehnen würden und anschließend dem Antrag D 99 zustimmen würden, dann würden wir uns in einem Widerspruch befinden, vor dem ich Sie doch warnen möchte.

In dem Antrag D 99 heißt es nämlich:

Es kann nicht bei einer Entwicklung bleiben, daß Schüler immer mehr lernen müssen – man müßte dann sagen:

... auch immer länger lernen müssen – und dennoch immer weniger wissen.

Das ist nach meinem Dafürhalten das eigentliche Problem. Ich halte es für eine unzutreffende Schlußfolgerung, aus der Länge der Schulzeit die Studierfähigkeit des Schülers herleiten zu wollen.

(Beifall)

Das ist aus folgendem Grunde eine falsche Schlußfolgerung: Wenn wir die Studierfähigkeit der heutigen Gymnasiasten bestreiten, dann müßte – nach der Logik der Wortbeiträge einiger Kultusminister – die Schlußfolgerung sein, die Schulzeit des Gymnasiums noch zu verlängern. Das kann doch wohl nicht richtig sein.

Meine Damen und Herren, die Frage der Studierfähigkeit liegt auf einem völlig anderen Gebiet. Es geht nämlich um die Frage, ob wir uns wirklich wieder in unserem Schulwesen zu dem Prinzip der fördernden Auslesen bekennen, ob wir wirklich

wieder zur Profilierung unseres unterschiedlich gegliederten Schulwesensbeitragen, und ob wir wirklich wieder Begabung zur Grundlage der Chancengleichheit machen. Das ist nämlich das eigentliche Problem.

Wenn wir diese Problem nicht so lösen, dann lösen wir es auch nicht mit einer Verlängerung der Schulzeit.

Nun hat Frau Laurien gesagt: Ja, ja, wir sind ja alle dafür, daß wir verkürzen; aber bitte, gebt uns noch Zeit, daß wir darüber konkret nachdenken können. — Meine Damen und Herren, diese Zeit haben wir lange genug gehabt. Die Folgerung, daß die Schulzeit und die Studienzeit verkürzt werden müssen, gibt es in dieser Partei schon seit einige Jahren.

Ich bin der Meinung, dieser Bundesparteitag ist nicht dazu da, sozusagen Anträge und Überlegungen wiederum zu vertagen. Er muß vielmehr in der Erkenntnis der Richtigkeit eines solchen Antrages heute sagen, daß die Schulzeit verkürzt werden muß. Dann zwingen wir das Gymnasium, einmal darüber nachzudenken, ob es nicht auch zu einer Entlastung einiger Fächer und zu einer Straffung des Inhalts kommen kann. Dann setzen wir nämlich auch Akzente für die Studienzeit. Von daher bin ich der Meinung, daß wir heute diese konkrete Entscheidung auch treffen sollten.

(Beifall)

Ole von Beus, Tagungspräsidium: Zur allgemeinen Beruhigung: Es gibt noch eine Wortmeldung, bevor die Antragskommission das Wort hat. Das Wort hat jetzt Herr Ringwald.

Rudolf Ringwald: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch mal den Vorschlag von Frau Laurien unterstützen. Der erste Satz sagt aus, daß die CDU sich für eine Verkürzung einsetzt. Der zweite Satz bringt die vernünftige Relation zwischen Schuldauer und Lerninhalt. Das ist der wichtigste Satz. Er geht auf einen Antrag des Kreisverbandes Emmendingen zurück, dem ich angehöre.

(Heiterkeit und Zurufe)

Die Festschreibung auf die zwölf Jahre ist meiner Ansicht nach heute falsch.

Bezüglich einer vernünftigen Relation zwischen Schuldauer und Lerninhalt muß man sich erst einmal Gedanken machen, was man verstärkt noch im Gymnasium drinlassen will und wo man abspecken könnte. — Das zu diesem Punkt.

Zur Frage der Studierfähigkeit: Ich kann die Professoren und die Rektoren der deutschen Universitäten sehr gut verstehen, wenn sie sagen, heute fehle es an einigen Punkten. Wer wie ich selber in der Ausbildung an einer Universität steht, wird das merken. Heute muß man einem, der anfängt, Wirtschaftswissenschaft zu studieren, in den ersten zwei Semestern noch Differenzieren beibringen, damit er ein Optimierungsproblem lösen kann.

Deshalb bin ich für die Streichung des dritten Satzes. Die ganzen Überlegungen können wir mit den ersten zwei Sätzen völlig abdecken.

Herr Ministerpräsident Albrecht, man kann auch heute noch nach sieben Semestern Volkswirtschaftsstudium abschließen. Ich habe das nämlich auch gemacht. — Danke schön.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Frau Dr. Wilms bitte.

Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt hier drei Punkte aus der Ziffer 56, die diskutiert worden sind.

Der erste Punkt betrifft 3: Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. Die Antragskommission sieht angesichts der Diskussionslage keinen Anlaß, von ihrem Vorschlag abzugehen.

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, daß Satz 2 in enger Relation zu Satz 3 steht. Hier ist nämlich die Verknüpfung zwischen Schuldauer und Lerninhalten voll hergestellt worden. Ich halte das für existentiell. Ich bitte allerdings den Herrn Präsidenten, über Satz 3 getrennt abzustimmen.

Zweitens ist von einem Redner darauf hingewiesen worden, daß man den Satz bezüglich des 10. Jahres an der Hauptschule um die Fassung Westfalen-Lippe erweitern soll. Meine Damen und Herren, ich mache darauf aufmerksam, daß es eine Grundaussage der Union hierzu gibt. Wir lehnen ein 10. Pflichtschuljahr an Hauptschulen ab. Das impliziert, daß viele andere Formen eines freiwilligen 10. Jahres an Hauptschulen möglich sind. Wir sollten uns nicht auf eine ganz bestimmte Form versteifen, weil das in den verschiedenen Bundesländern höchst unterschiedlich aussieht. Ich plädiere also auch in diesem Punkt für die Fassung der Antragskommission.

Drittens. Hauptsächlich Herr Kiel hat zu dem Passus der beruflichen Bildung Stellung genommen. Im Text des Bundesvorstands und der Antragskommission ist auf Differenzierungsmöglichkeiten im Blick auf die Dauer hingewiesen worden. Meine Damen und Herren, auch hier sieht die Antragskommission keine Veranlassung, von ihrem Vorschlag abzuweichen. Ich möchte darauf hinweisen, daß es sich auch in Zukunft lohnen wird, im Bereich der beruflichen Bildung über eine flexiblere Dauer und über flexiblere Abschlußformen nachzudenken. Das sollte der Antrag beinhalten. Daher möchte ich bei der Fassung der Antragskommission bleiben.

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön.

Es ist folgender Vorschlag zur Abstimmung gemacht worden. Zunächst sollen wir über den Vorschlag der Antragskommission mit Ausnahme des wohl am meisten umstrittenen Satzes 3 abstimmen. Gibt es hiergegen Widerspruch? - Da sich Widerspruch erhebt, stimmen wir zunächst über den gesamten Antrag ab, d.h. wir verfahren so wie bisher. Ich darf zunächst fragen: Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

Wir kommen zur Ziffer 57. Dazu gehören die Anträge D 11 Ziffern 1, 3, 6, 8, 10 und 13 erster Satz, D 12 Antrag 6, D 17 zu Ziffer 59 c und D 99 bis D 105. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 58. Das sind die Anträge D 106 und D 109. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 59. Dazu gehören die Anträge D 6, D 110 bis D 120 und D 181. Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Bitte Herr Wiesmann, Westfalen-Lippe.

Gerhard Wiesmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat alle Änderungsanträge zur Ziffer 59 abgelehnt. Ein großer Teil dieser Anträge hat Satz 3 der Ziffer 59 zum Gegenstand. Ich meine, das völlig zu Recht.

Herr Ministerpräsident Albrecht hat zwar eben die Absicht bekundet, einen Sonderkongreß zur Bildung ausländischer Kinder durchzuführen. Das sollte uns aber nicht daran hindern, in den nicht umstrittenen Fragen schon hier unmißverständliche Aussagen zu machen. Ich bin der Meinung, Satz 3 der Ziffer 59 genügt diesem Anspruch nicht, weil seine Formulierung nicht geeignet ist, das Mißverständnis auszuschließen, hier werde zum Nachteil der ausländischen Kinder ein Unterschied zwischen Schülern gemacht. Ich meine, daß den schwerwiegenden Problemen, die mit großen Ausländeranteilen in deutschen Schulklassen verbunden sind, die ausgewogene Formulierung des Antrages D 113 des Landesverbandes Westfalen-Lippe eher gerecht wird. Sie gibt Mißverständnissen keinen Raum.

Weiterhin meine ich, die Frage der Bewahrung der nationalen und kulturellen Identität ist so gravierend, daß wir sie hier nicht unerwähnt lassen können. Ich bitte Sie daher, Satz 3 der Ziffer 59 in der Formulierung der Antragskommission durch den Satz 3 des Antrages D 115 des Kreisverbandes Borken und die Formulierung des Antrages D 113 des Landesverbandes Westfalen-Lippe zu ersetzen, und zwar in dieser Reihenfolge.

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Ich habe eine weitere Wortmeldung hierzu vorliegen. Bitte Herr Mihm, Hessen.

Bernhard Mihm: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich plädiere für den Initiativantrag 181 der CDU Hessen und bitte Sie, diesen Initiativantrag entgegen dem Votum der Antragskommission anzunehmen.

Wenn ich Ihnen diesen Vorschlag mache, so spreche ich mit keinem Wort etwa gegen die Idee, demnächst auf einem speziellen Kongreß alle Fragen umfassend zu erörtern, die mit der schulischen Betreuung ausländischer Kinder zusammenhängen. Wir meinen allerdings, daß eine Aussage im Sinne unseres Initiativantrages schon jetzt möglich ist, weil sie sachgerecht ist, und zwar aus folgenden Gründen.

Erstens. Die CDU ist die Partei des Elternrechtes. Die CDU ist die Partei der Wahlfreiheit. Wenn wir das deutschen Bürgern zubilligen, sollten wir das ebenso den ausländischen

dischen Einwohnern unseres Landes zubilligen, deren Kinder unsere Schulen besuchen.

(Vereinzelter Beifall)

Wir sollten ganz praktisch einen Weg beschreiten, der uns aus der Unverbindlichkeit von Sonntagsreden herausführt, in denen ja immer wieder gesagt wird: Integration ja, Germanisierung nein.

Zweitens. Die CDU ist die Partei eines hochdifferenzierten Schulsystems, weil sie erkennt, daß unser Leben hochdifferenziert ist. Das gilt insbesondere auch hinsichtlich unseres ausländischen Bevölkerungsanteils. Den Ausländer gibt es nicht. Da gibt es vielfältige Unterschiede, was die ethnische Herkunft, das kulturelle Selbstverständnis, die Verweildauer und insbesondere - da überschneiden sich diese beiden Gesichtspunkte - die Zukunftsabsichten der Familien anlangt. So wahr ist es ja nicht, daß die zweite Generation der Ausländer hier bleibt. Sehen Sie sich einmal die Statistiken etwa über die Rückwanderung griechischer Familien und ihrer Kinder in das Herkunftsland an.

Drittens. Meine Damen und Herren, es hat überhaupt nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun - ich spreche aus der eigenen Erfahrung eines Schuldezernenten in Frankfurt mit sehr hoher Konzentration ausländischer Schülerinnen und Schüler -, wenn man feststellt, daß die undifferenzierte Aufnahme deutscher und ausländischer Kinder in die Regelklassen sehr häufig dazu führt, daß der sogenannte Integrationsprozeß vollzogen wird auf Kosten und auf dem Rücken der deutschen Kinder und ihrer Eltern und zum Nachteil der Ausländer.

Deshalb ein Ja zu unserem Initiativantrag.

(Beifall)

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Frau Senatorin Laurien.

Frau Dr. Hanna Renate Laurien: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niemand wid den Anträgen des Landesverbandes Westfalen-Lippe bzw. des Kreisverbandes Borken widersprechen, wenn dort gesagt wird, wir sollten nicht nur von den deutschen Kindern, sondern auch von den ausländischen reden. Aber wenn Sie den hessischen Initiativantrag unterstützen, muß ich Sie fragen: Wissen Sie, was Sie damit beschließen würden? Meine Damen und Herren, darin steht, als Alternative zum Besuch deutscher Regelklassen sollten zweisprachige Klassen angeboten werden. Verzeihen Sie, aber das bedeutet, daß wir uns in Kreuzberg, in Wedding und in Tiergarten ein türkisches Getto schaffen, von dem wir bald erschlagen werden.

(Vereinzelter Beifall)

Was ist denn gemeint, meine Damen und Herren? Natürlich richten wir für Ausländer besondere Klassen ein. Natürlich gibt es Angebote in der Muttersprache. Aber wer darauf vertraut, daß die Rückkehr zu einem Nationalitätenschulwesen die Lösung wäre - das ist Nostalgie -, wird sich amerikanische Probleme einhandeln, die uns eines Tages erschlagen werden.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb muß Integration unser Ziel für denjenigen sein, der hier auf Dauer lebt.

Wenn ich dann hier "zweisprachig" lese, muß ich Ihnen sagen: Das sind doch nicht Kinder aus Studienratsehen, wo die Eltern eine Doppelsprachigkeit mit ihren Kindern führen können. Die Realität ist, daß dann die Umgangssprache dieser Kinder Türkisch ist und sie bestenfalls acht Stunden Deutschunterricht haben. Damit werden sie unfähig, eine Berufsbildung bei uns abzuschließen. Und wir schaffen uns einen sozialen Sprengstoff, den wir dann nicht mehr bewältigen können.

Deshalb bitte ich darum, den Antrag des Bundesvorstands anzunehmen, von mir aus getrost auch den von Westfalen-Lippe, der lautet:

Die Schulorganisation muß so angelegt sein, daß ausländische und deutsche Schüler sich nicht gegenseitig in ihren Ausbildungsmöglichkeiten behindern.

Ahnen Sie eigentlich, was Sie sagen, wenn Sie den hessischen Initiativantrag bejahen? Da steht:

Die Muttersprache des ausländischen Schülers ist grundsätzlich in allen Schulararten als gleichwertiger Ersatz für die erste Fremdsprache anzuerkennen.

Verzeihen Sie, ich sage mit Nachdruck ja dazu - und das machen wir auch schon -, daß man kleine Türken in der Hauptschule nicht zwingt, neben dem Deutschen noch Englisch zu lernen. Das kann er mit Türkisch als Fremdsprache machen oder ohne. Aber wollen Sie denn wirklich, daß ein Realschulabschluß ausschließlich mit der Fremdsprache Türkisch erworben werden kann? Wollen Sie, daß das Abitur - wer soll es angesichts des Leistungsvergleichs denn abnehmen? - mit Türkisch und dann vielleicht einer einzigen weiteren westlichen Fremdsprache abgelegt werden kann?

Ich habe mich in der Kultusministerkonferenz dafür eingesetzt, daß die Rahmenordnung diese Möglichkeit zuläßt. Aber jedes Land muß darüber nach seinen Gegebenheiten entscheiden können. Ein Parteitag kann jedoch nicht festsetzen, welche Fremdsprache Voraussetzung für den Realschulabschluß ist.

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Frau Benedix-Engler.

Frau Ursula Benedix-Engler, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat wahrscheinlich über keine Ziffer so lange diskutiert wie über diese. Innerhalb der Diskussion wurde deutlich, wie gewichtig diese hier angesprochenen Fragen in den einzelnen Anträgen sind, aber auch, wie kompliziert sie sind und wie differenziert sie deshalb beurteilt werden müssen.

Es konnte hier keine Einigung erzielt werden. Das Pro und Contra wurde abgewogen. Deshalb entstand hier schon der Vorschlag, sehr schnell einen Kongreß oder eine Fachtagung anzustreben, die sich ausschließlich mit den Ausbildungschancen für die Kinder ausländischer Mitbürger befaßt.

Im Forum vorhin wurde die komplizierte Situation in ähnlicher Weise deutlich. Frau Laurien hat noch einmal klargestellt, um wie viele Probleme differenzierter Art es sich in der Praxis handelt.

Ich glaube, wir würden dem Anliegen, das wir alle ganz dick unterstreichen, sehr wenig genügen, wenn wir jetzt einige von diesen Thesen - ich könnte alle aufführen, die wir für wichtig halten - hineinnähmen, ohne sie ausdiskutiert zu haben, und die anderen vielleicht draußen ließen

Bitte folgen Sie der Antragskommission! Mit diesen Globalformulierungen haben wir zunächst einmal die Richtung angezeigt, und in dieser Fachtagung werden wir diese Fragen dann so lösen, daß wir damit bestehen können.

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe. - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Wir kommen dann zu Ziffer 60. Dazu gehören die Anträge D 12 (Ziffer 1) und D 121 bis D 131.

Es liegt eine Wortmeldung dazu vor. Herr Möltgen aus dem Rheinland, bitte.

Klaus Möltgen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie auf den Antrag D 128 des Kreisverbandes Mülheim a. d. Ruhr, auf der Seite 125, hinweisen. Die Antragskommission ist den Intentionen des Antrages in gewisser Weise schon gefolgt, indem sie schreibt, daß alle Ausbildungsgänge, für die ohne ausreichende Begründung ein mittlerer Bildungsabschluß oder das Abitur als Eingangsvoraussetzung gefordert werden, wieder für Hauptschulabgänger geöffnet werden sollen.

Nur, ich bin der Meinung, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir in den CDU/CSU-regierten Ländern im öffentlichen Bereich damit anfangen sollten. Von welchem Handwerksmeister, von welchem Freiberufler, von welchen Industriebereichen sollen wir denn diese Initiativen erwarten, wenn nicht der öffentliche Dienst in dieser Weise mal Vorreiter ist? Sonst geht der öffentliche Dienst umgekehrt vor und verlangt für jeden bei ihm Beschäftigten, insbesondere die Beamten, einen riesigen Bildungsapparat, damit diese die Eingangsvoraussetzungen erfüllen können. Es kann nicht nur gesagt werden, die Wirtschaft müsse das alles lösen.

Deswegen schlage ich vor, daß wir in die Vorlage der Antragskommission hinter "...oder das Abitur als Eingangsvoraussetzung" den Zusatz "...insbesondere in Ausbildungsbereichen des öffentlichen Dienstes" einsetzen. Auf diese Weise können wir deutlich machen, daß wir den öffentlichen Dienst hier als Vorreiter sehen, um auf diesem Felde wieder in Dimensionen praktischen Handelns zu kommen.

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Danke schön.

Meine Damen und Herren, von hier oben ist zu sehen, daß einige Delegierte langsam ihr Sitzfleisch im Stich läßt. Deshalb die herzliche Bitte, eisern durchzuhalten, damit wir den Punkt heute noch abhandeln können, um dann auch morgen in der Zeit bleiben zu können.

Als nächste für die Antragskommission Frau Dr. Wilms, bitte.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Möltgen, Sie haben natürlich in der Sache recht. Aber ich bitte doch, den Formulierungen der Antragskommission hier zuzustimmen; denn wenn wir das mit dem öffentlichen Dienst hier einführt, wäre sofort die gesamte Frage des Laufbahnrechts angesprochen. Das ist an sich ein wichtiges Thema für uns, aber ein Thema, das, wie ich glaube, umfassender angesprochen werden muß - "muß", betone ich -, das wir hier aber nicht mit so einer kleinen Formulierung hineinbekommen.

Ich bitte nochmals um Zustimmung für den Text der Antragskommission.

Ole von Beust, Tagungspräsidium: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzichen. - Die Gegenprobe! - Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wir kommen dann zu Ziffer 61. Dazu gehören die Anträge D 1 (1. Absatz), D 7 (zu Ziffer 63 a), D 15, D 18, D 132 bis 138, D 150 und D 184.

Die erste Wortmeldung dazu stammt von Herrn Kiel aus dem Rheinland.

Ernst Kiel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel hat die Fassung der Antragskommission wesentliche Vorzüge gegenüber der Ursprungsfassung des Bundesvorstandes. Hier ist - das ist richtig - vieles von dem eingeflossen, was in Einzelanträgen angeklungen ist. Aber das ganze Ding hat immer noch einen Dollpunkt - wie sollte es anders sein. Der betrifft die berufliche Grundbildung.

Herr Kultusminister Dr. Remmers hat heute morgen im Forum I unter großem Beifall aller Anwesenden darauf abgehoben, daß wir uns nicht zum Kulturföderalismus, und damit zur Verantwortlichkeit in den einzelnen Ländern bekennen können, ohne hinzunehmen, daß das keinen Einheitsbrei bedeuten darf, sondern eben auch die Anerkennung von Unterschieden von Land zu Land.

Dann müssen wir feststellen, daß es ein Faktum ist, daß sowohl in CDU-regierten Ländern als auch in anderen diese beiden Einrichtungen - das Berufsgrundbildungsjahr in der einen oder in der anderen Form - gleichwertig nebeneinanderstehen.

Mir scheint die Junge Union mit ihrem Antrag D 138 den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben. Sie hat dies so konzipiert. Was jetzt mit dem Initiativantrag D 184 versucht wird, ist, diesen Gedanken noch einmal zum Tragen zu bringen.

Die von der Antragskommission vorgelegte Formulierung zum Initiativantrag D 184 hilft dem Übel nicht ab.

Ich wünschte mir, daß der Antrag der Jungen Union in der Vorlage der Antragskommission Berücksichtigung gefunden hätte. Geschieht das nicht, werden wir dort, wo den jungen Menschen keine Alternative zur Verfügung steht, denjenigen negativ qualifizieren, der, nach unserem Urteil, das Berufsgrundbildungsjahr der Klasse zwei und nicht der ersten Klasse besucht.

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Herr Reul.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf noch einmal herzlich darum bitten, die drei Minuten nicht auszunutzen; denn es gibt noch zahlreiche Wortmeldungen.

Herbert Reul: Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit und, obwohl es schon so spät ist, auch darum, dem Vorschlag der Antragskommission nicht zuzustimmen, sondern diesen Vorschlag abzulehnen. Im übrigen scheint mir auch das Verfahren durchaus interessant zu sein. So wurden z.B. Änderungsanträge des Kreisverbandes Rheinisch-Bergischer-Kreis, in denen auf Probleme hingewiesen wurde, von der Antragskommission abgeschmettert. Wenn aber kurzfristig Initiativanträge zum selben Thema gestellt wurden, wurde ihre Berücksichtigung zumindest erwogen; sie wurden aber auch nicht ernsthaft zur Annahme empfohlen. Ich kann hier nur dem zustimmen, was Herr Kiel gerade vorgetragen hat. Es muß hier in diesem Punkt deutlich werden, daß von der Union die Alternativmöglichkeit, die offene Wahlmöglichkeit zwischen rein schulischen Formen des Berufsgrundbildungsjahres und kooperativen Formen des Grundbildungsjahres für die Schüler eröffnet werden soll. Wir haben in allen Bereichen als CDU immer deutlich gemacht, daß wir hier Alternativen, Offenheit, Wahlmöglichkeiten einräumen wollen, daß wir also nicht wie die SPD eine einseitige Festlegung auf eine dieser beiden Formen wollen. Deswegen bitte ich Sie dringend, dem Vorschlag der Antragskommission nicht zuzustimmen, sondern stattdessen den Änderungsanträgen aus dem Rheinisch-Bergischen-Kreis, von der Jungen Union und vom Landesverband Niedersachsen, die dasselbe meinen, zuzustimmen. Ich möchte für den Rheinisch-Bergischen-Kreis das unterstützen, was Herr Kiel gesagt hat. Bei der Formulierung sollte der Antrag der Jungen Union zugrunde gelegt werden.

(Beifall)

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Frau Dr. Wilms das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich sehr ausführlich mit dem Initiativantrag D 184 von Herrn Remmers und anderen befaßt. Nehmen Sie ihn bitte einmal zur Hand. Wir machen Ihnen einen Vorschlag, der, glaube ich, sowohl den Intentionen des Bundesvorstandes wie den Intentionen von Niedersachsen, der Jungen Union und anderen sehr nahekommmt. Wir schlagen Ihnen vor, zur Frage des Berufsgrundbildungsjahres folgende Formulierung anzunehmen:

Das Berufsgrundbildungsjahr in Schule und Betrieb (sog. "kooperatives Grundbildungsjahr") ist dem schulischen Berufsgrundbildungsjahr dort vorzuziehen, wo die organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen dafür vorliegen.

Dieses ist eine Formulierung, die auch den Gegebenheiten von heute und von morgen angesichts der Arbeitsmarktsituation, der Ausbildungssituation und der finanziellen Situation in Schule und Betrieb gerecht wird. Ich bitte, auch einmal den Realitäten ins Auge zu blicken und nicht nur Utopien - auch in finanzieller Hinsicht -

nachzujagen. Ich bitte, diesem Vorschlag der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Ich stelle damit den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? - Mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe die Ziffer 62 auf. Dazu gehören die Anträge D 2 (zu Ziffer 54 a), D 10 (zu Ziffer 54 a), D 11 (Ziffer 7), D 139 bis D 146 sowie D 182. Als erster hat Herr Pott das Wort.

Peter Pott: Guten Morgen, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit)

Lassen Sie mich für die Junge Union ganz kurz Stellung nehmen. Ich möchte das, was wir im Hinblick auf die gymnasiale Oberstufe wollen, ganz klar vorweg sagen. Die Junge Union möchte - dies wird, glaube ich, auch von dem getragen, was sehr viele Schüler möchten - ein Bekenntnis der Union zur gymnasialen Oberstufe, zur Reform, so wie sie jetzt ist. Zur Begründung sei dies gesagt. Die gymnasiale Oberstufe ist in den Bundesländern zwar schon seit längerer Zeit eingeführt, aber doch in zu großer Unterschiedlichkeit, um jetzt letztendlich ein genaues Urteil über die gymnasiale Oberstufe fällen zu können. Deshalb treten wir für das ein, was im Kommissionsbericht unter Frau Dr. Laurien und Herrn Pfeifer entwickelt worden ist. Dort steht der Satz:

Die Einführung der reformierten Oberstufe hat sich im ganzen bewährt. Die Schulen haben bei der Durchführung dieser Reform eine wertvolle und zusätzliche Arbeit geleistet. Allerdings sind Korrekturen notwendig, um erkennbare Mängel zu beheben.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir in der Aussage des Papiere - dies ist die Intention unseres Antrages - wieder zu einer solchen Formulierung zurückfänden. Ich möchte Sie recht herzlich dazu aufrufen, dazu Ihren Beitrag zu leisten.

Noch kurz eine letzte Bemerkung. Wir haben in den vergangenen Tagen immer wieder das mangelnde Geschichtsbewußtsein vieler junger Bürger beklagt. Wenn man aber für mehr Geschichte in der Schule eintritt, müßte es auch, wie ich meine, ein Akt der Redlichkeit der Union sein, endlich zu ermöglichen, daß ein Schüler beispielsweise Deutsch und Geschichte als Leistungskurs wählen kann, was er in vielen Bundesländern bis jetzt nicht konnte. Ich glaube, das wäre ein echter und richtiger Beitrag im Hinblick auf Wertvermittlung, auf Geschichtsvermittlung für die junge Generation.

(Beifall)

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Für die Antragskommission erteile ich Frau Dr. Wilms das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein verehrter Vorredner hat leider überhaupt nicht auf irgendeinen Antrag Bezug genommen, sondern nur auf einen Kommissionsbericht, der jetzt hier in der Verhandlung - leider, so füge ich hinzu, da ich an seiner Erarbeitung mitgewirkt habe - keine Rolle mehr spielt. Insofern kann ich seinem Petikum nicht stattgeben. Ich möchte für die Fassung der Antragskommission plädieren, zumal wir meinen, verehrter Herr Vorredner Pott, daß Ihrem Anliegen, daß man bei der reformierten Oberstufe im Prinzip bleiben sollte, aber bestimmte Korrekturen vornehmen sollte, durch diese Fassung Rechnung getragen wird.

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Wilms! Ich stelle den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 63 auf. Dazu gehören die Anträge D 7 (zu Ziffer 60 a), D 12 (Ziffer 7), D 27, D 48, D 147 bis 149, D 151 und 152. - Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Antragskommission verzichtet auf eine Stellungnahme.

Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 64 auf. Dazu hat Frau Knipper, Hamburg, das Wort.

Frau Ingeborg Knipper: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben eben die Ziffer 50 angenommen, in der es um die Struktur des Schulwesens geht. In dieser Ziffer 50 wird auch eine Aussage zur Gesamtschule gemacht. Ich meine, man kann diese Aussage so zusammenfassen, daß wir die Gesamtschule zwar nicht propagieren, daß wir sie jedoch dort, wo sie existiert, akzeptieren. Zu dieser Ziffer 50 paßt, wie ich meine, nun das nicht mehr, was hier im zweiten Abschnitt zur Lehrerausbildung gesagt wird. Dort heißt es nämlich, daß die Lehrerausbildung so gestaltet sein muß, daß sie dem gegliederten Schulwesen entspricht.

Ich möchte sehr herzlich darum bitten, diesen Satz zu ändern und wie folgt zu formulieren:

Die Lehrerausbildung muß so gestaltet sein, daß den unterschiedlichen Aufgaben durch unterschiedliche Vorbereitung entsprochen werden kann.

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Knipper. Für die Antragskommission hat Frau Dr. Wilms das Wort.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muß meiner Vorrednerin leider widersprechen. Wir haben nämlich eben die Ziffer 50 in der ganz klaren Intention angenommen, daß eine Gesamtschule auch dort, wo sie existiert und wir sie quasi tolerieren, in ihrem ganzen Aufbau und in ihren Abschlüssen dem gegliederten Schulwesen zu entsprechen hat. Insofern ist dieser Passus über die Lehrerausbildung sehr wohl richtig. Ich bitte Sie herzlich, diesem Text und der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Wilms. Ich stelle den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ihm die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme? - Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe die Ziffer 65 auf. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich stelle Ziffer 65 zur Abstimmung. Wer der Ziffer 65 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 66 auf. Hierzu hat sich Herr Wulff zu Wort gemeldet. Ich erteile Herrn Wulff das Wort.

– Herr Wulff verzichtet. Dann Herr Reul, bitte.

Herbert Reul, Leichlingen: Ich darf Sie noch einmal kurz bitten, bei Ziffer 66 zwei Änderungen zu berücksichtigen, die in den Änderungsanträgen D 165 des Rheinisch-Bergischen Kreises und D 166 der Jungen Union enthalten sind.

Erstens. Im ersten Satz müßte deutlich werden, daß Schule und Lehrer nicht nur Eltern und dem Staat gegenüber verantwortlich sind, sondern daß auch der Schüler in der Schule eine ganz wichtige Rolle spielt, daß im Mittelpunkt schulischen Tuns auch der Schüler stehen muß. Dann muß der Schüler als Tatbestand hier als dritte Größe aufgeführt werden. Daher die dringende Bitte, den Schüler hier einzubeziehen und dem Antrag der Jungen Union zu folgen.

Zweitens wird hier von dem pädagogischen Freiraum für den Lehrer gesprochen. Das ist eine ganz wichtige Sache, die ich begrüße. Ich halte es auch für richtig, daß das für alle Lehrer gilt. Nur, wenn dann in dem Text der Antragskommission von qualifizierten Lehrern gesprochen wird, dann ist das eine Scheinheiligkeit. Ich kann doch nicht den Anspruch erheben, daß nur qualifizierte Lehrer pädagogischen Freiraum haben sollen. Das würde ja bedeuten, daß man irgendwelche staatlichen Kontrollmechanismen oder Prüfungsverfahren eintreten lassen muß, um festzustellen, wer qualifiziert ist, wer also den pädagogischen Freiraum kriegt. Vielleicht kann man zu diesem Zweck auch einen Erlaß machen, der regelt, unter welchen Bedingungen wer in der Lage ist und qualifiziert ist, die pädagogische Freiheit des Lehrers in Anspruch zu nehmen.

Ich bitte die Antragskommission also dringend, den Begriff "qualifizierte" in diesem Zusammenhang zu streichen.

(Beifall)

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Danke schön. Für die Antragskommission spricht Frau Dr. Wilms.

Frau Dr. Dorothee Wilms, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch für den Text der Antragskommission plädieren, weil ich meine, es ist richtig, wenn wir sagen: Lehrer sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gleichermaßen den Eltern wie der staatlichen Gemeinschaft verantwortlich; denn

das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler ist ein anderes, es hat eine andere Qualität und eine andere Ebene. Wir können es hier nicht hineinnehmen und etwa mit Eltern und staatlicher Gemeinschaft gleichstellen. Dies würde zu einer Verwirrung beitragen. Man müßte hier eine völlig andere Formulierung bringen. Aber, ich glaube, dafür reicht heute abend die Zeit nicht mehr. In diesen Satz kann man es unserer Meinung nach nicht hineinbringen.

Dann zu Ihrem Monitum, das nur qualifizierte Lehrer den pädagogischen Freiraum haben sollen. Hier ist doch wohl gemeint – das erscheint auch einleuchtend –, daß der ausgebildete, sozusagen fertige Lehrer den pädagogischen Freiraum hat und daß man hier wirklich die Qualität des Lehrers mit dem pädagogischen Freiraum in eine enge Beziehung setzt. Dies scheint uns unbedingt notwendig zu sein.

Wir meinen, daß wir bei dem Text bleiben sollten.

Frau Margarete Versteegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Wilms.

Ich stelle den Vorschlag der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ihm zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen wird dem Vorschlag der Antragskommission gefolgt.

Zu Ziffer 67 liegen keine Wortmeldungen vor. Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 68 auf und erteile Herrn Weberling das Wort.

Johannes Weberling, Bonn: Meine Damen und Herren! Zu Antrag D 170, der jetzt Beratungsgrundlage ist, schlägt der RCDS mit Unterstützung von vielen Delegierten des Parteitages einen kleinen Zusatz vor. Nach dem Satz "Deshalb ist es wichtig, daß dem Studenten genügend Freiraum zu eigenverantwortlichem Handeln in der Hochschule zur Verfügung steht." wollen wir den Satz eingeschoben haben: "Dazu dienen insbesondere auch die Organe der verfaßten Studentenschaft."

Ich möchte unseren Wunsch zu dieser Einfügung kurz begründen. Es ist notwendig, daß man in der Ausbildung zum mündigen Staatsbürger herangezogen wird. Dazu dient in der Schule die Schülermitverwaltung. Das steht erfreulicherweise in dem Antrag drin. An den Hochschulen gibt es dafür die verfaßte Studentenschaft. Das steht noch nicht drin, wir hätten es aber gern drin. Man kann darüber reden – ich weiß das durchaus –, daß die verfaßte Studentenschaft hier und da mißbraucht wird. Allerdings kann man diesen Mißbrauch verhindern, indem man z.B. für eine sinnvolle Rechtsaufsicht oder eine Finanzaufsicht sorgt. Falls diese Aufsicht nicht klappt, dann gibt es auch noch eine Möglichkeit. Aber der Grundsatz der verfaßten Studentenschaft ist dadurch nicht irgendwie angetastet. Der Mißbrauch rechtfertigt die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft in einigen Ländern nicht.

Ich möchte dazu eine kleine Geschichte erzählen.

(Unruhe)

In Baden-Württemberg gibt es eine Hochschulstadt: Mannheim. In Mannheim ist vor kurzer Zeit ein Asta gewählt worden. Dort gab es neun Wahlgänge. Dann wurde gelost; das steht im Gesetz. Jetzt hat der RCDS die erfreuliche Aufgabe, zusammen mit Kommunisten im Asta zu sitzen. Ich möchte freundlichst darauf hinweisen: Wenn Sie das wollen, dann stimmen Sie der Empfehlung der Antragskommission zu. Wenn Sie das nicht wollen, dann muß ich Ihnen eine zweite Geschichte erzählen. Gucken Sie einmal nach Berlin. Sehen Sie sich die dortige Regierung, die Führungsspitze an. Da sehe ich Leute wie Diepgen, wie Lummer, wie Wohlrabe. Das sind alles Leute, die aus der verfaßten Studentenschaft herausgegangen sind.

Meine Damen und Herren, deshalb bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag des RCDS.

(Beifall)

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Köppinger.

Dr. Peter Hubert Köppinger, Königswinter: Liebe Parteifreunde! Ich bin nicht Mitglied des RCDS und bin schon viele Jahre weg von der Universität. Trotzdem möchte ich einige Worte hierzu sagen.

Ich möchte Sie ganz herzlich bitten, dem Initiativantrag des RCDS D 187 zuzustimmen, und zwar aus zwei Gründen.

Erstens. Die verfaßte Studentenschaft ist ein eingeführtes Organ der Selbstverwaltung, genauer gesagt: Sie entspricht gerade dem, was wir fordern, nämlich dem Subsidiaritätsprinzip. Wir können doch nicht auf einer Tagung das Subsidiaritätsprinzip, in den Mittelpunkt stellen und, ohne daß wir eine Alternative zu bieten hätten, einen solchen Antrag zur Nutzung der verfaßten Studentenschaft als eines solchen Selbstverwaltungsorgans ablehnen.

Zweitens. Es hat sich gezeigt, daß der RCDS dort, wo er ernsthaft und ohne Konkurrenz aus dem eigenen Lager antritt, gute Chancen hat, zusammen mit anderen demokratischen Organisationen Mehrheiten zu bekommen. Wenn wir hier durch die Ablehnung eines solchen Initiativantrags zeigen, daß wir letztlich die Abschaffung der studentischen Selbstverwaltung befürworten, dann werden wir dem RCDS und auch der Union an den Hochschulen sehr schaden.

Ich bitte Sie daher herzlich, diesem Initiativantrag zuzustimmen.

Frau Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Danke schön. Ich erteile das Wort Herrn Dr. Scheuer.

Dr. Gerhart Scheuer, Schriesheim: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte ganz kurz gegen diesen Antrag sprechen.

Es gibt in Baden-Württemberg nicht nur die eine Hochschulstadt Mannheim. Es gibt mindestens 20 Hochschulstädte, davon neun Universitätsstädte. Wir haben festgestellt, daß der Mißbrauch, der eben genannt wurde, nicht da und dort aufgetreten ist. Ich bin der Sache einmal nachgegangen. Wir haben festgestellt, daß überall da, wo

der RCDS nicht die Führung des Asta hat – das ist in verhältnismäßig wenigen Fällen so -, die studentischen Gelder mißbraucht worden sind. Das war nicht nur dann und wann so, sondern regelmäßig; Jahr für Jahr wurde Mißbrauch mit diesem Recht der verfaßten Studentenschaft getrieben.

Meine Damen und Herren, es ist nicht eine Frage der Mitbestimmung an der Universität. Denn mitbestimmt wird dort, wo die Entscheidungen fallen. Das sind die Gremien der Universität: Verwaltungsrat, Senat, großer Senat. Dort sind die Studenten vertreten. Das hat mit dieser Frage gar nichts zu tun.

Es ist auch keine Frage des Tragens von Verantwortung, wie hier gesagt wurde, des Einübens von staatsbürgerlicher Verantwortung. Denn in dem Studentenparlament, dem Organ der verfaßten Studentenschaft, fallen die Beschlüsse immer als die Addition aller Wünsche. Und man muß nicht verantworten, was da gefordert wird. Andere müssen es bezahlen. Das haben wir in all den Jahren festgestellt.

Es ist auch nicht eine Frage der politischen Freiheit, sondern hier wird dem Studenten vom Gesetz ein politischer Vormund vor die Nase gesetzt, der mit seinem Geld für ihn Politik macht.

Es wurde die Vorstellung geäußert, man könne durch Rechtsaufsicht das politische Mandat, das durch das Gesetz nicht gegeben wird, sich aber angemäßt wird, verhindern. Das haben wir viele Jahre versucht. Mir haben Direktoren berichtet, mit welchen Schwierigkeiten da zu kämpfen war.

Immer neue Prozesse! Meine Damen und Herren, wenn Sie das wieder haben wollen, dann folgen Sie diesem Antrag.

Ich darf Sie noch an eines erinnern. Wie es im VDS aussieht, davon hat der RCDS doch eine ganze Menge feststellen können. Dieser VDS, wie er heute aussieht, ist das Ergebnis der verfaßten Studentenschaft in den deutschen Hochschulen. Wollen Sie das noch einmal unterstützen?

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie: Folgen Sie der Empfehlung der Antragskommission, und lehnen Sie diesen Initiativantrag ab!

Margarete Versteegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Die letzte Wortmeldung ist von Herrn Lemper; ich erteile ihm das Wort.

Lothar Lemper: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich Sie noch aufhalte. Ich habe mir hier auch schon die Rüge der Kultusminister zugezogen. Dennoch möchte ich den Antrag des RCDS unterstützen.

(Beifall)

Ich möchte das vor allen Dingen auch deshalb tun, weil es nicht angeht, daß wir hier die Aufgabe des RCDS verbal umschreiben, ihm dann aber die Strukturen, in denen er wirken kann, wegnehmen.

Wenn mein Vorredner gesagt hat, daß die verfaßte Studentenschaft im Hinblick auf die von ihr wahrzunehmenden Aufgaben ihre Kompetenz überschreitet, dann hat er

damit seinen Wissenschaftsminister im Lande Baden-Württemberg kritisiert, der dann die verfaßte Studentenschaft offensichtlich nicht hinreichend kontrolliert hat. Nur aus der Tatsache, daß die verfaßte Studentenschaft im Einzelfall ihre Kompetenz überschreitet, die Schlußfolgerung zu ziehen, man müsse sie jetzt ganz abschaffen, das ist nach meinem Dafürhalten eine auch die Struktur der Hochschule und die besondere Funktion der Studentenschaft in der Hochschule berührende Sache.

Die Inanspruchnahme des politischen Mandates ist natürlich im Hinblick auf die verfaßte Studentenschaft nicht möglich. Das sollten wir in aller Deutlichkeit sagen. Ich kann nicht auf der einen Seite das Recht einer körperschaftlichen Organisation für mich beanspruchen und auf der anderen Seite gleichzeitig auch das politische Mandat. Das geht natürlich nicht. Wenn wir den Antrag des RCDS unterstützen, bitte ich allerdings, ausdrücklich in den Antrag hineinzuschreiben, daß das politische Mandat nicht möglich ist.

Ansonsten, meine Damen und Herren, sollten wir aus der Tatsache gewisser Fehlleitungen und der Tatsache, daß der RCDS nicht überall vertreten ist, nicht die Schlußfolgerung ziehen, wir müßten das Ding jetzt abschaffen. Dann kommen Sie zu einer völlig anderen und nach meinem Dafürhalten nicht mehr kontrollierbaren Politisierung der Hochschule, und das wollen wir sicherlich auch nicht.

Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lemper. — Inzwischen ist noch eine Wortmeldung eingegangen. Ich erteile Herrn Mayer-Vorfelder das Wort.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Es nimmt mich wunder, wie hier argumentiert wird. Wenn wir hier immer für die Freiheit, auch für die Freiheit der Entscheidung des einzelnen eintreten, wende ich mich doch mit Entschiedenheit dagegen, daß mit Zwangsmitgliedschaft und Zwangsabgaben etwas finanziert wird, was den Mißbrauch geradezu herausfordert. Es widerspricht unserem Gedanken der Wahrung der freiheitlichen Entscheidung, mit Zwangsmitgliedschaften zu arbeiten.

(Beifall)

Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank. — Das Wort für die Antragskommission hat Herr Pfeifer.

Anton Pfeifer, Antragskommission: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die Antragskommission vorschlagen, in die Ziffer 68 folgenden Satz einzufügen:

Dazu müssen auch die Organe der verfaßten Studentenschaften dienen.

Dies besagt natürlich: in den Ländern, in denen verfaßte Studentenschaften bestehen. Ich möchte darum bitten, uns für heute auf eine solche Formulierung zu verständigen und jetzt nicht sozusagen über die Frage abzustimmen: verfaßte Studentenschaften in allen Ländern, ja oder nein. Ich bin der Meinung, man kann diese Frage gar nicht definitiv entscheiden, ohne beispielsweise auch das Problem der Auswirkungen der Gruppenuniversität zu diskutieren. Auch bin ich der Meinung, daß das, was Herr Mayer-Vorfelder angesprochen hat, nämlich das Thema Zwangsmitglied-

schaft und Zwangsbeitrag, dann hier ebenfalls im Detail ausdiskutiert werden sollte, ebenso die innere Ausgestaltung einer solchen Körperschaft des Öffentlichen Rechts.

Ich meine deshalb, daß eine Formulierung, wie sie die Antragskommission hier vorgeschlagen hat, für die Länder, in denen wir die verfaßte Studentenschaft – auch mit Zustimmung der CDU in den Landtagen – haben, gilt, daß das aber nicht besagt, daß die Länder, die aus Gründen, die sich auch sehen lassen können, einen anderen Weg gehen wollen, jetzt hieran gehindert werden. Das ist der Vorschlag, den die Antragskommission Ihnen machen möchte.

Margarete Verstegen, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Pfeifer.

Ich stelle jetzt den Antrag in der Fassung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mit großer Mehrheit angenommen.

(Beifall)

Ich rufe die Ziffer 69 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich darf diejenigen, die dem Antrag zustimmen, um das Kartenzeichen bitten. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 70 auf. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich stelle den Antrag zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf mich jetzt im Namen des Präsidiums bei Ihnen, die Sie bis jetzt ausgehalten haben, ganz herzlich bedanken, daß Sie hiergeblieben sind. Darüber hinaus darf ich Sie bitten, den Delegierten, die Sie unter Umständen noch im Hotel sehen, mitzuteilen, daß der Parteitag morgen pünktlich um 9.00 Uhr beginnt.

Ich schließe die heutige Sitzung des Parteitages und berufe ihn für heute pünktlich um 9.00 Uhr wieder ein. Ich weiß, daß Sie da sein werden. Sagen Sie es aber auch den anderen. Herzlichen Dank!

(Schluß: 1.07 Uhr)

Donnerstag, 5. November 1981

Dritter Verhandlungstag

Beginn: 9.05 Uhr

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich bin der Auffassung, wir sollten alle die belohnen, die pünktlich hier sind, und deshalb wollen wir jetzt anfangen.

(Beifall)

Ich eröffne die 4. Plenarsitzung unseres Parteitages und wünsche uns auch für diesen letzten Tag unseres Parteitages viel Erfolg. Ich darf zu Beginn unserer Verhandlungen, wie das auch gestern schon der Fall war, einige Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Wir haben die große Freude, daß wir heute unserem Freund Norbert Kuhr zur Vollendung des 40. Lebensjahres sehr herzlich gratulieren dürfen. Herzlichen Glückwunsch zum 40. Geburtstag.

(Beifall)

Ich beglückwünsche weiter zu seinem heutigen Geburtstag den Bundestagskollegen Dr. Herbert Czaja vom Landesverband Baden-Württemberg. Herzlichen Glückwunsch! Er kommt gerade in den Saal.

(Beifall)

Wir wünschen ihm für das neue Lebensjahr viel Glück und Erfolg.

Dann ist mir eben noch mitgeteilt worden, daß wir ein weiteres Geburtstagskind haben. Ich darf in Ihrer aller Namen sehr herzlich Frau Dr. Brigitte Jancke von der CDU Niedersachsen gratulieren. Auch ihr viel Glück im neuen Lebensjahr. Alles, alles Gute!

(Beifall)

Diesen Geburtstagskindern wird ebenfalls das in diesen Tagen erschienene Buch "Die CDU – Portrait einer Volkspartei" unseres Parteivorsitzenden Helmut Kohl überreicht werden. Ich nehme an, daß wir unseren Parteifreunden damit eine kleine Freude machen können.

Meine lieben Freunde, ich darf dann den **Punkt 12 der Tagesordnung** aufrufen:

Fortsetzung der Beratung und Verabschiedung des Leitantes des Bundesvorstandes

Wir werden uns heute morgen zunächst mit dem Kapitel "Unser Ziel: Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft" beschäftigen. Das ist die Thematik, die im Forum 3 unseres Parteitages behandelt wurde. Wir hören dazu zunächst den Bericht. Ich gebe das Wort unserem Freund Norbert Blüm zur Berichterstattung vom Forum 3 "Mit der Jugend für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht".

Dr. Norbert Blüm: Meine lieben Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Ich berichte aus dem Forum 3 "Mit der Jugend für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht", wobei ich meine Aufgabe nicht betrachte, hier als Protokollant aufzutreten. Ich wollte vielmehr einige Beobachtungen, Fragen, Stimmungen und Meinungen vom Forum ins Plenum transportieren.

Gesprochen haben über 40 Jugendliche. Unter diesen war rund ein Viertel Parteitagsdelegierte. Von den im Saal anwesenden Teilnehmern des Forums gehörte mindestens ein Drittel weder der CDU noch der Jungen Union noch dem RCDS noch der Schülerunion an. Soweit unsere sozusagen buchhalterischen Voraussetzungen des Forums.

Ich möchte drei Beobachtungen, möglicherweise ganz subjektiv, voranschicken:

Erstens. Es ist in diesen vier Stunden, in denen wir diskutiert haben, kein einziges Mal geschrien worden. Ich frage Sie und mich, meine Damen und Herren: Warum endet der Protest auf der Straße häufig im Geschrei, und warum sind gestern so gelassen auch höchst unterschiedliche, auch höchst unangenehme Meinungen diskutiert worden? Möglicherweise hängt das damit zusammen, daß die Delegierten des Parteitags wie die Jugendlichen zuhören konnten. Vielleicht gehört zu einer neuen politischen Kultur Zuhörenkönnen.

(Beifall)

Ich möchte den Delegierten dafür ausdrücklich meinen Dank, meine Anerkennung aussprechen. Dieser Parteitag hat sich als ein Parteitag gezeigt, der bereit war zuzuhören.

Die zweite Beobachtung. In all den Diskussionen ist kein einziges Mal das Bedürfnis nach der großen ideologischen Weiterklärung aufgetaucht. Auch das ist ein Unterschied zu dem Protest am Ende der 60er Jahre. Die großen Totalerklärer waren offenbar überhaupt nicht gefragt. Die Mehrzahl der jugendlichen Delegierten beschäftigte sich mit konkreten, mit ganz hautnahen Problemen. Das betrachte ich als einen Fortschritt, wobei ich hinzufüge, daß dies auch eine Gefahr beinhaltet, denn der Abschied von der Theorie kann auch in einer ganz privaten Weinerlichkeit enden.

Das Dritte. Zunehmende Bedeutung für die Bewertung politischer Parteien erhalten Stillfragen. Unsere programmatischen Bekenntnisse zur Liberalität und zur Toleranz werden an ihrer innerparteilichen Praxis gemessen. "An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", das könnte sozusagen der Maßstab sein, nach dem uns viele bewerten.

Es ist davon gesprochen worden, wie sich Aufsichtsräte in Wohnungsbaugesellschaften, die der CDU angehören, verhalten. Dies entscheidet möglicherweise über die Zustimmung zu unserer Wohnungsbaupolitik nicht weniger als große wohnungsbaupolitische Programme.

(Beifall)

Die Beispiele wurden fortgeführt aus allen Gremien und allen Verbänden.

Wie verhalten sich die Unionsparteien – auch das war eine Frage, über die ich fairerweise berichten muß – gegenüber Mitgliedern, die von der "Parteilinie" abweichen? Der Name Mechtersheimer ist in diesem Zusammenhang mehrmals erwähnt worden. Ich will ohne Bewertung sagen, die CDU/CSU muß wissen, daß eine große Zahl von Jugendlichen diesem Fall große Aufmerksamkeit schenkt und an seiner Entscheidung über unser Maß an Toleranz und Liberalität nachdenkt.

(Beifall)

Ein weiterer Punkt. Ämterhäufung und Machtverfälschung wurden als die häufigsten Methoden der Abschottung der Parteien gegenüber neuen Leuten und neuen Ideen genannt. Es sollte über Formen – das war ein Vorschlag, der mehrfach gemacht wurde – nachgedacht werden, wie in den Parteien das Delegationsprinzip zugunsten der Mitgliederentscheidung auch bei der Kandidatenaufstellung verwirklicht werden kann.

Worum ging es in unserem Arbeitskreis, in unserem Forum? Im Mittelpunkt sowohl des Referates von Herrn Professor Biedenkopf, wie der Diskussion stand das Subsidiaritätsprinzip. Ich zitiere aus dem Referat von Herrn Biedenkopf:

Die Gesellschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip gestalten heißt, sie dem Menschen als zur Verantwortung für sich und den nächsten berufenen Wesen gemäß zu gestalten.

Professor Biedenkopf hat sich in der Erläuterung und Erklärung des Subsidiaritätsprinzips auf die Natur des Menschen berufen, hat betont, daß das Subsidiaritätsprinzip der Natur des Menschen entspricht, und hat es als Gliederungsprinzip der Gesellschaft und des Staates beschrieben. Auf eine kurze Formel gebracht, heißt es: Vorfahrt für die jeweils kleinere Gemeinschaft.

In der Diskussion wurde eingewandt und auch akzeptiert, das "Subsidiarität" nie nur – gewissermaßen nackt und bloß – "Selbsthilfe" heißen kann, sondern auch "Hilfe zur Selbsthilfe" heißen muß, daß wir nicht die Welt in Fallgruben einteilen und die isolierten Gruppen in der Falle sitzenlassen können, sondern auch Leitern zur Verfügung stellen müssen, die man dann allerdings selbst benutzen muß, um herauszusteigen.

Mehrere Diskussionsteilnehmer verdeutlichten das Prinzip der Subsidiarität am Beispiel der Familie.

Der CDU wurde entgegengehalten, daß sie nicht immer der kleineren Einheit den Vorzug gegeben hätte, weder beim Schulbau noch bei Wohnungsbau noch bei den Verwaltungsreformen.

Es wurde bemängelt, der Leitantrag sage zur Jugendarbeit wenig aus, und die Jugendarbeit leide unter zunehmendem Entzug staatlicher Mittel.

(Vereinzelt Zustimmung)

Dem programmatischen CDU-Bekenntnis zu freien Trägern und Selbsthilfegruppen müsse die Praxis folgen. Die Praxis ist eingefordert worden, wobei eingestanden

wurde, daß das leichter gesagt als getan ist. Denn es gibt natürlich auch abschreckende Beispiele von Selbsthilfegruppen. Aber durch den Mißbrauch eines Prinzips wird ja das Prinzip nicht ungültig. Und Freiheit wie Spontanität haben es so an sich, daß sie weniger berechenbar sind. Der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, der jetzt amtierende Tagungspräsident, hat jedenfalls von seiten der Kommunalpolitischen Vereinigung ausdrücklich noch einmal die Förderung der freien Träger und der Selbsthilfegruppen unterstrichen.

Kontrovers ist das Thema "Hausbesetzungen" diskutiert worden.

Ich will nicht auf die vielen Einzelheiten eingehen, sondern die Stimmung vieler Jugendlicher – Angst, Sehnsucht, Erwartung – durch einen Diskussionsbeitrag wiedergeben, den ich wörtlich zitiere und der die Stimmung möglicherweise viel besser trifft als meine Interpretation. Eine junge Diskussionsteilnehmerin sagte:

Menschlich kann doch die Gesellschaft erst dann wieder sein, wenn der einzelne Mensch sich einem anderen zuwendet, wenn nicht ein anonymes bürokratisches System für womöglich die eigenen Eltern sorgt oder für den Bruder, sondern wenn die Familie wieder Mittelpunkt auch der Vorsorge wird Warum eigentlich entfernt man den Staat, wenn man ihn schon will und braucht, immer weiter von den Bürgern? Daß wir jungen Menschen ihn dann immer mehr nur als einen Kühlschrank, als ein feindseliges, kaltes, unmenschliches Gebilde ansehen, kann doch nicht verwunderlich sein. Viele Ältere schütteln den Kopf und empören sich, wenn wir von "Bullen" reden. Aber wer hat denn die Polizei weggeführt von den Bürgern, von jungen Menschen, daß sie zu einem Zerrbild geworden ist? Wo ist denn der Schutzmann an der Ecke, der die Leute kennt, zu dem die Kinder hinlaufen? Sie, die CDU, haben doch auch mitgewirkt, daß Jugendliche eine Prämie erhalten, wenn sie aus dem Elternhaus gehen, und dann gibt es auf einmal eine Wohnungsnot, weil die so BAföG-Prämierten am elterlichen Wohnort noch eine eigene Bude haben müssen. Wenn die Politik es also fördert, daß sich der junge Mensch an einfachsten Konflikten zu Hause durch Absondern, durch Zurückziehen in den Eigennutz entziehen kann, warum sollte er dann auf einmal Verantwortung übernehmen wollen?

(Zustimmung)

Ich habe dieses Zitat nur deshalb wiedergegeben, weil ich glaube, daß die junge Generation von uns nicht anpasserisches Reden nach dem Munde haben will, sondern von uns schon erwartet, auch gefordert zu werden.

Professor Biedenkopf hat die Entscheidung für das Subsidiaritätsprinzip mit der Erhard'schen Entscheidung für die Marktwirtschaft verglichen. Beide Entscheidungen gehen von einem Zutrauen zu den Betroffenen aus und von der Einsicht, daß der Staat und seine Zuteilungsbehörden es nicht besser wissen als die Bürger selber. Von diesem optimistischen Zutrauen muß eine christlich-demokratische Politik getragen werden.

Meine Damen und Herren, auch gestern in der Diskussion ist mir deutlich geworden, daß die Union mit dem Subsidiaritätsprinzip eine ungeheure Chance hat, der Sehnsucht und der Hoffnung auch der jungen Generation entgegenzukommen, einer

Sehnsucht und Hoffnung, die nicht durch die Anonymität von Großgebilden befriedigt wird, sondern sich an einem Leben in überschaubaren Gemeinschaften orientiert.

(Zustimmung)

Ich glaube, daß die großen kollektivistischen Ideen die Bedürfnisse nach Heimat, Nachbarschaft und Familie nicht befriedigen können, und daß deshalb die CDU offensiv eine große Chance hat, ihre Ideen auch in der jungen Generation zur Zustimmung zu bringen.

Das Subsidiaritätsprinzip ist eine Bedingung nicht nur der Menschlichkeit, sondern auch der Funktionalität. Die großen Massenorganisationen, auch der Staat, können nicht ohne Gliederung funktionieren. Wir brauchen auch eine Entlastung des Staates von vielen Konflikten; wir brauchen geradezu die Dezentralisierung der Konflikte.

Nun noch zwei kritische Anmerkungen und Anregungen. Zunächst: Die Partei möge es beim Gespräch mit der Jugend nicht mit einem Parteitag bewenden lassen, sondern in den Orts- und Kreisparteien sollte das Vorbild dieses Bundesparteitages nachgeahmt werden.

(Beifall)

Zum Zweiten: Das Thema "Jugend und Familie" sollte mit seiner Behandlung im Leit-antrag nicht sein Ende finden. Der Leitantrag kann nur als eine Etappe verstanden werden. Wir sollten gerade dem Thema "Familie" einen eigenen Kongreß widmen.

(Zustimmung)

Meinen Bericht möchte ich mit einer kritischen Rückfrage – auch an unsere jugendlichen Gäste – beenden. Ich glaube nicht, daß der Streit zwischen uns und vielen von ihnen – "die Jugend" gibt es ja nicht – um die Frage "Freiheit, ja oder nein?" geht. Freiheit wollen alle. Viel eher ist die Frage entscheidungsreif: welche Freiheit denn? Freiheit, nur das zu tun, was einem Spaß macht, eine Selbstverwirklichung nur in egoistischen Dimensionen, das kann nicht unsere Freiheit sein! Dies ist auch nicht die Freiheit, die Glück bringt, sondern sehr viel eher die, die zur Enttäuschung führt. Deshalb müßte es, glaube ich, unser Bemühen sein, Freiheit wieder in den Zusammenhang mit Bindung, mit Verantwortung zu bringen. Auch hier: Wo gäbe es eine bessere Trainingsstätte, Rücksicht nehmen, opfern, hüten und verzichten zu lernen, als die Familie? Deshalb glaube ich, daß sich das Schicksal der Freiheit auch am Schicksal der Familie entscheidet.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir danken Norbert Blüm für seinen Bericht aus dem Forum III und möchten allen, die dort mitgearbeitet haben, herzlich danken.

Ich rufe nunmehr das Kapitel "Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft" mit den dazu gehörenden Anträgen auf. Zunächst wollen wir

die allgemeinen Anträge zu diesem Kapitel behandeln. Das beginnt in dem Ihnen vorliegenden Antragsheft auf S. 137.

Ich möchte also, Ihr Einverständnis voraussetzend, jetzt die allgemeinen Anträge zu diesem gesamten Kapitel aufrufen.

Sie werden sich daran erinnern, daß wir gestern aus vorangegangenen Kapiteln einige Anträge diesem Kapitel überwiesen haben. Es handelt sich um die Anträge D 5, D 9, D 14, E 1 und E 3 bis E 7. Das ist alles auf den Seiten 137, 138 und 139 nachzulesen. Dort finden Sie auch die Empfehlungen der Antragskommission zu diesen Anträgen, den allgemeinen Anträgen zu diesem Kapitel.

Zu diesem Bereich hat sich Herr Georg Schäfer vom Landesverband Rheinland zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort. – Herr Schäfer ist leider nicht im Saal.

Wünscht die Antragskommission das Wort zu ihren Empfehlungen? – Das ist nicht der Fall.

Meine lieben Freunde, Sie sehen die umfangreiche Vorschlagsliste zu den Anträgen, die alle die Bezüge aufnimmt, die wir gestern diesem Kapitel zugewiesen haben. Ganz besonders möchte ich noch einmal auf den die Jugend betreffenden Abschnitt auf den Seiten 138 und 139 hinweisen, den wir gestern zur Behandlung hierhin überwiesen haben.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Empfehlungen der Antragskommission. Wer ihnen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer will dagegen stimmen? – Eine Gegenstimme. Wer will sich der Stimme enthalten? – Eine Enthaltung. Dann darf ich feststellen, daß die Empfehlungen der Antragskommission zu diesem Bereich bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen sind.

Dann rufe ich die Ziffer 71 auf. Dazu gehören die Anträge E 8 zur neuen Ziffer 78 a und E 9 bis E 12. Wortmeldungen zu dieser Ziffer liegen nicht vor.

Wünscht die Antragskommission noch einmal ihre Empfehlung zu begründen? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer möchte dagegen stimmen? – Keine Gegenstimme. Wer will sich der Stimme enthalten? – Auch keine Enthaltung. Dann ist die Empfehlung der Antragskommission hierzu einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 72 auf. Dazu gehören die Anträge E 13 bis E 15. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Wünscht die Antragskommission noch das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich das zur Abstimmung stellen. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! –

Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Auch die Empfehlungen zu dieser Ziffer sind einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 73 auf. Dazu gehören die Anträge E 16 bis E 18. Hierzu gibt es eine Wortmeldung von unserem Freund Wolfgang Vogt, Landesverband Rheinland. Ich erteile ihm das Wort.

Wolfgang Vogt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, nicht, wie es die Antragskommission empfiehlt, den Antrag E 16, sondern den Antrag E 18 anzunehmen. Zur Begründung möchte ich nur wenige Bemerkungen machen.

Aus dem Bericht, den Norbert Blüm vorhin gegeben hat, ist zu ersehen, daß auch in dem Forum III deutlich wurde, daß Größe kein Maßstab für Fortschritt ist. Die Lahnstadt oder das Aachener Klinikum hatten schon ausgedient und waren verworfen, bevor sie vollendet waren. Die kleinere Gemeinschaft, wofür das Sinnbild die Familie ist, ist das dem Menschen Gemäße. Deshalb sollten wir, wenn wir die subsidiäre Gesellschaft wollen, ganz ausdrücklich von der Familie sprechen.

Ich meine auch, daß es ein Widersinn sozialistischen, aber auch liberalistischen Denkens ist, wenn heute die Familie abgeschrieben wird und gleichzeitig andere Lebensformen, die an die Stelle der Familie treten sollen, vorgeschlagen werden. Viele suchen Hingabe, Zuneigung, Geborgenheit. Unsere Antwort auf diese Suche sollte die Aufwertung der Familie sein.

Ein Drittes. Tugenden, auf die eine menschliche Gesellschaft angewiesen ist, wie Toleranz, Rücksichtnahme und Ertragen des anderen, können in der kleineren Gemeinschaft erfahren und gelebt werden.

Deshalb sollten wir in dieser Ziffer den Text des Antrags E 16 durch den des Antrags E 18 ersetzen. Zwar steht in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung nichts Falsches und sehr viel Richtiges, doch kann der von der Antragskommission empfohlene Text durch Annahme des Antrags E 18 noch besser werden.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank unserem Freund Wolfgang Vogt. Weitere Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor. Dann gebe ich das Wort Herrn Dr. Jung als Sprecher der Antragskommission.

Dr. Franz-Josef Jung, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission – die übrigens heute nacht bis halb vier getagt hat –

(Beifall)

ist der Auffassung, daß das Anliegen, das die Sozialausschüsse mit in die Diskussion einbringen, in der von ihr empfohlenen Neuformulierung berücksichtigt ist. Wenn Sie sich nämlich die Neuformulierung auf Seite 141 im Übergang zu Seite 142 ansehen, dann werden Sie feststellen, daß hier genau die Frage der kleineren Einheiten mit einbezogen worden ist.

Zweitens ist das, was hier zum Bereich der Familie diskutiert wurde, in dem zur An-

nahme empfohlenen Text, und zwar bei den allgemeinen Anträgen, über die wir vorher abgestimmt haben, ebenfalls mit berücksichtigt.

Da also das Anliegen, das hier vorgetragen worden ist, in der veränderten Fassung der Vorlage mit berücksichtigt ist, empfiehlt Ihnen die Antragskommission diese zur Annahme. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Jung, für die Antragskommission. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle zunächst die Empfehlung der Antragskommission zur Abstimmung. Sie finden die Formulierung auf den Seiten 141 und 142 in der rechten Spalte. Wer dem zuzustimmen wünscht, was die Antragskommission vorschlägt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das Präsidium ist der Meinung, daß das erstere die Mehrheit war. Dann darf ich feststellen, daß die Empfehlung der Antragskommission angenommen ist. Ich will aber noch die Enthaltungen registrieren. Gibt es Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Die Empfehlung der Antragskommission ist also angenommen.

Ich rufe die Ziffer 74 auf. Dazu gehören die Anträge E 19 bis E 22. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich die Empfehlung der Antragskommission, wie sie ausgedrückt ist, zur Abstimmung. Wer Ziffer 74 in dieser Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann darf ich feststellen, daß dies einstimmig so beschlossen ist.

Ich rufe die Ziffer 75 auf. Dazu gehören die Anträge E 23 bis E 24. Der Antrag E 25 wurde zurückgezogen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht die Antragskommission noch das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich das zur Abstimmung. Wer der Antragstellung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Herzlichen Dank. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies einstimmig so angenommen.

Liebe Freunde, wir kommen dann zu Ziffer 76. Dazu gehören die Anträge E 26 und E 27. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht die Antragskommission zu sprechen? – Auch das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Ziffer 76 in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Keiner. Damit ist die Ziffer 76 angenommen.

Ich rufe Ziffer 77 auf. Dazu gehören die Anträge E 2, E 8, zur neuen Ziffer 72 B, und die Anträge E 28 und E 29. Bitte schlagen Sie jetzt Seite 143 in Ihrem Heft auf. Da sehen Sie die Formulierungen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht die Antragskommission zu sprechen? – Auch das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Ziffer 77 in der vorgeschlagenen Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – 1 Gegenstimme. Enthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist die Ziffer 77 angenommen.

Ich rufe Ziffer 78 auf. Dazu gehören die Anträge E 30 bis E 32. Die Formulierungen finden Sie auf Seite 144 des Antragsheftes. Es gibt keine Wortmeldungen. Auch die Antragskommission beabsichtigt nicht, dazu Stellung zu nehmen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Ziffer 78 in der vorgeschlagenen Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Offenbar keiner. Damit ist die Ziffer 78 einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zu Ziffer 79. Dazu gehört der Antrag E 33. Sie finden die Formulierung auf Seite 144. Es gibt keine Wortmeldungen. Auch die Antragskommission will nicht sprechen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Ziffer 79 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Auch keiner. Damit ist die Ziffer 79 einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 80 auf. Dazu gehören die Anträge E 34 bis E 36. Sie finden die Formulierung auf Seite 144.

Bitte, Herr Warnke.

Rudolf Warnke: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestern wurde der Antrag der Jungen Union auf ein eigenständiges Jugendkapitel abgelehnt. Wir wollen dabei anerkennen, daß sich die Antragskommission der großartigen Arbeit unterzogen hat – wir sehen das auf den Seiten 138 und 139 –, einen eigenen Abschnitt zur Jugendarbeit und zur Jugendpolitik einzufügen. Da Jugendarbeit für uns auf dem Parteitag von zentraler Bedeutung ist, möchten wir hier noch einmal den Antrag einbringen, daß ein eigener Punkt F auf den Seiten 138/139 eingefügt wird, daß Jugendarbeit für die Union eigenständiger Bildungs- und Sozialisationsbereich ist, der die gegenwärtige pädagogische Akzentsetzung enthält, wie wir als Union den Jugendverbänden entgegnetreten wollen, welchen Sinn wir in der Jugendarbeit in unserer Zeit sehen wollen. Den Antrag haben wir von den Seiten 20 I 1 und 22 IV 1 zusammengestellt, wo wir uns dankenswerterweise mit der Antragskommission haben einigen können.

Insofern wären wir als Junge Union damit zufrieden, daß die Antragskommission und die Parteileitung ihren Akzent mit uns auf die Jugendarbeit setzen wollen. Wir wollen als Junge Union gemeinsam mit der Partei, gemeinsam mit dem Bundesfachausschuß Jugend weiter an der Jugendpolitik arbeiten. Ich glaube, dann geht es mit der jugendpolitischen Diskussion voran, und hier wird ein wesentlicher Ansatz gelegt.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Ich möchte Sie noch einmal fragen, welche Formulierung Sie an welche Stelle gesetzt haben möchten. – Die Antragskommission nimmt dazu Stellung.

Dr. Franz-Josef Jung, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem wir bereits gestern abend diese Diskussion geführt haben, ist die Antragskommission der Auffassung, wie Sie das auch in der Vorlage sehen, daß hier ein neuer Abschnitt über die Jugendarbeit in das Kapitel E eingefügt werden sollte. Wir sind der Meinung, daß dieser Zusatz, der jetzt auf Seite 20 unten unter der Überschrift "Jugendarbeit in der modernen Gesellschaft" steht, daß die Ziffer 1 nun als neue Ziffer F in den Antrag eingefügt werden sollte, was die Antragskommission hier bereits in der veränderten Fassung vorgeschlagen hat. Es geht also darum, die Ziffer F auf Seite 139 in der geänderten Vorlage der Antragskommission zu ergänzen. Wir meinen, daß damit dem Anliegen, hier auch die Jugendarbeit und die Freizeitarbeit mit anzusprechen, Genüge getan ist. Wir haben gestern ebenfalls beschlossen, im Bereich des Bundesausschusses noch die Detailfragen, nämlich die Fragen der detaillierten Ausgestaltung des Antrags A 7 der Jungen Union zu erörtern und zu diskutieren und hiermit ebenfalls die Zukunftskommission zu beauftragen. Deshalb schlägt die Antragskommission Ihnen vor, diesen neuen Abschnitt mit dem Bereich von Seite 20 mit einer Ziffer F zu ergänzen. Damit wäre dem Anliegen Rechnung getragen, und die anderen detaillierten Erörterungen würden im Bundesausschuß und im Bereich der Zukunftskommission vorgenommen werden. Ich bitte insofern um Zustimmung für die Antragskommission.

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Diese Ziffer F soll also die gleiche Formulierung wie 1. auf Seite 20 haben. Ist jetzt klar, was vorgeschlagen worden ist? –

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Antragskommission, der sich in diesem Teil mit dem Antrag des Petenten deckt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Keiner. Wer enthält sich der Stimme? – Auch keiner. Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir müssen jetzt noch über den Punkt 80 abstimmen; denn es ging jetzt um eine Einfügung nach Ziffer 79. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Punkt 80 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – 1 Gegenstimme. Wer enthält sich? – Keiner. Damit ist der Punkt 80 angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 81. Dazu gehören die Anträge E 37 und E 38. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission auf Seite 145. Es gibt keine Wortmeldungen. Auch die Antragskommission will nicht mehr sprechen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Ziffer 81 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Eine Gegenstimme. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die Ziffer 81 angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 82. Dazu gehören die Anträge E 39 und E 40 auf Seite 146 der Antragsbroschüre.

Hier hat sich Frau Bertram-Mayer zu Wort gemeldet.

Christine Bertram-Mayer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt hier die Annahme der Formulierung des Bundesvorstandes. Leider, so glaube ich, meine Damen und Herren, spricht aus dem letzten Satz der Formulierung, der ja auch der letzte Satz des gesamten Leitantrages ist, zu wenig Vertrauen in die Fähigkeit der jungen Generation, ihre Zukunft zu meistern. Nachdem wir lange mit der Jugend hier diskutiert haben, sollte man nicht im letzten Satz eines Leitantrages mit Worten belegen, daß man fürchtet, sie könne resignieren oder flüchten.

(Beifall)

Deshalb wünscht sich der Kreisverband Bonn hier eine positivere, eine zukunftsweisende Formulierung. Wir wollen, daß dieser Antrag mit Zuversicht und Hoffnung endet, so, wie auch der Generalsekretär es bei seiner Einbringung des Leitantrages formuliert hat. Ich möchte die letzten Sätze des Herrn Generalsekretärs nochmals zitieren; er sagte:

Deshalb sollten von hier auf heute eine Zuversicht, eine neuer Glaube und ein neuer Wille zur Tat ausgehen. Wir, die CDU, lassen uns von jungen Menschen herausfordern, und wir fordern sie heraus. Kauert nicht in den bequemen Nischen des privaten Glücks und der Resignation, sondern kommt und arbeitet mit am Aufbau einer besseren Welt.

Ein solcher positiver Aufruf an die Jugend, glaube ich, sollte auch unseren Leitantrag beschließen. Der Kreisverband Bonn schlägt in dem Antrag E 40 eine solche Formulierung vor. Ich bitte Sie, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Wer möchte für die Antragskommission sprechen? – Bitte, Frau Karwatzki.

Irmgard Karwatzki, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission ist lernfähig und lernwillig. Wir haben uns überzeugen lassen und stimmen dem Antrag des Kreisverbandes Bonn zu. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir haben also jetzt einen gemeinsamen Antrag der Antragskommission und des Kreisverbandes Bonn. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der jetzt in Übereinstimmung vorgeschlagenen Fassung der Ziffer 82 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? –

Niemand. Wer enthält sich? —
Eine Enthaltung. Damit ist auch die Ziffer 82 erledigt.

Damit kommen wir zu einem anderen Kapitel unseres Leitantrages.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe den Abschnitt "Frieden und Freiheit sichern" auf. Das sind die Anträge unter B, beginnend auf Seite 30 Ihres Antragsbuches. Zu den allgemeinen Anträgen zu diesem Kapitel gehören die Anträge B 1 c, d und f, B 2 c, e, f, g, h, B 3 bis B 7, B 9 a, B 9 b und B 10.

Ich rufe die Ziffer 2 im Leitantrag mit den zugehörigen Anträgen auf. Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Martin, Rheinland-Pfalz vor. Herr Martin, ich darf Sie bitten.

Albrecht Martin: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben bei der Diskussion am gestrigen Tag zu diesem Thema wohl eines gemerkt: daß derjenige, der sich um Frieden und Freiheit müht und eine Partei, die diese beiden Ziele als die entscheidenden in den Mittelpunkt ihrer Politik setzen will, dabei Abschied nehmen von einem Denken gleichsam in einzelnen Fächern. Abschied nehmen von einem Denken in politischen Einzelaufgaben. Wir meinen, daß, wenn man zu diesen beiden entscheidenden Grundfragen Stellung bezieht, auch deutlich werden muß, daß hier der Bürger in seinem ganzen Engagement und seinem Verhältnis zu seinem Staat angesprochen werden muß, der mit der Rechtsordnung auch dessen eigene Rechte und Freiheiten sichert. Wir haben dann von einem Staat zu sprechen, dessen Aufgabe nicht in einzelne Ressorts aufzugliedern ist. Da, wo Frieden und Freiheit zur Diskussion stehen, sind heute für uns der innere und der äußere Frieden gefragt, die Rechtsordnung und ihr Schutz aber genauso wie unser Engagement für die Dritte Welt.

Der Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, der vor einiger Zeit – unter Mitwirkung des Landesvorstandes der Jungen Union Rheinland-Pfalz – einstimmig verabschiedet worden ist, versucht, die Frage nach Frieden und Freiheit in einer in sich geschlossenen Konzeption zu formulieren. Er liegt Ihnen als Alternativvorschlag zu den Ziffern 02 bis 05 und 08 und 09 des Leitantrages vor. Das heißt, meine Damen und Herren: Ich spreche hier nicht für diese oder jene Korrektur des Antrags der Antragskommission, sondern für die Ersetzung der von mir soeben genannten Ziffern der Fassung der Antragskommission durch den Antrag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz.

Sollte- was wir nicht hoffen – es Ihnen als unmöglich erscheinen, dieser Gesamtkonzeption zu folgen, so meinen wir, daß doch mindestens zwei Gesichtspunkte stärker in die Formulierungen eingefügt werden müßten. Wir halten es für dringend notwendig, deutlich zu machen, daß unser Eintreten für Frieden und Freiheit die entschlossene Auseinandersetzung mit allen totalitären Bewegungen in dieser Zeit zur Voraussetzung hat sowie das harte Abgrenzen gegenüber jedem Versuch, hier um eines lieben Friedens willen Dinge zu harmonisieren, die von ihrem Wesen her unsere klare Stellungnahme erfordern.

Deshalb unser ersatzweise vorgebrachter Antrag, dann wenigstens die Nr. 6 des Antrages des Landesverbandes Rheinland-Pfalz an den Beschlußantrag der Antragskommission zu Ziffer 02 anzufügen ebenso wie den ersten Spiegelstrich in Ziffer 10

des Antrages von Rheinland-Pfalz und schließlich die Ziffer 9 des Antrages von Rheinland-Pfalz an die Ziffer 09 der Fassung der Antragskommission anzuschließen.
– Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Martin. Das Wort hat Kurt Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu der Ziffer 2 zu Wort gemeldet, weil ich ebenso wie mein Herr Vorredner durch unsere Veranstaltung am gestrigen Nachmittag erneut eine Bestätigung dafür bekommen habe, daß wir vor zwei Aufgaben stehen: Einmal vor der Aufgabe, die unsere Politik in den letzten Jahren gekennzeichnet hat, durch das Streben nach einem vereinigten Europa und die Erhaltung sowie den Ausbau des Atlantischen Bündnisses unsere Freiheit und unseren Frieden zu verteidigen. Und damit zugleich die Grundlagen aufrechtzuerhalten, die uns in die Lage versetzen, eine der wichtigsten – wenn nicht überhaupt die wichtigste – Aufgaben unseres Landes eines Tages einzulösen: den Auftrag unserer Verfassung zur Wiedervereinigung. Aber sowohl die Rede unseres Freundes Richard von Weizsäcker wie vor allem auch die Diskussionsbeiträge der jungen Leute gestern nachmittag haben mir eines erneut deutlich gemacht, und mich – wenn ich das so persönlich sagen darf – auch in meiner eigenen Überzeugung bestätigt: daß die Grenzsituation, von der auch Richard von Weizsäcker gesprochen hat, eine Situation ist, die wir zu irgendeinem Zeitpunkt überwinden müssen. Die Überwindung dieser Grenzsituation ist unser politischer Auftrag.

Richard von Weizsäcker hat diese Situation noch einmal beschrieben. Man kann es nicht besser zusammenfassen, als er es in einem einzigen Absatz seiner Rede getan hat. Er hat – ich darf zitieren – gesagt:

Die gegenseitige Abschreckung sichert den Frieden, indem sie die Vernichtung dessen anzudrohen vermag, was sie schützen soll, nämlich Leben überhaupt. Wirksam ist die Abschreckung nur, wenn sie fähig ist, diese Drohung wahr zu machen. Aber ausführen kann sie die Drohung nur um den Preis der Selbstvernichtung.

Richard von Weizsäcker fährt dann mit dem Satz fort:

Innerlich verarbeitet und akzeptiert haben die meisten Menschen dieses paradoxe Denksystem nie.

(Vereinzelter Beifall)

Es ist meine Überzeugung, daß man es auch nie verarbeiten kann.

(Beifall)

Richard von Weizsäcker fährt fort – und das scheint mir der entscheidende Schlüssel für unsere Diskussion gerade mit der jüngeren Generation zu sein –, daß die Unfähigkeit, eine solche Situation zu verstehen, durch die Erfahrung ersetzt worden sei, daß sie den Frieden bewirke. Nun haben wir in anderen Zusammenhängen schon oft

festgestellt: man kann Erfahrungen, die man über einen längeren Zeitraum gemacht hat, nicht ohne weiteres auf die nächste Generation weitergeben. Vielmehr muß jede Generation ihre Erfahrungen neu sammeln. Wenn das aber so ist, dann ist zwar für uns, die Älteren, die diese Erfahrungen gemacht haben, die Erträglichkeit der Grenzsituation erklärbar, aber nicht für die Jüngeren.

Deshalb sind gestern nachmittag auch eine Fülle von Fragen gestellt worden, die ich nicht wiederholen will. Aber es sind Fragen, meine Freunde, die immerhin so weit gehen wie die: Werden die Amerikaner in den nächsten 30 Jahren eigentlich noch hier sein? Was rechtfertigt es eigentlich anzunehmen, daß unsere amerikanischen Verbündeten auch in den nächsten 20, 30 Jahren die Bereitschaft, ihre Städte zerstören zu lassen, als Beweis dafür anbieten werden, daß sie Europa verteidigen wollen? Und vieles mehr.

Ich bin der Auffassung, daß wir der Partei und ihrer Führung neben den Beschlüssen, die wir bei der Beratung des Kapitels 1 fassen werden, auch einen Auftrag geben müssen. Der Bundesvorstand hat beschlossen, sich am 14. Dezember 1981 mit diesen Fragen zu befassen. Im Zusammenhang mit diesen Fragen möchte ich drei Punkte vortragen. Ich glaube, daß wir zu ihnen eine Antwort brauchen, wenn wir in der Lage sein wollen, der jüngeren Generation, die wir gestern haben zu Wort kommen lassen, die Fortdauer des gegenwärtigen Systems plausibel zu machen.

Der erste Punkt: In den Diskussionsbeiträgen vorgestern, aber auch gestern ist die Sorge geäußert worden, die Frage nach einer dauerhaften Friedenslösung in Europa, jetzt gestellt, könnte bedeuten, daß wir das Atlantische Bündnis in Frage stellen. Ich möchte die Union davor warnen, sich durch dieses Argument von der Suche nach neuen Antworten abhalten zu lassen. Wir stellen nicht das gegenwärtige atlantische System in Frage, wenn wir darum ringen, eine dauerhafte Alternative zu finden, die uns weniger als die gegenwärtige Praxis, mit ihrer friedensstiftenden Erfahrung, in die Grenzsituation führt.

(Beifall)

Wir suchen nach Alternativen, aber damit stellen wir das, was ist, nicht in Frage.

Manfred Wörner hat uns in seiner eindrucksvollen Rede vorgestern vor Augen geführt, daß die Menschheit auf Dauer mit der Kenntnis ihrer Fähigkeit zur Selbstzerstörung leben muß. Aber auch er hat durch seine Forderung nach Abrüstung – die er nie stellen würde, wenn er sie theoretisch für unmöglich hielte – signalisiert, daß er eine Chance sieht, diese Abrüstung eines Tages durchzuführen. Wir bezeichnen diese Abrüstung in unserem Leitantrag als die vordringlichste außenpolitische Aufgabe überhaupt.

(Beifall)

Diese Fragen stellen heißt, zweitens, aber auch nicht, unsere amerikanischen Freunde im Bündnis zu verunsichern oder gar zu signalisieren, daß wir uns aus diesem Bündnis oder aus der atomaren Abschreckung ausklinken wollen, die uns den Frieden hier und heute sichert. Sie sagt etwas ganz anderes. Sie sagt, daß wir es mit der eigenen Verantwortung Europas für seinen Frieden ernst nehmen.

(Vereinzelter Beifall)

Sie sagt das, was auch im Leitantrag steht: Dazu möchte ich Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, für die folgende Diskussion darauf richten, daß der Leitantrag des Bundesvorstands in der Fassung der Antragskommission selbst eine Reihe von sehr ernsthaften Fragen an das Atlantische Bündnis enthält.

So heißt es im Leitantrag, daß eine Reihe von westeuropäischen Ländern am politischen Willen zu fehlen scheine, die Notwendigkeiten des Bündnisses gegen innenpolitische Interessen durchzusetzen. So heißt es im Leitantrag, die Europäer müßten im Atlantischen Bündnis eine eigene Rolle übernehmen, Mitverantwortung tragen, wenn das Bündnis in Zukunft eine echte Partnerschaft sein solle. Gleichzeitig heißt es in dem Leitantrag aber auch, daß unser nationales Interesse durch das Atlantische Bündnis gewahrt wird.

Wir haben in dem Leitantrag also selbst festgestellt, daß es innerhalb des Bündnisses zwei Punkte gibt, deren Veränderung nicht alleine in unserer Macht steht. Wir müssen deshalb auf das Bündnis einwirken, wir müssen, mit anderen Worten, außenpolitisch tätig werden, um das Bündnis auch in Zukunft zu sichern.

Damit komme ich zum dritten Punkt. Meine Damen und Herren: Wir haben Europa in dem Leitantrag eine entscheidende Aufgabe zugewiesen. Diese entscheidende Aufgabe, die wir als eine Vision bezeichnen, der wir grenzüberschreitende Kraft zubilligen, ist die der Friedenssicherung in Europa, ist die eines Friedens in Freiheit.

Damit möchte ich zu einer Frage kommen, die ein junger Mann gestern aufgeworfen hat und die ich für ganz elementar halte. Dieser junge Mann hat die Frage gestellt: Was versteht ihr eigentlich unter Gleichgewicht? Was ist denn das Gleichgewicht, das angestrebt wird? Ist es ein reines Gleichgewicht der Waffen oder ist es – wie er meinte – ein Gleichgewicht der Verletzbarkeit? Oder – was ich hinzufügen möchte Welche Rolle spielt in diesem Gleichgewicht die politische Entwicklung Europas, die politische Entwicklung auch jenseits von Mauer und Stacheldraht?

Es ist meine Überzeugung, daß wir eine dauerhafte Friedensordnung in Europa nur dann werden verwirklichen können, wenn wir uns erneut mit der Frage nach der Bedeutung dieses Gleichgewichts befassen. Wir müssen uns erneut mit der Frage befassen, wie wir dieses Gleichgewicht eigentlich bestimmen. Wenn wir in dieses Gleichgewicht, das den Frieden in Europa sichern soll – und dort ist nach unserem Leitantrag der Frieden während der letzten 35 Jahre gesichert gewesen, nicht in der ganzen Welt –, alle Ungleichgewichtsprobleme auf der Welt einbeziehen, dann werden wir ein für die europäische Friedensordnung stabilisierendes Gleichgewicht auf die Dauer nie bekommen. Es sei denn, wir erklären ein Weltgleichgewicht zur Voraussetzung für ein europäisches Gleichgewicht. Aber wir sind doch gerade daran interessiert, die Konfrontation in der Welt aufzulösen, nicht auf Dauer festzuschreiben.

Dies sind eine Reihe von Fragen, meine Damen und Herren. Ich habe sie in einem Aufsatz aufgeworfen. Ich habe mich gestern in dieser Fragestellung voll bestätigt gefunden.

(Beifall)

Ich meine, wir müssen es uns alle zur Aufgabe machen, an diesen Fragen weiterzuarbeiten. Wir wollen mit diesem Parteitag einen neuen Anfang machen. Wir haben einen neuen Anfang gemacht. Wir haben einen neuen Anfang gemacht in unserer Politik, wir haben einen neuen Anfang gemacht in der Entschlossenheit, für unser Land eine Wende herbeizuführen. Und ich glaube, wir haben vor allem auch einen neuen Anfang gemacht im Dialog mit der Jugend.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß sagen: Es ist für mich ein gutes Omen, daß dieser Dialog auf unserem 30. Parteitag stattgefunden hat. 30 Jahre, das ist die Spanne einer Generation, die die Erfahrung der vorherigen braucht, aber auch ihre eigenen Erfahrungen sammeln muß.

Wir haben in der Nachkriegszeit schon oft diskutiert, auch über atomare Bewaffnung. Aber die jungen Menschen, die gestern hier aufgetreten sind, bringen eine neue Qualität in diese Diskussion. Sie bringen eine neue Qualität in diese Diskussion, weil sie sich mit unseren Erfahrungen auseinandersetzen und selbst noch keine eigenen Erfahrungen haben. Und dies ist ein entscheidender Unterschied zu der Diskussion der Jahre 1955 bis 1957.

Wir müssen – und ich glaube, daß das Schicksal unseres Landes ganz wesentlich davon mitentschieden wird – dieser jungen Generation klarmachen: Bei aller Bewährung des Gegebenen entspricht unsere Entschlossenheit, einen neuen Weg zu suchen, der Entschlossenheit dieser Jugend, sich nicht auf Dauer in der Grenzsituation gefangen und festhalten zu lassen, von der Richard von Weizsäcker sagte, daß sie auf Dauer niemand verstehen könne.

Deshalb laßt uns gemeinsam an der Lösung dieser großen Aufgabe arbeiten!

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt Biedenkopf. Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Mertes.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Als rheinland-pfälzischer Delegierter stehe ich zu jedem Wort dieses Antrags B 12. Ich konnte mich aber dem Argument der Kollegen in der Antragskommission nicht verschließen, daß dieser Antrag in seiner Länge das System des Leitantrages sprengen würde. Wir haben daraufhin einige Änderungen angebracht, die ich in einem Initiativantrag B 158 – er liegt Ihnen vor – eingebracht habe, vor allen Dingen in dem Satz:

Alles politische Handeln muß auf die Verwirklichung von Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden ausgerichtet sein.

Wir haben darüber auch im Lichte des Antrags von Rheinland-Pfalz diskutiert.

Ich möchte Sie auf Seite 2 des Initiativantrages aufmerksam machen – zunächst hatte es in Nr. 2 des Antrags B 12 geheißen:

Alles politische Handeln muß auf die Sicherung des Friedens ausgerichtet sein-

wo es jetzt heißt:

Alles politische Handeln muß auf die Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und damit auf die Sicherung des Friedens ausgerichtet sein.

Alles andere bleibt dann.

Weiterhin möchte ich darauf hinweisen, daß wir eine zusätzliche Änderung eingebracht haben, nämlich, daß die Abschreckung nicht nur der Verhinderung des Krieges, sondern auch einer erpresserischen Drohung diene.

Ich bitte Sie namens der Antragskommission, der Ziffer 02 in der Ihnen jetzt vorliegenden Form zuzustimmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kollege Mertes.

Herr Martin, ist damit Ihr Antrag erledigt? – Bitte schön, Herr Martin.

Albrecht Martin, Bad Kreuznach: Es ist nicht zu verkennen, daß ein voller Ersatz von insgesamt sechs Ziffern durch unseren Antrag hier schwer durchzudrücken wäre. Aber ich meine, daß vor allen Dingen Nr. 6 unseres rheinland-pfälzischen Antrages, in der diese Notwendigkeit der geistigen Auseinandersetzung mit dem totalitären Denken als wesentliches Element der Friedenssicherung bezeichnet wird, an die Ziffer 02, des Antrags der Antragskommission, angefügt werden sollte.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben zunächst keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Ich komme zuerst noch einmal auf die allgemeinen Anträge zurück, die im Sinne der Antragskommission erledigt werden sollen.

Hier liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Dr. Huck. Wird die aufrechterhalten? – Bitte schön.

Dr. Bernd Huck: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte mich gefreut, wenn Professor Biedenkopf im Rahmen seiner Ausführungen auch zum Antrag B 1 des Landesverbandes Westfalen konkret Stellung genommen hätte. Ich finde den Antrag gut. Der Kreisverband Bielefeld hat sich in ähnlicher Weise geäußert – Antrag B 2 – und die Junge Union wiederum in ähnlicher Weise in Antrag B 9.

Bevor ich inhaltlich etwas sage, möchte ich das Tagungspräsidium bitten, darauf zu achten, daß bei den Anträgen B 1, B 2 und B 9 zu unterschiedlichen Abschnitten des Kapitels Frieden Stellung genommen wird und daher, meines Erachtens, nicht pauschal über diese drei Anträge abgestimmt werden kann, sondern bezogen jeweils auf die einzelnen Abschnitte abzustimmen ist, wie es im übrigen auch bei anderen Ergänzungs- und Änderungsanträgen der Fall ist.

Meine Damen und Herren, kurz eines zur Begründung: Wir haben gestern nachmittag hier im Forum "Für Frieden und Freiheit" sehr ausführlich und, Gott sei Dank, auch mit großer Präsenz dem zugehört, was von den jugendlichen Gästen hier gesagt worden ist. Es war ja kein Dialog – wir haben zugehört –, der Dialog fehlte, die Zeit dafür fehlte. Aber da wurde auch deutlich, daß wir uns ein Säumnis vorhalten müssen – ich beziehe da die Junge Union uneingeschränkt mit ein –, das sich auf die ganzen letzten Jahre bezieht, daß wir zwar immer an den Frieden gedacht haben, aber nur von der Bundeswehr, von der NATO, von Waffensystemen und Waffengerassel gesprochen

(Beifall)

und es eben versäumt haben, den Frieden als Ziel unseres politischen Handelns in Art und Sprache derartig zu artikulieren, daß die Jugendlichen und die Sensiblen dieses Ziel des Friedens auch heraushören – und nicht in erster Linie das Waffenrasseln, das man uns so schnell unterstellt –

(Beifall)

und unsere moralisch christlichen Argumente, unsere Gewissensentscheidung, wenn wir für diese Politik plädieren; denn auch wir nehmen für uns in Anspruch, auf Grund des Gewissens und moralischer Argumente zu entscheiden, wenn wir eine Entscheidung treffen, wie wir das tun.

(Beifall)

Der Parteivorsitzende hat in seiner Rede vorgestern davon gesprochen, die CDU hätte seit Jahren die geistige Führung inne. Das mag uneingeschränkt so sein, sofern wir im stillen Kämmerlein sitzen. Ich bezweifle aber manchmal, daß in der öffentlichen Diskussion deutlich wird, daß wir wirklich die moralische und die geistige Führung haben.

(Beifall)

Die SPD/FDP-Koalition hat es verstanden, seit 1969 die Außen- und Sicherheitspolitik mit dem Begriff der Entspannungspolitik zu belegen, ohne daß wir einen Kontrapunkt dazu geschaffen hätten. Es handelt sich bei diesem Begriff um einen mißverständlichen Begriff, der, wie wir später feststellen konnten, in der Tat auch mißbraucht worden ist, in der ersten Linie vom Osten, allerdings auch von Politikern hier in der Bundesrepublik Deutschland. Wir hatten keinen Kontrapunkt. Jetzt haben wir die Friedensbewegung, und wir haben ebenfalls keinen Kontrapunkt. Wir stehen da, bevor die Demonstration in Bonn stattfindet, und argumentieren formal darüber, wessen Parteimitgliedsgefolgschaft denn wohl an so einer Demo teilnehmen dürfe und wessen Gefolgschaft wohl nicht daran teilnehmen dürfe.

(Beifall)

Ich finde, das ist eine schrecklich formale Diskussion.

Wir als CDU haben nicht deutlich gemacht, daß wir in der Tat, wie ich es eingangs sagte, moralische Gewissensentscheidungen vertreten, die uns bewegen, eine Poli-

tik des Friedens, wie wir sie auffassen, zu verfolgen. Daher – damit möchte ich schließen – geht es uns darum, bei der Ausformulierung dieses Kapitels über den Frieden in der Art der Formulierung und im Umfang der Formulierung deutlich zu machen, daß dies für uns ein besonderes Anliegen ist. Dies sollte nicht nur verbal in der Form deutlich gemacht werden, daß es hier heute auf dem Parteitag abgehakt wird. Vielmehr sollte dies auch in unserem Leitantrag, den wir nachher beschließen, deutlich zum Ausdruck kommen, mit dem die Kreisverbände arbeiten können und mit dem sich die Kreisverbände in der Diskussion auseinandersetzen können.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Huck. Ihr erstes Anliegen ist von der Antragskommission selbstverständlich berücksichtigt worden. Wenn Anträge sich auf unterschiedliche Ziffern beziehen, so wird das bei der Behandlung der jeweiligen Ziffern berücksichtigt.

Jetzt hat der Herr Dr. Mertes von der Antragskommission das Wort.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Es ist falsch, wenn mein Vorredner sagt, daß wir das Friedenthema nicht genügend dargestellt haben. Wir hatten in den letzten 12 Jahren allerdings eine Situation, in der Freiheit von Frieden abgetrennt worden ist.

(Beifall)

Wir sind die einzige Partei, die die ganzen 12 Jahre über immer gesagt hat: Frieden und Freiheit. Dessen werden sich die Menschen jetzt wieder bewußt.

(Beifall)

Im letzten Bundestagswahlkampf gab es ein Plakat, auf dem es hieß: Die CDU ist für Frieden und Freiheit. Das Wort "und" war unterstrichen.

Wir haben jetzt, da die Enttäuschungen im Zusammenhang mit der Entspannung groß sind, eine Situation, in der die Doppelung der Begriffe "Frieden und Freiheit" wieder in den Vordergrund tritt. Dem tragen wir mit dem, was wir sagen, voll Rechnung.

Ein Zweites. Wir haben uns in all diesen Jahren – in dieser Hinsicht ist vielleicht etwas nachzuholen – immer zum Bereich der Abrüstung geäußert. Als der Atomwaffensperrvertrag unerzeichnet werden sollte, haben wir gefordert: Warum verlangt die Bundesregierung von den Großmächten jetzt nicht auch ihrerseits eine Abrüstung? Ich kann Ihnen zahlreiche Beispiele nennen. Der Kollege Todenhöfer hat Ihnen eine Dokumentation vorgelegt. Der Unterschied war immer deutlich: Die Linken in der SPD sind für Abrüstung schlechthin; wir sind für Abrüstung mit Sicherheit. Abrüstung ist kein Wert in sich. Militärische Macht ist kein Wert in sich. Beide sind Instrumente der Friedenssicherung. Dem tragen unsere Texte in vollem Umfang Rechnung. Wir können doch nicht die Länge der einzelnen Punkte in dem Leitantrag als Kriterium nehmen.

Drittens. Wir haben schließlich noch unser Grundsatzprogramm. Dieser Leitantrag löst doch nicht das Grundsatzprogramm ab. Vor jedem Gedanken, der in diesem

Leitantrag steht, steht doch das Grundsatzprogramm sozusagen wie der Violin-
schlüssel vor der Notenlinie, der alles erläutert und auch alles im einzelnen begründet.
Werden wir unser Grundsatzprogramm doch nicht durch eine falsche Anreicherung
des Leitantrages ab.

Verehrter Herr Kollege Martin, ich bitte Sie, sich doch einmal die Ziffer 5 anzusehen.
Dort wird im Leitantrag doch ganz und gar auf Ihren Gedanken eingegangen. Wir
haben diesen Gedanken sogar noch verstärkt. Dort heißt es: "Die CDU ist Partei der
Freiheit". Wir sagen nicht, daß die CDU die Partei der Freiheit ist; als allein seligmachend
stellen wir uns nicht hin. Es heißt weiter:

Sie weiß, daß der Gegensatz von Freiheit und Diktatur die eigentliche Ursache
der Spannung zwischen Ost und West ist. Dies bestimmt die geistige und politische
Auseinandersetzung im geteilten Europa und damit auch im geteilten
Deutschland. Diese Auseinandersetzung wird auch im Rahmen der "Politik
friedlicher Koexistenz" ... mit unverminderter Intensität geführt.

Ich finde, daß Ziffer 5 Ihrem Gedanken, den ich voll unterstreiche – das wissen Sie
– und auch in der Öffentlichkeit vertrete, voll gerecht wird. Denken Sie immer an das
Problem der Kürze. Wenn wir längere Texte zu Papier bringen, werden sie unter Um-
ständen weniger wirksam. Ich plädiere also dafür, daß Sie in der Ziffer 5 die richtigen
Gedanken von Herrn Martin für berücksichtigt erachten.

Nun noch zu den Ausführungen von Herrn Professor Biedenkopf. Ich nehme die
Fragen, die er aufgeworfen hat, und die Motive, die ihn bewegt haben, sehr ernst und
würdige sie positiv. Ich habe in einem Aufsatz in derselben Zeitung, der heute oder
morgen erscheint, dargelegt – und deshalb kann ich mich hier kurz fassen –, wo ich
die Bedenken im Zusammenhang mit einer bestimmten Form der Fragestellung, mit
einer bestimmten Form des Rückgangs des Konsenses sehe. Ich will das bei dieser
Gelegenheit jetzt aber nicht vertiefen, sondern will nur meinerseits auf den Antwort-
aufsatz hinweisen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mertes. Ich möchte jetzt
folgendermaßen verfahren. Ich rufe zunächst die allgemeinen Anträge zu diesem
ganzen Kapitel auf. Die von der Antragskommission zur Annahme empfohlene Fas-
sung liegt Ihnen vor. Ich lasse darüber abstimmen, ob dieser Fassung Zustimmung er-
teilt wird. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer
stimmt dagegen? – Danke schön. Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Ge-
genstimmen und wenigen Enthaltungen ist über die allgemeinen Anträge im Sinne
der Empfehlung der Antragskommission beschlossen worden.

Ich rufe jetzt Ziffer 2 auf. Hierzu liegt Initiativantrag B 158 vor, zu dem Herr Dr. Mertes
gerade gesprochen hat. Ich lasse erst über die Empfehlung der Antragskommission
zu Initiativantrag B 158 abstimmen. Danach lasse ich darüber abstimmen, ob die Nr.
6 aus dem Antrag B 12 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz angefügt werden soll
oder nicht.

Ich rufe zunächst den Initiativantrag B 158 auf. Wer ihm im Sinne der Empfehlung
der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. –

Danke schön. Wer ist dagegen? – Einige Gegenstimmen. Wer enthält sich der Stimme? Bei einigen Gegenstimmen ist es so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Antrag abstimmen, Nr. 6 aus dem Antrag B 12 des Landesverbandes Rheinland-Pfalz anzufügen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Enthaltungen ist es so beschlossen. Nr. 6 aus dem Antrag B 12 wird dem Initiativantrag B 158 angefügt.

Ich rufe Ziffer 3 auf. Dazu gehören die Anträge B 22 bis B 32. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wünscht die Antragskommission trotzdem das Wort? – Bitte schön, Herr Dr. Mertes.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Von der Antragskommission sind die zusätzlichen Anträge berücksichtigt worden. Sie finden diese Berücksichtigung in den zusätzlichen Texten, die Ihnen die Antragskommission vorgelegt hat.

Schließlich noch eine Kleinigkeit: Das Atlantische Bündnis ist eine Institution. Schreiben Sie den Begriff "Atlantisches Bündnis" in den beiden Abschnitten, in denen er steht, deshalb bitte groß.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich für den Hinweis und lasse über Ziffer 3 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer möchte dagegenstimmen? – Danke schön. Wer möchte sich der Stimme enthalten? – Wenn ich es richtig überblicke, wurde einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 4 auf. Dazu gehören die Anträge B 8, B 33 bis B 36 und der Initiativantrag B 156. Das Wort hat Herr Hupka.

Dr. Herbert Hupka: Meine Damen und Herren! Dieser Antrag, den wir eingebracht haben, der die Nummer B 156 trägt, soll nur eine Klarstellung sein, vielleicht auch eine Richtigestellung.

Gestern vor 25 Jahren war der Einmarsch der Roten Armee in Budapest. In unsere Erwägungen sollten wir außerdem immer einbeziehen, was sich im August 1968 in der Tschechoslowakei abgespielt hat. Ich greife das Wort unseres Vorsitzenden Helmut Kohl auf, der mit Recht gesagt hat: Für uns sind Frieden und Freiheit identisch. Deswegen können wir nicht ohne weiteres von Frieden in Europa sprechen, wenn Teile Europas in Unfreiheit leben. Darum diese Ergänzung, mit der wir uns bezüglich unserer Position auf das Einschränken, was wir in Westeuropa erreicht haben. Zugleich werden unsere Bundesgenossen erwähnt. Das alles ist natürlich nicht nur ein Verdienst der CDU/CSU, sondern ein Verdienst von uns allen, die wir zusammen mit unseren Bundesgenossen für die Freiheit streiten.

Ich bitte daher, diese etwas klarstellende Formulierung anzunehmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat die Antragskommission.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Meine verehrten Kollegen! Wir haben den Initiativantrag 156 in dieser Nacht sorgfältig besprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es bei der bisherigen Fassung bleiben sollte.

Herr Kollege Hupka, Sie erinnern zu Recht daran, daß wir die Politik mit den Bündnispartnern gemacht haben. Aber bezüglich der innerdeutschen und innenpolitischen Belange haben wir diese Politik im Deutschen Bundestag durchgesetzt. Darauf bezieht sich das. Es ist ja eine Politik des Bündnisses mit den westeuropäischen Staaten und mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Aber wir haben die innenpolitische Durchsetzung aus unserer Kraft als CDU/CSU – teilweise mit der FDP – vollzogen. Man kann also auch inhaltlich nicht sagen, CDU und CSU hätten gemeinsam mit den Bündnispartnern der Bundesrepublik Deutschland eine Politik durchgesetzt.

Worauf die Kollegen der Antragskommission immer wieder hingewiesen haben, ist dies: Uns liegt daran, in einer sehr knappen Sprache zu betonen, was wir im Bereich des Friedens nachweisbar geleistet haben. Diese knappe Sprache finden Sie in dem Ihnen vorliegenden Text. Er ist erweitert worden um den Absatz:

Für die CDU ist Friedenspolitik mehr als die Verhinderung des Krieges. Frieden ohne Gerechtigkeit ist ebensowenig denkbar wie Frieden ohne Freiheit.

Das gibt genau dem Gedanken recht, den Sie eben hervorgehoben haben, als Sie auf die Vorgänge von 1968 in der Tschechoslowakei hinwiesen.

Wir haben sorgfältig abgewogen und sind zu dem Ergebnis gekommen: Wir sollten den Ihnen vorliegenden Text – er steht rechts – übernehmen. Ich bitte, ihm zuzustimmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Mertes. Weitere Wortmeldungen zu Ziffer 4 liegen nicht vor.

Ich lasse über die Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dieser Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer möchte ablehnen? – Wer möchte sich enthalten? – Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist Ziffer 4 so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 5 auf. Dazu gehören die Anträge B 1 e, B 2 d und insoweit B 9 a, außerdem B 37 bis B 41 und B 159.

Wortmeldungen zu Ziffer 5 liegen nicht vor. – Aber die Antragskommission wünscht das Wort. Bitte schön.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Wir schulden Ihnen eine Erklärung dafür, daß der neue Text das Wort "vom Osten" streicht. Angesichts der Ereignisse in Polen, angesichts unseres Wissens über die Haltung unserer Landsleute in der DDR und der Menschen in der CSSR sollten wir den Begriff "vom Osten" in seiner pauschalen Form nicht übernehmen.

(Beifall)

Wir meinen hier alle diejenigen Machthaber, die die Politik friedlicher Koexistenz verstehen. Die Streichung des Wortes "vom Osten" ist Ausdruck unseres Respekts vor dem Freiheitswillen und der Nichtakzeptierung der dortigen Systeme durch ihre Menschen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen zu Ziffer 5 liegen nicht vor.

Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer möchte dagegen stimmen? — Wer möchte sich enthalten? — Nach meinem Überblick ist bei einer Gegenstimme so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 6 auf. Dazu gehören die Anträge B 42 bis B 48. Um das Wort hat Herr Buchkremer vom Landesverband Rheinland gebeten.

Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme zu dem Antrag B 48 auf Seite 45 des Antragshefts Stellung. Der erste Satz der Empfehlung der Antragskommission lautet: "Die CDU setzt unbeirrt auf die friedensstiftende Kraft Europas." Für mich fängt Europa am Atlantik in Portugal an und hört am Ural auf. Ich glaube nicht, daß wir einen Teil Europas, z.B. die Sowjetunion — was ihre Regierung anbelangt —, als "friedenstiftende Kraft" bezeichnen dürfen.

Aus dem Grunde glaube ich dem Antrag B 48 nachgeben zu sollen, der sagt: "Die CDU setzt unbeirrt auf die friedensstiftende Kraft des freien Europa." Wenn wir "Europa" synonym nur für den freien Teil setzen, erkennen wir nicht an, daß Europa auch aus einem anderen Teil besteht, der sich mit diesem Europabegriff ganz sicher nicht abfinden würde.

Ich bitte die Antragskommission, eine Änderung in diesem Sinne vorzunehmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Dr. Mertes für die Antragskommission.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Wir waren uns in der Antragskommission darüber im klaren, daß der Begriff "Europa" sehr verschieden verstanden wird. Wenn wir z.B. die Einigung Europas verlangen, sagen wir auch nicht "Einigung Westeuropas". Wir meinen damit aber immer das, was heute das freie Europa ist. So ist es auch mit dem Begriff "Europäische Union". Der Gedanke, den wir meinen, steckt bereits in dem Begriff "Europäische Union".

Zweitens ist folgendes zu sagen. Was den Osten angeht, so gibt es zwei verschiedene Begriffe von Europa. Die einen sagen: Europa ist das Europa bis zur polnisch-russischen Grenze, jenes Europa, das durch den römischen Katholizismus, den Protestantismus, die Aufklärung und durch das moderne freiheitliche Denken geprägt ist; dahinter beginnt das byzantinisch-russisch-orthodoxe Europa, das ein anderes geistiges Gesicht hat.

Es gibt in der Tat eine legitime Diskussion über das, was Europa ist. Wir meinen hier aber die Idee Europa überhaupt und schließen damit die mitteleuropäischen Nachbarn nicht aus.

Infolgedessen finden wir, daß der Satz "Die CDU setzt unbeirrt auf die friedensstiftende Kraft Europas." so richtig ist. Alle Einwände hiergegen sind in der Antragskommission sorgfältig bedacht worden. Wir wissen, daß wir das, was wir wollen, zur Zeit nur im freien Europa machen können. Daß wir aber das andere Europa nicht ausschließen, ergibt sich aus unserem Grundsatzprogramm, ergibt sich aus anderen Texten des Leitantrages und aus der gesamten Politik, die wir seit 30 Jahren führen.

Ich bitte, dem Text in der Fassung zuzustimmen, wie sie die Antragskommission vorgelegt hat.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Sie haben Rede und Gegenrede gehört. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über Ziffer 6 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer möchte ablehnen? — Wer möchte sich enthalten? — Bei wenigen Gegenstimmen und einigen wenigen Enthaltungen ist Ziffer 6 so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 7 auf. Dazu gehören die Anträge B 49 bis B 51, B 53, B 54 und B 160. Es liegen zwei Wortmeldungen vor. Erst spricht Herr Köppinger, nach ihm Herr Halft.

Charly Halft: Ich heiße Halft. Herr Köppinger kommt möglicherweise nachher. Wir haben uns abgesprochen; das geht bei Rheinländern so.

Ich spreche zu Antrag B 53 und gebe die Begründung für die CDA.

Die Antragskommission hat vorgeschlagen, Ziffer 7 umfassende Friedensinitiativen zu nennen, die alle Möglichkeiten an den übergeordneten Zielen der Sicherheit ausrichten. Die CDA schlägt in Antrag B 53 vor: "übergeordnetes Ziel des Friedens in Freiheit". Wenn Sie diese beiden Ausdrücke nebeneinandersehen, dann stellen Sie sehr schnell fest, daß das, worüber wir in diesen Tagen in Hamburg geredet haben, Frieden in Freiheit ist. Es ist nicht einzusehen, warum wir diesen Ausdruck dann nicht auch in der Ziffer entsprechend umsetzen.

Sicherheitspolitik ist eine unzulässige Verkürzung, auch nach alledem, was hier gesagt worden ist und was wir gestern von den Gastdelegierten gehört haben.

Insofern ist es nur logisch, daß man dann auch diesen Begriff "Frieden in Freiheit", von dem allüberall geredet wird und der auch auf unsere Grundwerte ausgerichtet ist, in dieser Ziffer 7 niederlegt und so nach außen hin deutlich dokumentiert, was das direkte Ziel unserer Arbeit, unserer Politik ist. Daher Annahme des Antrages B 53 der Sozialausschüsse!

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Halft. Ich wollte Sie nicht unterbrechen, aber das Präsidium bleibt dabei, selber die Reihenfolge, in der die Wortmeldungen abgewickelt werden, festzulegen.

Wünscht jetzt Herr Köppinger noch das Wort? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann spricht jetzt die Antragskommission, Herr Dr. Mertes.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Das Anliegen der CDA-Sozialausschüsse ist berechtigt, gerade unter den Eindrücken des gestrigen Tages. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, diesem Gedanken Rechnung zu tragen. Der Text heißt dann wie folgt:

Wir rufen unsere Partner im Atlantischen Bündnis

- nicht: "in der NATO", denn dazu gehört Frankreich nicht –

und der Europäischen Gemeinschaft zu einer umfassenden Friedensinitiative auf, die alle außenpolitischen Möglichkeiten zur Förderung friedlicher Zusammenarbeit ausschöpft, aufeinander abstimmt und an

- jetzt kommt das Anliegen der Sozialausschüsse –

dem übergeordneten Ziel der Sicherung des Friedens in Freiheit ausrichtet.

Damit ist Ihrem Gedanken voll Rechnung getragen: "...dem übergeordneten Ziel" – in der Einzahl – "der Sicherung des Friedens in Freiheit".

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Sie haben diese Formulierung gehört. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission in der soeben formulierten Fassung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? – Danke schön. Wer möchte sich enthalten? – Bei 1 Enthaltung ist damit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 8 auf. Hierzu hat sich Herr Wülfing gemeldet.

(Zuruf)

- Es kann auch eine Dame sein, das ist hieraus nicht genau zu ersehen

(Zuruf: Zu Ziffer 9!)

- Nein, auf der Wortmeldung steht: "Ziffer 08"! – Sie wollen aber nicht zu Ziffer 08 sprechen? Das vereinfacht die Sache.

Zu Ziffer 8 gehören die Anträge B 55 bis B 59. Wer der Fassung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? – Danke schön. Wer möchte sich enthalten? – Bei wenigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung ist Ziffer 8 so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 9 auf. Dazu gehören die Anträge B 1 b, B 2 b und B 9 a, B 60 bis B 68, B 161 bis B 168. Hierzu hat jetzt Frau Wülfing das Wort.

(Zuruf: Ich ziehe zurück!)

- Sie zieht zurück. – Weitere Wortmeldungen zur Ziffer 9 liegen nicht vor. – Die Antragskommission wünscht das Wort? – Bitte!

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt den Begriff "Verbundenheit und Achtung" eingesetzt. "Respekt und Achtung" ist dasselbe. Wir glauben, daß damit auch dem Antrag B 168 Rechnung getragen worden ist. Wir empfehlen also den in dieser Nacht beschlossenen Wortlaut der Antragskommission zur Annahme.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Ziffer 9 in der Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Danke schön. Wer enthält sich? – Bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung ist Ziffer 9 so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 10 auf. Dazu gehören die Anträge B 69 bis B 74 und B 162. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ohne Gegenstimmen bei wenigen Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 11 auf. Dazu gehören die Anträge B 52, B 75 bis B 77. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer möchte ihr zustimmen? – Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? – Danke schön. Wer möchte sich enthalten? – Soweit ich sehe, einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 12 auf. Dazu gehören die Anträge B 78 bis B 81 und B 163. – Die Antragskommission wünscht das Wort. – Bitte Herr Dr. Mertes.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Meine Damen und Herren, wir haben diesen Text heute nacht noch einmal besprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß etwas, was eigentlich selbstverständlich ist, nämlich der Vorrang der Sicherheit, auch in Fragen der Abrüstung Berücksichtigung in unserem Wortlaut finden muß. Deshalb bleibt es bei diesem Text. Setzen Sie dann aber nach den Worten "auf einem möglichst niedrigen Niveau" einen Gedankenstrich, und fügen Sie dann an: "unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit".

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich lasse über die Fassung der Antragskommission zu Ziffer 12 mit der soeben mündlich vorgetragenen Ergänzung abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? – Danke. Wer möchte sich enthalten? – Dann ist Ziffer 12 einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 13 auf. Dazu gehören die Anträge B 82 bis B 90, B 164 und B 169. Wortmeldungen liegen nicht vor. – Die Antragskommission wünscht das Wort nicht.

Ich lasse über die Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Wer möchte dagegen stimmen? – Wer möchte sich enthalten? – Ziffer 13 ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 14 auf. Dazu gehören die Anträge B 91 bis B 101, B 154 und B 157. – Das Wort hat der Delegierte Jäger aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Dr. Claus Jäger: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Der im Entwurf des Bundesvorstands vorgeschlagene Punkt zum Thema Deutschlandpolitik ist nach Auffassung zahlreicher Delegierter und vieler Landesverbände, die ja dazu ergänzende Vorschläge eingereicht haben, etwas zu dürftig und zu knapp ausgefallen. Deshalb hat die Arbeitsgruppe unserer Fraktion, die diesen Bereich ja nun als ihr tägliches Brot zu bearbeiten hat, unter Vorsitz unseres Kollegen Lorenz einen Antrag eingereicht, den Antrag B 157, den Sie vor sich haben.

In diesem Antrag haben wir versucht, in einer knappen Zusammenstellung die wichtigsten Aussagen, die die CDU bereits in ihrem Grundsatzprogramm getroffen hat, für die Zwecke dieses Leitantrages und dieses heute zu beschließende Papiere zusammenzufassen.

Dieser in sich geschlossene und in seiner Diktion zusammenfassende Antrag ist nun von der Antragskommission, offensichtlich unter Einbeziehung einiger anderer Texte und Textfassungen, in einer Form vorgelegt worden, die doch zu ganz erheblichen Bedenken Anlaß gibt. So stehen z.B. im ersten Teil dessen, was die Antragskommission auf der Rückseite dieses Papiers vorschlägt, das Sie alle vor sich haben, einige Sätze, die wir so unter gar keinen Umständen beschließen können.

Da heißt es z.B., daß wir für die Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen eintreten. Meine Damen und Herren, das paßt doch überhaupt nicht zu den Aussagen der Union. Wir treten für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit ein und haben immer erklärt, die nationale Einheit unseres deutschen Volkes hat auch die Besetzung durch die Sowjetunion nicht zerstören können. Die besteht nach wie vor, und an der halten wir fest. Wenn wir aber hier sagen, wir wollen sie erst wieder herstellen, dann ist das eine Aussage, die in dieser Form zumindest sehr mißverständlich ist.

Das gleiche gilt für die nächste Zeile. Da heißt es, diese Wiederherstellung müsse ein vitales Element der Politik bleiben. Meine Damen und Herren, wir kritisieren doch – an der Spitze unserer Fraktionsvorsitzender Helmut Kohl und viele andere unserer Redner – in den letzten Monaten und Jahren, daß diese Frage leider kein vitales Element in der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung mehr gewesen ist. Diese Politik hat nicht den Stellenwert gehabt, den sie eigentlich haben muß. Wenn das so ist, würde eine solche Aussage, wenn wir das so beschließen, meine lieben Parteifreunde, von Herrn Minister Franke oder vom Bundeskanzler uns demnächst in einer der nächsten Bundestagsdebatten geradezu genüßlich um die Ohren geschlagen werden. Meine lieben Parteifreunde, so kann dieser Text nicht bleiben.

Um nun aber nicht einfach durch Ausradieren solcher unmöglicher Sätze die Dinge zu komplizieren, möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir den Text so, wie er in Antrag B 157 von der Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeitet worden ist, geschlossen übernehmen, und zwar als Text für Ziffer 14. Das hätte zugleich den Vorteil, daß eine ganz wichtige Sache, die auch im Vorschlag der Antragskommission steht, mit drin wäre, nämlich das Postulat, daß die deutsche Frage offen ist und offengehalten werden muß. Das, meine lieben Freunde, ist ein Kernsatz unserer Deutschlandpolitik. Wenn wir überhaupt zu diesem Thema etwas sagen, dann darf ein solcher Satz nicht fehlen. Im Vorschlag der Antragskommission fehlt er aber. In dem Vorschlag, den wir gemacht haben – der Kollege Lorenz und die anderen Unterzeichner –, ist er enthalten.

Deswegen habe ich die herzliche Bitte an die Antragskommission, die heute bereits durch den Mund eines ihrer Mitglieder erklärt hat, daß sie lernfähig und auch bereit sei, sich besseren Argumenten zu öffnen, sich unserem Vorschlag anzuschließen und den Text des Antrages B 157 als neue Ziffer 14 zu übernehmen und auf diese Weise eine Fassung für unser Programm vorzusehen, mit der wir uns draußen auch wirklich zeigen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank.- Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Mertes.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Herr Kollege Jäger, ich habe in dieser Nacht oft auch Lernfähigkeit beweisen müssen, und ich bitte Sie um ein Gleichgewicht der Lernfähigkeit,

(Beifall)

und zwar unter folgenden Gesichtspunkten: Der veränderte Text der Antragskommission sagt ganz eindeutig: "Trotz Teilung bestehen Deutschland und das deutsche Volk als Einheit fort...". Der Begriff Deutschland ist doch der Begriff unseres Verfassungsrechtes, den Sie eben angesprochen haben. Es heißt dann weiter: "...und mit ihm sein Recht auf Selbstbestimmung. Die Aussage des Deutschlandvertrages, daß eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung ein wesentliches Ziel der gemeinsamen westlichen Politik ist, bleibt gültig...". Das sagt sehr, sehr viel. Ich habe immer wieder auf die Bedeutung des Deutschlandvertrages hingewiesen, weil doch das Offensein der deutschen Frage nicht nur von unserem Willen her, sondern sogar vom Völkerrecht her ausdrücklich bestätigt wird.

Bitte, meine Kollegen vom innerdeutschen Ausschuß, dem ich ja auch angehöre, Sie wissen, wie sehr ich das immer wieder vertrete. Das steht im Grundsatzprogramm. Ich weiß nicht, ob die vierfache, fünffache, zwanzigfache Wiederholung einer Sache nicht unter Umständen auch einmal einer Sache schaden kann. Der Text der Antragskommission wird allen Gesichtspunkten, die Sie hier zu Recht vorgetragen haben, nach meiner festen Überzeugung gerecht.

Im übrigen noch folgendes zu Punkt 2 des Initiativantrages B 157: Ich halte Abschnitt 2 für sehr wichtig und auch für sehr richtig. Er wird später unter Ziffer 22 des

Leitantrages berücksichtigt, wo wir von der Bedeutung der Verträge mit den Staaten des Ostens und dem innerdeutschen Grundvertrag sprechen, daß sie völkerrechtlich und verfassungsrechtlich korrekt ausgelegt und dann politisch genutzt werden müssen. Dort ist diesem Anliegen Rechnung getragen.

Wir finden in der Antragskommission, daß die Punkte 3 und 4 des Initiativantrages B 157 sehr gut sind, und haben sie voll übernommen. In dem Abschnitt "Beziehungen zu denjenigen Staaten..." haben wir an einer Stelle das Wort "auch" eingefügt. Ich mache Sie darauf aufmerksam, es heißt jetzt: "Beziehungen zu denjenigen Staaten und politischen Kräften, welche die deutsche Teilung gegen den Willen des deutschen Volkes aufrechterhalten, bejaht die CDU auch, um den Frieden zu wahren, die Lebensfähigkeit...". Hier ist eine Enumeration vorgenommen, die nicht ganz komplett ist. Hier sind zwar die wichtigsten Gründe für diese unsere Beziehungen genannt, aber das Wort "auch" zeigt, daß wir auch an wirtschaftliche Kooperation, an kulturelle Kooperation und ähnliches denken.

Deshalb: Punkt 1 ist nach unserer Auffassung durch die Gesamtanlage, durch das Grundsatzprogramm, durch alles, was wir ständig sagen, vollauf gedeckt. Punkt 2 wird in Ziffer 22 des Leitantrages Rechnung getragen. Die Punkte 3 und 4 haben wir voll, wie es die Kollegen wünschen, übernommen mit dem Zusatzwort "auch".

Ich bitte, der Ziffer in der Ihnen jetzt vorliegenden Form zuzustimmen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Danke schön. — Das Wort hat der Kollege Lorenz.

Peter Lorenz: Liebe Freunde! Ich weiß nicht, ob sie unserem Antrag, die ursprüngliche Fassung des Antrages B 157 zu beschließen, zustimmen. Deshalb möchte ich jetzt schon sagen, lieber Kollege Mertes, nach meiner Auffassung geht es überhaupt nicht, daß wir das Verlangen nach Wiederherstellung der nationalen Einheit so stehenlassen. Wir sind der Auffassung, es gibt eine deutsche Nation. Das heutige Problem ist, daß diese eine deutsche Nation eines Tages auch wieder in einem deutschen Staat zusammenleben können muß, was heute leider nicht der Fall ist. Aus dem Grunde würde ich sagen, wenn Sie das schon so haben wollen, würde ich zumindest sagen: "...Wiederherstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen muß ein vitales Element der deutschen Politik sein." Wenn Sie damit einverstanden sind, möchte ich bitten, das zum Ausdruck zu bringen.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Herr Jäger.

Claus Jäger: Ich höre eben, meine Damen und Herren, daß die Antragskommission mit diesem Vorschlag des Kollegen Lorenz einverstanden ist: Ich würde mich, um die Diskussion nicht zu verlängern, ebenfalls damit einverstanden erklären, damit die Sache wenigstens nicht auf diese Weise gegen uns verwendet werden kann.

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Möchte es die Antragskommission beim Kopfnicken bewenden lassen? Ist damit eine einvernehmliche Lösung gefunden? — Ich bedanke mich und lasse über diese Fassung der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Wer möchte dagegen stimmen? — Wer möchte sich enthalten? — Dann ist Ziffer 14 einstimmig so beschlossen.

Ich übergebe an Herrn Kollegen Neumann.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 15 auf. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Köhler, Landesverband Hannover, vor.

Dr. Volkmar Köhler: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Zu dem Kapitel "Entwicklungspolitik" des Leitantrages möchte ich kurz zwei Aspekte beleuchten. Zum ersten faßt der Leitantrag in wenigen Paragraphen den gesamten Bogen entwicklungspolitischer Aspekte zusammen, von der selbstverständlichen humanitären Hilfe und brüderlichen Solidarität über die Frage der Menschenrechte, der Demokratiepolitik bis hin zu der Frage der Wahrnehmung legitimer Eigeninteressen deutscher Politik und zur Frage der langfristigen friedenssichernden Wirkung der Zusammenarbeit mit der Dritten Welt. Es ist ganz klar, daß es nur möglich ist, dies so zu komprimieren, wenn man Sätze wagt, die geeignet sind, ein Eigenleben zu entfalten. Einer dieser Sätze steht am Ende der Ziffer 15:

Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

Ich weiß, daß dieser Satz im Vorfeld dieses Parteitages zu einigen Diskussionen geführt hat und möchte ihn deswegen mit einem Zitat interpretieren. Der Weihbischof von Lima, German Schmitz, hat vor einiger Zeit bei einem Deutschlandbesuch gesagt:

Ein Ausweg – das wäre auf längere Sicht hin eine ganz neue Gewissensbildung. In den entwickelten Ländern muß man verstehen lernen, daß man nicht länger in Reichtum und Konsum leben kann, sondern vielmehr in einer angemessenen Bescheidenheit. Diese Werte müssen in eine neue internationale Ordnung eingebracht werden, damit eine größere soziale Ausgeglichenheit zwischen den Ländern und Völkern entsteht.

Eine Gleichheit ist damit nicht verlangt; sie wäre auch sinnlos. Ein Land hat vielleicht bessere Bedingungen als ein anderes, daher ist ein totaler Ausgleich ein Traum, der nicht zu erreichen ist. Aber nach einer gerechteren Verteilung der Güter müßte jeder streben, auch wenn das bedeuten würde, daß ich in meinem Leben manches aufgeben muß, was für mich sehr bequem ist und mir Freude macht. Aber dadurch, daß ich diese Bequemlichkeit aufgebe, weiß ich, daß ein anderer zwar nicht unbedingt bequem, aber menschlicher leben wird und daß ein anderer vielleicht etwas mehr Freude am Leben haben wird. Das ist die große Gewissensbildung, die Bereitschaft, neue Wege im eigenen Land zu suchen.

Nehmen wir diesen Satz unseres Leitantrages als einen moralischen Satz, nehmen wir ihn als eine beständige Erschütterung unseres Gewissens im politischen und täglichen Handeln. Und, meine Freunde, sprechen wir an dieser Stelle bitte nicht nur von Geld, wie es zum Teil auch gestern auf diesem Parteitag geschehen ist! Sprechen wir auch von der menschlichen Einsatzbereitschaft, die in Wirklichkeit – und damit spreche ich gerade unsere jungen Freunde an – die brüderliche Solidarität stiftet, die wir gegenüber der Dritten Welt brauchen.

Eines, meine Freunde, ist dieser Satz nicht: Es ist kein ökonomischer Satz. Vor diesem Mißverständnis sollten wir uns allerdings hüten. Ich möchte nicht, daß wir uns in der Friedensdiskussion von Erhard Eppler distanzieren, nur um Gefahr zu laufen, daß wir in der entwicklungspolitischen Diskussion plötzlich mit ihm in einem Topf landen. Dies sollte uns nicht widerfahren.

Der zweite Aspekt, den ich kurz erwähnen möchte, knüpft an dem Antrag B 153 verschiedener Freunde der Jungen Union an. Anhand dieses Antrages möchte ich einige Aspekte noch kurz präzisieren.

Der Antrag fordert,

- die "humanitäre Basishilfe" ... jedem Staat, unabhängig von dessen politischer Struktur, zu gewähren;

Darüber kann man miteinander diskutieren, aber ich wäre sehr dankbar, wenn wir uns darin einig wären, daß nicht nur die politische Struktur des Empfängerlandes von Wichtigkeit ist, sondern auch und vor allem die Frage, ob in diesem Lande garantiert ist, daß die humanitäre Hilfe wirklich in die Hände der notleidenden Menschen kommt und nicht bei einem Regierungssystem hängenbleibt, das sich um die wahren Interessen der Menschen nicht sonderlich schert.

(Zustimmung)

Weiter wird gefordert, daß "die elementaren Menschenrechte und Grundfreiheiten" sowie "die Regeln des internationalen Völkerrechts" zu einem Maßstab der Vergabe von Entwicklungshilfe gemacht werden sollen. In der Tat, meine Freunde: Es kann nicht unser Ziel sein, angesichts der Not der Welt ein sozialistisches Verteilungssystem zu konstituieren, das eine permanente Subvention des Übels darstellt und möglicherweise die Untätigkeit von Regierungen in dieser Frage noch belohnt. Unsere Hilfe muß darauf konzentriert sein, daß sie den Selbstbehauptungswillen und die Eigeninitiative der Menschen freizusetzen geeignet ist und unterstützt. Das heißt aber auch, daß eben gerade diese Selbstbestimmung der Menschen, ihr freier Wille sowie ihre wirtschaftliche und auch politische Eigenentscheidung Kriterien für die Qualität eines Entwicklungsprozesses sein müssen. Ich gehe davon aus, daß für uns in der Entwicklungspolitik bei der Schwerpunktbildung solche Überlegungen entscheidender Ausgangspunkt für die Mittelvergabe sein sollten. Die Reformwilligkeit von Staaten – das bedeutet übrigens nicht nur wirtschaftliche Freiheit, sondern bedeutet in einem sehr starken Maße auch die Bereitschaft, die ländlichen Räume zu entwickeln, nicht nur die hauptstädtischen Massen zu subventionieren, sondern auch den Bauern auf dem Lande Freiheit zur wirtschaftlichen Entwicklung zu geben

(Zustimmung)

sollte ein Kriterium für die Vergabe unserer Entwicklungshilfe sein. Damit habe ich auch gleich gesagt, daß hier nicht nur der Gesichtspunkt einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung neben der demokratiepolitischen Komponente wichtig ist, sondern auch und gerade die agrarische Entwicklung.

Ein Letztes: Die Junge Union bzw. die Delegierten, die in ihrem Namen sprechen, fordern hier, daß wir uns auf Länder konzentrieren, "die sich in ihrer Außen- und Bündnispolitik nicht bewußt in die globale Strategie der Sowjetunion einordnen". Meine Freunde, ich habe nichts gegen diesen Satz, aber warum so defensiv? Lassen Sie uns doch sagen, daß wir wahre Selbstbestimmung, daß wir freiheitliche Ordnung in dieser Welt unterstützen wollen, ohne daß wir danach fragen, ob sie sich diesem oder jenem anlehnen. Sind wir eigentlich so verzagt, anzunehmen, daß sich Staaten der Dritten Welt, die wirklich ihre Freiheit behaupten wollen, im Osten anlehnen könnten?

(Vereinzelt Zustimmung)

Sie könnten sich doch wohl nur dem Lager der Freiheit gegenüber freundlich verhalten! Dort, wo sich Selbstbestimmung, Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde in der Dritten Welt vollziehen, sind in Wahrheit auch unsere Interessen gewahrt. So sollten wir unsere Unterstützung konzentrieren. — Ich danke Ihnen, Herr Präsident.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Vielen Dank! — Für die Antragskommission Herr Dr. Mertes!

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Gedanken der Jungen Union in hohem Maße sowohl in die Ziffer 15 als auch in die Ziffer 16 übernommen worden sind. Ich unterstreiche aber die Gedanken, die der Herr Kollege Köhler hier vorgetragen hat, und unterstreiche vor allem die Interpretation, die er dem Satz "Wir müssen anders leben, damit andere überleben." gegeben hat.

Ich empfehle Annahme in der vorliegenden Form.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich lasse über die Ziffer 15 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Form abstimmen. Wer für diese Fassung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Enthaltungen? — Bei 2 Enthaltungen ist diese Ziffer angenommen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß wir ab jetzt auf eine Richtredezeit von drei Minuten achten werden. Ich bitte die nachfolgenden Redner, sich daran zu halten.

Ich rufe Ziffer 16 auf. Dazu gehören die Anträge B 9 c, B 106 bis 110 und B 153. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kropp, Landesverband Westfalen. Bitte!

Thomas Kropp: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Bevor ich den Antrag der Jungen Union begründe, möchte ich noch zwei Aspekte grundsätzlich ansprechen, was mir gestern auf Grund der Systematik des Debattenablaufs leider nicht vergönnt war.

Gestern hat der Regierende Bürgermeister von Berlin hier ein sehr beeindruckendes Referat zur Diskussion über Frieden und Freiheit gehalten. Ich habe nur eines vermißt: Neben den vier Thesen, die Herr von Weizsäcker angesprochen hat, hätte ich

eine fünfte erwartet, nämlich die These, die Frieden und Freiheit im Nord-Süd-Konflikt anspricht und die Frieden und Freiheit den Stellenwert gibt, den die Dritte Welt braucht. Die ganze gestrige Diskussion, die sich um wichtige Fragen – Atomraketen in Europa, Rüstungsfragen in Ost und West – gedreht hat, hat für mich den Aspekt des Friedens und der Freiheit für die Dritte Welt und der Solidarität mit ihr etwas verkümmern lassen.

(Zustimmung)

Ich denke, hier hat die CDU heute morgen bei der Beratung dieses Antrages einen Nachholbedarf, und deswegen darf ich jetzt zu diesem Antrag sprechen.

Die Antragskommission empfiehlt, den ersten Teil anzunehmen. Ich sage gleich, daß wir es als grundlegend ansehen, daß die Basishilfe für alle Länder geleistet wird, gleichgültig, welche politische Struktur sie haben. Denn, meine Damen und Herren, was kann der Indio, der Bergarbeiter in Bolivien dafür, daß er seit Jahrzehnten von einer faschistischen Diktatur ausgebeutet wird, und was kann der vietnamesische Bauer dafür, daß er von einer grausamen kommunistischen Diktatur geknebelt wird?

(Beifall)

Unser Anliegen ist: Wir wollen den Menschen helfen und – wie Dr. Köhler es eben gesagt hat – nicht den Regierenden.

Der zweite Teil hat, wie ich aus der Antragskommission gehört habe, zum Teil zu Mißverständnissen geführt. Ich möchte nur einen Aspekt beleuchten: Selbstverständlich geht es der Jungen Union nicht darum, für alle Entwicklungsländer die Soziale Marktwirtschaft als Grundbedingung zu fordern. Wir haben gestern über die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft gesprochen.

Wir haben auch als Junge Union in unserem entwicklungspolitischen Programm, das wir vor wenigen Tagen auf dem Deutschlandtag beschlossen haben, gesagt, daß die Soziale Marktwirtschaft als internationale Soziale Marktwirtschaft einen dritten Weg zwischen neuer Weltwirtschaftsordnung planwirtschaftlichen Charakters und dem Laissez-faire-Kapitalismus des vorigen Jahrhunderts darstellen könnte. Wir meinen, hier muß als ein dritter Weg die Soziale Marktwirtschaft als Ziel anvisiert werden, nicht als Grundbedingung.

Aber meine Damen und Herren, um es kurz zu machen: Wir würden uns mit der Empfehlung der Antragskommission einverstanden erklären und würden uns freuen, wenn Sie diesem Antrag zustimmen könnten.

Ein letztes, das mir jetzt durch den Sinn geht: Ich meine, wir sollten unsere Aufgaben hier heute nicht nur darin verstehen, daß wir Entwicklungshilfepolitik in der Form machen, daß wir einen neuen Antrag beschließen, nachdem wir in Mannheim ein Arbeitsprogramm beschlossen haben, sondern wir sollten von diesem Parteitag in die Kreisverbände zurückgehen und dieses Arbeitsprogramm umsetzen. Beispielsweise macht der Landesverband Baden-Württemberg hier mit konkreter Projektarbeit Beispielhaftes. Ich fordere Sie alle auf, in der konkreten täglichen Arbeit Ihrer Kreisverbände das Gleiche zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Buchkremer, Landesverband Rheinland.

Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Initiativantrag, der uns vorliegt, in seiner vollen Konsequenz übernommen werden sollte. Wir sind der Überzeugung, daß die Soziale Marktwirtschaft bei uns Hervorragendes getan hat und daß sie noch Hervorragendes leisten soll. Wenn wir den Entwicklungsländern helfen wollen, dann halte ich das Predigen für die Soziale Marktwirtschaft nicht für einen Eingriff in ihre kulturellen Eigenheiten. Wir sollten dies als Hilfe zur Selbsthilfe so nach außen hin formulieren. Es gibt andere Gruppen in unserer Gesellschaft, die wollen ihr Weltbild nach außen bringen. Ich will mein Weltbild nicht nach außen bringen als Zwang, sondern als eine Möglichkeit, wie wir Hilfe zur Selbsthilfe verstehen. Ich glaube, nur mit der Hilfe an der Basis, der sogenannten Basishilfe, haben wir für die Dritte und Vierte Welt nicht genügend getan.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission spricht Herr Dr. Mertes.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, daß wir gestern in der Antragskommission ursprünglich die Absicht hatten, den Initiativantrag ganz zu übernehmen. Es folgte dann aber eine sehr eingehende Diskussion – es war die längste Diskussion bei den noch eingegangenen Anträgen – und sind zu folgendem Ergebnis gekommen. Sowohl der Duktus wie die Länge wie auch gewisse inhaltliche Probleme – etwa zu dem Satz "Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft ..." haben uns veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß unsere Grundsätze für diesen Bereich sowohl im Grundsatzprogramm wie im Entwicklungspolitischen Programm vollkommen klar dargelegt sind, und aus Gründen der Systematik des Leitantrages nur einen – allerdings sehr, sehr wichtigen – Satz aus diesem Initiativantrag zur Übernahme zu empfehlen, nämlich den Satz:

Die "humanitäre Basishilfe" (Hunger- und Katastrophenhilfe) ist jedem Staat, unabhängig von dessen politischer Struktur, zu gewähren.

In der Tat, was kann der einzelne in Bolivien oder in einem kommunistischen Staat Europas oder Asiens dafür, daß es dort ein System totalitärer oder autoritärer Natur gibt.

Ich bitte deshalb, den von uns vorgelegten Text unter Hinzufügung des Satzes, den ich eben zitiert habe, anzunehmen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich lasse über Ziffer 16 in der eben von Herrn Dr. Mertes vorgetragenen Formulierung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen ist diese Ziffer mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 17 auf. Dazu gehören die Anträge B 1 d und B 111 bis B 117. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Ich lasse über Ziffer 17 abstimmen. Wer für die Ziffer 17 in der von der Antragskommission

mission empfohlenen Fassung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Diese Ziffer ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 18 auf. Dazu gehören die Anträge B 118 und B 120. Auch hierzu liegen Wortmeldungen nicht vor.

Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich der Stimme? — Diese Ziffer ist bei zwei Enthaltungen angenommen.

Ich rufe Ziffer 19 auf. Dazu gehören die Anträge B 121 bis B 126. Dazu liegt eine Wortmeldung von Frau Renate Sommer, Landesverband Rheinland, vor.

Renate Sommer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Mülheim hat beantragt, folgenden Satz anzufügen:

Die CDU tritt aktiv für die Menschenrechte in aller Welt ein und unterstützt die Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und von amnesty international.

Diesen Antrag hat die Antragskommission zur Ablehnung empfohlen. Warum, das weiß ich nicht ganz genau. Es könnte sein, daß dieser Passus an der Stelle vielleicht nicht ganz richtig stehen würde. Dies wäre aber der einzige Grund, den ich akzeptieren könnte.

Es könnte aber auch sein — und das vermute ich fast —, daß der Begriff amnesty international immer noch ein Reizwort für die CDU ist,

(Beifall)

obwohl eine ganze Reihe von CDU-Mitgliedern dort mitarbeiten.

Es wird sehr oft gesagt, amnesty international sei linkslastig und sehe die Menschenrechtsverletzungen eher im Bereich von Rechtsdiktaturen bzw. Militärdiktaturen, aber nicht so in kommunistischen. Das mag vielleicht zutreffen. Nur, ändern können wir dies nicht durch Kritik und Ablehnung, sondern nur, indem wir in dieser Organisation mitmachen.

(Beifall)

Gestern haben viele junge Leute hier beklagt, daß die CDU zuwenig offen, zuwenig tolerant usw. sei. Es sind wohl auch gerade diese Berührungängste und Abwehrmechanismen, die das Verhältnis der Jugend zur CDU oft so schwierig machen.

Wer für Frieden und Freiheit eintritt, muß der nicht auch für die politischen Gefangenen eintreten, gleichgültig, ob sie unter einer kommunistischen Diktatur oder einer Militärdiktatur leiden?

(Beifall)

Ich möchte gerade unsere jungen Menschen auffordern, aber auch uns alle, daß wir uns aktiv für die Menschenrechte der politischen Gefangenen einsetzen. Und damit wir ein Zeichen setzen, wie ernst es uns damit ist, sollten wir diesen Antrag annehmen.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Dr. Mertes.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Die Antragskommission ist der Auffassung, daß diesem Begehren entsprochen werden sollte. Wir sind also für die Aufnahme dieses Textes.

(Beifall)

Ich habe nur Probleme damit, daß der Einsatz für die Menschenrechte in Ziffer 19, im Zusammenhang mit den Rüstungsexporten, angesprochen werden soll. Vielleicht sind Sie damit einverstanden, daß wir uns, wenn wir diesen Text übernehmen, überlegen, wohin er nach der Systematik des Leitansatzes paßt. Ich möchte dann allerdings folgende Fassung vorschlagen:

Die CDU tritt aktiv für die Menschenrechte in aller Welt ein. Deshalb unterstützt sie auch die Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und von amnesty international.

Denn das kann ja nicht die einzige Form unserer Unterstützung von Arbeiten auf diesem Gebiet sein.

(Zustimmung)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung über Ziffer 19 einschließlich der Übernahme des soeben von Herrn Dr. Mertes im Namen der Antragskommission vorgeschlagenen Textes. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe Ziffer 20 auf. Dazu gehören die Anträge B 127 bis B 131 sowie B 165. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Buchkremer, Rheinland, vor.

Hermann-Josef Buchkremer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auf den Antrag der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung beziehen. In der Empfehlung der Antragskommission steht, daß die Länder Osteuropas und die Sowjetunion in Sicherheit und Frieden leben wollen. Ich persönlich bin der Meinung, daß sie auch in Freiheit leben möchten. Ich habe mir dieses Papier durchgelesen und an keiner Stelle gefunden, daß wir dieses Recht auch den Völkern des Ostens zugestehen. Wir haben unter der Ziffer 15 erwähnt, daß es unsere christliche Nächstenliebe für die Dritte und Vierte Welt gibt. Nirgendwo steht, daß diese christliche Nächstenliebe auch der Zweiten Welt gilt. Ich bin der Meinung, wir sollten analog zur Dritten und Vierten Welt auch unsere Mitbürger, unsere christlichen Brüder oder unsere nichtchristlichen Brüder in den Ländern jenseits der Mauer und des Sta-

cheldrahts nicht vergessen. Ich bin also der Meinung, daß unsere christliche Nächstenliebe auch der Zweiten Welt gilt, und zwar nicht den Regierungen, sondern der Bevölkerung.

(Beifall)

Weiter steht unter Ziffer 16, daß wir für die Unabhängigkeit und Freiheit der Dritten und Vierten Welt sind. Ich habe dies nirgendwo für die Zweite Welt gefunden. Es würde mich traurig machen, wenn ich mit einem aus der Bevölkerung dieser Länder sprechen würde und ihm sagen müßte, daß die CDU nur für die Sicherheit und den Frieden da ist. Wir haben als Thema für unsere Tagung: "Frieden und Freiheit". Mein Gott, wem wollen wir die denn an erster Stelle geben, wenn es nicht die Zweite Welt ist. Aus diesem Grund bitte ich, das Wort Frieden auch für die Zweite Welt mit in unsere Unterlagen zu übernehmen. Ich danke Ihnen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Mertes das Wort.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Herr Buchkremer hat recht. Ich schlage deshalb vor, daß wir den Text wie folgt formulieren: "... von Todesopfern bringen mußten, in Sicherheit, Frieden und Freiheit leben wollen". Herr Buchkremer, außerdem wird im weiteren Text ein bestimmtes Menschenrecht, nämlich das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker, noch einmal erwähnt. Durch die Übernahme Ihres Vorschlags, "Freiheit" auch für die Menschen der Zweiten Welt zu fordern und durch die Erwähnung des Selbstbestimmungsrechts wird Ihrem legitimen Anliegen meines Erachtens Rechnung getragen.

Bei der Gelegenheit will ich auch noch sagen, warum wir im letzten Satz einen kleinen Zusatz eingefügt haben. Bisher hieß der Text der Antragskommission "Die CDU fordert die Sowjetunion auf, auf Gewalt zu verzichten". Das ist zu knapp. Angesichts der Ereignisse in Afghanistan und um Polen herum wollten wir das im Sinne der Sprache des Völkerrechts präzisieren. Es heißt jetzt: "Die CDU fordert die Sowjetunion auf, auf jede Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele zu verzichten, das Sicherheitsinteresse, das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker zu achten". In dieser Form ist, glaube ich, allen Gesichtspunkten, die in diesem Zusammenhang vorgetragen worden sind, voll Rechnung getragen.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Ich lasse über den Vorschlag von Herrn Dr. Mertes, den Vorschlag der Antragskommission, abstimmen. Wer für diesen Vorschlag, bezogen auf die Ziffer 20, ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Die Ziffer 20 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 21 auf. Dazu gehören die Anträge B 132 bis B 134 und B 166.

Der Kollege Sauer vom Landesverband Braunschweig hat sich zu Wort gemeldet.

Helmut Sauer: Herr Tagungspräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine redaktionelle Änderung beantragen. Beim Antrag 132 bzw. beim Initiativantrag B 166 lautet der Satz 3: "Das bedingt, daß wir die politischen Ziele und Motive unserer Gesprächs- und Verhandlungspartner in der Sowjetunion und in Osteuropa verstehen, auch wenn wir mit ihnen nicht einverstanden sind". Liebe Partei-

freunde, "verstehen" heißt doch im Grunde genommen, Verständnis zu haben. Ich habe kein Verständnis für die sowjetische Deutschlandpolitik.

(Beifall)

Ich habe kein Verständnis für die Unrechtsgrenzen in Deutschland. Ich habe kein Verständnis für die Mauer in Berlin. Im Klartext heißt doch diese Formulierung der Antragskommission, daß wir z. B. auch die völkerrechtswidrige Besetzung Afghanistans, die Sowjetpolitik in Afrika oder im Jemen als politisches Ziel "verstehen". Ich meine, dieser Unsinn darf hier nicht stehen bleiben. Ich beantrage, das Wort "verstehen" durch "erkennen" zu ersetzen und den anschließenden Halbsatz zu streichen. Danke schön.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Mertes für die Antragskommission.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Herr Kollege Sauer, ich habe in einem kurzen Beitrag auf diesem Parteitag einmal gesagt: Ich verstehe die jungen Menschen; aber Verständnis ist nicht gleich Einverständnis. Ich persönlich bin der Auffassung, daß man dieses Nachvollziehen der Denkvoraussetzungen des Gegners in der Außenpolitik in der Tat akzeptieren muß. Ich gebe gern zu, daß das Wort "verstehen" in der deutschen Sprache so etwas nach sympathischem Verstehen klingt. Aber das "verstehen" heißt hier nicht irgendeine Sympathiebekundung, sondern es geht um das Verstehen der Denkweise eines anderen. Es wäre eine schlechte deutsche Außenpolitik, wenn ich nicht nachvollziehen kann, wie die Denkvoraussetzungen meiner Gegner in Moskau und in Ost-Berlin sind.

(Beifall)

Ich bin deshalb dafür, daß man das versteht. Anschließend steht da ausdrücklich: "..., auch wenn wir mit ihnen nicht einverstanden sind". Ich möchte sogar sagen: auch wenn wir sogar dagegen sind. Das wird darin zum Ausdruck gebracht. Auch in den Diskussionen draußen ist das immer wieder so gesagt worden. Ich versuche, die gefährliche sowjetische Politik zu erläutern, indem ich zunächst einmal verstehe, wie die Sowjets es meinen. Dadurch werden sie so gefährlich. Wenn ich das nicht nachvollziehe, mache ich keine gute Außenpolitik. Deshalb bleibe ich dabei zu sagen: Wir müssen die Ziele und Motive – man kann die ideologischen Voraussetzungen noch hinzufügen – verstehen, auch wenn wir dagegen sind.

(Beifall)

Im übrigen muß ich noch hinzufügen, daß der nächste Satz lautet: "Das heißt aber auch, daß wir sie nicht über unsere eigene Politik im unklaren lassen". Von mir aus könnte man noch hinzufügen, daß auch sie Verständnis für unsere Voraussetzungen oder unsere Politik mitbringen müssen. Ist das eine akzeptable Formel? – Gut. Um dem Gedanken des Kollegen Sauer, den ich verstehe, Rechnung zu tragen, schlage ich vor zu formulieren: "Das heißt aber auch, daß wir sie nicht über unsere eigene Politik im unklaren lassen und daß wir ihr Verständnis für unsere Haltung ebenfalls erwarten."

Mit der Jugend
Unser Land
braucht einen
neuen Anfang

CDU



sicher
sozial







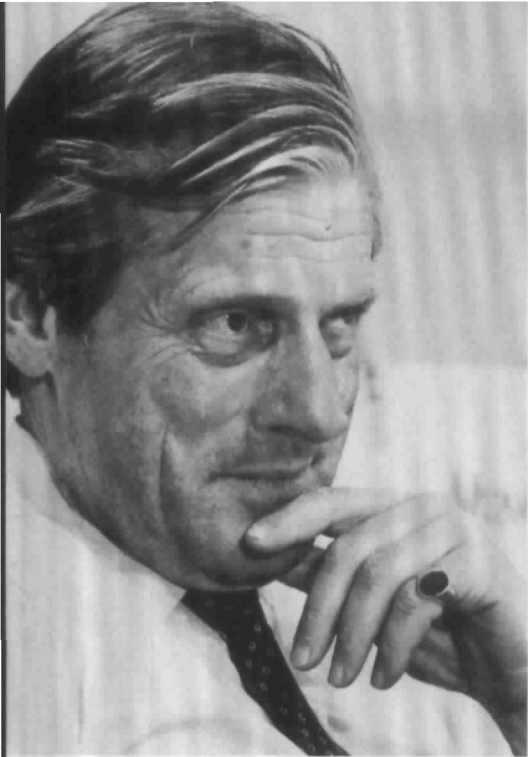
Wissmann

Waffenschmidt

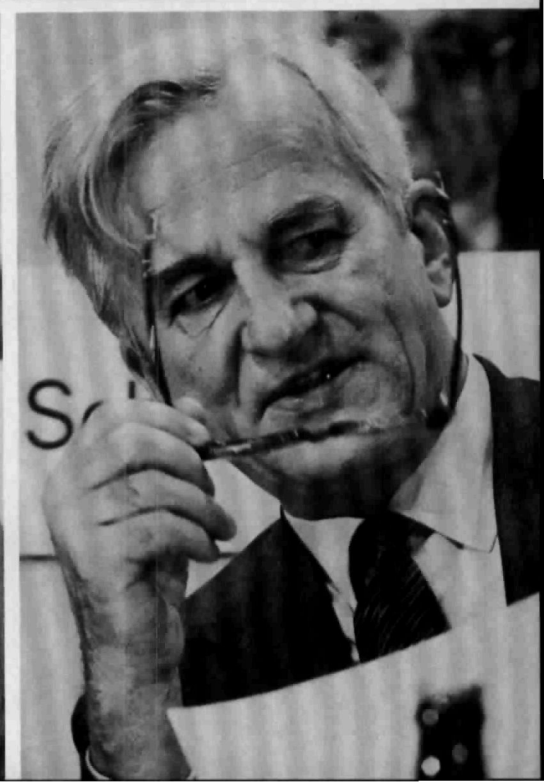
Verstegen

CDU
sicher
sozial
und frei

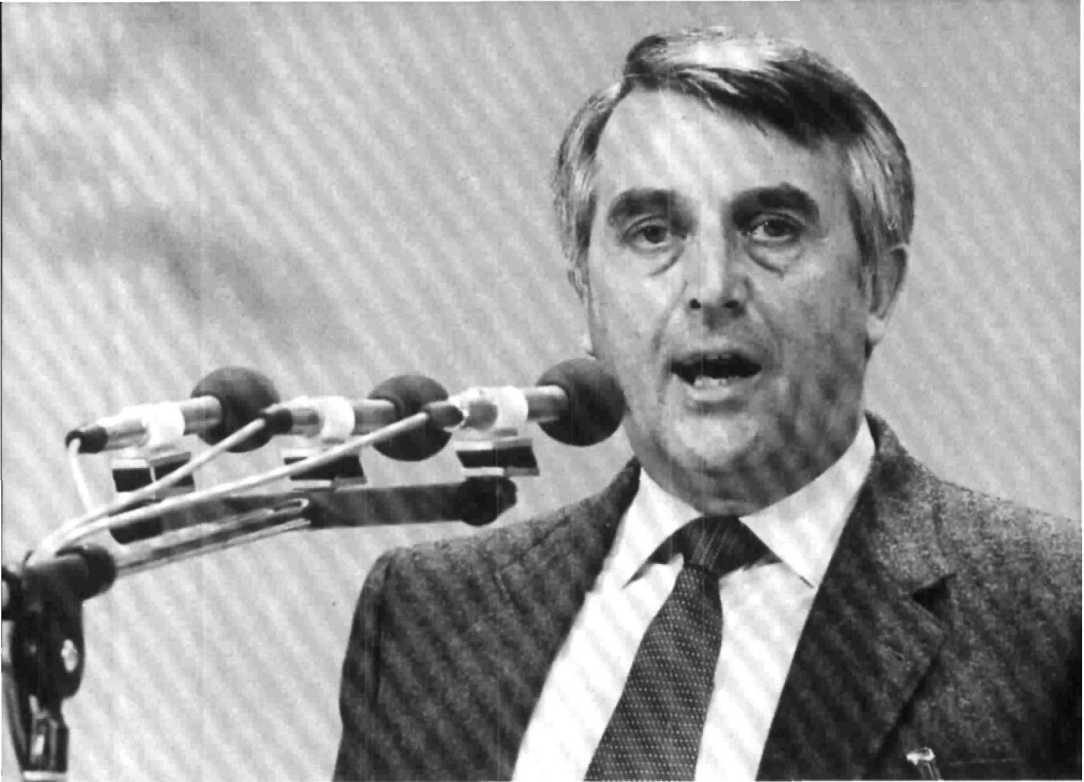




Hasselmann





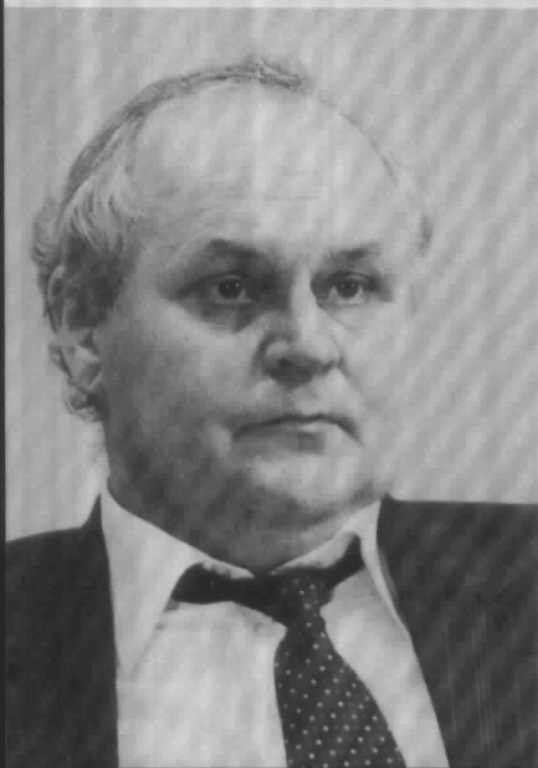


Mit der Jugend

Für neue Zukunftschancen in Bildung und Beruf











Ehrengäste



CDU FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT



Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich beziehe den letzten Vorschlag von Herrn Dr. Mertes mit in die Abstimmung ein.

Herr Dr. Mertes hat noch einmal das Wort.

Dr. Alois Mertes, Antragskommission: Ein politischer Hinweis: Wir haben die Worte "europäische Interessen" gestrichen und die Worte "Gedanken- und Informationsaustausch" durch das Wort "Dialog" ersetzt, weil wir nicht nur einen Gedanken- und Informationsaustausch wollen, sondern weil wir auch überzeugen wollen. Deshalb ist das Wort "Dialog" in diesem Fall nicht nur das modischere, sondern auch in der Sache das bessere Wort. Der Satz ist auch deshalb notwendig, um das Bewußtsein für gemeinsame europäische Interessen wachsen zu lassen. Es könnte mißverstanden werden, daß das Interessen seien, die einerseits hinsichtlich der Europäer und der Sowjetunion und andererseits hinsichtlich der Vereinigten Staaten abgesondert seien. Daher genügt es zu sagen: Gemeinsame Interessen und Aufgaben, die es natürlich auch im Verhältnis zur Sowjetunion gibt.

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Sie haben gehört, was Herr Dr. Mertes zum Schluß für die Antragskommission vorgeschlagen hat. Diese Vorschläge beziehe ich ein und lasse über den Vorschlag der Antragskommission insgesamt abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission in Ziffer 21 ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist die Ziffer 21 angenommen.

Zwischendurch möchte ich Ihnen eine weitere erfolgreiche Meldung durchgeben. Nachdem unsere Freunde in Niedersachsen u. a. den Oberbürgermeister in Braunschweig, Salzgitter und, wie wir gestern gehört haben, in Osnabrück stellen, ist gestern abend auch in Wilhelmshaven einer unserer Freunde zum Oberbürgermeister gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch an die Freunde in Niedersachsen.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 22 auf. Dazu gehören die Anträge B 135 bis B 139 und B 167. Wortmeldungen dazu gibt es nicht.

Deshalb lasse ich über den Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 22 abstimmen. Wer für den Vorschlag der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist die Ziffer 22 angenommen.

Ich rufe die Ziffer 23 auf. Dazu gehören die Anträge B 140 bis B 143 und der Antrag B 155. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 23 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke. Wer ist dagegen? — Wer enthält sich? — Die Ziffer 23 ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe die Ziffer 24 auf. Dazu gehören die Anträge B 144 bis B 146. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse über den Vorschlag der Antragskommission zu Ziffer 24 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die Ziffer 24 ist damit einstimmig angenommen worden.

Ich komme zur letzten Ziffer der heutigen Beratung, was den Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes angeht; das ist die Ziffer 25. Dazu gehören die Anträge B 147 bis B 152. Hierzu gibt es ebenfalls keine Wortmeldungen.

Ich lasse über die Ziffer 25 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig angenommen worden.

Meine Damen und Herren, damit sind die Beratungen zum Leitantrag des Bundesvorstandes abgeschlossen. Wir haben sehr ausführlich über die verschiedenen Anträge diskutiert, und wir haben die einzelnen Kapitel jeweils mit großer Mehrheit beschlossen. Ich möchte jetzt zum Abschluß den gesamten Leitantrag, der ja in einigen Punkten durch Ihre Anträge geändert worden ist, zur Abstimmung stellen.

Es steht also zur Abstimmung der Leitantrag des CDU-Bundesvorstandes in der inzwischen von Ihnen mit großer Mehrheit in Einzelabstimmungen beschlossenen Fassung. Wer für den Leitantrag ist, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Meine Damen und Herren, bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen ist der Leitantrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Beifall)

Ich rufe nun den **Punkt 13 der Tagesordnung** auf:
Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Bundesparteigerichts der CDU bis zum 6.11.1984

Dazu haben Sie eine Vorlage mit der Überschrift "Vorlage zu Tagesordnungspunkt 12". Diese "12" muß in "13" geändert werden. Der Bundesvorstand schlägt die Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des CDU-Bundesparteigerichtes vor, und zwar Herrn Karl-Heinz Keller, Präsident des Oberlandesgerichtes Karlsruhe. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Ich lasse deshalb über den Vorschlag des Bundesvorstandes abstimmen. Wer für diesen Vorschlag ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Vorschlag des Bundesvorstandes zu Tagesordnungspunkt 13 einstimmig Rechnung getragen worden.

Ich übergebe nun das Tagungspräsidium an Jürgen Echternach.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde, wir haben die große Freude, in unserer Mitte die Generalsekretärin der Weltunion der christlich demokratischen Frauen, Frau Charlotte Fera, begrüßen zu können. Wir freuen uns sehr, liebe Frau Fera, daß Sie nach einem schweren Unfall wieder genesen sind und heute erstmals an den Beratungen des Parteitages teilnehmen können. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu **Punkt 14 der Tagesordnung**:

Anträge zur Satzungsänderung

Ich rufe den Antrag F 01 mit der neuen Empfehlung auf, die die Antragskommission zu diesem Antrag gegeben hat. Darf ich fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. – Das Wort wird auch von der Antragskommission nicht gewünscht.

Wer dem Antrag in der Fassung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. – Das ist offenbar einstimmig so beschlossen worden.

Ich rufe den Antrag F 2, Initiativantrag des Bundesvorstandes, auf. Liegen dazu Wortmeldungen vor? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die Delegierten, die diesem Antrag zustimmen wollen, um das Erheben der Stimmkarte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich stelle fest, daß auch dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Dann rufe ich den Initiativantrag des Bundesvorstandes F 3 auf. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die Delegierten um das Erheben der Stimmkarte, wenn sie diesem Antrag des Bundesvorstandes zustimmen wollen. – Vielen Dank. Möchte jemand gegen den Antrag stimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Dann ist dieser Antrag offenbar auch einstimmig beschlossen worden.

Dann rufe ich den Antrag F 4 des Bundesvorstandes auf. Wortmeldungen? – Nicht der Fall.

Dann bitte ich die Delegierten, die diesem Initiativantrag des Bundesvorstandes zustimmen wollen, um das Erheben der Stimmkarte. – Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. – Es möchte niemand dagegen stimmen. – Dann ist auch dieser Antrag einstimmig beschlossen worden.

Damit kommen wir zu den sonstigen Anträgen.

Ich übergebe jetzt die Leitung an Herrn Dübel.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Ich rufe **Punkt 15 der Tagesordnung** auf:

Sonstige Anträge.

Antrag G 01! Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Einstimmung angenommen.

Ich rufe den Antrag G 02 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung. – Wortmeldungen? – Eine Wortmeldung: Antragsteller zur Begründung.

Josef Merkel: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, diesen Antrag nicht zu überweisen – und damit eine Beerdigung erster Klasse vorzunehmen –, sondern den Antrag anzunehmen. Es geht hier nicht darum, den Bundesausschuß anders zusammenzusetzen, sondern es geht nur darum, daß mindestens einmal im Jahr auch die Kreisverbände die Möglichkeit haben, anstehende Fragen mit dem zweithöchsten Organ der Bundespartei zu diskutieren. Das allein ist unser Anliegen. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Der Bundesparteivorsitzende hat das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin grundsätzlich für den Antrag, was seine Intention betrifft. Ich schlage aber vor, die beiden Dinge aus satzungsrechtlichen Gründen voneinander zu trennen.

Wir müssen bei unseren regulären Bundesausschußsitzungen bleiben. Dazu brauchen wir einmal im Jahr die Konferenz der Kreisvorsitzenden. Ich plädiere also für beides, aber ich bin dagegen, daß wir das miteinander verbinden und zu einem Regelfall machen. In einem Ausnahmefall kann man das durchaus tun. Ansonsten müssen wir die satzungsmäßige Ordnung beibehalten, da wir im anderen Fall die Satzung als Ganzes noch einmal überdenken müßten.

Herr Vorsitzender, zweitens möchte ich, wenn Sie damit einverstanden sind – dann brauche ich nicht noch einmal ans Pult –, folgendes sagen. Wir haben eben Satzungsänderungen beschlossen, die in die Organisationsstruktur eingreifen. Ich bitte um Ihre Zustimmung, daß wir § 31 – er regelt die Einberufung des Bundesparteiausschusses – in diesem Jahr ausnahmsweise so auslegen, nicht noch eine Bundesausschußsitzung durchzuführen. Im Regelfall führen wir einen Parteitag und zwei Bundesausschußsitzungen durch. In diesem Jahr sind es zwei Parteitage. Ich möchte daher die Dezember-Sitzung des Bundesausschusses ausfallen lassen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Öttinger.

Gunther Öttinger: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte in Erwiderung auf den Bundesvorsitzenden deutlich machen, daß mit dem Antrag – so die Intention der Antragsteller – keine Änderung der Parteisatzung angestrebt wird. Vielmehr soll damit eine politische Aufforderung an den Bundesvorstand bzw. den Bundesausschuß dahin gehend ausgesprochen werden, einmal im Jahr die Kreisvorsitzenden nach Bonn zu einer gemeinsamen Besprechung, zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bundesausschuß einzuladen. Damit wird die bisherige Regelung, wie sie in der Satzung niedergelegt ist, in keiner Weise angetastet. Insofern ist das Argument von Herrn Dr. Kohl nicht stichhaltig.

Ich bitte Sie, dem Antrag G 02 des Kreisverbandes Zollern-Alb zuzustimmen, der es

ermöglichen könnte, eine stärkere Anbindung der Parteibasis an die Entscheidungen der bundespolitischen Gremien, der Bundes-CDU zu erreichen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Generalsekretär.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Antrag kann man doch zustimmen, wenn man sagt: Der Bundesvorstand wird aufgefordert, mindestens einmal im Jahr die Kreisvorsitzenden einzuladen. Was nicht geht, ist die institutionelle Verbindung mit der Sitzung des Bundesparteiausschusses. Aber das hat Helmut Kohl vorhin schon gesagt. Es entfielen also die Formulierung "zu einer Sitzung des Bundesausschusses". Es bleibt dann der von mir eben angeregte Satz. Ich bitte, so zu beschließen.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Generalsekretärs gehört. Ich lasse über diesen Vorschlag abstimmen. Wer für die Annahme des Antrages G 02 in der abgewandelten Form ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Die abgewandelte Form des Antrages G 02 ist einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag G 03 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der ausgedruckten Fassung. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Ich stelle wiederum einstimmige Annahme fest.

Ich rufe den Antrag G 04 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der ausgedruckten Form. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Erneut einstimmige Annahme.

Ich rufe den Antrag G 05 auf. Es wird Annahme empfohlen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages G 05 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag G 06 in Verbindung mit dem Antrag G 24 auf. Die Antragskommission empfiehlt die neben dem Antrag G 24 ausgedruckte Form. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer für die Annahme des Antrages in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle erneut einstimmige Annahme fest.

Ich rufe den Antrag G 07 auf. Es wird Überweisung an den Bundesvorstand empfohlen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den

bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Der Antrag G 08 ist erledigt. Der Ordnung halber lasse ich aber gleichwohl noch einmal über die Erledigung abstimmen. Wer dafür ist, den Antrag G 08 als erledigt zu erklären, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag G 09 auf. Es wird Annahme empfohlen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages G 09 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle erneut einstimmige Annahme fest.

Ich rufe den Antrag G 10 auf. Es wird Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Überweisung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag G 11 auf. Es wird Annahme empfohlen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages G 11 ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle erneut einstimmige Annahme fest.

Ich rufe den Antrag G 12 in Verbindung mit dem Antrag G 25 auf. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Heintze, Landesverband Westfalen, vor.

Bernd Heintze: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Im Jahr 1973 haben wir in diesem Hause über diese Problematik diskutiert, zu einer Zeit, als sie in aller Munde war. Der Kreisverband Unna schlägt vor, diese Problematik heute, acht Jahre danach, noch einmal aufzugreifen. Wir wollen diesen Platz besetzen, bevor uns wieder jemand anders die Butter vom Brot nimmt. In den letzten Monaten haben wir ja gesehen, daß die CDU immer wieder versucht, dort die Plätze zu besetzen, wo die Diskussion plötzlich in Gang kommt. Gestern abend ist in einer Sendung mit dem Titel "Die CDU läuft immer hinterher" darüber in treffender Weise diskutiert worden.

Ich meine, wir sollten nicht diejenigen sein, die immer erst dann über ein Thema diskutieren, wenn es in aller Munde ist, sondern wir sollten auch einmal versuchen, vorab in die Diskussion über solche Themen einzutreten.

Ich bin durchaus der Meinung, daß der Bundesvorstand nicht in der Lage sein kann, uns schon ein Konzept vorzulegen, das den weiteren Weg festschreibt, den wir verfolgen sollten. Aber ich frage mich, warum hier und heute nicht darüber gesprochen werden kann, was hinsichtlich dieser Problematik in den letzten acht Jahren geschehen ist. Mir kann doch keiner erzählen, daß hier nicht Leute sitzen, die uns dazu etwas sagen könnten. Ich fordere im Namen des Kreisverbandes Unna – und hoffentlich auch in Ihrem Namen –, daß dazu heute etwas gesagt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Ziffer 2 unseres Antrages an den Bundesvorstand überwiesen wird.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission, Herr Vogel.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Einverstanden!

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Die Antragskommission ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Ich lasse über den modifizierten Vorschlag abstimmen und bitte diejenigen, die zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag in der modifizierten Form einstimmig angenommen.

Ich rufe den Antrag G 13 auf. Es wird Überweisung an die Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament empfohlen.

Es hat sich Herr Dr. Franz, Landesverband Rheinland, zu Wort gemeldet.

Dr. Otmar Franz, Mülheim: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Uns allen ist klar, daß die Energieprobleme für uns in Europa in den 80er und 90er Jahren die zentralen Probleme sein werden. Wenn wir nicht ausreichend Energie zu tragbaren Kosten zur Verfügung haben, werden die Arbeitslosenzahlen sprunghaft in die Höhe gehen, und wir werden unsere Stabilität und unser soziales Netz nicht erhalten können.

(Vereinzelte Zustimmung)

Meine Damen und Herren, wir benötigen für die Energieversorgung jede Energiequelle, die verfügbar ist, und wir müssen jede Energieeinsparmöglichkeit nutzen, die vorstellbar ist.

Dafür sind erhebliche Forschungen und Investitionen nötig, die national nicht finanzierbar sind. Wir müssen zu einer europäischen Energiepolitik, zu einer Koordinierung mit unseren Nachbarn kommen, um mit Hilfe des Binnenmarktes von 270 Millionen Menschen das Potential zu schaffen, um die entsprechenden Forschungen und Investitionen sowohl im Hinblick auf die Kohleveredelung als auch auf andere Energiesparten und die Energieeinsparung zu ermöglichen.

Wie mit Mitgliedern der Antragskommission besprochen, möchte ich Sie bitte, diesem Antrag des Landesverbandes Rheinland, den dieser auf dem letzten Landesparteitag einstimmig beschlossen hat, im Grundsatz zuzustimmen. Eine Überweisung alleine reicht uns nicht. – Auf der anderen Seite ist klar, daß auf diesem Bundesparteitag nicht alle Fragen im einzelnen ausdiskutiert werden können. Deswegen nochmals mein Petitum: Stimmen Sie diesem Antrag im Grundsatz zu! – Danke schön.

(Vereinzelter Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort für die Antragskommission hat Herr Vogel.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission empfiehlt, entgegen dem ausgedruckten Vorschlag, Annahme im Grundsatz und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Es gibt eine Reihe von Einzelheiten, die eine längere Diskussion erfordern würden. Deshalb ist dieses Verfahren mit den Antragstellern abgesprochen worden. Sie sind damit einverstanden, wenn der Parteitag den Antrag im Grundsatz annimmt und ihn im übrigen überweist.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Freunde! Sie haben die Empfehlung von Herrn Vogel gehört.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung ist damit so beschlossen.

Ich rufe den Antrag G 14 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer für Annahme des Antrages ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme angenommen.

Ich rufe den Antrag G 15 auf. Es wird Überweisung an den Bundesvorstand vorgeschlagen.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages G 15 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich stelle einstimmig Annahme fest.

Ich rufe den Antrag G 16 auf. Es wird Ablehnung empfohlen, soweit nicht durch Beschlußfassung zum Leitantrag erledigt.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission, den Antrag abzulehnen. Ich bitte diejenigen, die für den Vorschlag der Antragskommission sind, um das Handzeichen. –

Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? –

Eine Stimmenthaltung. Der Antrag ist damit, entsprechend der Empfehlung der Antragskommission, abgelehnt.

Ich rufe den Antrag G 17 auf. Es wird Überweisung an den Bundesvorstand vorgeschlagen.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Überweisung an den Bundesvorstand ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Somit ist einstimmig so beschlossen.

Meine Freunde, ich rufe jetzt die Anträge G 18 bis G 20 auf, die zusammen behandelt werden sollen, und weise auf die neue Empfehlung der Antragskommission hin, die Ihnen in einer Tischvorlage zugegangen ist.

Zur Begründung des Antrages G 20 Herr Göhner, Westfalen.

Reinhard Göhner, Westfalen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern hier im Forum haben eine Reihe unserer jugendlichen Gäste auf die unerträgliche Situation hingewiesen, daß wir seit Jahren auf eine Novellierung des Wehrdienstgesetzes warten.

(Beifall)

Seit die Regierungsparteien SPD und FDP die Verfassungswidrigkeit ihres Postkartenverfahrens bescheinigt bekommen haben, blockieren sie jegliche Regelung auf diesem Gebiet. Deshalb sollten wir als Union im Interesse der Betroffenen initiativ werden.

(Beifall)

Das Ziel unseres Antrages, der drei hier vorliegenden Anträge, und auch der Empfehlung der Antragskommission ist letztlich, durch eine Neugestaltung des Zivildienstes – an Stelle des bisherigen Anerkennungsverfahrens – das Grundrecht der Verweigerung aus Gewissensgründen zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, Helmut Kohl hat vorgestern hier darauf hingewiesen, daß wir als Union es gewesen sind, die dafür gesorgt haben, daß das Recht der Verweigerung des Wehrdienstes aus Gewissensgründen ein Verfassungsrecht, ein Grundrecht, geworden ist. Deshalb sind gerade wir in besonderer Weise gefordert, eine Regelung zu finden, die dieses Grundrecht sicherstellt, besser sicherstellt als das ungeeignete und unwürdige Anerkennungsverfahren heute.

(Beifall)

Wir dürfen uns nicht mit dem Tatbestand abfinden, daß heute derjenige anerkannter Wehrdienstverweigerer werden kann, der rhetorisch besonders begabt ist und deshalb vor dem Prüfungsausschuß bestehen kann, oder der, der in der Lage ist, das Verwaltungsgericht anzurufen. In drei Vierteln aller Fälle, in denen das Verwaltungsgericht entscheidet, bekommt der seine Glaubwürdigkeit bescheinigt. Dann hat er möglicherweise die Chance, einen Dienst zu leisten, der für ihn bequemer ist als der Wehrdienst.

Deshalb sagen wir: Wenn wir den Zivildienst so ausgestalten könnten, daß die Mehrbelastungen, die der Wehrdienstleistende im Unterschied zum Ersatzdienstleistenden hat, durch eine Verlängerung des Ersatzdienstes gegenüber dem Wehrdienst um sechs Monate ausgeglichen würden, dann zeigte derjenige, der bereit wäre, sich dieser Mehrbelastung zu unterziehen, die Bereitschaft, für sein Gewissen diese Mehrbelastung in Kauf zu nehmen. Er bietet damit ein Indiz dafür, daß er aus Gewissensgründen die Verweigerung wählt.

Wir sind uns darüber im klaren, daß Voraussetzung dieser Regelung sein muß, daß wir mehr Ersatzdienstplätze haben, damit jeder, der den Wehrdienst verweigert, auch unverzüglich seinen Ersatzdienst leisten muß, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir sind dafür, den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht zu erhalten, aber wir müssen ein Verfahren finden, das auch junge Leute verstehen. Sie dürfen nicht, wie das heute der Fall ist, den Eindruck haben, daß derjenige, der das Abitur hat bzw. das Gymnasium besucht, in dieser Frage privilegiert ist, weil er – vielleicht – gelernt hat, sich etwas geschickter auszudrücken, weil er in der Lage ist, sich in diesem Prüfungsausschuß durchzumogeln.

Wie kommt es denn eigentlich – das darf uns doch nicht gleichgültig lassen –, daß bei den Gymnasiasten der prozentuale Anteil derjenigen, die als Wehrdienstverweigerer anerkannt werden, sehr viel höher ist als bei den Hauptschülern? Das ist doch ein Zustand, über den man einmal nachdenken muß und den wir durch unsere Neugestaltung des Zivildienstes ändern wollen.

Meine Damen und Herren, die jungen Leute warten seit Jahren auf eine Neuregelung. Wir meinen, daß wir als Opposition aufgerufen wären, über den Bundesrat und über den Bundestag eine Neuregelung anzustoßen, damit diejenigen, die bereit sind, sich für unseren Staat einzusetzen und den Wehrdienst zu leisten, auch das Gefühl haben können, daß diejenigen, die einen anderen Dienst leisten wollen, zu diesem Dienst auch wirklich herangezogen werden und sich nicht drücken können. Auch dieses ist Gegenstand des Antrages. Ich bitte Sie sehr herzlich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Perschau, Landesverband Hamburg.

Hartmut Perschau: Meine Damen und Herren! Ich will es kurz machen. Ich warne vor einem solchen Beschluß, weil er weiter nichts als ein opportunistischer Entlassungsbeschluß ist.

(Beifall)

Wir wissen genau, daß wir einen solchen Beschluß faktisch nicht umsetzen können. Wir haben im letzten Jahr 54 000 Kriegsdienstverweigerer gehabt. Wir haben 35 000 Ersatzdienstplätze, von denen wir die Hälfte nicht besetzen können, weil die Träger das nicht akzeptieren. Wir wissen, daß es kaum möglich ist, bei einer Verlängerung der Ersatzdienstzeiten eine so große Ausweitung der Zahl der Ersatzdienstplätze zu realisieren, daß wir eine solche Entscheidung wirklich faktisch umsetzen

können. Ich warne etwas davor, Beschlüsse zu fassen, die uns gewissermaßen irgendwann einholen, wenn wir sie wirklich umsetzen wollen. Deshalb hoffe ich, daß, wenn dieser Antrag an die Bundestagsfraktion überwiesen wird, die Fragen der realistischen Umsetzung wirklich nüchtern geprüft werden. Wir dürfen in der jungen Generation nicht bestimmte Erwartungen wecken und uns nicht kurzfristig an einer Argumentationsfront entlasten, an der wir in Zukunft dann sehr viel härter neu belastet werden. Dies würde das Problem für uns insgesamt nicht erleichtern, sondern wahrscheinlich verschärfen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Der Bundesvorsitzende hat um das Wort gebeten.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Ich will hier zunächst sagen, daß ich den vorliegenden Antrag nachdrücklich unterstütze.

(Beifall)

Ich will dies auch begründen.

Ich habe großen Respekt vor der Meinung unseres Kollegen und meines Freundes Perschau. Er ist ein Mann, der wie jeder von uns, seine Erfahrungen hat. Dennoch sage ich entschieden, lieber Freund Perschau: Für mich ist dieser Antrag kein Akt des Opportunismus. Ich spreche hier, damit jeder weiß, was meine Meinung ist.

(Beifall)

Ich halte den jetzigen Zustand für völlig unerträglich.

(Beifall)

Es ist wahr — wir alle tun uns dabei auch relativ leicht —, daß wir sagen können: Wir haben ja keine Mehrheit im Bundestag; deswegen kommt nichts zustande. — Junge Mitbürger werden uns das nicht abnehmen. Ihre Eltern werden uns das auch nicht abnehmen. Wenn wir, was ich sehr hoffe, — gerade nach der Debatte des gestrigen Tages —, über den inneren Zustand der Bundeswehr stärker diskutieren, wenn wir also nicht nur über die strategischen Fragen, sondern auch darüber diskutieren, wie es eigentlich wirklich aussieht in der Bundeswehr:

- wie das Befinden der Soldaten ist,
- was sie denken,
- für was sie eintreten,

dann muß auch an dieser Frage, die eine moralische ist, gearbeitet werden. Ich bin mir über die Ausgangsposition im klaren. Ich führe im Bundestag die Minderheit. Die Minderheit hat aber nicht das Recht, in einer moralischen Frage mit der Begründung, daß ja die anderen die Mehrheit hätten, beiseitezutreten. Wir müssen vielmehr versuchen, andere zu überzeugen.

(Beifall)

Meine Freunde, wir haben das ja auch immer wieder versucht. Im letzten Bundestag, der mit der Wahl 1980 zu Ende ging, hat es eine interfraktionelle Kommission gegeben. Es gab viele Vorarbeiten. Diese Vorarbeiten zogen sich über Jahre hin. Am Ende sind wir aber gescheitert. Es gab auch im Lager der SPD durchaus vernünftige Stimmen. Unter anderen ist hier auch der jetzige Bundesverteidigungsminister zu nennen. Er hat sich aber gegenüber den Linken in seiner eigenen Partei nicht durchgesetzt.

(Zustimmung)

Meine Freunde, wenn Sie das in der Diskussion mit jungen Leuten sagen, ist das eine resignierende Argumentation. Für mich ist folgendes ganz klar. Dies sage ich, damit meine persönliche Position für jeden Delegierten verständlich ist. In diesem Antrag steht – das ist für mich die Ausgangsposition –, daß wir am System nichts verändern, wenn nicht gewährleistet ist, daß der Ersatzdienst auch tatsächlich geleistet wird.

(Beifall)

Meine Freunde, das ist jetzt, unter den gegebenen Verhältnissen beinahe utopisch. Aber jetzt frage ich Sie: Wollen wir, wenn wir an die Regierung kommen, sagen, auf dem Parteitag in Hamburg seien wir in der Sache schon in der Debatte gescheitert? Wir müssen uns, wenn wir überhaupt weiterkommen wollen, zutrauen, diese Frage zu lösen.

(Beifall)

Deshalb bitte ich um die Annahme des Antrages. Ich hatte zu Beginn schon die Antragsteller gebeten, so zu formulieren, daß es nicht nach Besserwisserei klingt. Wir brauchen die anderen Fraktionen. Es gibt in der deutschen Politik nur noch wenig Gemeinsamkeit. Es gibt viel streitige Auseinandersetzung, die sein muß. Deshalb ist es vielleicht doch noch eines Versuchs wert, ausgehend von der Grundüberzeugung von christlichen Demokraten ein Angebot zu machen und zu sagen: Leute, laßt uns noch einmal zusammensetzen, und zwar um der jungen Generation willen, damit junge Leute in den Schulen nicht daran verzweifeln, daß diejenigen, die ihren Dienst tun, als die Dummen und diejenigen, die sich drücken, als die Cleveren und Geschickten angesehen werden.

(Beifall)

Natürlich weiß ich – das muß man offen aussprechen –, daß die Chance uns durchzusetzen, nicht über 50 % einzuschätzen ist, sondern realistischerweise relativ gering bemessen werden muß. Dennoch bin ich für diesen Antrag. Es muß versucht werden, hier etwas zu bewegen, und zwar in der richtigen Richtung, so daß auch junge Leute davon überzeugt werden können. Helfen Sie mit! Stimmen Sie dem Antrag zu!

(Anhaltender Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Freunde, es liegen hierzu noch sieben Wortmeldungen vor. Ich möchte nach den Ausführungen unseres Freundes Kohl fragen, ob die Wortmeldungen alle aufrechterhalten werden oder ob wir bereits zur Abstimmung kommen können. Möchte jemand von denjenigen, die sich zu Wort gemeldet haben, seine Wortmeldung aufrechterhalten. — Das ist nicht der Fall.

(Widerspruch)

Dann hat jetzt Herr Vogel für die Antragskommission das Wort.

Friedrich Vogel, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Nach den Ausführungen des Parteivorsitzenden fällt es mir leicht, Ihnen den Vorschlag der Antragskommission noch einmal in einigen knappen Sätzen zu erläutern. Ich möchte Ihnen sagen, daß sich die Antragskommission sehr intensiv mit den Anträgen G 18 bis G 20 befaßt hat und daß sie auch sehr intensiv mit den Antragstellern darüber gesprochen hat.

Ausgangspunkt der Überlegungen war, daß es absolut unbefriedigend ist, wie das Verfahren heute abläuft und wie der tatsächliche Zustand ist. Wir waren der Auffassung, daß der Versuch gemacht werden muß, dieses Problem auf dem Wege zu lösen, den das Bundesverfassungsgericht gewiesen hat. Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, daß eine ausreichende Probe im Hinblick auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung vorgenommen werden muß. Es sieht diese darin, wenn, wie es hier vorgeschlagen worden ist, der Ersatzdienst entsprechend verlängert wird. Voraussetzung ist, daß diejenigen, die sich für den Ersatzdienst entscheiden, von der sicheren Erwartung ausgehen müssen, daß der Ersatzdienst auch tatsächlich abgeleistet wird. Auf diesen Satz legt die Antragskommission besonderen Wert. Ich bitte Sie, dem Vorshlag der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Freunde, es werden doch noch Wortmeldungen aufrechterhalten. Das Wort hat Herr Berger.

Markus Berger: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich nicht gegen den Vorschlag der Antragskommission aussprechen, aber noch einmal betonen — das tue ich als einer, der bei der Nichtverabschiedung der beiden letzten Novellen im Deutschen Bundestag vor einem Jahr für die Fraktion gesprochen hat —, daß die Christlich Demokratische Union selbstverständlich die Partei der Wehrpflicht bleiben muß, und daß für uns die Wehrpflicht deswegen zunächst als die kollektiv notwendige Pflicht den absoluten Vorrang hat.

(Beifall)

Ich möchte zum zweiten betonen — das möchte ich auch all denen sagen, die aus ihrer Gewissensnot heraus einen Antrag auf Verweigerung des Kriegsdienstes stellen —, daß man sich bewußt sein muß, daß dieses, wie ich meine, wichtigste Freiheitsrecht unserer Verfassung nur so lange gewährleistet bleiben kann, wie andere in unserer Gesellschaft genau zu dem Beitrag für das Ganze bereit sind, den die Verweigerer nicht leisten können.

(Beifall)

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß das Bundesverfassungsgericht, als es in seiner Entscheidung im April 1978 eine Alternative zu den bisherigen und, wie es gesagt hat, verfassungsgemäßen Verfahren aufgewiesen hat, von einem Grundwehrdienst von 15 Monaten ausging und in diesem Zusammenhang das Angebot gemacht hat, an dessen Stelle als einzige Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung einen Ersatzdienst von 24 Monaten als Möglichkeit einzuführen.

Wir sollten auch wissen, daß der Bundesverteidigungsminister, als er nach dem Scheitern der beiden letzten Novellen den Versuchen aller Fraktionen des Bundestages, zu einer Einigung zu kommen, nicht nachkam, von sich aus den Vorschlag gemacht hat, einen Ersatzdienst von 18 Monaten einzuführen, der sofort den wütenden Protest nicht nur der Linken und der Jusos, sondern nahezu seiner gesamten Partei bekommen hat.

Dies führe ich aus, um damit deutlich zu machen, welche Skepsis ich hege, daß wir den Weg gehen können, den wir jetzt versuchen. Aber ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß sowohl für den Parteivorsitzenden wie auch für die Antragskommission und auch vom Antragsteller her diese letzte Voraussetzung, nämlich, daß alle, die nicht Wehrdienst leisten, den Ersatzdienst leisten müssen, als eine *Conditio sine qua non* akzeptiert wird. Unter dieser Voraussetzung, so meine ich, kann man auch aus der Sicht der Bundestagsfraktion heute hier zustimmen.

Ich bin froh, daß es sich nicht mehr um den ursprünglichen Antrag handelt, sondern daß die ursprüngliche Fassung in einer, wie wir hörten, sehr intensiven Beratung heute Nacht qualitativ so verbessert werden konnte.

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Präsidium hat den Eindruck gewonnen, daß in der Diskussion alle wesentlichen Argumente pro und kontra vorgetragen worden sind.

(Beifall)

- Herr Wörner hält seine Wortmeldung aufrecht. Er hat das Wort.

Dr. Manfred Wörner: Ich verstehe angesichts der fortgeschrittenen Zeit zwar die Unmutsäußerungen; aber wenn wir diesen Parteitag schon als einen Parteitag des Dialogs und der Diskussion bezeichnen, dann können Sie es mir nicht verwehren, in einer so entscheidenden Frage hier in aller Kürze meine Meinung zu sagen.

(Beifall)

Ich will meine Meinung ganz deutlich machen und kann es in aller Kürze tun, weil Herr Berger meinen Standpunkt hier schon widergegeben hat.

Auch und gerade nach den Ausführungen von Herrn Kohl ist dieser Antrag nur unter zwei klaren Voraussetzungen zustimmungsfähig. Die erste Voraussetzung ist: Nicht nur ein verbales Bekenntnis zur allgemeinen Wehrpflicht, sondern auch eine klare Aussage der CDU, daß sie nach wie vor am Vorrang der allgemeinen Wehrpflicht, d.h. am Vorrang des Wehrdienstleistenden bei der Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung festhält, sind notwendig.

(Beifall)

Ebenso klar bringe ich die zweite Voraussetzung zum Ausdruck. Es genügt nicht, die zeitliche Belastung um sechs Monate zu steigern, wenn nicht auf der anderen Seite zwei ebenso klare Voraussetzungen mitformuliert sind, die sich hier in dem "u.a." verstecken. Einmal geht es darum, daß die sonstigen Belastungen des Zivildienstleistenden denen des Wehrpflichtigen angeglichen werden müssen,

(Beifall)

zum anderen darum, nicht nur die Zahl der Ersatzdienstplätze auszuweiten. Ich habe nicht nur das Plädoyer unserer Wehrpflichtigen von gestern im Ohr, sondern auch das Plädoyer des jungen Zivildienstleistenden, der hier ganz ausdrücklich von den vielen Drückebergerposten gesprochen hat. Die Ausweitung der Ersatzdienstplätze ist in Ordnung. Aber sie kommt für mich nur in den Bereichen in Frage, wo es sich nicht um Drückebergerposten, sondern um Plätze handelt, in denen es eine echte gleichgewichtige Belastung gibt

Nur unter diesen Voraussetzungen gibt es mein Ja zu diesem Antrag.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, ich darf noch einmal fragen, ob irgendeine der abgegebenen Wortmeldungen aufrechterhalten wird. — Herr Mayer-Vorfelder.

Gerhard Mayer-Vorfelder: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann nur an das anschließen, was Herr Wörner gesagt hat. Wenn wir in einer so wesentlichen Frage nicht zur Diskussion bereit sind, nachdem wir drei Tage zusammen sind, dann wissen wir nicht, was junge Leute draußen bewegt, die ihre Wehrpflicht erfüllen. Ich sage dies weniger als Kultusminister, sondern als Angehöriger eines weißen Jahrgangs, als jemand, der freiwillig Reserveoffizier war und jährlich eine Wehrübung macht und mit den jungen Leuten draußen diskutiert.

Über das, was einem die Wehrpflichtigen draußen sagen, kann man nicht so einfach hinweggehen. Dies sage ich auch in meiner Eigenschaft als Kultusminister, weil wir in der Schule wieder Sorge dafür tragen müssen, daß das, was Herr Wörner gesagt hat, ins Bewußtsein dringt,

(Beifall)

daß wir eine Kollektivverpflichtung haben, und daß die Gewissensentscheidung ein Individualrecht ist und nicht ein politischer Ausweg, wenn ich politisch etwas anderes meine.

(Beifall)

Entspannungspolitik und Friedenssicherung wollen wir in den Schulen wieder darstellen, und zwar als Information, nicht aber, wie immer wieder gesagt wird, als Wehrkunde; das ist eine ungeheure Diffamierung dessen, was im Grundgesetz steht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, für mich ist es die größte semantische Fehlleistung der Väter des Grundgesetzes, als sie von "Kriegsdienstverweigerung" sprachen.

(Beifall)

Wir leben nicht im Krieg. Es handelt sich vielmehr um eine Wehrdienstverweigerung. Der Soldat leistet Wehrdienst, keinen Kriegsdienst.

Wenn man als Offizier politischen Unterricht abhält, weiß man, was die jungen Leute bewegt. Es sind nicht Leute, die ihre Wehrpflicht mit einem Hurra-Patriotismus erfüllen. Es sind Leute, die in ihrem Dienst eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft sehen. Sie sind bitter enttäuscht, daß immer nur über Kriegsdienstverweigerung geredet wird, nicht aber über sie, die ihre Pflicht erfüllen.

(Beifall)

Deshalb hat es mich gestern in der Diskussion tief beeindruckt, als ein junger Wehrpflichtiger sagte: Laßt uns nicht im Regen stehen, sondern redet einmal über uns! – Meine Damen und Herren, wer soll das tun, wenn nicht wir!

(Beifall)

Was bewegt die jungen Leute? Es ist genau das, was Manfred Wörner gesagt hat. Es ist etwas ganz anderes, als wir es mit 18 oder 19 Jahren empfunden haben. Es bewegt sie, daß sie kaserniert sind, während die anderen tagtäglich nach Hause gehen. Die Wehrpflichtigen werden, wenn sie am Wochenende heimfahren, am Stammtisch angemacht mit der Bemerkung, was für Dussel sie seien, weil sie die Wehrpflicht erfüllten, während sich die anderen drückten. Das ist das, was die jungen Leute bewegt.

(Beifall)

Wenn wir dies nicht in der Weise klarstellen, wie es der Antrag formuliert und wie er modifiziert worden ist – durch Manfred Wörner –, dann tun wir denjenigen, die ihre Pflicht erfüllen, einen ganz schlechten Dienst. Deshalb kann ich das, was Manfred Wörner gesagt hat, nur unterstreichen

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Huck vom Bundesvorstand der Jungen Union.

Dr. Bernd Huck, JU-Vorstand: Meine lieben Parteifreunde! Ich sage kurz etwas zur Verdeutlichung.

Wir haben als Junge Union durchaus großen Einsatz gezeigt. Wir tun das für die Wehrpflichtigen weiter. So haben wir auch heute einen Initiativantrag zugunsten der Wehrpflichtigen gestellt, die auf einmal in finanzieller Hinsicht schlechter behandelt werden sollen als andere. Wir sehen die Probleme der Wehrpflichtigen. Wir befassen uns damit. Die meisten unserer Mitglieder leisten ihre Wehrpflicht, wie ich es beispielsweise auch selber getan habe.

Ich möchte hier im Raum nicht den Eindruck stehen lassen, als ob die Junge Union und die Antragsteller an die Sondergruppe derjenigen denken, die von ihrem unstrittigen Grundrecht auf Gewissensentscheidung und Kriegsdienstverweigerung Gebrauch machten, und als ob wir uns nicht um die Mehrheit derjenigen kümmern, die ihren Wehrdienst leisteten. Wir kümmern uns um alle. Aber wir wollen auch nicht diejenigen, die von ihrer Gewissensentscheidung einen anderen Gebrauch machen, nämlich den Kriegsdienst zu verweigern, bei der CDU oder im Spektrum der Jungen Union insgesamt zu sehr an den Rand drücken.

Deren Probleme sehen wir genauso. Deswegen unser Anliegen, dieses neue Verfahren zu ändern und die Wehrdienstgesetzesnovelle durchzubekommen.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Freunde, werden noch weitere Wortmeldungen aufrechterhalten? – Ich sehe, daß das nicht der Fall ist.

Dann können wir jetzt zur Abstimmung kommen über die neue Empfehlung der Antragskommission zu den Anträgen G 18 bis G 20, die ihnen als Tischvorlage vorliegt. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich darf um die Gegenprobe bitten – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag bei einigen Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Beifall – Zurufe: Auch Gegenstimmen!)

- Ja, ich habe gesagt: "mit großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen". Aus den Worten "mit großer Mehrheit" ergibt sich eine große Anzahl von Gegenstimmen.

(Zurufe)

- Meine Damen und Herren, ich habe von großer Mehrheit und einigen Enthaltungen gesprochen. Daraus ergibt sich, daß auch eine beachtliche Zahl von Gegenstimmen abgegeben worden ist.

(Anhaltende Zurufe)

Ich rufe den Antrag G 21 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Das Wort hat Herr Köppinger, Landesverband Rheinland. – Die Wortmeldung wird zurückgezogen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Initiativantrag G 21. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe den Antrag G 22 auf. Das Wort hat Herr Wissmann.

Matthias Wissmann: Liebe Parteifreunde! Bei diesem Initiativantrag vieler Delegierter geht es darum, die am 22. November geplante Demonstration zum Thema Frieden und Menschenrechte zu einem großen Erfolg werden zu lassen und Sie, die ganze Partei, aufzufordern, dieser Demonstration aus Anlaß des Breschnew-

Besuches den Rückenwind und die Unterstützung zu geben, die sie braucht, damit endlich deutlich wird: Auch wir stehen für unsere Überzeugungen auf der Straße und überlassen die Straße nicht einfach anderen – gerade auch in der geistigen Auseinandersetzung.

(Beifall)

Meine Bitte ist, daß Sie alle, die Sie, wenn Sie nach Hause kommen, in Ihren Kreisverbänden die Vorschläge des Aktionskomitees vorfinden, diese Demonstration unterstützen, indem Sie dafür sorgen, daß viele in den Bussen und Sonderzügen auch aus unserer Partei mitkommen, damit das nicht nur eine Demonstration der Jungen, sondern eine Demonstration aller Christlichen Demokraten wird und wir die Tür weit offen halten auch für andere. Ich werde beispielsweise die Jusos auffordern, endlich mal klar zu machen, ob sie zum Thema Menschenrechte auch bereit sein werden, Menschenrechte in der Sowjetunion und in Afghanistan einzufordern und deswegen bei unserer Demonstration mitzumachen.

(Beifall)

Da wird sich nämlich zeigen, wer glaubwürdig ist und wer nicht.

Meine Bitte also: Nehmen Sie nicht nur den Antrag an, sondern helfen Sie mit, daß die Kundgebung mit einem weiten Spektrum in der Sache zu einem großen Erfolg wird!

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Schröder, Landesverband Westfalen-Lippe.

Dr. Peter Schröder, Senden: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die fünf Delegierten des Kreisverbandes Coesfeld haben diesen Antrag eingebracht, weil wir der Auffassung sind, daß die Bundespartei etwas tun muß, damit diese Demonstration zu einem Erfolg wird. Denn wenn sich da nur eintausend oder dreitausend Leute versammeln, dann bleiben wir lieber weg! Es ist wichtig, daß wir eine große Menge von Teilnehmern mobilisieren. Deswegen wird der Kreisverband Coesfeld Busse zur Verfügung stellen und nicht nur die Unionsmitglieder, sondern alle Bürger des Kreises über die Zeitungen auffordern, mit nach Bonn zu fahren.

Ich habe die herzliche Bitte an alle anwesenden Kreisvorsitzenden, sich diesem Beispiel anzuschließen, um auf diese Weise die Demonstration zu einem Erfolg werden zu lassen.

Ich möchte meinen Dank zum Ausdruck bringen, daß diesem Antrag alle Mitglieder des Präsidiums und der größte Teil des Bundesvorstands beigetreten sind. Ich bitte um Ihre geschlossene Zustimmung. Wir wenden uns nicht gegen den Besuch des Generalsekretärs Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland – wir begrüßen ihn – , wir wollen aber auch öffentlich und intensiv zum Ausdruck bringen, welchen Beitrag die deutsche Bevölkerung von der Sowjetunion zur Friedenssicherung erwartet.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission: Annahme des Initiativantrags G 22. Wer für Annahme ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Meine Freunde, ich stelle einstimmige Annahme dieses Antrages fest und hoffe, daß die Parteimitglieder in möglichst großer Zahl diesen Antrag auch in die politische Tat umsetzen werden.

(Beifall)

Ich rufe den Antrag G 23 auf. — Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer für den Vorschlag der Antragskommission — Überweisung an die Bundestagsfraktion — ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Damit ist so beschlossen.

Die Anträge G 24 und G 25 sind bereits erledigt.

Als letzten Antrag rufe ich den Antrag G 26 auf. Das Wort hat Herr Merkel, Baden-Württemberg.

Josef Merkel: Meine Damen und Herren, was hier gefordert wird, ist mir zu wenig. Man kann nicht nur fordern, daß das Problem der Ausländerkinder an den Schulen behandelt wird. Wir sollten das Problem der Ausländer insgesamt auf einem Kongreß behandeln, und das schließt dann auch das Problem der Ausländerkinder in der Schule ein. Das Problem der Ausländer, insbesondere aus Nicht-EG-Ländern, ist bereits jetzt sehr dringend und wird in der Zukunft noch sehr viel drängender werden.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Die Antragskommission ist mit der Änderung einverstanden. Ich darf damit, da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, zur Abstimmung kommen.

Wer für den Antrag mit der vorgetragenen Änderung ist, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Bei 1 Stimmenthaltung ist der Antrag angenommen.

Damit ist Punkt 15 der Tagesordnung erledigt.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Liebe Parteifreunde! Bevor ich jetzt unserem Parteivorsitzenden, Herrn Dr. Helmut Kohl, das Schlußwort erteile, möchte ich namens des Parteitages Dank sagen der Freien und Hansestadt Hamburg für die freundliche Aufnahme, die wir hier gefunden habe,

(Beifall)

der Fremdenverkehrszentrale und den Mitarbeitern des Kongreßzentrums CCH, die durch ihre Einsatzbereitschaft und immer freundliche Unterstützung hervorragend zum Gelingen beigetragen haben.

(Beifall)

Wir danken den Helferinnen und Helfern der Johanniter-Unfall-Hilfe und den Beamten der Hamburger Polizei, die während des Parteitages in vorbildlicher Weise für die Sicherheit gesorgt haben.

(Beifall)

Der Parteitag dankt ebenfalls den Mitgliedern der Hamburger CDU, die mit großem Engagement und hervorragender Disziplin in diesen drei Tagen als Ordner, Hilfskräfte und Hostessen tätig waren.

(Beifall)

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die den Bundesparteitag vorbereitet und dafür gesorgt haben, daß die Delegierten pünktlich die für einen reibungslosen Ablauf eines Parteitages erforderlichen Unterlagen erhalten haben.

(Beifall)

Unser Dank gilt allen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und ihre Berichterstattung über diesen Bundesparteitag.

(Beifall)

Nicht zuletzt danken wir unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl, der diesem Parteitag seinen persönlichen Stempel aufgedrückt, der diesen Parteitag zum Parteitag des Gesprächs und des Brückenschlages zwischen den Generationen, zu seinem Parteitag gemacht hat und der jetzt das Schlußwort hat.

(Beifall)

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde! Dieser Parteitag in Hamburg hat vor seiner Eröffnung viele Erwartungen geweckt. Es gab auch mancherlei Befürchtungen. Ich glaube, bei einer ruhigen Würdigung – und die steht uns allen gut an – kann man sagen, dies war ein Parteitag, auf dem die CDU Deutschlands ihren Standort bestimmt, sich selbst geprüft hat und in dem wir versucht haben, unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Meine Freunde, wir haben bewiesen, daß wir fähig sind zum Gespräch mit anderen. Andere reden über den Dialog mit der jungen Generation, wir haben ihn in Hamburg geführt und wir werden ihn auch in Zukunft führen. :

(Beifall)

Das heißt aber, daß wir uns selbst in die Pflicht nehmen müssen. Hier sind Erwartungen geweckt worden. In diesen drei Tagen, in den vielen Gesprächen mit unseren jungen Gästen, haben wir auch von deren Erfahrungen gehört, die nicht nur gute Erfahrungen waren, Erfahrungen aus der praktischen Arbeit draußen. Deswegen rufe ich am Ende dieses Hamburger Parteitages alle in der Partei auf, die Landes-, die Bezirks-, die Kreis- und die Ortsverbände, auf unsere jungen Mitbürger, wie wir es hier in exemplarischer Weise versucht haben, zuzugehen.

(Beifall)

Ich rufe sie, auf nicht über die Jungen zu sprechen, sondern mit ihnen zu reden.

(Beifall)

Ich rufe uns alle auf, manches, was uns bei unseren jungen Mitbürgern – die häufig genug unsere eigenen Kinder sind, so anders, manchmal auch unverständlich vorkommt, nicht als einen Vorwand zu nutzen, dieses Gespräch nicht zu führen. Die Glaubwürdigkeit der CDU Deutschlands wird sich nicht zuletzt daran erweisen, wie wir dieses Gespräch führen.

Es kommt nicht auf die jugendpolitischen Programme an. Das bleibt blankes Papier, wenn nicht die gelebte Wirklichkeit des Alltags unserer Partei hinzutritt.

(Beifall)

Dieser Hamburger Parteitag hat auch bewiesen, daß die CDU, wie keine andere Partei in Deutschland, fähig zur Integration ist. Wir sind eine große Volkspartei. Das wirft auch große Probleme auf. Wir haben ein breites Spektrum politischer, soziologischer und soziographischer Gegebenheiten. Wir müssen, um Volkspartei bleiben zu können, leidenschaftlich über die Sachfragen diskutieren können.

Auch auf diesem Parteitag ist eine große Spannweite politischer Meinungen sichtbar gewesen. Aber, meine Freunde, – und auch darin unterscheiden wir uns von SPD und FDP –, entscheidend war auch hier in Hamburg die überzeugende Übereinstimmung in den wesentlichen Grundfragen unserer und der deutschen Politik.

(Beifall)

Unsere Fähigkeit zur Diskussion und zur Integration, unsere Grundsatztreue, die nicht vom Zeitgeist umgeworfen wird, unsere Fähigkeit zum menschlichen Miteinander, zur Toleranz und das richtige Sachprogramm, das sind die Voraussetzungen für die Regierungsübernahme. Auf diesem Wege sind wir in Hamburg ein großes Stück vorangekommen.

(Beifall)

Liebe Freunde, auf diesem Hamburger Parteitag war manches einmalig in der deutschen Parteitagsgeschichte. Es war auch ein Wagnis, wie jeder weiß. Ich hatte es zu Beginn unseres Parteitages offen ausgesprochen. Am Ende dieses Parteitages wissen wir, daß unsere Hoffnungen bestätigt und die Befürchtungen anderer widerlegt wurden.

Es gibt keinen schöneren Beweis für diese These, als die Reaktionen unserer politischen Gegner auf diesen Hamburger Parteitag.

(Beifall)

Wir haben es gewagt und gewonnen. Die Verbindung zwischen Diskussionsfähigkeit und Überzeugungsgeschlossenheit darzustellen und zu leben, durch Offenheit und Entscheidungskraft.

Bei uns gibt es keine Doppelstrategie, in der der eine Teil der Partei sich an bestimmte Wähler wendet und dabei so tut, als habe er mit dem anderen Teil der Partei überhaupt nichts zu tun.

Wir reden nicht mit zwei Zungen, wir reden so, wie wir sind.

(Beifall)

Der Dreiklang muß bleiben: die Diskussion und die Auseinandersetzung um den richtigen Weg, die Entscheidungsfindung und die Abstimmung und das daraus folgende geschlossene Handeln.

Für die CDU Deutschlands ist das ein Stück Fortsetzung jener Tradition, die im Gesetz des Anfangs dieser Partei grundgelegt wurde. In dieser Partei waren immer unterschiedliche Kräfte, unterschiedliche Temperamente und unterschiedliche Charaktere am Werk. Wer dies beklagt, liebe Freunde, der ist in der falschen Partei.

(Beifall)

Wir sind stolz darauf, daß wir nicht jenem Bild sozialistischer Gleichmacherei in der Gesellschaft entsprechen wollen, sondern daß die Individualität in unserer Partei ihre lebendige Heimat findet. Aber meine Freunde, Temperament ist nur dann wirklich sinnvoll und im übrigen auch für die Umwelt erträglich, wenn es ein gebändigtes Temperament ist. Auch das gehört in dieses Bild.

(Beifall)

Den Erfolg unseres Parteitages verdanken wir allen Teilnehmern des Parteitages.

Ich nenne aus gutem Grund zuerst unsere jugendlichen Gäste, die aus der ganzen Bundesrepublik – über 500 an der Zahl – hierhergekommen sind,

(Beifall)

die nicht ausgestiegen sind, sondern mitgemacht haben, die nicht hierherkamen, um mit verdrossenen Mienen ihre Kritik um ihrer selbst willen abgeladen haben, sondern ihre Standpunkte vorgetragen haben: bequeme und unbequeme, direkte, vernünftige und manchmal auch unvernünftige. Warum sollen sie eigentlich anders reden, als wir auf unseren Parteitagen reden: Vernünftig und unvernünftig?

(Beifall)

Meine Freunde, es war für den, der hier gestern mittag saß und in die Gesichter im Saal schauen konnte, eine durchaus bewegende Erfahrung, weil doch viele von den

Jungen zum erstenmal auf einem solchen Parteitag waren und man sich einmal vorstellen muß, was es heißt, wenn eine 17jährige Schülerin hier steht, vor Fernsehkameras, Tausenden von Zuhörern und Zuschauern, und ihre Meinung sagt und was das auch für ein Stück an Chance ist für junge Leute.

(Beifall)

Vielleicht ist es ganz gut, wenn wir in diesem Augenblick einmal einen Moment innehalten und uns überlegen, was in den Köpfen von Hunderttausenden junger Leute drüben im anderen Teil Deutschlands heute abend vonstatten geht, wenn sie solche Bilder sehen und sehen, daß dies hier bei uns möglich ist.

(Lebhafter Beifall)

Diese jungen und die älteren Landsleute in Leipzig und in Dresden, in Brandenburg und in Meißen sind dann ja doch eher von unserer Lebens- und Politikform überzeugt, wenn diese sich geistig und moralisch begründet darstellt, nicht nur in der Überlegenheit der materiellen Gegebenheiten.

Es ist wahr, wir produzieren mehr und besser als die drüben im anderen Teil Deutschlands, aber das ist zuwenig. An einem solchen Tag kann man als Partei mit einem bescheidenen Beitrag erreichen, unsere Vorstellungen von einer freiheitlichen Republik zu leben.

Ich danke unseren jungen Mitbürgern dafür, daß sie uns dabei geholfen haben.

(Lebhafter Beifall)

Meine lieben Freunde, ich danke Ihnen, den Delegierten der Partei, die dies alles mitgetragen – bei dem einen oder anderen vielleicht auch mitertragen – haben. Sie haben als Delegierte eine Qualität bewiesen, wie diese Qualität der politischen Kultur sein muß, wenn Demokratie geraten will: Zuhören zu können, bevor man urteilt, und diszipliniert zu arbeiten.

Ich muß Ihnen sagen, heute nacht um 1 Uhr habe ich noch einmal durchgezählt und ich werde am Dienstag der Fraktion in meinem Bericht mitteilen, daß dieser Parteitag morgens um 1 Uhr beschlußfähig war und, daß sich die Fraktion daran ein Beispiel nehmen kann.

(Beifall)

Ich danke allen, die bei diesem Parteitag vor und hinter den Kulissen mitgeholfen haben: Dem Generalsekretär Heiner Geißler, den Mitarbeitern im Konrad-Adenauer-Haus und allen anderen Mitarbeitern.

(Beifall)

Noch einmal sage ich ein persönliches Wort des Dankes an unsere Mitbürger von der Polizei, die in diesen Tagen mit viel Einsatz und vielen Überstunden dazu beigetragen haben, daß dieser Parteitag durchgeführt werden konnte.

(Beifall)

Meine Freunde, dieser 30. Bundesparteitag der CDU Deutschlands reiht sich ein in die Tradition der großen Parteitage der Union. Erlauben Sie mir, dem Vorsitzenden, noch den Satz hinzuzufügen: Für mich persönlich reiht er sich ein in die große Tradition der Hamburger Parteitage.

(Beifall)

Wir haben unseren Leitantrag intensiv diskutiert.

Wir haben ihn mit einer imposanten, großen Mehrheit beschlossen.

Das heißt, liebe Freunde, und das muß allen klar sein: Dieser Leitantrag ist gemeinsam mit unserem Grundsatzprogramm die politische Linie der CDU Deutschlands.

(Zustimmung)

Das heißt auch, liebe Freunde: Dies gilt für jedermann, für jedermann in dieser Partei. Dies ist die Linie der Partei.

(Beifall)

Auch finde ich, da man ja in einer Partei nicht nur frohe Stunden erlebt, darf einmal gesagt werden, daß dies Tage waren, von denen wir mit Recht sagen können: Wir sind stolz auf unsere Partei, auf unsere politische Heimat, auf die CDU Deutschlands.

(Beifall)

Bevor wir jetzt auseinandergehen, meine lieben Freunde, möchte ich von hier, von Hamburg der Heimatstadt Helmut Schmidt's aus, alle unsere Freunde in der CDU Deutschlands, in allen Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden, in allen Ortsverbänden aufrufen, gemeinsam mit uns für unsere Sache zu kämpfen. Und zwar überall dort, wo die Union gefordert wird. Zunächst im März 1982 bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, dann bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, in Hamburg, in Hessen, und, gemeinsam mit unseren Freunden von der CSU, in Bayern.

Jeder muß seine Pflicht tun. Jeder muß wissen: Es geht um einen neuen Anfang, um eine neue Chance für unsere Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen gemeinsam ans Werk gehen.

Beschließen wollen wir diesen Parteitag mit einem Gruß der Verbundenheit an unsere Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland.

(Anhaltender Beifall)

Wir rufen ihnen zu, daß wir trotz Mauer und Stacheldraht nicht aufgeben. Die Einheit der deutschen Nation ist für uns Grundlage unseres politischen Wirkens. Wenn es um das deutsche Vaterland geht, wollen wir als Deutsche auch in unserer Generation unseren Beitrag leisten.

In diesem Sinne, liebe Freunde, will ich diesen Parteitag mit dem Lied der Deutschen "Einigkeit und Recht und Freiheit" beschließen.

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.)

(Langanhaltender starker Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Der 30. Bundesparteitag der CDU ist geschlossen.

(Schluß des Parteitages: 12.40 Uhr)

ANHANG

Senator Dr. Hanna-Renate Laurien

**Einführungsrunde im
Forum I**

**Mit der Jugend
Für neue Zukunftschancen in Bildung und Beruf**

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich sozusagen eine Vorbemerkung machen, weil wir nachher ja vor allem von Korrekturen sprechen werden. Es wird im Bildungsbereich immer Korrekturen und neue Akzente geben, aber wir sollten doch nicht vergessen, daß die Union allen Anlaß hat, ihre Grundpositionen zu verdeutlichen und zu bekräftigen; denn es ist dem Einsatz der Union zu verdanken, daß das Ziel früherer SPD-Bildungspolitik, das gegliederte Schulwesen durch integrierte Gesamtschulen abzulösen, nicht erreicht worden ist,

(Vereinzelt Beifall)

sondern daß sich die integrierte Gesamtschule heute dem Vergleich mit dem gegliederten Schulwesen stellen muß. Es ist auch dem Einsatz der Union zu Beginn der 70er Jahre zu verdanken, daß damals, als man versuchte, berufliche und allgemeine Bildung zu vermischen und im Grunde das Abitur aufzuheben, durch das Konzept der reformierten Oberstufe und gleichzeitig durch das Konzept der weiterentwickelten beruflichen Bildung beide Bereiche erhalten blieben. Es ist der Union zu verdanken, daß hessische Rahmenrichtlinien nicht einmal in Hessen unverändert angeordnet werden konnten, geschweige denn, daß sie in anderen Ländern Platz griffen. Und wenn der Geschichtsunterricht als Fach erhalten geblieben ist, so ist dies ohne den Einsatz der Union nicht vorstellbar. Es war auch immer wieder unsere Partei, die vom Erziehungsauftrag der Schule gesprochen und ständig betont hat, daß die Schule eine Einrichtung des Staats ist, in der junge Menschen für unsere freiheitliche Rechtsordnung und nicht gegen sie zu erziehen sind, in der sie mit der Familie und nicht gegen die Eltern gebildet werden sollten.

Diese Akzente habe ich bewußt vorausgeschickt, damit wir uns hier nicht als Klage-mauer verstehen, sondern als Element der Weiterentwicklung.

(Zustimmung)

Lassen Sie mich nun auf diesem Hintergrund fünf Punkte nennen, wobei ich mich - mit einer Ausnahme - gedanklich an den Leitantrag halte, damit das, was in diesem Forum erörtert wird, auch eine Akzentsetzung für die Verabschiedung oder die Änderung des Leitantrages bietet.

Der erste Punkt, der ja auch im Leitantrag eine ganz große Rolle spielt, ist, daß Bildungs- und Erziehungsziele dem Grundkonsens entsprechen müssen, der sich in Grundgesetz und Landesverfassungen ausdrückt. Mit diesem Satz stimmen eigentlich immer alle überein. Auch dann, wenn wir konkretisieren, was wir damit meinen - Achtung vor der Würde des Menschen, Selbständigkeit im Denken, Entscheiden und Handeln und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung -, stimmen wir meist noch überein.

Wenn Sie die Lehrpläne in den Ländern der Bundesrepublik durchgehen, stellen Sie fest: Die sind in ihrer Mehrzahl diesen Zielen entsprechend formuliert, und dort, wo Abweichungen bemerkt werden - ich erinnere etwa an die jüngst in Hessen geführte Debatte -, wird dies öffentlich diskutiert.

Aber so wichtig Lehrpläne auch sind: Entscheidend ist doch der erzieherische und bildende Alltag in der Schule. Hier möchte ich in die Schulen hinein fragen: Wie leuchtet aus den Schulen die Faszination unserer Rechtsordnung und unserer Gesellschaftsordnung? Warum eigentlich hinterlassen diejenigen Lehrer, die die Kinder gegen unsere Gesellschaft beeinflussen, offenbar mehr öffentlichen Eindruck als jene, die zu ihr hinführen? Meine Damen und Herren, warum bringen wir nicht die Lehrer zur Sprache, die zu unserer Gesellschaft erziehen, warum reden wir immer nur von denen, die gegen sie erziehen? Oder gibt es diese Lehrer, die ich jetzt meine, nicht? In Fernsehsendungen habe ich - das will ich hier sagen - erlebt, daß kein Jugendlicher bereit war, etwas Positives über Lehrer zu sagen. Als die Sendung, an die ich im Moment denke, zu Ende war, habe ich gefragt: Hört mal, stimmt das denn? Da bin ich dann mit Positivbeispielen fast zugeschüttet worden. Daraufhin habe ich gefragt: Ja, und vorhin in der Sendung kein Wort? Darauf habe ich die Antwort bekommen: Der Herr Apel - Sie kennen ihn - hat uns doch aufgefordert, kritisch zu hinterfragen, kritische Generation zu sein.

Ich berichte dies, weil es doch nicht angeht, daß wir das positive Bild vom Lehrer auslöschen und nur das negative Bild bringen. Meine Damen und Herren, wir müssen doch - beim Bild der Jugend wie auch beim Bild der Schule - deutlich machen, daß sie nicht nur aus Ausgeflippten bestehen.

Allerdings gibt es - lassen Sie mich das gerade mit Berlin als Hintergrund sagen, aber es wird nicht nur in Berlin so sein - einzelne Schulen, bei denen die Schulaufsicht inzwischen nahezu machtlos ist. Da gibt es Meinungskartelle dieser Art: Die Elternvertreter sind in der SEW, die Schülervertreter in der FDJ und die Lehrer zu 90 % in der AL. Von daher müssen wir fragen, wie wir dann auch dort Schule und Unterricht vermitteln.

Wir als CDU wollen keine parteiliche Schule. Wir wollen in der Schule Werbung für die CDU ebensowenig wie Werbung für andere politische Parteien. Wir wehren uns gegen die Behauptung, daß nur die parteiliche Schule zum Engagement bewegt. Es muß im Grundkonsens der Demokraten sein, daß die Schule keiner Partei gehört und daß sie die Grundüberzeugungen unserer Demokratie eben auf dieser Basis der Gemeinsamkeit so vermitteln kann, daß man sich für sie begeistert.

Aber lassen Sie uns fragen - und ich hoffe, daß wir das über dieses Forum hinaus fragen können -, wie die Schule das denn leisten soll. Wie soll die Schule zur unaufhebbaren Verbindung von Frieden und Freiheit hinführen, wenn prominente Politiker ein "waffenstarreres Amerika" einem "friedlichen Rußland" gegenüberstellen? Wie soll denn die besondere Faszination unserer Demokratie und unserer Rechtsordnung deutlich und vermittelt werden, wenn prominente Redner Rechtsbrüche bagatellisieren und etwas tun, was ich eigentlich am aufregendsten finde, nämlich zwei Dinge verwechseln, Kritik in einer demokratischen Gesellschaft und Widerstand in einem totalitären System. Das ist etwas ganz anderes!

(Beifall)

Lassen Sie mich deshalb hier noch verdeutlichen: Gewalt kann - das wissen wir, und das gilt von Wilhelm Tell bis Stauffenberg - in Terrorssystemen letzter verzweifelter Ausweg sein - 20. Juli, 17. Juni -, aber sie ist niemals ein Mittel, um Konflikte in freiheitlichen Gesellschaften zu lösen.

(Beifall)

Wie aber soll die Schule dies verdeutlichen, wenn manche in Verantwortung stehenden Personen im Umgang mit der Gewalt offenbar mehr taktieren als sachlich handeln?

Meine Damen und Herren, die Schule kann das alles also nur dann leisten, wenn auch ihr Umfeld diese Überzeugungen bestätigt. Lassen Sie es mich zugespitzt so sagen: Die Schule darf zwar nicht die Defizite der Nation vertiefen - sie muß ihnen entgegenwirken -, aber die Schule kann nicht die Defizite der Nation heilen und ausgleichen.

Sie darf nicht zum Prügelknaben einer Gesellschaft werden, die sich durch die Kritik an der Schule aus eigenen Verbindlichkeiten davonstellen will. Ich nehme Bezug auf die Nummern 48, 49, 50, 71 und 73 des Leitantes. Ich meine, wir sollten verdeutlichen: Jede Gesellschaft hat die Schule, die sie verdient.

Zweiter Punkt. Ich habe das gestern im Plenum schon angesprochen, weil mir das einfach fehlt. Es ist bisher zu wenig von der außerschulischen Bildung und vom Erziehungsauftrag der Familie die Rede. Ich lasse hier in unserem Kreis die Familie einmal aus. Man kann nicht immer von allem reden. Ich nehme hier nur den außerschulischen Bereich auf.

In den Ländern, in denen sie die großen Bildungszentren haben mit Erziehern und Lehrern, mit Ganztagsbetrieb, in diesen Ländern erleben Sie ein abenteuerliches Gegeneinander von Lehrern und Erziehern. Da sagen die Lehrer Ihnen: "Die Erzieher, die bringen unsere Schüler in die Antihaltung, die bringen sie zur Revolution". Die Erzieher sagen: "Gucken Sie mal da, die Lehrer, die drillen die ja nur, die machen eine Streßschule." So kommen wir nicht weiter. Wir müssen vielmehr die verschiedenen Bewertungsmuster konkret einander begegnen lassen, Gegensätzlichkeiten aushalten, aber wenigstens voneinander wissen. Es geht eben nicht an, daß im gleichen riesigen Gebäude nachmittags angebliche Revolution und vormittags angebliche Bildung vermittelt wird, und das Ganze betrifft ein und denselben Jugendlichen.

Die CDU/CSU-regierten Länder, die solche Wirklichkeit nicht kennen, laden wir einmal ein zu solchen Besuchen, bei denen der Freizeitbereich und der Bildungsbereich oft in einer Gegensätzlichkeit zu beobachten sind, die uns fragen läßt, was denn Jugend aus solcher Erfahrung mitnehmen soll, doch offenbar nur die Schizophrenie der Erwachsenen.

Genau darum geht es, so meine ich, wenn wir von jungen Menschen und ihrem Sinn für die Zukunft sprechen. Woher sollen die denn die sittlichen Bewertungen nehmen? Jetzt zitiere ich etwas, was ich gestern im Plenum gesagt habe, hier noch einmal. Es war eine der aufregendsten Erfahrungen der Hitler-Zeit, daß die sittlichen Werte auseinanderfielen, daß der Mann, der die Juden ihr Grab schaufeln läßt, zugleich rührender Familienvater ist und Briefe nach Deutschland schreibt. Paul Celan, "Todesfuge":

Läßt schaufeln das Grab in den Lüften...
schreibt Briefe nach Deutschland:
Dein goldenes Haar, Margarete,
dein aschenes Harr, Sulamith.

Das ist mit der Hitler-Zeit nicht vorbei. Jugend erlebt heute, daß im Beruf die Erfolgsethik zählt, in der Familie die Gesinnungsethik, daß man zwar der Mutter alle sittlichen Qualitäten der Welt zuschreibt, ihr aber in der Rente nichts zubilligt, daß man dem Mann Erfolg aberlangt, ihn aber nach seiner Qualität als Vater kaum beurteilt, so daß die heutige Schizophrenie lauten könnte: Dein Tarifvertrag, Josef, dein Herz, Maria. Beide aber bedürfen doch der Zuverlässigkeit und des Herzens, der Leistung und der Zuwendung in Beruf und Familie.

Im Freizeitfeld erleben wir genau die gleiche Diskrepanz. Freizeit: Man soll Freiheit verwirklichen dürfen. Ja, aber wie sieht das in der Realität aus? Konsumterror, Diskothek, elektronische Automaten, vor denen man fasziniert starrt. Meine Damen und Herren, die Sehnsüchte einer Jugend werden vermarktet und ausgebeutet.

Nehmen Sie die letzte große Funkausstellung, ein Arsenal von Technik und Kommunikationstechnik. Stärken wir aber dementsprechend die Fähigkeit zum Gespräch? Schule muß, so meine ich, mit Eltern und mit außerschulischer Erziehung ganz anders als bisher auf den Umgang mit der Freizeit vorbereiten, auf den Umgang mit den Medien, auf den Umgang mit der Technik. Nach meiner Meinung stehen wir hier in einer Situation wie unsere Gesellschaft zur Zeit Gutenbergs. Da konnten auch nur wenige lesen und schreiben. So können heute wenige lesen und schreiben im Umgang mit der Technik und den Medien. Dies muß Schule vermitteln, daß wir in diesem Sinne neu lesen lernen.

Meine Damen und Herren, von diesem Parteitag muß, so meine ich, das Signal ausgehen, daß dieser Jugend Handlungs- und Erfahrungsräume erschlossen werden. Wer heute 16, 15 oder 17 ist, wo kann der sich denn handelnd engagieren? Lassen Sie mich kritisch in unsere eigene Partei hinein sagen: Schülermitverantwortung ist sicherlich erwünscht und wichtig für ein Schulfest, aber wehe uns, wenn wir Schülermitverantwortung ausschließlich auf Schulfeste beschränken und nicht auch den Schulalltag mit hineinnehmen.

(Beifall)

Nehmen wir Schülerzeitungen. Wer in einer Schülerzeitung, die ein Organ der Schule ist, zur Gewalt aufruft, einseitig für eine politische Richtung wirbt, der kann sich dabei nicht auf die Schule berufen. Aber, meine Damen und Herren, nicht jede kecke Bemerkung ist bereits grundgesetzgefährdend.

(Beifall)

Hier gestehe ich, meine Damen und Herren - ich sehe manche hier im Saal, die ich kenne -, ich fürchte, wenn wir heute 17 wären, würde von manch einem von uns, die wir heute hier oben hocken, auch ausprobiert worden sein, wie weit wir die Erwachsenen einmal testen können.

(Beifall)

Genau das wollten wir in den Umgang mit jungen Menschen einbringen.

Ich sage dies auch zu den Freizeitheimen. Wahrhaftig, Freizeitheime, Jugendheime, sind nicht nur dann freiheitlich, wenn sie selbstverwaltet werden. Aber ich wiederhole, ein von Jugend verwaltetes Heim kann ordentlicher geführt sein, als wenn es ein chaotischer Erwachsener führt. Lassen wir das doch nicht allein auf Alter begrenzt sein.

Mit dieser Forderung - mein dritter Punkt -, Erfahrungsräume zu öffnen, verbindet sich selbstverständlich die Aussage, daß man in Deutschland nicht erst 30 Jahre alt werden muß, ehe man Verantwortung übernimmt. Da geht es - siehe Leitantrag - um die Punkte, die zur beruflichen Bildung formuliert werden. Das ist am Anfang der 60er Nummern. Ich meine, daß dieser Parteitag über die berufliche Bildung mehr sagen muß, als im Leitantrag steht, und nicht, weil zufällig ein Vorsitzender eines bedeutenden Lehrerverbandes aus dem Bereich der beruflichen Bildung uralter Parteitagsdelegierter dieser Partei ist. Das ist kein Grund dafür. Vielmehr erfährt der junge Mensch in der beruflichen Bildung früher Verantwortung, weil er da nicht nur Schüler ist, sondern auch Kollege. Meine Damen und Herren, insofern muß also die berufliche Bildung verstärkt werden.

(Beifall)

Als Zweites kommt jetzt in dieser Untergruppe das abenteuerliche Thema Ausbildungszeit. Sie haben es im Leitantrag gelesen. Ich möchte nachdrücklich betonen - dies ist jetzt meine persönliche Meinung -, daß es wichtig ist, Jugend früh in eigene Verantwortung kommen zu lassen. Als jemand, der vor neun Jahren - ich war damals Staatssekretärin - zusammen mit meinem damaligen Minister, dem Herrn Dr. Bernhard Vogel, für eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit eintrat und selten in der Partei so auf die Nase gesegelt ist wie mit diesem Vorschlag, habe ich heute einen geläuterten Standpunkt zu diesem Thema und stelle fest: Ich halte es für falsch, wenn wir jetzt - der Ton liegt auf jetzt - kurzatmig schulische oder betriebliche Ausbildungszeit verkürzen.

(Beifall)

Denn dann muß man fragen, wie jetzt erreicht werden soll, nach neun Jahren den Real-schulabschluß, nach zwölf Jahren das Abitur und nach zwei Jahren die Ausbildungsprüfung zu machen. Wenn wir hier aber eine langfristige Arbeit einsetzen lassen, die die Stoffe und die Forderungen ordnet, so daß wir sagen, wenn wir die Inhalte geordnet haben, verkürzen wir als Konsequenz die Zeit, dann könnte etwas Besseres herauskommen, als wenn wir zuerst die Zeiten kürzen und dann die Inhalte ordnen. Ich habe nur eine große Skepsis als jemand, der Hochschulreform seit 15 Jahren kennt. Da hieß es immer "Verkürzung und Straffung", und im Ergebnis kam heraus: Verlängerung und Verdichtung.

Diesen Fragen müssen wir uns einfach realistisch stellen. Ich frage deshalb - das ist, wie gesagt, meine persönliche Meinung, da ich gegenüber diesem allgemeinen Verkürzungsmodell skeptisch bin - : Warum stärken wir nicht in all unseren Ländern mehr als bisher die individuelle Verkürzungsmöglichkeit?

(Beifall)

Warum sollte derjenige, der es kann, nicht innerhalb von drei Jahren die Grundschule absolvieren? Warum sollte einer nicht auch einmal in der Mittelstufe oder in der gymnasialen Oberstufe springen?

Meine Damen und Herren, ich habe mir die Statistiken angesehen und muß mit einiger Ironie folgendes berichten. Auch Fakten fordern manchmal zur Ironie heraus. 2 % der bundesdeutschen Abiturienten legen ihr Abitur nach zwölf Jahren ab, und 2 % brauchen 14 Jahre. Sandsäcke und Schnellläufer gleichen sich also aus. Von daher haben wir in der Tat einen Ansporn zur individuellen Verkürzung. Ich bitte um Pardon, es können unter den genannten auch spät Reifende sein.

(Beifall)

Aber ich wäre unehrlich gegenüber jungen Leuten, wenn ich jetzt nur von dieser Verkürzung sprechen würde. Konkret: Derjenige, der Pharmazie oder Architektur oder Medizin studieren will, braucht also den entsprechenden Notendurchschnitt. Dann macht er nach zwölf Jahren ein Abitur mit der Durchschnittsnote zwei plus. Dann ist sein Numerus clausus im Eimer. Nach 13 Jahren macht derselbe Mensch ein Abitur mit der Note 1,3, und er bekommt den Studienplatz. Wer von individueller Verkürzung spricht, wie ich das tue, muß sich dann auch in die Schlacht stürzen, wie diese Verkürzung punktverbessernd für Numerus-clausus-Fächer gilt; denn dieser junge Mensch ist ein steuersparender junger Mensch, und das sollte man auch positiv werten können.

(Beifall)

Wenn man nun sagt: Laßt das ganze Zeug, macht Aufnahmeprüfungen - ich nehme einen der Anträge -, dann haben wir eine Aufnahmeprüfung statt eines Abschlusses. Wer englische und amerikanische Verhältnisse kennt, der wird das nicht gelassen aussprechen. Denn er weiß, wie dann die vorgeordnete Einrichtung in eine reine Zulieferfunktion gedrängt wird, und er weiß auch, wie dann die Vergleichbarkeit fort ist. Da gibt es die Hochschule, die die hochqualifizierten Bewerber verlangt, und dann gibt es die anderen, wo ich wohne. Nur wenn ich reich genug bin, um die soziale Mobilität zur guten Einrichtung oder zur anderen Einrichtung hin einzubringen, habe ich eine Vergleichbarkeit. Sonst ist mein Wohnort mein Schicksal, und genau dies widerspricht dann der späteren sozialen Mobilität, die wir in Beruf und Wirtschaft brauchen. Eingangsprüfungen zu bejahen, heißt eine Umkehr des deutschen Bildungswesens seit Humboldts Zeiten. Das muß man sich klarmachen. Wer soll denn prüfen? Würde in Deutschland der C 4-Professor prüfen, oder prüfen nicht vielmehr jene Assistenten, an denen wir manchmal alle miteinander leiden? Wer prüft dann was, ohne jede pädagogische Information?

Deshalb noch einmal: Ich meine, ein Weg sei das Stärken der individuellen Leistungsfähigkeit. Schule muß - darüber ist kein Streit -, gerade wenn sie auf unterschiedliche Begabungen ausgerichtet ist, Leistung in differenzierter Form abverlangen. Sie finden auch im Leitantrag viele Aussagen zur Leistung. Ich meine, wir sollten miteinander verdeutlichen, daß sich derjenige, der den Fähigen vergammeln läßt, genauso wie derjenige versündigt, der dem Schwachen Hilfe verweigert.

(Beifall)

Wir müssen die Jugend, so meine ich, überzeugen - ich sage es so zugespitzt, wie wir es im Grundsatzprogramm unserer Partei geschrieben haben -, daß Begabung sozialpflichtig ist, daß sich jeder mit seinen Fähigkeiten einsetzen muß, damit unsere gemeinsamen Kräfte reichen, dem Schwachen zu helfen und unsere Gesellschaft mitmenschlich zu gestalten.

In der Schule redet man sofort von Streß. Aber wenn wir junge Menschen im Sport, vor einem Automaten oder bei irgend etwas beobachten, was sie gern tun, dann sehen sie zwar gestreßt aus, fühlen sich aber nicht so. Wir müssen deshalb fragen: Entsteht nicht mancher Streß, weil man die Grundtechniken nicht solide genug vermittelt hat? Wenn ich in der Oberprima Rechnen, Lesen und Schreiben nicht kann, so hilft es nichts, wenn ich das mit meinen schöpferischen Gedanken rechtfertigen will.

(Beifall)

Hier müssen wir also in der Tat die Grundtechniken solide erhalten. Dann heißt es immer wieder: Wir sollen Wagnis und Neugier bei dieser Jugend stärken. Dann ist sofort von der gymnasialen Oberstufe die Rede. Dann heißt es, daß bestimmte Fächer - Sie finden sie im Leitantrag - Pflicht sein müssen. Verzeihen Sie, sie sind ja Pflicht. Wer wirklich in der gymnasialen Oberstufe ist, der hat die Fächer, die darin stehen: Deutsch, Mathematik, eine Fremdsprache, Naturwissenschaft, Gemeinschaftskunde mit den Aspekten Geschichte und Erdkunde. Das steht alles darin. Nun kommt aber der entscheidende Punkt. Das Rahmenabkommen der Kultusminister lautet, daß, mit Ausnahme eines Faches, das vier Semester haben muß, mindestens zwei Semester zu erfüllen sind. Vorgestern hätte ich sagen müssen, daß alle CDU/CSU-regierten Länder und Berlin, heute kann ich sagen, daß alle CDU/CSU-regierten Länder für Deutsch vier Semester, Niedersachsen drei Semester - die haben das aufgestockt, auch da kann man alles nur schrittweise machen -

(Heiterkeit)

verpflichtet haben. In all den anderen Fächern haben nur das Saarland und Rheinland-Pfalz vier Semester Pflicht. Was heißt das? Das heißt, daß in den anderen Ländern jemand im 13. Schuljahr zur Schule gehen kann, der kein Deutsch, keine Fremdsprache und keine Mathematik mehr hat. Deshalb sollten wir uns sehr nachdrücklich darüber verständigen, wie wir dieses sichern. Ich spreche hier vor allem von der Ordnung in Nordrhein-Westfalen, von der in Hessen, von der in Berlin. In unseren CDU/CSU-regierten Ländern ist dieses durch die Einbringungspflicht der Kurse zum Teil ausgebucht. Da muß man dann aber sehr genau fachlich zuschauen. Als Linie gilt also: Wir sollten sichern, daß man auch in der Oberprima noch Deutschunterricht wie in allen CDU-Ländern so auch künftig in SPD-regierten Ländern haben muß.

(Beifall)

Dies geht ohne eine Änderung des Abkommens, was schwierig genug ist. Mit Änderung des Abkommens wäre es unter Umständen möglich, die Grundkurse stärker als heute zu werten. Heute wird der Leistungskurs mit drei Punkten, der Grundkurs mit einem Punkt gewertet. Vor gut einem Jahr habe ich den Vorschlag gemacht, daraus ein Verhältnis 2 : 1 zu machen, wobei es natürlich auch Gründe dagegen gibt. Jeder Vorschlag hat auch Gegengründe. Ich bin für meinen Vorschlag; das wird niemanden wundern. Der Gegenstand heißt, daß dann ein Grundkurs, wie Musik oder Erdkunde, auch in eine

höhere Wertung kommt. Also, liebe Leute, letztlich meine ich, daß in der gymnasialen Oberstufe ein Stück Wahlmöglichkeit erhalten bleiben muß, und wir sollten nicht zu den Fehlern des Jahres 1960 zurückkehren.

(Beifall)

Im übrigen können wir uns darüber totdiskutieren, ob hier drei oder vier Stunden und dort zwei oder drei Punkte vorgesehen werden sollen. Entscheidend ist der Inhalt; denn auch wenn ich viereinhalb Jahre Deutsch habe und mache in einem Halbjahr Biermann, im nächsten Halbjahr Trivalliteratur, im dritten Halbjahr - ich nenne etwas Anständiges - lese ich Horkheimer, und im vierten Halbjahr lese ich Brecht, dann war das zwar Unterricht, aber keine Unterrichtung und keine Bildung. Es geht um die Inhalte.

(Beifall)

Nun ist bei diesem Leistungsthema ja Gottlob nicht nur vom Gymnasium, sondern auch von der Hauptschule die Rede. Die Hauptschule muß ihren Schülern Erfolgserfahrung vermitteln und darf den Hauptschüler nicht als Schrumpfgymnasiasten abstempeln. Hier müssen wir einen eigenen Weg entwickeln. In Rheinland-Pfalz kann man diesen Satz großartig sagen; denn da hat man 49 % eines Jahrgangs in der Hauptschule. Das ist prima. In Berlin habe ich 14 % eines Jahrgangs in der Hauptschule, und von diesen 14 % sind 80 % Ausländer. Die anderen hauptschulempfohlenen Schüler befinden sich in der Gesamtschule und bejahen diese Schule. Die haben nun also alle ein Hauptschulabschlußzeugnis. Wir sagen: Jawohl, das ist ein eigener Weg. Lassen Sie mich deutlich sagen: Dies gelingt nur, wenn wir auch auf die Ausbildungsordnungen schauen; denn - ich nenne konkrete Beispiele - wenn für die Erzieherausbildung nur noch jemand mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I, Realschulabschluß, genommen wird, wenn in manchen Ländern der Zugang zur Fachschule an den Realschulabschluß gekoppelt werden soll, wenn als jüngstes Ergebnis der letzten eineinhalb Jahre für den gehobenen Dienst im öffentlichen Bereich Fach-, Hochschulreife und Fachhochschule intern abverlangt werden - ich sage das der Kürze wegen so dramatisch zugespitzt -, wenn die Ausbildungsordnungen also immer mehr theoretisiert werden, dann drängt man die Hauptschüler in die Rolle des Hilfsarbeiters ab.

(Beifall)

Da müssen wir ran. Schule kann ihren Hauptschulbildungsweg nur dann glaubhaft vermitteln, wenn alles seine Entsprechung im Beschäftigungssystem findet.

Nun fiel soeben schon das Stichwort "Ausländer". Würde ich das Thema der Ausländer hier aufnehmen, dann sprengte es sämtliche andere Beratungen. Oberflächlich wird darüber genug geredet, und das geschieht mit sehr unterschiedlichen Bedingungen. In Berlin haben wir im siebten Schuljahr durchschnittlich 38 % Ausländer, was bedeutet, daß es in ganzen Stadtteilen 80 % sind. Es stellt sich dann die Frage, wie wir das deutsche Kind in einer Lerngruppe nicht Minderheit sein lassen, obwohl es in seiner Schule Minderheit ist. Hier gibt es also dramatische Fragen. Ich meine deshalb - dies ist ein persönlicher Vorschlag, und ich erlaube es mir, das hier zu fragen - : Vielleicht könnte dieses Forum an den Bundesvorstand der Union die Bitte richten, über die Fragen der Bildung und Erziehung ausländischer Kinder einen eigenen Kongreß einzuberufen, damit darüber in Gründlichkeit und nicht in Oberflächlichkeit diskutiert wird.

(Beifall)

Es folgt eine letzte Bemerkung. Ich hatte gesagt, daß ich fünf Punkte ansprechen würde. Sie werden sich schon gewundert haben, daß immer noch nicht von der Gesamtschule die Rede war. Nun ist es so weit. Als jemand, der gewiß nicht im Verdacht steht, ein glühender Anhänger der Gesamtschule zu sein, möchte ich feststellen, daß noch mehr als von der Gliederung davon abhängt, welche Lehrer in den Systemen unterrichten.

(Beifall)

Ich kenne aus der Berliner Erfahrung Gesamtschulen, deren Absolventen von Siemens und anderen Betrieben den Schulabgängern aus den gegliederten Schulen gleichgestellt, zum Teil vorgezogen werden. Ich kenne andere Gesamtschulen, wo sich Eltern und Ausbilder mit Schrecken abwenden und eine andere Schule für ihre Kinder suchen. Es kann also nur darum gehen, die Vergleichbarkeit zu sichern und den politisch bereits erreichten Konsens über die mittleren Abschlüsse zu bestätigen.

(Beifall)

Es war eine lange Auseinandersetzung, um die SPD von ihrem Standpunkt wegzubekommen, daß es nach dem zehnten Schuljahr zwei Abschlüsse geben solle. Inzwischen besteht der Konsens, daß es drei gibt, nämlich den Hauptschulabschluß, den qualifizierten Sekundarabschluß I, sprich Realschulabschluß, und den Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Dies heißt konkret, daß der Schüler in einem zweigestuften System, der im oberen Kurs ist, dieselben Qualifikationsanforderungen wie ein Realschüler leisten muß; denn nicht jedes Realschulzeugnis berechtigt zum Übergang in die gymnasiale Oberstufe. Deshalb meine ich, diesen Streit, ob zu den drei Abschlüssen nun zwei oder drei Wege führen, könnte man entkrampfen, wenn man sich auf die konkrete Schülerzusammensetzung bezieht und wenn man zu unterscheiden wagt, ob es sich um ein Land handelt, in dem die Union in Jahrzehnten Verantwortung trug, oder um ein Land handelt, in dem ursprünglich die Gesamtschule als einziges Ziel anvisiert wurde. Was nützt mir denn konkret in einer Gesamtschule, in der ich 2 % Schüler mit gymnasialer Empfehlung habe - das ist nicht erfunden, sondern eine Tatsache -, die Einführung einer Dreierdifferenzierung?

Da besteht doch die Gefahr, daß mit dem, was mit "gymnasiales Niveau" überschrieben ist, ein gymnasiales Niveau vorgetäuscht wird und daß der, der in dem Kurs ist, auch mit "vier minus" in die gymnasiale Oberstufe kommt; wenn dort hingegen eine Zweierdifferenzierung existiert, kann man sogar den Leistungsbezug ganz anders verdeutlichen.

Ich meine aber - verzeihen Sie, daß ich das so sage -, ob wir die Zweier- oder die Dreierdifferenzierung bejahen oder nicht, ist nicht bildungsentscheidend, weil es um die Inhalte geht und weil von uns mit aller Leidenschaft eine Schule ohne Differenzierung abgelehnt werden muß, eine Schule, die nur Projektunterricht setzt. Sie kennen das: team teaching; pädagogische Mund-zu-Mund-Beatmung nenne ich das. Da kommt es darauf an, wer wen beatmet.

Meine Damen und Herren, von daher müssen wir verlangen, daß Schule nur dann anerkannt wird, wenn sie differenziert. Über das Ausmaß der Differenzierung sollten wir uns, meine ich, mit weniger Leidenschaft streiten als mit der, mit der wir die Inhalte hervorheben. Ich möchte nämlich gern, daß morgen Alfred Dregger in Hessen mit der gleichen Zuversicht Regierungsverantwortung übernehmen kann, wie es Walter Wallman in

Frankfurt, Ministerpräsident Albrecht in Niedersachsen und Richard von Weizsäcker in Berlin getan haben.

(Beifall)

Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg

Einführungsrede im Forum II

Mit der Jugend Für Soziale Marktwirtschaft im Dienst des Menschen

Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! "Die Soziale Marktwirtschaft ist die sozial gebundene Verfassung der gewerblichen Wirtschaft, in der die Leistung freier und tüchtiger Menschen in eine Ordnung gebracht wird, die ein Höchstmaß von wirtschaftlichem Nutzen und sozialer Gerechtigkeit für alle erbringt." Das ist der Kernsatz aus der ersten programmatischen Aussage der CDU Deutschlands zur Sozialen Marktwirtschaft in den Düsseldorfer Leitsätzen aus dem Jahre 1949, und ich finde, daß er bis heute eine sehr gut gelungene, treffende Umschreibung des Begriffs Soziale Marktwirtschaft ist, den wir in immer neuen Anläufen in unseren vielen Programmen definiert haben. Ihre politische Umsetzung unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard ermöglichte unserem Land einen beispiellosen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Aufstieg.

Schwieriger – so muß man im Rückblick sagen – erwies sich dann die Aufgabe, in den 60er Jahren eine zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft zu verwirklichen, die nach Alfred Müller-Armack vor allem der modernen, menschenfreundlichen Gestaltung der "öffentlichen Umwelt, in der wir leben" dienen sollte. Dies ist, wohlgemerkt, ein Zitat von Professor Alfred Müller-Armack aus dem Jahre 1960 und nicht von Erhard Eppler aus dem Jahre 1972. Aber die politischen Zielkonflikte und das Anspruchsdenken nahmen damals sehr stark zu. Neue Zeitströmungen propagierten ganz andere Werte und auch andere Lösungsmöglichkeiten.

In den letzten 12 Jahren nach 1969 schließlich erlebten wir den Versuch, die Grundsätze Sozialer Marktwirtschaft durch ständig fortschreitende Erweiterung bzw. Entgrenzung des Begriffs "sozial", durch die permanente Ausdehnung der Staatstätigkeit und die maßlose öffentliche Verschuldung zu überspielen. Den Preis dafür müssen wir heute, zu Beginn der 80er Jahre, mit dramatisch steigender Arbeitslosigkeit, Abbau von Sozialleistungen, Rückgang der Realeinkommen und – was das Schlimmste ist – einer weitgehenden Orientierungskrise bezahlen.

Auf diesem kurz skizzierten Hintergrund kann es nach meiner Einschätzung nicht darum gehen, ein völlig neues wirtschaftspolitisches Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Nicht die Soziale Marktwirtschaft hat in den letzten Jahren abgewirtschaftet, sondern die Bonner Koalition.

(Beifall)

Aber diese Feststellung reicht als Legitimation für die Soziale Marktwirtschaft natürlich nicht aus. Die 80er Jahre werden zweifellos andere Anforderungen an uns stellen als die 50er und 60er Jahre. Sie stellen uns vor allem mit den Belastungen der Umwelt, der

Rohstoff- und Energieverknappung, den Ungleichgewichten im Nord-Süd-Verhältnis vor-
erste, weitgehend neue Probleme. Unsere hochentwickelte und zugleich sehr empfind-
liche Zivilisation ist noch stärker als früher auf die Zusammenarbeit der verschiedenen
Gruppen und auf ein Mindestmaß an Verständigung im eigenen Land angewiesen.

So muß, nachdem die Linken abgewirtschaftet haben, ein neuer Anfang in der
Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwei Schritte umfassen: Es gilt, die Prinzipien So-
zialer Marktwirtschaft wieder zur bestimmenden geistigen und politischen Kraft zu
machen. Die Chancen hierfür bestehen heute stärker als jemals in den letzten rund 15
Jahren nach dem Bankrott der verschiedenen Spielarten sozialistischer Wirtschafts-
und Gesellschaftsideologien. Es geht zum Zweiten darum, Soziale Marktwirtschaft
reformerisch-inhaltlich weiterzuentwickeln, auf die genannten neuen Probleme und Her-
ausforderungen der 80er Jahre sach- und prinzipiengerechte Antworten zu finden.

Ein Zweites will ich hier anfügen. Professor Alfred Müller-Armack, der ja den Begriff "So-
ziale Marktwirtschaft" prägte, hat noch kurz vor seinem Tode im Jahre 1978 mit Nach-
druck gesagt — ich zitiere -: "Es geht darum, die Ursprünge der Sozialen Marktwirtschaft,
ihre geistige Herkunft aus der Literatur unseres Jahrhunderts wieder sichtbar zu
machen. Ein Teil dieser geistigen Vorbereitung ist den Jüngeren nicht mehr präsent." In
der Tat, gerade heute, wo das Suchen nach Orientierung und prägenden, haltenden
Werten vor allem bei der Jugend wieder stärker wird, müssen wir die fruchtbare Verbin-
dung der klassischen liberalen Überzeugungen und der christlichen Anthropologie bei
den Gründungsvätern wieder bewußt machen. Wir müssen klarmachen, daß Soziale
Marktwirtschaft nicht in erster Linie ein Instrumentarium, eine Technik zur Produktion
materieller Güter ist, sondern eine in tiefen sittlichen und historischen Erfahrungen be-
gründete Konzeption der Wirtschaft und Gesellschaft.

(Beifall)

Es geht also zunächst um das Verständnis vom Menschen, das der Sozialen Marktwirt-
schaft zugrunde liegt. Wir haben es in unserem Grundsatzprogramm der CDU so
gesagt:

Der Mensch ist zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen geschaffen.
Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. In verantworteter Freiheit
sein Leben und die Welt zu gestalten ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

Ich will hier — Helmut Kohl hat das gestern schon kurz angesprochen — an die berühmte
Rede Ludwig Erhards vor dem zweiten Parteitag der CDU für die britische Zone am 28.
August 1948 in Recklinghausen erinnern, mit der Erhard damals die Christlich Demokratische
Union — deren Mitglied er an jenem Tag noch gar nicht war — gewann und von
dem Konzept Sozialer Marktwirtschaft überzeugte, auch in der praktischen Gestaltung,
wie sie in den Anfängen der Frankfurter und dann der Bonner Wirtschaftspolitik vollzogen
wurde. Ludwig Erhard sagte damals:

Nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergan-
genen Ära, auch nicht das "freie Spiel der Kräfte" ..., sondern die sozial verpflichtete
Marktwirtschaft ..., die den Wert der Persönlichkeit voranstellt, der gerechten Lei-
stung aber dann auch den verdienten Ertrag zugute kommen läßt, das ist die Markt-
wirtschaft moderner Prägung.

Ein Wort – vor 33 Jahren gesprochen – von unglaublicher Aktualität!

So ist es auch folgerichtig, wenn Professor Wilhelm Röpke sein engagiertes Plädoyer für die Marktwirtschaft letztlich mit den Dingen jenseits von Angebot und Nachfrage begründet hat. Das ist der Titel jenes berühmten Buches, das jetzt schon über 20 Jahre alt ist, das aber erfreulicherweise wieder neu aufgelegt und in den Buchhandlungen erhältlich ist: "Jenseits von Angebot und Nachfrage". Ohne Selbstverantwortung und Nächstenliebe, ohne den Willen zum produktiven Schaffen und das persönliche Bekenntnis der meisten zur sittlichen und sozialen Verpflichtung würde Soziale Marktwirtschaft verdorren – übrigens genauso wie jede theoretisch denkbare andere humane Gesellschaftskonzeption.

Was bedeutet nun Soziale Marktwirtschaft heute im einzelnen für die Union?

Erstens. Es heißt vor allem anderen Vertrauen in die unersetzlichen schöpferischen Kräfte des Menschen, schöpferisch in der beruflichen Leistung, in Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft, schöpferisch und produktiv aber auch in der Solidarität gegenüber dem Nächsten. Wirtschaftliche Entscheidungen sollen deshalb nicht durch Macht, sondern durch den Markt, d.h. durch Wettbewerb gefällt werden.

Zweitens. Marktwirtschaft setzt Privateigentum voraus. Dies gewährleistet zusammen mit der Innovations-, also der Eneuerungs-, der Gestaltungskraft des Wettbewerbs und den sogenannten Sanktionsmechanismen des Marktes – Gewinn und Verlust –, daß mit den vorhandenen Rohstoffen und Ressourcen sorgsam umgegangen wird und Knappheit überwunden werden kann. Marktwirtschaft hat damit schon in sich, gleichsam im Ansatz, auch eine soziale Kategorie.

Drittens. Wir wissen, daß der Markt natürlich nicht alle Fragen lösen kann und daß die Ergebnisse des Marktes auch nicht in allen Lebensbereichen ungeprüft hingenommen oder übernommen werden dürfen. Soziale Marktwirtschaft heißt deshalb, freiheitliche Entfaltung aller Menschen, der Starken wie der Schwachen, durch richtige Rahmenbedingungen, die der Staat zu setzen hat, zu ermöglichen.

Der Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft soll gleichermaßen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zielen dienen. Die Soziale Marktwirtschaft ist deshalb ein dynamisches System, das Spielräume eröffnet, vor allem auch für die soziale Sicherung der Schwachen. Die Verlässlichkeit des Ordnungsrahmens Sozialer Marktwirtschaft setzt einen starken demokratischen Staat voraus. Die Stärke des Staates soll aber aus Selbstbescheidung und strenger Beachtung des Prinzips der Subsidiarität erwachsen. Sonst entsteht – wie wir in den letzten Jahren erfahren haben – eine zunehmende Überforderung der Politik und der Verwaltung, mit dem Ergebnis, daß Politik und Verwaltung die wichtigsten zentralen Aufgaben des Staates, etwa auf dem Feld der inneren Sicherheit, aber auch der Verlässlichkeit der Sozialgesetzgebung, nicht mehr leisten können und ersatzweise in Bereichen von zweit- und dritrangiger Bedeutung eine wahrhaft erschreckende bürokratische Reglementierungswut entfalten. Dafür gibt es leider auch genügend aktuelle Beispiele, von den Ländern über Bonn bis, vor allem, zur Europäischen Gemeinschaft hin.

Viertens. Größtmögliche Preisstabilität ist in der Sozialen Marktwirtschaft eine unerläßliche Voraussetzung dafür, daß sich die Marktkräfte entfalten können. Eine permanente hohe Inflation führt dazu, daß der Markt nicht mehr voll funktionsfähig ist. Und es kommt

zu dem, was man als Fehlallokation von Ressourcen bezeichnet, zu deutsch also: die falsche Verwendung der Ressourcen, nicht nach Marktgesetzen und Sachgesetzen, sondern verfälscht durch die Inflation. Nach Professor Müller-Armack darf man keines dieser tragenden Elemente auf Kosten der anderen verabsolutieren, nicht – wie er sagte – den Wettbewerb, „nicht das ökonomische Leistungssystem ohne die Sicherung, die ihm gleichzeitig im Rücklauf gewährt wird durch das, was an sozialer Sicherheit produziert wird.“

Diese innere Einheit, meine lieben Freunde, ist heute nicht mehr vorhanden. Der Autoritätsverlust des Staates beruht u.a. darauf, daß er die vielen neu übernommenen Aufgaben nicht mehr erfüllen kann bzw. die Wirkungen seiner Aktivitäten selbst nicht mehr zu übersehen vermag. Die Belastungs- und Verteilungswirkungen des öffentlichen Steuer- und Übertragungssystems sind weitgehend unkalkulierbar geworden. Ihr Gerechtigkeitsgehalt läßt sich nicht mehr schlüssig beweisen und begründen.

Das ist auch der Hintergrund für einen Teil dieser bestürzenden Vorgänge der letzten Wochen in der deutschen Politik. Es kam auf diesem Wege dazu, daß die führenden Bonner Koalitionspolitiker jetzt monatelang weder die Eckdaten noch die Einzelheiten ihrer Finanzplanung zu übersehen vermochten und mit den Milliarden hin- und her jongliert haben wie Kinder mit ihren Bauklötzen. Diese Durchschaubarkeit der Politik, diese Begründbarkeit der Prioritäten, ist ein sachliches und zugleich auch ein moralisches Postulat.

Die wachsende Belastung der berufstätigen Menschen durch Steuern und Abgaben erkennt persönlichen Aufstieg und persönliche Leistung nicht mehr an. Viele Bürger schaffen sich deshalb "Freiräume" durch Betätigung in sogenannten "Schattenhaushalten", also vor allem in der Schwarzarbeit, und begrenzte Regelverletzungen werden üblich.

Die Idee der Freiheit wird von vielen in einem anarchistischen Sinne interpretiert: Freiheit als Emanzipation aus allen Bindungen und Verpflichtungen. Andererseits wird der Staat oder das Abstraktum "Gesellschaft" zunehmend für alles und jedes verantwortlich gemacht, das dem einzelnen widerfährt.

Leichtsinnige "Garantien" von Politikern wurden als Schutz vor negativen Folgen auch bei eigenem unsozialem Verhalten aufgefaßt: Brandt's Vollbeschäftigungsgarantie von 1973, Schmidt's Rentengarantie von 1976, Schmidt's soziale Besitzstandsgarantie von 1980 – lauter geplatzte Wechsel, die zunächst Illusionen und Fehlhaltungen förderten und heute tiefe Enttäuschung verursachen.

In den letzten zehn Jahren sind im Bundeshaushalt und bei der Verwendung unseres Sozialprodukts die Aufwendungen für Investitionen für Forschung und Zukunftssicherung ständig zurückgegangen, die Mittel für den Tagesverbrauch permanent angewachsen. Unter dem Vorzeichen sprunghaft steigender Schulden ist dies eine kurzsichtige und letztlich vor allem gegenüber der Jugend verantwortungslose Politik.

(Beifall)

Und schließlich zu dem aktuellen Befund: Auf Grund der insgesamt unzureichenden privaten Investitionstätigkeit in den 70er Jahren ist der volkswirtschaftliche Kapitalstock in wichtigen Teilen überaltert. Seine Größe reicht nicht mehr aus, um die wachsende Zahl

von Arbeitssuchenden mit Arbeitsplätzen zu versorgen. Die Versäumnisse in den Energiepolitik verschärfen die Wachstums- und Beschäftigungseinbußen und das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht.

Was ist zu tun, damit Soziale Marktwirtschaft wieder voll zur Entfaltung kommen kann? Natürlich sind nachhaltige Kürzungen bei Besitzständen, also bei Leistungsgesetzen, unvermeidbar geworden. Aber, meine Damen und Herren, der Rotstift alleine ist auch kein Programm für die Zukunft. Man muß mit einer umfassender und überzeugender begründeten neuen Politik die Ursachen für die Krisenerscheinungen beseitigen. Die Ansatzpunkte dafür sehe ich in den folgenden Bereichen:

Der Freiheitsraum für den einzelnen und auch für die nicht-staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen ist neu zu bestimmen und wo nur irgend möglich zu erweitern. Privater Initiative und Verantwortung muß eindeutig Vorrang eingeräumt werden vor staatlicher Betätigung und vor Machbarkeitsillusionen. Das bedeutet, daß es eine Grundsatzdebatte geben muß – sie wird auch auf diesem Parteitag, parallel, in einem anderen Forum, geführt – über die eigentlichen und wesentlichen Aufgaben des Staates und seine Grenzen. Das heißt auch, daß der Staat nur dort Leistungen erstellt, wo der Markt diese Leistungen nicht oder nur unzureichend anbieten kann, daß Subventionen prinzipiell nur noch zeitlich befristet gegeben werden, daß die seit Jahren verlangte Rechtsvereinfachung und Aufgabenüberprüfung nachhaltig in Angriff genommen wird.

Ich erinnere an unsere Aussage vor der Bundestagswahl: Die Staatsquote muß am Ende dieses Jahrzehnts wieder unter 40 % liegen, und die Steuer- und Abgabenbelastung muß schrittweise, mit dem Abbau der Haushaltsdefizite parallel, verringert werden.

(Beifall)

Wir brauchen eine Reform der Sozialpolitik, die von der geradezu gigantisch angewachsenen Umverteilung von Geldern von fast allen an fast alle weggeführt und die sehr knapp gewordenen staatlichen Mittel gezielt und konzentriert den wirklich Schwachen und Hilfsbedürftigen zukommen läßt. Die Erkenntnis, daß die soziale Sicherung ökonomisch von der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft abhängt, muß wieder Allgemeingut werden.

Ich will diese Forderung, diese Aussage, an zwei aktuellen Beispielen veranschaulichen: Meine Damen und Herren, die 1975 in Bonn verabschiedete Reform des Schwerbehindertenrechts führt dazu, daß jetzt jedes Jahr, Jahr für Jahr, rund eine Million Mitbürger bei den Versorgungsämtern der Länder ihre Anerkennung als Schwerbehinderte beantragen, um in den Genuß von Steuervorteilen, kostenloser Beförderung im öffentlichen Personennahverkehr und anderer Vergünstigungen zu kommen. Das kostet die öffentliche Hand natürlich jedes Jahr steigende Milliarden-Beträge.

Zu den aktuellen Finanzvorlagen der Bundesregierung, die in Bundestag und Bundesrat beraten werden, gehört jedoch u.a. eine Kürzung bei den Zuschüssen an die Werkstätten für Behinderte um gut 100 Millionen DM. Weil mehrere Millionen Menschen ohne Not ein schlecht formuliertes Bundesgesetz in Anspruch nehmen, werden jetzt die Leistungen für die am schwersten Betroffenen von derselben Bundesregierung gekürzt – ohne jeden Aufschrei in der SPD-Fraktion, wie wir ihn beim Schüler-Bafög erlebt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dies ist ein aktuelles und bestürzendes Beispiel dafür, wie die Entgrenzung des Begriffs "sozial" zu einer der Todsünden der sogenannten sozialliberalen Gesellschaftspolitik geworden ist und wie sie jetzt immer stärker auf Kosten der Schwächsten in unserem Volk geht, die keine lautstarken Anwälte haben.

Ein zweites Beispiel, das ich hier in Hamburg besonders gerne aufnehme. Man konnte vor einigen Tagen lesen, daß die Betriebsgruppen der Hamburger Sozialdemokraten eine Studie vorgelegt haben, nach der junge Empfänger von Sozialhilfe in immer größerer Zahl höhere Nettoeinkommen erzielen als gleichaltrige Beamte des einfachen Dienstes oder auch Arbeiterinnen. In diesem Schriftsatz der Hamburger SPD-Betriebsgruppen heißt es – ich zitiere das einmal – :

Die Mitglieder hier im Hause finden es empörend, wenn nicht gar provozierend, wenn sie sehen, daß ein Sozialhilfeempfänger mehr an Barmitteln zur eigenen Verwendung hat als sie selbst, die sie den ganzen Tag arbeiten.

Viele von Ihnen, meine Damen und Herren, werden wissen, daß die Neuordnung der Sozialhilfe ein wichtiger Punkt unserer Finanzvorlagen im Bundesrat ist. Wenn ich dies aus dem Kreise der Arbeitnehmer der SPD lese, was ich soeben zitiert habe, dann muß ich auch daran erinnern, daß diejenigen, die wie ich vor drei, vier Jahren dies schon einmal zum Thema einer öffentlichen Diskussion gemacht haben, von dem SPD-Vorsitzenden Willi Brandts mit dem Schlagwort der "sozialen Demontage" in übelster Weise diffamiert wurden; auch das gehört zur Vorgeschichte der jetzigen Debatte.

(Beifall)

Heute klagen Brandt eigene Genossen – vor allem aus den Gewerkschaften – über die Auswirkungen einer verfehlten Gesetzgebung.

Dabei geht es nicht nur um finanzielle Fragen. Nach meiner Überzeugung ist es sozialethisch nicht vertretbar, ja in den Folgen verhängnisvoll, wenn der Abstand zwischen den Nettoeinkommen arbeitender Menschen und den gesunden Empfängern von staatlichen Transferleistungen völlig nivelliert wird, ja, wenn es mehr und mehr Beispiele dafür gibt, daß die Empfänger von Transfereinkommen höhere Einkommen erzielen als diejenigen, die regulär arbeiten.

(Beifall)

Man muß auch die sozialen Verwerfungen sehen. Ich will nur einmal darauf verweisen, daß schon im Jahre 1979, also vor Einsetzen der Massenarbeitslosigkeit, achtmal soviel junge Menschen Sozialhilfe bezogen haben, wie im Jahre 1965; also eine Steigerung auf das Achtfache! Das sind die tieferliegenden Probleme unserer Sozialstrukturen, die wir angehen müssen.

Hier hat eine neue Sozialpolitik einzusetzen. Sie muß viel nachhaltiger auf die Förderung und Ermutigung der bürgernahen sozialen Dienste orientiert werden, des ehrenamtlichen nebenberuflichen Engagements. Wer alle Wechselfälle des persönlichen Lebens in Paragraphen erfassen will, zerstört jene Spontanität und jene Beweglichkeit, die Menschlichkeit über Barleistungen hinaus im sozialen Miteinander zur Geltung bringen.

Und schließlich: Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich in den 80er Jahren vor allem anderen auf Investitionen und Innovationen konzentrieren. Hier liegt der Schlüssel zur Lösung der Probleme sowohl für den Arbeitsmarkt, für die Rohstoffverknappung, für den Umweltschutz als auch für die Entwicklung der Dritten Welt. Der Strukturwandel muß als Wachstumschance erkannt und genutzt werden. Man muß von gewissen populären Vorurteilen Abschied nehmen, etwa der Behauptung von der Sättigung der Märkte.

Wir haben in den nächsten 30 Jahren die Aufgabe, bis zu 800 Milliarden DM allein für die Energieinvestitionen in diesem Lande zu mobilisieren: Energieeinsparung, Substitution, Veränderung der Strukturen unserer Energieversorgung. Die eigentliche Gefahr der 80er Jahre liegt nicht in Sättigungsgrenzen oder absoluter Rohstoffverknappung, sondern in der unzulänglichen Nutzung der vorhandenen Gestaltungsräume.

Wir können den beruflichen Erwartungen der Jugend, der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und vor allem auch den wachsenden Verpflichtungen gegenüber den notleidenden Entwicklungsländern nur gerecht werden, wenn wir bereit sind, den technischen Fortschritt zu fördern und verantwortungsbewußt zu nutzen.

(Beifall)

In dem Zusammenhang müssen wir die großen Investitionshemmnisse beseitigen. Wir haben eine Wohnungsbaugesetzgebung, die in zehn Jahren zur Halbierung der Wohnungsbauleistungen geführt hat. Da geht es nicht nur um günstigere steuerliche Rahmenbedingungen, sondern auch um eine Reform des Mietrechtes. Denjenigen, die unter sozialistischen Parolen gegen leerstehende Häuser in Berlin demonstrieren, muß man sagen, daß sozialistische Politik – nicht nur in der Administration, sondern auch in der Gesetzgebung – genau das bewirkt hat, was sie heute anprangern. Eine Reform des Mietrechts ist also notwendig.

(Beifall)

Ähnliches gilt für die Lösung der genannten energiepolitischen Probleme.

Meine Damen und Herren, von einer generellen Technologiefeindlichkeit in unserer Gesellschaft kann man heute auch bei der Jugend nicht sprechen. Tatsache ist aber, daß die elementaren Zusammenhänge zwischen der technologischen Innovation, der Wirtschaftsentwicklung, der sozialen Sicherung und vor allem auch unserer Verpflichtung gegenüber der Dritten Welt weithin nicht gesehen werden. Hier berühren wir einen besonders empfindlichen Punkt:

Die linken Schulreformen der ausgehenden 60er Jahren haben zu einem wirklichen Bildungsnotstand bei vielen Lehrern, Studenten und Schülern im Bereich der wirtschaftlichen Elementarkenntnisse geführt.

(Beifall)

Zwar wird heute in fast allen Schulen ungleich mehr über Politik geredet als vor zwei Jahrzehnten. Aber dem entspricht in gar keiner Weise eine parallele Zunahme der tatsächlichen Kenntnisse unserer Volkswirtschaft, ihrer Regeln und Abläufe. Antikapitalistische Primitivformel des Neomarxismus ersetzen an vielen Orten politische Bildung; das ist der aktuelle Befund, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Eine neue inhaltliche Schulreform ist dringend notwendig. Aber auch hier gilt wohl das Wort Bert Brechts: "Kein Vormarsch ist so schwer wie der Rückmarsch zur Vernunft."

(Beifall)

Wir müssen, meine Damen und Herren, die Soziale Marktwirtschaft voll zur Geltung bringen, indem wir an einer klaren Rollenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft keinen Zweifel aufkommen lassen. Wo Kompetenzen sind, Autonomie besteht, muß auch die Verantwortung liegen.

Das heißt: Aufgabe der Bundesbank ist es, in erster Linie für einen stabilen Geldwert nach innen und außen zu sorgen. Die Bundesbank hat in den letzten beiden Jahren das ihr Mögliche hierfür getan. Mangelnde Unterstützung durch die Lohnpolitik und die Finanzpolitik sind die Ursachen, daß wir heute soweit entfernt vom Stabilitätsziel sind.

Die Autonomie der Tarifpartner darf nicht von den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen losgelöst werden. Die Hauptverantwortung für die Höhe der Beschäftigung tragen die Tarifparteien. Die Hauptursache für die Arbeitslosigkeit ist heute Kapitalmangel. Die Chancen für eine arbeitsplatzschaffende Entwicklung können sich nur in dem Maße vergrößern, wie die Lohnabschlüsse die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sichern und einen angemessenen Finanzrahmen für Investitionen belassen. Ausreichende Ertragserwartungen sind die Voraussetzungen gleichermaßen für Investitionen, für neue Arbeitsplätze und soziale Sicherung.

Ohne eine wesentlich verbesserte Vermögensbildung der Arbeitnehmer läßt sich der hier zugrundeliegende Zielkonflikt nicht lösen.

(Beifall)

Der Staat muß durch eine Reform seiner Steuer- und Abgabenpolitik bessere Rahmenbedingungen für den Ausgleich zwischen den Tarifpartnern schaffen.

Eine politische Vollbeschäftigungsgarantie ist, wie bereits erwähnt, nicht möglich. Aufgabe des Staates ist es vielmehr, durch stetige und vorausschauende Wirtschaftspolitik die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu schaffen. Ich will hier kurz ein aktuelles Zitat von Professor Herbert Giersch zur Verdeutlichung erwähnen; er sagte:

Um eine Million neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik zu schaffen, brauchen wir vielleicht zehntausend neue Unternehmen mittlerer Größe und dazu einige zehntausend tatkräftige Menschen, die als Unternehmer, Manager und Ingenieure noch etwas bewirken wollen, statt nach mehr Urlaub, Arbeitszeitverkürzung oder Überversorgung im öffentlichen Dienst zu rufen.

Hier und nicht beim Aufstellen staatlicher Beschäftigungsprogramme ist die wirtschaftspolitische Phantasie gefordert.

(Beifall)

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Bei der notwendigen Umkehr in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geht es nicht um eine bloße Renaissance einer freien Markt-

wirtschaft oder um eine Absage an die soziale Sicherung. Das wäre ein Mißverständnis, dem ich eingangs mit der historischen Reflexion begegnen wollte. Im Gegenteil, gerade um die Substanz unseres sozialen Rechtsstaates zu bewahren und den unerläßlichen sozialen Grundkonsens in unserer Gesellschaft zu erhalten, müssen Verkrustungen abgebaut und neue dynamische Kräfte freigesetzt werden.

Ich sagte eingangs, daß Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft auch bedeutet, neue Herausforderungen unserer Zeit zu erkennen und zu beantworten. Ich will das zum Schluß noch einmal stichwortartig in drei Aufgabenfeldern kurz verdeutlichen.

Erstens. Vermögensbildung. Ich habe diesen Punkt auch schon im Zusammenhang mit den Problemen der Tarifpolitik und der Kapitalbildung angesprochen. Wir sind die klassische Partei der Vermögensbildungspolitik. Wohnungsbauprämien, Investmentsparen, 312-DM-Gesetz, Volksaktien, Belegschaftsaktien waren die Stichworte am Anfang, vor 20 Jahren. Leider ist auch hier der Impuls schwächer geworden, in den letzten zehn Jahren praktisch zum Erliegen gekommen. Wir müssen aus den genannten Gründen hier zu einer neuen großen Bewegung kommen.

Ich erinnere daran, daß unsere Fraktion und auch die Länder in den letzten Jahren weitere Gesetzentwürfe eingebracht haben, vor allem zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für vermögenswirksame Leistungen. Die Koalition hat hier – wie in so vielem – blockiert. Wir müssen diese Initiativen wieder aufnehmen und erweitern, weil Vermögensbildung für Arbeitnehmer freilich nicht in kollektivistischen Formen erfolgen soll, sondern mit der Anlage "Freiheit für den einzelnen Arbeitnehmer" der Schlüssel überhaupt ist, um die Aufgaben einer verstärkten Kapitalbildung bei den heutigen Anteilseignern und die Probleme des Ausgleichs bei den Tarifverhandlungen noch lösen zu können.

Zweitens. Umweltschutz. Meine Damen und Herren, ich habe an das Zitat von Müller-Armack aus dem Jahre 1960 erinnert. Ich bin auch davon überzeugt, daß Umweltschutz und Umweltpolitik mit Sozialer Marktwirtschaft vereinbar sind. Was wir brauchen, ist ein ökologischer Ordnungsrahmen, der die Gefährdungs- und Verbotstatbestände im Umweltschutz fixiert und klare Grenzen und Ziele vorgibt, an die sich Unternehmen und Verbraucher zu halten haben. Das Verursacherprinzip ist in der geltenden Gesetzgebung weithin verankert. Nur hat diese Gesetzgebung der letzten Jahre den Nachteil, daß sie ein zu großes Maß an Rechtsunsicherheit und Bürokratisierung gebracht hat. Hier ist eine Korrektur erforderlich, nicht aber im Kern der Umweltschutzgesetzgebung, wie wir sie in Bund und Ländern entwickelt haben.

Drittens. Entwicklungspolitik. Auch hier äußere ich mich nur noch stichwortartig. Wir müssen auch hier die richtigen Maßstäbe finden. Zunächst einmal ist es in der Anschauung interessant, daß in der Regel jene Länder der Dritten Welt erfolgreicher waren, die bestimmte marktwirtschaftliche Instrumente und bestimmte marktwirtschaftliche Regeln für sich benutzt haben.

(Beifall)

Das gilt für Afrika wie für Asien.

Wer wie ich vor einigen Monaten einen Besuch in der Volksrepublik China gemacht hat, also in einem kommunistischen Land, kann nur mit Erstaunen feststellen, wie man ver-

sucht, in das dortige staatssozialistische System Elemente einer marktwirtschaftlichen Ordnung, jedenfalls marktwirtschaftlicher Regeln einzubauen. Das geht von der Agrarwirtschaft bis zur Industrie.

Das zweite, was ich hierzu sagen will: Eine neue Weltwirtschaftsordnung als zentralistische, bürokratische und dirigistische Systematik wird die Probleme der Dritten Welt nicht lösen. Wir müssen zunächst einmal bereit sein, unsere eigenen Märkte für sie immer stärker zu öffnen. Das ist der wichtigste Beitrag, den wir für Entwicklungsländer leisten können, obwohl das wehtut, obwohl es Konflikte verursacht. Ich nehme einmal das Stichwort "Textilabkommen"; das ist nur einer der schwierigen Punkte. Aber hier fängt es an, natürlich mit Übergangsfristen, natürlich mit Ausgleichsvorhaben und Umstellungen.

(Zuruf: Sehr richtig!)

Aber letztlich eröffnet ein System der stärkeren weltweiten Arbeitsteilung auch uns Chancen in der Partnerschaft zu den Entwicklungsländern, wenn wir diese Aufgabe in Angriff nehmen.

(Beifall)

Das zweite Ziel wäre eine internationale Wettbewerbsordnung mit verbindlichen Verhaltensregeln, – natürlich für die vielgescholtenen Multis, aber natürlich auch für die Regierungen der Entwicklungsländer selbst, die sich einem solchen Kodex verbindlich unterwerfen müssen, wenn sie in hohem Maße private Investitionen in ihre Länder ziehen wollen, und zwar zu für sie annehmbaren Bedingungen. Ohne eine Steigerung der Privatinvestitionen werden ihre Probleme weithin unlösbar sein.

Meine Damen und Herren, heute spricht alles für eine Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft. Die bestimmende linke Politik der letzten zwölf Jahre und ihre Ideologien haben versagt. Es ist insofern auch Zeit für die vielbeschworene Wende. Sie ist nicht von jenen zu erwarten, die unser Volk in die Krise führten. Besinnung auf die Grundsätze tut not. Zu einer fruchtbaren Verbindung von christlich-sozialen und liberalen Ideen, die am Anfang stand, also zur Sozialen Marktwirtschaft gehören, Privateigentum, Wettbewerb und unternehmerische Verantwortung ebenso wie Mitbestimmung, Betriebsverfassungsrecht und Koalitionsfreiheit. Soziale Marktwirtschaft war in den großen gestaltenden Jahren der Bundesrepublik Deutschland politisch ein gemeinsames Werk von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Theo Blank, von Fritz Schäffer, Franz Etzel und Karl Arnold. Heute ist sie erneut die gemeinsame Aufgabe der ganzen Union als Volkspartei.

(Lebhafter Beifall)

**Einführungsrede im
Forum III**

**Mit der Jugend
Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde und vor allem auch liebe junge Gäste! Dieses Einleitungsreferat hat den Zweck, die Grundlage für eine Diskussion in diesem Forum heute morgen über das Verhältnis von Bürger und Staat, über unser politisches Ziel, eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft zu schaffen, zu legen. Norbert Blüm wird über diese Diskussion heute abend oder morgen früh dann im Zusammenhang mit der Beratung des Leitantrages durch unseren Bundesparteitag berichten. Dieser Leitantrag enthält in seinem letzten Kapitel Aussagen zu unserem Ziel und zu unserer Politik, eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft zu schaffen. Mit unseren Beratungen heute morgen wollen wir diese Beschlußfassung vorbereiten.

Ich möchte noch einmal unterstreichen, was Matthias Wissmann gesagt hat, nämlich, daß wir nicht nur theoretische Fragen und Zusammenhänge, sondern vor allem auch Erlebnis – Erlebnis mit unserer Gesellschaft, mit unserem Staat, mit der Rolle des einzelnen in Staat und Gesellschaft – erörtern sollten.

Ich möchte meine Einführung dem Versuch widmen, den wesentlichen Ursachen für die Entwicklung nachzugehen, die wir gemeinsam beklagen und die wir ja überwinden wollen, nämlich die Gefährdung junger Menschen. Der Leitantrag sagt dazu einiges. Es geht um die Gefährdung junger Menschen durch Alkohol- und Drogenmißbrauch, die Verwahrlosung vieler, die wachsende Rücksichtslosigkeit und Gewalttätigkeit in der gesellschaftlichen Umwelt, Unsicherheit, Unzufriedenheit und Angst – und all dies auf einem materiellen Lebensniveau, wie es in der Geschichte unseres Volkes ohne Beispiel ist. Dies ist ein Widerspruch. Es besteht ein Widerspruch zwischen den Sorgen, die im Leitantrag aufgezählt sind, und dem hohen Lebensstandard. Eigentlich sollte ja – dies war der Ausgangspunkt der Entwicklung – die Erarbeitung dieses hohen Lebensstandards und der Befreiung der Menschen dienen, der Erweiterung ihrer Horizonte und ihrer Möglichkeiten, sich zu entfalten.

Jetzt stellen wir aber fest – die jungen Menschen signalisieren dies als Brennspeigel gesellschaftlicher Verhältnisse gewissermaßen für das Ganze -, daß der hohe Lebensstandard oder, besser gesagt, die Art und Weise, wie wir ihn erzeugen und wie wir ihn organisieren, nicht zur Befreiung, nicht zur Entfaltung, nicht zur Erhöhung der Würde des Menschen, nicht zur Erweiterung der Horizonte führen, sondern zu dem, was ich soeben vorgetragen habe.

Meine Freunde, wenn wir diese Fragen stellen – lassen Sie mich das zum Ausgang einer Reihe von Punkten sagen, die ich hier vortragen will -, dann arbeiten wir am inneren Frieden unseres Landes. Denn der innere Friede unseres Landes ist nur gesichert, wenn die Ordnung des Ganzen unserer Gesellschaft dem Menschen gemäß gestaltet ist.

Auch davon war gestern die Rede – z.B. bei Heiner Geißler; auch Walter Wallmann und andere haben uns darauf hingewiesen -: Ein Land, das im Innern keinen Frieden hat, kann auch im Äußeren nicht als Partner des Friedens dienen. Wir müssen also den inneren Frieden als unverzichtbare Bedingung des Friedens insgesamt sehen. Dabei heißt innerer Friede aber nicht Schutz vor Verbrechen, Bekämpfung der Terroristen, Sicherheit auf den Straßen. All dies ist für den inneren Frieden zwar unverzichtbar; innerer Friede bedeutet aber auch gesellschaftlichen und sozialen Frieden, d.h. Toleranz und Rücksichtnahme unter den Menschen. Eine rücksichtslose Gesellschaft, eine Ellenbogengesellschaft ist keine friedliche Gesellschaft. Sie ist in Gefahr, die Übereinstimmung der Menschen untereinander und damit die Übereinstimmung der Menschen mit dem Ganzen zu zerstören.

Mit der Zerstörung dieser Übereinstimmung über die Richtigkeit der inneren Ordnung einer Gesellschaft, mit der Zerstörung der Übereinstimmung darüber, daß eine solche dem Menschen gemäß ist, gefährden wir zugleich die Grundlagen des inneren Friedens, den Frieden im sozialen Bezug, in dem der Mensch allein dem Menschen gemäß leben kann. Von diesem Teil der Friedensordnung möchte ich hier zu Ihnen sprechen. Ich möchte dies noch einmal unterstreichen, weil mir dies auch im Hinblick auf die Diskussion heute nachmittag, auch im Hinblick auf das, was ich in der "Zeit" geschrieben habe und was hier und andernorts schon – auch gestern wieder – diskutiert worden ist, so wichtig erscheint. Wir können auf Dauer mit demokratischen Mitteln keine gesellschaftlichen Bedingungen aufrechterhalten, die dem Menschen und seiner Natur fundamental widersprechen.

(Zustimmung)

Das heißt, eine dauerhafte demokratische Ordnung setzt voraus, daß man sie im Innern und nach außen in ihren Bezügen – vor allem im Innern – so gestaltet und so anlegt, daß sie immer auf eine Ordnung hinstrebt, die wir nie erreichen werden, eine Ordnung, die dem Menschen gemäß ist, d.h., die seiner Natur entspricht.

Wenn ich eine dauerhafte Ordnung errichten will, die der menschlichen Natur widerspricht, so ist dies nur unter Bedingungen der Gewalt und Diktatur möglich. Dies vielleicht als Vorbeinerkung.

Eine Friedensordnung, eine innere Ordnung, die dem Menschen gemäß ist, hat den Menschen selbst als mit Würde ausgestattete Person zum Ziel. Dieser Mensch ist nach unserer Überzeugung und unserem politischen Willen Ziel unserer Politik. Mit dieser Politik gestalten wir die menschliche Gesellschaft. Wir wollen sie so gestalten, daß sie im doppelten Sinne des Wortes eine menschliche Gesellschaft ist, eine menschliche Gesellschaft, weil sie Gesellschaft aus Menschen ist, und eine menschliche Gesellschaft, weil sie dem Menschen gemäß ist. Der Begriff "menschliche Gesellschaft" darf niemals zu dem Begriff "unmenschliche Gesellschaft" in Widerspruch geraten.

Was heißt nun "dem Menschen gemäß"? Es heißt: in der Achtung vor seiner Würde und seiner Fähigkeit zur Verantwortung, in der Achtung vor seiner Fähigkeit zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen und zur sittlichen Entscheidung. Es heißt: die Ordnung so zu gestalten, das sie dem gerecht wird, was unser Grundsatzprogramm zur sozialen Natur des Menschen sagt:

"Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen – vornehmlich in festen sozialen Lebensformen – angelegt"

Das heißt: Dieses Zusammenleben entspricht seiner Natur. Im Grundsatzprogramm heißt es weiter:

"Sein Leben verkümmert, wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht. Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht."

Ich gehe von diesen Feststellungen des Grundsatzprogramms aus.

Im Grundsatzprogramm heißt es aber auch – das ist für unsere ganze jetzt folgende Diskussion mindestens genauso wichtig: In Anerkennung der Grenzen des Menschen gestalten wir die Gesellschaft. Wörtlich heißt es:

"Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt."

An anderer Stelle wird gesagt:

"Unterschiede der Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen."

Es gibt deshalb auch keine dauerhaften Antworten – das müssen wir daraus folgern – auf politische Fragen, sondern nur vorläufige Antworten auf dauerhafte Probleme.

Wir sagen im Grundsatzprogramm: Wir unterscheiden uns von Ideologen dadurch, daß wir wissen: Die Antwort, die wir jeweils konkret geben, ist nicht die letzte, sondern es werden neue Antworten gefunden werden müssen, weil jede Antwort vom Irrtum gekennzeichnet sein kann.

Deshalb müssen wir feststellen: Die Gestaltung der Probleme, die wir haben, verändert sich. Da die Gesellschaft, in der wir leben, ein Ausdruck unserer politischen Gestaltung der menschlichen Probleme ist, muß sich auch die Gesellschaft verändern können, wenn sie eine menschengerechte Gesellschaft sein soll.

Nun zu den Grundlagen. Die sozialen Bezüge der Menschen – davon reden wir hier: von den zwischenmenschlichen Beziehung, den Beziehungen zur Gruppe, zur Gemeinschaft, zum Nächsten – dienen den Interessen des einzelnen, seiner Mitmenschen und denen der Gemeinschaft.

Zwischen diesen Interessen bestehen Spannungen und Widersprüche; das weiß jeder von uns. Diese Spannungen und Widersprüche zu beherrschen und mit friedlichen Mitteln zu lösen, ist Aufgabe einer Friedensordnung. Es ist dem Menschen gemäß – ich bitte Sie, das als erste Schlußfolgerung festzuhalten -, ihn an dieser Aufgabe teilhaben zu lassen, an der Aufgabe der Lösung der Widersprüche zwischen den Menschen und der Gemeinschaft. Das ist um so eher möglich, je größer die Chance für den einzelnen ist, die Interessen der Gemeinschaft auch als eigene Interessen zu erkennen, d.h. sich mit der Gemeinschaft zu identifizieren.

Wir werden nachher in der Diskussion sicher über diese Frage des Sich-Identifizieren-Könnens noch reden; denn eines der Probleme junger Menschen ist, daß sie sagen: Mit den Organisationen, die mein Leben organisieren und beeinflussen, kann ich mich nicht identifizieren, weil sie zu groß sind.

Die Interessen der Gemeinschaft, in der der Mensch steht – die Familie, der Verein, die Gewerkschaft, die Gemeinde, die Schulpflegschaftsversammlung; was auch immer diese Gemeinschaften sind -, kann der Mensch daher um so eher als seine eigenen erkennen, je kleiner die Gemeinschaft ist. Verstehen wir den Menschen nur als zur Verantwortung für sich und den Nächsten berufen, dann folgt daraus: Die kleinere Gemein-

schaft ist dem Menschen eher gemäß als die größere. Ihre Interessen kann er eher als seine eigenen erkennen und sie damit in seiner eigenen Verantwortung auch gegen die eigenen Interessen der Person abwägen und ausgleichen. Oder anders ausgedrückt: Je kleiner der Kreis der Gemeinschaft ist, in der der Konflikt der Interessen aufgelöst werden muß, um so gemäßter ist diese Gemeinschaft dem Menschen.

Je größer umgekehrt die Gemeinschaft ist, um so weniger kann sich der Mensch mit ihr als dem Ausdruck seiner eigenen sozialen Natur identifizieren; um so größer wird deshalb seine Bereitschaft, seine eigenen Interessen über die Interessen der Gemeinschaft zu stellen, statt seine eigenen Interessen mit den Interessen der Gemeinschaft auszugleichen. Das ist die zweite wichtige Feststellung.

Das Subsidiaritätsprinzip ist damit ein Gestaltungsprinzip der Gemeinschaft, das die dem Menschen gemäße Gestaltung des Ganzen will. Die Gesellschaft nach diesem Prinzip zu gestalten, heißt, sie so zu gestalten, daß der einzelne seiner Verantwortung für den Nächsten gerecht werden kann. Der Mensch soll die Aufgaben, die ihm durch das Leben gestellt werden, mit Mitteln erledigen können – soweit das möglich ist –, die ihm und seiner Berufung zur Verantwortung wirklich gerecht werden.

Die kleine und die große Gemeinschaft unterscheiden sich aber nicht nur durch ihre Größe, wenn ich z.B. an die Gemeinde, das Land, den Bund, die Gliederungen der verschiedenen Organisationen von unten nach oben denke. Die Gemeinschaften sind auch von verschiedener Qualität. Je kleiner nämlich die Gemeinschaften, um so stärker regeln die Menschen ihre Beziehungen untereinander selbst. Sie entscheiden untereinander selbst, wie die Dinge geordnet werden sollen. Sie müssen sich zusammenraufen, sie müssen sich konkret mit dem Nächsten auseinandersetzen.

Je größer die Gemeinschaft, um so mehr sind die Menschen auf Regelungen durch das staatliche Recht oder den staatlichen Eingriff angewiesen. Je kleiner die Gemeinschaft, um so mehr wird deshalb die zwischenmenschliche Beziehung von Toleranz, Zusammenarbeit und der Notwendigkeit bestimmt, sich gegenseitig konkret zu ertragen, d.h. aber, den Nächsten als ein Stück des eigenen Schicksals mitzuertragen.

Diese Notwendigkeit, in einer kleinen Gemeinschaft den einzelnen und den Nächsten mitzuertragen, ist nun auch für das Ganze, wie wir noch sehen werden, von fundamentaler Bedeutung. Je größer die Gemeinschaft, um so mehr tritt der verordnete Ausgleich der Interessen – staatlicher Eingriff, Rechtsvorschrift, Anspruch des einzelnen – an die Stelle des konkreten, unter den Menschen selbst gefundenen Ausgleichs.

Für den Menschen – jetzt kommt die andere Seite der Medaille – als sozialem Wesen, also als einem Wesen, das nur in der Gemeinschaft mit anderen leben und existieren kann, ist der Staat unverzichtbar. Was ist der Staat? Der Staat ist neben vielem anderen der einzige Ort in der menschlichen Gesellschaft, von dem rechtmäßig Gewalt zur Erhaltung des Rechtsfriedens und damit des Friedens ausgehen kann. Das bedeutet: Als Staat bezeichnen wir die Einrichtung, die wir uns geschaffen haben, um notfalls mit Gewalt den Frieden zu sichern. Daß es diesen Staat gibt, hat zur Folge, daß kein Mensch in der Gesellschaft selbst mehr das Recht hat, seine Interessen notfalls mit Gewalt durchzusetzen. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall)

Wir haben auf der einen Seiten den Menschen in seinen sozialen Bezügen, in seinen Gemeinschaften, und wir haben dann den Staat. Den haben sich die Menschen geschaffen, weil sie in der historischen Entwicklung der menschlichen Gattung gelernt haben, daß es ohne die Befriedung der Menschen, notfalls durch Gewalt, keine menschliche Gesellschaft geben kann. Und da man nicht jedem Gewalt anvertrauen kann, weil dann alles untereinander zerstört wird, hat man diese Gewalt im Staat konzentriert und Menschen beauftragt, diese Gewalt für das Ganze, zum Zwecke der Wahrung des Friedens und der Erhaltung des Ganzen zu nutzen. Deshalb auch die Beschränkung der staatlichen Gewalt auf diese Aufgaben.

Die Qualität der konkreten Gesellschaft, in der wir leben, wird nun durch die Art und Weise bestimmt, wie das Verhältnis des Staates, der Gesellschaft und des Menschen zueinander gestaltet ist.

Die Menschen bilden – nächster Punkt – unterschiedliche Gemeinschaften, in denen sie als soziale Wesen leben. Die kleinste Gemeinschaft ist die Familie. Eine große Gemeinschaft ist eine politische Partei. Die kleinen Gemeinschaften, in dieser größeren Gemeinschaft sind die Ortsverbände, die Kreisverbände, die Bezirksverbände, die Landesverbände. In diesen Gemeinschaften unterschiedlicher Größe und Form leben die Menschen als soziales Wesen.

Diese Gemeinschaften stehen zwischen dem Menschen und dem Staat. Sie vermitteln das Verhältnis des Staates zum Menschen und die Beziehung des Menschen zum Staat. Sie haben ihre eigene Aufgabe, die jeweiligen sozialen Bezüge zu regeln, z.B. die politische Arbeit in der Partei, die Feierabendarbeit in einem Verein, das gemeinsame Singen in einer Sängerguppe, die Arbeit in einer Schulpflegschaft und natürlich das Leben insgesamt in der Familie. Aber diese Gemeinschaften haben zugleich eine weitere Funktion – und auf diese Funktion kommt es mir hier an -: Sie haben die Funktion, zwischen dem Menschen als Individuum und dem Staat als einzigem Ort legaler Gewalt zu vermitteln. Sie haben eine Vermittlerfunktion.

Denn, meine Freunde, das ist wichtig: Der Mensch, jeder von uns als Einzelperson, kann den Staat als organisiertes Ganzes nicht verstehen. Das können wir gar nicht. Wir sind als Einzelperson nicht in der Lage, den Staat zu verstehen. Wir wissen zwar was das ist, aber wir sind nicht in der Lage, ihn zu verstehen, wie wir z.B. den Nächsten verstehen. Die Macht des Staates ist im Verhältnis zu einem einzelnen Menschen überwältigend. Der Staat ist undurchschaubar, anonym, bezogen auf unsere Natur ist er unmenschlich. Es ist eine Organisation, es ist der Ort, der Sitz von Gewalt. Zum Staat sind deshalb Beziehungen wie Toleranz, Verständnis oder Rücksichtnahme gar nicht möglich. Ich kann nicht im Verhältnis zur Gewalt, die mir begegnet, tolerant sein. Ich kann nicht auf den Staat Rücksicht nehmen. Das sind Kategorien zwischenmenschlicher Beziehungen.

Umgekehrt kann der Staat den einzelnen Menschen nicht "verstehen". Menschliche Beziehungen sind zwar zu den Personen denkbar, die den Staat repräsentieren, nicht aber zum Staat als Gewaltmonopol einer organisierten Gesellschaft. Ich kann eine menschliche Beziehung zu dem Beamten hinter dem Schalter einer Behörde haben. Aber wenn der Staat das nicht erfüllen kann, was ich will, dann wird der Schalterbeamte mit dem Ausdruck tiefen menschlichen Bedauerns erklären, daß die Vorschriften es nicht gestatten. Und die Vorschriften sind der Staat.

Die Bedingungen staatlicher Existenz und menschlichen Handelns sind deshalb nicht vergleichbar. Sie stehen sich gewissermaßen fremd gegenüber. Sie müssen vermittelt werden. Vermittelt werden sie durch den stufenweisen Aufbau des Ganzen. Die menschlichen Gemeinschaften unterschiedlicher Art leisten diese Vermittlung.

Damit sind wir an dem zweiten großen Punkt angelangt. Nachdem wir eben das Verhältnis Mensch und Staat beschrieben haben, kommt es jetzt auf die Vermittlungsfunktion und das Verhältnis im Konkreten an. Da ist folgendes wichtig: Was heißt es, zwischen dem Menschen und dem Staat zu vermitteln? Das heißt, den Bedingungen beider Seiten gerecht zu werden. Dabei hat der Mensch eine Aufgabe, nämlich seine Lebenslage vor Ort konkret mit seinen Nächsten zu regeln. Im Recht nennt man das die Regelung der Lebensverhältnisse durch die Nächstbeteiligten. Das bedeutet, die Leute setzen sich zusammen und entscheiden untereinander, was sie tun wollen, wenn sie eine Gesellschaft gründen, wenn sie einen Kaufvertrag abschließen, wenn sie in der Familie über die Verwendung des Familieneinkommens diskutieren. Sie lösen den Einzelfall, gestalten ihr Leben und ihre Umwelt. Der Staat hat die Aufgabe, das Ganze zu steuern, die Beachtung der allgemeinen Wertmaßstäbe zu sichern und den Frieden zu wahren.

Das bedeutet in der Vermittlung folgendes. Die konkrete Lebenslage des einzelnen muß ja vom Staat irgendwie geordnet werden. Der Staat kann aber nicht die konkrete Lebenslage des einzelnen ordnen, sondern er kann nur allgemeine Vorschriften machen, wie sie geordnet werden sollen. Dann müssen die Vorschriften umgesetzt werden. Diese Umsetzung von der allgemeinen Richtung zur konkreten Entscheidung vor Ort ist die Vermittlung vom Staat zum Menschen.

In der Öffentlichkeit funktioniert das idealiter so, daß an der Spitze gesagt wird: Hier ist eine bestimmte Aufgabe zu lösen, dafür stehen die und die Mittel zur Verfügung, und die und die Richtung ist einzuhalten. Dann geht das auf die nächstniedrige Stufe. Da werden die Mittel aufgeteilt, und die Angaben über die Richtung werden konkretisiert. Dann geht es auf die nächste Stufe. Dort wird konkret entschieden, wer von den Mitteln unter welchen Bedingungen etwas bekommt. Das ist das Verhältnis Staat – Individuum.

Umgekehrt verläuft es so, daß der Mensch seine Probleme in seine Gemeinschaft trägt. Die Gemeinschaft trägt sie weiter zur nächsthöheren Gemeinschaft. Im Staat werden sie dann geordnet. Es ist eine Stufenleiter der Vermittlung, eine Stufenleiter auch des Sich-Verstehen-Könnens.

Was heißt damit das Subsidiaritätsprinzip, über das wir jetzt reden? Es bedeutet die Vermittlung des Verhältnisses zwischen Mensch und Staat mit Hilfe menschlicher Gemeinschaft. Dieses Prinzip dient dem Schutz des Menschen und dem Schutz des Staates. Es ist ein Prinzip der Zusammenarbeit aller im Staatswesen. Es macht das Zusammenleben der Menschen in staatlicher Organisation in einer menschengemäßen Art möglich.

Wenn wir das alles für richtig halten – es steht im Grundsatzprogramm -, dann müssen wir uns einmal fragen: Warum funktioniert das denn nicht? Warum geht das denn immer wieder schief? Es geht immer wieder schief, weil sowohl der Staat wie der Mensch die Veranlagung hat, aus einem solchen System auszubrechen. Der Mensch hat die Anlage, sich dem konkreten Ausgleich der widerstrebenden Interessen in der kleinen Gemeinschaft zu entziehen. Wird dem Menschen die Chance geboten, seine eigenen Interessen mit Hilfe von außen gegen die Interessen der kleinen Gemeinschaft durchzusetzen, dann wird er diese Chance nützen. Kommt jemand und sagt: ich helfe

dir, daß du deine Interessen gegen die Interessen deines Kegelklubs durchsetzen kannst, die anders sind als deine, wird er diese Chance nutzen.

Ein klassisches Beispiel dafür ist in unserem Familienrecht die Regelung, daß ein 19- oder 20jähriger, dessen Familie entscheidet, er soll nicht studieren, sondern in einen Beruf gehen, weil die Familie die Kosten für das Studium nicht tragen will – aus welchen Gründen auch immer –, die Chance geboten bekommt, zum Staat zu gehen, sich das Studium bezahlen zu lassen, und der Staat wiederum geht hin und klagt den Unterhaltsanspruch des Jungen gegen die Familie ein. Hier wird also dem einzelnen Mitglied der Familie die Möglichkeit geboten, sein Interesse, nämlich einen Unterhalt von der Familie zu bekommen, gegen das Interesse der Familie durchzusetzen, die mit dem Geld etwas anderes machen wollte. Er muß sich nicht in der Familie konkret auseinandersetzen und diese Familie überzeugen, daß er die Hilfe braucht, er muß sich auch nicht einordnen in die Familie in dem Sinne, daß er dann eben auf sein Studium verzichtet, sondern es wird ihm die Chance geboten, seine Interessen von außen durchzusetzen. Ob das richtig ist oder falsch, werden wir gleich noch sehen, aber es ist zumindest so, daß ihm die Chance geboten wird, die Fähigkeit der kleinen Gemeinschaft aufzuheben, die Probleme selber, vor Ort, zu lösen.

Der Staat wiederum hat die Tendenz, die Lebenssachverhalte der Menschen direkt zu ordnen, wenn ihm dazu Gelegenheit geboten wird. Für die Männer und Frauen, die den Staat handhaben, ist es ein immer wieder anstößiges Problem, daß sich die Menschen ganz anders verhalten, als sie sich nach Auffassung derer, die da oben die Regeln setzen, verhalten sollten. Und eine typisch menschliche Reaktion ist es, den Fehler nicht in den Regeln zu sehen, die man setzt, sondern in der Unvernunft und dem Unverstand der Menschen, die diese Regeln befolgen sollen. Also werden diejenigen, die die staatliche Gewalt verwalten, die Tendenz haben, ihre Befehlsgewalt zu benutzen, um den Menschen zu dem Verhalten zu zwingen, das ihnen sachgerecht erscheint, statt den sehr viel schwierigeren Weg zu gehen, die Bedingungen der Gesellschaft so zu gestalten, daß sich die Menschen in ihrer Mehrheit richtig verhalten.

Dem Menschen erscheint das Ausbrechen aus der konkreten Bindung der kleinen Gemeinschaft – denken Sie wieder an mein Familien-Beispiel – als ein Vorgang der Befreiung von dieser Gemeinschaft. Er kann jetzt mehr als vorher; die Gemeinschaft – hier die Familie – kann weniger als vorher. Dem Staat erscheint die Vermehrung der Regelzuständigkeit als Gewinn von Macht und Gestaltungschancen. Sein Einfluß auf das Leben der Menschen nimmt zu, der Gestaltungsfreiraum nimmt ab.

Damit befreien sich, auf eine ganz unterschiedliche Weise, beide, der Mensch wie der Staat, aus Bindungen. Aber beide gefährden sich im Laufe dieses Prozesses.

Der Mensch "befreit" sich aus der konkreten zwischenmenschlichen Bindung in die Gemeinschaft. Wo findet er sich wieder? – Als einzelner, dessen Leben vom anonymen Staat geregelt wird.

Der Staat "befreit" sich von der Beschränkung auf seine eigentliche Aufgabe, das Ganze zu steuern, zu gestalten, um den Frieden zu wahren. Und wo findet er sich wieder? Er findet sich wieder – wie seinerzeit Gulliver – im Reich der Zwerge, auf den Boden gefesselt durch hunderttausende winzig kleine, jeder für sich leicht zerreißbare Stricke von Einzelfallentscheidungen in einer ständig auswuchernden Bürokratie.

(Beifall)

Beide, der Mensch und der Staat, gefährden sich, wenn sie sich aus der Gestaltung der Gesellschaft in einer dem Menschen gemäßen Weise "befreien". Dieser "Befreiungs"-Prozeß, der ja beim Menschen auch als "Emanzipation" bezeichnet wird, führt so zu einer Selbstblockade beider in der Verwirklichung ihrer Aufgaben. Genau dies, meine Damen und Herren – und das ist der dritte und letzte Abschnitt – ist kennzeichnend für unsere konkrete politische Lage.

Der Staat ist viel weiter in ein direktes Verhältnis zum Menschen getreten, als es mit dem Wesen und der Natur beider vereinbar ist. Selbst dort, wo die Verfassung die Gliederung des Staates vorschreibt, nämlich in Bund, Ländern und Gemeinden, ist diese Gliederung zunehmend bedroht, weil durch die Zentralisierung die kleineren Einheiten in ihrer Funktion ausgehöhlt werden. Damit wächst aber – und jetzt möchte ich auf das zurückkommen, was Walter Wallmann gestern hier beschrieben hat, denn hier haben wir zumindest eine Ursache dafür – die direkte Konfrontation in der Beziehung zwischen Staat und Mensch. Und die kleine Gemeinschaft, die diese Konfrontation auffangen soll, die verliert ihre Funktionsfähigkeit. Damit kann sie auch ihre Aufgabe nicht mehr erfüllen, sie läuft gewissermaßen leer.

Wenn aber die kleine Gemeinschaft leer läuft, kann sie den Menschen auch nicht mehr zur Toleranz und zur Rücksichtnahme erziehen. Denn Toleranz und Rücksichtnahme sind keine Verhaltensweisen, die man den jungen Leuten in der Schule beibringen kann, Toleranz und Rücksichtnahme sind Eigenschaften, die man sich erwirbt in der konkreten menschlichen Erfahrung der Auseinandersetzung mit dem Nächsten.

(Beifall)

Diese konkrete Erfahrung der Auseinandersetzung mit dem Nächsten aber kann der Mensch nur in den kleinen Gemeinschaften machen, in denen er sich, wenn er sein eigenes Interesse behaupten will, mit dem Nächsten konkret auseinandersetzen muß.

Rücksichtnahme und Vorsicht hängen eng miteinander zusammen. Ich nehme Rücksicht auch in der Erwartung, daß andere auf mich Rücksicht nehmen. Deshalb ist Rücksichtnahme auch eine Vorsicht in bezug auf mich selbst.

(Beifall)

Wenn aber dies nicht mehr konkret erlebbar ist, weil eben der Junge, der studieren will, auf seinen Vater keine Rücksicht nehmen muß, um seinen Unterhalt zu bekommen, sondern die Alternative hat, seinen Unterhalt durch den Staat einklagen zu lassen, und wenn Hunderte von anderen kleinen und mittleren Gemeinschaften, ihrer Funktionen entleert werden, wenn man nicht mehr Rücksicht auf die Nachbarn – weil diese die Kinder beaufsichtigen – nehmen muß, sondern eine staatliche Angestellte diese Aufsicht leistet – und man hat gegen diese einen Anspruch aus rechtlichen Beziehungen -, dann nimmt die Rücksichtnahme und auch die Fähigkeit zur Rücksichtnahme in der Gesellschaft ab.

Beide, Mensch und Staat, nehmen dadurch zunehmend Schaden. Der Mensch gefährdet durch diese Entgrenzung seiner Einbindungen in die Subsidiarität seine Menschlichkeit, der Staat seine staatliche Funktion. Die Bereitschaft des Menschen zur Gewalttätigkeit nimmt zu, je mehr er direkt mit dem Staat konfrontiert ist. Die Berechtigung des Staates zur Gewaltanwendung nimmt ab, je mehr er direkt Einzelfälle löst, weil immer

mehr die Frage auftritt, ob die Einzelfallgerechtigkeit wirklich gewahrt ist. Und so gefährden der Staat sein Gewaltmonopol und die Menschen ihre Menschlichkeit.

Der Ausweg aus dieser Gefahr lautet: Wiederbelebung der kleineren, menschlichen Gemeinschaften auf allen Ebenen der Gesellschaft, d.h. die Wiederbelebung oder Neube-gründung ihrer Aufgaben. Denn die kleinere menschliche Gemeinschaft ist nur dann lebens- und leistungsfähig, wenn sie genutzt wird. Sie wird aber nur dann genutzt, wenn sie gebraucht wird, und sie wird nur dann gebraucht, wenn sich die Interessen und Er-wartungen der Menschen ohne sie mit der Gemeinschaft nicht ausgleichen lassen. Das heißt, beide, Mensch und Staat, müssen bereit sein, sich zu beschränken.

Für den Menschen heißt das: teilweiser Verzicht auf den direkten Zugang zum Staat, um mit dessen Hilfe seine Interessen gegenüber anderen durchzusetzen, stärkere Rück-sichtnahme auf die eigene Lebensgemeinschaft. Der Mensch muß seinen Mitmenschen mehr ertragen als bisher. Rücksichtnahme und Toleranz als notwendige Voraussetzungen der Gemeinschaft müssen geübt werden. Ansprüche an den Staat müssen jeden-falls teilweise, durch das Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit der kleineren Gemein-schaft ersetzt werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen uns, wenn wir über das Subsidiarität-sprinzip so, wie es in unserem Grundsatzprogramm steht, reden, auch mal klar machen, was das heißt. Die Worte, daß "nur die Hilfsbedürftigen Hilfe erhalten" sollen, daß "die Fa-milie ihre Funktion haben" muß, die lesen sich alle gut. Aber ich habe gestern in einem Gespräch jemanden gefragt: "Bist Du denn bereit, den Unterhaltsanspruch, den der Staat jetzt gegen die Familie einklagen will, weil der junge Mann, der schon volljährig ist und einen Beruf hat, jetzt studieren will, diesen Unterhaltsanspruch, den der junge Mann an den Staat abgetreten hat, dadurch zu ersetzen, daß der Familie das Recht eingeräumt wird, zu sagen: nach sorgfältiger Beratung im Familienkreis waren wir der Meinung, der Junge – oder das Mädchen – sollte diesen Schritt nicht tun – mit der Folge, daß der Unterhaltsanspruch dann auch nicht eingeklagt werden kann, daß er mit anderen Worten nur dann eingeklagt werden kann, wenn die Familie den Unterhalt willkürlich verweigert? Bist Du bereit, eine solche gesetzliche Regelung zu tragen?" Und da war die Ant-wort des Kollegen, es sei nicht konsensfähig, so etwas zu machen.

Hier, im konkreten Raum, bewährt sich die Frage: Was wollen wir denn, das die Familie darf? Denn eines ist sicher: Ich kann die Institution Familie nicht so organisieren, daß die Lasten privatisiert werden und der Nutzen sozialisiert wird.

(Beifall)

Das fängt beim einzelnen an und geht bis zum Ganzen. Hier, beim konkreten Unterhalt-sanspruch für eine Ausbildung über das Erwachsenwerden hinaus, muß die Frage ent-schieden werden: Hat die Familie, wenn sie zahlt, ein Mitspracherecht, und wie sieht diese Mitsprache aus?

Von diesem Einzelfall ist es im Grunde genommen eine geradlinige Entwicklung bis zum Generationenvertrag, wo wir ja auch die Lasten privatisieren. Denn die Familie muß die Kinder großziehen. Wir privatisieren die Lasten sogar in einem ungewöhnlich hohen Maß, denn wir nehmen der Familie auch noch die Möglichkeit des internen Leistungs-ausgleichs. Auf der anderen Seite verlangen wir aber von den später großgezogenen Kindern, daß sie ihre Leistung für die dann alten Menschen erbringen, völlig unabhängig

davon, ob diese auch Kinder hatten oder nicht. Das heißt, die Lasten werden privatisiert, der Nutzen wird sozialisiert.

Meine Freunde, wenn man eine Gesellschaft so organisiert, ist sie nicht dem Menschen gemäß. Denn dem Menschen gemäß ist es nicht, auf Dauer Lasten zu tragen, ohne Befugnis und Verantwortung zur Mitgestaltung damit verbunden zu haben.

(Beifall)

Das ist ganz wesentlich. Wenn ich also das Verhältnis zwischen Mensch und Staat so organisiere, daß der Mensch in zunehmendem Maße Lasten übernehmen muß, die an den Staat, an eine große, an eine anonyme Gemeinschaft geleistet werden, und er auf die Verwendung dessen, was er für die Gemeinschaft bereitstellt, keinerlei Einfluß mehr hat, dann erscheint ihm das, was er an die Gemeinschaft leistet, als eine unmenschliche Belastung, und das, was er von der Gemeinschaft erhält, die sogenannte Leistung, als eine Leistung ohne Gegenleistung. Ich kann aber als Mensch weder mit einer Leistung ohne Gegenleistung verantwortungsbewußt umgehen noch kann ich auf die Dauer verantwortungsbewußt eine Leistung erbringen, wenn ich keinerlei Einfluß auf ihre Verwendung habe.

Wenn ich also auf diese Weise, durch die Auflösung der kleineren und größeren Gemeinschaften, das Verhältnis zwischen Mensch und Staat direkt herstelle, dann werden beide im Verhältnis zueinander rücksichtsloser. Der Mensch muß sich ein Stück von diesem Zugang zur staatlichen Gewalt, die die Durchsetzung seiner Interessen erleichtert, zurückziehen.

Er muß sich begrenzen. Er muß sich seiner Natur gemäß organisieren.

Und der Staat? Er muß sich aus der Einzelfallregelung zurückziehen und stärker die Lenkung der kleinen Einheiten betreiben. Er muß auf umfassende Einzelfallgerechtigkeit – eine solche wäre undurchführbar – verzichten. Meine Freunde, die Bürokratisierung, über die wir hier diskutieren, ist nicht eine Sache, die wir abschaffen können, wenn wir nicht gleichzeitig bereit sind, Entscheidungen wieder so zu verlagern, daß sie vor Ort getroffen werden können.

(Zustimmung)

Dies würde aber bedeuten: ein Stück zusätzliches Vertrauen in diejenigen, die vor Ort entscheiden. Wenn ich dieses Vertrauen nicht mitbringe, muß ich ja praktisch jede Einzelentscheidung durch Gesetz regeln, wobei die Nachprüfung dann den Gerichten obläge. In dem Maße, in dem ich jede Einzelentscheidung durch Gesetz regle und durch Gericht nachprüfen lasse, erzeuge ich die Bürokratie, die ich durch Verlagerung der Entscheidung gerade abschaffen wollte.

(Beifall)

Ein praktisches Beispiel: Wenn ich die Entscheidung eines Lehrers über eine Note im Zeugnis von einer Entscheidung, die durch das Vertrauen in die Autorität dieses Mannes gerechtfertigt ist, in einen Verwaltungsakt umwandle, d.h. in eine staatliche Entscheidung mit der Möglichkeit gerichtlicher Nachprüfung, dann bedeutet das: Ich eröffne dem Menschen den Zugang zum Staat – in Gestalt der Gerichte – zur Nachprü-

fung der Entscheidung des Lehrers – mit der Folge, daß der Staat dann bis ins einzelne regeln muß, nach welchen Gesichtspunkten solche Entscheidungen getroffen werden, damit die Gerichte die Richtigkeit der Entscheidungen nachprüfen können.

(Beifall)

Mit anderen Worten: Ich habe eine Entscheidung aus dem Bereich der kleinen Einheit der Schule, des Vertrauens in die große Einheit der staatlichen Gesetzgebung verlagert. Die Folge ist aber nicht mehr Gerechtigkeit, sondern die Folge ist mehr Bürokratie.

(Beifall)

Wir müssen die neuen technischen Möglichkeiten nutzen, die uns die technische Entwicklung bietet, und zwar zur Dezentralisation, zur Verlagerung der Entscheidungen vor Ort. Wir müssen die sozialen Bezüge der Menschen so weiterentwickeln, daß sie mehr als bisher selbst den Ausgleich der Interessen zwischen sich und der Gemeinschaft leisten oder doch daran mitwirken können. Um wieder bei dem Schulbeispiel zu bleiben: Nehmen Sie an, die Schule hat einen Elternbeirat, der das Recht hat, die Lehrer über ihre Benotung zu befragen. Dann gibt es ein konkretes Gespräch zwischen Eltern und Lehrern über Benotung. Wenn der Lehrer die Eltern von der Richtigkeit der Benotung überzeugen kann, ist diese Benotung endgültig. Dann gibt es keinen Verwaltungsakt, keine gerichtliche Nachprüfung mehr. Dann habe ich ein Stück Entscheidung vor Ort verlagert. Damit wird die Gefahr der Ungerechtigkeit nicht größer, sondern geringer. Vor allen Dingen sind die Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden, auch jederzeit wieder veränderbar.

Ich komme jetzt zu dem in meinen Augen wichtigsten Punkt: Was müssen wir tun? Wir müssen bereit sein, die Risiken einer solchen Reform auf uns zu nehmen. Die Risiken sind nicht zu übersehen. Wir müssen diese Risiken genauso auf uns nehmen, wie wir die Risiken auf uns genommen haben, die mit der Aufhebung der Bewirtschaftung verbunden waren. Die Jüngeren von Ihnen wissen das nicht mehr: 1948 gab es in diesem Land eine totale Bewirtschaftung aller Güter. Damals kam ein Mann und sagte: Ich hebe diese Bewirtschaftung auf. Ich verlagere die Entscheidung über die Zuteilung der Güter auf die Menschen zurück. Ich lasse die Menschen vor Ort entscheiden, wer die Ware zu welchem Preis bekommt. Darüber soll jetzt nicht mehr der Staat auf dem Wege über Zuteilungsscheine, Lebensmittelkarten usw. entscheiden. – Alle Experten haben ihm gesagt, ein Chaos werde die Folge sein. Die Menschen könnten das gar nicht entscheiden; sie hätten das nie gelernt. Er hat daraufhin gesagt, er habe Vertrauen in die Kraft und in die Natur des Menschen, viel mehr Vertrauen als in den ideologischen und sonstigen Sachverstand der Behörde. Er hat diese Entscheidung getroffen, und nach 1 1/2 Jahren der Anpassung, der Oszillation, der Nervosität und der Irritationen, von denen ja gestern hier auch im Zusammenhang mit Anpassungsprozessen die Rede war, funktionierte die Sache. Alle Leute, die geschrien hatten, dies könne nicht gutgehen, es werde ein Chaos geben, waren plötzlich der Meinung, das sei die vernünftigste Entscheidung auf der Welt gewesen. Inzwischen ist ja die Bemühung um die Erfolge für diese Entscheidung allseitig.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir müssen wieder eine solche Entscheidung treffen, diesmal im sozialen, im öffentlichen Bereich. Wir müssen die Konfrontation zwischen Mensch und Staat, die daraus re-

sultiert, daß der Staat nicht mehr Güter zuteilt, sondern soziale Kategorien zuteilt – in diesem Bereich stellt sich die Zuteilungsfrage noch viel elementarer -, abbauen. Das ist mit Risiken verbunden. Meine Freunde, es ist aber – das ist meine Hoffnung und meine Zuversicht – kaum anzunehmen, daß die Menschen in eigener Verantwortung und in der Verantwortung für den Nächsten, wenn sie sie übernehmen können, mehr Fehler und Ungerechtigkeiten produzieren, als die gegenwärtige Form der verwalteten Gerechtigkeit es tut. Ich glaube nicht, daß die Zahl der Fehler sich vergrößert. Ich glaube nicht, daß die Fehler verschwinden. Zu Anfang hab ich gesagt: Wir alle sind Irrtum und Schuld unterworfen. Der Fehler verändert sich in seiner Natur aber trotzdem. Es wird ein menschlicher Fehler. Es wird nicht ein Fehler einer anonymen Bürokratie, der man sich völlig verzweifelt gegenüber sieht, weil sie nicht der Natur des Menschen, sondern nur dem Fall gerecht werden kann. Es wird also zu einer Entscheidung zwischen Menschen kommen. Schließlich müssen wir dann die Bereiche auswählen, in denen wir diese Gedanken verwirklichen.

Dies führt mich zum Leitantrag zurück und zugleich zum Ende meiner Einführung. In erster Linie ist hier der Bereich der Familie zu nennen. Deshalb werde ich mich hier auch auf diesen Bereiche beschränken, obwohl ich noch auf eine Reihe von anderen Bereichen eingehen könnte.

Die soziale Funktion der Familie muß wiederhergestellt werden. Das heißt, die Familie als solche hat einen Anspruch gegenüber ihren Mitgliedern auf Anerkennung der Gemeinschaft und ihrer sozialen Aufgabe auch dann, wenn das Interesse der Gemeinschaft nicht dem Interesse des einzelnen entspricht. Der Staat ist nicht berechtigt, dieses Einzelinteresse gegen die Familie durchzusetzen, außer im Falle der Willkür. Das betrifft die Regelung des Sorgerechts, des Unterhaltsrechts; auch andere staatliche Leistungsrechte müssen diesem Grundsatz entsprechen.

Ein Zweites. Die Familie besteht aus drei Generationen. Diese drei Generationen sind zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung verpflichtet. Das soziale Verhältnis unter den Generationen darf nicht nur durch den Staat vermittelt werden. Denn: Werden Rechte und Pflichten zwischen den Generationen nur durch die staatliche Gemeinschaft vermittelt, dann verliert die Familie ihre Fähigkeit zur Integration der drei Generationen. Die Folge ist – wir können sie heute in unserer Gesellschaft feststellen -, daß sich die jeweiligen drei Generationen verselbständigen, daß es in der Gesellschaft eine Generation der Jugendlichen, eine Generation der Erwerbstätigen und eine Generation der Rentner gibt, und daß diese drei Bereiche ihre eigene Kultur, ihre eigene geistige Ausrichtung, ihre eigene Orientierung, ihre eigenen Lebensweisen entwickeln und sich voneinander abschotten.

Am Ende steht der staatliche Ausgleich der Ansprüche der noch nicht produzierenden und der nicht mehr produzierenden Generation gegenüber der produzierenden Generation. Aber nicht Rücksichtnahme und Ausgleich, sondern Konflikt und zunehmende Verweigerung der belasteten Generation sind dann die Folge.

Der Staat kann zwar die Ansprüche unter den Generationen begründen, die Menschlichkeit und Mitverantwortung, die diese Ansprüche legitimieren, kann er aber nicht liefern.

Die Rolle der Frau in der Familie ist ganz entscheidend dadurch verändert worden, daß wir die soziale Funktion der Familie entleert haben. Wenn wir in der Partei über die Rolle und die Stellung der Frau sprechen – das ist ja vor kurzem in den Sozialausschüssen

geschehen -, so müssen wir natürlich auch diesen Zusammenhang herstellen. Die Frau ist ganz eng mit der Funktion der Familie verbunden. Nach meiner Überzeugung verläßt die Frau die Familie heute nicht nur deshalb, weil sie arbeiten will.

(Beifall)

Sie verläßt sie auch deshalb, weil die Familie mit der sozialen Aufgabe auch die Autorität verloren hat. Damit ist die Frau, die in der Familie bleibt, nicht mehr Trägerin der Autorität, die die Familie früher hatte.

Meine Damen und Herren, wir werden jetzt in der Diskussion eine Fülle von Einzelfällen, was das Verhältnis von Staat und Mensch, Staat und Gesellschaft usw. angeht, erörtern. Mein Ziel war es, diese Einzelfälle in einen Zusammenhang zu stellen und eine Ursache aufzudecken, mit der wir uns politisch auseinandersetzen müssen. Wenn wir uns mit ihr politisch auseinandersetzen, werden wir ganz enorm miteinander streiten – das ist vorauszusehen -, denn die Veränderung, die durch die Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips in der Gesellschaft notwendig ist, bedingt eine grundlegende Reform der Gesellschaft, eine Reform, die in ihrer Bedeutung durchaus mit der Bedeutung der Reform vergleichbar ist, die am Anfang der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Wirtschaft stattfand. Zu dieser Reform sollten wir uns alle aufgerufen fühlen.

(Anhaltender Beifall)

Regierender Bürgermeister Dr. Richard von Welzsäcker

Einführungsrede im Forum

Mit der Jugend Für Frieden und Freiheit

Meine Damen und Herren! Seit 36 Jahren hat es in Zentraleuropa keinen Krieg mehr gegeben. Dies ist eine historisch ganz außergewöhnliche Zeitspanne des Friedens in unserem Kontinent. Sie beruht auf einem System gegenseitiger Abschreckung mit lebenszerstörenden Waffen. In anderen Teilen der Welt kam es seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu weit über 100 Kriegen.

Dennoch wächst bei uns die Sorge um den Frieden. Unverständnis, Mißtrauen und Angst verschaffen sich drastisch Gehör. Die Auseinandersetzung geht tief. In ihr bündeln sich vielerlei Motive. Sie führt hinaus über die Kontroversen um Rüstung und Abrüstung. Sie berührt existentielle Erfahrungen.

Die Geschichte hat den Menschen eingebläut, daß es den unendlichen Frieden nicht gibt: 5 Jahre nach einem Krieg erscheint der Frieden sicherer als 35 Jahre später. Dann entsteht das angstvolle Gefühl, nun die Jahre auf das unbekannte Datum eines neuen Krieges hin zählen zu müssen. Auf der Grundlage solcher Sorgen wird die Auseinandersetzung zum Streit über den Inhalt des Friedens und damit über Inhalt, Wert und Ziel von Leben überhaupt.

Wer in der Nachkriegszeit politische Verantwortung in Deutschland getragen hat und tragen wird, steht aktiv in dieser Auseinandersetzung. Dies gilt vor allem für unsere Partei, die den Weg zur Verständigung unter den Völkern und zum Frieden in Freiheit vorangegangen ist. Daher auch das heutige Plenarforum. Meine Aufgabe ist es, in die Aussprache einzuführen, also wichtige Themen der Friedensdiskussion zu beschreiben und sie einleitend zu bewerten.

Erlauben Sie mir hierzu zwei Vorbemerkungen, die uns unnötige Diskussionen am Rande der eigentlichen Probleme ersparen sollen.

Erstens. Ohne Zweifel sind aktive Kommunisten aus Ost und West materiell und geistig an der Friedensdiskussion bei uns beteiligt. Dies reicht von kleinen Initiativen bis zur massiven propagandistischen Ausnutzung. Wer - wie wir in Berlin - beispielsweise das DDR-Fernsehen laufend beobachten kann, der weiß Bescheid.

Gesetzt den Fall aber, es gelänge, solche externen Einflüsse und Interessen auszuschalten, so würde dies den Kern unserer Aufgabe nicht verändern.

Zukunftsangst, Jugendprotest, Friedensbewegungen: sie werden von außen geschürt und ausgenutzt, aber nicht geschaffen.

(Beifall)

Ihre eigenen Ursachen und ihre inneren Zugkräfte sind unser Thema. Unter uns jedenfalls ist es unnötig, im Zusammenhang mit dem Friedensthema über Volksfront zu streiten.

Zweitens. Natürlich hebt die Friedensdiskussion den demokratischen Wettbewerb zwischen den Parteien nicht auf. Daß die SPD als führende Regierungspartei hin- und hergerissen ist zwischen den zwei Wünschen, entweder die Friedensbewegung zu vereinnahmen, oder aber sich von ihr abzusetzen, das macht den Frieden zusätzlich unsicherer. Wir aber haben im Auge behalten, daß das Friedensthema quer zu den Parteien in Bewegung geraten ist. Es läßt sich nicht restlos parteipolitisch aufteilen. Mag es auch noch so oft parteipolitisch mißbraucht worden sein, und zwar nicht zuletzt und nicht ohne Erfolg gegen uns - wir täten dem Frieden und wir täten uns selbst einen denkbar schlechten Dienst, wenn wir glaubten, jetzt sei für uns, für die CDU, die Zeit gekommen, das Friedensthema als Beutematerial gegen eine ins Schleudern geratene andere Partei zu benutzen.

(Beifall)

Die Union ist die Alternative zur heutigen Bonner Koalition. Aber wir können nicht vom Vertrauensschwund leben, der die SPD heute kennzeichnet.

(Beifall)

Vielmehr kann und muß die Union Vertrauen und Hoffnung neu begründen, welche allen Parteien heute fehlen. Dann und nur dann, wenn die Union diese Aufgabe zur Stärkung unserer Demokratie im ganzen leistet, wird die Verantwortung uns zufallen und bei uns in guten Händen sein.

Die Sorge um den Frieden läßt sich vor allem auf vier Hauptquellen zurückführen: die Angst vor der wachsenden atomaren Rüstungsspirale; die rasante Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik als Ursache genereller Zukunftsangst; die sozioethische Friedenskontroverse, vor allem unter Christen; die sich zuspitzende politische Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses. Über diese vier Themen will ich jetzt hintereinander sprechen.

Erstens. Die gegenseitige Abschreckung sichert den Frieden, indem sie die Vernichtung dessen anzudrohen vermag, was sie schützen will, nämlich Leben überhaupt. Wirksam also ist die Abschreckung nur, wenn sie fähig ist, diese Drohung wahr zu machen. Aber ausführen kann sie die Drohung nur um den Preis der Selbstvernichtung. Innerlich verarbeitet und akzeptiert haben die meisten Menschen dieses paradoxe Denksystem nie. Aber sie haben sich an die Erfahrung gewöhnt, daß die gegenseitige Abschreckung bisher tatsächlich funktioniert.

Nun werden immer neue und immer wirksamsgenauere Waffensysteme entwickelt. Immer größere technische Perfektion und eine vom Streben nach Gleichgewicht beschleunigte Rüstungsspirale geben vielen Menschen das Gefühl, daß der Aufwand für Waffen steigt, während die Sicherheit abnimmt. Immer wieder ist es in der Geschichte zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen - vielfach gegen den Willen der beteiligten Völker und Regierungen, vielfach aus Mißverständnissen, Irrtümern oder Versehen. Nicht selten haben auch politische Hazadeure bewaffnete Konflikte vom Zaun gebrochen. Wieso - so wird heute vielfach gefragt - sollte es nicht auch in Zukunft durch

menschliches Versagen zu einem Krieg kommen, aber mit qualitativ völlig anderen Folgen? Wer könne dies wirklich ausschließen?

Zweitens. Die technische Entwicklung ist in sich selbst für viele Menschen eine wachsende Quelle der Zukunftsangst. Früher gab es - so glaubt man heute - ein Gleichgewicht zwischen technischem Fortschritt und ethischen Grundüberzeugungen. Heute haben sich unsere naturwissenschaftlichen und technischen Fähigkeiten schneller entwickelt als unsere Kraft, sie ethisch, sozial und politisch zu bewältigen. Viele Menschen fühlen sich hin- und hergerissen zwischen Abhängigkeit von und Angst vor der Technik. Sie reagieren mit instinktivem Protest gegen die technische Zivilisation schlechthin. Sie wenden sich gegen Ressourcenverbrauch und Großtechnologie, gegen Wohn- und Verkehrspolitik, vor allem aber gegen den Reaktor und gegen die Bombe. Mit vielfältigen Motiven suchen sie in vager Form eine alternative Politik oder überhaupt ein alternatives Leben. Klare Zielkonturen fehlen ebenso wie eine politische Theorie, die die Jugendrevolte Ende der 60er Jahre kennzeichnete. Das Ganze ist mehr Ausbruch als Aufbruch. Aber man darf diese Triebkraft ja nicht deshalb gering einschätzen, weil eine politisch-rationale Analyse durch Emotion und Instinkt ersetzt wird.

Drittens. Gerade weil diese ganze Bewegung in der Sorge vor neuen Waffen und Rüstungsspiralen gipfelt, enthält sie starke Impulse aus der altbekannten und heftig neubelebten sozialetischen Friedensdiskussion der christlichen Kirchen. Kein anderes Thema beschäftigt die Kirchen so nachdrücklich wie der Frieden. Die christliche Botschaft von Versöhnung und Frieden umfaßt das ganze Leben. Sie hat daher notwendigerweise auch eine politische Dimension.

Aber wegen des klaffenden Gegensatzes zwischen dem Ruf nach Versöhnung, also dem Kern des Liebesgebots, und der unfriedlichen politischen Wirklichkeit sind Christen zutiefst beunruhigt. Er treibt sie oft auch untereinander in die leidenschaftlichen Auseinandersetzungen über den richtigen Weg zum Frieden. Vor allem im evangelischen Lager sind neue Friedensinitiativen entwickelt worden, etwa Vorschläge einer "gradualistischen Abrüstungsstrategie" mit einseitigen Verzichtsschritten oder "Frieden schaffen ohne Waffen" oder "Ohne Rüstung leben" und andere mehr.

Zu den theologisch radikalsten Stimmen zählt Dorothee Sölle, Sprecherin auf Bonner Friedensdemonstration. Ihr selbstgefertigtes Glaubensbekenntnis enthält die Aussage: "Ich glaube an den Frieden von dem die Bibel spricht, sondern einer, der ganz und gar in der Reichweite der Menschen selbst liegt. Wenn die Verantwortlichen nur wollten, dann könnten sie nach dieser Meinung von Menschenhand das Friedensparadies auf Erden schaffen.

Viertens. Die Friedensdiskussion konzentriert sich schließlich auf die sich zuspitzende politische Entwicklung im Ost-West-Verhältnis. Zunächst komme ich zur Lage in der UdSSR. Vor 20 Jahren hatte Chruschtschow angekündigt, sein Land werde bis 1980 den Westen auf allen wichtigen Gebieten einholen und überholen. Heute zeigt sich, daß das Gegenteil eingetreten ist. Der sowjetische Rückstand zum Westen hat sich in der Güterversorgung und Landwirtschaft, in der Wissenschaft und technischen Entwicklung eher vergrößert. Die Waffe der Ideologie ist stumpfer geworden. Die Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion und die blockinterne Disziplinierung im Warschauer Pakt sind schwieriger als je zuvor. Nur ein Erfolgserlebnis haben die letzten 20 Jahre gebracht: Militärisch hat Moskau gleichgezogen bzw. den Westen überholt. Die Sowjetunion hat im Vergleich zum Westen ein relatives Maximum an militärischem Potential erreicht. Ver-

mutlich wird es nur eine begrenzte Spanne Zeit so bleiben. Eben darin sehen viele eine große Gefahr. Denn wird Moskau nicht, so fragen sie, diese Zeit nutzen, bevor der Westen den Vorsprung wieder wettgemacht hat? Der Westen schickt sich in der Tat an gleichzuziehen. Vor allem die Amerikaner haben ihre Lektion aus den 70er Jahren gezogen. Am Anfang stand noch das große Konzept der Rüstungskontrolle und der Rüstungsbegrenzung. In der Moskauer Grundsatzserklärung vom Mai 1972 hatten sich die führenden Staatsmänner der beiden Supermächte zum Gleichgewicht bekannt, gegenseitige Zurückhaltung zugesagt und sich vor allem verpflichtet, weder direkt noch indirekt einseitige Vorteile auf Kosten des anderen anzustreben. Noch im Mai 1978 hatte sich Breschnew zusammen mit der Bundesregierung feierlich zur annähernden Gleichheit und Parität verpflichtet. Während sich der Westen noch daran hielt, brach Moskau die Vereinbarungen, und zwar im eurostrategischen Bereich durch die SS 20, die eine mobile Ersts Schlagwaffe mit voller europäischer Reichweite ohne Gegengewicht auf westlicher Seite ist und einen massiven einseitigen Vorteil darstellt, und ferner und vor allem durch eine Reihe von Militäraktionen in der Dritten Welt, zuletzt in Afghanistan.

Zugleich steigt das Rüstungspotential in der Dritten Welt unaufhörlich. Die Voraussetzungen für die eigene Produktion von Kernwaffen in weiteren Ländern breiten sich aus. Die Spannungsgebiete in Asien und Afrika, in Sonderheit im Nahen und Mittleren Osten, bedrohen den Frieden auch im Ost-West-Verhältnis im wachsenden Maß.

In den USA werden rüstungspolitische und strategische Konsequenzen gezogen. Für Europa bedeutet dies, der NATO-Doppelbeschluß, der übrigens auf primäres Drängen der europäischen Bündnispartner selbst zustande gekommen ist, so daß es ebenso unklug wie unfair ist, deswegen an die Adresse der Amerikaner von Europa aus Vorwürfe zu richten.

(Beifall)

Sein Ziel ist die Wiederherstellung des eurostrategischen Gleichgewichtes, primär durch Abrüstungsverhandlungen. Falls dies so durch Abrüstungsverhandlungen nicht erreichbar ist, werden in Westeuropa Waffen mit Reichweiten bis tief in die Sowjetunion hinein bei entscheidend verkürzter Vorwarnzeit stationiert.

Dies ist eine Auswahl der Überlegungen, über die man vor allem im Zusammenhang mit den Sorgen über den Frieden Diskussionen hört. Jeder von uns verspürt nur allzu deutlich, wie unsere Zeit von solchen Ängsten um Frieden und Zukunft geprägt ist. Keiner, der verantwortlich denkt, wird sagen wollen, das alles fechte ihn überhaupt nicht an. Zumal wer selbst Krieg und Unfreiheit miterlebt hat, welches sehnlichere Ziel sollte er haben, als zusammen mit der Generation seiner Kinder alles nur Denkbare zu tun, um ihnen Frieden und Freiheit zu sichern? Gerade deshalb gilt es, Sorgen um den Frieden niemals zu verdrängen, sondern immer von neuem Wege zu ihrer Bewältigung zu suchen. Es genügt nicht, sich einfach auf die eigenen bewährten Programme und auf Erfahrungen in der Vergangenheit allein zu verlassen. Vielmehr müssen sie sich gegenüber neuen Herausforderungen immer von neuem bewähren. Ebenso ungenügend wäre es, sich einem Bündel edler Gefühle und ethisch hochstehender Gesinnung zu überlassen, denn der entscheidende Test einer moralisch überzeugenden Friedenspolitik liegt nicht in ihren proklamierten Werten, sondern in ihrer verantwortlichen Praxis.

Hier folgen Stichworte zu dieser Praxis. Trotz alle Rückschläge gilt es, die Anstrengungen um Rüstungskontrolle energisch fortzusetzen. Es dient dem Frieden gar nicht, mit Plakaten, wie "Sonne statt Reagan" herumzulaufen.

(Beifall)

Wichtiger ist es, Reagan beim Wort zu nehmen, wenn er SALT in START umtauft, wenn er also von den bloßen "limitations", nämlich Rüstungsobergrenzen, zu "reductions", nämlich Waffenverminderungen, übergehen will.

Wir können und wir wollen amerikanische Anstrengungen in den neuen Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen stärken; und es bestehen Aussichten dafür. Und um die sowjetische Bereitschaft zur "annähernden Gleichheit", wie es Breschnew im Jahre 1978 feierlich bekräftigt hat, zu testen, sollte der Westen zum Beispiel ein Abkommen vorschlagen, wonach er auf Vorwärtsstationierung von Neutronenwaffen verzichtet, wenn die Sowjetunion ihr Panzerangriffspotential zurückzieht.

(Beifall)

Der Friede erfordert, ich erwähnte es soeben, "annähernde Gleichheit und Parität". Westliche Überlegenheit anzustreben, wie es einige Amerikaner bis vor kurzem gefordert haben, es heute aber nicht mehr fordern, würde den Frieden genauso wenig sicherer machen wie einseitige Abrüstungsvorleistungen.

(Beifall)

Die Erfahrungen der 70er Jahre zeigen, daß der damalige Verzicht der Amerikaner auf Wehrpflicht und Langstreckenbomber sowie die Zurückstellung der Neutronenwaffe nur mit dem Aufbau der sowjetischen Überlegenheit im eurostrategischen Bereich beantwortet wurde.

(Erneuter Beifall)

"Frieden schaffen ohne Waffen", das ist allenfalls eine Problemanzeige, aber gewiß keine Problemlösung.

(Beifall)

Wer einseitige Abrüstungsschritte verlangt, verwechselt den Entscheidungsspielraum des einzelnen mit dem einer Regierung. Wenn einer für sich persönlich, zum Beispiel als Quäker, allen Verfolgten und allen vom Krieg Heimgesuchten hilft, sich aber an keiner Maßnahme zum Selbstschutz selbst beteiligt und die Folgen dieser konsequenten Haltung unter jeder politischen Ordnung auf sich nimmt, dann setzt er in der Tat ein großes Zeichen. Weil wir die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen hoch respektieren, haben wir sie unter den Schutz der Verfassung gestellt. Wir haben dies getan, damit der einzelne sich in seinem Gewissen so soll entscheiden können, und zwar eben, weil die sozialetische Entscheidung des Staates im ganzen nicht so lauten kann.

Anders gesagt: Der einzelne kann den Wehrdienst verweigern. Aber der Staat kann die Landesverteidigung nicht verweigern.

(Beifall)

Die Regierung ist zum Schutz des Friedens und der Freiheit ihrer Bürger verpflichtet.

Verantwortliche Landesverteidigung ist für uns im nationalen Alleingang nicht möglich, sondern nur im Rahmen des atlantischen Bündnisses. Dies ist nicht die Folge atlantischer Verklärung oder sturer Gewohnheit. Es bleibt vielmehr für die vorhersehbare Zukunft das Ergebnis nüchterner Abwägung unserer eigenen Interessen.

Diese Nüchternheit fehlt denen, die uns einreden wollen, deutsche Friedenspolitik bedeute heute nationale Selbstbehauptung gegen die Großen; Friedensbewegung könne bewirken, daß wir "mehr sind als Schachfiguren auf dem Brett der Weltmächte" - so Erhard Eppler. Oder wenn uns aus derselben Ecke zugerufen wird, wir wären heute im Ernstfall ein "besetztes Land"; da müßten wir heraus, und wir sollten unsere nationalen Interessen doch nicht immer der "Reaktion" überlassen - so Heinrich Albertz.

Spüren diese Ratgeber denn nicht, welche gefährliche Richtung sie damit der menschlichen Friedenssehnsucht geben?

(Beifall)

Merken sie nicht, daß sie mit ihren sicherheitspolitischen Illusionen nur Tür und Tor für einen selbstmörderischen nationalistischen Mißbrauch öffnen?

(Erneuter, lebhafter Beifall)

Wir brauchen der Bedrohung wegen den Schutz des Bündnisses. Wir brauchen und wir haben innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft den notwendigen Einfluß, um unsere europäischen und deutschen Belange zur Geltung zu bringen und um eben nicht zum Prellbock zwischen den Großen zu werden. Diese Gefahr würde nur dann wachsen, wenn wir versuchten, uns abzukoppeln und uns zwischen den mächtigen Arsenalen der Supermächte zu neutralisieren.

Etwas Entscheidendes kommt hinzu, und dies lassen Sie mich als Berliner sagen. Gewiß, wir sind nicht mit jedem Zungenschlag aus Amerika einverstanden. Wir haben in der Mitte Europas oft auch einen anderen täglichen Blickpunkt als Leute in Texas oder Minnesota. Auch sind wir keine Befehlsempfänger im Bündnis, sondern selbständige Partner. Aber wir sind Partner auf der Grundlage einer tiefen inneren Übereinstimmung in den Werten und Zielen der Freiheit.

(Beifall)

In Berlin wurden bald nach dem Krieg aus Feinden Freunde, als Amerikaner und Deutsche im gegenseitigen Respekt zusammenfanden, um die bedrohte Freiheit gegen Blockade und Ultimatum zu schützen. So ist es geblieben.

In Berlin hat Außenminister Haig vor wenigen Wochen die amerikanische Haltung zur Freiheit mit den Worten Voltaires beschrieben: "Du bist anderer Meinung als ich, und ich werde Dein Recht dazu bis in den Tod verteidigen". :

(Lebhafter Beifall)

Das ist es, meine Freunde, was dem atlantischen Bündnis seine innere Qualität, seinen inneren Bestand gibt. Das ist es, was nach außen den Respekt erzeugt, der den Frieden sichert - nicht weniger als Waffen.

Für die Politik im atlantischen Bündnis gilt seit 1967 und unverändert für die Zukunft die Marschroute des Berichtes, genannt nach dem damaligen belgischen Außenminister Harmel: Verteidigung und Entspannung als die beiden untrennbaren Aufgaben dieser Friedenssicherung.

An der Fähigkeit und Bereitschaft zur Verteidigung darf niemandem ein Zweifel erlaubt sein. Sonst entstehen Unsicherheit und schließlich ein Vakuum, das den Frieden nicht schützt, sondern nur gefährdet.

Aber Verteidigung ist kein Selbstzweck. Auf ihrer Grundlage geht es um aktive Ost- und Deutschlandpolitik. Uns liegen die Deutschen in Ost-Berlin und in der DDR besonders am Herzen. Von ihnen lernen wir immer wieder, daß sich Frieden nicht allein auf das Schweigen der Waffen bezieht, sondern daß es um seinen Inhalt geht, um die Würde und um die Rechte des Menschen. In diese Richtung geht unsere aktive Politik.

(Beifall)

Sie bezieht sich ferner auf die Verbündeten Moskaus im Warschauer Pakt; denn diese sind Europäer wie wir. Sie teilen mit uns die Sorge um den Frieden. Was unsere tiefe Anteilnahme an den Ereignissen in Polen anbetrifft, so gilt es, westliche Bereitschaft zur Hilfe in einer Form anzubieten, die keine machtpolitische Ausnutzung blockinterner Sicherheitsprobleme zum Ziel hat.

Im Vordergrund aber stehen die Beziehungen zur Sowjetunion selbst. Es wäre eine Illusion zu glauben, man könne sich mit ihr auf Rüstungskontrolle und Abrüstungsthemen allein konzentrieren und beschränken und dort Konzessionen von ihr erwarten, wenn man gleichzeitig alle anderen Kontakte verweigern würde; denn die Sowjetunion ist bekanntlich im Vergleich zum Westen nur im militärischen Bereich stark. Auf allen anderen Gebieten hängt sie zurück und ist auf Zusammenarbeit angewiesen. Auch das hat seine Auswirkungen auf den Frieden.

Zur Ost-West-Politik gehört nicht zuletzt die gemeinsame weltweite Verantwortung. Wie kümmerlich sie sich bisher auch entwickelt haben mag, wir müssen sie immer wieder zur Sprache bringen. "Wir müssen mit der Sowjetunion einen Wettstreit aufnehmen, um die Freiheit zu schützen. Aber wir müssen auch nach Zusammenarbeit suchen, um die Menschheit zu schützen", wie Haig es ausgedrückt hat.

Das gilt für den Hunger in der Welt und für die Energieressourcen, für die Waffenlieferungen in die Dritte Welt und für die weltweite soziale Frage.

Erlauben Sie mir, zum Abschluß noch einmal auf die Angst vor der Technik und den sozialetischen Friedensstreit unter Christen einzugehen. Wahr ist, daß wir mit Hilfe unserer Naturwissenschaft und Technik mehr können, als wir ethisch dürfen. Gegen diesen Zustand richtet sich der instinktive menschliche Protest. Er stößt sich an den Gewohnheiten der Gesellschaft, die von der Technik abhängig geworden ist, ohne sie zu beherrschen. Wahr ist aber auch die Erfahrung, daß es lebensgefährlich naiv wäre zu glauben,

wir könnten uns technisch entmannen und einen Weg zurückfinden zu einer asketischen vortechnischen Weltkultur.

(Beifall)

Die Menschheit wird die Fähigkeiten nicht wieder los, die sie sich erworben hat. Die Frage ist nur, ob sie diese zu beherrschen lernt. Wer "Lieber rot als tot" proklamiert, wird eben in dem Sand ersticken, in den er seinen Kopf gesteckt hat;

(Beifall)

denn es kann ja niemand im Ernst glauben, dadurch von Reaktor und Bombe entfliehen zu können, daß er sich mit seinem Land einem roten Machtbereich unterwirft.

Wenn es eine Gesellschaft gibt, die die Fähigkeit hat - auch wenn sie sie manchmal vernachlässigt -, die großen Aufgaben zu erkennen, die damit verbundenen Konflikte auszutragen und Kurskorrekturen schmerzlicher Art vorzunehmen, dann ist es allein die freie Gesellschaft. In der Freiheit schafft sich Wahrheit Gehör. Nur in der Freiheit haben wir die Chance zu lernen, was wir noch nicht können, was wir aber ethisch, sozial und politisch noch in den Griff bekommen müssen. Es ist eine Selbsterziehungsaufgabe ungeheuren Ausmaßes, die wir bewältigen müssen, wenn wir leben wollen, und die wir in Freiheit und nur in Freiheit lernen können.

"Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden" - so steht es in der Bibel. Die christliche Botschaft spricht damit vom Frieden auf Erden, den die Menschen verfehlen, wenn sie die Ehre nicht Gott, sondern sich selber geben, d.h. wenn sie glauben, sie selbst seien das letzte Maß aller Dinge und könnten daher den absoluten Frieden herstellen.

Christlicher Glaube macht begreiflich, daß Menschen alles in ihrer Einsicht und Macht Stehende tun müssen, um Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen. Wer aber Angst überwinden will, benötigt mehr als Einsicht und Macht. Glauben und Gnade überwinden sie. Die Zuversicht des Glaubens ist, daß die Erfahrungen der Gewalt nicht das letzte Wort behalten.

In diesem Sinne orientiert, ernüchert und ermutigt christlicher Glaube.

(Vereinzelt Beifall)

Er fordert dazu auf, sich im Angesicht der ungeheuren Aufgabe des Friedens nicht nur selbst zu erziehen, sondern sich selbst zu wandeln. Er nimmt Anteil an der Friedensaufgabe, nicht weil er in weltlichen Dingen kenntnisreicher oder klüger wäre, sondern aus Solidarität mit der Welt. Er läßt ein, den Mitmenschen zu sehen, wie er ist. "Liebe Deinen Nächsten, denn er ist wie Du" - mit allen seinen Interessen und Aggressionen, seinen Hoffnungen und Ängsten.

Diese Sicht hat eine verwandelnde Kraft. Als Aufgabe der Solidarität gehört sie doch mitten hinein in die Welt, mitten hinein in den Alltag der Generationenbegegnung, mitten hinein in Parteitage und in die Politik. Sie ist zentraler Bestandteil der Friedenspolitik. Zu ihr bekennen wir uns in verantworteter Freiheit.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

**Zusätzliche Erläuterung des Generalsekretärs
zum Leitantrag des Bundesvorstandes**
(siehe Seite 80)

Die Konzentration in der deutschen Wirtschaft schreitet fort. Die 10 größten Unternehmen vereinigen inzwischen rund 1/4 des gesamten Umsatzes auf sich. Sie stellen aber nicht einmal 0,1 % aller gesamten Industrieunternehmen. Die Folge sozialdemokratischer und liberaler Wirtschaftspolitik bedeutet: Die Reichen werden immer reicher, die Großen immer größer, die Kleinen und Mittleren immer weniger.

Eine Wende kann man nur herbeiführen, wenn wir wieder - wie nach dem Kriege - setzen auf Freiheit, Eigeninitiative und Erfindungsgeist. Um 1 Million neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland zu schaffen, so Herbert Giersch, brauchen wir nicht Subventionen und Beschäftigungsprogramme, sondern wir brauchen 10000 junge Unternehmer, d. h. 10000 tatkräftige, risikofreudige junge Menschen, die als Unternehmer, Manager und Ingenieure etwas bewirken wollen und dafür durch eine neue Politik eine Chance bekommen.

Wenn wir sagen, Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, dann heißt dies Soziale Marktwirtschaft, aber mit Fantasie für die neuen Fragestellungen: Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen, und das bedeutet die Notwendigkeit, die neuen Fragestellungen neu zu beantworten. Mit einer rein quantitativen Wachstumspolitik sind die Probleme nicht zu lösen.

Wir werden die Wirtschaft, wenn wir an der Regierung sind, wieder in Schwung bringen, neue Arbeitsplätze schaffen durch die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft. Wir haben ein konkretes Programm. Aber es kann nur Erfolg haben, wenn wir wichtigen Elementen in unserer Wirtschaft wieder zu Geltung verhelfen, nämlich Markt und Wettbewerb. Das unterscheidet uns von der sozialistischen Wirtschaftsordnung. Wenn heute etwas nicht mehr funktioniert, scheint die Beweislast im wesentlichen beim Markt zu liegen mit der Folge, daß der Staat durch die direkten oder indirekten Behinderungen des Marktes selbst die Begründung für eine Ausweitung seines Tätigkeitsbereichs liefern kann. Wir glauben einfach nicht daran, daß Arbeitnehmer, Unternehmer, Sparer, Investoren den Staat für alles brauchen, um vernünftige Entscheidungen zu treffen. Ebensovienig glauben wir, daß der Staat besser weiß, wie die Bürger ihr eigenes Leben gestalten können. Der SPD-Staat zerstört zuerst die Marktwirtschaft und versucht dann - unter Assistenz von Graf Lambsdorff - die Schäden dirigistisch zu reparieren.

Wir finden es auf die Dauer unhaltbar, daß mittelständische Unternehmen voll den Wind des Wettbewerbs ertragen müssen, die Großunternehmer aber ihre Geschäfte im Windschatten der Kartelle und staatlichen Bürgschaften erledigen können.

Ich nenne ein Beispiel:

Sicher, wir brauchen Wachstum, und dafür Energie. Dazu ist der Ausbau von Kraftwerken, auch von Kernkraftwerken notwendig. Aber wir müssen uns auch ernsthaft fragen, ob es nur mehr Wachstum durch mehr Kraftwerke geben kann, oder ob nicht Wachstum auch dadurch produziert werden kann, indem wir in das Feld der Energieeinsparung investieren: in Gebäudeisolation, in Wärmepumpen, in die energiesparende Wartung von Feuerungsanlagen, in die Kraftwärmetechnik, in Solartechniken. Diese Chance nutzen, heißt, Soziale Marktwirtschaft praktizieren.

Das bringt Vorteile: ordnungspolitisch und beschäftigungspolitisch.

Ordnungspolitisch ist es vernünftiger, die Milliarden DM, die ansonsten in den Bau und den Betrieb einiger weniger Kraftwerke investiert werden müßten, in vielen kleinen und mittleren Unternehmen aus dem Bau- und Installationsgewerbe zugute kommen zu lassen, die dazu beispielsweise für eine Verbesserung der Wärmedämmung in Gebäuden sorgen.

Beschäftigungspolitisch ergeben sich Vorteile, weil arbeitsintensive Investitionen an die Stelle kapitalintensiver Investitionen treten. Eine Wissenschaftlergruppe hat errechnet, daß jede Milliarde durch eine Verringerung des Energieverbrauchs beim Bau von Kraftwerken eingespart wird und für energiesparende Investitionen bei mittelständigen Unternehmen eingesetzt wird, unter dem Strich 5-7000 Arbeitsplätze mehr schafft. Warum sollten wir diese Chance nicht nutzen?

Das Schlüsselproblem ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Leitantrag läßt keinen Zweifel, daß wir mehr Wachstum brauchen.

1 % mehr Wachstum bringt 100 000 Arbeitsplätze mehr, wenn es gut geht. Aber dies zeigt deutlich, daß auf absehbare Zeit mit Wachstum allein dieses Problem nicht bewältigt werden kann.

Wir werden sicher auf diesem Parteitag nicht eine abschließende Beantwortung dieser Frage finden. Aber wir geben auch hier die Richtung an. Mehr Wachstum, aber auch qualitative Arbeitsmarktpolitik. Und dies müssen wir hinzufügen:

Vollbeschäftigung verlangt heute Opfer derjenigen, die einen Arbeitsplatz besitzen, d. h. z. B. Zurückhaltung beim Lohn, Einschränkung von ungerechtfertigten Privilegien beim öffentlichen Dienst. Gewerkschaften und Arbeitgeber müssen bei den Tarifabschlüssen Rücksicht nehmen auf die Arbeitslosen. Es darf nicht so gehen, wie z. B. in Italien, daß die Arbeitslosen aus der Verantwortung der Tarifpartner entlassen werden.

Wenn wir an der Regierung sind, brauchen wir, um das Problem der Arbeitslosigkeit mildern zu können, auch die verantwortliche Unterstützung der Tarifpartner. Wir erwarten, daß der DGB uns dabei unterstützt. CDU und DGB sind keine Gegner. Wir brauchen ein konstruktiv-kritisches Verhältnis, so wie es unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard 20 Jahre lang der Fall war. Und dies ist dem deutschen Arbeiter und Angestellten gut bekommen. Schmidt hat einmal behauptet, ein Regierungswechsel gefährde den sozialen Frieden. Der soziale Friede wird doch nicht durch die CDU gefährdet, sondern durch eine Koalition und eine Regierung, die für die Millionen-Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsverschuldung verantwortlich ist.

Dies müssen alle Verantwortlichen bei den Tarifparteien wissen, hunderttausende Arbeiter, die früher einmal SPD gewählt haben, stehen heute auf unserer Seite. Sie werden uns wählen. Sie werden uns deswegen wählen, weil sie das, was sie in 30 Jahren erarbeitet haben, durch Sozialdemokraten und Freie Demokraten nicht zerstören lassen wollen. Deswegen brauchen wir nicht nur eine Allianz für den Frieden mit jungen Leuten, sondern auch einen sozialen Pakt, eine soziale Allianz für den inneren Frieden mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern.

(Beifall)

Beschlußprotokoll

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Verabschiedung der Tagesordnung
3. Wahl des Tagungspräsidiums
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Grundsatzrede des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Helmut Kohl MdB
9. Aussprache zu Tagesordnungspunkt 8
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Begründung des Leitantrages des Bundesvorstandes durch den Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB
12. Beratung und Verabschiedung des Leitantrages des Bundesvorstandes
13. Nachwahl eines Stellvertretenden Mitgliedes des Bundesparteigerichts der CDU bis zum 6.11.1984
14. Anträge zu Satzungsänderungen
15. Sonstige Anträge
16. Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Helmut Kohl MdB

Zu TOP 2:

Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Ferner wurde bei einigen Gegenstimmen beschlossen, die vom Bundesvorstand festgelegte Verlängerung der Antragsfrist auf den 19. Oktober 1981, 10.00 Uhr, zu genehmigen.

Außerdem wurde bei einigen Gegenstimmen beschlossen, folgende Einreichungsfristen für Initiativanträge festzulegen:

1. **Mittwoch, den 4. November 1981 - 14.00 Uhr**

für die Initiativanträge zu **TOP 12:**
Leitantrag des Bundesvorstandes

für die Themenbereiche:

- Allgemeine Anträge zum Leitantrag
- Präambel
- Die Soziale Marktwirtschaft erneuern

- Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen
- Unser Ziel: Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft

2. **Mittwoch, den 4. November 1981 - 21.00 Uhr**

für die Initiativanträge zu TOP 12

für das Kapitel Frieden und Freiheit sichern, sowie für alle Initiativanträge zu den Tagesordnungspunkten 14 und 15

Zu TOP 3:

Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewählt:

Präsident:

Jürgen Echternach

Beisitzer:

Ruth Beckmann
 Ole von Beust
 Dr. Ursula Besser
 Siegfried Dübel
 Wilfried Hasselmann
 Dr. Egon A. Klepsch
 Peter Lorenz
 Gerhard Mayer-Vorfelder
 Adolf Müller
 Bernd Neumann
 Werner Scherer
 Dr. Theodor Schwefer
 Gudrun Stiehler
 Margarete Verstegen
 Dr. Bernhard Vogel
 Dr. Horst Waffenschmidt
 Dr. Jürgen Westphal
 Matthias Wissmann
 Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu TOP 4:

Die vom Bundesvorstand eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:

Dr. Heiner Geißler

Stellvertreter:

Peter Radunski

Weitere Mitglieder:

Dr. Peter Bendixen
Ursula Benedix-Engler
Eberhard Dieppen
Ulf Fink
Dr. Renate Hellwig
Dr. Franz-Josef Jung
Irmgard Karwatzki
Dr. Alois Mertes
Gerhard Meyer
Hartmut Perschau
Anton Pfeifer
Dr. Heinz Riesenhuber
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Friedrich Vogel
Wolfgang Vogt
Johannes Weberling
Prof. Dr. Werner Weidenfeld
Dr. Dorothee Wilms

Zu TOP 5:

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Wolfgang Parteike

Beisitzer:

Hans-Dierk Bobzien
Rolf Rüdiger Reichardt
Karl Schumacher

Zu TOP 6

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Vorsitzender:

Andreas Nathan

Weitere Mitglieder:

1. Abels, Franz
2. Bercker, Franz-Ullrich
3. Frech, Paul
4. Fuchs, Rudi
5. Hermann, Rolf
6. Hesping, Heinz
7. Hildebrandt, Arnold
8. Jägermann, Helmut
9. Kettenis, Heinrich
10. Kramer, Werner
11. Kuhl, Jürgen
12. Lipke, Josef
13. Meine, Hannelore
14. Miemert, Heinz
15. Mitschke, Roland
16. Schebben, Leonhard
17. Schlumberger, Friedr.Claud.
18. Soth, Heinz
19. Weicherding, Lothar
20. Wesolowski, Benno
21. Wurm, Rudolf
22. Zollmann, Josef

Zu TOP 8/9:

Der Bundesparteitag nahm die Grundsatzrede des Parteivorsitzenden und zugleich des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10:

Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 4.11.1981 folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat am 3. November 1981 um 14.30 Uhr getagt und dabei festgestellt, daß von den 780 stimmberechtigten Delegierten – 734 Delegierte – anwesend waren. Von den 780 Delegierten sind 30 Delegierte der Exil-CDU, von denen im Zeitpunkt der Mandatsprüfung 29 anwesend waren.“

Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Absatz 3 des Bundesstatuts der CDU bei Abstimmungen nach § 29 Absatz 5 - Abstimmungen über das Statut, die Finanz- und Beitragsordnung und die Parteigerichtsordnung - nicht stimmberechtigt.

Die Überprüfung hat ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist.

Der Parteitag ist beschlußfähig."

Zu TOP 12: Der Bundesparteitag nahm den **Leitantrag des Bundesvorstandes** "Mit der Jugend - Unser Land braucht einen neuen Anfang" in der Fassung der jeweiligen Einzelabstimmungen in offener Abstimmung bei der *Schlußabstimmung mit sehr großer Mehrheit bei einer Gegenstimme* und zwei Enthaltungen an.

Der Schlußabstimmung gingen zahlreiche offene Einzelabstimmungen voraus; sie hatten folgende Ergebnisse (die nachfolgenden Ziffern sind die jeweiligen Ziffern des Leitantrages):

Die Empfehlungen der Antragskommission wurden

- **einstimmig angenommen ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen**
zu Ziff.:02 (neue Fassung), 03, 07, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 23, 24, 25, 28, 30, 31a, 32, 35, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 45, 46, 47, allgemeine Anträge vor Ziff. 48, 48, 53, 55, 57, 58, 62, 63, 65, 67, 69, 70, 71, 72, 74, 75, 76, 78, 79, 80, 82 (**Annahme** Antrag Nr. E 40).
- **mit großer Mehrheit angenommen bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen**
zu Ziff.01, allgemeine Anträge vor Ziff. 02, 04, 05, 06, 08, 09, 16, 21, 22, 26, 27, 31, 33, 34, 36, 37, 49, 50, 51, 52, 54, 56, 59, 60, 61, 64, 66, 68, allgemeine Anträge vor Ziff. 71, 77, 81.
- **mit Mehrheit angenommen:**
allgemeine Anträge vor Präambel.
- **mit knapper Mehrheit angenommen**
allgemeine Anträge vor Ziff. 26; zu Ziff.44, 73.
- **abgelehnt**
zu Ziff.:29; statt dessen wurde Antrag Nr. C 30 einstimmig angenommen und Antrag Nr. C 31 mit dem gleichen Stimmenergebnis abgelehnt.

Der Bundesparteitag faßte **unabhängig vom Leitantrag folgende Beschlüsse:**

1. "Die auf dem 29. Bundesparteitag beschlossene Zukunftskommission wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß Jugendpolitik ein Jugendpolitisches Programm zu erarbeiten. Dieses sollte eine Fortschreibung des Beschlusses

des Bundesausschusses vom 12.6.1978 "Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend" beinhalten. Der Bundesausschuß soll im Jahre 1982 über dieses Programm Beschluß fassen."

(mit Mehrheit angenommen)

2. "Der Bundesvorstand wird beauftragt, spätestens bis 1983 konkrete Lösungen zu erarbeiten, die dem Generationenvertrag als Drei-Generationenvertrag gerecht werden."
(einstimmig angenommen)
3. "Der Bundesvorstand wird beauftragt, bis zum Herbst 1982 konkrete Vorstellungen zur Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium zu erarbeiten."
(einstimmig angenommen)

Zu TOP 13:

Bei der Nachwahl eines Stellvertretenden Mitglieds des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit bis zum 6.11.1984 wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen

Herr Karlheinz Keller (Freiburg/Breisgau),
Präsident des Oberlandesgerichts Karlsruhe
gewählt.

Zu TOP 14:

Bei den Beratungen über die Anträge zu Satzungsänderungen faßte der Bundesparteitag in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen folgende Beschlüsse:

- Annahme der Initiativanträge Nr. F 2, F 3 und F 4 des Bundesvorstandes zu §§ 29 und 33 des Statuts der CDU,
- Annahme von Antrag Nr. F 1 des CDU-KV Bonn in folgender Fassung der Antragskommission:

"Die Geschäftsordnung der CDU für Bundesparteitage wird in § 5 (Antragsfristen und Antragsversand) um folgenden Absatz 3 erweitert:

Anträge des Bundesvorstandes sollen in der Regel den CDU-Landes- und Kreisverbänden sowie den Vereinigungen auf Bundesebene sechs Wochen vor Beginn des Bundesparteitages zugesandt werden."

Zu TOP 15:

Der Bundesparteitag faßte bei der Beratung der Sonstigen Anträge in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

- Einstimmige Annahme von **Antrag Nr. G 1** des KV Bonn,
- einstimmige Annahme von **Antrag Nr. G 2** des KV Zollern-Alb-Kreis in folgender Fassung: "Der Bundesvorstand wird aufgefordert, mindestens einmal im Jahr die Kreisvorsitzenden einzuladen."
- einstimmige Annahme von **Antrag Nr. G 3** des KV Bielefeld in der Fassung der Antragskommission,
- einstimmige Annahme von **Antrag Nr. G 4** der KV Hamburg-Bergedorf und Hamburg-Eimsbüttel in der Fassung der Antragskommission,
- einstimmige Annahme (bei einigen Enthaltungen) von **Antrag Nr. G 5** des KV Dortmund,
- einstimmige Erledigungserklärung von **Antrag Nr. G 6** des KV Bielefeld durch entsprechende Annahme von **Initiativantrag Nr. G 24** der Delegierten Wissmann, Dr. Jung, Kropp und weiterer 28 Delegierter,
- einstimmige Überweisung von **Antrag Nr. G 7** des KV Minden-Lübbecke an den Bundesvorstand,
- einstimmige Erledigungserklärung von **Antrag Nr. G 8** des KV Minden-Lübbecke,
- einstimmige Annahme von **Antrag Nr. G 9** der BV Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU,
- einstimmige Überweisung von **Antrag Nr. G 10** des KV Minden-Lübbecke an die CDU/CSU – Bundestagsfraktion,
- einstimmige Annahme von **Antrag Nr. G 11** des KV Unna,
- einstimmige Überweisung von **Antrag Nr. G 12** des KV Unna an den Bundesvorstand und dadurch gleichzeitig entsprechende Erledigungserklärung von **Initiativantrag Nr. G 25** der Delegierten Hartmann, Negatsch, Küpper und weiterer 28 Delegierter,
- grundsätzliche Annahme und Überweisung an die CDU/CSU – Bundestagsfraktion und die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament von **Antrag Nr. G 13** des LV Rheinland (mit großer Mehrheit),
- Annahme (mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme) von **Antrag Nr. G 14** des KV Bergstraße,
- einstimmige Überweisung von **Antrag Nr. G 15** der BV Sozialausschüsse der CDA an den Bundesvorstand,

- einstimmige Ablehnung (bei einer Enthaltung) von Antrag Nr. 6 16 des KV Bremerhaven, soweit der Antrag nicht bereits durch die Beschlußfassung zum Leitantrag erledigt wurde,
- einstimmige Überweisung von Antrag Nr. 6 17 des KV Viersen an den Bundesvorstand,
- Annahme (mit großer Mehrheit) der Anträge Nr. 6 19 des KV Unna und 6 20 der BV Junge Union in der Fassung der Antragskommission sowie dadurch gleichzeitige Ablehnung von Antrag Nr. 6 18 des KV Bremerhaven,
- Annahme (mit großer Mehrheit) von Initiativantrag Nr. 6 21 der Delegierten Frau Dr. Wex, Dr. Blüm, Wissmann und weiterer 27 Delegierter,
- einstimmige Annahme von Initiativantrag Nr. 6 22 der Delegierten Dr. Schröder, Rawe, Elfring und weiterer 89 Delegierter,
- einstimmige Überweisung von Initiativantrag Nr. 6 23 der Delegierten Wissmann, Dr. Jung, Kropp und weiterer 28 Delegierter an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
- einstimmige Annahme von Initiativantrag Nr. 6 26 der Delegierten Knipper, Rühle, Frau Dr. Laurien und weiterer 27 Delegierter.

Der Wortlaut der vom Bundesparteitag gefaßten Beschlüsse zu TOP 12, 14 und 15 ist als Anlage beigefügt.

BESCHLÜSSE

Mit der Jugend.

Unser Land braucht einen neuen Anfang.

Präambel

1. Unser Land braucht einen neuen Anfang. In wenig mehr als einem Jahrzehnt hat sich unsere Lage verändert, ist das politische Klima umgeschlagen.

Den meisten Menschen geht es gut und sie haben doch Angst vor der Zukunft. Wir leben in Frieden und doch haben viele Angst vor einem neuen Krieg. Sie fürchten auch, daß unsere herkömmliche Lebensweise selbstzerstörerische Folgen haben wird.

Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger haben in den vergangenen Jahrzehnten große Leistungen vollbracht. Viele junge Menschen erleben wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit als selbstverständlich. Sie stellen aber Fragen, die darüber hinaus gehen. Es scheint ihnen kaum möglich zu sein, die Erfahrungen und Wertvorstellungen der älteren Generation vorbehaltlos zu übernehmen. Auf ihre Art suchen sie nach Werten und fragen nach dem Sinn des Lebens. Sie wollen für ihre Zukunft einen neuen Lebensstil verwirklichen. Sie wünschen, in eigener Verantwortung handeln zu können. Ihre Lebensbezüge sollen überschaubar sein und konkrete Möglichkeiten der Mitwirkung anbieten. In den vergangenen Jahren jedoch hat die Politik bei den Menschen die Erwartung genährt, der Staat könne ihnen alle Probleme abnehmen. Der Staat hat den Menschen zu viel versprochen, und die Menschen haben zu viel vom Staat erwartet. So kam es, daß die Ansprüche immer mehr wuchsen und der Gemeinsinn immer mehr schwand.

Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt, Gemeinsinn wieder entwickelt werden. Immer mehr Menschen wollen sich mit der Zukunftsangst und dem Pessimismus unserer Tage nicht abfinden. Für uns christliche Demokraten gibt es keinen neuen Anfang ohne Hoffnung auf die Zukunft und ohne den Glauben an Gott.

Zu diesen Veränderungen unserer seelischen und geistigen Verfassung kommen objektive Herausforderungen, die uns vor neue Aufgaben auch für kommende Generationen stellen: Den Frieden zu sichern angesichts wachsender Spannungen zwischen Ost und West und Nord und Süd; zum Frieden beizutragen durch Linderung von Hunger, Not und Elend in der Welt; den tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen; den sozialen Frieden auch in Zeiten geringeren wirtschaftlichen Wachstums zu erhalten und den technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen zu stellen.

Diese Herausforderungen können wir dann bestehen, wenn wir

- Frieden und Freiheit sichern,
- die Soziale Marktwirtschaft erneuern,
- der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen,
- unserer Gesellschaft wieder eine menschliche und überschaubare Ordnung geben.

Frieden und Freiheit sichern

2. Die Menschen sehnen sich nach Frieden, und viele haben Angst vor dem Krieg. Viele **sehen** den Sinn von Rüstung im atomaren Zeitalter nicht ein. Viele können sich nicht damit abfinden, daß auf dieser Erde jährlich Milliarden für Waffen ausgegeben werden, während Millionen Menschen verhungern, weil ihnen das tägliche Brot fehlt. Viele fragen sich - und diese Frage ist verständlich - ob die Bereitschaft zur militärischen Verteidigung im atomaren Zeitalter noch gerechtfertigt werden kann, oder ob nicht der Verzicht auf Verteidigung mit der Waffe und der gewaltlose Widerstand geboten sei.

Das christliche Gebot der Nächstenliebe verlangt von uns, Menschenrecht und Menschenwürde zu achten, zu schützen und zu verteidigen. Es verlangt von uns nicht, ihre Verletzung wehrlos zu dulden. Einzelne mögen sich für ihre Person für Gewaltverzicht entscheiden; die staatliche Gemeinschaft aber hat in jedem Falle die Aufgabe, ihre Bürger vor Gewalt zu schützen. Es ist, auch in unserer Zeit, sittlich nicht erlaubt, das eigene Volk der Diktatur und der Unfreiheit auszusetzen.

Unsere Bündnis- und Verteidigungspolitik soll andere davon abschrecken, im Krieg oder in erpresserischer Drohung noch ein Mittel der Politik zu sehen. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik soll den Ausbruch jeden Krieges oder die Androhung von Gewalt und damit den Verlust von Frieden und Freiheit verhindern. Das Ziel, die Würde und die Rechte des Menschen zu schützen, die Existenz unseres Volkes in Frieden und Freiheit zu sichern und nach besten Kräften zur Beseitigung von Ungerechtigkeit und Elend in der Welt beizutragen, gibt unserer Außenpolitik die ethische Grundlage.

Alles politische Handeln muß auf die Verwirklichung der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und damit auf die Sicherung des Friedens ausgerichtet sein. Indem wir für Frieden, Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker eintreten, erfüllen wir zugleich den Auftrag unserer Verfassung, Recht und Freiheit für das ganze deutsche Volk zu erstreben.

Die CDU wird das Gespräch über den besten Weg zu Frieden in Freiheit mit allen Bürgern und Gruppen suchen.

Unsere Bereitschaft und Fähigkeit zur geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und jeder anderen totalitären Ideologie müssen wir unter Beweis stellen. Wir dürfen nicht den Anschein erwecken, als ließen sich die fundamental gegensätzlichen Positionen des Totalitarismus und westlicher Demokratie einander annähern oder gar überbrücken. Wir wollen praktische Verständigung ohne Verharmlosung der Gegensätze oder gar geistige Selbstaufgabe. Das beinhaltet auch den friedlichen Austausch zwischen den Völkern.

3. Die internationale und innenpolitische Lage hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt:

- verstärkte Spannungen belasten die Ost-West-Beziehungen. Die Erwartungen, die der Westen an die Entspannungspolitik geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Der Friede ist in den siebziger Jahren nicht sicherer geworden. Im Gegenteil: Die Sowjetunion hat diese Phase genutzt, um ihr militärisches Übergewicht und ihre Einflußsphäre auszubauen.

- Die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa und in der Welt sind bisher ohne befriedigendes Ergebnis geblieben. Es ist nicht gelungen, den Rüstungswettlauf zu beenden.
- Nach 12 Jahren SPD/FDP-Politik ist die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielicht geraten und der Verteidigungswille geschwächt. Starke Kräfte in der SPD und Teile der FDP verlangen eine prinzipielle Änderung unseres Verhältnisses zum atlantischen Bündnis und zu den Vereinigten Staaten. Nicht wenige in der SPD streben eine Neutralisierung Deutschlands an.
- Die politische Einigung Europas kommt nicht schnell genug voran. Die Fähigkeit einzelner westeuropäischer Regierungen, vordringlich außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten gegen innenpolitische Wünsche durchzusetzen, ist geschwächt. Zum Teil sind sie nicht mehr bereit, ihr Bekenntnis zu den gemeinsamen Wertvorstellungen und Zielsetzungen des atlantischen Bündnisses in praktische Politik umzusetzen.
- Hunger und Armut in der Dritten Welt nehmen zu. Die Entwicklungslücke zwischen Nord und Süd hat sich noch weiter geöffnet. Die Energiekrise hat nicht nur die wirtschaftliche Sicherheit der Industrienationen, sondern in besonderem Maße die ärmsten Entwicklungsländer getroffen.
- Die Sowjetunion nutzt in der Dritten Welt die auftretenden Spannungen vielfach für ihre Zwecke aus, statt im Interesse des Friedens zu ihrer Schlichtung beizutragen und eine ihrer Wirtschaftskraft entsprechende Entwicklungshilfe zu leisten.

Diese Veränderungen stellen die Bundesrepublik Deutschland in den achtziger Jahren vor neue Herausforderungen. Wir können diese Herausforderungen nur bewältigen, wenn wir uns erneut auf die politischen und geistigen Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik besinnen und dem unauflöselichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik Rechnung tragen.

CDU: Partei des Friedens und der Freiheit

4. Die CDU ist Partei des Friedens. CDU und CSU haben eine Politik durchgesetzt, die den Frieden in Europa in den letzten dreißig Jahren gesichert hat.

Für die CDU ist Friedenspolitik mehr als die Verhinderung von Krieg. Frieden ohne Gerechtigkeit ist ebenso wenig denkbar wie Frieden ohne Freiheit.

5. Die CDU ist Partei der Freiheit. Sie weiß, daß der Gegensatz von Freiheit und Diktatur die eigentliche Ursache der Spannung zwischen Ost und West sind. Dies bestimmt die geistige und politische Auseinandersetzung im geteilten Europa und damit auch im geteilten Deutschland. Diese Auseinandersetzung wird auch im Rahmen der "Politik friedlicher Koexistenz" mit unverminderter Intensität geführt. Für jedes totalitäre System ist die Freiheit als solche eine Herausforderung und Bedrohung, selbst dann, wenn der Westen einseitig abrüsten würde.

Die CDU tritt aktiv für die Menschenrechte in aller Welt ein. Deshalb unterstützt sie die Arbeit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und von Amnesty International.

6. Die CDU setzt unbeirrt auf die friedensstiftende Kraft Europas. Sie fordert daher die unverzügliche und entschlossene Fortentwicklung der europäischen Gemeinschaft zur Politischen Union mit den ihrer weltpolitischen Verantwortung entsprechenden außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsbefugnissen. Die CDU ist davon überzeugt, daß die Politische Union eine historische Aufgabe bei der Bewahrung und Festigung des Weltfriedens zu übernehmen hat; denn die Europäische Gemeinschaft als freie, demokratische, soziale und grenzüberwindende Kraft ist ein Symbol für die Sicherung von Frieden und Freiheit. Ein Krieg zwischen ihren Mitgliedsstaaten ist nicht mehr vorstellbar. Deshalb ist der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft vor allem auch Friedenspolitik.

7. Wir rufen unsere Partner im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft zu einer umfassenden Friedensinitiative auf, die alle außenpolitischen Möglichkeiten zur Förderung friedlicher Zusammenarbeit ausschöpft, aufeinander abstimmt und an dem übergeordneten Ziel der Sicherung des Friedens in Freiheit ausrichtet. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien Welt mit der Sowjetunion, die innerhalb des Bündnisses stärker als bisher koordiniert werden muß.

8. Die CDU fordert alle auf, die sich für den Frieden engagieren, in ihrer Friedenssehnsucht die politische Wirklichkeit nicht zu vergessen. Wer die Bundesrepublik Deutschland aus der Gemeinschaft der freien Demokratien lösen will und die einseitige Abrüstung des Westens fordert, beschwört die Gefahr der Anwendung oder Androhung von Gewalt geradezu herauf. Wehrlosigkeit gefährdet den Frieden.

9. Unsere besondere Verbundenheit und Achtung gelten jenen, die den Frieden und die Freiheit unseres Volkes durch ihren Dienst in der Bundeswehr schützen. Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwesens einzutreten. Das Wissen junger Menschen über den Sinn und den Zweck der Bundeswehr und ihren Verteidigungsauftrag muß verstärkt werden. Wir respektieren die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

10. Die grundlegenden Ausrichtungen und Entscheidungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik müssen wieder auf einem möglichst breiten nationalen Konsens beruhen. SPD und Teile der FDP haben diese gemeinsame Grundlage verlassen. Die CDU betont, daß für sie Verteidigungsfähigkeit und Entspannung gleichwertige Elemente deutscher Außenpolitik sind. Die innenpolitischen, insbesondere die wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen für die Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland müssen wieder gesichert werden.

11. Der Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 soll das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West wiederherstellen. Die CDU bekennt sich vorbehaltlos zu einer konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung dieses Beschlusses in seinen beiden Teilen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

12. Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau - unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.

13. Die CDU fordert die Sowjetunion auf, ihre Bereitschaft zu Zusammenarbeit und Entspannung bei den konkreten regionalen und weltweiten Bemühungen um Abrüstung und Rüstungsbegrenzung zu beweisen und die völkerrechtswidrige Besetzung Afghanistans durch den Rückzug ihrer Streitkräfte zu beenden.

Sie ruft die Sowjetunion insbesondere auf:

- die bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Ziel des Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigen Niveau der Rüstungen zu führen.
- der totalen Ächtung und überprüfbaren Abrüstung chemischer und biologischer Waffen zuzustimmen.
- Fortschritte bei den Verhandlungen über eine ausgewogene Verminderung der Streitkräfte in Mitteleuropa (MBFR) zu ermöglichen.
- sich konstruktiv an den Abrüstungsbemühungen im Genfer Abrüstungsausschuß zu beteiligen
- die in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Schlußakte von Helsinki) eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten
- vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich in ganz Europa auszubauen.
- den Druck auf Polen zu beenden und dem polnischen Volk die selbständige Entscheidung über seinen politischen Weg zuzugestehen.

14. Die CDU hält eine weltweite Beschränkung des Rüstungsexports unter Einschluß der UdSSR und ihrer Verbündeten für notwendig und fordert daher die Bundesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine international kontrollierte Vereinbarung dieser Art zu erreichen. Die CDU tritt auch in Zukunft für eine restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik ein.

Friedenssicherung und Entwicklungspolitik

15. Ernsthafte Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind auch notwendig, damit die bisher für Rüstung aufgewendeten Mittel sinnvoller, zum Beispiel für die Bekämpfung des Hungers in der Welt, eingesetzt werden können. Friede ist auf die Dauer unerreichbar bei extremen Unterschieden der Lebensbedingungen der Menschen und Völker. Entwicklungshilfe ist daher ein entscheidender Beitrag zum Frieden und muß als solcher mehr Beachtung finden.

Das Gebot der christlichen Nächstenliebe verlangt von uns materielle und geistige Opfer, um das Überleben von Millionen von Menschen sichern zu helfen. Das Bestreben, dem Grundrecht Leben weltweit Geltung zu verschaffen, muß zum moralischen Imperativ der deutschen Politik werden. Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

16. Die CDU tritt für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Menschen und Völker der Dritten und Vierten Welt ein. Ohne die gleichberechtigte Partnerschaft der Industrieländer und Entwicklungsländer sind die gemeinsamen Ziele der Nord-Süd-Zusammenarbeit nicht zu erreichen. Diese Zusammenarbeit muß die eigenständigen Traditionen und die kulturelle Identität der Völker der Dritten und Vierten Welt berücksichtigen. Dabei kommt es entscheidend auf das mitmenschliche Engagement jedes einzelnen an. Hier bietet sich gerade jungen Menschen die Chance, einen sinnvollen Beitrag zur Beseitigung von Ungerechtigkeit und Not in der Welt zu leisten. Wir müssen Mitverantwortung übernehmen, um die Lebenschancen der Menschen in der Dritten Welt und Vierten Welt zu verbessern. Die humanitäre Basishilfe (Hunger- und Katastrophenhilfe) ist jedem Staat, unabhängig von dessen politischer Struktur, zu gewähren.

Unser Engagement für die Dritte und Vierte Welt muß neue Wege gehen. Staatliche Maßnahmen allein reichen nicht aus, um Ungerechtigkeit und Elend zu beseitigen. Die CDU fordert alle gesellschaftlichen Gruppen auf, einen eigenständigen Beitrag zu leisten. Die Politik soll private Initiativen von Unternehmen und freien Trägern fördern und unterstützen. Langfristig werden wir nur dann zu der notwendigen wesentlichen Steigerung unserer finanziellen Hilfe kommen, wenn alle Bürger Entwicklungshilfe als ein persönliches Anliegen betrachten.

Die Bereitschaft junger Leute, sich in Entwicklungsländern persönlich zu engagieren, sollte weiter gefördert werden. Dazu gehört auch, daß eine solche Leistung junger Bürger nach ihrer Rückkehr in die Heimat bei uns Anerkennung findet, zum beruflichen Fortkommen beiträgt und nicht, wie bisher allzu oft, zu abschreckenden Benachteiligungen führt.

17. Entwicklungshilfe muß in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das setzt eine stärkere Einbeziehung der Dritten und Vierten Welt in den internationalen Handel sowie mehr industrielle Zusammenarbeit voraus. Die CDU lehnt den wachsenden Protektionismus der westlichen Industrieländer ab. Wir brauchen ein stärkeres Engagement aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte in den Entwicklungsländern. Statt bisheriger Millionenprojekte brauchen wir jetzt Projekte für Millionen. Wir müssen einen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag zur Bekämpfung der Armut und des Hungers in der Dritten und Vierten Welt übernehmen. Diese Verpflichtungen treffen alle dazu fähigen Staaten gleichermaßen: auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staatshandelsländer, die zusammen nur ein Zehntel der jährlichen Entwicklungshilfeleistungen der westlichen Industrieländer aufbringen.

Die explosionsartigen Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt haben für viele Entwicklungsländer eine dramatische Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zur Folge.

Es muß Aufgabe der Industrienationen sein, einerseits speziell auf die Bedürfnisse und Situation der Entwicklungsländer zugeschnittene Energie-Technologien zu entwickeln

und andererseits im eigenen Land die von ihnen beherrschten Techniken zur Energieerzeugung soweit möglich zum Ersatz für das Erdöl einzusetzen.

18. Ein koordinierter europäischer und mit den USA abgestimmter Beitrag zur Konfliktverhütung und friedlicher Konfliktregelung in der Dritten und Vierten Welt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten liegt auch in unserem nationalen Interesse. Die Bundesrepublik Deutschland ist als exportorientiertes und rohstoffarmes Industrieland auf die Dritte und Vierte Welt angewiesen. Die CDU wird sich daher in einer künftigen Bundesregierung verstärkt um eine europäische Sicherung der für unser Land lebenswichtigen außenwirtschaftlichen Verbindungen und Interessen bemühen.

Deutschlandpolitik

19. Trotz Teilung bestehen Deutschland und das deutsche Volk als Einheit fort und mit ihm sein Recht auf Selbstbestimmung. Die Aussage des Deutschlandvertrages, daß eine frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ein wesentliches Ziel der gemeinsamen westlichen Politik ist, bleibt gültig und verpflichtend. Wir fordern jeden Deutschen auf, für die Einheit und Freiheit ganz Deutschlands einzutreten. Wir arbeiten für die Verwirklichung der Menschenrechte. Wir wollen eine Zukunft Europas, die Mauer und Todeszaun beseitigt und die Grenze durch Freiheit überwindet. Das Verlangen nach Selbstbestimmung und friedlicher Wiederherstellung der deutschen Einheit im europäischen Rahmen muß ein vitales Element der deutschen Politik sein. Dies ist ein entscheidender Auftrag.

Beziehungen zu denjenigen Staaten und politischen Kräften, welche die deutsche Teilung gegen den Willen des deutschen Volkes aufrechterhalten, bejaht die CDU auch, um den Frieden zu wahren, die Lebensfähigkeit Berlins zu sichern, die Menschenrechte für alle Deutsche zu verwirklichen, menschliche Kontakte im geteilten Deutschland zu fördern und menschliche Erleichterungen zu schaffen.

Solange sich das Ziel der deutschen Einheit nicht verwirklichen läßt, bleibt es die vorrangige Aufgabe der Deutschlandpolitik, die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher zu gestalten.

In ihrer praktischen Politik wird sich die CDU daher weiter ständig darum bemühen, ein Höchstmaß an menschlichen Begegnungen und an Austauschmöglichkeiten von Meinungen und Informationen im geteilten Deutschland zu verwirklichen sowie die Lage der Deutschen in der DDR und in den Ostblockstaaten zu erleichtern. Die CDU sieht darin zugleich einen entscheidenden Beitrag, die Einheit der deutschen Nation über die Zeit der Trennung hinweg zu erhalten.

Frieden und Zusammenarbeit

20. Die CDU weiß, daß auch die Völker der Sowjetunion und Osteuropas nicht zuletzt aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, in dem sie Millionen von Todesopfern bringen mußten, in Sicherheit und Frieden leben wollen. Wir haben nach den bitteren Lehren der eigenen Geschichte und angesichts der Leiden unseres eigenen Volkes und anderer Völker feierlich den Gewaltverzicht erklärt. Die CDU fordert die Sowjetunion auf, auf jede Androhung und Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen

Ziele zu verzichten und das Sicherheitsinteresse sowie das Selbstbestimmungsrecht anderer Völker zu achten.

21. Die CDU ist zu einem kontinuierlichen Dialog mit der sowjetischen Führung und den Regierungen der osteuropäischen Staaten bereit. Dieser Dialog ist auch notwendig, um das Bewußtsein für gemeinsame Interessen und Aufgaben wachsen zu lassen. Das bedingt, daß wir die politischen Motive und Ziele unserer Gesprächs- und Verhandlungspartner in der Sowjetunion und in Osteuropa verstehen, auch wenn wir mit ihnen nicht einverstanden sind. Das heißt aber auch, daß wir von ihnen das gleiche Verständnis erwarten und das wir sie über unsere Politik nicht im Unklaren lassen.

22. Die CDU tritt dafür ein, den Moskauer Vertrag, den Warschauer Vertrag, den Prager Vertrag, den innerdeutschen Grundvertrag sowie die Schlußakte von Helsinki nicht nur völker- und verfassungsrechtlich korrekt anzuwenden, sondern als Instrumente deutscher Politik im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens zu nutzen, und über den Grundsatz des Gewaltverzichts hinaus mit Leben zu füllen; das heißt, in konkrete Politik umzusetzen, die den Frieden verläßlich sichert und durch echte Völkerverständigung vertieft.

Um den in diesen Dokumenten vereinbarten Zielen, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und echte Entspannung zu erreichen, näher zu kommen, bedarf es weiterer konkreter Schritte zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. So ist die Begegnung gerade mit Jugendlichen aus osteuropäischen Ländern ein wesentlicher Beitrag zu Frieden und Verständigung.

Europäische Gemeinschaft und atlantische Partnerschaft

23. Eine Zukunft in Frieden und Freiheit können wir nur in der Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien sichern.

Ohne das atlantische Bündnis, das entsprechend der Präambel des NATO-Vertrages eine auf Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit aufbauende Gemeinschaft ist, können die nationalen Interessen Deutschlands nicht verwirklicht werden. Die Einbindung in die atlantische Allianz und die enge Freundschaft mit den USA bleiben Voraussetzungen aktiver Friedenspolitik.

Der Türkei muß geholfen werden, daß sie den Weg zur Demokratie zurückfindet.

24. Die Zukunft des atlantischen Bündnisses wird wesentlich davon bestimmt werden, ob es den westeuropäischen Staaten gelingt, ihr Mitspracherecht durch die Übernahme von Mitverantwortung zu untermauern und auszubauen. Dabei wird der weitere Fortgang der Integrationsbemühungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft die größte Bedeutung für die Frage haben, ob eine gleichberechtigte atlantische Partnerschaft gesichert werden kann.

25. Den Herausforderungen der Zukunft, insbesondere seinen Aufgaben als Partner der Dritten Welt, wird Europa nur als politische Union gewachsen sein. Die politische Integration - auch als Voraussetzung weiterer wirtschaftlicher und sozialer Integration - muß mit dem Ziel der Politischen Union fortgesetzt werden. Hierfür sind dem Euro-

päischen Parlament mehr Entscheidungsbefugnisse zu übertragen. Die Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik muß verbindlich vereinbart und die europäische politische Zusammenarbeit in die Verantwortlichkeit der Gemeinschaftsinstitutionen gestellt werden.

Die Soziale Marktwirtschaft erneuern

26. Die Soziale Marktwirtschaft hat unserem Land einen hohen Lebensstandard und vielen Bürgern Wohlstand gebracht. Trotzdem fragen viele, ob unsere Wirtschaftsordnung den heutigen Bedürfnissen noch gerecht wird und den Anforderungen der Zukunft gewachsen ist. Sie sehen ihre natürlichen Lebensgrundlagen bedroht, unersetzbare Ressourcen über Gebühr angegriffen und Arbeitsplätze als Folge des rasanten technischen Fortschritts gefährdet. Vor allem bei jungen Menschen wachsen Zweifel und Unbehagen: Sie fragen nach dem Sinn wirtschaftlichen Wachstums und nach den menschlichen und sozialen Kosten einer ökonomisch erfolgreichen Gesellschaft. Immer mehr Menschen entdecken, daß es Dinge gibt, die einen Wert, aber keinen Preis haben.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland sich in einem Prozeß tiefgreifender Veränderungen befinden, und wirtschaftliche und soziale Sicherung durch eine fehlerhafte Politik der vergangenen 10 Jahre immer mehr gefährdet werden. So richtig die Erkenntnis ist, daß wirtschaftliches Wachstum eine dem Menschen dienende Funktion hat, so richtig ist es aber auch, daß wir heute angesichts der realen wirtschaftlichen Situation die wirtschaftlichen Voraussetzungen wieder schaffen müssen, um auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit finanzieren, dadurch den sozialen Frieden sichern und so die wirtschaftliche und gesellschaftliche Produktivität wieder steigern zu können.

Ein Verzicht auf Wirtschaftswachstum bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen bis hin zur Massenarbeitslosigkeit, die bewußte Inkaufnahme von wirtschaftlicher und sozialer Instabilität, Behinderung des Strukturwandels und Verminderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Preisgabe von Wachstumschancen ist nicht nur Resignation, sondern auch Verantwortungslosigkeit gegenüber der nächsten Generation, deren Entfaltungsspielraum weitgehend eingeengt wird.

Ziele unserer Wirtschaftspolitik sind Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, stetiges Wachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und die Sicherung der ökologischen Zukunft unseres Gemeinwesens. Wir wollen eine Politik der Förderung der Wachstumsgrundlagen unserer Wirtschaft und Gesellschaft verwirklichen. Wo allerdings Wachstum zu einer unvermeidbaren Beeinträchtigung der natürlichen Umwelt führt, muß notfalls auf solches Wachstum und damit verbundene Einkommensmehrung verzichtet werden.

Heute stellt sich uns die Aufgabe, die Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen zu erneuern. Schon die geistigen Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft haben gefordert, daß in einer "Zweiten Phase" unsere Wirtschaftsordnung über die Befriedigung materieller Interessen hinaus zu einer integrierenden wirtschaftlichen und ethischen gesellschaftspolitischen Konzeption werden müsse. Wir erkennen dabei, daß die geistig-ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, vor allem die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität, in der Vergangenheit nicht immer verständlich genug gemacht und konsequent angewandt worden sind.

Freiheit und soziale Gerechtigkeit können nicht durch eine wachsende Staatsquote und eine immer höhere Staatsverschuldung, sondern nur durch praktizierte Solidarität und Subsidiarität dauerhaft verwirklicht werden.

Solidarität bedeutet Verpflichtung gegenüber den Leistungen der älteren Generation. Sie verlangt Bereitschaft, die eigene Leistung auch als Dienst an der Gemeinschaft und als Vorsorge für folgende Generationen zu begreifen. Ansprüche und materielle Besitzstände finden dort ihre Grenzen, wo sie zu einer Verminderung der Lebenschancen anderer oder zu einer unvermeidbaren Belastung kommender Generationen führen. Dies gilt für die ökonomischen und ökologischen Grundlagen unseres Zusammenlebens gleichermaßen. Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft ist auf Partnerschaft angewiesen. Diese Partnerschaft bedeutet nicht allein Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, von Produzenten und Konsumenten. Zu den Gestaltungsmerkmalen der Sozialen Marktwirtschaft gehört auch die Partnerschaft von Mann und Frau, von Arbeitswelt und Familie.

Nach dem Grundsatz der Subsidiarität treten wir dafür ein, daß der Staat nicht regeln soll, was der einzelne oder die freien gesellschaftlichen Gruppen aus eigenen Kräften leisten können. Mitmenschlichkeit und Hilfe zur Selbsthilfe dürfen nicht reglementiert, sie müssen gefördert werden. Vereine, offene Hilfen und demokratische bürgerschaftliche Aktionen finden unsere nachhaltige Unterstützung. Staatliche soziale Leistungen dürfen nicht dazu mißbraucht werden, um Abhängigkeitsverhältnisse zu begründen.

In einer Welt, in der weithin Knappheit und Not herrschen, ist Sparsamkeit und Effektivität auch eine moralische Forderung an Wirtschaft und Gesellschaft. Alle Vergleiche zeigen, daß die Soziale Marktwirtschaft eine Ordnung ist, in der menschliche Arbeit, Energie und Material am wirkungsvollsten eingesetzt und zugleich mehr Güter und Leistungen produziert werden als in anderen Wirtschaftssystemen.

Durch Wettbewerb werden die Produzenten gezwungen, ständig nach besseren Produkten und sparsameren Produktionsweisen zu suchen. Die Soziale Marktwirtschaft ist daher eine Ordnung der Innovation, der Flexibilität und des Fortschritts.

Die Soziale Marktwirtschaft ist Ausdruck unseres Menschenbildes, der Idee der verantworteten Freiheit und der Solidarität. Zu ihren geistigen Grundlagen gehören Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und sozialverpflichtetes Eigentum, Eigenverantwortung und soziale Sicherung, Tarifautonomie und soziale Partnerschaft, Dezentralisierung und Selbstverantwortung, Autonomie der Unternehmen und Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Diese Grundlagen sind im letzten Jahrzehnt schwer gefährdet worden. In ihrem Zusammenwirken stellen sie aber die unabdingbare Voraussetzung dafür dar, daß junge Menschen auch in Zukunft Arbeit finden, daß ihre Bildung und Ausbildung finanzierbar bleibt und daß sie sich auch in Zukunft auf einen leistungsfähigen Staat verlassen können.

27. Vorrang in der Wirtschaftspolitik muß die Förderung der Leistungsbereitschaft aller arbeitenden Bürger und der Investitionsfähigkeit aller Unternehmungen haben. Unternehmer und Arbeitnehmer müssen sich wieder auf die Stetigkeit staatlichen Handelns, vor allem in der Steuer- und Abgabenpolitik verlassen und dadurch wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft erwerben können. Wir treten für einen voll funktionierenden Binnenmarkt mit einem ungehinderten Warenverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ein.

28. Um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen, werden wir die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärken und die Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital beseitigen. Insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, die für Vollbeschäftigung und Wachstum einen unersetzlichen Beitrag leisten, muß durch wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen die Bildung von Eigenkapital erleichtert werden. Neben den bewährten Modellen der Vermögensbildung ist die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern eine zwingende gesellschaftspolitische Notwendigkeit und zugleich eine wichtige Möglichkeit, die Eigenkapitalbildung zu verbessern. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität. Selbständigkeit wird überall in der Gesellschaft gebraucht: Im ökonomischen Bereich ist sie unverzichtbar.

- Unternehmerische Selbständigkeit ist Voraussetzung der Sozialen Marktwirtschaft, Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfreude, Risiko und Risikolohn, Wagnis und Verantwortung sind hier so unmittelbar möglich wie in kaum einem anderen Bereich. Eine Vielzahl selbständiger Betriebe ist Grundbedingung für einen funktionsfähigen Wettbewerb auch auf einzelnen Märkten. Selbständigkeitspolitik ist das Kernstück unserer Mittelstandspolitik.
- Mehr Selbständigkeit der einzelnen Mitarbeiter schafft nach allen Erkenntnissen der Arbeitspsychologie mehr Freude am Beruf, Zufriedenheit am Arbeitsplatz und die Bereitschaft zum Mitdenken, zu Neuerungen.

Zu den Zukunftschancen der jungen Generation zählt auch die Möglichkeit, sich selbständig zu machen, in einem selbständigen Beruf Bestätigung und Erfüllung zu finden. Es gibt keinen besseren Bereich als den Mittelstand, um dieses Anliegen zu verwirklichen. Wenn die Marktwirtschaft als Ordnungssystem erfolgreich bleiben will, ist sie lebensnotwendig auf qualifizierten Nachwuchs angewiesen - im Bereich der Arbeitnehmer wie auch Unternehmer. Die Bereitschaft, Risiko zu übernehmen, ist vorhanden. Aufgabe der Union ist es, die Bereitschaft zu stärken.

29. Die Möglichkeit, in staatlichem Besitz befindliche Unternehmen zu privatisieren, muß sorgfältig geprüft werden. Eine Privatisierung kommt dort in Betracht, wo die Leistungen bei gleicher Versorgungsqualität effektiver und preisgünstiger erbracht werden können. Dabei ist gleichzeitig eine Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Produktivvermögen anzustreben. Ist eine Privatisierung nicht möglich, muß dennoch auf den größtmöglichen Einsatz marktwirtschaftlicher Elemente wie Kostenerfassung und Kostenkontrolle, rationelle Verwendung der Mittel und unbürokratisches Management beachtet werden.

30. Wir werden die modernen Techniken fördern, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt. Wir stellen die Technik in den Dienst des Menschen und seiner Würde. Technik und ihre Weiterentwicklung sind notwendig, um

- eine schnell wachsende Menschheit ausreichend mit Nahrungsmitteln, Energie- und Verbrauchsgütern zu versorgen,
- dauerhaft Rohstoffe aus schwieriger zugänglichen und weniger ergiebigen Lagerstätten zu beschaffen,
- die Belastung der Umwelt durch den Menschen zu begrenzen.

Wir werden die Diskussion über die Chancen und Risiken moderner Techniken verstärkt und offensiv führen. Wir werden nicht zulassen, daß durch die Blockade von Zukunftsinvestitionen Zukunftschancen verspielt, wirtschaftliche und soziale Krisen in der Zukunft heraufbeschworen werden. Wir wissen, daß nicht alles dem Menschen Mögliche auch das dem Menschen Gemäße ist. Der Mensch muß Herr der Technik bleiben. Er trägt dabei Verantwortung nicht nur für sich selbst, sondern für Natur und Umwelt gleichermaßen. Wir wissen aber auch, daß die positive Bewertung von Technik und technologischem Fortschritt eine wichtige Voraussetzung ist, neue Aufgaben zu lösen und den Menschen wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben. Wir werden deshalb auch die rasche Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechniken, für die ein leistungsfähiges Kommunikationsnetz Voraussetzung ist, unterstützen, um dadurch mehr Chancengleichheit im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und medialen Bereich zu bewirken. Neue Technologien im Bereich der Individualkommunikation (z.B. Bildschirmtext) können mehr individuellen Gestaltungsspielraum im Arbeitsleben schaffen und dadurch einen Beitrag leisten, die Arbeitswelt zu humanisieren.

31. Wir brauchen für eine ausreichende Energieversorgung alle Energieträger und eine rationelle und sparsame Verwendung von Energie. Wir werden die neuen dezentralen Energietechniken wie den Ausbau der Fernwärme einschließlich der Nutzung der industriellen Abwärme, der aus der Müllverbrennung gewonnenen Energien und der Technik der Kraft-Wärme-Koppelung durchsetzen, wo immer dies wirtschaftlich möglich ist.

Wir fordern mehr Rechtssicherheit für alle, die über Energieinvestitionen entscheiden müssen, damit sie von gesicherten Rechtsgrundlagen ausgehen können. Einen unverzichtbaren Beitrag zur Energieversorgung werden die Kohle und die Kernenergie zu leisten haben. Zur Sicherung der Stromversorgung ist ein verantwortungsbewußter Ausbau der Kernenergie notwendig. Wir müssen die über die heutigen Leichtwasserreaktoren hinausführenden modernen Entwicklungen vom Hochtemperaturreaktor einschließlich kleiner Einheiten bis hin zum Schnellen Brutreaktor, der langfristig knappes Uran besser zu nutzen vermag, in der Forschung und Anwendung unterstützen. Die deutsche Kernenergie-technik liegt sowohl hinsichtlich des Sicherheitsstandards wie auch in der Minderung der Strahlenabgabe international in der Spitze. Das Entsorgungskonzept der Bundesrepublik Deutschland trägt dem Schutz künftiger Generationen in hohem Maße Rechnung. Es muß von allen politisch Verantwortlichen gemeinsam getragen und zügig verwirklicht werden.

Wir treten dafür ein, daß die Bürger umfassend und sachlich über die Kernenergie-techniken informiert werden. Heute schon müssen wir neue Energiequellen erforschen, die langfristig die Chance für eine unerschöpfliche und umweltschonendere Energieversorgung eröffnen, insbesondere durch Kernfusion und einer umfassenderen Nutzung der Sonnenenergie.

32. Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist für uns ein Stück verantworteter Freiheit.

Wir werden innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft ökologische Rahmenbedingungen schaffen und dadurch die Voraussetzungen für den Schutz unserer natürlichen Umwelt verbessern. Durch eine bessere Förderung der Umweltforschung und eine Bestandsaufnahme aller erkennbaren Umweltgefahren wollen wir die Grundlage für eine rationale Umweltpolitik schaffen und unbegründeten Ängsten der Bürger entgegenwirken. Wir werden das Verursacherprinzip durchsetzen und die marktwirtschaftliche Leistungsfähigkeit bei der Lösung von Umweltproblemen nutzen. Notfalls werden wir durch Aufla-

gen und Verbote drohenden Gesundheitsschäden oder nicht wiedergutzumachenden Umweltschäden vorbeugen. Die in modernen Techniken liegenden Chancen zum Abbau von Umweltbelastungen werden wir nutzen. Technologischer Fortschritt und Umweltschutz müssen kein Gegensatz sein.

Die Umwelt zu schützen ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern aller Bürger.

33. Die bürokratischen Bremsklötze für Investitionen müssen beseitigt werden. Der Bundesparteitag der CDU unterstreicht die Notwendigkeit, die im Entbürokratisierungsprogramm der CDU vom Bundesvorstand der CDU am 3. Dezember 1979 beschlossenen Maßnahmen (wie z.B. Steuervereinfachung, Abbau der Gesetzesflut, Verfahrensvereinfachung) rasch zu verwirklichen.

34. Wir werden den geordneten Wettbewerb weiter gesetzlich sichern und im Bereich der Fusionskontrolle verbessern. Ein leistungsfähiger Mittelstand ist eine Grundvoraussetzung des Wettbewerbs. Übermäßige Unternehmenskonzentrationen sind wettbewerbsfeindlich. Zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen muß das geltende Kartellrecht konsequent angewandt und das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb verbessert werden.

35. Wir fordern die Verminderung der leistungshemmenden Steuer- und Abgabenbelastung, ein Abbremsen des Schuldenzuwachses und eine Rückführung der Staatsquote. Unser Ziel ist es, eine Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite zu erreichen.

Wir werden dafür eintreten, alle Subventionen und Finanzhilfen des Staates mit dem Ziel zu überprüfen, Einsparungen von insgesamt 5 % zu erreichen.

36. Während die SPD Steuern und Schulden erhöhen will, um überhöhte Staatsquoten festzuschreiben und den Anteil konsumtiver Staatsausgaben auszuweiten, will die CDU Steuern und Schulden vermindern mit dem Ziel, staatliche Aufgaben zu beschränken und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben so weit wie möglich in die Hände der Bürger selber und ihren freien Organisationen zu legen.

37. Der Arbeitsmarkt steht in den 80er-Jahren vor besonderen Belastungen.

Wir finden uns mit der Arbeitslosigkeit nicht ab, weder mit der Arbeitslosigkeit der Männer noch mit der überproportionalen Arbeitslosigkeit der Frauen und schon gar nicht mit der Arbeitslosigkeit der jungen Menschen. Eine Gesellschaft, in der Millionen-Arbeitslosigkeit herrscht, ist weder gerecht noch in der Lage, den sozialen Frieden zu sichern. Ohne Arbeit für alle werden alle sozialen Sicherungen bodenlos. Ohne Arbeit bleiben Humanisierung der Arbeitswelt, Mitbestimmung und Miteigentum auf der Strecke.

Auch in Zukunft wird das wirtschaftliche Wachstum im Kampf um die Vollbeschäftigung seine Bedeutung behalten, die soziale Absicherung unverzichtbar sein. Unsere Antwort ist nicht Pessimismus und Resignation. Es gibt genug neue Aufgaben, für die sich zu arbeiten lohnt: Beseitigung von Hunger und Elend in der Dritten Welt, Umweltschutz und Rohstoffversorgung, Sicherung und Einsparung von Energie sowie soziale Dienste auch außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes erfordern von uns verstärkte Anstrengungen. Das Ergebnis werden das nötige und akzeptierte Wachstum und die Arbeitsplätze bei uns und in der Dritten Welt sein, die wir für die Zukunft brauchen.

38. Unabhängig von der absehbaren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den 80er-Jahren ist zu fragen, ob normale Beschäftigung bedeuten muß, daß alle, die arbeiten wollen und können, während ihres ganzen Arbeitslebens täglich acht Stunden arbeiten oder wie die Arbeit zu bewerten ist, die außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes geleistet wird.

39. Wir wollen schon heute die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben flexibler, differenzierter und weniger zentralistisch gestalten. Dies dient einer Humanisierung des Arbeitslebens und bietet Frauen und Männern die Chance für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Undifferenzierte Forderungen, wie z.B. nach einer 35 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, erfüllen diese Anforderungen nicht, sondern würden im Gegenteil die Arbeitsmarktprobleme weiter verschärfen.

Wir wollen einen größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen bei der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit, damit die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und -phasen fließender werden.

40. Die Zahl der Arbeitnehmer wächst, die bereit sind, für eine kürzere Arbeitszeit auch Einkommensverluste hinzunehmen, während andere, die arbeiten wollen und können, keinen (Teilzeit-)Arbeitsplatz finden. Wir wollen deshalb durch eine qualitative Arbeitsmarktpolitik die Zahl der Arbeitsplätze vermehren und gleichzeitig den Freiheits- und Selbstbestimmungsraum des einzelnen erweitern. Wir sind gegen eine Politik, die Arbeitslosigkeit lediglich verwaltet, und für eine Politik, die der Arbeitslosigkeit vorbeugt und sie erst gar nicht entstehen läßt.

41. Teilzeitarbeitsplätze müssen vermehrt angeboten werden, wo immer dies wirtschaftlich möglich und von den Aufgaben her zu rechtfertigen ist. Wir setzen uns ein für neue Formen der Arbeitsteilung, wie z.B. die von uns vorgeschlagene Arbeitsplatzteilung (Job-Sharing). Junge Väter und Mütter, die sich gleichermaßen der Erziehung ihrer Kinder widmen und jeweils anteilig berufstätig sein wollen, sollen nicht in einen ganztägigen Beruf gezwungen werden. Arbeitnehmer, die neben ihrem Beruf mehr Zeit für Weiterbildung, ehrenamtliche Tätigkeit, Hobbies u.ä. nutzen wollen, sollten ein Angebot für anteilige Arbeit erhalten. Und wir treten dafür ein, daß gesetzliche, bürokratische und tarifvertragliche Hindernisse, die einem größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen in der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit entgegenstehen, schrittweise beseitigt und die individuellen Wünsche nach Teilzeitarbeit mit den betrieblichen Möglichkeiten von Arbeitsplatzteilungen besser als bisher in Übereinstimmung gebracht werden. Nicht nur die Privatwirtschaft muß für neu zu erprobende Arbeitszeitmodelle gewonnen werden, sondern auch der öffentliche Dienst muß ein breites Angebot, auch für Beamte, zur Verfügung stellen. Älteren Arbeitnehmern sollten Angebote zu anteiliger Arbeit offenstehen, wenn sie einen allmählichen Übergang in den Ruhestand wünschen. Wir wollen, daß derjenige, der früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden will, dazu die Möglichkeit erhält, wenn er bereit ist, bei der Altersversorgung versicherungsmathematische Abschläge hinzunehmen.

42. Es bleibt wichtig, die Arbeitslosigkeit vorbeugend zu verhindern. Unverzichtbar für uns sind deshalb die Maßnahmen, die die CDU im Arbeitsförderungsgesetz neu geschaffen hat, wie z. B. Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, und die dazu beitragen, Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Das Arbeitsförderungsgesetz ist nach wie vor im Grundsatz richtig.

43. Wir werden aber auch dafür sorgen, daß der Mißbrauch des Arbeitsförderungsgesetzes unterbunden wird und daß derjenige, der einen zumutbaren Arbeitsplatz aus-

schlägt, obwohl er arbeiten kann, den Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe verwirkt. Wer arbeiten kann, ist zur Leistung verpflichtet. Anders kann die Gemeinschaft denen nicht helfen, die zur Leistung nicht fähig sind, z. B. den Kranken, den Schwerbehinderten, den alten Mitbürgern.

44. Gerade in einer Zeit knapper Kassen muß sich die soziale Gerechtigkeit erst eigentlich bewähren. Nicht der Sozialstaat, sondern eine auf Quoten fixierte, quantitative, bürokratisierte und auf die Umverteilung von Geldleistungen eingeschränkte Sozialpolitik ist an ihre Grenzen gestoßen.

Die CDU verlangt deshalb eine neue qualitative Sozialpolitik, die auch Antworten auf die neuen sozialen Fragen gibt.

45. Wir wollen die soziale Wirksamkeit der sozialpolitischen Mittel erhöhen. Lernmittelfreiheit, Fahrtkostenzuschüsse etc. z.B. sind für diejenigen Bürger nicht notwendig, die ein hohes Einkommen haben. Die sozialen Leistungen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die wirklich der Hilfe bedürfen. Die durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbenen Rechtsansprüche müssen geschützt werden. Das Versicherungsprinzip, das Leistung und Gegenleistung zur Grundlage hat, darf weder durch eine Einheitsversicherung noch durch die Ausdehnung des Versorgungsstaates auf die Sozialversicherung beseitigt werden.

46. Bei der Verwirklichung von Sparmaßnahmen muß besonders darauf geachtet werden, daß die großen Organisationen, die über die entsprechenden Droh- und Störpotentiale verfügen, sich nicht zu Lasten der Nichtorganisierten oder der Minderheiten durchsetzen. Soziale Verteilungskonflikte dürfen nicht nach dem Gesetz des Dschungels, d. h. nach dem Recht des Stärkeren entschieden werden. Es ist heute besonders notwendig, daß die CDU sich als Anwalt derer versteht, die ohne eine mächtige Lobby sind.

47. Eine der wichtigsten neuen sozialen Fragen ist die Sicherung des Generationenvertrages. Er kann nur Bestand haben, wenn die jeweils arbeitende Generation durch ihre Beiträge für die Sicherung der Alterseinkommen und gleichzeitig durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft sorgt. Der Generationenvertrag umfaßt also drei Generationen. Deshalb muß neben der Beitragsleistung auch die Erziehungsleistung als ebenbürtige Leistung zur Sicherung des Generationenvertrages anerkannt werden.

Dieser Drei-Generationen-Vertrag ist heute gefährdet. Unsere Gesellschaft ist kinderfeindlich geworden. Wir werden auch weiterhin besonders die kinderreichen Familien ideell und materiell unterstützen. Das Kindergeld darf nicht gekürzt werden. Der Zusammenhang von Rentenpolitik und Familienpolitik muß wieder hergestellt werden.

Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen

48. Durch die großen Anstrengungen der letzten 20 Jahre ist im Bildungsbereich viel geleistet worden: Die durchschnittliche Klassengröße war noch nie so niedrig, die Versorgung mit Lehrern noch nie so gut und die Zahl von modernen, zweckmäßigen Schulbauten noch nie so groß wie heute. Dennoch verzeichnen wir eine breite Unzufriedenheit von Schülern, Eltern und Lehrern mit unserem Bildungswesen. Wir stehen heute vor der

Aufgabe, Fehlentwicklungen zu korrigieren, um so der jungen Generation Chancen für die Zukunft zu erhalten.

Zu den Fehlentwicklungen gehören:

- Verzicht auf Wertorientierung
- Verlust des Erzieherischen
- Überbetonung schulorganisatorischer Fragen gegenüber Bildungszielen und -inhalten
- die Vernachlässigung einer breiten Grundbildung
- die Verwissenschaftlichung der Schule.

I. Bildung und Erziehung als öffentliche Aufgabe

49. Erziehung ist nicht denkbar ohne die Vermittlung von Werten und Normen. Auch in einer pluralistischen Gesellschaft ist es möglich, eine Übereinstimmung über fundamentale Werte zu erzielen. Solcher Grundkonsens ist im Grundgesetz und in den Landesverfassungen erreicht. Bildungs- und Erziehungsziele haben sich daran zu orientieren. Danach sind die Lehrpläne zu gestalten, ist die Zulassung von Schulbüchern zu regeln und müssen sich vor allem Unterricht und Schulalltag richten. Dafür trägt jede Regierung gegenüber Parlament und Bevölkerung Verantwortung. Die Schule muß ihren Beitrag dazu leisten, daß junge Menschen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat aus Überzeugung bejahen und für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung eintreten. Die Schule muß die Bedeutung wichtiger Grundwerte des gesellschaftlichen Zusammenlebens wie Gemeinsinn, Solidarität, Verantwortungsbewußtsein, Toleranz, Rechtsstaatsbewußtsein, Wahrhaftigkeit und Nächstenliebe vermitteln. Den Schülern ist die Notwendigkeit zu verdeutlichen, daß Freiheit in Frieden aktiv geschützt werden muß. Dazu zählt auch, daß die Schule Formen der Mitgestaltung anbietet, die eine Einübung dieser Ziele durch konkrete Aktivitäten möglich macht. Jungen und Mädchen sollen für ihre künftigen Aufgaben eine qualitativ gleichwertige Erziehung erhalten. Der Unterricht muß ein vertieftes Verständnis für unsere jüngere Geschichte, unsere Gesellschaft und eine klare Vorstellung von Deutschland vermitteln. Die Pflege guter Traditionen und verständlicher Symbole soll ein natürliches Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Vaterland erleichtern.

50. Das Schulwesen muß die unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten und das unterschiedliche Leistungsvermögen der Menschen berücksichtigen. Nur ein vielfältig gegliedertes Schulwesen wird dieser Aufgabe gerecht, indem es unterschiedliche, aber gleichwertige Bildungswege anbietet. Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Sonderschule und berufliche Schulen haben einen jeweils besonderen pädagogischen Auftrag und deshalb ein eigenständiges Profil. Nivellierende Integrationssysteme lehnt die CDU auch weiterhin entschieden ab. Gesamtschulen müssen - dort wo sie bestehen - in ihrem fachlichen Angebot, in ihren Leistungsanforderungen und in der Vermittlung qualifizierter Abschlüsse dem gegliederten Schulwesen gleichwertig sein. Die Gesamtschule ist für uns keine Regelschule.

51. Der Vielfältigkeit der Begabungen entspricht ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung, - gleichwertig dem allgemeinbildenden Schulwesen -, das das "duale System" ebenso umfaßt wie die verschiedenen beruflichen Vollzeitschulen. Die Ausbildung in einem Lehrberuf verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie der Bereich der gymnasialen Oberstufe und der Universität. Die Gleichstellung beruflicher Ausbildungen mit allgemeinen Ausbildungsabschlüssen muß im Rahmen des gegliederten Berechtigungswesens Anerkennung finden.

52. Die Schule kann auf Leistung genauso wenig verzichten wie unsere Gesellschaft. Bildungseinrichtungen haben auch die Aufgabe, den jungen Menschen an die Leistungsanforderungen, die im späteren Leben an ihn gestellt werden, schrittweise und altersgemäß heranzuführen. Aber der ökonomisch verengte Leistungsbegriff aus der Berufswelt kann weder auf die Schule noch auf die ganze Gesellschaft übertragen werden. Die Leistung muß auch in der Schule ihre soziale Dimension behalten: Leistung nicht nur im Wettbewerb, sondern auch in der Solidarität mit anderen. Jede Begabung ist für die Entwicklung der Einzelperson wichtig, sie ist aber zugleich auch eine Verpflichtung für die Gemeinschaft. Wer den Leistungsgedanken in Bildung und Ausbildung durch grundsätzliche Leistungsfeindlichkeit oder durch Nivellierung untergräbt, zerstört die Voraussetzungen der sozialen Sicherheit. Besonderer Förderung bedürfen Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensproblemen. Die Schule muß den unterschiedlichen Begabungen im theoretischen und praktischen Können mehr gerecht werden. Bei der Integration behinderter Menschen kommt der Schule eine entscheidende Rolle zu. Körperbehinderte und nach Möglichkeit auch lernbehinderte Kinder sollten gemeinsam mit Nichtbehinderten erzogen werden. So werden sie fähig auch später als Erwachsene miteinander zu leben, Vorurteile abzubauen, Behinderte aus der Isolation herauszuholen. Behinderte haben Anspruch auf Förderung; auch sie sind zur Leistung fähig. Bereitschaft zur Leistung setzt voraus, daß überzeugende und gerechte Leistungsmaßstäbe angewandt werden. Die CDU setzt sich daher für eine grundlegende Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium ein, um einer Pervertierung der Leistungsmessung zu begegnen und die negativen Rückwirkungen auf die Schule abzubauen.

53. Die Leistung unseres Bildungswesens muß internationalen Vergleichsmaßstäben gerecht werden. Ein internationales Bildungsgefälle zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland muß im Interesse der Lebenschancen der jungen Generation verhindert werden. Die CDU setzt sich daher für die Förderung von Hochbegabten ein, aus welchen gesellschaftlichen Schichten auch immer sie kommen. Unser Land braucht sie in allen Bereichen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit, den Forscher ebenso wie den qualifizierten Facharbeiter. Die knapper werdenden öffentlichen Mittel sind bevorzugt dort einzusetzen, wo die Empfänger nach Leistungsfähigkeit und Leistungswillen einen solchen Einsatz gerechtfertigt erscheinen lassen. Eine so verstandene Heranbildung von Eliten muß als eine Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden.

54. Den Eltern kommt ein umfassendes Erziehungsrecht als Grundrecht zu. Der Staat hat auch in Schule und Unterricht die Aufgabe, das elterliche Erziehungsrecht zu schützen. Die Schule darf nicht länger eine Veranstaltung allein zwischen Lehrern und Schülern sein. Bildungspolitik und Schulalltag müssen mit den Eltern, sie dürfen nicht gegen sie gestaltet werden. Fragen des Unterrichtsinhalts, der Auswahl der Schulbücher und der Behandlung zeitgeschichtlicher, politischer und kultureller Themen müssen ebenso

wie das gesamte Schulleben von den Eltern mitgeprägt werden können. Insbesondere haben die Eltern das Recht, sich zwischen unterschiedlichen Bildungswegen, die im Anschluß an die Grundschule gewählt werden können, frei zu entscheiden.

II. Mehr Menschlichkeit in der Schule

55. Mehr Menschlichkeit in der Schule setzt voraus, daß die Schule überschaubar bleibt. Deshalb fordert die CDU, daß wohnortnahe Schulstandorte, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Schüler stärken und ihnen unzumutbar lange Schulwege ersparen, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen erhalten bleiben. Auch in Zeiten knapper Kassen darf dies nicht aus finanziellen Gründen scheitern. Die überschaubare Schule mit kleinen Klassen trägt wesentlich dazu bei, den personalen Bezug zwischen Lehrern und Schülern, auf den es für den Erfolg der Erziehung entscheidend ankommt, zu stärken. Der übertriebene Wechsel von Lehrern, Mitschülern und Unterrichtsräumen verhindert personelle, sachliche und räumliche Bindungen. Deshalb sollen das Klassenlehrerprinzip verstärkt, mehr Unterricht in der Stammklasse angestrebt, große Schulen untergliedert werden.

56. Die CDU setzt sich für die Verkürzung der überlangen Ausbildungszeiten ein. Eine vernünftige Relation zwischen Schuldauer und Lerninhalten sollte das bildungspolitische Ziel sein. Auf dieser Grundlage strebt die CDU bis zum Ende der 80er Jahre die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf zwölf Jahre an. Probleme des Arbeitsmarktes können nicht durch eine Verlängerung der Schul- und Ausbildungszeiten gelöst werden. Die CDU sieht das Gymnasium als pädagogische Einheit an und lehnt eine Abtrennung der Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie der Oberstufe ab. Ein Ziel der Studienreform muß es sein, die Studienzeiten zu verkürzen. Ein zehntes Pflichtschuljahr in der Hauptschule lehnt die CDU ab. Eine stärkere Differenzierung und Flexibilität der Dauer der beruflichen Erstausbildung, etwa durch vermehrte Möglichkeiten der vorgezogenen Abschlußprüfungen oder durch Phaseneinteilungen mit Teilabschlüssen würden ebenso der generellen Straffung der Erstausbildung dienen wie der Verbesserung der individuellen Erfolgschancen.

57. Das Lernziel der Schule, die Sprache im Unterricht und der Inhalt der Schulbücher müssen von falschem wissenschaftlichem Ehrgeiz befreit werden. Die allgemeinbildenden Schulen müssen sich wieder auf ihren eigentlichen Bildungsauftrag besinnen: eine möglichst breite Basis an Allgemeinbildung zu vermitteln. Frühzeitige Einengung und Spezialisierung sind zu vermeiden. Es kann nicht bei einer Entwicklung bleiben, daß Schüler immer mehr lernen müssen und dennoch immer weniger wissen. Am Anfang des schulischen Lernens muß wieder die sichere Beherrschung der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen stehen. Darauf aufbauend soll die Schule in den einzelnen Fächern ein solides Grundwissen vermitteln sowie die allgemeine Sprach-, Denk- und Lernfähigkeit fördern. Schullaufbahn und Ausbildungserfolg dürfen nicht länger abhängig sein von familiären oder anderen außerschulischen Leistungen und Hilfen. Allgemeinbildung bedeutet die Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten. Unterricht muß sowohl das rationale als auch das emotionale, soziale und leibliche Wesen des Menschen berücksichtigen. Die Schule soll den Schüler zur praktischen Lebens- und Problembewältigung befähigen. Eine lebensvorbereitende Schule muß auch offen gegenüber der Arbeitswelt sein, so daß die persönliche Einstellung des Schülers zur Arbeit an der Realität orientiert ist.

Die Vermehrung des Wissens, der schnelle Wandel unserer Zeit und die verstärkt notwendige Mobilität erfordern eine Erziehung zu lebenslangem Lernen. Die Schule muß sowohl die Notwendigkeit hierzu verdeutlichen als auch die Motivation vermitteln.

58. Die CDU tritt für eine verstärkte Förderung der staatlich anerkannten Privatschulen und gleichwertige Schulen in freier Trägerschaft ein. Auch in Zeiten knapper Kassen muß den Privatschulen möglich sein, ihre Arbeit auf dem anerkannt hohen Niveau fortzusetzen. Es kann der Qualität der öffentlichen Schulen nur zugute kommen, wenn sie im Wettbewerb mit attraktiven Schulen in privater und freier Trägerschaft stehen. Auch im Hochschulbereich kann größere Vielfalt durch Universitäten in freier Trägerschaft entstehen. Die Kultusminister der unionsregierten Länder werden aufgefordert, Modellvorschläge zu entwickeln. Diese können sich auch auf Teilbereiche der Hochschule beschränken, wie z.B. auf postgraduierte Studiengänge.

59. Der CDU ist die Verbesserung der Ausbildungschancen für die Kinder ausländischer Mitbürger ein besonderes Anliegen. Die Schule muß dem ausländischen Schüler die Möglichkeit geben, insbesondere durch intensiven Unterricht in der deutschen Sprache, an den Bildungsangeboten in Deutschland in vollem Umfang teilzunehmen. Die Schulorganisation muß so angelegt sein, daß die deutschen Schüler nicht in ihren Bildungsmöglichkeiten durch einen übergroßen Ausländeranteil mit mangelhaften Kenntnissen der deutschen Sprache behindert werden.

III. Bildung und Ausbildung durch Individuelle Förderung

60. Die Hauptschule soll ihren geachteten Platz im Bildungswesen wieder zurückgewinnen, indem sie in ihrer spezifischen Aufgabe als weiterführende Schule in das berufliche Bildungswesen begriffen und danach gestaltet wird. Die CDU wird deshalb dafür sorgen, daß die Hauptschule wieder eigene Vorzüge erhält, zum Beispiel:

- kleine Klassen, überschaubare Schulen,
- familiennaher Schulort,
- besonders qualifizierte und ortsverbundene Lehrer,
- ein auf die individuelle Begabung zugeschnittenes und sie förderndes Bildungsangebot,
- kürzere, nicht über neun Jahre hinausgehende Regelschulzeit,
- enge Berufsbezogenheit durch ein breites Angebot von berufsnahen Arbeitsgemeinschaften und durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der berufsbildenden Schule,
- günstigere Regelung der Zugangsvoraussetzungen zu bestimmten Berufen. Die CDU setzt sich dafür ein, daß alle Ausbildungsgänge, für die ohne ausreichende Begründung ein mittlerer Bildungsabschluß oder das Abitur als Eingangsvoraussetzung gefordert werden, wieder für Hauptschulabgänger geöffnet werden.

61. Das duale System, d.h. die praxisnahe Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschule, ist auch im Blick auf sinkende Nachwuchszahlen zu erhalten und qualitativ weiter auszubauen. Die Rahmenlehrpläne der Berufsschulen sind besser mit den Ausbildungsordnungen abzustimmen, um eine wirklich duale Ausbildung zu sichern. Das Berufsgrundbildungsjahr in Schule und Betrieb (sog. "kooperatives Grundbildungsjahr") ist dem schulischen Berufsgrundbildungsjahr dort vorzuziehen, wo die organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen dafür vorliegen. Das Berufsgrundbildungsjahr ist kein Schul- , sondern ein Lehrjahr. Der Unterricht der Berufsschule soll je nach den Gegebenheiten in Blockform oder in Teilzeitform möglich sein. Die verschiedenen beruflichen Vollzeitschulen sind in quantitativer und qualitativer Abstimmung mit dem "dualen System" den modernen beruflichen und pädagogischen Anforderungen immer wieder anzupassen. Der Fortbildung der Berufsschullehrer kommt wegen ihrer Nähe zur beruflichen Praxis besondere Bedeutung zu. Benachteiligte Jugendliche müssen besonders intensiv gefördert werden.

Die berufliche Weiterbildung gewinnt im Zuge fortschreitender technologischer und gesellschaftlicher Entwicklung zunehmend an Bedeutung. Sie muß deshalb den Aufstieg in einen Beruf, die Anpassung in einem Berufsfeld, das Training einmal erworbener Kenntnisse und Fertigkeiten, wie auch die Umschulung in andere Berufsbereiche gewährleisten. Durch gezielte Bildungswerbung und die Förderung der Erwachsenenbildung sind diese Ziele zu unterstützen. In besonderem Maße sind Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit wegen familiärer Verpflichtungen unterbrechen, Hilfen für eine qualifizierte Weiterbildung anzubieten.

62. In der Oberstufe des Gymnasiums sind erhebliche Korrekturen notwendig, um erkennbare Mängel zu beheben. Dazu gehört eine überschaubare Organisation, Vergleichbarkeit und Eindeutigkeit bei den Leistungsanforderungen, eine Vereinfachung des Notensystems und eine spürbare Verringerung des Verwaltungsaufwandes. Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung der Kernfächer bei der Wahl der Leistungskurse. Voraussetzung für die allgemeine Hochschulreife ist eine breite Grundbildung. Deshalb müssen bei der Weiterentwicklung der Oberstufe die Grundkurse stärker gewichtet werden, um eine zu frühe und einseitige Spezialisierung zu vermeiden.

Die CDU tritt dafür ein, daß im Pflichtkanon der Oberstufe des Gymnasiums die Fächer Deutsch, mindestens eine Fremdsprache, Mathematik und ein naturwissenschaftliches Fach, sowie Geschichte bis zum Abitur geführt werden müssen. Dabei ist zugleich dem Prinzip der Wahlfreiheit für Oberstufenschüler angemessen Rechnung zu tragen.

63. Die notwendige Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen muß verbessert werden, darf aber weder durch individuelle Zuordnung des einzelnen zu bestimmten Berufen noch durch planwirtschaftliche Steuerung der Ausbildungsangebote erfolgen. Auch ein bedarfsorientierter Ausbau des Bildungswesens darf nicht als Garantie für einen gesicherten und den individuellen Erwartungen entsprechenden Arbeitsplatz mißverstanden werden. Aufgabe des Staates ist es allerdings, die Berufentscheidung durch Information und Beratung über die möglichen Berufe und ihre Berufsaussichten zu erleichtern. Die allgemeinbildenden Schulen müssen eine gründliche Berufsvorbereitung durch eine stärkere Berücksichtigung der Arbeitswelt in den Lehrplänen bieten. Dabei ist verstärkt darauf zu achten, daß Mädchen und Jungen nicht einseitig auf traditionelle, angeblich geschlechtsspezifische Berufe hin beraten werden. Im Studium müssen Formen einer extremen beruflichen Spezialisierung abgebaut

werden. Abiturienten müssen vermehrt auf Alternativen zum Studium, vor allem im beruflichen Bildungssystem hingewiesen werden. Die berufsqualifizierenden Abschlüsse müssen allgemein anerkannt werden. Die CDU setzt sich dafür ein, die Zugangsvoraussetzungen im staatlichen Laufbahnwesen unabhängiger vom Niveau bestimmter Bildungsabschlüsse zu gestalten. Es muß sichergestellt werden, daß in Bildung und Beruf die Leistung über Aufstiegs- und Einkommenschancen entscheidet.

IV. Lehrerbildung

64. Die CDU tritt dafür ein, daß in der Lehrerbildung die pädagogischen Fähigkeiten wieder wesentlich stärker gefördert werden als bisher. Der Lehrerberuf bedarf einer besonders ausgeprägten inneren Beziehung des Lehrers zu seiner Aufgabe. In der Ausbildung der Lehrer muß auch die Vermittlung eines pädagogischen Berufsethos wieder stärker Beachtung finden.

Die Lehrerausbildung muß so gestaltet sein, daß sie dem gegliederten Schulwesen entspricht. Die unterschiedlichen Aufgaben der Lehrer erfordern eine unterschiedliche Vorbereitung auf ihre Berufspraxis. Um eine verbesserte Ausbildung der Lehrer für die schulische Praxis zu erreichen, fordert die CDU die Einrichtung von Praxisphasen für alle Lehramtsstudiengänge. Nur der Lehramtsstudent, der die Praxis kennengelernt hat, weiß, welche Anforderungen an ihn gestellt werden und richtet sein Studium danach aus.

65. Die CDU fordert von allen Lehrern die Bereitschaft, unsere Verfassung und den politischen Grundkonsens unserer Gesellschaft zur Grundlage der Erziehung in der Schule zu machen und der jungen Generation Sympathie und eine positive Haltung zu unserer staatlichen und vom Grundgesetz gewollten Gesellschaftsordnung zu vermitteln.

66. Lehrer sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gleichermaßen den Eltern wie der staatlichen Gemeinschaft verantwortlich. Die CDU setzt sich dafür ein, daß qualifizierte Lehrer den notwendigen pädagogischen Freiraum zur Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgaben haben. Lehrpläne sollen auf das Wesentliche reduziert werden, damit eine lebendige Weiterentwicklung der Unterrichtspraxis ermöglicht wird und die einzelnen Schulen wie auch ihre Lehrer in der Lage sind, eigene Akzente zu setzen und flexibel auf die individuelle Unterrichtssituation einzugehen.

V. Hochschule

67. In der Hochschul- und Wissenschaftspolitik müssen wieder deutliche Prioritätsentscheidungen zugunsten einer höheren Qualität von Wissenschaft, Lehre und Forschung geschaffen werden. Die gegenwärtige Überlastung der Hochschulen mit sehr vielen Studenten auf knappen Studienplätzen darf wegen der damit verbundenen Auswirkungen auf die Qualität von Lehre, Studium und Forschung nicht zu einem Dauerzustand werden.

68. Eine kontinuierliche und behutsame Weiterentwicklung der Studieninhalte durch die Studienreform gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Hochschulen. Dabei ist das fachübergreifende Grundlagenwissen zu sichern, entbehrlicher Stoff zu streichen und das Studium nicht nur an wissenschaftlichen Anforderungen, sondern auch den Bedürf-

nissen der Praxis auszurichten. Das Studium muß dem jungen Menschen sowohl zur Ausbildung als auch zur Entwicklung seiner Persönlichkeit dienen. Deshalb ist es wichtig, daß dem Studenten genügend Freiraum zu eigenverantwortlichem Handeln in der Hochschule zur Verfügung steht. Dazu müssen auch die Organe der verfaßten Studentenschaften dienen. Wir wollen qualifizierte Akademiker, die über ihre fachliche Bildung hinaus in der Lage und bereit sind, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu tragen.

69. Für viele Familien bedeutet das Studium ihrer Kinder eine hohe finanzielle Belastung. Deshalb setzt sich die CDU für eine gerechte Unterstützung von Studenten aus Elternhäusern mit geringem Einkommen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) ein. Die CDU hält es allerdings für dringend geboten, eine Alternative zur derzeitigen Ausbildungsförderung zu entwickeln, damit die knappen Mittel sinnvoll eingesetzt werden können.

70. Staat und Gesellschaft sind heute mehr als je zuvor auf die Forschung angewiesen. Der wirtschaftliche und soziale Fortschritt eines Landes hängt ebenso wie seine internationale Konkurrenzfähigkeit entscheidend von dem Beitrag ab, den es zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu leisten vermag. Wichtigstes Ziel der Hochschulpolitik muß es daher in Zukunft sein, die Leistungsfähigkeit der Hochschulforschung zu sichern und zu stärken. Dazu gehört auch eine nachhaltige Förderung der Spitzenforschung, die es qualifizierten Wissenschaftlern ermöglicht, für einen begrenzten Zeitraum eine zusätzliche Ausstattung für bestimmte Forschungsvorhaben zur Verfügung gestellt zu bekommen. Außerdem ist zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang Lehrverpflichtungen von Wissenschaftlern zugunsten ihrer Forschungsarbeit vermindert werden können. Dem Technologietransfer von Hochschulen in die Wirtschaft kommt besondere Bedeutung zu. Deshalb muß bei anwendungsbezogener Forschung die rasche Vermittlung der Erkenntnisse in die Industrie gesichert sein. Zu den wesentlichen Voraussetzungen zur Steigerung des Standards an den Hochschulen gehört eine intensive Förderung des qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchses.

Unser Ziel:

Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft

71. Der demokratische Rechts- und Sozialstaat hat den Menschen Schutz der Grundrechte, Achtung der Menschenwürde und soziale Sicherheit gebracht. Die rechtsstaatliche Ordnung und die Sicherung vor den Grundrisiken des Lebens wie Alter, Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit waren wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der individuellen Freiheit des Menschen.

Heute stellt sich die politische Aufgabe anders. Heute greift der Staat immer mehr in alle Lebensbereiche seiner Bürger regelnd ein. Persönliche Verantwortung wird immer mehr zurückgedrängt. Die ständig steigende Bürokratisierung erzeugt zunehmend Unsicherheit, Unzufriedenheit und Angst. Der Staat darf seinen Ehrgeiz nicht darin sehen, den Bürger zu bevormunden, sondern er muß ihm mehr vertrauen. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, bedarf es einer Neuorientierung in Staat und Gesellschaft. Dazu gehört aber auch eine Wiederbelebung menschlicher Tugenden. Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt, Gemein Sinn wieder entwickelt werden. Der Einforderung von Rechten gegenüber dem Staat muß eine Bereitschaft zur Erfüllung von Pflichten durch den einzelnen entsprechen.

Gleichzeitig bedarf es einer Erneuerung der Wertorientierung. Die rücksichtslose Eroberung des Neuen ist nicht das Leitbild der Gesellschaft, die wir wollen. Vielmehr kommt es darauf an, die Umwelt zu schützen, auf Raubbau der Energie- und Rohstoffquellen zu verzichten und den Kindern eine Zukunft zu hinterlassen, die lebenswert ist und ihnen eigene Gestaltungsmöglichkeiten erhält.

Von entscheidender Bedeutung ist die Glaubwürdigkeit der gesellschaftlichen und politischen Institutionen. Sie dürfen nicht mehr versprechen als sie erfüllen können, und sie dürfen sich nicht anders darstellen, als sie tatsächlich sind. Nur wenn Anspruch und Realität annäherungsweise zur Deckung kommen, wirken Institutionen glaubwürdig, schaffen Vertrauen und ermöglichen Orientierung. Dies gilt besonders für die Politik.

I. Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht

72. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität.

Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.

Dort, wo der Bürger und kleine Gemeinschaften eigene Aufgaben aus eigener Kraft nicht mehr bewältigen können, müssen große Gemeinschaften und Staat Hilfe zur Selbsthilfe leisten, um eine Nichterfüllung dieser Aufgaben oder ihre Übernahme durch öffentliche Einrichtungen zu verhindern.

73. Wir brauchen eine überschaubare und menschliche Gestaltung des persönlichen Lebensraumes. Gerade weil gesellschaftliche und staatliche Großstrukturen, wie sie zum Beispiel durch bestimmte Verwaltungsreformen entstanden sind, nicht rasch und beliebig wieder zu ändern sind, muß dort, wo die Menschen wohnen und arbeiten Stabilität, Übersichtlichkeit, Vertrautheit und mitverantwortliches Handeln ermöglicht werden. Wir wollen keine Gesellschaft, in der sich entwurzelte Menschen mit Mißtrauen und Neid begegnen. Wir wehren uns gegen eine Gesellschaft, in der Kinder ihren Eltern entfremdet und in Schulfabriken durchgeschleust werden. Wir wollen keine Mammutkrankenhäuser, in denen Kranke nur noch als Behandlungsnummer registriert werden. Wir wollen menschliche und familiengerechte Wohnungen und keine menschenfeindlichen Wohnsilos.

Ein Staat, der den Menschen die schöpferische Freiheit einengt und die private Initiative nimmt, ist nicht der Staat unseres Grundgesetzes.

74. Wir treten ein für das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Unser Leitbild ist die partnerschaftliche Familie, in der Menschen Wärme, Geborgenheit und Liebe erfahren und Selbstentfaltungsmöglichkeiten finden. Hier ist auch der Ort, an dem Kinder früh die Grundtugenden menschlichen Zusammenlebens in einer Atmosphäre des Vertrauens erwerben.

Die Fähigkeit, Leben partnerschaftlich zu gestalten, Konflikte durchzustehen und gemeinsam zu überwinden, wirkt über die Familie hinaus und wird zum Angelpunkt für die

menschenwürdigere Organisation unseres Arbeitslebens sowie aller übrigen Lebensbereiche.

Die CDU hält es für falsch, daß junge Menschen sich von der Welt der Erwachsenen abkapseln und in Gettogruppen flüchten. Daraus erwachsen gesellschaftliche Widersprüche, Einseitigkeiten und Spannungen. Erfahrungen zwischen den Generationen können nicht mehr ausgetauscht werden. Die CDU will daher eine jugendorientierte Gesellschaftspolitik, die das Zusammenleben der Generationen bewußt fördert. Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf die Lebenserfahrungen der Älteren und die kritische Phantasie der Jungen.

75. Die Lebensverhältnisse unserer technisch-industriellen Welt sind auf den gesunden und leistungsfähigen Menschen abgestellt. Unsere Sorge gilt aber auch den Menschen, deren Leistungsfähigkeit aus unterschiedlichen Gründen eingeschränkt ist.

Dies sind die Kinder, denen nur geringer Spielraum bleibt, in die Welt der Erwachsenen langsam hineinzuwachsen; dies sind aber auch ältere oder behinderte Menschen, die immer wieder Gefahr laufen, wegen der für sie unüberwindlichen Schwierigkeiten einer technischen Welt aus der Gemeinschaft abgedrängt zu werden.

Es ist die moralische Verpflichtung der Leistungsfähigen, durch ihr Verhalten den Benachteiligten eine Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu gewährleisten.

76. Wir wollen überschaubare Gemeinden, in denen die Menschen als Bürger mitwirken können und die Chance haben, soziale, sportliche, kulturelle Einrichtungen in eigener Trägerschaft zu führen.

77. Wir wollen eine Stärkung des Föderalismus nicht nur im Verhältnis der Länder zum Bund, sondern auch im Verhältnis der Gemeinden zu den Ländern. Wir fordern eine Überprüfung der Gemeinschaftsaufgaben und die Abschaffung der Mischfinanzierung.

78. Wir wollen eine wirtschaftliche Ordnung mit möglichst vielen kleinen und mittleren Betrieben, die gewährleistet, daß die Menschen dort, wo sie wohnen, auch arbeiten und dort, wo sie arbeiten, auch eine Wohnung finden können. Die Vermenschlichung der Arbeitsbedingungen ist eines der wichtigsten Ziele. Die Arbeit hat nicht allein den Sinn, den Lebensunterhalt zu ermöglichen, sie soll den Menschen auch die Möglichkeit zur Selbstverwirklichung geben.

79. Erwerbsarbeit ist nicht alles. Gefragt sind auch Tätigkeiten, die mehr dem täglichen Leben verbunden sind. Eigenarbeit, Hausarbeit, private soziale Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie sind keine Nebentätigkeiten.

80. Wir fordern eine verständliche Sprache des Staates. Die Politiker und die Beamten sollen ihre Aufgabe in dem Bewußtsein erfüllen, daß sie Diener des Staates und seiner Bürger sind. Die Gesetze des Staates werden im Interesse der Bürger gemacht. Dies muß den Verwaltungen und Behörden bei der Anwendung und Auslegung der Gesetze bewußt sein.

81. Unser Ziel einer gesellschaftlichen Ordnung ist die Entfaltung des Menschen als personales und soziales Wesen, der Vorrang freier Träger vor staatlicher Organisation,

Dezentralisation statt Zentralismus, Wettbewerb statt staatlichem Dirigismus, Selbstverwaltung statt Bürokratie.

II. Mit der Jugend für eine lebenswerte Zukunft eintreten

82. Jugend braucht Verantwortung statt Bevormundung. Junge Menschen müssen früher und stärker als bisher vor die Notwendigkeit gestellt werden, für sich und andere Verantwortung zu tragen. Dem Recht auf Selbst- und Mitbestimmung entspricht die Pflicht, ein größeres Maß an Belastungen und Zwängen auszuhalten und zu tragen. Verantwortung bedeutet nicht nur, auf eigenen Füßen zu stehen und unabhängig zu sein, sondern auch für die Folgen und Konsequenzen der eigenen Entscheidung und des eigenen Tuns einzustehen.

83. Moderne Industriegesellschaften machen es jungen Menschen nicht leicht, sich in ihnen zu entfalten und ihren Weg zu finden. Daher kommt der umfassenden Förderung differenzierter und wirksamer Angebote der Jugendarbeit - der offenen Jugendarbeit, der Arbeit der Jugendverbände, der außerschulischen Bildungsarbeit und der freien Jugendinitiativen und -gemeinschaften - eine besondere Bedeutung zu. Dieser Bedeutung muß auch in Zeiten knapper Ressourcen angemessen Rechnung getragen werden. Förderung von Initiativen und Aktivitäten heißt jedoch nicht allein materielle Anreize schaffen.

84. Das Engagement freier Träger kann den Bedürfnissen der Jugendhilfe besser gerecht werden als staatliche Maßnahmen und ist darüber hinaus in aller Regel kostengünstiger. Die CDU setzt sich daher mit Nachdruck für die verstärkte Förderung der freien Träger und Vereine zur Sicherung eines pluralen Angebotes in der kommunalen Jugendarbeit ein. Dabei soll der Tatsache Rechnung getragen werden, daß sich das Leben junger Menschen nicht nur in anerkannten Jugendgemeinschaften und Jugendverbänden vollzieht. Auch den neu entwickelten Gesellungsformen junger Menschen ist in der staatlichen Förderung Rechnung zu tragen. Soziales und politisches Engagement sind dabei gleichgewichtig zu sehen. Bei der Aufstellung kommunaler Jugendpläne muß den Jugendlichen sowie den freien Trägern der Jugendarbeit eine rechtzeitige und umfassende Beteiligung ermöglicht werden.

85. Die offensichtlich stärker gewordene Gefährdung der Jugend durch Alkohol und Drogenmißbrauch, Verwahrlosung und durch andere zur Kriminalität führende Einflüsse weisen der Jugendarbeit auch prophylaktische und kompensatorische Aufgabenstellungen zu. Die CDU anerkennt nachdrücklich den Wert dieser jugendpflegerischen Arbeit. Sie sieht darin zugleich die Verpflichtung, diese Leistungen der Träger mit allen jugend-, familien-, sozial- und rechtspolitischen Mitteln zu unterstützen.

86. Gerade in seinen lokalen Lebensbezügen wird der Jugendliche mit einer Vielfalt unmittelbar erlebter Probleme konfrontiert. Hier erfährt er, daß er von den Auswirkungen politischer Entscheidungen direkt betroffen sein kann. Der Jugendliche kann die Möglichkeiten und Grenzen politischer Aktivität und Einflußnahme erfahren. Er kann erleben, daß die Verhältnisse nicht versteinert sein müssen, daß vielmehr Veränderungen möglich sind und Engagement sich lohnt. Gerade die Kommunalpolitik kann daher ein wichtiges Erfahrungsfeld demokratischer Praxis sein. Wenn Jugendliche ausreichend Gelegenheit erhalten, sich am Prozeß demokratischer Meinungsbildung und

Meinungsfindung zu beteiligen, dann hat kommunale Jugendpolitik auch das Ziel erreicht, die Bereitschaft zum Engagement im demokratischen Staat zu fördern.

§7. In einer Gesellschaft, die über immer mehr Freizeit verfügt, werden auch Angebote sinnvoller Betätigung und Gestaltung wichtiger. Jugendarbeit vollzieht sich zwar weitgehend in der Freizeit junger Menschen, will aber mehr sein als Freizeitgestaltung. Sie ist ein eigenständiger Bereich neben der Erziehung und Bildung in Familie, Schule und Beruf zur Erfüllung des Rechts des jungen Menschen auf Entfaltung und Entwicklung seiner Person.

III. Für eine Wiederbelebung menschlicher, sozialer und bürgerlicher Tugenden

§8. Eine solche Gesellschaft kann allerdings nur Bestand haben, wenn die Menschen eine solche Gesellschaftsordnung durch gelebte Tugenden unterstützen. Gemeinsinn muß sich paaren mit Eigenverantwortung und Hilfsbereitschaft, Selbständigkeit mit Toleranz, Zivilcourage mit Rücksichtnahme auf den anderen, Führungskraft mit Pflichtbewußtsein, unternehmerische Initiative mit Partnerschaft im Betrieb, Leistungsbereitschaft mit sozialer Verantwortung für den Schwächeren.

§9. Wir stehen an einem Scheideweg. Entweder wir gehen in eine perfekt verwaltete aber kalte und deshalb unmenschliche Einheitsgesellschaft, oder wir gehen in eine Gesellschaft, die weiß, daß zur wahren Freiheit Menschlichkeit, Vertrauen und Geborgenheit gehören. Wir fordern die jungen Menschen auf, mit uns am Aufbau einer freiheitlichen und menschlichen Gesellschaft mitzuarbeiten. Wer aussteigt, vergibt sich dieser Chance und verhält sich unsolidarisch.

§10. Eine Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität aufbaut, braucht Bürger, die bereit sind, sich diesem Anspruch zu stellen. Wir wollen dazu die Möglichkeiten schaffen. Wir sind davon überzeugt, daß jede Generation bereit ist, ihren Beitrag zu einer besseren Welt zu leisten.

Ergänzende Beschlüsse des Bundesparteitages zum Leit Antrag

- 1) Die auf dem 29. Bundesparteitag beschlossene Zukunftskommission wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Bundesfachausschuß Jugendpolitik ein Jugendpolitisches Programm zu erarbeiten. Dieses sollte eine Fortschreibung des Beschlusses des Bundesausschusses vom 12.6.1978 "Programm zur Sicherung der Zukunftschancen der Jugend" beinhalten. Der Bundesausschuß soll im Jahre 1982 über dieses Programm Beschluß fassen.

- 2) Der Bundesvorstand wird beauftragt, spätestens bis 1983 konkrete Lösungen zu erarbeiten, die dem Generationenvertrag als Drei-Generationenvertrag gerecht werden.

- 3) Der Bundesvorstand wird beauftragt, bis zum Herbst 1982 konkrete Vorstellungen zur Reform des Zulassungsverfahrens zum Hochschulstudium zu erarbeiten.

Beschlüsse zur Änderung des Statuts und der Geschäftsordnung

Beschluß Nr. F 1:

Die Geschäftsordnung der CDU für Bundesparteitage wird in § 5 (Antragsfristen und Antragsversand) um folgenden Absatz 3 erweitert:

Abs. 3

“Anträge des Bundesvorstandes sollen in der Regel den CDU-Landes- und Kreisverbänden sowie den Vereinigungen auf Bundesebene sechs Wochen vor Beginn des Bundesparteitages zugesandt werden.”

Beschluß Nr. F 2:

Paragraph 33 Absatz 1 Ziffer 2 des Statuts der CDU erhält folgende neue Fassung:

“Dem Bundeskanzler, dem Präsidenten oder Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie dem Präsidenten des Europäischen Parlamentes und dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören.”

Beschluß Nr. F 3:

In Paragraph 29 Absatz 2 des Statuts der CDU erhält der letzte Unterabsatz folgende neue Fassung:

“Die unter Ziffern 1 bis 4 genannten Mitglieder des Bundesvorstandes und die Ehrenvorsitzenden sowie der Bundeskanzler, der Präsident oder der Vizepräsident des Deutschen Bundestages und der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages sowie der Präsident des Europäischen Parlamentes und der Vorsitzende der EVP-Fraktion des Europäischen Parlamentes, soweit sie der CDU angehören, bilden das Präsidium.”

Beschluß Nr. F 4:

Paragraph 33 Absatz 1 des Statuts der CDU erhält folgende neue Ziffer 3:

“3. den Vorsitzenden der Landesverbände, soweit nicht dem Bundesvorstand bereits Mitglieder aus dem jeweiligen Bundesland nach Ziffern 1 oder 2 angehören.”

Sonstige Beschlüsse

Beschluß Nr. G 1:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, Bundesparteitage möglichst so zu terminieren, daß arbeitsfreie Tage genutzt werden.

Beschluß Nr. G 2:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, mindestens einmal im Jahr die Kreisvorsitzenden einzuladen.

Beschluß Nr. G 3:

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU soll prüfen, ob Mitgliedsausweise künftig in der europäischen Ausweis- und Scheckkartengröße (8,6 x 5,4 cm) ausgegeben werden können.

Beschluß Nr. G 4:

Sicherung der gemeinsamen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung:

Der Parteitag fordert den Bundesvorstand der CDU auf, alle Möglichkeiten zu nutzen, die bisher gemeinsam betriebene bundesweite Begabten-Förderung durch die Konrad-Adenauer- und die Hanns-Seidel-Stiftung auch in Zukunft gemeinsam fortzusetzen.

Seit Jahrzehnten haben beide Stiftungen die Förderung begabter Studenten mit großem Erfolg gemeinsam durchgeführt. Es ist kein Grund für die Aufgabe dieser Zusammenarbeit ersichtlich.

Die staatlichen Förderungsmittel, die zukünftig der Hanns-Seidel-Stiftung zufließen werden, gehen zu Lasten der Konrad-Adenauer-Stiftung. Als Folge davon kann die Konrad-Adenauer-Stiftung nur wesentlich weniger Stipendiaten fördern. Sie muß deshalb ihr Bildungsprogramm kürzen. Für eine relativ kleine Stipendiatengruppe der Hanns-Seidel-Stiftung ist es weder möglich noch sinnvoll, ein eigenes Seminarprogramm in entsprechender Qualität anzubieten. Durch die Spaltung entstehen überdies höhere Verwaltungskosten. Darüber hinaus ist zu befürchten, daß die zukünftige Konkurrenzsituation zwischen zwei verschiedenen unionsnahen Stipendiatengruppen eine Spaltung der demokratischen Kräfte an unseren Universitäten begünstigen wird. In einer Zeit, in der sich SPD und FDP immer weiter voneinander entfernen, ist es unklug, eine gemeinsame Einrichtung der Union zu spalten.

Die CDU lehnt aus sachlichen und politischen Gründen diese Trennung ab. Die CDU fordert die Hanns-Seidel-Stiftung auf, den Trennungsbeschluß zu revidieren.

Beschluß Nr. G 5:

Die Delegierten des 30. Bundesparteitages beauftragen die Bundesgeschäftsstelle, geeignetes Werbematerial für Jugendliche im Alter von etwa 16 bis 21 Jahren zu erstellen.

Beschluß Nr. G 9:

Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung werden nachdrücklich aufgefordert, bei den weiteren Beschlüssen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auch die kommunalen Haushalte finanziell zu entlasten.

Es darf keinen finanzpolitischen Verschiebebahnhof des Bundes zu Lasten der Gemeinden geben.

Weitere ausgabewirksame Gesetze zu Lasten der Gemeinden dürfen nicht verabschiedet werden.

Die Initiativen des Bundesrates und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die zu Entlastungen bei den kommunalen Haushalten führen, werden begrüßt.

Beschluß Nr. G 11:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die materielle Sicherung der Familie bezüglich Kindergeld, Erziehungsgeld und Partnerrente verstärkt zu betreiben und ihre Gesetzesinitiativen fortzuführen.

Die Vorstellung der Christlich Demokratischen Union zur Familienpolitik müssen als besonderer Schwerpunkt in der Öffentlichkeitsarbeit der Partei herausgestellt werden.

Beschluß Nr. G 12:

Auf dem nächsten Bundesparteitag soll über die Arbeit der Unternehmensrechtskommission berichtet und Vorschläge zum weiteren Verfahren vorgelegt werden.

Beschluß Nr. G 14:

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, schriftlich zum nächsten Bundesparteitag über die praktische Zusammenarbeit mit den befreundeten politischen Kräften in den europäischen Ländern, in den Europäischen Gemeinschaften, dem Europarat und der Westeuropäischen Union zu berichten.

Beschluß Nr. G 19/G 20:

Die CDU fordert Bundestag und Bundesrat zur Novellierung des Wehrdienstgesetzes entsprechend den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Anforderungen auf: Anstelle des bisherigen Anerkennungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer soll der Ersatzdienst so ausgestaltet werden, daß er - entsprechend der Anregung des Bundesverfassungsgerichtes - u.a. um 6 Monate länger dauern muß als der Wehrdienst. Voraussetzung für diese Regelung ist eine Vermehrung der Ersatzdienstplätze, damit sichergestellt ist, daß jeder Wehrdienstverweigerer seinen Ersatzdienst leistet.

Beschluß Nr. G 21:

Der Bundesvorstand der CDU wird beauftragt, 1982 einen familienpolitischen Fachkongreß gemeinsam mit den Vereinigungen der CDU vorzubereiten und durchzuführen.

Beschluß Nr. G 22:

Der Bundesparteitag fordert alle Mitglieder der Union auf, an der Demonstration am Sonntag, dem 22. November 1981, in Bonn teilzunehmen und für die vier Demonstrationsziele - Abzug der Roten Armee aus Afghanistan; Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker, auch für das ganze deutsche Volk; gleichgewichtige und ausgewogene Abrüstung in Ost und West; Verwirklichung der KSZE-Schlußakte - durch ihre Beteiligung einzutreten.

Ein großer Erfolg der Demonstration stellt überdies sicher, daß über die außen- und sicherheitspolitische Haltung der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland kein einseitiges Bild in der Welt entsteht.

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand, die Landesvorstände und alle Kreisverbände auf, durch intensive organisatorische Maßnahmen den Mitgliedern der Union die Teilnahme an der Demonstration zu ermöglichen und zu erleichtern.

Beschluß Nr. G 24:

Die CDU fordert dazu auf, die Freundschaft mit den USA und ihren Bürgern zu vertiefen. Wir treten ein für einen verstärkten Jugendaustausch, die vermehrte Förderung von Studentenaustausch und gemeinsame Kulturbegegnungen.

Deshalb schlagen wir die Gründung eines deutsch-amerikanischen Jugendwerkes vor. Für besonders wichtig halten wir auch, den Kontakt zu den amerikanischen Soldaten in Deutschland zu verbessern

Beschluß Nr. G 26:

Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, zum Problem der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere der Ausländerkinder an unseren

Schulen einen gesonderten Kongreß durchzuführen.

Die in Ziff. 59 des Leitantrages aufgestellten Forderungen bedürfen einer intensiven Beratung und einer konsequenten Beschlußfassung, um die vor allem in den Ballungsgebieten täglich größer werdenden Probleme bewältigen zu können.

Namensverzeichnis

Albrecht 195, 213
Becker 191
Berger 285
Bertram-Mayer 245
Biedenkopf 93, 247, 321
Blüm 99, 162, 187, 236
Buchkremer 154, 182, 257, 268, 270

v. Dohnanyi 22
Doss 169
Dregger 83
Dübel 115

Echternach 14

Florsheimer 167
Franz 279

Geißler 68, 148, 277, 343
Gerstein 178, 180
Gerster 132
Göhner 125, 211, 281
Gölter 209

Halft 258
Haßbach 160
Hauser 168, 175
Heintze 278
Hoffmann 126, 130
Huck 145, 151, 251, 288
Hupka 255

Jäger 110, 261, 263
Jungen 161

Kahl 137
Kiel 203, 210, 224
Kiep 24, 65, 155
Knipper 227
Koch 147
Köhler 264
Köppinger 171, 230
Kohl 7, 28, 194, 215, 276, 283, 292
Kolb 165, 180, 190
Kroll-Schlüter 112
Kropp 266

Langguth 131
Laurien 113, 212, 221, 301
Lemper 204, 217, 231
Limbach 120, 146
Lorenz 263

Martin 246, 251
Maurer 177, 185
Mayer-Vorfelder 211, 232, 287
Merkel 276, 291
Mertes 122
Michel 174
Mihm 220
Möltgen 174, 210, 223
Mühlmann 118

Öttinger 135, 276

Panther 206, 216
Parteike 152
Perschau 282
Pfaus 142
Pfeifer 213
Pieroth 163, 187
Pinger 164, 185
Pott 130, 226

Remmers 206
Reul 225, 228
Ringwald 218

Sälzer 202
Sauer 271
Scheuer 230
Schröder 290
Sommer 269
Späth 105, 168, 177, 192
Stoiber 52
Stoltenberg 151, 311

Tremmel 181

Vogt 170, 241

v. Waldburg-Zeil 204
Wallmann 61
Warken 134, 144, 151
Warnke 243

Weberling 128, 208, 229
Weirich 108
Weiß 158
v. Weizsäcker 335
Wex 170, 200
Wiesmann 220
Wissmann 88, 289
Wörner 96, 286
Worms 91
Wülfing 104
Wulff 58, 207

Zeitl 161

Notizen

Notizen
